Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 69. Freitag, den 2. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 9. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 7. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.
Freitag, den 9. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 25. August 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Kreindl, Meißl, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: Bürgermeister Dr. Prix, Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, St.-R. Boschan, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller, Roske.

Experte: Ober-Ingenieur Clauser.

Schriftführer: Concepts-Adjunct H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und beantwortet die Interpellation des St.-R. v. Götz, betreffend die Einführung der Gasbeleuchtung in Lainz, Ober- und Unter-St. Veit, Neustift, Josefsdorf, Salmannsdorf und Kahlenbergerdorf dahin, dass für die Gasbeleuchtung in Ober-St. Veit, Lainz und in der Reinlgasse in Penzing, ferner in Neustift, Salmannsdorf und Josefsdorf die Projecte des Stadtbauamtes und die Äußerungen der Buchhaltung vorlagen über die Gasbeleuchtung in Lainz und der Reinlgasse wird ehebaldigst der Bericht vorgelegt werden. In Ober-St. Veit besteht ein Vertrag bis 1. April 1893 bezüglich der Beistellung der Petroleumbeleuchtung in Kraft, bezüglich der übrigen Projecte sind die Vorerhebungen im Zuge. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Baugoin referiert über das Project für die vierte Erweiterung des Central-Friedhofes und beantragt, es sei principiell die Ausführung einer vierten Erweiterung des Wiener Central-Friedhofes zur Herstellung von 20.000 Einzelngräbern nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze IV mit einem approximativen Kostenbetrage von 400.000 fl. zu genehmigen und die diesfälligen Arbeiten zu veranlassen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, die Prozectskizze II zu genehmigen.

Ober-Ingenieur Clauser wird als Experte gehört.

Im Laufe der Debatte modificiert der Referent seinen Antrag dahin: Der Magistrat wird aufgefordert, eine Planskizze vorzulegen über eine solche Erweiterung des Friedhofes, bei welcher die städtische Baumschule nicht alteriert wird und durch welche ohne Rücksicht auf die geometrische Figur unter möglichster Ausgleichung der Erdabgrabung und Anschüttung ein Belegraum für circa 20.000 Einzelngräber geschaffen werde.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dass die Verlegung der Baumschule ins Auge gefasst werde, da der Stadtrath der Anschauung ist, dass die Baumschule daselbst nicht haltbar sei.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, im Antrage des St.-R. Dr. v. Billing anzufügen „seinerzeitige" Verlegung.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen, weiters wird beschlossen: Der Magistrat wird aufgefordert, die seinerzeitige Verlegung der Baumschule in Erwägung zu ziehen.

St.-R. Wurm referiert über die Mehrarbeiten bei der Renovierung der Denksäule „Spinnerin am Kreuz" und beantragt, die Genehmigung des Betrages von 400 fl. für Rechnung der Präliminarposition LII, 12 zu bewilligen und zu gestatten, dass von den abgetragenen und nicht zur Wiederverwendung gelangenden figuralen und ornamentalen Theile die im vorgelegten Protokolle bezeichneten Stücke an das städtische Museum und an die k. k. Akademie der bildenden Künste abgegeben und der Rest dieser Theile im städtischen Materialdepot aufbewahrt werde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 30. April 1892, Z. 20269, betreffend die Gewährung einer 18jährigen Steuerfreiheit für Umbauten, und beantragt:

I. Das bauämtliche Verzeichnis jener Häuser, deren Umbau zur Verbreiterung oder Regulierung der betreffenden Stellen der Hauptverkehrsstraßen Wiens geboten erscheint, werde der hohen n.-ö. Statthalterei mit dem Bemerken vorgelegt, dass, wiewohl dieses Verzeichnis im hohen Grade ergänzungsbedürftig wäre, da noch viele andere Stellen der Stadt eine Regulierung dringend nothwendig hätten, die Gemeinde vorläufig keine weitergehenden finanziellen Opfer seitens des Staates beanspruchen will; falls eine hohe Regierung heute schon die Geneigtheit ausspricht, eine solche Ergänzung nach Feststellung des General-Regulierungsplanes durch eine Gesetzesnovelle zu ermöglichen.

Ferner wäre an die hohe n.-ö. Statthalterei die Erklärung abzugeben, dass der Gemeinde gerade aus Anlass der für die Regulierung der Stadt dringend nothwendigen Umbauten bedeutende Auslagen für die Schadloshaltung bei Grundabtretungen zur Straßenverbreiterung, für Straßenregulierungen, Trottoir- und Canalherstellungen 2c. erwachsen und dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die vielfachen im öffentlichen Interesse zu bringenden Opfer anlässlich der Erweiterung des Gemeindegebietes und die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Herstellung der Verkehrsanlagen sich außer Stande sehe, der von der hohen Regierung verlangten Befreiung der bezüglichen Umbauten von den Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer zuzustimmen, nachdem der der Gemeinde zukommende Ausfall an Zuschlägen ein sehr bedeutender und umsomehr unbilliger wäre, als die Befreiung von diesen Zuschlägen einen Zeitraum von 18 Jahren umfassen soll, während der Mehrentgang für den Staat in Hinblick auf die bereits bestehende zwölfjährige Steuerbefreiung bloß sechs Jahre betreffen und erst nach Ablauf von zwölf Jahren eintreten würde.

Wollte der Staat analog dem ihn selbst treffenden Entgang für die Dauer von sechs Jahren auch die Befreiung von den Landes- und Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer in der Dauer von sechs Jahren als Bedingung setzen, so würde auf eine solche Forderung, ungeachtet auch diese im Zusammenhange mit den anderen großen, die Gemeinde treffenden Opfer, finanziell außerordentlich fühlbar wäre, eingegangen werden können.

II. Es werde an die k. k. n.-ö. Statthalterei berichtet, dass die Gemeinde die in dem bauämtlichen (eventuell noch zu ergänzenden) Verzeichnisse angegebenen und in den Plänen dargestellten Häuser als solche bezeichne, deren Umbau zur Erweiterung oder Regulierung der betreffenden Stellen der bezüglichen Hauptverkehrsstraßen Wiens durch die Interessen des öffentlichen Verkehres geboten ist; dagegen werde darauf verwiesen, dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die vielfachen im öffentlichen Interesse zu bringenden Opfer anlässlich der Erweiterung des Gemeindegebietes und die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Herstellung der Verkehrsanlagen sich außer Stande sehe, einer Befreiung der bezüglichen Umbauten von den Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer zuzustimmen, nachdem der der Gemeinde zukommende Ausfall an Zuschlägen ein sehr bedeutender und umsomehr unbillig wäre, als die Befreiung von den Zuschlägen einen Zeitraum von 18 Jahren umfassen soll, während der Mehrentgang für den Staat in Hinblick auf die bereits bestehende zwölfjährige Steuerbefreiung bloß sechs Jahre ausmacht, übrigens der Gemeinde aus Anlass der Umbauten der älteren Häuser bedeutende Auslagen für Schadloshaltung der Grundabtretungen zur Straßenverbreiterung, für Straßenregulierungen, Trottoir- und Canalherstellung 2c. erwachsen.

Die Petition des Centralverbandes der Hausbesitzer-Vereine von Wien, dahin gehend, dass eine Verlängerung der Steuerfreiheit für Neu-, Um- und Zubauten in keinem Falle zugestanden werde, vielmehr die bisherige Steuerfreiheit für Neu- und Zubauten aufzuheben und nur für Umbauten eine Steuerprämie zu bewilligen sei, wäre dahin zu erledigen, dass auf dieses Ansuchen in Hinblick auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 22. September 1891, Z. 525, wonach für Umbauten, welche an jenen Stellen der Hauptverkehrsstraßen vorgenommen werden, deren Erweiterung aus Verkehrsrücksichten geboten ist, eine 18jährige Steuerbefreiung angesucht wurde, nicht eingegangen werden kann.

Der Antrag des Herrn F. Rückauf und Genossen in Betreff der Rückwirkung des Steuerbefreiungsgesetzes für die im Jahre 1892 in Angriff genommenen Umbauten kann nicht zur Annahme empfohlen werden.

Schließlich wird hinsichtlich des neuen Antrages des Stadtbauamtes, die erhöhte Steuerbefreiung nur auf eine Grundfläche bis 25 m Tiefe von der neuen Baulinie an zu gewähren, bemerkt, dass eine solche Einschränkung die in Aussicht genommene Steuerbefreiung, insbesonders für größere Realitäten, z. B. Freihaus auf der Wieden, welches übrigens in das Verzeichnis gar nicht aufgenommen ist, wesentlich beeinträchtigt, und die Berechnungen der Steuerbefreiung vielfach compliciert, so dass es unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf das obige Begehren des Finanzministers fast besser wäre, auf die ganze Steuerbefreiungserhöhung — welche ja doch im großen und ganzen genommen keinen so immensen Einfluss auf die Bauthätigkeit üben wird — nicht weiter zu reflectieren.

III. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rückauf und Genossen erscheint in seinem ersten Theile durch den Antrag I erledigt, der zweite Theil desselben in Betreff der Rückwirkung des Steuerbefreiungsgesetzes auf die im Jahre 1892 in Angriff genommenen Bauten wäre abzulehnen.

IV. Der Bauamts-Antrag, die erhöhte Steuerfreiheit nur auf eine Grundfläche bis 25 m Tiefe von der neuen Baulinie an zu beschränken, wäre hauptsächlich mit Rücksicht auf die großen Grundparcellen der äußeren Bezirke zur Annahme zu empfehlen. Hingegen wurde dem Bauamts-Antrage, dass die erhöhte Steuerbefreiung nur für Umbauten Anwendung finden soll, welche innerhalb bestimmter zehn Jahre begonnen und vollendet worden sind, bereits mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 22. September 1891 Rechnung getragen.

Es wird beschlossen, den Statthalterei-Erlass, die vom Bauamte vorgelegte Tabelle, den Antrag des Magistrates und des Referenten in Druck zu legen.

— **Derselbe** referiert über den Canalbau in der Fichtegasse im I. Bezirke und beantragt die Genehmigung der erforderlich gewordenen Mehrauslagen per 170 fl. 71 kr. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über die Inbetriebsetzung des Steinbruches in Linz in Oberösterreich und beantragt die Ausführung des Baues einer Schmiede, die innere Einrichtung derselben, die Errichtung einer Ausmacherhütte für zwölf Arbeiter, die Schaffung eines Admini-

strationsgebäudes (Herrichtung eines Nebengebäudes auf dem Bauerngute) im Regiewege zu genehmigen und zu diesem Behufe einen Pauschalcredit von rund 2000 fl. gegen detaillirte Verrechnung der Auslagen zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Neupflasterung der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes für die Neupflasterung der Siebenbrunnengasse von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 16.165 fl. 67 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verpflichtung zur Erhaltung der im Zuge der Holzstraße an der Heiligenstädter-Lände über den Krotenbach führenden hölzernen Brücke und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht, wonach diese Brücke seit Gedenken von der Gemeinde Heiligenstadt erhalten worden ist, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Portorückstände und beantragt, die im Verzeichnisse der städtischen Hauptcassa angeführten rückständigen Portobeträge per 4 fl. 47 kr. zur Abschreibung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des I. weil. Kronprinz Erzherzog Rudolf-Militär-Veteranenvereines, Zahlstelle Döbling, um Nachsicht einer Musik-Impostgebür per 12 fl. 64 kr. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Offertverhandlungsergebnis wegen Regulierung und Eröffnung der Wimbergerstraße im XV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pflasterermeisters Franz Böck mit dem angebotenen Nachlasse von 17·5 Percent von den Kostenanschlagspreisen per 2063 fl. 48 kr. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Vorschlag des Vorstehers des V. Bezirkes, betreffend die Aufnahme von Zöglingen in die Karl Diehl'sche Stiftungsschule und beantragt, den Vorschlag des Vorstehers im V. Bezirke zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Kölblgasse im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 2307 fl. 58 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Ergänzungswahlen in den Armenrath des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Franz Czermack, Papierhändler, und des Franz Zeller, Maurermeister, zu Armenräthen zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Grenzbestimmung bezüglich der Wegparcelle Nr. 595 in Speising anlässlich des Besitzstörungsprocesses mit Ferdinand Birke und beantragt im Sinne des Antrages des Bezirksamtes im XIII. Bezirke, dass die Feststellung der Grenzen der Wegparcelle im gerichtlichen Wege vorgenommen werden soll. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über die Vergebung der Baumeisterarbeiten für Herstellungen in der Bürgerversorgungsanstalt und beantragt, in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 19. d. M. die Ausführung der Baumeisterarbeiten in obiger Anstalt dem städtischen Contrahenten zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Umpflasterung der Rauchfangkehrergasse im XIV. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project für die Umpflasterung obiger Gasse mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 5832 fl. 5 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** *referiert über die Umpflasterung der Dadlergasse im* XIV. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project für die Umpflasterung obiger Gasse mit dem bedeckten Erfordernisse von 10.136 fl. 76 kr. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des katholischen Frauenwohlthätigkeitsvereines Reindorf um Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1892 eine Subvention von 25 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Dub, Kanzleidiurnisten, um Studiennachsicht behufs Erlangung einer Kanzleipraktikantenstelle und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters am Stephansplatze im I. Bezirke in dem an die Schulerstraße anstoßenden Theile zwischen der Kirche und dem erzbischöflichen Palais. Derselbe beantragt die Herstellung eines Holzstöckelpflasters in der bezeichneten Strecke und Bewilligung eines Zuschusscredites per 9757 fl. 7 kr. zur Rubrik XXII 1 e „Umpflasterungen". (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Regulierung des sogenannten Gerichtsweges im XII. Bezirke und beantragt, die Wiederinstandsetzung obigen Weges in der Strecke von der Wiener-Neudorfer Dampftramway bis zum Inzersdorfer Gaswerke mit dem Kostenerfordernisse von 2235 fl. 42 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Reinhard Fernau um Consens zu Adaptierungen im Hause Nr. 17 Wilhelminenstraße, Nr. 36 Wattgasse des XVI. Bezirkes und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bauamtsbericht in Betreff der Copierung der Projecte für die Stadtbahnlinie und bezüglich der Vervielfältigung der Pläne über die Umgestaltung des Donaucanales als Behelfe für die Preisausschreibung für den General-Regulierungsplan und beantragt: Es sind die Tracen der Stadtbahn und der Wienregulierung, sowie der Donaucanal-Regulierung in dem Plane 1 : 10000 auf Grund des dermaligen Standes der Vorarbeiten einzuzeichnen und als Planbehelfe bei der nunmehr sofort einzuleitenden Preisausschreibung für den General-Regulierungsplan zu verwerten. Hinsichtlich der ausständigen Längen- und Querprofile oder eventuellen Abänderungen der genannten Verkehrsanlagen ist bezüglich deren Zumittlung an die Preisbewerber nach Maßgabe deren Feststellung vorzugehen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 26. August 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Rückauf, v. Götz, Schlechter, v. Goldschmidt, Schneiderhan, Dr. Grübl, Dr. Stenzl, Kreindl, Dr. Vogler, Meißl, Witzelsberger, v. Neumann, Wurm.

Beurlaubt: Bürgermeister Dr. Prix, Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, St.-R. Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller und Noske.

Entschuldigt: Baugoin.

Experte: Marktdirector Zecha, Ober-Ingenieur Clauser und Lichtblau.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Baugoin entschuldigt sein Ausbleiben infolge von Familienverhältnissen. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Auswechslung der Holzverschalungen in den Eiskellern der Detailmarkthalle des VII. Bezirkes und beantragt, diese Herstellung zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXIX 5 b einen Zuschusscredit in der Höhe des Kostenerfordernisses von 370 fl. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Entwurf des Mietvertrages bezüglich der Localitäten des k. k. Bezirksgerichtes Simmering, Dorfgasse Nr. 64 und beantragt, dem vom k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium übermittelten Vertragsentwurfe mit Ausnahme des § 3 desselben die Genehmigung zu ertheilen und § 3 in folgender Fassung zu genehmigen:

„Während der im § 1 stipulierten Dauer des Mietverhältnisses steht keinem der vertragschließenden Theile das Kündigungsrecht zu. Dieser Vertrag wird jedoch, falls im Augusttermine 1901 oder zu den späteren Augustterminen nicht von einem der vertragschließenden Theile die Kündigung desselben für den nächstfolgenden Februartermin erfolgt, stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert."

Ferner beantragt Referent, dem Oberlandesgerichts-Präsidium zu bedeuten, dass der Stadtrath diesen, gegenüber dem Mietvertrage mit der Polizeidirection günstigeren Vertragsbestimmungen nur unter der Voraussetzung seine Zustimmung ertheilt hat, dass das Justizärar auch die Besorgung der Hausbesorgergeschäfte durch den Diener der Finanzcassa übernehme und diese Geschäfte sich zum Theile auch auf den Polizeitract zu erstrecken haben werden, wie dies mit Note des Magistrates vom 26. Juli 1892, Z. 123517, unter Anschluss einer Instruction für die Hausbesorger in städtischen Häusern der k. k. Finanz-Landes-Direction mitgetheilt wurde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für den Schulbau im XV. Bezirke, Zinkgasse und beantragt, die Erbauung des einen Schultractes für eine Mädchen-Volksschule — eingerichtet zugleich zur Unterbringung einiger Mädchen-Bürgerschulclassen — auf den communalen Bauparcellen in der Zinkgasse im XV. Bezirke nach den vom Stadtbauamte im März 1892 verfaßten Planskizzen mit den im Bezirksschulraths-Referate vom 8. April 1892 angegebenen Modificationen zu genehmigen, den Schulhofraum als Sommerturn- und Spielplatz herzurichten, die verbleibende Area — um die Ecke gegen die Goldschlagstraße zu gelegen — vorläufig für einen etwa seinerzeit nothwendigen Bau eines zweiten Schultractes reserviert zu halten, den Schulbau, für welchen zur Deckung der ersten Baukostenrate im Hauptvoranschlage pro 1892 auf Gruppe III, Rubr. XII 16, 50.000 fl. eingesetzt sind, über Ersuchen des Bezirksschulrathes noch heuer in Angriff zu nehmen und der k. k. n.-ö. Statthalterei den Beschluss unter Anschluss der betreffenden Erhebungsacten in Entsprechung des Erlasses vom 29. September 1891, Z. 59578, bekanntzugeben.

St.-R. v. Neumann beantragt, die Gänge auf 3 m zu verbreitern und auch die Stiegen entsprechend breiter zu bauen.

Der Referent ist hiermit einverstanden.

(Angenommen.)

St.-R. R. v. Neumann referiert über den Stand der wichtigeren städtischen Bauten im zweiten Quartale 1892 und beantragt, das Stadtbauamt zu beauftragen, bei Ausfertigung von Berichten über den Stand der Bauten auch die voraussichtlichen Vollendungstermine einzusetzen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über die Versäumnisse des Baumeisters S. in der Ausführung der Arbeiten (VI. und XI. Bezirk) Bericht zu erstatten.

Referenten-Antrag und Antrag Dr. v. Billing angenommen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des Directors der Mädchen-Bürgerschule im IX. Bezirke, Währingerstraße 43, Rudolf Leitgeb um Quartiergeldentschädigung, Ersatz von Übersiedlungskosten und Auslagen für Herstellungen in der Naturalwohnung und beantragt, dem Bittsteller zu vergüten an Quartiergeldentschädigung für die Zeit vom 1. August 1889 bis Ende December 1891 den Betrag von 193 fl., die Kosten der ersten Übersiedlung mit 40 fl., die Kosten der Herstellungen in der seinerzeitigen Naturalwohnung mit 24 fl., zusammen 257 fl., im übrigen das gestellte Begehren abzuweisen. (Angenommen.)

St.-R. v. Göth referiert über das Ansuchen des Ferdinand Ebert um Bewilligung zur Legung eines Klinkertrottoirs vor seinem Hause, XIII. Bezirk, Penzing, Schmiedgasse 7 und beantragt, die Bewilligung unter den vom magistratischen Bezirksamte beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung von Grüften im Hietzinger und Baumgartner Friedhofe und beantragt, eine neuerliche beschränkte Offertverhandlung auszuschreiben und zu derselben auch den städtischen Contrahenten Franz Aufhauser einzuladen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abänderung der Baulinie für die verlängerte Landgutgasse im X. Bezirke und beantragt:

Es sei die Baulinie für die verlängerte Landgutgasse im X. Bezirke von der alten Landgutgasse bis zur Grenze des Matzleinsdorfer Friedhofes unter Auflassung der bereits genehmigten Baulinien in der Weise zu bestimmen, dass das Mittel der zu eröffnenden Landgutgasse die Ecke der Südbahnrealität in der Laxenburgerstraße und der Kreuzung der Alxingergasse streift und sonach die 24 Meter Breite der projectierten neuen Straße nach beiden Seiten aufgetragen werden.

Hinsichtlich der Verwertung des Matzleinsdorfer Friedhofes, bei entsprechender Ergänzung der Fläche desselben zu einem arrondierten Gebiete behufs einer Parkanlage daselbst — unbeschadet der Durchführung der Landgutgasse als Parkstraße —, sei das Stadtbauamt zu beauftragen, geeignete Anträge zu stellen.

Weiters habe das Stadtbauamt seinerzeit im Zusammenhange mit dem Parkprojecte über die Führung der Landgutgasse jenseits des Friedhofes neuerlich Bericht zu erstatten.

St.-R. Schlechter beantragt, den früheren Beschluss des Stadtrathes vom 4. November 1891 mit der Änderung aufrecht zu halten, dass die Breite von 24 m auf 20 m reduciert wird.

Referenten-Antrag angenommen; an den Gemeinderath.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Mehrkosten für die Herausgabe des Kataloges für die musik- und theatergeschichtliche Ausstellung der Stadt Wien und beantragt die Mehrkosten per 707 fl. 60 kr. zu dem mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 19. Mai 1892, Z. 2906, bewilligten Betrage von 1500 fl. zu genehmigen und in dieser Höhe einen Zuschusscredit auf Rechnung des Reservefondes zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der Sitzung des Bezirksausschusses des XIV. Bezirkes vom 9. August 1891 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über den amtsärztlichen Dienst im V. Bezirke und beantragt, es sei vom 1. September 1892 an für die Dauer des Bedarfes, eventuell bis zur definitiven Regelung des Sanitätsdienstes für einen Theil des V. Bezirkes ein supplierender städtischer Arzt gegen das übliche Honorar von 50 fl. per Monat zu bestellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung des Platzes vor der Servitenkirche im IX. Bezirk und beantragt, den Kostenvoranschlag B für Herstellung eines Metallicpflasters mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 6178 fl. 46 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über das Project für die Regulierung und Pflasterung der Kleinen Pfarrgasse im II. Bezirk von der Großen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 10.750 fl. 71 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über zehn Gesuche aus dem III. Bezirk um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen an:

Knopf Marie, Industrielehrerin;
Metzger Karl, Postillon;
Nitsch Josefa, Bedienerin;
Nirsch Marie, Gemischtwaren-Verschleißerin;
Urban Philipp, Portier;
Burda Johann, Tischlergehilfe;
Ton Anton, Monteur;
Frankl Karl, Packer;
Laa Sylvester, Gastwirt und Hausbesitzer;
Novotny Marie, Handarbeiterin. (Angenommen.)

St.-R. R. v. Neumann referiert über das Ansuchen des Josef Haus um Genehmigung der Parcellierung der Realität, XI., Pressburger Reichsstraße Grundb.-Einl. 437 und beantragt, die Abtheilungsbewilligung unter Einhaltung der vom Magistrate beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über die Straßenherstellung in der Glasergasse und dem anschließenden Theile der Rögergasse, sowie über die Regulierung der Rossauerlände bei Einmündung der Glasergasse im IX. Bezirke und beantragt, das Project mit dem nicht bedeckten Kostenerfordernisse von 3763 fl. 88 kr. zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d einen Zuschussscredit in dieser Höhe zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Baumeisters Gerl noe. Alfred Collmann um Bewilligung zum Baue eines Wohnhauses Or.-Nr. 30 Reisnerstraße im III. Bezirk und beantragt, die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses und Genehmigung des Thorportales mit einem Vorsprunge von 0·10 m über die Baulinie gegen Einlösung des erforderlichen Straßengrundes im Ausmaße von 0·36 m um den Betrag von 28 fl. 80 kr. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert bezüglich der vom Marktcommissariate in Vorschlag gebrachten Verlegung des Marktes für galizische Schweine und beantragt:

1. Die Vergrößerung der Schweinehalle, resp. Vermehrung der Verkaufsstände nach dem diesfälligen bauämtlichen Projecte — wonach zu beiden Seiten des Hofes der Schweinehalle auf die ganze Länge die Stände um eine Reihe vermehrt, die beiden Waghäuser 3 und 4 um die Hälfte verkleinert und die betreffenden zwei Brückenwagen an die äußere Peripherie der Schweinehalle verlegt werden, wodurch im ganzen eine Vermehrung um 60 Stände erreicht wird, und die Errichtung von Sammelständen für 1600 Stück Schweine zwischen dem Südbahn-Schöpfwerke und der ersten Szálláśengruppe in der Weise projectiert ist, dass der Platz gegen das Südbahn-Schöpfwerk und die dort bereits durchgeführte Anschüttung möglichst ausgenützt wird — mit dem Gesammtkosten-Erfordernisse von 68.212 fl. 78 kr. zu genehmigen;

2. mit der Ausführung noch im laufenden Jahre zu beginnen;

3. wegen Sicherstellung der Baumeister-, Zimmermanns- und Eisenconstructions-Arbeiten, sowie der Lieferung der erforderlichen Klinker- und Steinzeugwaren eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung unter Festsetzung eines Termins von 14 Tagen auszuschreiben;

4. das Gesammtkosten-Erfordernis auf den Reservefond des Jahres 1892 zu verweisen;

5. das derzeit bereits eingeplankte Terrain des Schlachtviehmarktes (gegen das Bräuhaus zu gelegen) nach Thunlichkeit bald anzuschütten und auf das Niveau zu bringen;

6. gegen die Baumgasse zu das der Gemeinde Wien noch nicht gehörige Terrain bis zur Baumgasse zu erwerben und möglichst bald auf das Niveau zu bringen;

7. mit der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft wegen Auflassung ihres beim Schlachtviehmarkte gelegenen Schöpfwerkes in der Richtung Verhandlungen zu pflegen, dass die Gesellschaft mit Wasser aus der von der Gemeinde Wien hergestellten Wasserleitung Lagerhaus-Schlachtviehmarkt entschädigt werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 12. Juli 1892, Z. 4579, betreffend den Stadtraths-Beschluss vom 1. Juli 1892, Z. 2564, bezüglich des Vorganges bei Besetzung der Lehrstellen (Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. Juni 1891, Z. 6285, Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 23. April 1892, Z. 3362), wonach die vom Stadtrathe beschlossene Kenntnisnahme zu einer Erledigung durch den Bezirksschulrath nicht geeignet ist, zumal sich das Original des Erlasses ohnehin in Aufbewahrung des Bezirksschulrathes befindet und der letztere dem Bezirksschulrathe ausdrücklich zur genauen Beachtung mitgetheilt worden ist; — und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die gelegentlich des Referates über die Aufhebung des 70percentigen Zuschlages zur Erwerbsteuer im Gemeinderathe am 27. October 1891 gestellten Anträge der Gem.-Räthe Stehlik und Gregorig auf Einschaltung einer Steuerquote von 15 fl., beziehungsweise Aufhebung der Maximalsteuergrenze von 1575 fl. und beantragt, nachdem dem hohen Abgeordnetenhause dermalen die Regierungsvorlage, betreffend die Reform der directen Personalsteuern zur Berathung vorliegt und nachdem durch diese Gesetzesvorlage auch die Erwerbsteuer eine eingreifende Änderung erfahren soll, von der Einbringung von Petitionen um Änderung der bestehenden Erwerbsteuervorschriften im Sinne der Anträge der Gem.-Räthe Stehlik und Gregorig als unzeitgemäß Abstand zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Schlussbericht der Direction des städtischen Pädagogiums und beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dem Director Dr. Anton Kauer für sein Wirken am Pädagogium die vollste Anerkennung auszusprechen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Entwurf der Concurrenzvorschriften zur Erlangung von Projecten für eine Schulbankconstruction nach den von der Schulbank-Expertise aufgestellten Normen und beantragt, diese Vorschriften zu genehmigen und die darin aufgeführten Prämien von 1000 fl., 500 fl., und 300 fl., für welche der Betrag von 1800 fl. im Budget des Jahres 1893 zu decken ist, zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Äußerungen der Schulleiter bezüglich der Schulbanksysteme und beantragt, den Bericht des Magistrates vom 17. April 1892, Z. 51082, zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Anerbieten des Ferdinand und der Leopoldine Kalb und des Karl Striegl auf Ankauf der an ihre Realitäten angrenzenden, zur Verbauung geeigneten Theile der Linienamtsrealität in der Westbahnstraße im VII. Bezirke und beantragt die Ablehnung aus den vom Magistrate entwickelten Gründen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirks-Ausschusses des V. Bezirkes wegen Anbringung einer Votivtafel in der Diehlschen Stiftungsschule und Anschaffung von Christuskreuzen für die Lehrzimmer und beantragt, die Anbringung der Tafel mit folgendem Wortlaute: „Dem hochherzigen Stifter Karl Diehl, Bürger der Stadt Wien, in dankbarer ehrender Erinnerung gewidmet" und die Anschaffung von fünf Kreuzen für die Lehrzimmer mit dem beiläufigen Kostenbetrage von 80 fl. zu bewilligen. (Angenommen);

St.-R. Schlechter referiert über acht Gesuche aus dem VII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen an:

Klutz Josef, Hausbesorger;
Janak Anton, Geschäftsleiter;
Lehner Oswald, Stadtträger;
Kronsky Magdalena, Handarbeiterin;
Dub Franz, Silberarbeitergehilfe;
Grohmann Richard, Geschäftsreisender;
Lachmayer Franz, Kleidermacher, und
Kauer Anton, Posamentierer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der Sitzungen des Bezirks-Ausschusses Leopoldstadt vom 10. August und 17. August 1892, Landstraße vom 4. August 1892, Margarethen vom 8. August 1892 und Neubau vom 10. August 1892 und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung der Theresia Schuda wegen Nichtverleihung der Zuständigkeit und beantragt, dieser Vorstellung stattzugeben und der Genannten die Zuständigkeit nach Wien zu verleihen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ergebnis der neuerlichen Offertverhandlung wegen Vergebung der Reinigung der Feuerzüge und Rauchcanäle für die Dampfkessel im Rathhause in der Zeit vom 1. October 1892 bis 30. September 1895 und beantragt, diese Arbeiten dem Rauchfangkehrer Johann Schagl um den jährlichen Pauschalbetrag von 570 fl. zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering um Adaptierung des Depotlocales und Bestreitung der Kosten für die Reinhaltung der Requisiten durch die Gemeinde und beantragt, zur Ausführung der im currenten Wege vorzunehmenden Adaptierung der Localitäten im ehemaligen Gemeindeamtsgebäude Unter-Sievering, Hauptstraße 117 und im anstoßenden sogenannten Armenhause als Wachlocal, beziehungsweise Requisitendepot der freiwilligen Feuerwehr Unter-Sievering einen Betrag von 865 fl. 15 kr., wofür bei Ausgabs-Rubrik XII 4 g die Deckung vorhanden ist, zu genehmigen und der freiwilligen Feuerwehr Unter-Sievering zum Zwecke der Reinhaltung der Requisiten sowie des Wach- und Depotlocales einen Betrag von 6 fl. per Monat vom 1. Juli 1892 bis 1. Jänner 1893, also zusammen den Betrag von 36 fl. zu bewilligen, wofür bei Ausgabs-Rubrik XX 6 die Deckung vorhanden ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Mannsberger, Pächters der Wasserleitungs-Parcellen Nr. 36 in Theresienfeld und Nr. 326/2 und 300/3 in Steinabrückl im Ausmaße von 2 Joch und 735 □° um Herabsetzung des Pachtzinses und beantragt, dem Bittsteller für das Jahr 1892 einen Pachtnachlass von 5 fl. zu gewähren aus dem vom Magistrate entwickelten Gründen.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.)

August 1892.

Eingelegt 577.292 fl. 27 kr. von 2205 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 430.540 fl. 15 kr. an 1932 Parteien.

Stand vom 31. August 1892:

Gesammteinlagen auf 17.024 Conti	10,331.799 fl. 94 kr.
Hypothekar-Darlehen	6,795.385 fl. 93 kr.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 30. August 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3578 Stück
Fettschweine	6094 „
Summa	9672 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7238 Stück
für das Land	1234 „
unverkauft blieben	1200 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 36	bis 46	kr.	}	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 35	„ 40	„	}	

Die Kauflust war infolge des den Bedarf abermals übersteigenden Auftriebes namentlich für Fettschweine ziemlich flau, daher dieselben um $1^1/_2$ kr. per Kilo gefallen, während Jungschweine die letztwöchentlichen Preise nur schwer behaupteten.

* * *

(Pferdemarkt vom 30. August 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 338 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 95—350 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 25—55 fl. „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 1. September 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 581, Kälber lebend 1857, Lämmer Waidner 27, Lämmer lebend 47, Schafe Waidner 284, Schafe lebend 6513.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 44 bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „ 36 „ 52 „
Lämmer Waidner „ Paar von 4½ bis — fl.
Lämmer lebend „ „ „ 5 „ 7½ „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 34 bis 47 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 8 bis 20 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 446 Stück Kälber weniger zugeführt. Die Kauflust war infolge der geringeren Zufuhren sehr lebhaft, daher Waidner-Kälber um 2 kr. und lebende Kälber um 5 kr. per Kilo im Preise gestiegen sind.

Auf dem Schafmarkte wurden um 193 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich animiert, jedoch haben die letztwöchentlichen Preise keine Änderung erfahren.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 1. September l. J., 118 Stück Mast-, 25 Stück Weide- und 235 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Sanitätsangelegenheiten.

(Eröffnung der neu errichteten Volksbäder.)

Am 31. August 1892 morgens wurden die neu errichteten Volksbäder in der Treustraße Nr. 60 im II., in der Florianigasse Nr. 30 im VIII. und in der Wiesengasse Nr. 17 im IX. Bezirke eröffnet und findet in den nächsten Tagen nach erfolgter Erwirkung des bezüglichen Benützungconcenses auch die Eröffnung des neu errichteten Volksbades in der Ufergasse im VI. Bezirke statt, so dass sohin im ganzen acht städtische Volksbäder bestehen.

* * *

Besuch der städtischen Volksbäder im August 1892.

			weibliche Personen	männliche Personen
II. Bez., Treustraße 60	— 40,	„	10	30
(Eröffnet 31. August 1892.)				
III. Bez., Apostelgasse 18	— 9911,	davon	2701	7210
(Eröffnet August 1891.)				
V. Bez., Einsiedlerplatz	— 15607,	„	3848	11759
(Eröffnet August 1890.)				
VII. Bez., Mondscheingasse 9	— 17821,	„	5588	12233
(Eröffnet December 1887.)				
VIII. Bez., Florianigasse 30	— 220,	„	43	177
(Eröffnet 31. August 1892)				
IX. Bez., Wiesengasse 17	— 103,	„	16	87
(Eröffnet 31. August 1892.)				
X., Erlachplatz	— 11890,	„	2297	9593
(Eröffnet August 1890.)				

Gewerbeangelegenheiten.

(Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.) Vom **1. bis incl. 31. August 1892** wurden vorgemerkt:

Meisteranmeldungen 45
Lehrlingsanmeldungen 23
Vermittlungen 18

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888).

Meisteranmeldungen 3817
Lehrlingsanmeldungen 4482
Vermittlungen 2129

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. August 1892.

(Fortsetzung.)

Schöppl Anton — Stadtträger — XV., Fünfhaus, Westbahnhof, vor der Ankunftshalle.
Sonntagbauer Mathias — Stadtträger — XV., Fünfhaus, Westbahnhof, vor der Ankunftshalle.
Ullmann Johann — Stadtträger — XV., Fünfhaus, Westbahnhof, vor der Ankunftshalle.
Woditschka Georg — Tapezierer — XVII., Hernals, Stiftgasse 48.
Ceren Jakob — Tischler — II., Pazmanitengasse 14.
Hanausek Mathias — Tischler — X., Quellengasse 112.
Zelniczek Eduard — Tischler — XVII., Hernals, Rötzergasse 44.
Blaustein Jakob — Trödler — VIII., Josefstädterstraße 57.
Hofstädter Leopold — Uhrmachergewerbe — XVII., Hernals, Kircheng. 64.
Požar Anton — Victualien-Verschleiß — IX., Rögergasse 12.
Kiesewetter Sofie — Wäscheputzerin — XVI., Ottakring, Abelegasse 21.
Fiala Karoline — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstr. 42.
Themer Johann — Zeitschrift-Herausgabe — X., Simmeringerstr. 156.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. August 1892.

Marbach Ernst, Dr. — Handel mit Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenständen für das k. k. Heer — I., Schreyvogelgasse 3.
Kohnstein Adolf — Brantweinschank — XVIII., Währing, Johannesgasse 75.
Kalaböck Juliana — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 4.
Respekt Cäcilie — Brennholz-, Kohlen- und Coaks-Verschleiß — XVIII., Währing, Lustkandlgasse 51.
Makal Jakob — Einspännergewerbe — I., Johannesgasse.
Schuh Josef — Fiakergewerbe — I., Hoher Markt.
Moßler Adolf — Verschleiß von Fotografien und Reliefbildern — XVIII., Währing, Herrengasse 67.
Straßer Johann — Gastwirt — IX., Kinderspitalgasse 7.
Doldči Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 39.
Hloušek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 40.
Hoffmann Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Lainzerstraße 3.
Kawer Chaim — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 1.
Makusch Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 54.
Waschirz Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Leopoldigasse 16.
Wenuta Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kirchengasse 12.
Freißler Anton — Wasser-Installateur — X., Erlachplatz 4.
Meixner Marie — Kleidermacherin — VII., Neubaugasse 52.
Skala Josef — Kleidermacher — VIII., Lerchenfelderstraße 58.
Maschny Magdalena — Handelsagentie mit Mehl und Zucker — IX., Alserstraße 8.
Burger Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 29.
Kadletz Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — X., Bürgergasse 10.
Schwella Wilhelm — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Wildemanngasse 25.
Pschikal Ottilie — Milchtrinkhalle — II., k. k. Prater, Ausstellungspark.
Bach Laura — Modistin — IV., Gusshausstraße 3.

Sluwa vel Sabina Taud — Modistin — XVIII., Währing, Hauptstraße 8.
Troltsch Katharina — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Annagasse 10.
Befele Josefine — Pfaidlerei — VII., Siebensterngasse 39.
Hadrigan Josef — Schlosser — V., Obere Bräuhausgasse 13.
Beran Jacques (Samson) — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 11.
Nejez Josef — Schuhmacher — XVIII., Währing, Döblingerstraße 8.
Hilscher Francisca — Schreib- und Rauchrequisiten-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 1.
Stanek Betti — Selchwaren-Verschleiß — I., Riemerstraße 2.
Becher Marie — Stadtlohnkutschergewerbe — VI., Gumpendorferstr. 94.
Stribel Julius — Deichgräber — XVIII., Währing, Neugasse 12.
Strnad Christine — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gaullachergasse 36.
Wittmann Gertrud — Wäscheputzerei — XVIII., Währing, Martinsstraße 44.
Schwenk Karl — Zigarren-Papierspitzen-Erzeugung — X., Gellertg. 20.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. August 1892.

Abel Franz — Baumeister — XIII., Hietzing, Auhofstraße 44.
Berger Isidor Robert — Ausschank von Cognac — II., Prater, Ausstellungspark.
Nagl August — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstraße 24.
Nickel Josef — Gastwirt — XII., Altmannsdorf, Laxenburgerstraße 9.
Schloßgang Josef — Gastwirt — XII., Gaudenzdorf, Gemeindegasse 6.
Schmid Franz — Gastwirt (Pacht) — VIII., Lerchenfelderstraße 94.
Bolanek Robert — Gastwirt — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 21.
Frappart Cäcilie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Poststraße 24.
Kasperkowits Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Luftbadgasse 12.
Ternig Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 81.
Weber Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 1.
Wohlfahrt Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Millergasse 33.
Menrath Jakob — Kaffeesieder — VII., Neubaugasse 81.
Dienstl Theresia — Kisten-Verschleiß — I., Wollzeile 31.
Kraßny Katharina — Commissions-Verschleiß von neuen Kleidern — IX., Berggasse 20.
Gschwandtner Rosa — Mehl- und Gries-Verschleiß — X., Himbergerstraße 62.
Stoklas Marie — Modistin — I., Wollzeile 18.
Triska Anton — Chemische Putzerei und Färberei — V., Hundsthurmerstraße 26.
Stark Marie — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern — IX., Nussdorferstraße 66.
Gál Emerich — Commissions-Verschleiß mit Textilwaren — I., Zelinkagasse 11.
Adamecz Therese — Victualien-Verschleiß — VIII., Florianigasse 22.
Picha Christine — Victualienhandel — VI., Stiegengasse 4.
Stupperger Anton Wenzel — Verschleiß von Weinessig — VI., Mariahilferstraße 49.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. August 1892.

Czerny Emanuel — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Hernals, Alsbachstraße 1.
Stehauner Anna — Einspännergewerbe — XVI., Ottakring, Yppeng. 7.
Knoll Josef — Fiaker — I., Hoher Markt.
Ratka Adolf — Fiakergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 13 und 15.
Steindl Rudolf — Fiakergewerbe (Pacht) — I., Michaelerplatz.
Kriwanek Aloisia — Fleisch-Verschleiß — V., Rampersdorfgasse 23.
Brauneder Marie — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Ober-Döbling, Grinzingerstraße 15.
Kahlenberg-Eisenbahn-Gesellschaft — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstadt, Wildgrubgasse 164, 285.
Pointner Robert — Gastwirt — IX., Schwarzspanierstraße 1.
Prause Leopoldine — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 78.
Tesch Johann — Gastwirt — VIII., Piaristengasse 3.
Devidé Walter — Gemischtwarenhandel — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 55.
Jellinek Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 98.
Meyßner Max — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Altmannsdorf, Laxenburgerstraße 5.
Schwadron Osias — Handelsagentie — IX., Porzellangasse 20.
Hüttner Moriz — Hutmacher — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 12.
Dufka Karl — Kaffeesieder — IX., Hebragasse 4.
Rosprim Franz — Kleidermacher — XVII., Hernals, Leopoldigasse 3.
Esterlus Moriz — Erzeugung von zur Krankenpflege gehörigen Geräthschaften — IX., Mariannengasse 2.
Esterlus Moriz — Handel mit Gegenständen, welche zur Adjustierung von zu Sanitätszwecken bestimmten Geräthen dienen — IX., Mariannengasse 2.
Jacobsen Martin — Handelsagentur mit Manufacturwaren — I., Drahtgasse 2.
Wacek Leopoldine, geb. Böhnisch — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 38.
Weilguni Theresia — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Nymphengasse 6.
Schwarz Adele — Modistin — XVII., Hernals, Hauptstraße 2 a.
Schuster Henriette — Obst- und Grünwarenhandel — XVII., Hernals, Hauptstraße 71.
Philipp Theodor — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 58.
Bretholz Amalia — Pfaidlergewerbe — XVII., Hernals, Stiftgasse 11.
Hofbauer Ludwig — Pferdehändler — XII., Unter-Meidling, Feldg. 11.
Walter Hermine — Tabakbeutel-Erzeugung — V., Margarethenstraße 76.
Wipplinger Alexander — Tanzschul-Inhaber — IV., Hungelbrunng. 18.
Garms Christian — Tischlergewerbe — XIX., Unter-Sievering, Friedlgasse 15.
Schuba Anna — Victualienhandlung — V., Diehlgasse 23.
Bürgermeister Katharina — Wäscheputzerin — VII., Hermanngasse 31.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. August 1892.

Ungar Edmund — Baucantine — IX., Ecke Müllnergasse und Grünethorgasse.
Schindler Ferdinand — Bauunternehmung — XVIII., Währing, Antonigasse 12.
Schmeger Alois — Verschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Währing, Johannesgasse 7.
Matusky Theresia — Einspännergewerbe — II., Karmeliterplatz.
Hilsner Charlotte — Eisenträdlerei — XVI., Ottakring, Friedmanng. 42.
D'Este Johanna — Dienstvermittlung — IV., Preßgasse 18.
Fleck Anna — Verschleiß von Farben, Öl und Firniß — XVIII., Gersthof, Hauptstraße 65.
Merstallinger Rudolf — Fleischhauergewerbe — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 25.
Plansky Johann — Fleischselcher — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 29. (Das Weitere folgt.)

M.-Z. 159703 ex 1892.

VIII.

Kundmachung.

(Anmeldepflicht rücksichtlich angekommener Fremder.)

Infolge Verordnung des hohen k. k. Ministeriums des Innern werden sämmtliche zur Beherbergung von Fremden auf welch immer gesetzlichen Grundlage Berechtigte, ferner jedermann, der sich mit dem Vermieten von Wohnungen, Zimmern ꝛc. befaßt, **sowie jeder Inhaber einer Wohnung** beauftragt, nunmehr die Ankunft jedes aus Rußland, aus dem Deutschen Reiche oder aus Frankreich ankommenden Fremden sofort der Gemeindebehörde anzuzeigen.

Diese Anzeigen sind jederzeit und zwar: im I. Bezirke im Stadtphysikate im neuen Rathhause, I., Lichtenfelsgasse 2, 3. Stiege, Hochparterre, in den Bezirken II, III, IV, VII, X, XI, XII, XIII, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX bei dem betreffenden magistratischen Bezirksamte, in den Bezirken V, VI, VIII, IX und XIV bei der Bezirksvorstehung zu erstatten.

Die Außerachtlassung dieser Anordnung wird nach § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G. und V.-Bl. Nr. 45 strenge geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt im übertragenen Wirkungskreise.

Wien, am 30. August 1892.

Der Magistrats-Director:

1—3 **Krenn.**

Prot.-Nr. 91251 ex 1892.
1123 IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermanns- und Schieferdeckerarbeiten zur Reconstruction des ehemaligen Gemeindehauses in Hütteldorf, Hauptstraße 43** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Mittwoch den 7. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 142043 ex 1892.
Ref.-Nr. 2079. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Schmelzgasse in Breitensee im XIII. Bezirk** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1184 fl. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 154464 ex 1892.
Ref.-Nr. 2282. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung: 1. **der Steinpflasterungsarbeiten für die Regulierung und Umpflasterung des Theiles der Kleinen Pfarrgasse** im II. Bezirke von der Großen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2297 fl. 49 kr. und 300 fl. Pauschale, 2. **der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** vor dem Schulgebäude Or.-Nr. 33 daselbst im veranschlagten Kostenbetrage von 2142 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 155098
Ref.-Nr. 2290 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Rauchfangkehrergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1223 fl. 48 kr. und 40 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **13. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 153078
Ref.-Nr. 2259 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Millergasse von der Wallgasse bis zur Liniengasse im VI. Bezirke,** im veranschlagten Kostenbetrage von 6582 fl. 24 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **9. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 154465
Ref.-Nr. 2283 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung a) der **Erd- und Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße zwischen dem Praterstern und der Lichtenauergasse im II. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.481 fl. 63 kr. und 500 fl. Pauschale und b) der **Asphaltiererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1283 fl. 1 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 47879

Ref.-Nr. 599 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Bespannung für die der Gemeinde Wien gehörigen Straßenwalzen im Bezirkstheile Inzersdorf, dann im XI. bis XV. Bezirke, ferner im Gebiete der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld und im XVII. bis XIX. Bezirke, sowie der zum Vorspritzen bei der Macadamisierung und Straßenconservierung erforderlichen bespannten Wasserwägen in obigen Bezirken und Bezirkstheilen** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezügliche Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar, beziehungsweise die am Schlusse desselben beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 146069 ex 1892.

Ref.-Nr. 2146. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Wienstraße von der Kettenbrücken- bis zur Pressgasse im IV. Bezirk,** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 3054 fl. 98 kr. und 600 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. August 1892 3—3

Ad Prot.-Nr. 155107

Ref.-Nr. 2298 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Millergasse im XII. Bezirk zwischen der Laudon- und Radetzkygasse** im Kostenbetrage von 1052 fl. 3 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 25. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 75417
Ref.-Nr. 1011 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Fahrbahn der Stromstraße von der Jägerstraße bis zur Dresdnerstraße im II. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2182 fl. 40 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155099
Ref.-Nr. 2291 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 3772 fl. 33 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 136793
Ref.-Nr. 2022 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Kölbelgasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1831 fl. 57 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 153079
Ref.-Nr. 2260 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Seegasse im IX. Bezirke** mit dem Kostenerfordernisse von 5871 fl. 37 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 154467
Ref.-Nr. 2285 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Hasnerstraße im XVI. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 720 fl. 68 kr. und 90 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 135711
Ref.-Nr. 1983 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Karajangasse im II. Bezirke** mit dem Kostenerfordernisse von 1742 fl. 11 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 155732

Ref.-Nr. 2310 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Dadlergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2316 fl. 70 kr. und 60 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 154463

Ref.-Nr. 2281 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Neustiftgasse zwischen der Schottenfeldgasse und Kaiserstraße im VII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4001 fl. 42 kr. und 400 fl. Pauschale, und

2. der **Arbeiten für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters ebendaselbst** vor dem Schulhause Or.-Nr. 100 im veranschlagten Kostenbetrage von 2791 fl. 63 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **9. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 153080

Ref.-Nr. 2261 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Barnabitengasse zwischen der Windmühlgasse und der Mariahilferkirche im VI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1.739 fl. 14 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 2—3

Ad M.-Z. 466140.
XVIII.

Kundmachung.

(Neuwahlen des Gewerbegerichtes für Maschinen- und Metallwaren-Industrie.)

Die Wählerlisten der beiden Wahlkörper der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die im laufenden Jahre vorzunehmenden **Neuwahlen des Gewerbegerichtes für die Maschinen- und Metallwaren-Industrie werden vom 4. bis inclusive 18. September 1892 im Bureau des Herrn Magistratsrathes Karl Wopalensky** (neues Rathhaus, 2. Stock, Aufgang von der Lichtenfelsgasse, Stiege 5) zur Einsicht öffentlich aufliegen und können daselbst Reclamationen gegen die erfolgte oder gegen die unterbliebene Aufnahme in die Wählerlisten innerhalb obiger Frist mündlich oder schriftlich erhoben werden.

Im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. XXX, Nr. 63, wird dies hiemit zur Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, als politischer Behörde I. Instanz,

am 1. September 1892. 1–3

Z. 193.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 22. d. M., Z. $\frac{20231}{\text{XIV.}}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate December 1891** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 31027 bis incl. Pfand-Nr. 34042 und **Effecten** von Pfand-Nr. 66658 bis incl. Pfand-Nr. 73496 am **9. September 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 24. August 1892. 3–3

G.-Z. 149340.
X.

Kundmachung.

(Sieben Stiftplätze am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien.)

Am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien sind **sieben** vom Gemeinderathe der Stadt Wien gestiftete **Freiplätze** vom Schuljahre 1892/93 an auf die Dauer der Studien zu verleihen.

Die Bewerber um diese Freiplätze haben ihre Gesuche **bis längstens 25. September l. J. beim Wiener Magistrate einzureichen** und genau anzugeben, ob sie die Vorbildungs- oder die Ausbildungsschule besuchen wollen und in beiden Fällen, welches Fach sie als Hauptfach gewählt haben.

Im ersteren Falle sind dem Gesuche die Nachweise über das den Bestimmungen des § 3 der Vollzugsvorschriften zum Grundverfassungsstatute des Conservatoriums entsprechende Alter, sowie über die mit Erfolg abgelegte Aufnahmsprüfung, im letzteren Falle, wenn nämlich der Bewerber bereits Zögling des Conservatoriums war, das Zeugnis über die abgelegte Jahresprüfung anzuschließen.

Der Bewerber muss weiter seine wahre Dürftigkeit, sowie sein tadelloses, sittliches Verhalten nachweisen; ebenso hat derselbe nachzuweisen, wo er heimatsberechtigt ist, da in erster Reihe nur solche zu berücksichtigen sind, welche nach Wien zuständig sind, und nur bei Abgang derartiger Petenten und unter besonders berücksichtigungswürdigen Umständen auch Individuen bedacht werden können, welche das Heimatsrecht in Wien nicht besitzen.

Bewerbern, welche bereits Zöglinge des Conservatoriums im vorhergegangenen Schuljahre waren, wird ein Communal-Stiftplatz in der Regel nur dann verliehen, wenn sie bei der letzten Jahresprüfung im Hauptfache die Vorzugsclasse erhalten haben.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei Verleihung dieser Stiftplätze solche Bewerber, welche sich dem Studium der höheren theoretischen Disciplinen oder seltener gepflegten Orchester-Instrumente widmen, in Ermanglung solcher aber zunächst Schüler der übrigen Instrumental-, dann jene der Gesangsclassen unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug erhalten.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig instruierte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. August 1892. 3–3

M.-Z. 8077 ex 1892.
VI.

Kundmachung.

(Grundverpachtung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien werden im neuen Rathhause, Eingang Lichtenfelsgasse, Stiege 3, im steinernen Rathssaale im I. Stocke nachfolgende, dem Bürgerspitalfonde der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücke vom November 1892 an auf weitere sechs Jahre, d. i. bis November 1898, am **Montag den 19. September 1892, vormittags um 10 Uhr,** verpachtet werden, und zwar:

1. Die Grasnutzung auf den Wiesen und Auen im II. Bezirke, Prater, am rechten und linken Donauufer;

a) am rechten Donauufer: ein Theil von Cat.-Parc. 1674 und die ganzen Parcellen Nr. 1681, 1682/1, 1682/2, 1685, 1686, 1687, 1688/1, 1688/2, 1689, 1690, 1691, 1692, 1699, 1701, 4038, 4040, zusammen 13 Joch 25·16 □°.

b) am linken Donauufer: ein Theil von Cat.-Parc. 2434 und die ganzen Parcellen Nr. 2458, 2460/1, 2460/2, 2462, 2463, 2465, 2466, 2467, 4108, 4109/3, 4273/1, 4273/2 und 4273/3, zusammen 32 Joch 1214·78 □°.

2. Der Acker in der oberen Muhren, Cat.-Parc. 1475 im X. Bezirke mit 3 Joch 158·25 □° in zwei Abtheilungen.

3. Der Dunggrubenacker außerhalb der Belvederelinie, Cat.-Parc. 21, 22 und 102 im X. Bezirke mit 6 Joch 169·41 □° in drei Abtheilungen.

4. Die Äcker im XII. Bezirke Meidling, zwischen der Südbahn, der Wilhelmsdorfer- und Rudolfsgasse, Cat.-Parc. 281/1, 281/3, 281/5, 281/11, 281/12, 394/1, 394/5, 395/1 und 395/3, zusammen 15 Joch 932 □° in zwölf Abtheilungen.

5. Ein Theil der Lagerplätze im XII. Bezirke, Meidling, zwischen der Breitenfurter- und St. Marx-Meidlingerstraße, Abtheilung VII, Cat.-Parc. 284 mit 646 □°.

6. Die Kirchenwiese im XI. Bezirke Simmering (Küchengarten), Cat.-Parc. 1410/2, 1417/1, 1417/2, 1417/3, 1417/4, 1417/5, 1418 und 1420 mit 9 Joch 658 □° in sieben Abtheilungen.

7. Der Acker in Mittermuhren am Schrankenberg im X. Bezirke, Theil der Cat.-Parc. 1366/1 und 1366/7, zusammen mit 11 Joch 640·75 □°.

Die Pachtbedingungen sowie die Pachtpläne können im Magistrats-Departement VI an Wochentagen während der Amtsstunden zwischen 8 und 2 Uhr gesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, im August 1892. 3—3

Z. 151337
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die im II. Semester 1892 fällig gewordenen Interessen des **Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters** im Betrage von 364 fl. 87½ kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene armen Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die minderen Erwerbsfähigkeit, des vorgerückten Alters oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften bis **30. September 1892** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. August 1892. 1—3

G.-Z. 151342
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 3. November 1892** zwei Drittel der Jahresinteressen des **Maria Ernst von Ernstenau'schen Stiftungscapitales** im Betrage von 168 fl. an **sechs** dürftige, alte, krüppelhafte, in Wien wohnhafte, zu einer der christlichen Confessionen sich bekennende Personen zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben den diesfälligen Gesuchen ihren Taufschein, ein legales, von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis und ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. September 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt und Residenzstadt

Wien, am 18. August 1892. 2—3

G.-Z. 151340
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im Monate **October 1892** die verfügbaren Interessen der **Elisabeth Strauß'schen Stiftung** per 100 fl. an **sechs** arme Familien in Wien mit dem Betrage von je 16 fl. 66 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtsschein, den Trauungsschein, den Tauf- oder Geburtszettel der Kinder, den Heimatschein, endlich ein legales, von dem Herrn Vorsteher des Armeninstitutes des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. September 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. August 1892. 2—3

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	2143
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	2143
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 25. August 1892	2143
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. August 1892	2146
Allgemeine Nachrichten:	
Sparcassa der Gemeinde Sechshaus	2148
Approvisionierung:	
Borstenviehmarkt vom 30. August 1892	2148
Pferdemarkt vom 30. August 1892	2148
Stechviehmarkt vom 1. September 1892	2149
Sanitätsangelegenheiten:	
Eröffnung der neu errichteten Volksbäder	2149
Besuch der städtischen Volksbäder im August 1892	2149
Gewerbeangelegenheiten:	
Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wr. Magistrates	2149
Gewerbeanmeldungen	2149—2150
Kundmachungen	2150—2158
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates. Monatsbericht pro Juli 1892.	

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 70. Dienstag, den 6. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 2. September 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Dr. Stenzl und Noske entschuldigen ihr Ausbleiben.

2. Dem Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter ist ein Urlaub vom 3. bis 11. September bewilligt worden, ebenso dem Herrn Gem.-Rathe v. Götz vom 6. September bis 6. October, dem Herrn Gem.-Rathe Schneiderhan vom 7. September bis 7. October.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

3. Die Administration der „Neuen Freien Presse" übersendet den Betrag von 429 fl. 70 kr. für den Verein zur Beköstigung armer Schulkinder.

Wird der Dank ausgesprochen.

4. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Gregorig und Genossen zu beantworten.

Die Interpellation geht dahin, ob ein Schreiben an mich gelangt ist vom Bürgermeister Breyer von Baden, es mögen die Armenräthe angewiesen werden, bei Befürwortung von Freiplätzen im Curorte Baden strenge Nachschau zu halten.

Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes mitzutheilen:

Dieses Schreiben ist eingelangt, und habe ich dasselbe zur Berücksichtigung dem Magistrate übergeben. Übrigens werden Freiplätze in Baden auf Grund eines legalen Armutszeugnisses, ferner eines armenärztlichen Pareres vom Armendepartement des Magistrates verliehen und kommen in jeder Badesaison 400 solcher Freiplätze zur Besetzung.

5. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend die Erstattung von Vorschlägen wegen Erweiterung des Lagerhauses, habe ich die Ehre, dahin zu beantworten, dass der betreffende Vorschlag dem Gemeinderathe zur Berathung vorliegt, und dass sich hoffentlich Gelegenheit ergeben wird, dass diese Angelegenheit nächstens auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Ich ersuche, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In Ausführung eines Gemeinderaths-Beschlusses wird gegenwärtig im II. Bezirke der neue Marktplatz an der Stelle des ehemaligen Asyl- und Werkhauses neu gepflastert. Wie mir bekannt, hat der Stadtrath beschlossen, dass auf diesem Platze ein Pissoir und Anstandsort nach dem Plesel'schen Systeme aufgestellt werde. Trotzdem nun die Pflasterungsarbeiten nahezu vollendet sind, ist der Bau des Pissoirs noch nicht in Angriff genommen und soll der Magistrat nach einer mir gewordenen Mittheilung auch noch keinen Auftrag zur Herstellung dieses Objectes ertheilt haben. Nachdem nun dieser Platz täglich von tausenden von Menschen besucht wird und in der Nähe kein Anstandsort vorhanden ist, die Herstellung eines solchen daher dringend nothwendig ist, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass mit dem Baue des fraglichen Objectes rechtzeitig begonnen werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation dahin zu beantworten, dass nicht die Errichtung einer Beetz'schen Anstalt auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses beantragt ist, sondern dass nur zugestimmt wurde, dass mit Beetz verhandelt werde. Nun verlangt Beetz, weil er auf diesem Anstandsorte mehrere onerose Bedingungen zugunsten der Marktparteien zu erfüllen hat, eine Verlängerung des Vertrages, und hierüber ist der Act in Berathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (verliest auszugsweise eine Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Lerch).

Gem.-Rath Dr. Lerch: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, die verlesene Interpellation zu beantworten.

Gem.-Rath Dr. Lerch: Die Hälfte der Interpellation wurde ausgelassen. Dieselbe ist daher unverständlich.

Bürgermeister: Wünschen Sie die vollständige Verlesung? (Gem.-Rath Dr. Lerch: Jawohl!) Dann muss ich die Herren befragen, ob sie mit der vollständigen Verlesung einverstanden sind. (Rufe: Gewiss!) Ich bitte also, die Interpellation zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

7. Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Lerch:

Euer Hochwohlgeboren!

Herr Bürgermeister!

Nach dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 25. August 1892, Z. 19390, dann vom 29. August 1892, Z. 19674, obliegt es den Gemeindebehörden, die ärztliche Untersuchung und vorgeschriebene fünftägige ärztliche Beobachtung der aus dem Deutschen Reiche und Frankreich angekommenen Personen wie bei den aus Russland Zugereisten sofort zu veranlassen u. s. w.

Diese gegen die Einschleppung der Cholera gerichtete Verordnung ist jedoch illusorisch, wenn die Untersuchung aus Mangel an revidierenden Ärzten und infolge Überbürdung einzelner nicht sofort, sondern erst nach Stunden oder halben Tagen vorgenommen wird.

Als Beispiel der von einem städtischen Arzte geforderten Leistungen führe ich folgende wahre Thatsache aus einem größeren Bezirke an:

Nach der im städtischen ärztlichen Bureau des Bezirkes zur Erledigung der Einläufe zugebrachten Amtszeit begab sich der städtische Arzt um halb 10 Uhr in das Spital, um eine Todtenbeschau vorzunehmen; hierauf hatte er noch an 11 Stellen des Bezirkes in Hotels, Gasthöfen 2c. angekommene Fremde zu untersuchen und vier Leichenbeschauungen vorzunehmen, darunter eine, welche an einem so entfernten Punkte vorgenommen werden musste, dass die Einspännertaxe hiefür 2 fl. 60 kr. beträgt.

Um 3 Uhr nachmittags hat er wieder im Gemeindehaus zu amtieren.

Zur Besorgung dieser Aufgabe nach halb 10 oder 10 Uhr braucht er — zwei einviertel Stunden für die Beschau an dem entfernten Punkte, dreiviertel Stunden für die drei anderen Leichen, elf halbe Stunden für Untersuchungen in elf verschiedenen Hotels — zusammen neun Stunden und hat derselbe sonach um 3 Uhr nachmittags wieder neue Einläufe im Gemeindehaus zu erledigen.

Die Unmöglichkeit dieser Leistung, die sichere Einschleppung der Cholera in Wien — auf diese Weise — ist klar.

Ich stelle nun die ergebene Frage an Euer Hochwohlgeboren:

Ist es Ihnen bekannt, dass solche Übelstände herrschen?

Wenn nicht, richte ich an Euer Hochwohlgeboren die Bitte:

Diesen Übelständen — der Ministerial-Verordnung entsprechend — abzuhelfen,

endlich womöglich, die Beistellung einer genügenden Anzahl von Revisionsärzten zu veranlassen.

Hoffen wir, dass bis dahin die Cholera noch nicht in unsere liebe Vaterstadt eingeschleppt ist.

Bürgermeister: Ich habe über diese Interpellation sofort die Erhebungen pflegen lassen und habe die Ehre, Folgendes mitzutheilen:

Die ärztliche Untersuchung der zugereisten Fremden ist im Beginn der gegenwärtigen Action principiell den städtischen Ärzten zugewiesen worden, weil dieselben bezüglich aller damit verbundenen Amtshandlungen am besten versiert sind. Mit der Steigerung der Zahl der Untersuchungen sind für obigen Zweck im I. Bezirke drei externe Revisionsärzte bestellt worden. Von diesem Bezirke abgesehen, logieren die meisten Fremden im II., IV. und VI. Gemeindebezirke. Aus den anderen Bezirken sind keine Berichte der Amtsärzte über Geschäftsüberbürdung und Unmöglichkeit der Dienstleistung eingelangt. Was insbesondere den II. Bezirk betrifft, sind durch die Bestellung des Dr. Pitschek als Supplent für den erkrankten Dr. Ehrmann und eines neuen Revisionsarztes die ärztlichen Revisionen der Fremden unter vier Ärzte vertheilt worden, so dass dieser Bezirk nunmehr in vier Rayons eingetheilt ist.

Da die Sterblichkeit derzeit gering ist, den städtischen Ärzten bei ihren außergewöhnlichen Dienstleistungen ihre effectiven Auslagen für Fahrgelegenheit vergütet werden, so kann wohl erwartet werden, dass die städtischen Ärzte die an sie gestellten Anforderungen bei gutem Willen und Pflichteifer erfüllen werden.

Sollte sich die Sachlage aber ändern und die prompte Absolvierung der ärztlichen Revisionen nicht mehr möglich sein, so ist ohnehin schon die Vermehrung des ärztlichen Personales in Aussicht genommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Interpellation des Gem.-Rathes Rosenstingl:

In der Stadtraths-Sitzung vom 24. August l. J. wurde beschlossen, der Firma R. Ph. Waagner zu gestatten, dass dieselbe die von ihr zu liefernden Rohre nicht selbst gieße, sondern im Wittkowitzer Werke herstellen lasse, und dass die Erprobung und Übernahme seitens der Commune Wien in Wittkowitz erfolge.

Der Gefertigte erlaubt sich die Anfrage:

Ob für diese Rohrlieferung eine Haftpflicht vom Tage der Übernahme an stipuliert wurde oder nicht.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, die Interpellation über die gepflogenen Erhebungen wie folgt zu beantworten.

Die Bestimmung, welche der geehrte Herr Interpellant zu kennen wünscht, lautet:

„Die Übernahme der bereits im Fabriks-Etablissement des Contrahenten abgewogenen und bei der Probe für übernahmsfähig befundenen Rohre findet sofort nach erfolgter Ausladung in Payerbach statt, wenn während des Transportes kein Gebrechen an denselben eingetreten ist; für Schäden während des Ausladens hat der Lieferant nicht zu haften."

Diese Bestimmungen gelten auch bezüglich der in Wittkowitz gegossenen Rohre und ist nicht das Eisenwerk Wittkowitz, sondern der Contrahent Waagner der Gemeinde Wien gegenüber haftbar.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rathes Büsch:

Bei der am 30. Juni d. J. im Hotel Wimberger im XV. Bezirke abgehaltenen General-Versammlung der Genossenschaft der Kaufleute des politischen Bezirkes Sechshaus und des Gerichtsbezirkes Hietzing wurde bei der vorgenommenen Ersatzwahl an Stelle des am 26. Mai 1891 gewählten und am 14. September 1891 verstorbenen Vorstehers Herrn Mathias Neufellner Herr Franz Wecerz, Kaufmann, XII. Bezirk, Plankengasse, mit großer Stimmenmehrheit zum Vorsteher der bezeichneten Genossenschaft gewählt.

Bei dieser Genossenschafts-Versammlung erklärte der inzwischen die Geschäfte führende Vorsteher-Stellvertreter Herr Gem.-Rath Winter, die bei der vorjährigen Genossenschafts-Versammlung fast einstimmig angenommene Resolution an den hohen Reichsrath deshalb nicht überreicht zu haben, weil einestheils der Genossenschafts-Vorsteher mit Tod abgieng, anderstheils er selbst, der Vorsteher-Stellvertreter, mit Geschäften überbürdet sei.

Man sollte nun glauben, dass dem Genossenschafts-Vorsteher-Stellvertreter, der die Beschlüsse einer vorjährigen General-Versammlung wegen Überbürdung der Geschäfte zur Austragung nicht bringen konnte, es nur angenehm sei, die ihn überbürdenden Geschäfte an den neugewählten Vorsteher abzutreten. Demgegenüber hat es aber dem Herrn Vorsteher-Stellvertreter beliebt, das General-Versammlungs-Protokoll, betreffs Bestätigung der Wahl des Vorstehers, erst 14 Tage nach der Wahl, das war am 14. Juli 1892, an den derzeitigen Vertreter der politischen Gewerbebehörde, bei dem magistratischen Amte im XII. Bezirke stabilisiert, zu senden.

In Anbetracht dessen, dass die seit bereits zwei Monaten vollzogene Wahl des Herrn Franz Wecerz zum Vorstande bis zur Stunde behördlich noch nicht bestätigt ist, infolge dessen derselbe an den Genossenschaftsarbeiten sich nicht betheiligen darf, hingegen der Vorstand-Stellvertreter Herr Winter die Geschäfte weiterführt, aber beurlaubt und verreist ist, und in dessen Abwesenheit das Genossenschafts-Ausschussmitglied Herr Salomon Beer, Heu-, Hafer- und Strohhändler, die Agenden der Genossenschaft der Kaufleute mit dem Genossenschafts-Secretär besorgt, und in Anbetracht dessen, dass die Mehrheit der Mitglieder der bezeichneten Genossenschaft mit dieser Wirtschaft in der Genossenschaft keineswegs einverstanden sind, wie dies auch der Verein der gelernten Kaufleute im XII., XIII., XIV. und XV. Bezirke laut General-Versammlungs-Beschluss vom 3. August d. J. mit einem Schreiben vom 6. August d. J. an den löb-

lichen Magistrat zum Ausdrucke gebracht hat, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister, als obersten Chef der Gewerbebehörde, die ergebene Anfrage und Bitte zu stellen:

Ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass die am 30. Juni d. J. mit großer Stimmenmehrheit erfolgte Wahl des Herrn Franz Wecerz, Kaufmann, XII. Bezirk, Plankengasse, zum Vorsteher der Genossenschaft der Kaufleute des politischen Bezirkes Sechshaus und des seinerzeitigen Gerichtsbezirkes Hietzing, insoferne solche nicht abgelehnt, ungesäumt bestätigt wird.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass dieser Gegenstand nicht in die Competenz des Gemeinderathes fällt, dass ich aber keinen Anstand nehme, denselben dem Magistrate zur Amtshandlung zu übermitteln.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg:**

Unzählige Opfer fordert die Cholera im Deutschen Reiche; gewisse sanitäre Versäumnisse rächen sich dort furchtbar; nicht unvorbereitet und ungerüstet darf diese menschenmordende Krankheit Wien überfallen, alle geeigneten Vorkehrungen müssen dagegen getroffen werden.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich daher, an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister nachfolgende Anfragen zu stellen:

1. Welche Vorkehrungen gegen die Cholera wurden bis jetzt von Seite des Magistrates getroffen?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine große Commission, aus geeigneten Fachmännern — Ärzte, Ingenieure, Marktcommissäre 2c. — einzuberufen, welche alle Vorkehrungen gegen die Cholera zu berathen und für die Durchführung der geeigneten Maßregeln ohne weitere Berathung derselben im Magistrate 2c. 2c. zu sorgen hat?

3. Nachdem die Beamten der Bezirksämter ohnehin mit Geschäften überbürdet sind, so frage ich den Herrn Bürgermeister, ob er geneigt ist, in den einzelnen Bezirken Commissionen sofort zu bilden, welche die Revision der Häuser, beziehungsweise der Wohnungen, Senkgruben 2c., 2c. vorzunehmen und auf die Abstellung der vorgefundenen Übelstände ungesäumt zu dringen hat?

4. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, im Stadtphysikate, sowie in den einzelnen Bezirken schon jetzt einen ärztlichen Permanenzdienst zu errichten, respective für diesen Zweck Hilfsärzte anzustellen?

5. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Anordnung zu treffen, dass die Fremdenherbergen, Massenquartiere täglich revidiert werden?

6. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dafür zu sorgen, dass den trinkwasserbedürftigen Vorstädten zwei- bis dreimal des Tages gutes Trinkwasser in reinen Fässern zugeführt wird?

7. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zur rascheren Durchführung aller geeigneten Maßregeln gegen die Cholera einen höheren Credit vom Gemeinderathe in Anspruch zu nehmen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern. Was die erste Anfrage anbelangt, welche Vorkehrungen getroffen sind, so habe ich hierüber gestern ausführlich unter Beiziehung von Amtsorganen im Stadtrathe berichtet, und es ist dieser Bericht heute in allen Zeitungen zu lesen; ich glaube daher, hierauf verweisen zu können.

Was die Anregung der Bildung einer sogenannten Sanitäts-Commission anbelangt, so erlaube ich mir, darauf zu erwidern, dass dieselbe erst dann zusammenzutreten hat, wenn ein Cholerafall in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern eingetreten ist. Da Gott sei Dank dies bisher nicht geschehen ist, so ist ein Grund zur Bildung der Sanitäts-Commission nicht vorhanden. Es beruht dies auf der Cholera-Instruction, die seitens des Ministeriums im Jahre 1886 ergangen ist und heute noch gilt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem die Gefahr der Einschleppung der Cholera unserer Monarchie leider immer näher rückt, erscheint es dringend geboten, dass nichts verabsäumt werde, diese furchtbare Epidemie von unserer Vaterstadt fern zu halten. Obzwar seitens der Behörden alles aufgeboten wird, um durch geeignete Maßnahmen diese Gefahr abzuwenden, so kann doch nicht verhehlt werden, dass trotzdem noch zahlreiche sanitätswidrige Zustände zu beheben sind und außerdem noch vieles vorzukehren ist, wenn die Gemeinde den ihr obliegenden Verpflichtungen allseitig voll und ganz nachkommen will.

Im Hinblicke auf die große Verantwortlichkeit der Gemeindevertretung in der gegenwärtigen hochernsten Zeit, erlaube ich mir deshalb die höfliche Anfrage zu stellen:

Hat der Herr Bürgermeister bereits veranlasst, dass eine Commission — wie dies in früheren analogen Fällen stets geschehen ist — einberufen werde?

Wenn nicht, gedenkt der Herr Bürgermeister die Einberufung einer solchen Commission schleunigst zu veranlassen?

Bürgermeister: Diese Interpellation ist durch meine soeben erfolgte Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg erledigt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

In Neu-Dornbach, Bezirk Hernals, herrscht, wie allgemein bekannt, großer Wassermangel und habe ich diesbezüglich auch den Antrag auf Aufstellung von Auslaufbrunnen schon vor einem Jahre gestellt; jedoch soll der nöthige Druck nicht vorhanden sein.

Die wenigen Privatbrunnen, die etwas Wasser hatten, sind erschöpft und müssen die Bewohner dieses Bezirkstheiles eine halbe Stunde, ja noch längere Zeit gehen, um Wasser zu bekommen.

Dass diese Situation nicht zur gegenwärtigen Zeit passt, ist wohl selbstverständlich!

Wäre daher der Herr Bürgermeister geneigt, durch täglich dreimaliges Zusenden von Hochquellenwasser aus den Hydranten in Wasserwägen, für diesen Bezirkstheil rasche Abhilfe zu schaffen und dem Bezirks-Vorsteher diesbezügliche Befugnisse zu ertheilen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation mit Folgendem zu beantworten: Die angedeuteten Verhältnisse müssen, wenn auch schnell, doch amtlich erhoben werden. Es ist diesfalls auch der Herr Bezirksvorsteher bei mir gewesen und ich habe ihm erklärt, er möge eine Eingabe an den Magistrat zur schleunigen Erledigung richten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Anfrage des **Gem.-Rathes Wessely:**

Im XIII. Bezirke von Hütteldorf-Hacking herab zwischen Baumgarten und Unter-St. Veit wurde der Wienfluss vor etlichen Jahren mit Anwendung großer Kosten aus sanitärpolizeilichen Rücksichten reguliert, um den damaligen Uebelständen zu begegnen. Es wurde damit nichts erreicht; die Wien stank und stinkt noch heute pestilenzartig weiter wie zuvor und das vorhandene Wasser gleicht einer Mistjauche.

Alle Versuche durch commissionelle Anordnungen waren nicht im Stande zu verhindern, dass nicht erlaubte Abfallstoffe des Haushaltes, der Landwirtschaft und der Fabriken, wie vordem, in die Wien entleert werden.

In letzter Zeit war die Passage zu dem unmittelbar an der Wien bei Baumgarten gelegenen Communalbad infolge der ekelerregenden Ausdünstung der Wien fast unmöglich.

Nachdem heuer infolge der Choleragefahr solche Zustände nicht geduldet werden sollen, erlaubt sich der Gefertigte anzufragen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, durch die demselben unterstehenden Organe diesen Übelstand untersuchen und beheben zu lassen?

Bürgermeister: Ich werde die Erhebungen hierüber pflegen lassen und eventuelle Übelstände zu beseitigen suchen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Ich habe das beiliegende Schreiben eines Hausbesitzers in Speising erhalten, in welchem über die daselbst herrschende Wassernoth, sowie über den Mangel eines Kehrichtabladeplatzes Klage geführt wird.

Ich stelle folgenden Antrag:

Der Gemeinderath beschließe:

1. Es sei die Wasserleitung schleunigst in Speising einzuleiten.

2. Es sei ebendaselbst ein geeigneter Platz zur Ablagerung des Kehrichts zu ermitteln.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

In den höher gelegenen Theilen des XIII. Bezirkes, und zwar in den vormaligen Gemeinden Ober-St. Veit und Baumgarten, in letzterem Orte speciell auf der Hütteldorferstraße, herrscht seit langem eine kolossale Wassernoth, welche die Leute zwingt, selbst notorisch ungenießbares Wasser in Verwendung zu nehmen.

Dieser Übelstand kann bei der herrschenden Choleragefahr, durch an diesen Punkten der Fabriken wegen concentrierten dichteren Bevölkerung, leicht zu einer Epidemie Veranlassung geben, und da durch beiliegende zwei Atteste der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel constatiert erscheint, dass das Wasser von zwei auf der Hütteldorferstraße in Baumgarten gelegenen Brunnen zum Genusse untauglich befunden wurde, so stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

1. In den höher gelegenen Straßen von Ober-St. Veit sei bis auf weiteres Trinkwasser aus dem Brunnen bei der Schule in Hacking zweimal des Tages mittelst Fässern zuzuführen.

2. Desgleichen wäre für die Trinkwasserversorgung der Hütteldorferstraße in Baumgarten mittelst Fässer Vorsorge zu treffen.

3. Wäre das Bauamt anzuweisen, sofort eine Vorlage zu erstatten, welche die Legung der Rohrleitung und die Aufstellung von Auslaufbrunnen für Hochquellenwasser in diesen Gebietstheilen enthält.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Die vormalige Gemeinde Baumgarten hat mit größter Energie die Parcellierung der Schlosspark-Realität durchgeführt, einen Theil der Straßen auf das Niveau gebracht und binnen einem Jahre 15 Baustellen verkauft, welche fast sämmtlich gleich verbaut wurden. Seit der Einverleibung von Baumgarten zu Wien ist im Interesse des weiteren Verkaufes von Grundstücken trotz mannigfacher Anträge nichts geschehen, und daher dringend nöthig, dass zur möglichst raschen Veräußerung und Verbauung des dortigen Grundbesitzes die restlichen Straßen eröffnet und auf das Niveau gebracht werden, was mit verhältnismäßig geringen Kosten geschehen kann.

Nachdem die Commune einen großen Grundbesitz leicht zu realisieren in der Lage wäre, so ist die weitere Entwicklung der Cottage-Anlagen nicht nur in ihrem Interesse, sondern ist für den Ort Baumgarten und das der Commune gehörige Casino zur Lebensfrage geworden, weshalb die Unterzeichneten folgenden Antrag stellen:

Der Magistrat werde beauftragt, in Verbindung mit dem Stadtbauamte eine detaillierte Vorlage über die Herstellung der restlichen Straßen in den Cottage Anlagen in Baumgarten zu erstatten und sind die Kosten für diese Arbeiten in das Präliminare 1893 einzustellen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Meißl:**

Der Besuch des Central-Friedhofes ist bekanntlich ein massenhafter und kommen täglich zahlreiche Leichenzüge vor, so zwar, dass die Wagenfrequenz auf der, zu dem erwähnten Friedhofe führenden Straße geradezu außerordentlich genannt werden muss.

Da nun diese Straße nur bis zur Grenze von Simmering bespritzt wird, so entwickelt sich bei dem großartigen Verkehre ein derartiger Staub, dass die Klagen der Passanten wirklich vollkommen gerechtfertigt erscheinen.

Ich erlaube mir nun, um für bezeichnete Staubbelästigung, welche eine wahre Calamität bildet, Abhilfe zu schaffen, zu beantragen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, es seien die geeigneten Schritte einzuleiten, damit die ganze Straßenstrecke bis zum Central-Friedhofe entsprechend bespritzt werde, für das kommende Jahr wolle bezüglich dieser Bespritzung im Budget Vorsorge getroffen werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Gem.-Rath Purscht (zur Geschäftsordnung): Herr Gem.-Rath Gregorig und ich haben vor kurzem eine Interpellation über die Zustände bei der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft eingebracht und haben bis heute noch keine Antwort hierauf erhalten. Wir bitten also darum.

Bürgermeister: Ich werde hierüber die Erhebungen pflegen lassen.

Gem.-Rath Dr. Kloßberg (zur Geschäftsordnung): Herr Bürgermeister haben früher darauf verwiesen, dass die Beantwortung der Interpellation in sämmtlichen Tagesjournalen zu lesen war. Nachdem aber Theile dieses Berichtes in verschiedenen Journalen mit Glossierungen versehen waren, möchte ich beantragen, dass dieser Bericht dem Gemeinderathe unmittelbar zugesendet wird.

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, wenn Sie wünschen, kann der Bericht wiederholt werden, aber ich denke, dass es nicht nöthig ist, Dinge, welche alle Gemeinderäthe interessieren müssen, und worüber die Herren sich sicherlich informieren können, zu wiederholen. Der Bericht ist heute allen Zeitungen von uns officiell mitgetheilt worden, dem Amtsblatte ebenfalls. Ich glaube daher, die Herren können sich vollständig informieren und erscheint eine besondere Berichterstattung überflüssig. Sollten sich übrigens die Verhältnisse unglücklicherweise ändern, bin ich jederzeit bereit, dem Gemeinderathe Mittheilungen zu machen. Ich bitte sich gegenwärtig zu halten, dass es in dieser Angeleg nheit meine Intention ist, nichts zu verschweigen, nichts zu verheimlichen (Bravo-Rufe), sondern alles mitzutheilen, um die Bevölkerung zur Mitwirkung bei der nöthigen Hilfe im geeigneten Momente heranzuziehen. (Bravo-Rufe.) Ich glaube, vorläufig kann man es dabei bewenden lassen. Wir schreiten zur Tagesordnung.

18. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing (tritt an den Referententisch): Beilage Nr. 163. Zu den vielen Vorkehrungen, welche sowohl von Seite des Herrn Bürgermeisters als des Magistrates und des Stadtrathes im eigenen Wirkungskreise bereits vorgenommen worden und von der Gemeinde innerhalb ihrer Competenz vorzukehren sind, gehören insbesondere zwei Punkte, welche von großer und wesentlicher Bedeutung sind. Der eine Punkt ist eine hier in der Stadt selbst vorzunehmende Superrevision derjenigen Reisenden, welche aus Gegenden kommen, wo die Cholera herrscht oder Choleragefahr vorliegt.

Wie der Herr Bürgermeister Ihnen schon mitgetheilt hat, sind vorläufig zu diesem Zwecke zwei Ärzte im I. Bezirke, wo die meisten Fremden absteigen, bestellt worden und werden übrigens im Falle der Nothwendigkeit im II., IV. und VI. Bezirke solche Ärzte aufgestellt werden. Es handelt sich hier um die Bestimmung des Honorares für den Dienst und schlägt Ihnen der Stadtrath vor, den Betrag von 5 fl. als Honorar für den Dienst bei Tag und Nacht festzusetzen; ferner wäre mit Rücksicht darauf, dass für eine Person ohne Wagenbenützung das Versehen des Dienstes ganz unmöglich ist, diese also sich eines Wagens bedienen muss, ein Wagenpauschale von 3 fl. per Wagen festzusetzen. Es soll übrigens auch ausgesprochen werden, dass nicht nur diese beiden Ärzte, sondern auch die noch weiter zu bestellenden Ärzte Anspruch auf dieselben Bezüge haben sollen.

Weiters handelt es sich um die Organisation des Dienstes, welche eine möglichst rasche Abfuhr von an Cholera Erkrankten in die Spitäler bezweckt. Ich habe bereits am 19. August l. J., als ich die Ehre hatte, Sie im Namen des Stadtrathes um den nöthigen Credit zur Anschaffung desinficierbarer Transportwägen zu ersuchen, welchen Credit Sie auch bewilligt haben, mitgetheilt, dass die Absicht besteht und dieselbe nun ausgeführt werden soll, an fünf verschiedenen Punkten Sanitätsstationen zu errichten.

Die Herren finden in der gedruckten Vorlage die Stationen bezeichnet. Es befindet sich die erste Station im II. Bezirke am Tabor, die zweite im III. Bezirke in der Fasangasse, die dritte im V. Bezirke am Stroh- und Heumarkte, die vierte befindet sich in der Wehrgasse Nr. 19 im XIV. Bezirke und die fünfte in Währing, Uniongasse Nr. 4.

Sie haben in der gedruckten Vorlage jenen Umkreis bezeichnet, für welchen die Stationen eingeführt werden sollen. Diese Stationen sollen den Zweck haben, dass dort Transportwägen für Cholerakranke, und zwar bespannt und mit Kutschern und dem nöthigen Personale versehen, im Permanenzdienste sind, so dass die eventuell nothwendige Unterbringung und Abfuhr der betreffenden Kranken stattfinden kann. Zu diesem Zwecke ist es aber auch nothwendig, dass da, wo an den gegebenen Punkten Ubicationen zur Unterbringung der Wagen, Pferde und Mannschaft nicht vorhanden sind, Nothbaracken hergestellt werden aus Holz, mit Dachpappe gedeckt und vollständig desinficierbar, mit gepflasterten und ausgegossenen Fußböden, so dass alle hygienischen Rücksichten beobachtet sind. Ebenso sollen für den Bedarf der Mannschaft die Hütten heizbar gemacht werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten ist ein Betrag von 3100 fl. nothwendig, und zwar für die Stationen 1 bis 4, weil die Kosten für die Station 5, welche nicht eine provisorische, sondern eine bleibende sein soll, bereits seinerzeit vom Stadtrathe mit dem Betrage von rund 1000 fl. bewilligt worden ist. Es handelt sich nun hier um die Dotierung dieser Stationen, und zwar sollen die beiden ersten Stationen mit zwei Wagen, die weiteren drei Stationen mit je drei Wagen bedacht werden. Jeder dieser Wagen bedarf nun nothwendigerweise, abgesehen von Kutschern und Pferden, noch vier Krankenträger, so zwar, dass stets je zwei derselben, und zwar ein älterer, geschulter und ein neuaufgenommener durch 12 Stunden Dienst haben. Sie hätten hiefür einen Lohn von je 2 bis 3 fl. per Tag zu erhalten und werden provisorisch für die Zeit des Bedarfes aufgenommen.

Es wird daher nothwendig sein, 54 derlei Krankenträger neu aufzunehmen. Vorläufig wären blos 36 davon aufzunehmen, weil die Absicht besteht, bis zur Creierung der eigentlichen definitiven Stationen auch jetzt schon den Permanenzdienst insoferne einzuführen, als in jedem Bezirke bei den in demselben befindlichen Wägen zur Abtransportierung infectiös Erkrankter schon jetzt 4 Sanitätsdiener beigegeben werden sollen, damit vorkommendenfalls in dieser Beziehung weder wegen Beschaffung von Pferden, noch wegen der sonstigen Vorkehrungen ein Versäumnis eintritt. Wenn es nothwendig sein sollte, die 5 Stationen einzurichten und ins Leben zu rufen, so wird die Aufnahme von 54 solchen Krankenträgern nothwendig sein.

Ferner wurde auch wegen Beistellung der Bespannung accordiert und selbstverständlich sind in diesem Falle die Kosten höher. Die billigsten und verlässlichsten Offerte sind diejenigen, welche für die erste und zweite Station den Betrag von 14 fl. per Tag und Nacht, sowie für die anderen Stationen von 8 fl. per Tag und 9 fl. 50 kr. per Nacht für je zwei Pferde und einen Kutscher verlangt haben. Endlich ist hier auch noch auszusprechen, dass der Beginn der Kosten, welcher das alles veranlassen wird, derjenige ist, wenn von Seite der Behörde amtlich notificiert und publiciert wird, dass die Cholera epidemisch aufgetreten sei. Von diesem Tage an hat der Permanenzdienst in Wirksamkeit zu treten.

Der Stadtrath tritt an Sie mit der Bitte, es möge der Versammlung gefallen, die für all die Vorkehrungen nothwendigen Kosten zu bewilligen. Der Betrag von 3100 fl. lässt sich präliminieren, die übrigen Kosten aber nicht, weil sie — wenn Gott will — gar nicht in Anspruch genommen werden; wenn aber die Nothwendigkeit eintritt, zwar der Tag des Beginnes, nicht aber der Tag des Endes des Permanenzdienstes bestimmt werden kann.

Nachdem die Kosten von 5000 fl. unter allen Umständen überschritten werden, so trete ich an den Gemeinderath heran und habe die Bitte namens des Stadtrathes zu stellen, diesen Credit zu bewilligen.

Auf Grundlage der Vorlage, welche Sie in den Händen haben, bitte ich um die Genehmigung der Anträge und Bewilligung des Credites.

Gem.-Rath Grünbeck: Geehrte Herren! Es ist gut, dass man diese Vorkehrungen trifft und jeder wird sie mit Beifall begrüßen, damit es uns nicht so geht wie in anderen Städten.

Aber ich glaube, dass die Zahl der Stationen denn doch eine zu geringe ist. Nehmen Sie die unter Nr. 5 aufgeführte Station in Währing. Da ist für 270.000 Einwohner nur eine Station. Diese genügt nicht. Auf die von den Ärmsten zumeist bewohnten Bezirke muss mehr Bedacht genommen werden. Da ist rasche und schnelle Hilfe besonders am Platze. In den inneren Bezirken werden nicht soviel Kranke vorkommen, als in den Vororten, wo die Armut viel der Krankheit Vorschub leistet.

Ich will mich kurz fassen und stelle den Antrag, dass anstatt der im Punkt 5 erwähnten einen Station zwei Stationen errichtet werden, das wird, wenn die Gefahr ausbricht, vielleicht als genügend sich erweisen.

Ich stelle den bestimmten Antrag, dass statt einer Station unbedingt zwei errichtet werden, und zwar vielleicht eine für den XVI. und XVII. Bezirke und eine andere für den XVIII. und XIX. Bezirk.

Gem.-Rath Herold: Ich will vorausschicken, dass das Vertrauen der Fremden bisher noch in keiner Art und Weise erschüttert worden ist, und dass dieselben vertrauensvoll nach unserem Wien kommen. Der Fremdenverkehr hat bis jetzt gar nicht gelitten, und August und September sind bekanntlich die Monate, in

welchen die meisten Fremden nach Wien kommen. Das Vertrauen in unsere sanitären Verhältnisse bei den Fremden ist eben ein sehr großes, ich möchte fast sagen, ein größeres als bei manchen Wiener Tagesjournalen. (Rufe: Ja wohl!) Selbstverständlich ist die Thätigkeit der Revisionsärzte bei den wohlgefüllten Hotels eine doppelt große. Diese Herren haben sehr viel zu thun, ihr Dienst ist sehr anstrengend; sie kommen vom frühen Morgen bis spät in die Nacht und gehen dabei sehr gewissenhaft ihrem Dienste nach, welcher oft mit manchen Unannehmlichkeiten verknüpft ist. Ich muss gestehen, dass ich die Bewilligung eines Honorars von 5 fl. und eines Wagengeldes von 3 fl. für diese Thätigkeit als zu gering erachte.

Ich stelle den Antrag, 10 fl. in Bausch und Bogen diesen Ärzten zu bewilligen. Sie verdienen es, und es ist nicht zu viel. (Widerspruch links.) Ein solcher Arzt ist angestrengt von früh bis abends; es muss ein tüchtiger, erfahrener Arzt sein, der der Sache gewissenhaft nachgeht. Schauen Sie daher nicht einige Gulden an und bewilligen Sie die 10 fl., damit der Mann doch in seiner Honorierung geborgen ist. Ich stelle den Antrag auf 10 fl. für Wagen und Entlohnung des Revisionsarztes.

Referent: Ich erlaube mir nur die Bemerkung, dass der Herr College hier wohl kaiserlicher ist als der Kaiser. Die Ärzte haben sich bereits mit diesem Honorar einverstanden erklärt, und ich kann constatieren, dass genügend Anmeldungen da sind, und dass wir insbesondere jüngere Ärzte für diesen Preis bekommen werden. Ich würde wirklich rathen, in dieser Beziehung innerhalb gewisser Grenzen zu bleiben. Es werden die Vorkehrungen, die wir treffen, uns genug in Anspruch nehmen. Aber verlieren wir in dieser Beziehung nicht das kühle Blut und gehen wir selbst nicht über das nöthige Maß hinaus.

Wenn ich schon das Wort habe, so möchte ich Sie bitten, auf den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck nicht einzugehen. Erstens ist absolut kein Platz vorhanden, um dort eine weitere Station zu errichten, und zweitens ist diese Station nur das Centrum für viele andere Stationen, die daneben vorhanden sind. Es ist ja in jedem Bezirke ein besonderer Krankenwagen und sind besondere Krankenträger u. s. w. vorhanden; es ist also hinlänglich dafür gesorgt, und nach den Localerhebungen, welche getroffen worden sind, wird mit diesen fünf Stationen das Auslangen gefunden werden. Ich bitte also, nicht darüber hinauszugehen und zu bedenken, dass der Credit, den Sie zu bewilligen haben werden, wohl ein großer sein wird, wenn es das Unglück will, dass die Cholera wirklich auftritt.

Gem.-Rath Stiaßny: Ich beabsichtige nicht Kritik an den Vorlagen des Stadtrathes zu üben, sondern erkläre mich mit den von dem Herrn Referenten vorgelegten Anträgen einverstanden, möchte mir aber erlauben, die Aufmerksamkeit des Gemeinderathes auf eine Angelegenheit zu lenken, welche allerdings nur in mittelbarem Zusammenhange mit derjenigen sich befindet, die uns eben vorgeschlagen worden ist.

Es ist uns allen bekannt und ist durch die Tagesblätter verbreitet worden, dass in sämmtlichen Wiener Gemeindebezirken in den dichtest bevölkerten Stadttheilen, insbesonders in denjenigen, welche von den armen und ärmsten Classen bewohnt werden, von Seite der Behörde Revisionen der Wohnquartiere vorgenommen werden. Es stellt sich heraus, dass in kleinen Räumen, oft nur aus Zimmer und Küche bestehend, 10 bis 15, ja noch mehr Personen untergebracht sind, denn den Ausdruck „wohnen" kann man wohl in diesem Falle nicht anwenden. Die Behörde geht in diesem Falle mit Delogierungen vor, das heißt, sie entzieht den Personen, welche in solchen Quartieren untergebracht sind, auch noch diese Schlafstellen.

Wohin kommen nun diese Personen? Ich habe diese Sache für so wichtig befunden, dass ich mich mit den Polizeileitern einiger Bezirke ins Einvernehmen gesetzt habe, und ich habe von ihnen gehört, dass die Personen, die aus einem solchen Locale verwiesen werden, nach kurzer Zeit in einem anderen wieder zum Vorschein kommen. Durch das Beisammenwohnen so vieler Personen, welche sich außerdem in den ungünstigsten Verhältnissen befinden, schlecht genährt und daher allen Krankheiten am leichtesten zugänglich sind, wird für den — sagen wir in diesem Augenblicke noch unwahrscheinlichen — Fall, als die Epidemie bei uns ihren Einzug finden sollte, dieselbe gerade in diesen armen Volksclassen zuerst, und zwar ihre zahlreichsten Opfer finden . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, das ist nicht Gegenstand der Tagesordnung, sondern die Bewilligung von Honoraren für gewisse Vorkehrungen; und wenn wir, meine Herren, in dieser Weise vorgehen, kommen wir ganz von dem Gegenstande ab.

Gem.-Rath Stiaßny: Ich bitte, ich komme sofort zum Schlusse und vielleicht wird der Schluss gerade beweisen, dass meine Anregung keine überflüssige ist. Ich beabsichtige nicht, einen Antrag zu stellen, sondern ich möchte bitten, dass sich der geehrte Stadtrath mit der Frage beschäftige, ob nicht angesichts der traurigen Verhältnisse, welche unleugbar bestehen, an die Gemeinde die Pflicht herantritt, für die Bequartierung der armen Volksclassen durch Erbauung von provisorischen Volkshäusern, von Baracken, Vorsorge zu treffen. Ich stelle keinen Antrag, ich gebe das dem Ermessen des Stadtrathes anheim und bemerke, dass derartige Baracken in dem Zeitraume von acht Tagen errichtet sein könnten.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich bin mit der Vorlage des Stadtrathes einverstanden; ich hätte auch nicht das Wort ergriffen, wenn mich nicht die Fassung der in Punkt 4 vorgeschlagenen Belohnung an die Krankenträger dazu veranlasst hätte. Es wird uns vorgeschlagen, diesen Krankenträgern täglich 2 bis 3 fl. zu zahlen; ich würde nun vorschlagen, dass die erste Ziffer wegfalle; es wäre dies ohnedies sehr minim. Der Krankenträgerdienst ist ein solcher, der überall gut honoriert wird, und in einer so gefahrvollen Zeit soll man auf die Tüchtigkeit und den guten Willen der Leute noch mehr sehen. Ich beantrage daher, dass die Fassung des Punktes 4 lauten soll: „die Krankenträger erhalten 3 fl. Honorar".

Weiter möchte ich zurückkommen auf einen Umstand, welchen Herr Gem.-Rath Grünbeck erwähnt hat. Er hat die Vermehrung von Stationen gewünscht. Diesfalls erlaube ich mir, die Aufmerksamkeit des löblichen Stadtrathes auf ein Object zu lenken, welches sich im Prater befindet. Dieses Object ist die ehemalige Musikhalle; diese könnte nach meiner Ansicht eventuell für ähnliche Zwecke in Verwendung genommen werden.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung.) Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Die Herren, welche für Schluss der Debatte sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Es sind als Redner noch eingetragen die Herren Gem.-Räthe: Rosenstingl, Djörup, Jedlička, Dr. Klotzberg, Gräf, Dr. Linke, Dr. Nechansky, Seiler, Ferd. Mayer, Hipp, v. Stummer, Tischler, Purscht, Steiner.

Gem.-Rath Rosenstingl: Auf die Gefahr hin, dass der Herr Referent mir auch sagt, dass ich kaiserlicher als der Kaiser bin, muss ich doch sagen, dass mir das Honorar äußerst gering erscheint, wenn die Ärzte den ganzen Tag beschäftigt sein sollen. Ich bin auch nicht befriedigt, wenn sich ganz junge Ärzte — ich will durchaus kein Misstrauen aussprechen — melden, sondern ich möchte recht sehr wünschen, dass sich auch erfahrene Ärzte mit der Sache beschäftigen, und da ist ein Honorar von 8 fl. entschieden zu wenig.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen anderen Umstand lenken, auf die Baracken. Ich weiß nicht, was für Baracken der Stadtrath zu bauen beabsichtigt. Ich habe aber dieser Tage die Baracke angesehen, die als Musterbaracke am Donaucanal erbaut worden ist; es ist dies die Baracke der freiwilligen Rettungs-Gesellschaft, und ich kann sagen, dass diese Baracke im Innern in den Details nach meiner Ansicht ganz ausgezeichnet hergestellt worden ist. So sehr ich aber anerkenne, wie diese Baracke im Innern hergestellt ist, so möchte ich doch andererseits bitten, dass nicht, wenn solche Baracken gebaut werden, diese Type, diese Form benützt wird. Ich habe in Bosnien solche Baracken gesehen, die für das Militär in Verwendung waren; ich habe mit Militärs, mit Soldaten und Officieren gesprochen, und diese haben sich auf das bitterste über den Aufenthalt in diesen Baracken beklagt. Im Sommer ist dort absolut nicht zu existieren; die Leute schlafen im Freien und gehen nicht in die Baracke, weil es darin furchtbar heiß ist; im Winter ist es wieder entsprechend kalt.

Ich glaube, dass diese Anregung vielleicht genügen dürfte, dass man wohl, was das Innere der Baracken anbelangt, es nachahmt, was aber die äußere Form anbelangt, eine andere Type wählt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Das Wort hat der Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ich möchte die geehrten Herren bitten, in dieser schweren Zeit auch etwas an die Administration zu denken und die Sache systematisch zu behandeln. Es führt zu keinem guten Ziele, wenn gelegentlich einer Vorlage die Debatte ins unermessliche geht, schließlich versumpft, Zeit damit vergeht und endlich doch nicht viel erreicht wird. Es wird Ihnen heute, meine Herren, die Vorlage gemacht, Geld zu bewilligen für die unerlässlichen Vorkehrungen zur Vermeidung der Choleragefahr. (Rufe: So ist es!) Was immer möglich ist, geschieht von Seite der Beamten, und es ist meine besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet, dass nichts in dieser Richtung versäumt werde. Ich habe Ihnen auch erklärt, dass meine Intention dahin geht, nichts zu verheimlichen, sondern alles mitzutheilen (Beifall), so dass Sie daher jederzeit in der Lage sein werden, Ihr Votum darüber abzugeben und Ihre Erfahrungen uns zur Verfügung zu stellen.

Aber heute sind wir, Gott sei Dank noch in der Lage, sagen zu können: der Gesundheitszustand in Wien ist ein guter. (Beifall.) Wir haben uns nur zu rüsten für den Fall, als wir von dieser fürchterlichen Krankheit nicht verschont werden sollten. Da handelt es sich darum, einmal Ärzte zu bestellen und hiefür das Geld zu bewilligen, für Krankentransporte zu sorgen, Träger zu bestellen, ebenso Desinfections-, Sanitätsdiener u. s. f.

Das sind Vorbereitungen, rücksichtlich welcher seitens der Ämter Vereinbarungen getroffen worden sind. Es wäre ganz und gar unrichtig, hier einen kleinlichen Standpunkt einzunehmen und ein paar Gulden mehr oder weniger geben zu wollen. Das ist vereinbart, um dieses Honorar sind die Herren zu haben. Sollte die Zeit so sein, dass man um diese Beträge nicht mehr die nöthigen Kräfte bekommt, so werden wir mehr geben; aber wenn das Plenum des Gemeinderathes kommt und sagt: der bekommt 5 fl., und einer der geehrten Herren sagt: dem gebe ich 7 oder 8 fl., so ist das, glaube ich, denn doch nicht die richtige Behandlung der Angelegenheit. (Zustimmung.) Ganz dasselbe trifft bezüglich der Krankenträger zu, die zwischen 2 und 3 fl. bekommen sollen. Schließlich ist das doch nicht wenig für ihre Leistung; wie gesagt, sollten wir wider alles Erwarten damit nicht ausreichen, so wird man auch da mehr geben, aber heute ist doch gar kein Grund vorhanden, über das, was die Beamten festgestellt haben, auch nur irgendwie hinauszugehen.

Ihre Aufgabe ist nach meiner Überzeugung die, dass Sie uns in diesen Maßregeln durch Ihr einheitliches Votum unterstützen, dass Sie die Güte haben, die Anträge, sowie sie reiflich erwogen Ihnen vorgelegt wurden, annehmen, dass Sie aber davon nicht abgehen und in die große Action, die eingeleitet wird, nicht durch ein Hin- und Herzerren in den einzelnen Punkten vielleicht eine Verwirrung bringen. Glauben Sie mir, die Sache ist keine Kleinigkeit und je strammer und sicherer seitens der Organe mit Unterstützung des Gemeinderathes vorgegangen wird, umso actionsfähiger sind wir. Ich lege darum großen Wert darauf, dass Sie von den Anträgen auch nicht ein Jota streichen, sondern dieselben einstimmig annehmen. Ich möchte Sie dringendst bitten, diese meine Worte zu erwägen und die Anträge nicht abzuändern, alle Abänderungs-Anträge zurückzuweisen und die gestellten Anträge allein anzunehmen.

Sehen Sie, was z. B. den Antrag des Collegen Grünbeck anbelangt, dass mehr Sanitätsstationen errichtet werden sollen, so kann der Herr Collega Grünbeck mir glauben, dass in dem Momente, wo dies nothwendig erscheinen wird, oder wo nur ein Zeichen vorliegt, dass es nothwendig erscheinen könnte, auch Vorsorge hiefür getroffen werden wird. Heute brauchen wir aber nicht mehr und wie kommt der Gemeinderath dazu, diese Geldauslage heute schon zu bewilligen, wo die Nothwendigkeit thatsächlich nicht vorliegt? Glauben Sie mir, meine Herren, die Übertreibungen, die allenfalls vorkommen können, tragen auch nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei. (Richtig!) Es muss daher Maß und Ziel eingehalten werden, und das ist bei dieser Action meines Erachtens sehr schwierig, und bitte ich Sie, meine Herren, in dieser Richtung sehr um Ihre Unterstützung, und zwar vorerst dahin, dass Sie die Anträge des Referenten, wie sie vorliegen, unverändert annehmen. (Beifall.)

Gem.-Rath Matthies: Mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Bürgermeisters, und nachdem die Sache ohnehin besprochen wurde und Schluss der Debatte bereits angenommen worden ist, beantrage ich die Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Die Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Contra sind gemeldet: Die Herren Gem.-Räthe Jedlička und Purscht, pro die Herren Gem.-Räthe Djörup, Dr. Klotzberg, Gräf, Dr. Nechansky, Seiler, Ferd.

Mayer, Hipp, v. Stummer und Tischler. Herr Dr. Linke hat auf das Wort verzichtet. Ich bitte nun die Herren, die Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Das Wort hat als Generalredner contra Herr Gem.-Rath Jedlička.

Gem.-Rath Jedlička: Meine sehr geehrten Herren! Sie werden mich vielleicht heute nicht kennen, weil ich contra spreche und doch für die Sache bin, und weil ich heute einen Anlauf nehmen werde, um dem Herrn Bürgermeister das volle Vertrauen entgegenzubringen und ihm die größte Vollmacht zu ertheilen, damit er alle nothwendigen Vorkehrungen ohne vorherige Einvernahme des Stadtrathes oder Gemeinderathes treffen kann. Diese Vorlage, meine Herren, bewegt sich in gezwungenen Ziffern, und in einer Periode, wie in der heutigen, hört sich aller Spaß auf, da darf man denjenigen, der das Recht hat, Verfügungen zu treffen, nicht in Formen und Ziffern einzwängen. Wenn wir über jede Maßregel erst eine Debatte führen wollen, so verschleppen wir nur die Sache und verlieren die Zeit und es geht uns vielleicht so, daß wegen lauter Debatten ein Kranker sechs Tage lang liegen bleibt. Das darf nicht vorkommen. Die Gefahr der Cholera, dieser fürchterlichen Krankheit, ist zwar noch nicht über die Grenzen unseres Vaterlandes gekommen, aber wir sollen doch alles thun, um das Auftreten der Epidemie zu verhindern und daher dem Oberhaupte Wiens, dem Herrn Bürgermeister, welcher allein die Verantwortung trägt, die größte Vollmacht ertheilen, damit er alles verhindern kann, was gefährlich sein könnte. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Ich glaube, hier nicht unterlassen zu sollen, den geehrten Herrn Bürgermeister auf einen Ausspruch aufmerksam zu machen. Es ist gewiß auch keine unwesentliche Person gewesen, welche den Ausspruch gethan hat, es war Professor Koch, welcher vor einigen Tagen sich über die Krankheit in Hamburg geäußert und gesagt hat, daß nicht so die zugereisten russischen oder polnischen Juden die Gefahr hereingebracht haben, sondern daß sie auch durch die Schiffe hereingebracht worden sein kann; aber als die Hauptursache bezeichnet er das schlechte Trinkwasser, welches die Leute der Elbe entnehmen.

Ich möchte es dem Herrn Bürgermeister ans Herz legen, sich diese Äußerung des Professors Koch zu Herzen zu nehmen, denn was Hamburg an Wasser durch die Elbe bekommt, das können wir durch die Donau-Nutzwasserleitung auch bekommen. Ich will sonst die Debatte nicht erweitern, sondern stelle den positiven Antrag: Nicht nur die von dem Herrn Referenten gestellten Anträge sind zu genehmigen, sondern dem Herrn Bürgermeister ist die weitgehendste Vollmacht zu ertheilen, um alles Nothwendige, ohne den Stadtrath oder den Gemeinderath zu Rathe zu ziehen, durchzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (als Generalredner pro): Nichts, meine Herren, kann in einer so mißlichen Zeit, wo die Gemüther theilweise durch die öffentliche Meinung aufgerührt worden sind, mehr zur Beruhigung beitragen, als wenn die Bevölkerung weiß, daß von Seite der Stadtverwaltung alle Vorsichtsmaßregeln gegen die menschenmordende Krankheit in Anwendung gebracht worden sind. Wenn wir also über diesen Gegenstand debattieren, wird die Bevölkerung dadurch nicht beunruhigt, sondern die Bevölkerung soll aus unserer Berathung Beruhigung und Trost schöpfen, daß der Wiener Gemeinderath alle Maßregeln vorgebaut hat. Aber in erster Linie ist es nothwendig, daß in diesem Falle eine tüchtige Prophylaxis geübt wird, nicht etwa wenn Hannibal ante portas steht, soll die Commission creiert werden, sondern das muß schon früher geschehen, damit rechtzeitig Umschau gehalten werden kann.

Sie dürfen nicht vergessen, daß in dem Momente, als die Cholera in Hamburg aufgetaucht ist, in Petersburg, in Warschau, in den übrigen Städten Rußlands und Deutschlands eine fluchtartige Panik die Leute ergriffen hat und die Leute nach unserem schönen Wien pilgern und ohne Sang und Klang die Grenzen passieren können und schmutzige Gepäckstücke, welche gar nicht desinficiert wurden, mit sich führen. Aus einer Zeitungsnotiz werden Sie entnommen haben, daß von einer Berliner Wohnungsvermittlungs-Anstalt an eine Wiener Anstalt das Ansuchen gestellt wurde, Wohnungen im Wienerwalde aufzusuchen. Wer bietet uns die Garantie und die begründete Annahme, daß diejenigen, welche mit dem Eisenbahnzuge anlangen, nicht aus choleraverdächtigen Gegenden kommen? Glauben Sie, die Leute werden so dumm sein, zu sagen, wir kommen direct aus Hamburg, oder glauben Sie, daß sie nicht die Finessen kennen, daß sie vor der Schlußstation aus dem Zuge steigen und eventuell die Grenze zu Fuß passieren und dann erst wieder einen Zug besteigen? Diese Dinge haben sich vielleicht jetzt schon zugetragen und haben sich auch in den Jahren 1866 und 1873, als die Cholera herrschte, zugetragen.

Wenn von einem geehrten Herrn Vorredner hervorgehoben wurde, daß die Honorierung von Ärzten mit 5 fl. zu gering sei, so kann ich mich dieser Ansicht, trotzdem ich selbst Arzt bin, nicht hinneigen. Wie Ihnen aus den Journalen bekannt ist, hat sich eine ganze Anzahl Ärzte gemeldet, welche bereit sind, um einen geringen Betrag diesen Dienst zu versehen. Und wenn der Herr Vorredner erfahrene, praktisch tüchtige Ärzte wünscht, so wird er sich täuschen, wenn er glaubt, daß wir Ärzte zu diesem Zwecke um 10 fl. bekommen. Ist einmal die Seuche hereingebrochen, dann ist jeder Arzt bereit und verpflichtet, da zu sein, anderseits ist ein solcher Arzt nicht in der Lage, eine fixe Anstellung anzunehmen. In dieser Vorlage wird nur verlangt ein Credit für die Ärzte im I. Bezirke und später auch für die im II., IV. und VI. Bezirke. Nun vergessen Sie nicht, daß der II. Bezirk ein mit Hotels gesegneter Bezirk und es nothwendig ist, daß in diesem Bezirke allsogleich ein Revisionsarzt angestellt wird. Es gibt noch andere Bezirke außer dem II. und VI. Bezirke.

Auch im VIII. und IX. Bezirke befinden sich Hotels, und die Reisenden, die dorthin kommen, werden nicht revidiert. Und wenn die Reisenden daraufkommen, daß sie im I., II., IV. und V. Bezirke ärztlich revidiert werden, so werden sie einfach diese Hotels meiden und werden in den VIII. und IX. Bezirk gehen. (Rufe: Sehr richtig!) Es wäre aus diesem Grunde nothwendig, daß von Seite der Stadtvertretung die Regierung angegangen wird, solche Maßregeln zu ergreifen, daß alle Reisenden, welche mit den Zügen hier in Wien ankommen, ohne Unterschied ärztlich untersucht werden, und daß insbesondere die Bagage jener Reisenden, welche von weiterher kommen, am Bahnhofe zurückbehalten und an Ort und Stelle desinficiert werde. (Rufe: Ganz einfach zusperren!) Wenn jemand sagt „zusperren", so erwidere ich, vielleicht kommen wir so weit, daß jeder Verkehr unterbrochen wird. Wünschen wir es nicht und hoffen wir es nicht. Hier in unserer Mitte befindet sich ein hervorragender Hotelier. Er ist Vorsteher der Hotelier-Genossenschaft, und derselbe hat mir mitgetheilt, daß Reisende mit 13 bis 14 Koffern schmutziger Wäsche ins Hotel kommen und

diese Wäsche nicht desinficiert wird. Und darin liegt eine große Gefahr.

Ich bin der Meinung, dass, sowie für den I. Bezirk, Revisionsärzte auch im II., III., IV., VI., VIII. und IX. Bezirke, eventuell für den XV. Bezirk bestellt werden sollen. Ich habe mit diesem Antrage an dem vorliegenden Stadtraths-Antrage nichts gestrichen, sondern glaube, die Vorlage in diesem Falle verbessert zu haben. Es ist unter einem nothwendig, dass in dem Momente, als wir über diese Angelegenheit debattieren, dass überhaupt in das Bereich der Debatte alles dasjenige gezogen wird, was zum Vortheile, beziehungsweise zur Verhütung der Schädigung des Menschen in der Cholerazeit dienen könnte. Da haben Sie z. B. in den Vororten die offenen Gerinne, die Canäle, Sie haben die Straßen, die nicht gereinigt und nicht bespritzt werden.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Redner!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Ich bin schon zu Ende; ich weiß, ich darf es nur streifen. Da heißt es im Punkte 6: Der Beginn des Permanenzdienstes, respective der Bereitschaft, findet statt vom Tage der ämtlichen Constatierung des epidemischen Auftretens der Cholera. Nun, meine Herren, wann ist es ämtlich constatiert? Wie lange hat es in Hamburg gedauert, bis es amtlich constatiert war, dass dort die Cholera herrscht? 40 bis 50 Todte waren schon pro die und noch immer war die Krankheit nicht amtlich constatiert.

Auch der Telegraph hat es verschwiegen. Ich würde beantragen — in solchen Fällen kann man nicht Geld genug ausgeben, und das Geld, welches man in diesem Falle ausgibt, ist nicht hinausgeworfen, sondern am richtigen Platze angebracht — dass Punkt 6 lauten soll: „der ärztliche Permanenzdienst hat mit dem Beschlusse des Gemeinderathes zu beginnen". (Lebhafter Widerspruch. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das hieße doch Wien schädigen!)

Nein, das heißt nicht Wien schädigen. Ich habe eingangs meiner Rede erklärt, dass man damit Wien nicht schädigt, sondern wenn man alle Maßregeln trifft, beruhigt man die Bevölkerung. Die Fremden wissen das auch.

Es geht auch nicht gut an, dass man in solch großen Bezirken, namentlich in jenen, wo die ärmere Bevölkerung haust, die Kranken von allen Seiten zusammentragen soll, es ist daher nothwendig, dass auch im XVII. Bezirke eine solche Sanitätsstation errichtet werde. Ich bitte, diesen meinen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Ich muss doch einige Worte auf die Ausführungen des Herrn Vorredners erwidern. Ich bin sehr erstaunt darüber, dass man es vom Beschlusse des Gemeinderathes abhängig machen will, wann der Permanenzdienst beginnt. Ich muss gestehen, mir ist das praktisch nicht fassbar. Gesetzt den Fall, es wird ein Cholerafall constatiert und der Gemeinderath kommt erst in fünf Tagen zusammen. Jetzt darf der Permanenzdienst erst eingerichtet werden — nach der Ansicht des Herrn Vorredners —, wenn nach fünf Tagen der Gemeinderath dies beschlossen hat. (Rufe: Heute!) Das zeigt denn doch, dass der Herr Vorredner über die nöthigen Maßnahmen, die jetzt getroffen werden sollen, sich nicht klar geworden ist. Denn in solchen Zeiten so unmotivierte und unbedachte Anträge zu stellen, ist doch nicht gerechtfertigt. Meine Herren! Wenn ein Cholerafall in der diesseitigen Reichshälfte constatiert ist — heißt es — tritt die Permanenz-Commission zusammen, nicht wenn in Wien ein Cholerafall constatiert ist, sondern wenn in Österreich ein solcher constatiert wird, kommt schon die Commission zusammen. Wir gehen viel weiter wie der Herr Vorredner, aber es muss der Fall amtlich constatiert werden, wir können uns beispielsweise nicht begnügen, wenn das Szeps'sche Tagblatt meldet, dass ein Cholerafall da ist (lebhafte Heiterkeit, Händeklatschen links), um die Permanenz-Commission einzurichten; wir werden uns erst doch überzeugen wollen, ob das, was mitgetheilt worden ist, auch wahr ist, denn möglicherweise kann doch manches nicht wahr sein. (Erneuerte Heiterkeit.)

Sie sehen, meine Herren, dass alles, was hier vorgeschlagen ist, auf den bestehenden Gesetzen und Verordnungen beruht und einen Sinn hat, und dass nicht immer dasjenige, was beantragt wird, besser ist, als das, was hier nach reiflicher Überlegung vorgeschlagen wird. Ich glaube, es würde auch keinen guten Eindruck auf die Bevölkerung Wiens und des Auslandes machen, wenn wir solche Anträge annehmen würden, wie sie der Herr Vorredner gestellt hat. Ich möchte Sie auch bitten, von seinem Antrage wegen Feststellung dieser Sanitäts-Commissionen abzusehen; denn es ist ja ausgeführt worden, dass wir vorläufig nur dort die Ärzte brauchen, wo Fremde einlogiert sind, im XVIII. Bezirke oder im IX. Bezirke „beim Hahn" werden sich ja doch die Fremden nicht auf einmal alle einlogieren. Aber Sie können überzeugt sein, wenn es nothwendig ist, so geschieht es augenblicklich, nur wollen wir nicht überflüssig Geld hinauswerfen und Commissionen und Ärzte bestellen, wo für diese, Gott sei Dank, nichts zu thun ist. Ich bitte Sie also, nur die Anträge des Referenten anzunehmen. (Beifall.)

Referent (zum Schlusswort): Ich habe mich sehr kurz zu fassen. Ich stehe auf dem Standpunkt der Referentenanträge, und da der Herr Bürgermeister meine Aufgabe übernommen hat, habe ich Sie nur in sehr eindringlicher Weise zu bitten, dass Sie nicht davon abgehen. Das ist jetzt die Basis dessen, was momentan geschaffen werden soll. Es ist aber thatsächlich vorgesehen, dass im Falle der Noth jede einzelne dieser Maßnahmen vorbereitet werde. Wenn es nöthig sein wird, werden in allen Bezirken Revisionsärzte aufgestellt werden. Ich habe mir auch bereits erlaubt zu erklären, dass dieser Permanenzdienst der Krankenträger — nicht der Ärzte — jetzt schon beginnen soll, indem bis zur Errichtung dieser Sanitätsstationen thatsächlich bei jedem dermalen in den Bezirken befindlichen Krankenwagen vier solcher Krankenträger in Evidenz stehen und anwesend sind. Es ist also in dieser Richtung schon vorgesorgt. Ich bitte Sie also, alles dasjenige, was übertrieben ist — und es ist in gefährlichen Zeiten nichts böser als das Übertreiben — abzulehnen und das anzunehmen, was ich im Namen des Stadtrathes zu unterbreiten die Ehre habe. Ich bitte um die unveränderte Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe nicht gesagt, dass der Gemeinderath dann Beschluss fassen soll, sondern von dem heutigen Tage der Beschlussfassung möge der Permanenzdienst beginnen. Persönlich bemerke ich, dass, wenn gesagt wird, dass durch meine Anträge die Bevölkerung unnützerweise alarmiert wird ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Das ist keine thatsächliche Berichtigung, sondern eine Fortsetzung der Debatte.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es ist eine persönliche Bemerkung. — (Fortfahrend:) ... die Bevölkerung durch solche Anträge überhaupt schon alarmiert ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Zu Punkt 1 der Anträge des Stadtrathes beantragt Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg, dass außer für die genannten Bezirke auch noch für die Bezirke III, VIII, IX, XV und XVII

solche Revisionsärzte bestellt werden. Dann wird beantragt zu Punkt 2, für die Bezirke XVI und XVII zwei Stationen, also noch eine Station außer der zu errichtenden, zu errichten.

Schließlich beantragt Gem.-Rath Tagleicht, dass die Krankenträger nur 3 fl. bekommen dürfen; endlich wird zu Punkt 6 beantragt, dass der Permanenzdienst nicht von der amtlichen Constatierung, sondern mit Beschluss des Gemeinderathes zu beginnen habe. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Vom heutigen Tage!) Das steht nicht hier, ich habe mir das stenographiert. Dann ist endlich ein Antrag gestellt vom Herrn Gem.-Rath Jedlička, welcher lautet: „Es sei der Antrag des Referenten anzunehmen und dem Bürgermeister werde die Vollmacht ertheilt, alle aus Anlass der drohenden Choleragefahr erforderlichen Vorkehrungen, ohne an den Gemeinderath und Stadtrath herantreten zu müssen, zu verfügen." Ich bringe zunächst die Anträge des Herrn Referenten zur Abstimmung und dann die Zusatzanträge. Ich bitte also jene Herren, die mit Punkt 1 der Referenten-Anträge einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Jene Herren, welche wünschen, dass diese Revisionsärzte auch in den Bezirken III, VIII, IX, XV und XVII bestellt werden, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Es ist die Minorität; abgelehnt.

Ich bitte nun jene Herren, welche für den Punkt 2 stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der zu Punkt 2 vom Gem.-Rath Dr. Klotzberg gestellte Antrag wurde zurückgezogen.

Ich bringe nun zur Abstimmung den Punkt 3. Jene Herren, welche mit demselben einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 4 beantragt Gem.-Rath Tagleicht, dass die Krankenträger nicht weniger als 3 fl. erhalten dürfen. Bitte jene Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität. Abgelehnt.

Nun bitte ich die Herren, welche mit Punkt 4 des Referenten-Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gegen Punkt 5 ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre also denselben für angenommen.

Bei Punkt 6 ist der Gegen-Antrag gestellt worden, dass der Permanenzdienst nicht vor der amtlichen Constatierung, sondern mit dem Beschlusse des Gemeinderathes zu beginnen habe. Die Herren, welche mit dem Gegen-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität.

Ich bitte die Herren, welche dem Punkte 6 in der Fassung des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Punkt 6 ist angenommen. Hiermit ist der erste Theil erledigt. Den zweiten Theil bildet der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Jedlička, den ich verlesen habe. Die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.) Dieser Gegenstand ist somit erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

I.

1. Bewilligung eines Honorares von 5 fl. und einer Wagenentschädigung bis zum Höchstbetrage von 3 fl. per Tag für die zur Revision der Fremden im I. Bezirke bereits provisorisch aufgenommenen zwei Revisionsärzte, sowie für die für die Bezirke II, IV und VI noch etwa nothwendig werdenden Revisionsärzte.

2. Errichtung von fünf Sanitätsstationen zur Abtransportierung der Cholerakranken; Bereithaltung der hiezu erforderlichen Wägen, Bespannung, Kutscher, Krankenträger und sonstigen Bediensteten, und zwar:

Nr. 1 in der Gerhardusgasse, II. Bezirk, für den II. Bezirk.

Nr. 2 in der Fasangasse, III. Bezirk (alter Pferdemarkt), für die Bezirke I, III, IV, X und XI.

Nr. 3 am Heu- und Strohmarkte, V. Bezirk, für die Bezirke V, XII und XIII (rechtes Wienflussufer).

Nr. 4 XIV., Wehrgasse 19 (vormaliges Sechshauser Nothspital), für die Bezirke VI, VII, XIII (linkes Wienflussufer), XIV und XV.

Nr. 5 Währing, Uniongasse 4, für die übrigen Bezirke, mit den Kosten von 3100 fl. für den Bau und die Einrichtung (mit Ausschluss der bereits für die Station Nr. 5 genehmigten Auslagen per 1000 fl.).

3. Bereitschaft von je zwei entsprechend bespannten Transportwägen sammt Kutscher in der Station 1 und 2 und von je drei solchen Wägen in den anderen Stationen (zusammen 13 Wägen).

4. Bestellung von je vier Krankenträgern per Transportwagen; somit von 52 Krankenträgern. Per Wagen haben je zwei Mann durch 12 Stunden Dienst; die Krankenträger erhalten je 2 bis 3 fl. Taglohn und sind auf die Dauer des Bedarfes zu bestellen.

5. Genehmigung der Bespannungskosten für einen Transportwagen in der Station 1, 2 und 5 mit 14 fl. per Paar Pferde sammt Kutscher per Tag und Nacht und für die Stationen 3 und 4 per Paar Pferde und Kutscher pro Tag 8 fl. und pro Nacht 9 fl. 50 kr.

6. Beginn des Permanenzdienstes, respective der Bereitschaft von dem Tage der amtlichen Constatierung des epidemischen Auftretens der Cholera in der diesseitigen Reichshälfte.

II.

Dem Bürgermeister wird die Vollmacht ertheilt, alle aus Anlass der drohenden Choleragefahr erforderlichen Vorkehrungen, ohne an den Gemeinderath und Stadtrath herantreten zu müssen, zu verfügen.

(Bürgermeister Dr Prix übernimmt den Vorsitz.)

19. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich habe zu referieren über Beilage Nr. 160; es ist das der Antrag des Stadtrathes in Betreff der Verlegung des Marktes für galizische Schweine.

Mit dem Ministerial-Erlass vom Jänner 1892 wurden die Beschränkungen bezüglich des Verkehres mit galizischen Schweinen auf dem Wiener Central-Viehmarkte aufgehoben. Es wurde angeordnet, dass die galizischen Schweine, nachdem sie die Confinierungsanstalt in Biala passiert haben, auf dem Wiener Schlachtviehmarkte in gleicher Weise aufgetrieben werden können, wie die Thiere aus anderen Provenienzen.

Mit Rücksicht darauf entfällt nun der sogenannte Schweine-Contumazmarkt. Die Thiere werden nicht mehr in der Nähe der Kälberhalle aufgestellt, sondern in der Schweinehalle untergebracht. Nachdem nun infolge der angeführten veränderten Verhältnisse eine bedeutend größere Anzahl Schweine in die Schweinehalle zum Verkaufe aufgetrieben wird, ist dort Raummangel entstanden. Nun handelt es sich darum, wie diesem Raummangel abgeholfen werden kann. Es sind da verschiedene Vorschläge gemacht worden. Die Marktinteressenten haben den Antrag gestellt, es solle eine neue große Schweinehalle für 5- bis 6000 Stück Thiere errichtet werden, allerdings ohne anzugeben, wo diese Halle errichtet werden soll. Momentan ist ein solcher Platz nicht zur Verfügung. Die Kosten eines solchen Baues würden sich auf circa 230.000 fl. belaufen.

Ein zweiter Antrag geht dahin — und zwar ein Antrag der Wiener Vieh- und Fleischmarktcasse — an der einen Front der gegenwärtigen Schweinehalle einen Zubau zu machen und einen Theil der angrenzenden Straße dazu zu verwenden. Dagegen wird nun geltend gemacht, dass dann die Straße verbaut und der Verkehr auf dem Markte bedeutend gehemmt würde. Das Bauamt im Einvernehmen mit dem Marktcommissariate hat nun die Anträge gestellt, welche ich hier zu vertreten die Ehre habe, nämlich, dass ein Einbau gemacht wird in den heute bestehenden Hof, dass zu beiden Seiten des Hofes der Schweinehalle auf die ganze Länge die Stände um eine Reihe vermehrt, die beiden Waghäuser 3 und 4 um die Hälfte verkleinert und die betreffenden zwei Brückenwagen an die äußere Peripherie der Schweinehalle verlegt werden, wodurch im ganzen eine Vermehrung um 60 Stände erreicht wird, und die Errichtung von Sammelständen für 1600 Stück Schweine zwischen dem Südbahn-Schöpfwerke und der ersten Szálláseingruppe in der Weise projectiert ist, dass der Platz gegen das Südbahn-Schöpfwerk und die dort bereits durchgeführte Anschüttung möglichst ausgenützt wird. Das Bauamt und das Marktcommissariat sind mit diesem Antrage einverstanden. Das Bauamt beziffert die Kosten dieser Herstellung mit 68.212 fl. 78 kr., wovon auf die Sammelstände circa 15.000 fl. und der Rest von rund 53.000 fl. auf den Einbau in die Schweinehalle entfällt. Nachdem der Bau sehr dringend ist, wird weiter der Antrag gestellt, dass mit der Ausführung desselben sofort begonnen werden solle. Die Ämter haben erklärt, dass kein Anstand besteht, weil ein großer Theil der Arbeit bei schöner Witterung noch ausgeführt werden kann, die Arbeit im Innern aber auch, wenn schlechtes Wetter eintreten sollte, fortgesetzt werden kann. Weiters wird beantragt:

Wegen Sicherstellung der Baumeister-, Zimmermanns- und Eisenconstructionsarbeiten, sowie der Lieferung der erforderlichen Klinker- und Steinzeugwaren eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung unter Festsetzung eines Termines von 14 Tagen auszuschreiben; das Gesammtkosten-Erfordernis auf den Reservefond des Jahres 1892 zu verweisen.

Es ergiebt sich aber die Nothwendigkeit, da eine weitere Vergrößerung des Viehmarktes zweifellos unmittelbar bevorstehend ist, sich um ein weiteres Terrain umzusehen. Da ist ein Platz zwischen dem heute bestehenden Viehmarkte und dem Bräuhause, eine Mulde, welche ausgeschüttet werden soll. Weiters wäre die Planke von der Baumgasse hinauszurücken und das Terrain, welches der Gemeinde noch nicht gehört, zu erwerben und ins Niveau zu bringen.

Endlich ist den Herren bekannt, dass das Schöpfwerk der Südbahn einen großen Thril des Viehmarktes in Anspruch nimmt. Es wird daher beantragt, mit der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft wegen Auflassung ihres beim Schlachtviehmarkte gelegenen Schöpfwerkes in der Richtung Verhandlungen zu pflegen, dass die Gesellschaft mit Wasser aus der von der Gemeinde Wien hergestellten Wasserleitung Lagerhaus-Schlachtviehmarkt entschädigt werde.

Das sind die Anträge, welche der Stadtrath stellt, und bitte ich um deren Genehmigung.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich möchte Sie vor allem bitten, dem Antrage des Referenten zuzustimmen. Mit diesem Zubau wird einem großen Übelstande abgeholfen. Seit ein und einem halben Jahre ist der Platz für die galizischen Schweine auf dem Viehmarkte viel zu klein. Es müssen 6000 bis 8000 Stück in den Szálláse stehen, sie kommen nicht auf den Markt, und wenn man fragt, warum, so heißt es: es ist kein Platz. Der Einsender will aber die Schweine auf dem Markte sehen. Auch der Käufer wird geschädigt, wenn 1000 Stück nicht auf den Markt kommen, weil der Preis dabei eine Erhöhung erfährt. Es ist weniger Vieh auf der Tafel aufgeschrieben worden und das bewirkt eine Preiserhöhung. Ich bitte Sie daher, dem Referenten-Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Herren, ich werde nicht gegen den Antrag sprechen, aber diese sanitätswidrigen Verhältnisse auf dem Viehmarkte müssen endlich ein Ende nehmen, denn man muss wirklich staunen, dass bei einer solchen Anlage, wie sie auf dem Viehmarkte bestand, sich nicht der Thierschutzverein ins Mittel gelegt hat. Bevor diese polnischen Schweine nach Wien kommen, müssen sie den Contumazmarkt in Biala passieren und das ist eine Schädigung der Viehzüchter und auch jener Leute, welche diese Schweine ankaufen. Wir dürfen nicht vergessen, dass, wenn Schweine in Biala zugeführt, ausgeladen und wieder eingeladen werden, sie eine bedeutende Wertverminderung erfahren und dadurch der Preis nicht billiger, sondern theurer werden muss. Das ist also ein Grund mehr, darnach zu streben, dass wir sobald als möglich einen Seuchenhof bekommen und deshalb erlaube ich mir zugleich die Anfrage an den Herrn Bürgermeister, wann denn eigentlich mit dem Bau des Seuchenhofes begonnen wird, damit endlich die Contumaz in Biala aufhört? Es sind auch auf dem alten Markte sehr viele Schäden und Mängel, die man mit der Zeit verbessern muss.

Ich habe schon auf den mustergiltigen Markt in München verwiesen und den Herrn Bürgermeister sehr gebeten, bei derartigen baulichen Anlagen am Central-Viehhofe auch die Interessenten zu befragen, wie die Anlage stattfinden soll. Ich verweise nur darauf, dass bei den Szálláse die hölzernen Packställe ausgetauscht und dabei verpfuscht wurden; dafür wurde eine Summe von 1400

bis 1500 fl. ausgegeben. Hätte man die Interessenten befragt, so hätte man einen solchen Fehler nicht begangen. Auch die Futterbarren wären dann nicht so schlecht hergestellt worden, wie sie jetzt sind, sondern etwas praktischer. Ich möchte daher den Herrn Bürgermeister ersuchen, auch die Interessenten einzuladen, damit sie bei diesen Dingen ihr Gutachten abgeben. Übrigens schließe ich mich den Anträgen des Stadtrathes an.

Referent (zum Schlusswort): Ich habe nur kurz zu bemerken, dass eine Vorlage, betreffend die Herstellung eines Contumazmarktes, vom Stadtrathe beschlossen und dem Ministerium behufs Abgabe seiner Wohlmeinung vorgelegt wurde; soviel ich weiß, ist der Act vom Ministerium noch nicht zurückgelangt, sobald er aber hier sein wird, wird er dem Gemeinderath vorgelegt werden.

Was die Anregung des Herrn Vorredners betrifft, dass die Interessenten gefragt werden sollen, so kann ich nur mittheilen, dass aus den Acten ersichtlich ist, dass die Interessenten zu drei Commissionen eingeladen und protokollarisch vernommen wurden, und durch die Berathung mit den Interessenten ist man zu diesen Anträgen gekommen, welche ich namens des Stadtrathes zu stellen die Ehre habe. Nachdem ein Gegen-Antrag nicht gestellt wurde, bitte ich Sie um Genehmigung der vom Stadtrathe gestellten Anträge.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt, ich bitte daher diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

1. Die Vergrößerung der Schweinehalle, respective Vermehrung der Verkaufsstände nach dem diesfälligen bauämtlichen Projecte — wonach zu beiden Seiten des Hofes der Schweinehalle auf die ganze Länge die Stände um eine Reihe vermehrt, die beiden Waghäuser 3 und 4 um die Hälfte verkleinert und die betreffenden zwei Brückenwagen an die äußere Peripherie der Schweinehalle verlegt werden, wodurch im ganzen eine Vermehrung um 60 Stände erreicht wird, und die Errichtung von Sammelständen für 1600 Stück Schweine zwischen dem Südbahn-Schöpfwerke und der ersten Szálláseingruppe in der Weise projectiert ist, dass der Platz gegen das Südbahn-Schöpfwerk und die dort bereits durchgeführte Anschüttung möglichst ausgenützt wird — mit dem Gesammtkosten-Erfordernisse von 68.212 fl. 78 kr. zu genehmigen;

2. mit der Ausführung noch im laufenden Jahre zu beginnen;

3. wegen Sicherstellung der Baumeister-, Zimmermanns- und Eisenconstructionsarbeiten, sowie der Lieferung der erforderlichen Klinker- und Steinzeugwaren eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung unter Festsetzung eines Termines von 14 Tagen auszuschreiben;

4. das Gesammtkosten-Erfordernis auf den Reservefond des Jahres 1892 zu verweisen;

5. das derzeit bereits eingeplankte Terrain des Schlachtviehmarktes (gegen das Bräuhaus zu gelegen) nach Thunlichkeit bald anzuschütten und auf das Niveau zu bringen;

6. gegen die Baumgasse zu das der Gemeinde Wien noch nicht gehörige Terrain bis zur Baumgasse zu erwerben und möglichst bald auf das Niveau zu bringen;

7. mit der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft wegen Auflassung ihres beim Schlachtviehmarkte gelegenen Schöpfwerkes in der Richtung Verhandlungen zu pflegen, dass die Gesellschaft mit Wasser aus der von der Gemeinde Wien hergestellten Wasserleitung Lagerhaus-Schlachtviehmarkt entschädigt werde.

20. Referent Gem.-Rath Witzelsberger ad Beilage Nr. 144. Die freiwillige Feuerwehr in Sechshaus ersucht um eine Subvention. Diese Feuerwehr besteht aus 36 Mann und war früher die Bezirksfeuerwehr für die Gemeinden Fünfhaus, Sechshaus und Rudolfsheim. Früher wurden alle ihre Bedürfnisse von den betreffenden Gemeinden bestritten. Es bestand auch ein Feuerwehr-Ausschuss, der die Verwaltung führte. Nachdem die Verhältnisse aber geändert sind, ist diese Feuerwehr auch auf eine Subvention angewiesen und der Feuerwehrhauptmann hat protokollarisch nachgewiesen, dass ungefähr 300 rückständige Rechnungen zu begleichen sind.

Das Feuerwehr-Commando und der Magistrat finden die Subvention für nothwendig und der Antrag des Stadtrathes geht dahin, es sei die von der freiwilligen Feuerwehr für den XIV. und XV. Bezirk angesuchte Subvention per 800 fl. zu bewilligen gegen dem, dass aus diesem Betrage die vorgelegten Rechnungen beglichen und die im Laufe des Jahres noch nothwendigen Auslagen bestritten werden und über die Verwendung des Betrages dem Magistrate ein genauer Nachweis vorgelegt werde. Zweitens, es sei diese Ausgabe auf den Reservefond pro 1892 zu verweisen, weil eine Deckung nicht vorhanden ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte noch einmal das Verhältnis besprechen und klarstellen, in welches die Gemeinde Wien gegenüber den freiwilligen Feuerwehren kommt. Ich halte dafür und es ist meine innerste Überzeugung, dass der Gemeinderath, indem er die freiwilligen Feuerwehren innerhalb der Linien Wiens subventioniert, einen großen Fehler begeht (Widerspruch), einen Fehler, welcher sich im Laufe der Jahre bitter rächen wird. Ich werde mir das des näheren auseinanderzusetzen erlauben und dem Herrn Dr. Klotzberg werde ich mit Daten dienen, weil er in dieser Richtung viel besser informiert zu sein scheint als jeder andere.

Es muss jedem von uns einleuchtend sein, dass wir unsere Berufsfeuerwehr, welche seit ihrer Reorganisierung das Vertrauen der Bevölkerung im hohen Grade besitzt, dass wir unsere so tüchtige Berufsfeuerwehr, welche ein Muster einer Feuerwehr ist, für die ganze Stadt zu erweitern haben. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg

ruft: Das kostet Geld!) Das ist nicht richtig, was hier gesagt wird, ich werde das nachweisen. Wenn wir unsere Berufsfeuerwehr erweitern, dann haben wir eine ordentliche und tüchtige Berufsfeuerwehr in ganz Wien; aber die Berufsfeuerwehr lassen, wie sie jetzt ist, und die freiwilligen Feuerwehren subventionieren, das ist ein Flickwerk, welches keinen Sinn hat.

Ich möchte Ihnen doch bezüglich der freiwilligen Feuerwehren einige Aufklärungen geben, weil es scheint, dass man in dieser Frage hier im Gemeinderathe nicht gehörig unterrichtet ist. (Gelächter.) Nach dem Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Erzherzogthum unter der Enns, ausgegeben am 5. April 1892, ist die Gemeinde verpflichtet, alles beizustellen, was die freiwilligen Feuerwehren benöthigen, vom Schlauch angefangen bis zum letzten Tropfen Schmieröl, kurz alles muss die Gemeinde Wien für jede freiwillige Feuerwehr beistellen, die Räumlichkeit beschaffen, kurz und gut alles. Und jetzt frage ich Sie, meine Herren, was ist denn dann bei der freiwilligen Feuerwehr noch freiwillig? Die Leistung, und wenn ein großer Brand entsteht, so ist es selbstverständlich und es war immer so der Fall, dass auch die Leistung bezahlt worden ist, an diejenigen Mitglieder . . . (Widerspruch) Das ist ganz richtig — an die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, weil ein großer Theil der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren heute Arbeiter sind und solchen Berufsclassen angehören, welche nicht in der Lage sind, ihre Zeit umsonst opfern zu können. Ich werde Ihnen übrigens noch etwas anderes sagen. Es hat — ich will nur einen Brand anführen, welcher erst heuer stattgefunden hat — in Meidling ein Brand stattgefunden. Da hat ein Schupfen in einem Hause gebrannt und zu diesem Brande sind nicht weniger als 16 freiwillige Feuerwehren ausgerückt. (Rufe: Das ist ja gut!) Das ist nicht gut, nein! Es ist deshalb nicht gut, weil jede freiwillige Feuerwehr, wenn sie anfahrt, auch in Action treten will. (Rufe: Nein!) Es hat sich ergeben, dass man wegen des Schupfens die ganze Wilhelmsstraße abgesperrt hat. Es wurden 16 Schlauchlinien gelegt, es sind 16 Feuerwehrhauptleute erschienen und 16 Feuerwehrhauptleute-Stellvertreter! Nun stellen Sie sich das Bild vor! 16 Hauptleute mit Goldkrägen, Federbusch, Epaulettes und 16 Stellvertreter und andere Chargen, die stellen sich hinein und jetzt wird commandiert! Der schreit hin, der andere her. Es ist kein Commandant da — Herr Bürgermeister, es ist so! —, es entsteht eine heillose Verwirrung.

Dann noch etwas, meine Herren! Wo soll denn das Wasser herkommen für 16 Spritzen? Wenn ein Wasserwagen anfahrt und es sind 16 Spritzen da, dann raufen sie sich um das Wasser, bis die Polizei einschreitet und Ordnung schafft. Das ist die freiwillige Feuerwehr. Wie, das nennen Sie gut, das wollen Sie in Wien erhalten? Das ist ein reines Kinderspiel in Wien. Die freiwilligen Feuerwehren sind für das flache Land sehr gut, für Märkte und kleine Städte, aber für Wien ist das keine Feuerwehr. Kommen Sie mir nicht mit solchen Dingen! Nun hat Herr Dr. Klotzberg in der letzten Sitzung, wo ein Referat über die freiwilligen Feuerwehren erstattet wurde, die Behauptung aufgestellt, dass in allen Städten — namentlich hat er Berlin angeführt — sich freiwillige Feuerwehren befinden und dass die freiwilligen Feuerwehren dort sehr gut arbeiten. Ich sage nun dem Herrn Dr. Klotzberg, dass es auf dem Continente keine einzige große Stadt gibt, wo sich eine freiwillige Feuerwehr befindet, München ausgenommen. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Budapest, Nürnberg!) München ist die einzige Stadt, wo allerdings eine freiwillige Feuerwehr ist, aber in München ist die Feuerwehr sehr schlecht. Herr Dr. Klotzberg hat nun behauptet, in Berlin sei eine solche. Das ist nicht richtig, das ist falsch. In Berlin, Breslau, Königsberg, Dresden, Bremen, Frankfurt, Charlottenburg und Leipzig, in allen diesen Städten haben Sie nicht einen Mann einer freiwilligen Feuerwehr. Herr Dr. Klotzberg behauptet aber, dass überall die freiwillige Feuerwehr in den deutschen Städten in größter Thätigkeit ist.

Ich möchte den Herrn Dr. Klotzberg bitten, wenn er solche Äußerungen hier wieder vorbringt, sich vorerst ein bisschen zu informieren und uns nicht etwas zu sagen, was nicht wahr ist.

Nun, meine Herren, aber noch mehr! Die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes hat sich im März d. J. nach Berlin an die dortige Berufsfeuerwehr mit der Anfrage gewendet, wie es denn dort mit der freiwilligen Feuerwehr steht; und da hat die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes eine Antwort bekommen, welche dem Herrn Dr. Klotzberg bekannt sein muss, weil er Ehrenmitglied oder Oberstabsarzt dieser Feuerwehr ist. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Antwort lautet folgendermaßen. Es wird nämlich mitgetheilt, dass in Berlin eine freiwillige Feuerwehr nicht besteht. (Liest:) „An das Commando der Ersten Wiener freiwilligen Feuerwehr. Den p. t. erwidert die unterzeichnete Abtheilung auf die gefällige Anfrage vom 20. v. M. ergebenst, dass in Berlin eine Berufsfeuerwehr besteht, welche gar keine Beziehungen zu den freiwilligen Feuerwehren der Vororte hat. Für den Fall einer Einverleibung der Vororte in Berlin werden jedenfalls die freiwilligen Feuerwehren daselbst sofort zu existieren aufhören." Das wird gesagt.

Nun, meine Herren, muss ich noch auf etwas aufmerksam machen, nachdem wir die freiwilligen Feuerwehren mit allem auszurüsten haben — mit allem und jedem — und bei einem Brande in solcher Weise vorgegangen wird, wie ich es geschildert habe; ja noch mehr, es wird von Fachmännern behauptet, dass mit den Schläuchen geradezu herumgezerrt wird von Leuten, welche damit nicht hantieren können, dass man die Schläuche, dieses kostbare Material, sogar über die Glut legt. (Widerspruch.) Ich bitte, das ist bestätigt. Also in einer solchen Weise arbeiten die freiwilligen Feuerwehren. Es muss daher unser Bestreben sein, dass wir die Berufsfeuerwehr ergänzen. Meine Herren! Sie finden in Wien 36 freiwillige Feuerwehren, da haben Sie eine Ortsfeuerwehr, eine Turnerfeuerwehr, eine Fabriksfeuerwehr. (Rufe: Das ist ja sehr gut!) Nun rücken alle diese Feuerwehren aus, haben schließlich kein Commando und kosten der Gemeinde Wien ein schweres Geld. Wenn Sie statt dieser 1200 Männer der freiwilligen Feuerwehren 100 Mann der Berufsfeuerwehr anstellen, so richten die mehr aus, das kann ich Ihnen versichern. (Erneuerter Widerspruch.) Wenn Sie in jedem Bezirke fünf Mann einstellen, so werden diese fünf Mann für die erste Hilfe viel mehr leisten, als wenn sechs freiwillige Feuerwehren zusammenkommen, welche alle sechs nichts machen. Das ist gewiss richtig. Ich werde nicht gegen den Antrag stimmen, aber ich gebe mich der sicheren Hoffnung hin, dass der Herr Bürgermeister seinen Einfluss dahin geltend macht, dass ehestens eine Vorlage hieher gelangt, wodurch unsere Berufsfeuerwehr erweitert und ergänzt wird, damit wir mit den freiwilligen Feuerwehren brechen können. Das wollte ich gesagt haben.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich bin erstaunt, dass man jetzt auf einmal über die freiwilligen Feuerwehren losfährt. Ich glaube,

dass, wenn in einem Bezirke 30, 40 oder 50 Männer sind, die ihr Leben und ihr Blut für das Gut des Nächsten einsetzen, sie keinen solchen Dank verdienen, wie ihn der Herr Vorredner ausgesprochen hat. Ich will der Berufsfeuerwehr nicht nahetreten, aber ich will nur die Brände in der Rossau vor Augen führen. Damals wurde um die freiwilligen Feuerwehren gebeten, und sie sind aus jedem Vororte gekommen, bis auf eine kleine Reserve. Wie hätte Wien vielleicht ausgeschaut, wenn die freiwilligen Feuerwehren nicht dagewesen wären und ihren letzten Mann bei diesem Brande gestellt hätten?

Ebenso war es beim Ringtheaterbrand, und Sie wissen, was damals die freiwilligen Feuerwehren geleistet haben. Die freiwilligen Feuerwehren verlangen vielleicht Subventionen, die im ganzen nicht einmal 50.000 fl. ausmachen. (Rufe: Bei weitem nicht soviel!) Nun gut; nehmen Sie aber an, dass diese Beträge, mit denen die freiwilligen Feuerwehren unterstützt werden in der Weise, wie es sich gehört, 50.000 fl. ausmachen. Dann nehmen Sie aber auch den Griffel in die Hand und rechnen Sie aus, was eine Berufsfeuerwehr kosten würde. In Orten, wie Hernals, das 70.000 Einwohner hat, wo 60 bis 70 Männer bei der Hand sein sollen, wenn der Ort von Feuer- oder Wassergefahr, von Krankheiten oder sonst von einem Unglücke bedroht ist, genügen nicht vier Mann, von denen einer telegraphiert und drei ausfahren. Was sollen die ausrichten? Es sind schon verschiedene Fälle vorgekommen, in denen manches verhindert worden wäre, wenn es rascher gegangen wäre. Wenn der Herr College sagt, dass bei dem Brande eines Schupfens zu viele Feuerwehren gekommen sind, so frage ich ihn: sollen sie denn erst ausfahren, wenn ganze Gassen niedergebrannt sind? Die freiwilligen Feuerwehren werden nicht honoriert, wie der Herr College gesagt hat; sie müssen sich von den Beiträgen der unterstützenden Mitglieder erhalten, die 2 bis 3 fl. geben, und dafür schaffen sie sich Geräthe, Schläuche, kurz und gut alles Mögliche an, was zu dem Feuerwehrwesen gehört. Soll man nun diejenigen Männer, welche für des Nächsten Gut einstehen, zum Dank dafür angreifen?

Ich glaube, dass die Männer, wenn sie auch nur Arbeiter sind, welche, statt sich zuhause bei der Familie auszuruhen, auf dem Commandozimmer sich befinden und jede Minute bereit sein müssen, im Falle der Gefahr für des Nächsten Gut einzustehen, nur Dank verdienen. In jedem Stande werden sich nicht immer die richtigen Leute finden; auch nicht alle Tapetenhändler werden gute Ware liefern (Heiterkeit links); es werden auch einzelne Feuerwehrmänner nicht ihren Beruf erfüllen, aber es geht nicht an, über 1200 solcher Männer einen Strich zu machen und sie zu verurtheilen zum Danke dafür, dass sie im Interesse des Gutes des Nächsten ihre Pflicht thun. Ich muss bedauern, dass zum zweitenmale über diese Sache gesprochen wird; ich glaube, jeder wird gerne zustimmen, wenn wir diejenigen unterstützen, die sich nicht scheuen, bei Tag und Nacht dem Nächsten in jedem Unglück beizustehen. Ich stimme mit Vergnügen für den Antrag des Referenten. (Beifall links.)

Gem.-Rath Gräf: Wie zu wiederholtenmalen, so hat auch heute der Gem.-Rath Frauenberger über das Verhalten der freiwilligen Feuerwehren einen Tadel ausgesprochen. Besonders der Brand in Meidling scheint ihm nicht recht zu sein. Nach seinen Ausführungen sind die Löschactionen dort nichts anderes als Komödie gewesen. Früher habe ich bemerkt, dass Gem.-Rath Frauenberger mit Begeisterung dafür eingetreten ist, dass mit Rücksicht auf die drohende Choleragefahr alle jene Vorkehrungen getroffen werden, um ein eventuelles Auftreten dieser gefährlichen Krankheit in Wien zu bekämpfen, und jetzt auf einmal ist es ihm nicht recht, dass, wenn in Meidling eine Schupfen zu brennen anfängt, mehrere Feuerwehren hinfahren. Nach seiner Ansicht sollten der freiwilligen Feuerwehr alle Brände 24 Stunden früher gemeldet werden. Es wurde ihm gesagt, dass die Schläuche in die Glut gelegt wurden, dass die Hauptleute und Commandanten nur mit ihren Helmbüschen und Schwertern paradierten. Die freiwilligen Feuerwehren verdienen diesen Angriff nicht, auch unsere Berufsfeuerwehr nicht. Ich könnte auch nergeln und könnte der Berufsfeuerwehr beispielsweise den Vorwurf machen, dass sie im Jahre 1869 anlässlich eines Brandes in Dornbach mit den Pferden im Schnee stecken geblieben ist, während die freiwilligen Feuerwehren von 26 verschiedenen Ortschaften angefahren sind und den Brand localisiert haben; damit könnte ich antworten.

Es kann aber nicht ungerügt bleiben, dass man Männern, die sich in den Dienst der Humanität stellen, derartige Vorwürfe macht; dass man sie im Wiener Gemeinderathe in den Koth tritt (Sehr gut! links), das verdienen sie gewiss nicht. Ich habe letzthin Gelegenheit gehabt, dem Gem.-Rathe Frauenberger zu antworten, dass wir jedenfalls auch so städtisch gesinnt sind wie er; und wenn der Bürgermeister mit einer Vorlage kommen wird, das ganze Feuerwesen zu reorganisieren und wenn wir das für zweckmäßig und als im Interesse der Sicherheit der Vorortebezirke gelegen erachten, werden wir gewiss zustimmen; aber heute die freiwilligen Feuerwehren zu verdächtigen, um vielleicht für eine Lieblingsidee Propaganda zu machen, finde ich nicht am Platze. Ich weiß ganz bestimmt, dass die Subvention zu nichts anderem verwendet wird, als für Anschaffung von Schläuchen, für Ausbesserung von Löschrequisiten. Die freiwillige Feuerwehr in Meidling wird die 800 fl. gewiss nicht in Wirtshäusern vertrinken; das scheint der Geist zu sein, der dem Gem.-Rath Frauenberger vorschwebt. Er hat unter anderem gesagt, dass die Leute bezahlt werden, es sind nur Arbeiter; ich kenne die freiwilligen Feuerwehren, obwohl ich nicht Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr bin, aber das weiß ich, dass sie für ihre Leistungen nicht bezahlt werden, höchstens bekommt der Commandant ein Belobungsschreiben für die aufopfernde Thätigkeit in Bekämpfung dieses so gefährlichen Elements. Sonst ist weiter nichts geschehen. Ich möchte also bitten, ein andermal die freiwilligen Feuerwehren nicht in solcher Weise anzugreifen. Ich bin auch überzeugt, dass ich für den Referenten-Antrag nicht weiter zu sprechen habe, denn die überwiegende Majorität der Herren wird anderer Ansicht über die freiwilligen Feuerwehren sein und dem Referenten-Antrage vollinhaltlich zustimmen.

Gem.-Rath Djörup: Ich beantrage Schluss der Debatte. — Angenommen.

Bürgermeister: Das Wort haben noch Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter und die Herren Gem.-Räthe Ziegelwanger, Brauneiß, Stehlik, Steiner, Schlögl, Dr. Grübl, Frauenberger, Dr. Klotzberg und der Herr Referent.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren! Ich muss vorausschicken, dass ich die Äußerungen und Ausführungen des ersten Herrn Redners bedauere (Zustimmung), und zwar im Interesse der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderathes, welcher für eine, wie ich glaube, entsprechende Verwaltung in jeder Beziehung Sorge

zu tragen hat. Und wenn heute die freiwilligen Feuerwehren alle ihr Amt niederlegen würden, so würde die Gemeinde in eine sehr große Verlegenheit kommen. (Sehr richtig!)

Ich möchte zunächst nur einige thatsächliche Daten richtigstellen. Wenn man in solchen Dingen, die ziemlich wichtiger Natur sind, das Wort ergreift, dann hat man die Pflicht, informiert zu sein. Wenn aber jemand, der in dieser Sache spricht, behauptet, dass das Landesgesetz vorschreibt, dass die Gemeinde Wien den freiwilligen Feuerwehren auch das Schmieröl zu liefern hat, dann, behaupte ich, kennt er das Landesgesetz nicht, obwohl es hier in ziemlich weitläufigen Debatten berathen wurde. Ich habe das Landesgesetz hier zur Hand und ich stelle es dem Herrn Redner zur Verfügung. Es ist vom 19. März 1892 datiert und bezieht sich auf die freiwilligen Feuerwehren. Im § 22 heißt es: Es gibt Berufsfeuerwehren und freiwillige Feuerwehren. Dann heißt es weiters: Das Verhältnis der Berufsfeuerwehren zur Gemeinde wird durch das Organisationsstatut bestimmt.

Den Feuerwehrvereinen, also den freiwilligen Feuerwehren, kann der öffentliche Charakter übertragen werden, wenn sie gewisse Vorschriften erfüllen; wenn sie in ihre Statuten gewisse Bestimmungen aufnehmen, dann erhalten sie, möchte ich sagen, ein qualificiertes Recht, namens der Gemeinde sich an den Hilfeleistungen zu betheiligen. Aber dass darin stünde, dass die Gemeinde das Inventar der freiwilligen Feuerwehren beizustellen, zu bezahlen habe, das leugne ich. (Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde es beweisen!) Ich bitte, mir die Stelle zu zeigen, wo das steht. Ich weiß nur aus eigener Wahrnehmung, dass die freiwilligen Feuerwehren, sei es aus eigenen Mitteln, sei es aus Subventionen der früheren Gemeinden sich ein namhaftes Material erworben haben (Sehr richtig!), dass sie im Besitze eines ganz außerordentlichen Materials sind (Zustimmung), und dass diese Subventionsgesuche darin ihren Grund haben, dass die Vereine nicht mehr die Unterstützung finden, die sie früher gefunden haben. (So ist es!) Es ist eine Erscheinung, die sich in der Verwaltung auch auf anderen Gebieten zeigt, sowie zum Beispiel auch die Verschönerungsvereine leider ihre Thätigkeit einstellten — ich sage leider, weil die Gemeinde, wenn auch die Mittel, doch nicht die Macht hat, an alle kleinsten Kleinigkeiten zu denken und ihnen nachzuspüren, wie es eine locale Vereinigung kann. Die Vereine haben sich vermindert, die Unterstützung durch Feuerwehrfeste &c. hat aufgehört, es ist anders geworden. Aber heute zu behaupten, die freiwilligen Feuerwehren müssen vernichtet werden, alles müsse Berufsfeuerwehr werden, das zeigt, dass man über die Pflichten der Gemeinde — und zu diesen rechne ich auch die möglichste Schonung des Säckels der Gemeindebürger — doch nicht ganz im klaren sei.

Aus folgendem Falle mögen Sie entnehmen, wie sich die Sache pecuniär darstellt: Im Stadtrathe ist das Project vorgelegt worden, es möge die Berufsfeuerwehr um 30 Mann vermehrt werden. Es wurden verschiedene Gründe dafür angegeben, die mir heute nicht mehr erinnerlich sind, man ist aber der Sache sehr auf den Leib gerückt und die Geschichte wurde auch, wie ich glaube, abgelehnt. Interessant war aber, dass die Ausgabe für diese 30 Mann 17.000 fl. betragen hätte! (Hört!) Wenn Sie nun, meine Herren, bedenken, dass in dem Gemeindegebiete von Wien die freiwilligen Feuerwehren einen Stand von rund 1200 Mann haben — *soviel ist mir amtlich bekannt* — so kommen Sie auf eine Summe von 680.000 fl. Und wenn Sie die Hälfte streichen, so kommen Sie auf eine Summe von 300.000 fl. und dies wird auch der wirklichen Auslage so ziemlich entsprechen. Einer Liebhaberei wegen aber 300.000 fl. mehr auszugeben, das ist nicht gerechtfertigt, und dann muss ich erst fragen, ob denn die Berufsfeuerwehr die freiwilligen Feuerwehren in ihrer jetzigen Organisation auch wirklich ersetzen wird. (Richtig!) Das bezweifle ich, denn der Herr Redner übersieht vollständig, welchen Wert es hat, wenn bei irgend einem Unglücksfalle eine größere Menge disciplinierter Leute zur Hand sind.

Das ist außerordentlich wichtig und dabei ist nicht immer nur an Feuer zu denken, es kann auch ein anderes allgemeines Unglück eintreten (Richtig!), und welchen Wert wird es dann für uns und unsere Feuerwehrofficiere haben, wenn sie mit Sicherheit auf das Erscheinen und die Hilfe von 2- bis 300 organisierten, disciplinierten Männern rechnen können! Das ist nicht zu übersehen, denn diese disciplinierten Leute können wir dann nicht so aus dem Ärmel schütteln. Wenn Sie die freiwilligen Feuerwehren in dieser Weise behandeln, so glaube ich, werden Sie merkwürdige Erfahrungen machen.

Man hat auf Berlin &c. hingewiesen; ich bitte Sie, verschonen Sie uns mit dem Hinweise auf derartige Dinge; jede Stadt muss nach ihrer Eigenart behandelt werden; von Berlin haben wir gehört, dass die Leute erklärten, wenn einmal die dortigen Vororte einbezogen werden, werden wir das und jenes thun; vielleicht wird die Sache dann auch etwas kälter gegessen werden, wenn der Fall eintritt, und man wird die freiwilligen Feuerwehren dort auch nicht mit Stumpf und Stiel ausrotten, weil ich glaube, dass es auch dort nicht gehen wird.

Bei uns sind die Verhältnisse eben einmal so. Berücksichtigen Sie nur unser Territorium, die enorme Ausdehnung, und wie weit gewisse bewohnte Gruppen von den übrigen Bezirkstheilen entfernt sind. Wenn dort eine freiwillige Feuerwehr von 20 bis 30 oder 50 Mann besteht, so ist mir das, offen gesagt, viel lieber, als wenn vier geschulte Feuerwehrmänner dort sind. Ich will damit das Verdienst der Berufsfeuerwehrmänner nicht schmälern. Aber, meine Herren, eine Kunst, wobei einer jahrelang studieren muss, ist schließlich die Geschichte auch nicht. Das Hauptgewicht nämlich liegt in der Disciplin, Unerschrockenheit und Tapferkeit. Muth muss der Mann haben, diesen kann man ihm nicht einprägen.

Sehen Sie also die Sache so an, wie sie thatsächlich ist, und da muss behauptet werden, dass es geradezu wünschenswert ist, die freiwillige Feuerwehr solange zu erhalten, als die jetzige Gestaltung und Configuration der Stadt dies nothwendig macht. Wir können die Hilfe durch die Berufsfeuerwehr allein nicht leisten, weil wir die Kosten nicht aufbringen können, und daher müssen wir auf diese Organisationen zurückgreifen und den Männern auch dankbar sein. (Rufe: So ist es!)

Wenn nun diese Corporationen an die Gemeinde herantreten und verlangen, dass dieselbe supplierend eintritt und gewisse Auslagen bestreitet, so müssen wir mit Vergnügen diese Gelegenheit ergreifen, denn wir selbst müssen Wert darauf legen, dass das Materiale in Ordnung gehalten wird, damit die Functionen erfüllt werden können. Denn wenn eine Feuerwehr keine Spritze hat, kann sie nichts anfangen.

Die Sache macht auf mich geradezu den Eindruck, als wollte der Herr Redner nicht einer gewissen Liebhaberei — es ist das nicht der richtige Ausdruck —, sondern einer gewissen Vernichtungsmanie gegenüber der freiwilligen Feuerwehr Ausdruck

geben, und das erinnert mich auch wieder an einen Fall, wo es sich um eine Verbindung von Feuerwehrstationen durch eine Telegraphenleitung gehandelt hat.

Da hat man behauptet, es geht nicht, dass die Stationen der freiwilligen Feuerwehren mit einer Station der Berufsfeuerwehr verbunden werden. Dem Laien erscheint das, was Fachmänner für unmöglich erklären, möglich, und wir haben erklärt, dass es gehen muss, und es ist auch gegangen. Bei dieser Gelegenheit sind Äußerungen an den Tag getreten, welche jemandem im Stadtrathe zu dem Ausdrucke Anlass gegeben haben: „Solange der Gemeinderath an der Existenz der freiwilligen Feuerwehren festhält, solange hat sich diesem Willen jeder einzelne, auch ein Gemeinderath, zu fügen". Darum bitte ich festzuhalten, dass wir den Männern, welche ihre Gesundheit, ihr Vermögen, ihre geraden Glieder dem Wohle der Mitbürger opfern, dankbar sein müssen und nicht dulden dürfen, dass man sie in irgend einer Weise herabsetzt. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Mit Rücksicht auf die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter beantrage ich die Wahl von Generalrednern. (Zustimmung.)

Bürgermeister: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt, die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bitte nun die Herren, sich zu melden. (Der Bürgermeister verliest die Namen der zum Worte eingetragenen Gemeinderäthe:) Pro: Dr. Klotzberg, Ziegelwanger, Brauneiß, Stehlik, Steiner, Wünsch, Schlögl. Contra: Frauenberger.

Bitte die genannten Herren, einen Generalredner zu wählen. Herr Gem.-Rath Frauenberger muss sich wohl selbst wählen. (Heiterkeit.) Zum Generalredner pro erscheint Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg gewählt. Generalredner contra ist Herr Gem.-Rath Frauenberger. Er hat das Wort.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine hochverehrten Herren! Es ist in diesem Saale schon vorgekommen, dass Advocaten, von welchen man voraussetzt, dass sie die gesetzlichen Bestimmungen nicht nur kennen, sondern im Kopfe haben, in der Auslegung der Gesetze gegentheiliger Ansicht gewesen sind. Ich habe den Fall wiederholt erlebt. Der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat mir gesagt, dass ich das Landesgesetz, welches er citiert hat und welches zufällig in meiner Hand sich befindet, nicht verstehe und dass in keinem einzigen Paragraphen davon die Rede ist, dass die Gemeinde Wien verpflichtet sei, für die freiwilligen Feuerwehren zu sorgen und dieselben zu erhalten. Dem gegenüber verweise ich auf den 5. Abschnitt dieses Landesgesetzes, welches in § 38 von den Kosten des Löschwesens spricht. Hier heißt es ausdrücklich: „Die Kosten der Berufsfeuerwehren sowie der Löschanstalten überhaupt, mit Ausnahme jener Auslagen, welche durch dieses Gesetz den einzelnen Hauseigenthümern speciell auferlegt sind (§§ 13, 14, 17, 20 Alinea 2) hat die Gemeinde zu bestreiten." Für mich ist also diese Sache klar. Ich bin kein Jurist, vielleicht ist die Sache anders.

Ich werde mich sehr gerne belehren lassen, wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter in der Lage ist, das thun zu können. Ich würde aber hinzufügen, wenn das sich so verhält, wenn das wirklich wahr ist, was der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter sagt, wie kommt es dann, dass die freiwilligen Feuerwehren sich bei unserer Berufsfeuerwehr alles holen? Mit welchem Rechte wird ihnen denn das ausgefolgt? Sie bekommen die Schläuche ausgefolgt (Widerspruch), sie bekommen sämmtliche Ausrüstungsstücke, wie sie sie brauchen. (Widerspruch.) Meine Herren! Ja, ich weiß nicht, wo ich spreche; lassen Sie mich reden und widerlegen Sie mich dann. Ich werde doch keine Lügen hier vorbringen. Sie bekommen das Schlauchmaterial, Beleuchtungsmaterial, Beheizungsmaterial, Putzmaterial, das gesammte Telegraphenmaterial. Das bekommen sie alles drinnen am Hof bei unserer Berufsfeuerwehr ausgefolgt. Ja, warum geben wir denn das, wenn wir es nicht zu geben verpflichtet sind. Ich bitte den Herrn Vice-Bürgermeister, mir darüber Aufklärungen zu geben. Wenn ich schon das Gesetz nicht verstehe, lesen kann ich gut. Wenn wir nichts zu geben brauchen, warum geben wir denn das? Nun, meine Herren, was habe ich gesagt? Ich habe gesagt, wenn wir ohnedem das alles geben müssen, was die freiwillige Feuerwehr braucht — subventionieren müssen wie sie auch, — dann ist es ja gleich gescheiter, wenn wir eine ordentliche Feuerwehr für ganz Wien einrichten. Ich glaube, dass ich nicht so sehr Unrecht habe. Ich muss mich aufs entschiedenste dagegen verwahren, als ob ich hier einen einzigen Feuerwehrmann verunglimpft hätte. Solche Dinge lasse ich mir nicht auf den Buckel werfen. Ich habe die freiwillige Feuerwehr nicht beleidigt, ich habe nur gesagt, dass sie für eine Reichshauptstadt nicht zeitgemäß ist. Die freiwilligen Feuerwehren sind auf dem flachen Lande ausgezeichnet; dort kann es eine Marktfeuerwehr geben und eine Brauhausfeuerwehr und eine Turnerfeuerwehr, und die können Feste abhalten, wie viel sie wollen. Das alles ist recht schön auf dem Lande, und wenn es brennt, sind sie alle da. Dort ist es auch leichter, das Commando zu führen.

Aber hier, wie ich den Fall erzählt habe, der sich hier abgespielt hat, ist es nicht möglich. Und es sind schon Fälle vorgekommen, wo 20 Feuerwehren versammelt waren.

Meine Herren! Denken Sie sich diesen babylonischen Thurm. Wo ist der Platz, wo 20 Feuerwehren Aufstellung nehmen können, und wo das Wasser, welches nothwendig ist? Das Wasser haben jene bekommen, die sich am meisten raufen konnten, nicht aber die es am besten verwenden konnten. (Unruhe.)

Thun Sie nicht so, als ob Sie alle die Überzeugung hätten, dass ich unrecht habe. Mancher von Ihnen kennt die Verhältnisse, nur traut man sich nicht hier zu reden. Wenn Sie sich die Geschichte überlegen, so müssen Sie sagen, so ist es.

Wenn wir in jedem Bezirke eine Filiale haben mit fünf Mann der Berufsfeuerwehr für die erste Hilfeleistung — unsere Feuerwehr ist gleich draußen — so ist dieses viel besser, als wenn die freiwilligen Feuerwehren bestehen, mit welchen es vielleicht geht, wie wir jetzt einen Fall in Speising erlebt haben. Es ist ein merkwürdiger Fall. Es hat in Speising gebrannt, man hat aber den Schlüssel zu den Löschrequisiten nicht hergegeben. So geht es mit Instituten, die freiwillig sind. Die Leistungen sind wohl mitunter tüchtige, aber hier ist doch der Fall vorgekommen, dass man den Schlüssel nicht hergegeben hat.

Meine Herren! Mit dem „Freiwilligen" ist da nichts zu machen. Hier gibt es nicht viel Freiwilliges, die Gemeinde muss alles bezahlen und es ist daher besser, wenn die Gemeinde gleich ordentliche Berufsfeuerwehren anstellt.

Es ist dann gesagt worden, im Stadtrath hat schon eine Debatte darüber stattgefunden; es muss also im Stadtrath jemand

sitzen, der auch meine Überzeugung theilt. Dann möchte ich doch den Herrn Vice-Bürgermeister bitten, die Finanzen der Gemeinde nicht so herabzustellen bis auf die Erde, indem er sagt, das vertragen unsere Finanzen nicht mehr, wenn wir ein paar hunderttausend Gulden für die ordentliche Feuerwehr zahlen. Ja, Auslagen für andere Dinge vertragen noch die Gemeindefinanzen, aber für die Feuerwehr nicht. (Rufe: Was für Dinge?)

Ich sage Ihnen Folgendes: Es wird nicht lange dauern, so werden die Meinungen, welche ich ausgesprochen habe, hier zur Geltung kommen. Man wird in der Weise nicht fortfahren, dass man unsere Feuerwehren so lässt, alle 36, wie sie sind, und dass wir sie subventionieren. Es werden schon andere Fälle kommen, wo es nothwendig ist, ein bisschen ernster der Sache an den Leib zu gehen. Das ist freilich jetzt leicht, dass man sagt: Jetzt ist es schon eingerichtet, jetzt spielen wir so fort. Aber das Richtige ist es nicht. Dann hat der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter noch gesagt: Wenn sich die freiwilligen Feuerwehren sofort auflösen, so sind wir in kolossaler Verlegenheit. (Rufe: Sehr richtig!) Nun sage ich Ihnen Folgendes: Bei jedem solchen Referat wird auch die Berufsfeuerwehr gefragt. Da ist aber der Referent so vorsichtig, niemals vorzulesen, was das Commando der Berufsfeuerwehr sagt. Das scheint gar nicht dort zu sein. Nun, meine Herren, der Branddirector Zier hat im Stadtrathe die Erklärung abgegeben, dass er bereit und im Stande ist, mit dem gegenwärtigen Löschpersonale den Feuerwehrdienst für ganz Wien augenblicklich zu übernehmen. (Rufe: Das ist eine Verdrehung! Lebhaftes Gelächter und Widerspruch. Rufe: Unerhört!) Ich komme zu etwas anderem. (Anhaltender Lärm.) Wenn Sie nicht ruhig sind, werde ich heiser. Nun nehmen wir an — es wird jeder Sachverständige zugeben — dass wir mit 100 Berufsfeuerwehrmännern die neuen Bezirke mit Filialen versehen können. Und was werden denn diese 100 Mann Berufsfeuerwehr kosten? Wir haben es vorhin gehört. 30 Mann kosten 17.000 fl., es werden also 100 Mann . . . (Rufe: Chargen!) Ja, Chargen! Bei der Berufsfeuerwehr sind nicht so viele Chargen, wie bei Ihren freiwilligen Feuerwehren. (Lebhafte Heiterkeit.) Bei den freiwilligen Feuerwehren sind größtentheils Chargen, und es waren schon Brände, wo 40 Chargen da waren und 30 Mann. (Lebhaftes Gelächter.) Ich bitte, stellen Sie sich das vor! Wenn wir also diese 100 Mann Berufsfeuerwehr anstellen, so werden diese nach der Berechnung des Herrn Vice-Bürgermeisters selbst ca. 50.000 fl., oder sagen wir 60.000 fl., oder sagen wir 100.000 fl. kosten.

Und da sagt der Herr Vice-Bürgermeister: Das sind wir jetzt nicht mehr im Stande, es geht nicht mit der Berufsfeuerwehr, wir müssen bei den freiwilligen Feuerwehren bleiben. Das, meine Herren, ist sehr traurig; es ist, ich muss es sagen, vielleicht trauriger als der Umstand, dass ich mich in der Auslegung des Gesetzes vielleicht geirrt habe. Aber ich möchte doch die Juristen des Hauses bitten, mir etwas zu Hilfe zu kommen, denn zweien möchte ich es lieber glauben als einem. Es steht hier ausdrücklich im fünften Abschnitte das, was ich vorgelesen habe, und das ist für mich giltig. Ich habe nicht gesagt, dass ich gegen das heutige Referat spreche, ich habe noch niemals gegen die Bewilligung einer solchen Subvention gesprochen. Ich bitte, Herr Bürgermeister! Ich war nur gezwungen, mich contra vormerken zu lassen, weil ich sonst nicht mehr zum Worte gekommen wäre. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich bitte, *ich bin auch schlau.* (*Erneuerte Heiterkeit.*) *Ich hätte sonst das alles* unterdrücken müssen. Aber ich bin nur der Meinung, dass der Herr Bürgermeister die Güte haben möchte, uns baldigst eine Vorlage auf Vergrößerung der Berufsfeuerwehr zu unterbreiten.

Bürgermeister: Ich erlaube mir doch zu bemerken, dass die Einführung der Redner-Einzeichnung pro und contra nicht zu dem Zwecke gemacht worden ist, um so gewissermaßen hinterrücks sich das Wort zu ergattern. Ich möchte daher bitten, das in Zukunft zu unterlassen, da ich es wirklich nicht in Ordnung finde, sich bloß zu dem Zwecke zu melden, um reden zu können, wenn nach der Intention das eigentlich nicht angienge. Ich glaube, der Herr Gem.-Rath Frauenberger hat da nicht richtig gehandelt.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat erklärt, dass er aus dem Grunde nur sich contra gemeldet hat, um diese Rede nicht unterdrücken zu müssen. Er hat wiederholt schon große Reden im Gemeinderathe gehalten, aber einen so großen Sinn haben seine Reden noch niemals gehabt als in diesem Falle. Er hat früher hervorgehoben, der Herr Vice-Bürgermeister möge unser Budget nicht so auf die Erde herabsetzen, die Commune Wien kann noch weit mehr vertragen; ich aber sage und rufe dem Collegen Frauenberger zu, er möge das Institut der freiwilligen Feuerwehr nicht in solcher Weise herabsetzen, wie er es gethan hat, ein Institut, wo Männer ihre Gesundheit, ihr Leben und Gut opfern. Er hat in bombastischer Weise angeführt, er werde nur durch Zahlen beweisen, was die freiwilligen Feuerwehren kosten. Meine Herren, hat er eine Ziffer genannt? Und wenn er bei dem Hinweise auf Berlin angeführt hat, dass ich nicht etwas vorsagen soll, was ich nicht beweisen kann, nun, dann ist er mir als würdiges Beispiel in wiederholten Fällen vorangegangen; nur war ich nicht ein so geschickter Dialectiker, dass ich das umdrehen könnte, was ich früher gesagt habe.

Was ich bezüglich Berlin gesagt habe, halte ich aufrecht, und es stimmt das auch mit Budapest und anderen Städten überein.

Warum bin ich für das Institut der freiwilligen Feuerwehr? Weil es der Commune Wien weit weniger kostet, als die Berufsfeuerwehr bei gleich tüchtiger Qualität. Wenn Sie den Voranschlag für 1892 nehmen, so werden Sie finden, dass für die zehn Bezirke eine Summe von 337.000 fl. eingestellt worden ist, für die neun Vorortebezirke im ganzen nur 40.000 fl.

Als Fünfhaus um die Errichtung einer freiwilligen Feuerwehr angesucht hat, wurde dafür der Betrag von 25.000 fl. gefordert, und der XIV. Bezirk erhielt diese freiwillige Feuerwehr um den Betrag von 6000 fl. Dabei hat sie noch die Rettungs-Gesellschaft, einen Maschinisten, drei bezahlte Telegraphisten und zwei Paar Pferde fortwährend in Permanenz. Dass man da mit der freiwilligen Feuerwehr billiger auskommt, ist selbstverständlich.

Aus diesem Grunde habe ich auch Hochachtung vor dem Institute der freiwilligen Feuerwehr, weil es mit der Feuerpolizeiordnung vom Wiener Gemeinderathe sowohl als vom n.-ö. Landtage sanctioniert worden ist. Der Herr Collega sagte: „Von der Spritze bis zum letzten Tropfen Schmieröl wird alles bezahlt, was ist dann freiwillig?" Freiwillig ist, wenn Männer ihre Gesundheit und ihr Leben opfern, und man darf es einer Feuerwehr nicht zum Vorwurf machen, wenn für die erste Bereitschaft eine Summe ausgesprochen wird; das beweist nur, dass die Feuerwehr gut organisiert ist. Wenn auf Speising hingewiesen wurde, so ist dieser Vorfall die Folge davon, dass die freiwillige Feuerwehr sich dort aufgelöst hat, dass die Spritze derzeit herrenlos ist, und dass der Verwahrer derselben sie nicht ausgeliefert hat, weil er sie Fremden überhaupt nicht ausliefern kann.

Es wurde gesagt, es dauert lang, bis die freiwillige Feuerwehr daherkommt. Ich habe schon hervorgehoben, dass im Monate April, als von der alten Burg der Babenberger am Leopoldsberg die Flammen zum Himmel hinaufzüngelten, die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes die erste war, welche den Brand löschte und localisierte; trotzdem der Leopoldsberg in neuer Zeit zum Wiener Gemeindegebiet gehört, war es nicht die Berufsfeuerwehr, nicht die Nussdorfer Feuerwehr, sondern die des IX. Bezirkes. Herr College Frauenberger hat mich tituliert „Ober-Stabsarzt". Den gibt es nicht bei der freiwilligen Feuerwehr, und damit hat er seine Unkenntnis bestätigt, er hat gezeigt, dass er über Sachen spricht, die er nicht versteht, nur weil er eine Rede nicht unterdrücken kann, wenn er die Walze eingelegt hat. (Heiterkeit.) Wie bei dem Römer, der sagte: „Ceterum censeo Carthaginen esse delendam", so ist beim Herrn Gem.-Rath Frauenberger der Schluss immer: „die freiwilligen Feuerwehren müssen vernichtet werden", weil Gem.-Rath Frauenberger es wünscht.

Gleichfalls war es die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes, welche beim Brande des Stadttheaters die Gartenbau-Gesellschaft gerettet hat, und in einem anderen Falle die Staatsdruckerei. Und so wie die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes hervorragende Verdienste hat, so haben sie auch die übrigen freiwilligen Feuerwehren. Und wenn er sagt, dass bei einem Brande sechzehn freiwillige Feuerwehren zusammenkommen, so darf er auch nicht vergessen, dass bei einer organisierten Feuerwehr mit den sechzehn Spritzen auch zugleich sechzehn Wasserwagen kommen und das hat unendlich großen Wert. Das versteht aber wieder Herr College Frauenberger nicht. (Lebhafte Heiterkeit.) Und wenn Herr Frauenberger sagt, dass da die Chargen mit den goldenen Kragen anrücken, so versteht er es abermals nicht, weil die Feuerwehr-Hauptleute keine goldenen Krägen haben. Und wenn im Interesse der Eitelkeit der Humanität und den Menschen gedient ist, dann darf man eine solche Eitelkeit verzeihen. Was thun große und hohe Staatsmänner alles, um einen Fleck auf die Brust zu bekommen? Das ist Eitelkeit, die man jedwedem Menschen verzeihen darf.

Dass über die freiwilligen Feuerwehren nicht alle Leute so gering denken, wie Herr Collega Frauenberger, das beweist, dass sogar ein Mitglied des kaiserlichen Hauses, Erzherzog Josef, Feuerwehr-Commandant in Alcsuth ist. Und bei jedem Brande, der in Alcsuth oder in der nächsten Umgebung ausbricht, rückt der Erzherzog persönlich aus und führt das Commando. (Beifall.)

Es ist auch heute Vorsorge getroffen, dass, wenn an einem Orte irgend ein Feuer ausbricht, solange nicht die Berufsfeuerwehr da ist, die betreffende Localfeuerwehr, beziehungsweise deren Hauptmann das Commando über die freiwilligen Feuerwehren führt, und in dem Momente, als die Wiener Feuerwehr kommt, übernimmt der Wiener Feuerwehr-Commandant das Commando. Aber das versteht auch Herr Frauenberger nicht. (Heiterkeit.)

Ich habe noch etwas zu sagen. Ich weiß zwar nicht, ob Herr Frauenberger Hausherr ist, aber ich bin davon überzeugt, dass, wenn einmal die Flammen über sein theueres Lockenhaupt zusammenschlagen (Heiterkeit), er dem Himmel danken wird, wenn die freiwillige Feuerwehr heranbrausen wird.

Und jetzt habe ich am Schlusse meiner Rede noch einen Appell an die Herren Vorortevertreter zu richten. Es wird morgen jedenfalls in den Tagesjournalen berichtet werden, dass hier über die freiwillige Feuerwehr in solch verdammenswerter Weise gesprochen worden ist, dass Herr Collega Frauenberger gesagt hat: Sie taugen zu nichts. Meine Herren! Ich bitte dann, den freiwilligen Feuerwehren zu sagen, dass Herr Gem. Rath Frauenberger dieses Urtheil gefällt hat und sie mögen über diese Rede zur Tagesordnung übergehen. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (zur Berichtigung): Ich habe nur eine Äußerung zu berichtigen. Es hat nämlich der Herr Redner aus dem VII. Bezirk behauptet, aus der von ihm angezogenen Gesetzesstelle gehe hervor, dass diese Gemeinde alles bezahlen muss. Ich habe darauf zu erwidern, dass ein Verein keine Löschanstalt ist.

Gem.-Rath Steiner (zur Berichtigung): Es hat der Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg schon gelegentlich der Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr von Grinzing sowie in der heutigen Debatte erwähnt, dass die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes gelegentlich des Brandes am Leopoldsberg die erste am Brandplatze war. Ich bin verpflichtet, die Feuerwehr meines Wahlbezirkes in Schutz zu nehmen und ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass die freiwillige Feuerwehr des IX. Bezirkes gelegentlich des Brandes am Leopoldsberg ohne Maschinen hinaufgefahren ist, deshalb war sie in der Lage, die erste am Brandplatze zu sein.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Berichtigung): Meine Herren! Es wurde gesagt, dass die Berufsfeuerwehr wiederholt schon die freiwillige Feuerwehr bei Bränden gerufen hat. Ich erkläre hier aufs bestimmteste, dass seit der Reorganisation der Berufsfeuerwehr nicht ein einzigesmal es vorgekommen ist, dass die Berufsfeuerwehr irgend eine freiwillige Feuerwehr gerufen hätte. (Widerspruch.)

Bürgermeister: Das ist doch keine thatsächliche Berichtigung, sondern nur eine Erklärung.

Referent (Schlusswort): Ich bedauere unendlich, dass zum zweitenmale eine so langwierige Feuerwehr-Debatte hier in diesem Saale stattfindet. Ich werde mich möglichst kurz fassen und auf das allernothwendigste beschränken.

Wenn der Herr Gem.-Rath Frauenberger erwähnt hat, dass die freiwillige Feuerwehr noch nie von der Berufsfeuerwehr gerufen wurde, so mag das seine Richtigkeit haben, aber von der Polizei wurden bei großen Bränden sämmtliche Feuerwehren gerufen. Nun, der Herr College Frauenberger hat insofern recht, es wird die Zeit kommen, wo die freiwilligen Feuerwehren successive werden aufgelöst werden, und zuerst vielleicht in den großen Vororten mit städtischem Charakter, aber nicht sobald in denen mit ländlichem Charakter. Was da von der Speisinger Feuerwehr erwähnt wurde, so scheinen die Herren nicht zu wissen, wie der Sachverhalt war. Das Malheur war eben, dass keine freiwillige Feuerwehr da war (So ist es!), und wenn sie dagewesen wäre, wäre das dritte Haus gar nicht abgebrannt und nicht Menschenleben in Gefahr gekommen. In Speising ist man außerordentlich aufgebracht, dass keine freiwillige Feuerwehr besteht, und die Sache wird auch noch ein Nachspiel haben.

Weiter muss ich aber erklären, dass die Herren auch die Kosten bedenken müssen. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat bereits ausgeführt, dass diese 30 Mann 17.000 fl. gekostet hätten, und da waren die zwei Officiere, die dazu gehören, weggestrichen, sonst hätte es 80.000 fl. gekostet. Eben ist eine Vorlage im Anzuge, der Magistrat hat sie noch nicht vorgelegt, aber sie wird in dem Referate erwähnt, dass 210 Berufsfeuerwehrleute angestellt werden sollen, und das wird eine kolossale Summe

erfordern. Damit ist aber noch immer nicht erreicht, dass alle freiwilligen Feuerwehren aufgelöst werden können, und namentlich in den Ortschaften mit ländlichem Charakter wird dies wohl noch lange dauern.

Erwähnen will ich noch, dass Herr Gem.-Rath Frauenberger es gewiss nicht so böse gemeint hat, als es den Anschein hatte, denn während seiner Rede hat man annehmen müssen, dass er wirklich in der energischesten Weise den freiwilligen Feuerwehren zu Leibe rücke, denn es sind einige Worte gefallen, die wirklich nahezu beleidigend für die freiwilligen Feuerwehren waren, was Herr Gem.-Rath Frauenberger jedenfalls nicht wollte, sondern es ist ihm bloß im Eifer der Rede herausgerutscht. Ich weiß, dass er es nicht so böse meint, ich will nicht sagen, dass er heute einen bösen Tag hat (Heiterkeit), aber ich möchte ihm rathen, die Feuerwehr ruhen zu lassen, bis die Neuorganisierung vorüber ist, denn es ist gewöhnlich ein böser Tag, sobald über die Feuerwehr debattiert wird.

Nachdem er nun nicht gegen die Subvention gesprochen hat — trotz der riesigen Debatte wurde eigentlich gar nicht gegen den Antrag gesprochen —, so bitte ich Sie, den Stadtrath-Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

1. Es sei die von der freiwilligen Feuerwehr für den XIV. und XV. Bezirk angesuchte Subvention per 800 fl. zu bewilligen gegen dem, dass aus diesem Betrage die vorgelegten Rechnungen beglichen und die im Laufe des Jahres noch nothwendigen Auslagen bestritten werden und über die Verwendung des Betrages dem Magistrate ein genauer Nachweis vorgelegt werde.

2. Es sei diese Ausgabe auf den Reservefond pro 1892 zu verweisen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

21. Referent Gem.-Rath v. Götz: Beilage Nr. 161. Die Firma August Tschinkel's Söhne als Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 950, X. Bezirk, Laxenburgerstraße Nr. 68, sind in Verbindung mit den Anrainern um Abänderung der bereits genehmigten Baulinien in der verlängerten Landgutgasse, welche diese Realität nebst anderen Gassen durchschneidet, eingeschritten. Mit Plenar-Beschluss vom 23. September 1888 wurde für die verlängerte Landgutgasse eine Breite von 24 m bestimmt und am 26. October 1888 wurden die Baulinien für diese Gasse genehmigt. Die projectierte Straße durchschneidet die ganze Länge der Realität der August Tschinkel's Söhne, welche circa 380 m² misst, derart, dass gegen die Südbahn zu keine Baustellen und herüben nur Fragmente von Baustellen bleiben. Die Gesuchsteller erleiden durch die Lage und Form ihrer Realität große Nachtheile, welche sie hindern, die geplante Parcellierung durchzuführen.

Auf Grund des vorliegenden Gesuches fand nun eine Local-Commission am 18. September 1891 unter Beiziehung aller Interessenten statt und wurde damals im Einverständnisse mit allen von Seite des Stadtbauamtes der Antrag gestellt, die Schwenkung der Baulinie stadtseits in der Weise zu genehmigen, dass das Mittel der neu zu eröffnenden Landgutgasse die Ecken der Südbahn-Realität in der Laxenburgerstraße und der Kreuzung der Alxingerstraße streifen soll und sonach die 24 m der Breite der projectierten neuen Straße nach beiden Seiten aufgetragen werden.

Der Stadtrath hat nun auch im öffentlichen Interesse gefunden, dass die Parcellierung dieser Realität nach Thunlichkeit zu fördern sei, da die Landgutgasse eine wichtige Verkehrsader zu werden verspricht und weiters bei Eröffnung der gedachten Straße mehrere Sackgassen die volle Eröffnung durch deren Einmündung in die Landgutgasse erfahren und ferner auch eine Fortsetzung der Landgutgasse bis über den Matzleinsdorfer Friedhof möglich würde. Durch die Eröffnung der verlängerten Landgutgasse ergibt sich die Möglichkeit einer rationellen Canalisation der einmündenden Nebengassen. Der Stadtrath hat nun in seinem ersten Beschlusse aus rein ästhetischen Rücksichten bloß eine Verrückung der Baulinie in dieser Weise zu genehmigen beschlossen, dass das Mittel der alten Landgutgasse als Achse für die verlängerte Landgutgasse zu gelten habe und von dieser auf jeder Seite 12 m Straßenbreite aufzutragen seien, die Verwertung des Matzleinsdorfer Friedhofes sowie die Fortsetzung der Straße über den Matzleinsdorfer Friedhof hinaus in suspenso zu lassen und den Magistrat und das Bauamt zu einer diesbezüglichen Vorlage einzuladen. Gegen diesen Beschluss sind nun ein Recurs der Gesuchsteller und eine Petition der Bewohner des X. Bezirkes eingelaufen, welche befürchten, dass durch diesen Beschluss die Eröffnung der Gasse unmöglich gemacht wird und hat nun der Stadtrath die Angelegenheit einer neuerlichen Berathung unterzogen und gefunden, dass, nachdem die Landgutgasse ohnedies nicht eine Hauptverkehrsader bilden dürfte, die alte Landgutgasse derzeit nur 15·17 m und stellenweise auch nur 10 m Breite aufweist, es demnach vorderhand genügen würde, wenn die Straße einstweilen 12 m Breite erhält und an manchen Stellen 14 m Breite erhalten würde.

Um die Möglichkeit der Durchführung dieser Straße zu erreichen, stellt der Stadtrath folgenden Antrag:

Es sei die Baulinie für die verlängerte Landgutgasse im X. Bezirke von der alten Landgutgasse bis zur Grenze des Matzleinsdorfer Friedhofes unter Auflassung der bereits genehmigten Baulinien in der Weise zu bestimmen, dass das Mittel der zu eröffnenden Landgutgasse die Ecke der Südbahnrealität in der Laxenburgerstraße und der Kreuzung der Alxingergasse streift und sonach die 24 m Breite der projectierten neuen Straße nach beiden Seiten aufgetragen werden.

Hinsichtlich der Verwertung des Matzleinsdorfer Friedhofes, bei entsprechender Ergänzung der Fläche desselben zu einem arrondierten Gebiete behufs einer Parkanlage daselbst — unbeschadet der Durchführung der Landgutgasse als Parkstraße —, sei das Stadtbauamt zu beauftragen, geeignete Anträge zu stellen.

Weiters habe das Stadtbauamt seinerzeit im Zusammenhange mit dem Parkprojecte über die Führung der Landgutgasse jenseits des Friedhofes neuerlich Bericht zu erstatten.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Trambauer: Meine Herren! Das Referat steht bereits seit zehn Monaten auf der Tagesordnung. Ich begrüße es

mit Freude, dass es endlich erstattet wird. Ich bin vollkommen einverstanden mit der Anlage der Landgutgasse, nur mit Punkt 1 bin ich nicht einverstanden. Es heißt: „Bis zur Grenze des Matzleinsdorfer Friedhofes".

Ich werde bitten, dass die Landgutgasse durchgeführt werde bis zur Karmarschgasse, beziehungsweise Sonnleithengasse, respective durch den Matzleinsdorfer Friedhof. Wenn die Straße durchgeführt wird, gewinnt der X. Bezirk einen Ausgangspunkt. Wir haben nur zwei Löcher, wo wir hinauskriechen können — beim Viaduct bei der Favoritenlinie und beim Viaduct bei der Matzleinsdorferlinie. Wenn Sie aber die Straße verlängern, respective durch den Friedhof durchführen, bekommen wir durch den Südbahnhof einen Ausgang. Ich möchte mir daher erlauben, den Antrag zu stellen, dass der Stadtrath beauftragt werde, diese Landgutgasse durchzuführen durch den Matzleinsdorfer Friedhof.

Es hat noch ein anderes gutes Bewandtnis, wenn die Parcellierung durchgeführt wird. Es ist nothwendig, dass im X. Bezirke eine Schule gebaut wird. Seit dem Jahre 1868, glaube ich, soweit ich mich erinnere, ist die Schule in der Himbergerstraße eingemietet. Dafür muss die Gemeinde 7000 fl. Zins zahlen. Wenn Sie das mit 4 Percent capitalisieren, so repräsentiert das ein Capital von circa 160.000 fl. In diesem Hause sind aber nur 13 Lehrzimmer, soviel ich weiß. Also wird eine unnütze Summe Geldes ausgegeben für eine Schule, die ganz sanitätswidrig ist, denn ich habe mich überzeugt, dass auf ein Schulkind nicht mehr als 2·3 m³ Luftraum kommen. Also ganz entschieden sanitätswidrig. Wenn Sie bedenken, dass während der Schulzeit kein Fenster aufgemacht werden darf, weil die Tramway und eine Unmasse Wagen verkehren und es beinahe nicht möglich ist, sein eigenes Wort zu hören, so wäre es gut, wenn der Stadtrath beauftragt würde, die Parcellierung durchzuführen und gleichzeitig einen Bauplatz zu besagtem Zwecke auf der Grundarea des Matzleinsdorfer Friedhofes ausmittle.

Ich möchte die Herren bitten, meinem Antrage beizustimmen.

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Vor längerer Zeit, es dürften dreiviertel Jahre sein, ist uns ein Referat über die Regulierung der Landgutgasse im X. Bezirke vorgelegen. Damals hat man einen Plan in der Größe gezeigt. Ich habe damals aufmerksam gemacht, dass man hiebei keine Rücksicht genommen hat auf die Verhältnisse des V. Bezirkes. Als von dem Bauamte der Parcellierungsplan entworfen worden ist, hat man noch nicht vor Augen gehabt, dass der Linienwall einmal fällt. Durch den Fall des Linienwalles tritt nun die Nothwendigkeit ein, ein Verbindungsglied mit der Stadt zu bekommen.

Jeder muss das Gefühl haben, der löbliche Stadtrath hat es auch gehabt, dass die Vorlage nicht entsprechend sei, und hat darum die Vorlage, möchte ich sagen, liegen lassen.

Nun soll wieder die Baulinie für ein Stückchen Landgutgasse bestimmt werden. Das ist aber nicht die Art und Weise, wie man in einem ausgesprochenen Fabriksviertel die Straßenparcellierung vornimmt. Es thut mir leid, ich muss es aussprechen, das ist etwas oberflächlich. Und es verzeihe mir der Stadtrath, wenn ich von der Leber weg meine Meinung ausspreche.

Wenn Sie eine Verbindung zwischen dem V. und X. Bezirke haben wollen, so gibt es hiefür nur eine Stelle, und zwar wo die Verbindungsbahn die Lastenstraße kreuzt. An dieser Stelle ist ein Durchlass möglich. Die genaue Fixierung muss jedoch erfolgen. Wir haben die Verkehrsanlagenpläne und wissen, wo Haltestellen errichtet werden sollen. Mit Rücksicht hierauf muss eben die Straße ihre Richtung bekommen. Ich beantrage daher die Zurückweisung der Sache, damit die Baulinienbestimmung erfolgt mit Rücksicht auf eine geeignete Kreuzungsstelle der Südbahn; sonst haben wir auf einer halben Meile Länge keine Verbindung des X. Bezirkes in die Stadt. Vom Meidlinger Bahnhofe bis zum Arsenale — es sind ungefähr dreiviertel Meilen — sind nur an zwei Stellen der Südbahn Straßen durchgeführt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte den Herrn Redner, es handelt sich heute nicht um die Parcellierung des Matzleinsdorfer Friedhofes, der bekanntlich noch nicht aufgelassen ist . . . .

Gem.-Rath Djörup: . . . Ich weiß es. Es handelt sich darum, dass die Vorlage Nr. 173 des Vorjahres zurückgezogen werde. Ich beantrage, dass die neuen Straßenzüge mit Rücksicht auf diese Zukunftsstraße auch behandelt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Im Punkte 2 der Referenten-Anträge ist das ohnehin enthalten. Ich bitte, das zu prüfen.

Referent: Ich kann mich darauf beschränken, zu bemerken, dass der Stadtrath alle diese Anträge bereits in Erwägung gezogen hat, und dass in den Punkten 2 und 3 enthalten ist, dass der Magistrat und das Stadtbauamt beauftragt sind, bezüglich der Parcelle des Friedhofes, der Durchführung der Straße über den Friedhof und der Straße hinter dem Friedhofe Vorlagen zu erstatten. Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen die Anträge selbst ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Herr Gem.-Rath Trambauer hat einen Antrag gestellt, welcher wesentlich mit Punkt 2 der Referenten-Anträge übereinstimmt. Ich bitte jene Herren, welche den Referenten-Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Trambauer beantragt, der Stadtrath werde beauftragt, die Straßendurchführung durch den Matzleinsdorfer Friedhof zu studieren und die Resultate vorzulegen. Ich bitte jene Herren, welche diesen Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters wurde von ihm beantragt, es möge wegen Erbauung einer Schule in dieser Gegend Vorsorge getroffen werden. Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei die Baulinie für die verlängerte Landgutgasse im X. Bezirke von der alten Landgutgasse bis zur Grenze des Matzleinsdorfer Friedhofes unter Auflassung der bereits genehmigten Baulinien in der Weise zu bestimmen, dass das Mittel der zu eröffnenden Landgutgasse die Ecke der Südbahnrealität in der Laxenburgerstraße und der Kreuzung der Alxingergasse streift und sonach die 24 m Breite der projectierten neuen Straße nach beiden Seiten aufgetragen werden.

Hinsichtlich der Verwertung des Matzleinsdorfer Friedhofes, bei entsprechender Ergänzung der Fläche desselben zu einem arrondierten Gebiete behufs einer Parkanlage daselbst — unbeschadet der Durchführung der Landgutgasse als Parkstraße —, sei das Stadtbauamt zu beauftragen, geeignete Anträge zu stellen.

Weiters habe das Stadtbauamt seinerzeit im Zusammenhange mit dem Parkprojecte über die Führung der Landgutgasse jenseits des Friedhofes neuerlich Bericht zu erstatten.

Der Stadtrath werde beauftragt, die Straßendurchführung durch den Matzleinsdorfer Friedhof zu studieren, die Resultate vorzulegen und wegen Erbauung einer Schule in dieser Gegend Vorsorge zu treffen.

22. Referent Gem.-Rath v. Götz: Zahl 5033. Es handelt sich um einen Canalbau in der Hietzingergasse in Penzing. Mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 26. April 1892 wurde für die Canalisation des Gebietes zwischen dem Wienflusse und der Kaiserin Elisabeth-Westbahn einerseits, der Ameisengasse und der Schönbrunner Allee andererseits ein Betrag von 95.000 fl. genehmigt und sollen hievon für 1892 44.000 fl., für 1893 51.000 fl. verwendet werden.

Es wurde nun dieser Canal in der Hietzingergasse in Penzing für das Jahr 1893 präliminiert. Nun ist laut einer Anzeige des Bezirksvorstehers im XIII. Bezirke der Wasserlauf in der betreffenden Straße baufällig geworden und es ist eine Senkung eingetreten, so dass es nöthig ist, den Wasserlauf noch heuer herzustellen. Nachdem dadurch doppelte Kosten erwachsen würden, wenn heuer repariert und im nächsten Jahre der neue Canal durchgeführt wird, wurde das Stadtbauamt beauftragt, ein Referat bezüglich der Kosten der Durchführung des Canalbaues im heurigen Jahre zu erstatten. Diese Vorlage wurde nun erstattet und nach derselben kostet der Canal 6828 fl. 85 kr. Der Stadtrath schlägt nun vor, den Umbau des Hauptcanales in der Hietzingergasse in Penzing in diesem Jahre nach dem vorliegenden Projecte mit dem Kostenerfordernisse von 6828 fl. 85 kr. zu genehmigen und zur Bedeckung der Kosten einen speciellen Credit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen. Ich bitte, diesem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wenn keine Einwendung erhoben wird (Zustimmung), erkläre ich diesen Antrag für angenommen.

Es wurde daher beschlossen, den Umbau des Hauptcanales in der Hietzingergasse in Penzing in diesem Jahre nach dem vorliegenden Projecte mit dem Kostenerfordernisse von 6828 fl. 85 kr. zu genehmigen und zur Bedeckung der Kosten einen speciellen Credit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

23. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren, die Stimmzettel für die erforderliche Wahl der Mitglieder der Militärtax-Commission abzugeben. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Janotta geben die Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.) Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 30 Minuten abends.)

Stadtrath.

(Richtigstellung.) Der auf Seite 2144 des Amtsblattes Nr. 69 enthaltene Antrag des Referenten St.-R. Wurm wurde infolge des Versehens, dass unter II sämmtliche Magistrats-Anträge anstatt Punkt II derselben allein abgedruckt wurde, irrthümlich formuliert und lautet richtig folgendermaßen:

I. Das bauämtliche Verzeichnis jener Häuser, deren Umbau zur Verbreiterung oder Regulierung der betreffenden Stellen der Hauptverkehrsstraßen Wiens geboten erscheint, werde der hohen n.-ö. Statthalterei mit dem Bemerken vorgelegt, dass, wiewohl dieses Verzeichnis im hohen Grade ergänzungsbedürftig wäre, da noch viele andere Stellen der Stadt eine Regulierung dringend nothwendig hätten, die Gemeinde vorläufig keine weitergehenden finanziellen Opfer seitens des Staates beanspruchen will, falls eine hohe Regierung heute schon die Geneigtheit ausspricht, eine solche Ergänzung nach Feststellung des General-Regulierungsplanes durch eine Gesetzesnovelle zu ermöglichen.

Ferner wäre an die hohe n.-ö. Statthalterei die Erklärung abzugeben, dass der Gemeinde gerade aus Anlass der für die Regulierung der Stadt dringend nothwendigen Umbauten bedeutende Auslagen für die Schadloshaltung bei Grundabtretungen zur Straßenverbreiterung, für Straßenregulierungen, Trottoir- und Canalherstellungen 2c. erwachsen und dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die vielfachen im öffentlichen Interesse zu bringenden Opfer anlässlich der Erweiterung des Gemeindegebietes und die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Herstellung der Verkehrsanlagen sich außer Stande sehe, der von der hohen Regierung verlangten Befreiung der bezüglichen Umbauten von den Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer zuzustimmen, nachdem der der Gemeinde zukommende Ausfall an Zuschlägen ein sehr bedeutender und umsomehr unbilliger wäre, als die Befreiung von diesen Zuschlägen einen Zeitraum von 18 Jahren umfassen soll, während der Mehrentgang für den Staat in Hinblick auf die bereits bestehende zwölfjährige Steuerbefreiung bloß sechs Jahre betreffen und erst nach Ablauf von zwölf Jahren eintreten würde.

Wollte der Staat analog dem ihn selbst treffenden Entgang für die Dauer von sechs Jahren auch die Befreiung von den Landes- und Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer in der Dauer von sechs Jahren als Bedingung setzen, so würde auf eine solche Forderung, ungeachtet auch diese im Zusammenhange mit den anderen großen, die Gemeinde treffenden Opfer, finanziell außerordentlich fühlbar wäre, eingegangen werden können.

II. Die Petition des Centralverbandes der Hausbesitzer-Vereine von Wien, dahin gehend, dass eine Verlängerung der Steuerfreiheit für Neu-, Um- und Zubauten in keinem Falle zugestanden werde, vielmehr die bisherige Steuerfreiheit für Neu- und Zubauten aufzuheben und nur für Umbauten eine Steuerprämie zu bewilligen sei, wäre dahin zu erledigen, dass auf dieses Ansuchen in Hinblick auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 22. September 1891, Z. 525, wonach für Umbauten, welche an jenen Stellen der Hauptverkehrsstraßen vorgenommen werden, deren Erweiterung aus Verkehrsrücksichten geboten ist, eine 18jährige Steuerbefreiung angesucht wurde, nicht eingegangen werden kann.

III. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rückauf und Genossen erscheint in seinem ersten Theile durch den Antrag I erledigt, der zweite Theil desselben in Betreff der Rückwirkung des Steuerbefreiungsgesetzes auf die im Jahre 1892 in Angriff genommenen Bauten wäre abzulehnen.

IV. Der Bauamts-Antrag, die erhöhte Steuerfreiheit nur auf eine Grundfläche bis 25 m Tiefe von der neuen Baulinie an zu beschränken, wäre hauptsächlich mit Rücksicht auf die großen Grundparcellen der äußeren Bezirke zur Annahme zu empfehlen. Hingegen wurde dem Bauamts-Antrage, dass die erhöhte Steuerbefreiung nur für Umbauten Anwendung finden soll, welche innerhalb bestimmter zehn Jahre begonnen und vollendet worden sind, bereits mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 22. September 1891 Rechnung getragen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 31. August 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Schlechter, v. Goldschmidt, Schneiderhan, Dr. Grübl, Vaugoin, Kreindl, Dr. Vogler, Meißl, Witzelsberger, Rückauf, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller, v. Neumann, Noske.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Rosner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe folgende Mittheilungen:

St.-R. v. Götz entschuldigt wegen Unwohlseins sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung. (Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 27. August 1892:

Reservefond		600.000 fl. — kr.
Effective Belastung	280.849 fl. 94 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	342.977 fl. 89 kr.	
zusammen		623.827 fl. 83 kr.
daher um		23.827 fl. 83 kr.
und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
eigentlich um		33.327 fl. 83 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 255.184 fl. 41 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Der von dem St.-R. Ritt. v. Neumann mit dem am 28. Juli im Stadtrathe eingebrachten Antrage gegebenen Anregung auf Drucklegung des bauämtlichen Entwurfes für eine neue Bauordnung kann in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit nicht entsprochen werden. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Kreindl referiert über die Zufuhr von Trinkwasser in die inundiert gewesenen Theile von Heiligenstadt, Nussdorf und Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirk anlässlich der drohenden Cholera-gefahr.

Referent beantragt, es seien für die Dauer der Vorkehrungen anlässlich der in den Nachbarstaaten herrschenden Cholera-Epidemie sowohl die inundiert gewesenen Theile von Heiligenstadt, Nussdorf und Kahlenbergerdorf, als auch die Gemeinden Ober- und Unter-Sievering, sowie Grinzing mit Hochquellenwasser zu versehen und zu diesem Behufe statt der vom Magistrate vorgeschlagenen zwei Wägen drei, eventuell im Bedarfsfalle vier solche zu requirieren. Das Wasser sei aus dem II. und IX. Bezirk, aushilfsweise und in geringeren Quantitäten aber auch aus dem XIX. Bezirk, Ober-Döbling zu entnehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Angelegenheit der Neupflasterung der Wehrgasse von der Margarethenstraße bis zur Hundsthurmerstraße mit alten, bei anderen Straßenpflasterungen erübrigten Würfeln und beantragt die Genehmigung der Ausführung dieser Neupflasterung, sowie der Umpflasterung der Trottoire im veranschlagten, bedeckten Kostenbetrage von 2038 fl. 93 kr. und Vergebung der Pflasterer-arbeit im Offertwege. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung der Wienerstraße von der Wildemann- bis zur Goldschmidgasse im XVIII. Bezirk und beantragt die Genehmigung dieses mit dem bedeckten Kostenbetrage von 8825 fl. 16 kr. veranschlagten Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistratssecretärs Franz Jaroljmek um Urlaubsverlängerung und beantragt die Verlängerung seines Urlaubes bis inclusive 21. September l. J. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Project für die Regulierung der Adlergasse in der Strecke von Or.-Nr. 8 bis 14 im I. Bezirk und beantragt, dieses Project mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3099 fl. 44 kr. zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 b „Neupflasterungen" einen Zuschusscredit in der Höhe dieses Erfordernisses zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über das Ergebnis der Offert-verhandlung wegen Vergebung der Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Favoritenstraße von der Mayerhof- bis zur Theresianumgasse im IV. Bezirk im Kostenbetrage von 3568 fl. 84 kr. und 600 fl. Pauschale und der Asphaltiererarbeiten für den Fugenverguss im Kostenbetrage von 2557 fl. 52 kr. und beantragt, die Bestbote des Ingenieurs und Pflasterermeisters Alexander Stiegler mit dem angebotenen 23percentigen Nachlasse für die Pflasterungsarbeiten und der Firma Paul Hiller & Cie. für den Fugenverguss zum Preise von 1 fl. 4 kr. per Quadratmeter zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erlgasse im XII. Bezirk zwischen der Laudon- und Radetzkygasse mit dem bedeckten Kosten-erfordernisse von 2411 fl. 51 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Fernkorngasse im X. Bezirke, beziehungsweise Ghegagasse in dem zum X. Bezirke zugewachsenen Gebiete von Inzersdorf mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 2023 fl. 24 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Zustand der Wohnung Nr. 11 im städtischen Hause XII. Bezirk, Unter-Meidling, Hauptstraße Nr. 6 und beantragt, dem Johann Mayßen die Räumung der ihm per November 1892 gekündigten Wohnung Nr. 11 im obgenannten Hause schon mit 1. September 1892 unter gleichzeitiger Abschreibung des Zinses für die Monate September und October 1892 per 10 fl. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über einen Grundtausch an der Geiselberg-gasse in Simmering und beantragt, als Rechtsnachfolger der bestandenen Gemeinde Simmering die zwischen dieser Gemeinde einerseits und dem Franz und der Katharina Ostertag und der Katharina Heller andererseits getroffene Vereinbarung — wonach die Gemeinde Wien an Katharina Ostertag zur Hälfte und an Franz Ostertag und Katharina Heller zu je einem Viertel die im Plane roth lasierten, mit den Buchstaben B C F B, H M N O R Q A H und V Z a V umschriebenen Theile der Parcellen 292/3, 293, 1853, 1851/1 und

1852 in Simmering im Gesammtausmaße von 484·27 m² zur Arrondierung der an der Geiselbergstraße und Lebergasse gelegenen Gründe der Genannten abtritt und Franz und Katharina Ostertag und Katharina Heller im Tauschwege von den ihnen gehörigen Parcellen 283, 286, 288 und 289 in Simmering die im Trennungsplane gelb und blau lasierten und mit den Buchstaben EDCEFGHF, RSTU VWYEXR, endlich afga umschriebenen Theile im Gesammtausmaße von 1536·73 m² an die Gemeinde Wien unentgeltlich abtritt, die Übertragungsgebüren jeder Theil hinsichtlich der von ihm erworbenen Grundflächen, die Kosten der Vertragserrichtung und der bücherlichen Einverleibung die Gemeinde Wien trägt, und die Gemeinde sich verpflichtet, den Ostertag'schen Grund durch eine vom Punkte D des Planes über X nach A führende Planke einzufrieden, die Plankenerhaltungskosten der andere Vertragstheil, welchem sie ins Eigenthum übergeben wird, trägt und die Versetzung der nach den neuen Linien zu setzenden Grenzsteine nach Thunlichkeit zu erfolgen hat — zu genehmigen und für die aus der Aufstellung der Planke erwachsenen Kosten einen zu verrechnenden Pauschalbetrag von 250 fl. zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen der Eheleute Lackner um käufliche Überlassung des städtischen Hauses, Hauptstraße 75 in Hütteldorf und beantragt, es sei dieses Haus den Genannten um den Preis von 15.000 fl. unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten zu verkaufen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Über eine Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, ist der Bürgermeister auf diesen Act aufmerksam zu machen, damit erhoben werde, ob die im Magistrats-Referate besprochenen Reparatursarbeiten unbedingt nothwendig sind.

St.-R. Schlechter referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung puncto Umpflasterung der Mariahilferstraße von Nr. 22 bis 28, respective 29 bis 43 und beantragt die Übertragung der Arbeiten an die Bestbieter, und zwar der Pflasterungsarbeiten an den Pflasterermeister Eduard Berger mit dem angebotenen 26percentigen Nachlasse und die Asphaltiererarbeiten an den Unternehmer R. Scheffel mit dem offerierten Nachlasse von 3 Percent von den Kostenanschlagspreisen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Edlhofer auf Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Brestelgasse in Ottakring, XVI. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Aufstellung eines öffentlichen Auslaufbrunnens in der genannten Gasse mit dem Kostenbetrage von 1020 fl. und Dotierung desselben mit täglich 114 hl Hochquellenwasser.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses des X. Bezirkes vom 17. August 1892 und beantragt die Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass der Bezirksvorsteher aufmerksam zu machen ist, dass die Mittheilung der Einläufe Punkt 1 bis 11 des Protokolles in öffentlicher Sitzung hätte erfolgen sollen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert in Betreff der Protokolle über die Sitzungen des Bezirksausschusses des III., XI., respective II. Bezirkes vom 18., 17., respective 24. August l. J. und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Maurermeisters Ed. Horn um Collaudierung des Stallgebäudes im Baumgartner Schlosspark, Subcollaudierung des Casinogebäudes und Cautionsausfolgung und beantragt, anzuerkennen, dass die Haftpflicht des Genannten, beziehungsweise der Unternehmer Horn und Scharl, nach den vorliegenden Baubedingungen am 13. August 1892 ende, von der Caution per 2000 fl. nur den Theilbetrag von 1830 fl. auszufolgen, 170 fl. als Caution für den Stallbau zurückzubehalten, vorerst jedoch die Beseitigung der im Protokolle vom 13. August 1892 constatierten Mängel und den Nachweis zu verlangen, dass Gesuchsteller ohne weitere Ingerenz des Ant. Scharl über die Caution zu disponieren berechtigt ist.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. August 1892, Z. 53513, betreffend die Bedingungen der Benützung des im Rayon des Central-Bahnhofes der österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft gelegenen Lagerplatzes zur freien Lagerung von Petroleum für Zwecke des W. A. Haust in Wien und die Errichtung des gedachten provisorischen Depotplatzes und dessen Benützung zu dem angegebenen Zwecke und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonia Fiertner um käufliche Überlassung des Übungsplatzes der Hernalser Feuerwehr, Einl.-Z. 1569, Cat.-Parc. 479/3, Or.-Nr. 31 Rötzergasse im XVII. Bezirke, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Statthalterei-Erlass vom 27. Juli 1892, Z. 46674, betreffend Vorkehrungen für den Transport von Cholerakranken.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Es seien zum Zwecke der Abtransportierung von Cholerakranken und der Bereithaltung der hiefür erforderlichen Transportwägen, der Bespannung, der Kutscher, der Krankenträger und der sonstigen Bediensteten fünf Stationen, und zwar:

Nr. 1. Gerhardusgasse, bei der dortigen Leichenkammer, für den II. Bezirk;

Nr. 2. III., Fasangasse, alter Pferdemarkt, für die Bezirke I, III, IV, X und XI;

Nr. 3. Am städtischen Heu- und Strohmarkt im V. Bezirk, Materialschupfen des Bezirkes, für die Bezirke V, XII und XIII, rechtes Wienufer;

Nr. 4. Im vormaligen Sechshauser Nothspitalgebäude im XIV. Bezirke, Wehrgasse 19, für die Bezirke VI, VII, XIII, linkes Wienufer, dann XIV und XV; endlich

Nr. 5. In Währing, Uniongasse 4, für die übrigen sechs Bezirke zu errichten und die sich hieraus ergebenden Bau- und Einrichtungskosten — ausschließlich der für die letztbezeichnete Station bereits bewilligten Auslage per 1000 fl. — mit circa 3100 fl. zu genehmigen.

2. Es sei die Bestellung der vom Magistrate beantragten Transportwägen sammt Bespannung und Bedienung, ferner die erforderlichen Krankenträger mit einem Taglohne von je 2 bis 3 fl. auf die Dauer des Bedarfes zu bewilligen.

3. Es sei das Offert des Großfuhrmannes Karl Gerhardt und der allgemeinen österreichischen Transport-Gesellschaft auf Beistellung der gedachten Pferde sammt Kutschern zu genehmigen.

4. Es habe der Permanenzdienst, respective die Bereitschaft einzutreten, sobald in der diesseitigen Reichshälfte das epidemische Auftreten der Cholera amtlicherseits constatiert ist.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Anschaffung von 200 Stück Arbeitsmänteln für Sanitätsaufseher und Krankenträger im Falle des erforderlichen Transportes von Cholerakranken und beantragt, diese Anschaffung zu genehmigen und zu Rubrik XXXII 11 „Sonstige Sanitätsauslagen" einen Zuschusscredit in der Höhe von 720 fl. zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert bezüglich der Bestellung des zur Durchführung der ärztlichen Revision der in Wien ankommenden Fremden nothwendigen ärztlichen Personales und beantragt, die nachträgliche Genehmigung der vom Magistrate für die externen Ärzte Dr. Adolf Rosenzweig und Dr. Julius Gratzinger anlässlich der ärztlichen Revisionen im I. Bezirke zugestandenen Honorare von täglich 5 fl. und der zugestandenen Benützung einer Fahrgelegenheit bis zum Höchstbetrage von 3 fl. per Tag zu ertheilen und dieselben Beträge für den Fall der Bestellung von Revisionsärzten im II., IV. und VI. Bezirk zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert bezüglich des Krankentransportes anlässlich der Choleragefahr und beantragt, für die Krankenträger sofort den Permanenzdienst in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise anzuordnen, 36 Krankenträger für die Dauer des Bedarfes mit einem Taglohne von 1 fl. 50 kr. aufzunehmen, den bisherigen Krankenträgern ein Kostgeld von 80 kr. per Kopf und Tag zu gewähren, und zur Ausgabs-Rubrik XXXII 4 einen Zuschusscredit von 3000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über Herstellungen in der Sanitätsstation I., Am Schanzl, zur provisorischen Unterbringung von zwei Pferden für den Krankentransportwagen, sowie über die Beistellung dieser Pferde.

Referent beantragt, es sei:

1. Der im Augenscheinsprotokolle vom 19. August 1892 näher bezeichnete Schupfentheil unter den daselbst angeführten Bedingungen mit einem beiläufigen Kostenaufwande von 100 fl. als provisorischer Standort für zwei Pferde zu adaptieren;

2. das Offert der Transport-Gesellschaft, wonach dieselbe für die Beistellung zweier angeschirrter Pferde sammt Kutscher ein Entgelt von 8 fl. per Tag beansprucht und sich verpflichtet, durch einen streng eingehaltenen Turnus dafür zu sorgen, dass stets vollständig betriebsfähige Pferde und ein arbeitstüchtiger Kutscher sich am Bestimmungsorte befinden, gegen eine beiden Theilen zustehende 14tägige Kündigung des Rechtsverhältnisses zu genehmigen und die fragliche Auslage auf den Reservefond zu verweisen;

3. für Herstellung einer wasserdichten Senkgrube an Stelle der beabsichtigten Sickergrube vorzusorgen, eventuell die bestehende wasserdichte Senkgrube zu benützen. (Angenommen.)

St.-R. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Rudolf und der Karoline Gallel um Bewilligung zum Baue eines Fabriksgebäudes auf den Baustellen Einl.-Z. 1152 und 1154, Inzersdorf, verlängerte Sonnleithnergasse im X. Bezirke und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Amtes für den X. Bezirk auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Herstellung von neun Lesenen mit dem Vorsprunge von 0·07 m in der ganzen Frontlänge von 26·12 m gegen Einlösung des erforderlichen Straßengrundes per 1·83 m² um den Preis von 4 fl. 72 kr. per Quadratmeter, d. i. 8 fl. 64 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und der Marie Rewstawal um Bewilligung zur Parcellierung der Realität, Grundb.-Einl.-Z. 304, im XI. Bezirk auf drei Baustellen und beantragt, die Abtheilungsbewilligung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere vom Bezirksausschusse des I. Bezirkes gegebene Anregungen zu Passage-Erweiterungen im I. Bezirke und beantragt:

Es sei dem Bezirksausschusse des I. Bezirkes zur Kenntnis zu bringen:

1. Bezüglich der Enge am Hohen Markte beim Beginne der Marc-Aurelstraße, dass Herr Alfred Freiherr von Liebig bereits am 16. Juli l. J., Z. 134077, mit einem Offerte auf Überlassung der Häuser Or.-Nr. 2 und 4 Wipplingerstraße an die Gemeinde herangetreten ist, welches seit 21. Juli dem Bauamte zum Studium und zur gutächtlichen Äußerung vorliegt.

2. Bezüglich der Engpässe beim Lobmayer'schen Hause in der Kärnthnerstraße und beim Schwarzenberg'schen Palais in der Tegetthoffstraße nächst der Kapuziner-Kirche, dass vorläufig aus den im Bauamtsberichte angeführten Gründen an eine Einlösung der zur Straßenerweiterung nöthigen Realitäten nicht geschritten werden könne, dass aber auf Grund des § 12 der Bauordnung Verhandlungen wegen Schadloshaltung für die von diesen Realitäten abzutretenden Grundflächen eingeleitet werden könnten, falls die Eigenthümer ein diesbezügliches Ansuchen an die Gemeinde stellen. (Angenommen.)

St.-R. Vaugoin referiert über die Anschaffung von Baumstangen für den Central-Friedhof und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 396 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXXIII g.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Kanzleiaccessistens-Witwe Karoline Kierner um Gnadengabe und beantragt, derselben den Fortbezug der bisherigen Gnadengabe von 120 fl. auf die Dauer von drei weiteren Jahren vom 6. November 1892 an zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über Rückstände an Beerdigungskosten nach 14 Parteien des III. Bezirkes und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Pasetti-, Marchfeld-, Dresdner- und Stromstraße im II. Bezirk und beantragt, die Aufstellung von zehn neuen halbnächtigen und sechs neuen ganznächtigen Flammen in den genannten Straßen mit dem budgetmäßig bedeckten Jahres-Mehrkostenerfordernisse per 425 fl. 93 kr. zu genehmigen und den Magistrat zu ermächtigen, die Aufstellung dieser Flammen nach dem Fortschreiten der Verbauung in diesen Straßen zu veranlassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Sattlergehilfen Franz Wundsam puncto Verweigerung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an den Genannten.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Gustav Dollak gegen die Abweisung seines Ansuchens um Bewilligung zur Aufstellung eines transportablen Verkaufsstandes bei der Augartenbrücke und beantragt die Abweisung dieses Recurses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über 13 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Neuhold Karl, Webkammachergehilfe;
Schindler Eduard, Eisenwaren-Verschleißer;
Loidolt Ignaz, Bäckergehilfe;
Trittenwein Elias, Kupferschmiedgehilfe;
Brany Wenzel, Tischlergehilfe;
Pratsch Josef, Einspänner-Eigenthümer;
Scheidl Anton, Bernsteindrechslergehilfe;
Schönwiese Josef, Privatbeamter;
Duliba Johann, Einspänner-Inhaber;
Eisenkolb Gustav, Bierabträger;

Holy Anton, Schneidergehilfe;
Tischler Johann Bapt., Fleischhauermeister und Hausbesitzer;
Jagitsch Ignaz, Presshefe-Verschleißer. (Angenommen);
— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes, und beantragt die Verleihung desselben an:
Burgstaller Anton, Friseur;
Goll Michael, Spengler;
Scheidl Anton, Fleischhauer; (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. August bis 3. September 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	173.566 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 140.883, aus Ober-Österreich — 868; aus Mähren — 8387; aus Galizien — 22.173; aus Ungarn — 1255 Kg.)
Kalbfleisch	6.849 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2674; aus Mähren — 14; aus Galizien — 4101; aus Ungarn — 60 Kg.)
Schaffleisch	4.529 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 176; aus Mähren — 58; aus Galizien — 4235; aus Ungarn — 60 Kg.)
Schweinfleisch	18.692 „	(Davon aus Nieder-Österreich—17.187; aus Mähren — 369; aus Galizien — 450; aus Ungarn — 686 Kg.)
Kälber	621 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 146; aus Ober-Österreich — 4; aus Mähren — 17; aus Galizien — 453; aus Ungarn — 1 St.)
Schafe	408 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 258; aus Galizien — 149; aus Ungarn — 1 St.)
Schweine	67 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 48; aus Mähren — 5; aus Galizien — 14 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	1.714 Kg.	Kälber	9 Stück
Kalbfleisch	33 „	Schafe	5 „
Schaffleisch	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch	399 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	34	bis	74	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	56	„	110	„ „ „
Kalbfleisch		„	48	„	85	„ „ „
Schaffleisch		„	35	„	56	„ „ „
Schweinfleisch		„	56	„	74	„ „ „
Kälber		„	50	„	64	„ „ „
Schafe		„	30	„	44	„ „ „
Schweine		„	50	„	62	„ „ „

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche beinahe gleich und haben bei besonders zum Wochenschlusse lebhafter Nachfrage die Preise des Rindfleisches um 2 kr. und jene des Kalbfleisches und der Kälber um 4 bis 6 kr. per Kg. eine Erhöhung erfahren.

* * *

(Pferdemarkt vom 2. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 378 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—380 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 26—70 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 28. August bis 3. September 1892:

(Geschlachtet wurden 145 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36	kr.
Hinteres „	1 „	24—44	„
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44	„
Selchfleisch	1 „	30—50	„
Extrawürste	1 „	30—48	„
Dürre Würste	1 „	32—56	„
Rohes Fett	1 „	36—60	„
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80	„
Schweifhaare	1 Schweif	25—80	„
Knochen	100 Kg.	fl. 2—4.—	
Häute	per St.	„ 3—6.50	

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 5. September 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3308, Weidevieh — 695, Beinlvieh — 612.

Summa . 4615.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2738
Galizische „	686
Deutsche „	1075
Büffel „	116

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3861
Stiere	322
Kühe	432

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 56	bis 63	fl.
(extrem	„ 64	„ —	„)
Galizische Schlachtthiere	„ 54	„ 64	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 56	„ 64	„
(extrem	„ 65	„ —	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen	von 21	bis	34½	fl.
Stiere	„ 25	„	35	„
Kühe	„ 26	„	35	„
Büffel	„ 20	„	28	„
Beinlvieh	„ —	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 25 bis 95 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	36 Stück
Beinlvieh	86 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 106 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich lebhaft, jedoch haben die letztwöchentlichen Preise keine Änderung erfahren.

* * *

(Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus Croatien-Slavonien nach Steiermark.)

Amtlichen Nachrichten zufolge wurden an Maul- und Klauenseuche erkrankte Rinder, welche aus Pregrada und Krapina in Croatien stammen, auf dem Viehmarkt in Windisch-Landsberg aufgetrieben und daselbst beanständet, und hat deshalb die k. k. Statthalterei in Graz die Einfuhr von Klauenthieren aus Croatien-Slavonien nach Steiermark verboten.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. September 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 75—80 Kg.)	von	7 fl.	65 kr.	bis	8 fl.	60 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 71—75 „)	„	6 „	75 „	„	7 „	10 „	
Gerste		„	5 „	40 „	„	8 „	75 „	
Mais		„	5 „	25 „	„	6 „	25 „	
Hafer		„	5 „	89 „	„	6 „	70 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	15 fl.	—	kr.	bis	16 fl.	75	kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	6 „	75	„	„	16 „	25	„	
Roggenmehl	„	8 „	75	„	„	13 „	50	„	
Weizenkleie	„	3 „	90	„	„	4 „	15	„	
Roggenkleie	„	4 „	75	„	„	4 „	85	„	

Städtisches Lagerhaus.

25. August bis 1. September 1892:

Waren eingelagert	41.059 Meter-Centner
„ ausgelagert	40.147 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.534 Meter-Centner.

Lagerstand vom 1. September 1892: 291.918 Meter-Centner, und zwar:

38.228	Meter-Centner	Weizen,	17.436	Meter-Centner	Roggen,
39.127	„	Gerste,	19.012	„	Hafer,
82.481	„	Mais,	19.167	„	Ölsaaten,
5.503	„	Mehl u. Kleie,	5.560	„	Wein,
12.062	„	Zucker,	5.438	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,104.580 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

(Belehrung über Cholera und Cholera-Maßnahmen.)

Die im Auftrage des Ministeriums des Innern verfasste „Gemeinverständliche Belehrung über Cholera und Cholera-Maßnahmen" ist im Verlage der Hof- und Universitäts-Buchhandlung A. Hölder in Wien, I., Rothenthurmstraße 15, erschienen und aus derselben im allgemeinen Buchhandel zum Preise von 15 kr. pro Exemplar zu beziehen.

Außerdem sind Exemplare eines Separatabdruckes des zehnten Abschnittes und des Anhanges zu dieser Belehrung unter dem Titel „Kurzgefasste Choleralehren und Choleraregeln" aus derselben Verlagshandlung zum Einzelnpreise von 3 Kr. zu beziehen.

* * *

(Unterbringung von Blatternkranken.)

Rücksichtlich der Spitals-Isolierung von an Varicella (Schafblattern, Windpocken) erkrankten Individuen hat die k. k. Statthalterei Nachstehendes bestimmt:

An Varicellen Erkrankte jeglichen Alters, deren Übergabe in die Spitalspflege infolge von Obdachlosigkeit, Überfüllung des häuslichen Wohnraumes oder aus anderen Rücksichten angezeigt erscheint, sind an das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital abzugeben, in welchem für die vollständig getrennte Unterbringung der mit diesem Ausschlage behafteten Individuen, sowie für die isolierte Beobachtung dubioser Fälle — auf einem mit separatem Zugange und mit einem besonderen Pflegepersonale ausgestatteten Tracte vorgesorgt ist, dass die Varicellenkranken außerhalb jeder directen oder indirecten Gemeinschaft mit Blatternkranken verpflegt werden können.

An das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital sind auch jene Parteien zu weisen, welche wegen des Varicella-Ausschlages die Aufnahme in einer anderen Krankenanstalt nachsuchen, wenn in der betreffenden Anstalt ein vollkommen entsprechender Isolierraum für Varicellenkranke nicht zur Verfügung steht, oder wenn sich der Ausschlag von der als Variolois bezeichneten milden Blatternform nicht mit Sicherheit unterscheiden lässt.

Unter den gleichen Umständen sind auch die im Krankenstande einer Krankenanstalt von Varicellen befallenen Pfleglinge an das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital abzugeben.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 27. August 1892.

(Fortsetzung.)

Hofmann Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Felberstraße 82.

Schoberberger Leopold — Gastwirt — XVIII., Währing, Gersthoferstraße 24.

Mühlbauer Victor — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 89.

Prim Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Kolowratring 9.

Strausz Coloman — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Hauptstraße 27.

Trattinick Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Alleegasse 28.

Ruzsicka Ignaz — Kleidermacher — V., Krongasse 17.

Skala Ernst — Kleidermacher — II., Circusgasse 11.

Saloun Josef — Milch-Verschleiß — X., Weberhäuser 271.

Kosznick Pauline — Modistengewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 35.

Bäck Katharina — Pfaidlerei — VII., Seidengasse 28.

Pfeiler Anna — Pfaidlerei — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 8.

Brandstätter Josef — Uhrmacher — VI., Webgasse 36.

Neun Johann — Weinschenker — XVIII., Währing, Josefigasse 8.

Rath Leopold — Weinschenker — XIII., Neustift am Walde 20.

Schupferling Karl — Zuckerbäcker — IV., Schleifmühlgasse 3.

Gewerbeanmeldungen vom 29. August 1892.

Sonnenschein Ludwig — Agent — II., Webergasse 15.
Konradi Emerich — Baumeister — III., Untere Weißgärberstraße 32.
Hermuth Anna — Erzeugung von Blumenhältern — VIII., Schlösselg. 9.
Thorn Wolf — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Gollick Marie — Ausschmückung von Cartonnagewaren und Körben — II., Obere Donaustraße 111.
Steinbuch Hermann — Erzeugung von chemisch-pharmaceutisch-physikalischen Apparaten — V., Mitterstieg 26.
Büllik Gustav — Drechslergewerbe — VI., Kasernengasse 24.
Diwisch Franz — Einspännergewerbe — III., Radetzkystraße.
Willichshofer Ludwig — Fiakergewerbe — I., Graben.
Könning Karl — Montierung und Verschleiß von Flaschenverschlüssen — II., Untere Weißgärberstraße 3.
Schulz Adam — Friseur — XIII., Penzing, Hietzingergasse 9.
Knauer Anna — Verkauf von Gebetbüchern — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 31.
Schmidt Eduard — Verkauf von Gebetbüchern — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 17.
Blum David — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Neuer Markt 7.
Fajtát Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Rainergasse 10.
Fleischmann Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Spittelauerg. 4.
Fleißig Helene — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wittelsbachgasse 4.
(Das Weitere folgt.)

Ad Prot.-Nr. 154463
Ref.-Nr. 2281 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Neustiftgasse zwischen der Schottenfeldgasse und Kaiserstraße im VII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4001 fl. 42 kr. und 400 fl. Pauschale, und

2. der **Arbeiten für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters ebendaselbst** vor dem Schulhause Or.-Nr. 100 im veranschlagten Kostenbetrage von 2791 fl. 63 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **9. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 155104
Ref.-Nr. 2295 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungsarbeit zur Regulierung und Pflasterung des Platzes vor der Servitenkirche im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1151 fl. 85 kr. nebst 300 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 108243
Ref.-Nr. 1538 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Wehrgasse im V. Bezirke von der Margarethenstraße bis zur Hundsthurmerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 1868 fl. 93 kr. nebst 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. September 1892. 1–3

Ad Prot.-Nr. 155099
Ref.-Nr. 2291 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 3772 fl. 33 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 94871
Ref.-Nr. 1337 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Fernkorngasse im X. Bezirke, beziehungsweise Ghegagasse im Gebiete der vormaligen Gemeinde Inzersdorf** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1604 fl. 15 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 1–3

Ad Prot.-Nr. 142043 ex 1892.
Ref.-Nr. 2079. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Schmelzgasse in Breitensee im XIII. Bezirk** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1184 fl. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. August 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 136793
Ref.-Nr. 2022 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Kölbelgasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1831 fl. 57 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 153078
Ref.-Nr. 2259 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Millergasse von der Wallgasse bis zur Liniengasse im VI. Bezirke,** im veranschlagten Kostenbetrage von 6582 fl. 24 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **9. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 3–3

Ad Prot.-Nr. 156493 ex 1892.
Ref.-Nr. 2320. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Wienerstraße von der Wildemann- bis zur Goldschmidgasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1686 fl. 73 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 155098
Ref.-Nr. 2290 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Rauchfangkehrergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1223 fl. 48 kr. und 40 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **13. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155732
Ref.-Nr. 2310 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Dadlergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2316 fl. 70 kr. und 60 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 154464 ex 1892.
Ref.-Nr. 2282. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung: 1. **der Steinpflasterungsarbeiten für die Regulierung und Umpflasterung des Theiles der Kleinen Pfarrgasse** im II. Bezirke von der Großen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2297 fl. 49 kr. und 300 fl. Pauschale, 2. **der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** vor dem Schulgebäude Or.-Nr. 33 daselbst im veranschlagten Kostenbetrage von 2142 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 55296
Ref.-Nr. 709 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erlgasse im XII. Bezirk zwischen der Landon- und Radetzkygasse** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1968 fl. 11 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 2. September 1892. 1—3

M.-Z. 159703 ex 1892.
VIII.

Kundmachung.

(Anmeldepflicht rücksichtlich angekommener Fremder.)

Infolge Verordnung des hohen k. k. Ministeriums des Innern werden sämmtliche zur Beherbergung von Fremden auf welch immer gesetzlichen Grundlage Berechtigte, ferner jedermann, der sich mit dem Vermieten von Wohnungen, Zimmern &c. befasst, **sowie jeder Inhaber einer Wohnung** beauftragt, nunmehr die Ankunft jedes aus Rußland, aus dem Deutschen Reiche oder aus Frankreich ankommenden Fremden sofort der Gemeindebehörde anzuzeigen.

Diese Anzeigen sind jederzeit, und zwar: im I. Bezirke im Stadtphysikate im neuen Rathhause, I., Lichtenfelsgasse 2, 3. Stiege, Hochparterre, in den Bezirken II, III, IV, VII, X, XI, XII, XIII, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX bei dem betreffenden magistratischen Bezirksamte, in den Bezirken V, VI, VIII, IX und XIV bei der Bezirksvorstehung zu erstatten.

Die Außerachtlassung dieser Anordnung wird nach § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G. und V.-Bl. Nr. 45, strenge geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt im übertragenen Wirkungskreise.

Wien, am 30. August 1892.

Der Magistrats-Director:

2—3 **Krenn.**

Z. 28980
ex 1892.

Kundmachung.

(Landes- und Grundentlastungsfonds-Zuschläge.)

Seine k. und k. Apostol. Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Juli 1892 zu genehmigen geruht, dass auf Grund des vom n.-ö. Landtage in seiner Sitzung vom 12. April 1892 gefassten Beschlusses zur Bedeckung der Landes- und Grundentlastungs-Erfordernisse des Erzherzogthumes Österreich unter der Enns im Jahre 1892 folgende Umlagen in der bisherigen Weise und unter Aufrechthaltung der bestehenden gesetzlichen Befreiungen eingehoben werden, und zwar:

a) von der Grund- und Gebäudesteuer:
für den Landesfond . . . . . **neunzehn** Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . . . . . **ein** Kreuzer,
zusammen **zwanzig** Kreuzer
von jedem Gulden Steuer;

b) von der Erwerb- und Einkommensteuer inclusive aller Staatszuschläge:
für den Landesfond . . . . . **vierzehn** Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . . . . . **ein** Kreuzer,
zusammen **fünfzehn** Kreuzer
von jedem Gulden Steuer sammt allen Staatszuschlägen;

c) von der fünfpercentigen Steuer aus dem Ertrage jener hauszinssteuerfreien Häuser in Wien, welche die Zinssteuerfreiheit auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Mai 1859 genießen, und bezüglich welcher daher eine ideale Hauszinssteuer nicht vorgeschrieben wird:

für den Landesfond . . . . . **vierundzwanzig** Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . . . . . **ein** Kreuzer,

zusammen **fünfundzwanzig** Kreuzer

von jedem Gulden Steuer.

Wien, am 9. August 1892.

Der n.-ö. Landes-Ausschuss. 1—1

Ad M.-Z. 466140.

XVIII.

Kundmachung.

(Neuwahlen des Gewerbegerichtes für Maschinen- und Metallwaren-Industrie.)

Die Wählerlisten der beiden Wahlkörper der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die im laufenden Jahre vorzunehmenden **Neuwahlen des Gewerbegerichtes für die Maschinen- und Metallwaren-Industrie werden vom 4. bis inclusive 18. September 1892 im Bureau des Herrn Magistratsrathes Karl Wopalensky** (neues Rathhaus, 2. Stock, Aufgang von der Lichtenfelsgasse, Stiege 5) zur Einsicht öffentlich aufliegen und können daselbst Reclamationen gegen die erfolgte oder gegen die unterbliebene Aufnahme in die Wählerlisten innerhalb obiger Frist mündlich oder schriftlich erhoben werden.

Im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. XXX, Nr. 63, wird dies hiemit zur Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, als politischer Behörde I. Instanz,

am 1. September 1892. 2—3

Z. 3 A 43/92.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von Seite der Vorstehung des III. Wiener Gemeindebezirkes Landstraße kommen die Interessen der **Karl und Theresia Göschl'**schen Stiftung im Betrage von je 42 fl. ö. W. an zwei würdige Geschäftsleute des III. Bezirkes Landstraße, welche ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Vertheilung.

Bei sonst ganz gleichen Verhältnissen haben nach dem Willen der Stifter Wiener Bürger den Vorzug.

Die diesfälligen Gesuche sind mit den Tauf-, respective Wohnungs-, Sitten- und Mittellosigkeits-Zeugnissen, eventuell mit dem Nachweise über den Besitz des Wiener Bürgerrechtes bis **5. October 1892** in der Kanzlei des III. Wiener Gemeindebezirkes, III., Gemeindeplatz Nr. 3, im I. Stock, zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Wien, am 1. September 1892.

Der Vorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes. 1—1

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 2. September 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Stenzl und Noske . . 2159
2. Beurlaubung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und der Gem.-Räthe v. Götz und Schneiderhan 2159
3. Spende der „Neuen Freien Presse" für den Verein zur Beköstigung armer Schulkinder 2159
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig, betreffend die Vergebung von städtischen Freiplätzen im Curorte Baden 2159
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend die Erweiterung des städtischen Lagerhauses 2159

Interpellationen:

6. Gem.-Rath Seiler, betreffend die rechtzeitige Inangriffnahme der Errichtung eines Anstandsortes anlässlich der im Zuge befindlichen Pflasterung des neuen Marktplatzes im II. Bezirke. (Wird sofort beantwortet) 2159
7. Gem.-Rath Dr. Lerch, betreffend die Beistellung einer genügenden Anzahl von Ärzten, behufs sanitätspolizeilicher Untersuchung der zugereisten Fremden. (Wird sofort beantwortet) 2160
8. Gem.-Rath Rosenstingl, betreffend die Haftpflicht bei Lieferung von Wasserleitungsrohren. (Wird sofort beantwortet) 2160
9. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Bestätigung der Wahl des Vorstehers der Genossenschaft der Kaufleute des politischen Bezirkes Sechshaus 2160
10. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die Durchführung geeigneter Maßregeln gegen die Cholera. (Wird sofort beantwortet) 2161
11. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Einberufung einer Cholera-Commission 2161
12. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend die Zuführung von Trinkwasser nach Neu-Dornbach mittelst Wägen. (Wird sofort beantwortet) 2161
13. Gem.-Rath Wessely, betreffend die Reinhaltung des Wienflusses 2161

Anträge:

14. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die schleunige Einführung der Wasserleitung und Errichtung eines Kehrichtabladeplatzes in Speising 2162
15. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Versorgung der früheren Gemeinden Ober-St. Veit und Baumgarten mit genügendem Trinkwasser 2162
16. Derselbe, betreffend die Herstellung der restlichen Straßen in den Cottage-Anlagen in Baumgarten 2162
17. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Bespritzung des zum Central-Friedhofe führenden Straßenzuges 2162

Referate:

18. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Vorkehrungen aus Anlass der Choleragefahr 2162
19. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend die Verlegung des Marktes für galizische Schweine 2169
20. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr für Fünfhaus, Rudolfsheim und Sechshaus 2170
21. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Abänderung der Baulinie für die verlängerte Landgutgasse im X. Bezirke 2177
22. Derselbe, betreffend den Umbau des Canales in der Hietzinggasse in Penzing 2179
23. Vornahme der Ergänzungswahl in die Militärtaxbemessungs-Commission 2179

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 31. August 1892 2180

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 28. August bis 3. September 1892 . . 2183
Pferdemarkt vom 2. September 1892 2183
Schlachtviehmarkt vom 5. September 1892 2183
Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus Croation Slavonien nach Steiermark 2184
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. September 1892 2184

Städtisches Lagerhaus 2184

Sanitätsangelegenheiten:

Belehrung über Cholera und Cholera-Maßnahmen 2184
Unterbringung von Blatternkranken 2184

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . . . 2184—2185

Kundmachungen . . . . . 2185—2190

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 71. Freitag, den 9. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 13. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 16. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 13. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.
Mittwoch, den 14. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.
Donnerstag, den 15. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.
Freitag, den 16. September 1892, 1/2 10 Uhr Vormittags.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 1. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Kreindl, Meißl, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm. Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, St.-R. Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller, v. Neumann, Noske.

Experte: Magistratsrath Lekisch, Baudirector Berger und Stadtphysicus-Stellvertreter Dr. Löffler.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Rückauf referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Neupflasterung der Grüngasse im V. Bezirke, zwischen Wehr- und Rüdigergasse, und für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor der Schule V., Grüngasse 14.

Referent beantragt, die Pflasterungsarbeiten per 2231 fl. 31 kr. und 300 fl. Pauschale dem Pflasterermeister Franz Böck mit dem angebotenen Nachlasse von 22·8 Percent und die Herstellung des Holzstöckelpflasters im Kostenbetrage von 1500 fl. 97 kr. der Firma John Blythe mit dem angebotenen Nachlasse von 2·6 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Umpflasterung der Heugasse im IV. Bezirke, zwischen Technikerstraße und Wohllebengasse, und beantragt, diese mit 4147 fl. 36 kr. und 600 fl. Pauschale bezifferten Pflasterungsarbeiten dem Pflasterermeister Franz Böck mit dem zugestandenen Nachlasse von 25·6 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Umpflasterung der Matzleinsdorferstraße zwischen der Kirche und der Wimmergasse, V. Bezirk, und beantragt, diese mit 6490 fl. 30 kr. und 400 fl. Pauschale veranschlagten Arbeiten dem Pflasterermeister Franz Böck mit dem angebotenen 26·8percentigen Nachlasse zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Vaugoin referiert über eine Anzahl von rückständigen Beerdigungsgebüren und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit:

a) nach 28 Parteien im VI. Gemeindebezirke;
b) nach 12 Parteien im XVI. Gemeindebezirke;
c) nach 23 Parteien im VII. Gemeindebezirke;
d) nach weiteren 11 Parteien im XVI. Gemeindebezirke; endlich
e) nach 25 Parteien im III. Gemeindebezirke.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen der Firma Huber & Lahme um Übertragung der Lieferung der Schulbücher für die städtischen Waisenhäuser.

Referent beantragt, es sei von der Ausschreibung einer beschränkten Offertverhandlung wegen Beschaffung der Schulbücher für die städtischen Waisenhäuser (mit Ausnahme jener, welche aus dem k. k. Schulbücher-Verlage bezogen werden) Umgang zu nehmen und die Lieferung dieser Schulbücher der Buchhandlungsfirma Huber & Lahme unter Annahme ihres Offertes (jährliche Verdienstsumme rund 430 fl.) auf die Dauer von drei Jahren zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Podirsky um Enthebung von der Hilfslehrerstelle im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg und über die Bestellung eines neuen Hilfslehrers.

Referent beantragt, den provisorischen Hilfslehrer Josef Podirsky im gedachten städtischen Waisenhause mit 15. September l. J. von seinem Posten zu entheben und dem Lehramts-Candidaten Franz Häckel die hiedurch in Erledigung gekommene Stelle mit dem jährlichen Gehalte von 400 fl., der Bequartierung in der Anstalt und den sonstigen Bezügen provisorisch gegen einmonatliche gegenseitige Kündigung zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Schuller, Directors der Mädchen-Bürgerschule im XI. Bezirke, Simmering, um nachträgliche Anweisung eines Beheizungspauschales pro 1891 und beantragt, den hiefür nöthigen Credit per 40 fl. zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Eduard Schäfer, k. k. Bezirksrichters i. P., um Einlösung der Wiener Stadtkammer-Obligation ddto. 1. Jänner 1816, Nr. 8587, per 250 fl. und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert neuerlich über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 11. Februar 1892, Z. 32, betreffend das demselben zugekommene Ersuchen des Stadtrathes um Bekanntgabe aller normativen Verfügungen des Bezirksschulrathes und die Wahrung der Competenz des Stadtrathes, und beantragt, diesen Gegenstand als mit der seither erfolgten Vorlage der Geschäftsordnung seitens des Bezirksschulrathes und den weiteren hierüber vom Stadtrathe gefassten Beschlüssen für erledigt zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Geschäftsführers Leon Spitzer um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Abweisung aus den vom magistratischen Bezirksamte für den VI. und VII. Bezirk angeführten Gründen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit, respective Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen:

a) Die Zuständigkeit an:

Hanak Franz, Schneider;
Sokol Anton, Tischlergehilfe;
Nekola Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Gschiban Leopold, Tischlergehilfe;
Brandstetter Johann, Gremialdiener;
Sekyra Anton, Marmorschleifergehilfe;
Kalab Anton, Meerschaumbildhauergehilfe;
Moser Josef, Tischlergehilfe;
Blommer Michael, Hafnergehilfe;
Hanak Adelheid, Wäscheputzerin, und ihre drei minderjährigen Kinder;
Lanner Anton, Schlossergehilfe;
Vrchlabsky Anton, Kürschner;

b) die Zusicherung an:

Fleischmann Siegmund, Goldarbeiter und Uhrenhändler.

(Angenommen.)

Der **Vorsitzende** bringt den Geschäftsausweis des Stadtrathes pro August 1892 zur Kenntnis der Versammlung:

Einlauf im Monate August	662	Stücke.
Hievon erledigte der Stadtrath	545	„
Dem Magistrate wurden zur Vorberathung, resp. Erledigung zugewiesen	52	„
In Berathung befinden sich noch	65	„
Der Gesammt-Einlauf vom 1. Jänner 1892 bis inclusive 31. August 1892 beträgt	5378	„

(Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Franz Steindl um Baubewilligung Einl.-Z. 902 im XIV. Bezirke, Ecke der Märzstraße und Selzergasse, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses und Überlassung des laut Augenscheins-Protokolles vom 24. August l. J. zur Herstellung von zwei Risaliten in Anspruch zu nehmenden Straßengrundes per 1·08 m² um den Betrag von zusammen 16 fl. 20 kr. zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 24. Juli 1892, Z. 45872, mit welchem 50 Exemplare des Protokolles über die Tracen-Revisions-Verhandlung hinsichtlich der projectierten sechs Linien der Wiener Stadtbahn übermittelt werden.

Referent beantragt, es sei an die k. k. Statthalterei das Ersuchen zu richten, noch weitere 100 Exemplare dieses Protokolles vom 30. Mai 1892 und den folgenden Tagen der Gemeinde Wien, eventuell auf Kosten derselben, zur Verfügung zu stellen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien und beantragt die Verleihung an:

Souval Johann, Emailleur;
Eschelbeck Matthäus, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kießl Karl, Fleischhauer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen:

a) Die Zuständigkeit an:

Radl Laurenz, Claviertischlergehilfe;
Geyer Franz, Privatbeamter;
Křestan Josef, Schneider;
Bauer Johanna, Holzschneiderin;
Dusik Barbara, Schneiderin, und ihre vier minderjährigen Kinder;
Kopp Jakob, Gerbergehilfe;
Jetel Wenzel, Drechsler;
Brunner Elisabeth, Wäscheputzerin, und ihre zwei minderjährigen Kinder;
Samek Josef, Schneidergehilfe;
Hamersky Johann, Schneider;
Flußmann David, Buchhalter;
Frank Josef, Vergolder;

b) die Zusicherung an:

Brietze Barbara, Private, und ihre zwei minderjährigen Kinder;
Wallner Alois, Monteur. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Kirchenvorstehung von St. Florian in Matzleinsdorf, V. Bezirk, um Beleuchtung der Uhr an dieser Kirche.

Referent beantragt, die Anbringung einer solchen transparenten Uhr an der Matzleinsdorfer Kirche im V. Bezirk zu bewilligen, einen Zuschusscredit von 546 fl. (respective 512 fl. ö. W.) zu Lasten des Reservefondes zu gewähren, die Uhrmacherarbeiten an den Uhrmacher M. Kronberger um den offerierten Preis von 260 fl. unter Lieferung einer ganzen, transparenten Zifferblattscheibe und einer feuersicheren Trommel, dann mit zweijähriger Haftzeit und mit 5 Percent der Verdienstsumme Cautionsrücklass zu vergeben und die Ausführung der übrigen Arbeiten den städtischen Contrahenten zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den vom Magistrate vorgelegten Stiftbrief-Entwurf für die Karl Kling'sche Stiftung für einen Schüler und eine Schülerin an der Volksschule in Unter-Döbling und beantragt die Genehmigung dieses Entwurfes mit der Abänderung, dass nicht der Magistrat, sondern im Sinne des Stifters der Bürgermeister die Stiftung zu verleihen hat. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über ein Ansuchen um einen sechsmonatlichen Adjutumsvorschuss und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens. Gleichzeitig sei der Magistrat anzuweisen, Gesuche um Vorschüsse auf Adjuten nicht mehr vorzulegen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband, und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen:

a) Die Zuständigkeit an:

Koukal Josef, Schneider;
Schwarzmann Franz, Bureaudiener;
Hörmann Franz, k. k. Briefträger;
Beyer Johann, k. k. Briefträger;
Demek Wenzel, Schuhmacher;
Treutner Peregrin, Tischlergehilfe;
Lange Johann, Schlosser;
Unsin Michael, Victualienhändler;

b) die Zusicherung an:

Korányi Marcus, Dr., Secundararzt;
Chaura Johann, k. k. Professor an der technischen Militär-Akademie;
Krausz Bernhard, Sollicitator. (Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Prix macht unter Beiziehung des Magistrats-Rathes Lekisch, des Stadtbaudirectors Berger und des Stadtphysicus-Stellvertreters Dr. Löffler, welchen wiederholt das Wort ertheilt wird, Mittheilungen über die seitens der Gemeinde Wien mit Rücksicht auf die drohende Choleragefahr getroffenen Vorkehrungen.

Der Bürgermeister constatiert zunächst, dass es sich dermalen nur um prophylaktische Maßregeln handeln könne, da innerhalb der Reichsgrenze noch kein Cholerafall constatiert worden sei, daher auch noch nicht die Sanitäts-Commission im Sinne der Cholera-Instruction eingesetzt wurde. Seitens der städtischen Organe seien hinsichtlich der Reinhaltung der Stadt, sowie hinsichtlich der Verhütung der Einschleppung der Cholera die umfassendsten Maßregeln getroffen worden. So sei an sämmtliche magistratische Bezirksämter der Auftrag ergangen, behufs Abstellung sanitärer Übelstände Revisionen in den Häusern vorzunehmen. Diese Revisionen wurden thatsächlich durchgeführt, und die vorgefundenen Übelstände soweit als möglich behoben. Den Marktcommissären sei die strengste Überwachung der Lebensmittel zur Pflicht gemacht und das unnachsichtliche Vorgehen für den Fall der Auffindung von ungesunden oder verdorbenen Lebensmitteln aufgetragen. Mit der Zufuhr von gutem Trinkwasser in mehrere dessen bedürftige Theile des XIX. Bezirkes sei bereits begonnen worden. Für eine genügende Menge von Desinfectionsmitteln sei gesorgt; dieselben seien an die magistratischen Bezirksämter vertheilt und werden im Bedarfsfalle an Arme auch unentgeltlich abgegeben werden. Eine vermehrte Räumung der Canäle sei angeordnet und den Hausbesitzern die Desinficierung der Hauscanäle und Senkgruben aufgetragen. Leider mache der Mangel einer Nutzwasserleitung eine durchgreifende Spülung der Canäle unmöglich.

Bezüglich der Kasernen, Spitäler und Hofgebäude wird das Obersthofmeisteramt ersucht werden, den städtischen Organen die sanitätspolizeiliche Revision dieser Gebäude zu gestatten.

Zur Vermeidung der Einschleppung der Seuche sei die amtsärztliche Untersuchung der in Hotels oder Privatwohnungen untergebrachten Neuangekommenen angeordnet und überdies die Statthalterei ersucht worden, die Verfügung zu treffen, dass sämmtlichen aus cholerainficierten Gegenden kommenden Eisenbahnzügen Ärzte beigegeben werden. Eine Vermehrung der Sanitätsorgane und Krankentransportwägen, sowie ein sanitätspolizeilicher Permanenzdienst seien eingeführt. Ferner habe die Gemeinde, obgleich sie erst dann zur Beistellung von Reservespitälern verpflichtet ist, wenn der Belegraum aller regulären Spitäler nicht mehr ausreicht, bereits das Epidemiespital an der Triesterstraße zur Verfügung gestellt.

Wegen Ermittlung von Plätzen zur eventuellen Errichtung von Nothspitälern (Baracken) werde ebenfalls bereits Umschau gehalten. Auch werde demnächst eine Kundmachung erlassen werden, welche die Bevölkerung über ihr Verhalten gegenüber der drohenden Gefahr belehren und sie auf die zu ergreifenden Präventiv-Maßnahmen aufmerksam machen wird.

Auch bezüglich aller jener Vorkehrungen, welche bisher nicht publiciert wurden, haben die städtischen Organe in gewissenhaftester Weise ihre Pflicht erfüllt und es könne nur bedauert werden, wenn diesbezüglich von Seite eines hiesigen Tagesjournales seit einiger Zeit beunruhigende Gerüchte verbreitet werden, welche jeder thatsächlichen Begründung entbehren.

St.-R. Dr. Vogler regt an, Maßregeln gegen die Verunreinigung des Linienwalles, insbesonders in der Strecke zwischen der Burggasse und Lerchenfelder Linie zu ergreifen. Auch möge Vorsorge getroffen werden, dass die Droguenhändler einen genügenden Vorrath an Desinfectionsmitteln zur eventuellen Abgabe an Private bereithalten.

St.-R. Witzelsberger regt an, in einer Kundmachung die Hausbesitzer aufmerksam zu machen, dass sie selbst verpflichtet seien, die Hauscanäle auf eigene Kosten desinficieren zu lassen.

St.-R. Dr. Grübl regt eine Verschärfung der Fremdenuntersuchung an; es wäre sich diesfalls mit der k. k. Polizei-Direction in das Einvernehmen zu setzen. Auch sei gegen Gewerbetreibende, welche sich sanitätspolizeilicher Vergehen — durch Feilbieten schädlicher und verdorbener Lebensmittel ꝛc. — schuldig machen, von der Gewerbebehörde auf das strengste, eventuell mit Gewerbsentziehung vorzugehen.

St.-R. v. Götz regt die Zufuhr von gutem Trinkwasser in die höher gelegenen Theile des XIII. Bezirkes an.

Der Bürgermeister sagt die thunlichste Ausführung der gegebenen Anregungen zu.

Sohin wird der Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis genommen.

Hiemit erledigt sich der diesfalls in der gestrigen Stadtraths-Sitzung gestellte Antrag des St.-R. Schlechter.

St.-R. Witzelsberger referiert über die Neupflasterung des restlichen Theiles der Rampe zur Schmelzbrücke im XV. Bezirke und beantragt die Genehmigung des diesfälligen, mit 7855 fl. 93 kr. (bedeckt) veranschlagten Stadtbauamts-Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Neupflasterung der inneren Fahrbahn am Neubaugürtel im XV. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses mit 16.846 fl. 53 kr. (bedeckt) veranschlagten Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Umpflasterung der Braungasse — sammt Plateau in der Gasgasse — XV. Bezirk und beantragt, dieses mit 3309 fl. 56 kr. (bedeckt) bezifferte Project zu genehmigen. Die Pflastererarbeit per 656 fl. 28 kr. ist im Wege einer beschränkten Offertverhandlung mit Ludwig Böck, dem Ersteher der currenten Pflastererarbeiten im XV. Bezirke, und Francisca Pistl, Contrahentin für die currenten Pflastererarbeiten im XIV. Bezirke, sicherzustellen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 18. August 1892, Z. 5376, betreffend die Eröffnung von fünf neuen Lehrzimmern an der allgemeinen Volksschule XII. Bezirk, Altmannsdorf und die Trennung der II., III. und IV. Classe daselbst nach Geschlechtern, ferner die Eröffnung von zwei neuen Lehrzimmern an der allgemeinen Volksschule XII. Bezirk, Hetzendorf, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über die Vergebung der Canalräumung im XVII. Bezirke, Hernals, vom 30. September 1892 an und beantragt, es sei dem Canalräumer Alexander Scheidl die Räumung sämmtlicher Unraths-, Haus- und Hauptcanäle, Nebencanäle und Senkgruben, welche sich im Gebiete der bisherigen Gemeinde Hernals befinden, oder während der Dauer des Vertrages entstehen, auf Grund der Bedingungen des zwischen dem Genannten und der bestandenen Gemeinde Hernals geschlossenen und im Vorjahre bis 30. September 1892 verlängerten Vertrages ddto. 6. September 1888 für die Zeit vom 1. October bis 31. December 1892 gegen das angesprochene Jahrespauschale von 12.000 fl., sohin für die obgenannte Zeit gegen ein Pauschale von 3000 fl. (bedeckt) zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung einer neuen Schieferbedachung am Schulhause XIX. Bezirk, Nussdorf, Heiligenstädterstraße Nr. 26, und beantragt die Genehmigung des diesfälligen Kostenanschlages per 1900 fl. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz referiert über das Ansuchen des Stephan Lang um Abschließung eines Mietvertrages auf die Dauer von fünf Jahren bezüglich der gegenwärtig von ihm gemieteten Wohnung Nr. 2 im städtischen Schulhause XIII. Bezirk, Hietzing, Am Platz Nr. 2, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 18. August 1892, Z. 5375, 5082, betreffend die Eröffnung je einer Parallelclasse zur I., II. und III. Knaben- und zur I., II. und III. Mädchenclasse an der allgemeinen Volksschule XIII. Bezirk, Penzing, Tegetthoffstraße 15, sowie über die Bezirksschulrathsnote vom 19. August 1892, Z. 5189, betreffend die Übersiedlung der mit der Mädchen-Bürgerschule XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse 10 verbundenen fünfclassigen Mädchen-Volksschule in das für Schulzwecke adaptierte Armenhaus in Penzing, sowie die Eröffnung von zwei Parallelclassen an der Mädchen-Bürgerschule und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Adalbert Koretzky um käufliche Überlassung eines städtischen Grundes Cat.-Parc. 98 in Baumgarten, XIII. Bezirk, zunächst seiner Realität Bergstraße 18.

Referent beantragt, das Kaufoffert des Genannten bezüglich der Parcelle Nr. 98, Einl.-Z. 54 in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 57·55 m² gegen dem zu genehmigen, dass derselbe per Quadratmeter den Einheitspreis von 1 fl. 20 kr. bezahlt und die Vertragskosten und Vermögensübertragungs-Gebüren aus Eigenem bestreitet.

St.-R. Dr. Grübl beantragt einen Einheitspreis von 1 fl. 40 kr. per Quadratmeter.

Mit dieser Modification wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Siemens & Halske um Bewilligung zur Ausführung einer elektrischen Installation im Café Reisenleithner im Bürgerspitalfondshause I., Franz Josefs-Quai 45 und beantragt, da zwar principiell kein Anstand gegen diese Installation vorliege, das Ansuchen um Bewilligung derselben aber nicht vom Mieter ausgegangen sei, die Ablehnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, es sei die Bewilligung unter der Bedingung zu ertheilen, dass der Mieter des in Rede stehenden Locales vor der Ausführung der Installation das betreffende Gesuch mit unterschreibt und sich protokollarisch verpflichtet, dass er sich den ihm bekannt zu gebenden, vom Stadtbauamte aufgestellten Bedingungen füge.

Dieser Antrag, welchem sich der Referent anschließt, wird angenommen.

St.-R. Rückauf referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz, betreffend die Herstellung von Unrathscanälen in der Schul-, Matzinger- und Dreyhausengasse, sowie in der Hütteldorferstraße in Breitensee, XIII. Bezirk.

Referent beantragt, es seien die vorgelegten Stadtbauamtsprojecte für die Canalisierung der Hütteldorferstraße, der Dreyhausengasse und des Feilplatzes, ferner der Schul- und Matzingergasse in Breitensee im XIII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 22.702 fl. 12 kr. zu genehmigen, die betreffenden Canalbauten noch heuer in Ausführung zu bringen und sei zur Deckung der bezüglichen Kosten — im Hinblicke auf den bei der offertmäßigen Vergebung zu gewärtigenden Nachlass — ein Zuschussercdit von 18.000 fl. zu bewilligen und auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. v. Götz beantragt, es seien auch die Kendler- und Herrengasse in die Canalisierung einzubeziehen.

St.-R. Schlechter beantragt — conform dem Magistrate — es seien die betreffenden Canalbauten erst im Jahre 1893 auszuführen und sei der Betrag von 18.000 fl. in das Budget pro 1893 einzustellen.

St.-R. Dr. Grübl schließt sich dem Referenten-Antrage mit der Modification an, dass nur der heuer noch erwachsende Aufwand auf den Reservefond zu verweisen sei.

St.-R. v. Götz beantragt, es sei wenigstens die Canalisierung der Hütteldorferstraße noch heuer in Angriff zu nehmen, jene der Seitengassen, inclusive Kendler- und Herrengasse, auf das Jahr 1893 zu verschieben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, es sei der Magistrat, respective das Stadtbauamt zu beauftragen, bezüglich der Canalisierung der Kendler- und Herrengasse vorerst ein Project vorzulegen.

Bei der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die vorgelegten Stadtbauamtsprojecte für die Canalisierung der oben erwähnten Straßen und Gassen werden principiell genehmigt.

2. Der Canalbau in der Hütteldorferstraße, zwischen Kendler- und Reinlgasse, ist noch im heurigen Jahre auszuführen und wird zu diesem Behufe ein entsprechender Zuschusscredit bewilligt und auf den Reservefond verwiesen.

3. Der Magistrat, respective das Stadtbauamt werden beauftragt, bezüglich der Herstellung von Canälen in der Kendler- und Herrengasse vorerst ein Project vorzulegen.

Wegen Punkt 2 dieser Beschlüsse ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Umpflasterung der Schulgasse im XIV. Bezirke (Kosten 7646 fl. 8 kr., bedeckt) und beantragt die Genehmigung desselben.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kaufmannes H. Fritsch um die Bewilligung zur Aufstellung von circa 20 Stück seiner patentierten Baumschützer aus bronzierten Eisenstäben bei den Bäumen im XIV. Bezirk, Heumarkt und Felberstraße und beantragt, diesem Ansuchen unter den vom Stadtbauamte sub 1 bis 4 vorgeschlagenen Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien, respective um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen:

a) Die Zuständigkeit an:

Jané Ignaz, Tischlergehilfe;
Hufnagl Michael, Gemischtwaren-Verschleißer;
Palmetzhofer Leopold, Hausbesorger;
Tobias Wilhelm, Hausbesitzer und Bronzewaren-Erzeuger;
Rimböck Georg, gew. Spenglergehilfe;
Schödl Anton, Pfaidler;
Brandl Wenzel, Wäscher;

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Florian Karl, Pfeifenbeschlägergehilfe;
Schwayer Johann N., Seidenappreteurgehilfe;
Kolossa Stephan, Hausinspector. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Vergrößerung des Aufsichtsgebäudes der Hochquellenleitung nächst der Fasanerie in Hetzendorf und über die Reconstruction des Dachstuhles des Armstrongschieber-Pavillons daselbst.

Referent beantragt, es sei die vom Magistrate beantragte Vergrößerung des gedachten Aufsichtsgebäudes abzulehnen und für die Reconstruction des Dachstuhles des Armstrongschieber-Pavillons ein Betrag von 80 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Vorstenviehmarkt vom 6. September 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3778 Stück
Fettschweine	5457 „
Summa .	9235 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7575 Stück
für das Land	1260 „
unverkauft blieben	400 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 34 bis 46 kr.
Fettschweine . . „ 36 „ 41 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Für Jungschweine war die Kauflust flau, daher dieselben um 1 kr. per Kilo billiger verkauft wurden, während Fettschweine bei reger Nachfrage um 1 kr. per Kilo im Preise gestiegen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 6. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 342 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—300 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 30—65 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 7. September 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 789, Kälber lebend 2124, Lämmer Waidner 10, Lämmer lebend 110, Schafe Waidner 365, Schafe lebend 4791.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 48 bis 62 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „ 38 „ 54 „
Lämmer Waidner „ Paar von 4½ bis 5 fl.
Lämmer lebend „ „ „ 5 „ 7½ „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 30 bis 40 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis 22 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden gegen die Vorwoche um 475 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war infolge des stärkeren Feiertagsbedarfes ziemlich lebhaft, daher lebende Kälber um 2 kr. und Waidner-Kälber um 4 kr. per Kilo theuerer verkauft wurden.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1722 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei ziemlich lebhaftem Geschäftsverkehre sind die Preise um 50 kr. per Paar gestiegen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 7. September l. J. 61 Stück Mast-, 19 Stück Weide- und 115 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Vom 16. bis 31. August 1892.)

Bauconsense wurden ertheilt:

a) für Neubauten:

II. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 4273, Brigittenauerlände, an Karl Kittel (Bauführer Julius Halla).

„ „ Wohnhaus, Salzachstraße 37, an Robert von Rigel (Bauführer Leopold Ritter).

„ „ Wohnhaus, Treustraße 3, an Johann Horaczek (Bauführer Julius Halla).

„ „ Stall- und Remisenbau, Grundb.-Einl. 3720, Dresdnerstraße, an S. Kößler (Bauführer J. Kapetter).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 4274, Brigittenauerlände, an Anton Brunner (Bauführer Leop. Ritter).

III. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2684, nächst der Hohlweggasse, an Katharina Wünsch (Bauführer J. Doležal).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2672, Mohsgasse, an Wendelin Kühnel (Bauführer A. v. Bergmüller).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2681, Mohsgasse, an Wenzel Pačes (Bauführer G. Doležal).

V. Bezirk: Wohnhäuser, Embelgasse 18 und 20, an Josef Haß (Bauführer Theodor Bauer).

IX. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1364, Grünethorgasse, an Josef Kalas (Bauführer A. R. v. Bergmüller).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1363, Grünethor- und Servitengasse, an Emanuel und Eduard Schweinburg (Bauführer A. R. v. Bergmüller).

X. Bezirk: Wohnhaus, Einl.-Z. 582, Inzersdorf, Canongasse, an Emanuel Hayeck (Bauführer Johann Schweitzer).

„ „ Gassentract, Einl.-Z. 441, Inzersdorf, Wienerfeldgasse 6, an Josef Fürpaas (Bauführer L. Wetsch).

XII. Bezirk: Hausbau, Unter-Meidling, Einl.-Z. 1056, Cat.-Parc. 112/26, Ecke der Bony- und Ferdinandsgasse, an Johann und Pauline Janko (Bauführer Friedrich Sonnenburg).

XVI. Bezirk: Hausbau, Hauptstraße 114, an Josefa Palm (Bauführer Hans Kraus).

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Gersthof, Parc. 172/36, Grundb.-Einl.-Z. 686, an Paul Oberst (Bauführer derselbe).

„ „ Wohnhaus, Gersthof, Parc. 101/2 und 102/3, Grundb.-Einl.-Z. 610, an Franz Dočkolik und Barbara Dočkolik (Bauführer Franz Simlinger).

XIX. Bezirk: Wohn- und Werkstättengebäude, Heiligenstadt, Nußdorferstraße 81, an Louis Bochmann (Bauführer R. Reichelt).

b) für Umbauten:

II. Bezirk: Wohnhaus, Scholzgasse 7, an Isidor Mahler (Bauführer Anton Krones).

IV. Bezirk: Wohnhaus, Wienstraße 13, an Anna Ferstl (Bauführer Al. Sallatmeyer).

„ „ Wohnhaus, Große Neugasse 6 und 8, an Stadtbaumeister Ferdinand Schindler.

VI. Bezirk: Wohnhaus, Stumpergasse 11, an Rudolf Haag und Marie Vollpacher (Bauführer Ferd. Schindler).

XVI. Bezirk: Wohnhaus, Rotherdgasse 536 (Bauführer Franz Lehninger).

XVII. Bezirk: Glassalon, Hernals, Leopoldigasse 8, an Franz Koubek (Bauführer Matthias Millik).

XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Hirschengasse 58, an Max Bunzl (Bauführer Donat Zifferer).

„ „ Wohnhaus, Unter-Döbling, Hohe Warte 13, an Johann und Anna Tretzmüller (Bauführer Karl Höllerl jun.).

c) für Zubauten:

II. Bezirk: Kesselhaus, Schiffmühlenstraße 116, an Ferd. Edlinger (Bauführer A. Leidenfrost).

„ „ Magazin, Untere Augartenstraße 33, an Moriz Weiniger (Bauführer Rud. Reichelt).

III. Bezirk: Waschküche, Rennweg 52, an Georg Roth (Bauführer Franz Roth).

VI. Bezirk: Magazin, Webgasse 24, an Rudolf Taussig (Bauführer Moriz und Josef Sturanу).

VII. Bezirk: Werkstätte, Seidengasse 32, an Rud. Chwalla (Bauführer A. Schlesak).

„ „ Fabrikszubau, Kaiserstraße 39, an H. Sternberg jun. (Bauführer O. Laske).

IX. Bezirk: Kesselhaus, Berggasse 39, an Ludwig Wilhelm (Bauführer J. Reinhardt).

X. Bezirk: Hoftract, Sellenygasse 15, Einl.-Z. 546, Inzersdorf, an Maria Treiber (Bauführer Friedrich Gutmann).

XI. Bezirk: Hauszubau, Simmering, Theresiengasse 27, an Franz Plicka (Bauführer Ferd. Kaindl).

„ „ Hauszubau, Simmering, 5. Landengasse C.-Nr. 551, an Wenzel Peschak (Bauführer Ferd. Kaindl).

XII. Bezirk: Schupfenzubau, Hetzendorf, Kerngasse 7, an Alois Josicht (Bauführer Josef Hartl).

„ „ Verandazubau, Ober-Meidling, Maria Theresienstraße 65, „Tivoli", an Johann Wallner (Bauführer Otto Etmayer).

„ „ Schupfen- und Abortbau, Hetzendorf C.-Nr. 224, an Otto Fritze (Bauführer Michael Borak).

„ „ Schupfen- und Waschküchenbau, Hetzendorf, Hauptstraße 49, an Adolf Krummer (Bauführer Josef Hartl).

XIII. Bezirk: Stall und Remise, Penzing, Parkgasse 26, an Wilhelm Rundspaden, Bevollmächtigten Sr. kgl. Hoheit Herzog Ernst August von Cumberland (Bauführer Hans Kraus).

XVI. Bezirk: Stall und Remise, Wilhelminenstraße 146, an Drd. M. Spitzer (Bauführer F. Horak).

XVII. Bezirk: Malzdarre, Hernals, Frauengasse 18, an David Sternfeld noe. M. Edl. v. Kuffner (Bauführer Thomas Hofer).

XVIII. Bezirk: Hoftract, Pötzleinsdorf, Hauptstraße 43, an Ludwig Schmidt und Anna Schmidt (Bauführer Johann Hattey).

„ „ Waschküche, Gersthof, Bergsteiggasse 52, an Dominik Habernal (Bauführer Ferdinand Ptazek).

„ „ Kesselhaus, Weinhaus, Johannesgasse 2, an Josef Weil (Bauführer A. Jungwirth).

„ „ Hoftractzubau, Weinhaus, Johannesgasse 13, an die Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe (Bauführer Josef Schmalzhofer).

„ „ Gassentractzubau, Gersthof, Neuwaldeggerstraße 8, an Paul Oberst (Bauführer Paul Oberst).

„ „ Hoftractzubau, Pötzleinsdorf, Hauptstraße 29, an Andreas und Cäcilia Scazigino (Bauführer Anton Wimmer).

XIX. Bezirk: Maler-Atelier, Nußdorf, Grinzingerstraße 79, an Eduard Hauser (Bauführer Karl Höllerl jun.).

d) für Stockwerksaufsetzung:

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Alleegasse 25, an Moriz Grünhut (Bauführer Eduard Spieß).

e) für Adaptierungen:

I. Bezirk: Johannesgasse 3, an Anton und August Wallisch (Bauführer Ferd. Dehm und F. Olbricht).

„ „ Opernring 7, an Baumeister J. Chalusch.

„ „ Salzgries 7, an die Allg. österr. Baugesellschaft.

„ „ Stubenbastei 10 bis 12, an Baumeister Heinr. Ohrner.

„ „ Fischhof 1, an Stephan Dirnberger (Bauführer Franz Dirnberger).

„ „ Wipplingerstraße 1 bis 3, an Baumeister Ed. Schmidt.

„ „ Kohlmarkt 3, an Baumeister Karl Mayer.

„ „ Bankgasse 9, an Baumeister Ludw. Schoderböck.

„ „ Schwarzenbergstraße 3, an Baumeister Karl Quidenus.

„ „ Jordangasse 9, an Dr. Friedr. Kraft (Bauführer Karl Quidenus).

„ „ Krugerstraße 13, an Anton Hürtl (Bauführer Ch. Binder).

II. Bezirk: Kaiser Josefstraße 21, an Baumeister Julius Berkowitz.

„ „ Klosterneuburgerstraße 8, an Baumeister Franz Bernert.

II. Bezirk: Obere Augartenstraße 2, Obere Donaustraße 1, an Ernst Kasparides (Bauführer J. Doležal).

„ „ Wallensteinstraße 65, an J. Küttag (Bauführer J. Pecival).

„ „ Wallensteinstraße 34, an die Baumeister Ferd. Dehm und F. Olbricht.

„ „ Stephaniestraße 2, an Stadtbaumeister Ernst Krombholz.

III. Bezirk: Erdbergstraße 9, an Karl Thies (Bauführer F. Gutmann).

„ „ Rasumoffskygasse 8 a, an Baumeister J. Frosch.

„ „ Beatrixgasse 20, an Maurermeister J. Müller.

„ „ Obere Viaductgasse 26, an Maurermeister Wenzel Frtschka.

„ „ Gemeindehaus, an die Commune Wien (Bauführer Franz Daxelmüller).

IV. Bezirk: Alleegasse 27, an Baumeister Donat Zifferer.

„ „ Schäffergasse 8, an Baumeister Julius Haller.

„ „ Schleifmühlgasse 4, an J. E. Zacharias (Bauführer ?).

„ „ Hungelbrunngasse 17, an Baumeister A. Ribak.

V. Bezirk: Johannagasse 14, an Johann Buxheim (Bauführer Heinrich Staud).

„ „ Lainzerstraße 13, an Paul Sprung (Bauführer A. v. Bergmüller).

„ „ Einsiedlergasse 17, an Vincenz Glattes (Bauführer Karl Stöger).

„ „ Mittersteig 15, an Güttermann & Comp. (Bauführer Heinrich Ohrner).

„ „ Rampersdorfgasse 29, an Franz Weiser (Bauführer J. Spilka).

VI. Bezirk: Bürgerspitalgasse 8, an Hermann Schuh (Bauführer F. Seif).

„ „ Webgasse 4, an Philipp Heuhofer (Bauführer Chr. Gatty).

„ „ Sandwirthgasse 1 und 8, an Maurermeister Chr. Gatty).

„ „ Garbergasse 13, an Baumeister Franz Daxelmüller.

„ „ Mollardgasse 19, an Maurermeister Chr. Gatty

„ „ Gumpendorferstraße 59, an J. Presl (Bauführer Jg. Drapala).

VII. Bezirk: Kirchengasse 13, an Maria Leitner (Bauführer J. Bauer).

„ „ Lerchenfelderstraße 5, an J. A. Kment (Bauführer ?).

„ „ Siebensterngasse 9, an Maurermeister Th. Loskot.

„ „ Zieglergasse 25, an den Verein der Buchdrucker (Bauführer J. Schobesberger).

„ „ Lerchenfelderstraße 45, an die I. genossenschaftliche Warenhalle der Tischlermeister Wiens (Bauführer ?).

VIII. Bezirk: Laudongasse 11, an Maurermeister J. Fesemayer.

„ „ Josefstädterstraße 26 a, an Baumeister J. Schoderböck.

IX. Bezirk: Severingasse 8, an Baumeister Heinr. Ohrner.
XII. Bezirk: Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 36, an Ferd. Kubaczek (Bauführer Michael Wulgony).
„ „ Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 78, an Heinrich Hajek (Bauführer W. Voit).
XIV. Bezirk: Moritzgasse 2 und 4, an die Wiener General-Omnibus-Gesellschaft (Bauführer Franz Brantner).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 27, an Norbert Kramulin (Bauführer F. Bock).
„ „ Ottakring, Saillergasse 21, an Rud. Tomschik (Bauführer Thomas Mann).
„ „ Ottakring, Langegasse 90, an Josef Linhart (Bauführer Josef Orbal).
„ „ Ottakring, Wurlitzergasse 28, an Karl Heidenreich (Bauführer F. Roth).
„ „ Ottakring, Rittergasse 23, an Leopold Sederl (Bauführer Ludwig Kaindl).
„ „ Ottakring, Leopoldigasse 7, an Lorenz Promüller (Bauführer Franz Höfer).
„ „ Ottakring, Lienfeldergasse 26, an L. Schmidt (Bauführer Franz Priegl).
„ „ Ottakring, Schottengasse 39, an Val. Reichhardt (Bauführer Franz Priegl).
„ „ Wilhelminenstraße 17, an Reinh. Fernau (Bauführer F. Bock).
„ „ Hubergasse 17, an Friedrich Wolfram (Bauführer F. Schobesberger).
„ „ Hippgasse 5, an Alois Ziegler (Bauführer?).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 2d, an Moriz Taussig (Bauführer W. Marek).
„ „ Hernals, Ottakringerstraße 86 und 88, an Jakob Kohn (Bauführer Thomas Mann).
„ „ Dornbach, Alsgasse 6, an Alois Landauer (Bauführer Josef Haupt).
„ „ Neuwaldegg, Hauptstraße 40, an Leopoldine Wittgenstein (Bauführer Karl Haas).
„ „ Hernals, Krongasse 2, an Ignaz und Moriz Klein (Bauführer Franz Bock).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Hauptstraße 84, an Juliana Herzig (Bauführer Josef Strauß).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hirschengasse 60 (ident. Alleegasse 2), an Magdalena Offenhubers Erben (Bauführer Johann Schäffer).
„ „ Ober-Döbling, Leibenfrostgasse 6, an Theodor Römer (Bauführer Franz Feigl).

f) für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Rohrcanal, Ballhausplatz 1, an Baumeister Heinz Gerl.
„ „ Rohrcanal, Singerstraße 21, an J. M. Brennig (Bauführer J. Nowak).
II. Bezirk: Gassenabschlussmauer, Scholzgasse 5, an Isidor Mahler (Bauführer A. Krones).
„ „ Rohrcanal, Engerthstraße 6 und 8, an Michael Hoffinger (Bauführer R. Reichelt).
„ „ Backofen, Rembrandtstraße 24, an Benjamin Klein (Bauführer Seitl & Klee).
III. Bezirk: Sanitätsbaracke bei der Radetzkybrücke, an die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft (Bauführer Franz Djörup).
IV. Bezirk: Rohrcanal, Heugasse 58, an Ad. Schluck (Bauführer A. Maier).
„ „ Rohrcanal, Waaggasse 5, an C. O. Hartmann (Bauführer J. Nowak).
„ „ Abortbau, Weyringergasse 29, an Josef Panker & Sohn (Bauführer Frauenfeld und Berghof).
„ „ Rohrcanal, Rainergasse 3, an Gebrüder Andreae (Bauführer Josef Müller).
V. Bezirk: Schupfe, Hundsthurmerstraße 27, an J. Anderle (Bauführer?).
„ „ Abort- und Canalbau, Schloßgasse 21, an Fritz Müller (Bauführer Heinrich Ohrner).
VII. Bezirk: Rauchfangbau, Kirchberggasse 33, an Baumeister Georg Demski.
VIII. Bezirk: Backofen, Auerspergstraße 4, an Johann Böck (Bauführer?).
IX. Bezirk: Stall und Remise, Wiesengasse 7, an Michael Sitzenstadter (Bauführer J. M. Köpf).
XII. Bezirk: Abortbau, Gaudenzdorf, Gürtelstraße 9, an Franz Brauneis (Bauführer Josef Hofbauer).
„ „ Abortbau, Gaudenzdorf, Jakobstraße 13, an Moriz Zauder (Bauführer Moriz und Josef Sturany).
„ „ Abortbau, Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 132, an Karl Schulda (Bauführer Karl Brunner).
„ „ Abortbau, Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 142, an Mathias Alber (Bauführer Joh. Neuwirth).
XIII. Bezirk: Hölzerner Schupfen mit feuersicherer Eindeckung auf dem dem Stifte Schotten gehörigen Grunde, Parc. 242, Flötzersteig, Breitensee, an Rudolf Hölzl und Josef Meis, Grundpächter (Bauführer Josef Reinhart).
„ „ Rohrcanal, Bahngasse 6, Penzing, an Anna Ulrich (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Hauptgasse 47, an Johann und Marie Prohaska (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Hauptgasse 58 und 60, an Karl Ganzinger und Geschwister (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Antongasse 17, an Johann Hieblinger (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Bahngasse 33, an Jakob Seiter (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Bahngasse 45, an Dr. Leopold und Frau Regina Lindner (Bauführer J. Stättermeyer).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Parkgasse 48, an Victor und Anna Eder (Bauführer J. Stättermeyer).

XIII. Bezirk: Rohrcanal, Penzing, Hauptgasse 13, an Rosa Bleichsteiner (Bauführer J. Stättermeyer).

„ „ Rohrcanal, Penzing, Antongasse 9, an Leopold und Mathilde Hinterhuber (Bauführer J. Stättermeyer).

XV. Bezirk: Abortanbau, Turnergasse 3, an Vincenz Knest (Bauführer Ed. Schwarzer).

XVI. Bezirk: Schupfenbau, Ottakring, Wattgasse 30 und 32, an Reinhard Fernau (Bauführer Franz Bock und J. Glaser).

XVII. Bezirk: Zwei Gartenhäuschen, Hernals, Uniong. 17 u. 19, an Michael Niedermayer (Bauführer Johann Glaser).

„ „ Steinzeugrohrleitung, Hernals, Gerlgasse 39, an Johann Lazel (Bauführer Josef Bayer).

„ „ Gruftbau, Dornbach, Friedhof a. d. Als, an Josef Wiesbauer (Bauführer Johann Steinmetz).

„ „ Zwei Aborte, Senk- und Mistgrube, an Therese Stachl (Bauführer Johann Steinmetz).

XVIII. Bezirk: Einfriedungsmauer u. Schupfe, Gersthof, Bergsteiggasse 26 u. 28, an Andreas Neubauer (Bauführer Paul Oberst).

XIX. Bezirk: Gemauertes Glashaus, Ober-Döbling, Donaugasse 11, an Karl Schirn (Bauführer Adolf Micheroli).

g) für Parcellierungen:

II. Bezirk: Scholzgasse 5 u. 7, Grund-Ab- und Zuschreibung.

V. Bezirk: Embelgasse 18—20, Grund-Ab- und Zuschreibung.

X. Bezirk: Grundb.-Einl. 169, 172 und 661, Rother Hof, Parcellierung.

XI. Bezirk: Schwechat, Grundb.-Einl. 437, Parcellierung.

XIII. Bezirk: Penzing, Quaistraße, Grundb.-Einl. 702 und 940, Parcellierung.

XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 114, Parcellierung.

h) Baulinien wurden bestimmt:

IX. Bezirk: Straßenzüge über die Brünnlbad-Realität.

XI. Bezirk: Für die Realitäten Grundb.-Einl. 199 und 437 in Schwechat.

Militärangelegenheiten.

(Die Control-Versammlungen der k. k. und königl. ungar. Landwehr im Jahre 1892.)

Die durch den § 55 des Wehrgesetzes vom Jahre 1889 angeordneten Control-Versammlungen werden gemäß der §§ 35 bis 41 der Wehrvorschriften, III. Theil, in der Zeit vom 1. October bis 12. November l. J. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für die k. k. und königl. ungar. Landwehr-Mannschaft abgehalten.

Die diesjährige Haupt-Controle der nach Wien (mit Einschluss der einverleibten Gemeinden) zuständigen und zu den k. k. Landwehr-Bataillonen Wien Nr. 1, St. Pölten Nr. 3 und Wiener-Neustadt Nr. 4 gehörigen Landwehrmänner, sowie der in den 19 Bezirken Wiens im Aufenthalte befindlichen Landwehrmänner und Landwehr-Ersatzreservisten fremder Bataillone und der königl. ungar. Landwehr findet an den in der öffentlichen Kundmachung bezeichneten Tagen statt.

Der Controlact beginnt täglich um ½9 Uhr früh.

Derselbe wird in der Landwehr-Kaserne im V. Bezirke, Siebenbrunnengasse Nr. 37, abgehalten.

Jeder zur Controle Verpflichtete hat sich bei derselben persönlich einzufinden; eine Stellvertretung ist unzulässig und hat jeder den Landwehrpass mitzubringen.

Im Erkrankungsfalle ist am Einberufungstage ein vom Bezirksarzte bestätigtes ärztliches Zeugnis auf den Controlplatz einzusenden.

Die Einberufung zur diesjährigen Control-Versammlung erfolgt, sowohl für die einheimischen als für die fremden Landwehrmänner, nur mittelst öffentlicher Kundmachung und werden keine separaten Einberufungskarten ausgegeben.

Der in dieser Kundmachung für jeden Landwehrkörper festgesetzte Tag ist auf das genaueste einzuhalten.

Jene controlpflichtigen nichtactiven Landwehrmänner, welche der Control-Versammlung an den vorbezeichneten Tagen nicht beigewohnt haben und vom Erscheinen bei der Control-Versammlung nicht gänzlich enthoben wurden, sind verpflichtet, zur Nachcontrole zu erscheinen, und unterliegen überdies, insoferne sie sich nicht zu rechtfertigen vermögen, der militärischen Bestrafung.

Die Nachcontrole der nach Wien zuständigen und zu den Landwehr-Bataillonen Wien Nr. 1, St. Pölten Nr. 3 und Wiener Neustadt Nr. 4 gehörigen Landwehrmänner findet am 29. November vom Buchstaben A bis M und am 30. November vom Buchstaben N bis Z, ferner der in den 19 Bezirken Wiens im Aufenthalte befindlichen Landwehrmänner fremder Bataillone der k. k. und königl. ungar. Landwehr am 1. December vom Buchstaben A bis H, am 2. December vom Buchstaben J bis P und und am 3. December 1892 vom Buchstaben Q bis Z in der Landwehr-Kaserne im V. Bezirke, Siebenbrunnengasse Nr. 37, statt, und beginnt der Controlact an diesen fünf Tagen um 9 Uhr früh.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 29. August 1892.

(Fortsetzung.)

Frisch Josef Pinkas — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schmelzgasse 9.

Höllwarth Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Kirchengasse 5.

Knottinger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 26a.

Konkal Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Lampigasse 29.

Krasa Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Fernkorngasse 26.

Lang Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Stoß-im-Himmel 1.

Nowak Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 3.

Popper Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Obere Donaustr. 12.

Reinagl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 2.

Schmidl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 81.

Schneider Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Hauptgasse 32.

Stefka Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 53.

Wieland Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rothehofgasse 8.

Sonnenschein Anna — Commissionshandel mit Hülsenfrüchten — II., Große Mohrengasse 14.

Müllner Victor — Kaffeesiedergewerbe — VI., Webgasse 16.

Meißner Agnes Christine — Kaffeeschenkerin — IX., Rothen-Löweng. 10.

Chmela Anton — Kleidermacher — II., Circusgasse 30.

Jandik Karl — Kleidermacher — II., Novaragasse 19.

Schneider Alexander — Kleidermacher — X., Quellengasse 69.

Friedmann Gisela — Mieder-Erzeugung — II., Kaiser Josefstraße 37.

Wiedner Amalia — Milchmeierei — XIII., Penzing, Hauptgasse 55.

Zelenka Johanna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 31.

Allina Ernestine — Commissions-Verschleiß von Möbeln — VIII., Josefstädterstraße 11.
Rajz Theresia — Modistin — I., Wipplingerstraße 19/21.
Janovsky Wenzel — Musiker — X., Waldgasse 58.
Kugler Josefine — Pfaidlergewerbe — III., Erdbergstraße 19.
Rajz Emil — Pfaidlerei — I., Wipplingerstraße 19/21.
Ultmann Adolf — Rohproductenhandel — II., Lilienbrunngasse 14.
Filistein Max — Sägespänehandel — X., Laaerstraße 6.
Ginner Bernhard — Schlosser — IV., Hauptstraße 19.
Goldsand Lea — Schuhwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 42.
Fasal Josef — Stadtträger — I., Kolowratring, bei Haus Nr. 6.
Christ Franz — Tischler — II., Rembrandtstraße 9.
Heißig Adolf — Tischlergewerbe — XVII., Hernals, Mariengasse.
Robel Ferdinand — Victualien-Verschleiß — VII., Kandlgasse 14.
Roller Marie — Victualien-Verschleiß — III., Salmgasse 11.
Wäla Josefa — Victualienhandel — VI., Stiegengasse 4.
Blaschke Wilhelm — Wäscheputzer — V., Ziegelofengasse 30.
Jursa Marie — Wäscheputzerei und Färberei — III., Seidlgasse 32.
Brenner Michael — Weinschankgewerbe — VI., Webgasse 27.
Ehrenleitner Johann — Wirtsgewerbe — VII., Halbgasse 28.
Helmer Anton — Wirtsgewerbe — VII., Westbahnstraße 12.
Kothmayer Johann — Einkehrwirtsgewerbe — IX., D'Orsaygasse 12.
Mathy Leopold — Wirtsgewerbe — VI., Stumpergasse 59.
Maurer Ignaz — Wirtsgewerbe — VII., Burggasse 92.
Urnauer Johann — Wirtsgewerbe (Pacht) — VI., Hofmühlgasse 7.
Weinkum Franz — Wirtsgewerbe — VII., Neustiftgasse 113.
Schwetz (Svec) Karl — Zimmermaler — X., Hasengasse 28.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 30. August 1892.

Bollinger Theresia — Bade-Anstalt — XIII., Hütteldorf, Mühlgasse 3.
Weiß Rosa, geb. Pohr — Brantweinschank (Pacht) — I., Bellariastr. 6.
Stuchlik Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 2.
Gallner Theodor — Friseur — XII., Gaudenzdorf, Stiegergasse 6.
Miesnietz Ernst — Friseur und Raseur — XVIII., Währing, Johannesgasse 70.
Pabousek Johann — Friseur — III., Erdbergerlände 10.
Aigner Genovefa — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Penzing, Marktgasse 56/58.
Berger Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Ober.-St. Veit, Mühlbachgasse 8.
Brischar Anton — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 47.
Strauß Karl — Gast- und Schankgewerbe — XI., Kaiser-Ebersdorf 10/106.
Köllner Franz — Gastwirtsgewerbe — VII., Burggasse 21.
Forster Florian — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Blüthengasse 3.
Keyhl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthof, Neuwaldeggerstraße 63.
Kraus Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Glasergasse 21.
Krenn Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Josefigasse 1.
Popp Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 100.
Rott Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Pfeilergasse 39.
Seidl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstr. 13.
Reble Georg — Handelsagentie — VII., Bandgasse 9.
Weiß Stephan — Kaffeesieder — V., Hundsthurmerstraße 23.
Jana Mathias — Kleidermacher — IX., Rögergasse 11.
Mugrauer Wenzel — Kleinfuhrwerk — II., Nordbahnhof.
Dittrich Josefa — Kurzwaren- und Papier-Verschleiß — XI., Simmering, Wintergasse 5.
Fischer Karl — Handel mit Luxuspferden — XIII., Penzing, Poststr. 36.
Weber Ferdinand — Marktfierant — VII., Westbahnstraße 27.
Schlögl Sylvester — Marktvictualienhändler — XV., Fünfhaus, Markt am Neubaugürtel.
Amstätter Marie — Milchmeierei — XI., Simmering, Theresiengasse 48.
Schaffer Magdalena — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 27.
Schieferdecker Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Sobieskyplatz 5.
Russy Anton — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — VI., Amerlingstraße 15.
Luckschanderl Franz — Posamentiergewerbe — VII., Kaiserstraße 24.
Gerold Anton — Schuhmacher — VIII., Strozzigasse 14.
Hornisch Franz — Schuhmacher — VI., Sandwirthgasse 5.
Sedlar Josefine — Schuhmacherin (Fortbetrieb) — IV., Karolineng. 4.
Winternitz Karl — Schuhwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 97.
Pap Koloman, von — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — XVIII., Währing, Theresiengasse 36.
Kollar Anton — Spenglergewerbe — XVIII., Währing, Gürtelstr. 93.
Blaustein Regina — Trödlergewerbe — VII., Neubaugasse 77.
Kohlmann Sandor — Uhren-, Gold- und Silberwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 17.
Heutschel Otto — Verschleiß von Bedarfsartikeln für Vergolder — VII., Zieglergasse 56.
Donath Sali — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — IX., Marktgasse 33.
Rappel Sophie — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Bürgerplatz 20.
Zeywal Karoline — Victualien-Verschleiß — VIII., Landongasse 10.
Pohr Alexander — Waffenhandel — I., Opernring 23.
Taschner Karl — Wildbret- und Geflügelhandel im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Bischofgasse 13.
Preindl Alois — Ziegel- und Schieferdecker — XI., Simmering, Hauptstraße 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. August 1892.

Pichler Josef — Bürstenmacher — VIII., Langegasse 8.
Hackenberg Franz — Friseur und Raseur — IV., Rainergasse 23.
Scherer David — Friseur — XVI., Ottakring, Hauptstraße 37.
Irrez Benedict — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Ober-Döbling, Friedlgasse 16.
Brachinger Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Flötzersteig 1.
Grolik Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Embelgasse 40.
Parkus Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 35.
Pichler Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Grenzgasse 14.
Schrecker Eleonore — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Alleegasse 6.
Weiß Leo — Veredlung von Glas — II., Innstraße 7.
Wertheimer Samuel — Commissionshandel mit neuen Gold- und Silberwaren — I., Naglergasse 3.
Ganglitz Rosalia — Damenkleidermacherin — VIII., Blindengasse 4.
Pollak Benedict — Kleidermacher — XIX., Ober-Döbling, Pantzerg. 26.
Schuster Katharina — Marktvictualienhandel — XVI., Ottakring, Markt in der Elisabethgasse.
Obrecht Johann — Maschinenschlosser — XII., Unter-Meidling, Rückergasse 27.
Gennank Josef — Milch-Verschleiß — XIII., Hacking, Auhofstraße 10.
Knepperges Anna — Milch-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 14.
Osenegg Rudolf — Musikergewerbe — XVI., Ottakring, Abelegasse 20.
Prosch Leopold — Musiker — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 5.
Boellmann Victoria — Verschleiß von Papier und Kurzwaren — VII., Neubaugasse 11.
Czescher Jakob — Papier-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 33.
Krivanek recte Skrivanek Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Laudongasse 1.
Rudolf Karl — Schuhmacher — IX., Liechtensteinstraße 101.
Frisch Charlotte — Spirituosenhandel — VI., Windmühlgasse 7.
Köppel Gustav — Tapezierer — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 5.
Stern Josefa — Trödlergewerbe — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 20.
Leisenz Barbara — Victualien-Verschleiß — VIII., Tigergasse 34.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 1. September 1892.

Ofenheim Adolf Ritter v., Dr. — Advocatie — I., Fichtegasse 5.
Bauer Anna — Brantwein- und Theeschank — XIV., Rudolfsheim, Herklotzgasse 40.
Brabetz Josef — Verschleiß von Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Währing, Gürtelstraße 6.
Marx Eugen — Buchhandel — I., Maximilianstraße 8.
Wieländer Franz — Baucantine — VIII., Alserstraße 55.
Wurscher Max — Colportage — XVIII., Währing, Wienerstraße 67.
Redlich Emanuel — Fleisch-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 12.
Hummer Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Breitensee, Hütteldorferstraße 18.
Fuchs Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 52.
Michalek Marie Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Amerlingstr. 8.
Schurgast Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 121 B.
Schuber Josef — Glasergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 24.
Bachler Josef — Kaffeesiedergewerbe — II., k. k. Prater, Ausstellung, Rotunde.
Doležal Franz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Johannesgasse 68.
Walter Michael — Kleidermachergewerbe — VII., Neustiftgasse 6.
Willig Hermann und Willig Bertha — Kleidermachergewerbe — I., Neuer Markt 14.
Klepp Ferdinand — Kleinfuhrwerk — II., Nordbahnhof.
Schwelle Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Südbahnviaduct.
Babits Florian — Lackerzeugung — I., Himmelpfortgasse 3.

(Das Weitere folgt.)

Z. 5398.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Stellen für katholische Religionslehrer im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Stellen für katholische Religionslehrer zur Besetzung:

An den Bürgerschulen

für Mädchen, XVIII., Josefigasse Nr. 23, eine Stelle,

für Knaben und für Mädchen, XIV., Dadlergasse Nr. 9 und 16, eine Stelle,

für Knaben und für Mädchen, XV., Friedrichsplatz Nr. 2 und 4, eine Stelle,

für Mädchen, III., Hörnesgasse Nr. 3, eine Stelle,

für Knaben, XVI., Habsburgplatz, eine Stelle.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das Quartiergeld jährlicher 300 fl., beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten und längstens **bis 6. October 1892 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe** einzubringen, in dessen Sprengel die betreffende Religionslehrstelle zu vergeben ist.

Die Gesuche sind zu belegen mit dem Taufscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine, mit den Nachweisen über etwa bereits geleistete Schuldienste, sowie mit dem von der competenten Kirchenbehörde ausgestellten Zeugnisse über ihre Lehrbefähigung im Originale, oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Diensttabelle.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 2. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 142043 ex 1892.
Ref.-Nr. 2079. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Schmelzgasse in Breitensee im XIII. Bezirk** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1184 fl. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 155099
Ref.-Nr. 2291 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 3772 fl. 33 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 47879
Ref.-Nr. 599 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Bespannung für die der Gemeinde Wien gehörigen Straßenwalzen im Bezirkstheile Inzersdorf dann im XI. bis XV. Bezirke, ferner im Gebiete der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld und im XVII. bis XIX. Bezirke, sowie der zum Vorspritzen bei der Macadamisierung und Straßenconservierung erforderlichen bespannten Wasserwägen in obigen Bezirken und Bezirkstheilen** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezügliche Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar, beziehungsweise die am Schlusse desselben beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 136793
Ref.-Nr. 2022 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Kölbelgasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1831 fl. 57 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 55296
Ref.-Nr. 709 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erlgasse im XII. Bezirk zwischen der Landon- und Radetzkygasse** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1968 fl. 11 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 2. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155098
Ref.-Nr. 2290 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Rauchfangkehrergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1223 fl. 48 kr. und 40 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **13. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 153080
Ref.-Nr. 2261 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Barnabitengasse zwischen der Windmühlgasse und der Mariahilferkirche im VI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1.739 fl. 14 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 154465
Ref.-Nr. 2283 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung a) der **Erd- und Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße zwischen dem Praterstern und der Lichtenauergasse im II. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.481 fl. 63 kr. und 500 fl. Pauschale und b) der **Asphaltiererarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1283 fl. 1 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 75417
Ref.-Nr. 1011 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Fahrbahn der Stromstraße von der Jägerstraße bis zur Dresdnerstraße im II. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2182 fl. 40 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 94871
Ref.-Nr. 1337 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Fernkorngasse im X. Bezirke, beziehungsweise Ghegagasse im Gebiete der vormaligen Gemeinde Inzersdorf** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1604 fl. 15 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 108243
Ref.-Nr. 1538 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Wehrgasse im V. Bezirke von der Margarethenstraße bis zur Hundsthurmerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 1868 fl. 93 kr. nebst 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155732
Ref.-Nr. 2310 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Dadlergasse im XIV. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 2316 fl. 70 kr. und 60 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 154464 ex 1892.
Ref.-Nr. 2282. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung: 1. **der Steinpflasterungsarbeiten für die Regulierung und Umpflasterung des Theiles der Kleinen Pfarrgasse** im II. Bezirke von der Großen Sperlgasse bis zur Oberen Augartenstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 2297 fl. 49 kr. und 300 fl. Pauschale, 2. **der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters** vor dem Schulgebäude Or.-Nr. 33 daselbst im veranschlagten Kostenbetrage von 2142 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12 September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 31. August 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 156493 ex 1892.
Ref.-Nr. 2320. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Wienerstraße von der Wildemann- bis zur Goldschmidgasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1686 fl. 73 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155104
Ref.-Nr. 2295 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungsarbeit zur Regulierung und Pflasterung des Platzes vor der Servitenkirche im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1151 fl. 85 kr. nebst 300 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. September 1892. 2—3

M.-Z. 159703 ex 1892.
VIII.

Kundmachung.

(Anmeldepflicht rücksichtlich angekommener Fremder.)

Infolge Verordnung des hohen k. k. Ministeriums des Innern werden sämmtliche zur Beherbergung von Fremden auf welch immer gesetzlichen Grundlage Berechtigte, ferner jedermann, der sich mit dem Vermieten von Wohnungen, Zimmern 2c. befasst, **sowie jeder Inhaber einer Wohnung** beauftragt, nunmehr die Ankunft jedes aus Rußland, aus dem Deutschen Reiche oder aus Frankreich ankommenden Fremden sofort der Gemeindebehörde anzuzeigen.

Diese Anzeigen sind jederzeit, und zwar: im I. Bezirke im Stadtphysikate im neuen Rathhause, I., Lichtenfelsgasse 2, 3. Stiege, Hochparterre, in den Bezirken II, III, IV, VII, X, XI, XII, XIII, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX bei dem betreffenden magistratischen Bezirksamte, in den Bezirken V, VI, VIII, IX und XIV bei der Bezirksvorstehung zu erstatten.

Die Außerachtlassung dieser Anordnung wird nach § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G. und V.-Bl. Nr. 45, strenge geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt im übertragenen Wirkungskreise.

Wien, am 30. August 1892.

Der Magistrats-Director:

3—3 **Krenn.**

Ad M.-Z. 466140.
XVIII.

Kundmachung.

(Neuwahlen des Gewerbegerichtes für Maschinen- und Metallwaren-Industrie.)

Die Wählerlisten der beiden Wahlkörper der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die im laufenden Jahre vorzunehmenden **Neuwahlen des Gewerbegerichtes für die Maschinen- und Metallwaren-Industrie werden vom 4. bis inclusive 18. September 1892 im Bureau des Herrn Magistratsrathes Karl Wopalensky** (neues Rathhaus, 2. Stock, Aufgang von der Lichtenfelsgasse, Stiege 5) zur Einsicht öffentlich aufliegen und können daselbst Reclamationen gegen die erfolgte oder gegen die unterbliebene Aufnahme in die Wählerlisten innerhalb obiger Frist mündlich oder schriftlich erhoben werden.

Im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. XXX, Nr. 63, wird dies hiemit zur Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, als politischer Behörde I. Instanz,

am 1. September 1892. 3—3

Inhalt:

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	2191
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	2191
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 1. September 1892	2191
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionierung:	
Borstenviehmarkt vom 6. September 1892	2195
Pferdemarkt vom 6. September 1892	2195
Stechviehmarkt vom 7. September 1892	2195
Baubewegung vom 16. bis 31. August 1892	2196
Militärangelegenheiten:	
Die Controlversammlungen der k. k. und königl. ungar. Landwehr im Jahre 1892	2199
Gewerbeangelegenheiten:	
Gewerbeanmeldungen	2199—2200
Kundmachungen	2201—2206

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 72. Dienstag, den 13. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 2. September 1892.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Huber, Meißl, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke, St.-R. Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller und v. Neumann.

Entschuldigt: St.-R. Kreindl, Noske und Dr. Stenzl.

Schriftführer: Concepts-Adjunct H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Kreindl, Noske und Dr. Stenzl entschuldigen ihr Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Vaugoin referiert über das Ansuchen des Reconvalescentenheims für arme Wöchnerinnen in Gersthof um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 300 fl. pro 1892. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über rückständige Beerdigungsgebüren von 100 Parteien aus dem III. und 31 Parteien aus dem XVI. Bezirk und beantragt die Abschreibung dieser Gebüren. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Beerdigungskosten von Parteien aus dem XVI. Bezirk und beantragt die Abschreibung von Beerdigungskosten nach 11 Parteien. Der vorgelegte Rückstandsact nach L. S. sei wegen Mangel jeder Erhebung an den Magistrat zurückzuleiten. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Vorstellung des Anton Rogler wegen Abweisung seines Ansuchens um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an denselben gegen Erlag der Taxe von 10 fl. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Lehrfächer-Vertheilung an dem Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-Gymnasium. Derselbe beantragt, den Magistrats-Antrag auf Genehmigung der Lehrfächer-Vertheilung und Anweisung der Honorare für die Nebenlehrer nach dem bei den Staatsanstalten üblichen Maßstabe zuzustimmen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über die käufliche Erwerbung des Hauses Erdbergstraße Nr. 78 behufs Erweiterung der Keinergasse im III. Bezirk und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, mit dem Eigenthümer obigen Hauses Heinrich Fröhlich Verhandlungen behufs Einlösung dieser Realität zum Zwecke der Durchführung der Keinergasse einzuleiten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Karl Leistler & Sohn um käufliche Überlassung eines Theiles der aufgelassenen Marx-Meidlingerstraße, V. Bezirk, und beantragt:

1. Das Offert der Firma Karl Leistler & Sohn, wonach dieselbe bereit ist, die im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b f e i h k g d c a bezeichnete Grundfläche der aufgelassenen Marx-Meidlingerstraße im V. Bezirk im Ausmaße von 611·63 m² um den Preis von 10 fl. per Quadratmeter, mithin um den Gesammtbetrag von 6116 fl. 30 kr. von der Gemeinde Wien käuflich zu erwerben, wird unter nachstehenden Bedingungen genehmigt:

a) für Theilbetrag des Kaufschillings per 2116 fl. 30 kr. ist an dem Tage der Übergabe des Grundes in den physischen Besitz der Firma und der Kaufschillingsrest per 4000 fl. in vier gleichen, vom Fälligkeitstage der ersten Theilzahlung an lautenden Raten jährlich am Tage der Übergabe bar an die Gemeinde Wien zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen und mit

5 Percent bis zur wirklichen Einzahlung der einzelnen Raten jährlich im vorhinein zu verzinsen;

b) der Käuferin bleibt jedoch das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch früher ohne Einhaltung der vereinbarten Termine im ganzen zu bezahlen,

c) für die Kaufschillingsrestforderung per 4000 fl. wird der Gemeinde Wien das Pfandrecht auch der verkauften Realität primo loco eingeräumt;

d) die mit der Vertragsausfertigung verbundenen Stempel- und Legalisierungskosten, die Kosten für die Eigenthums- und Pfandrechtseinverleibung, sowie für die Löschungsquittung, endlich die Vermögens-Übertragungsgebüren hat die Käuferin allein zu tragen.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die mündliche Verhandlung mit dem n.-ö. Bauvereine bezüglich Abverkaufes des im vorgelegten Plane mit den Buchstaben l n o r w x y z v u t p q m l bezeichneten Grundes an denselben bisher zu keinem Resultate geführt hat. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Reparaturen in den Amtsräumen der Gemeindekanzlei im IV. Bezirke und beantragt die Genehmigung derselben mit einem Kostenaufwande von 856 fl. 71 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. Matzenauer, betreffend den Stand der Renovierungsarbeiten an der Kirche Maria am Gestade und an dem Denkmale am Hohen Markte und beantragt, den diesbezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über die Ausfolgung von sogenannten Waldzetteln, respective Ausstellung von Klaubholz-Licenzen für die Gemeindewälder in den neuen Bezirken.

Referent beantragt:

1. Das eigenmächtige Sammeln von Klaubholz, Laubstreu, Wurzelstöcken, sowie die eigenmächtige Gewinnung anderer Forstnebennutzungen, als: Gras, Holz, Erde, Sand, Steine, Lehm 2c., in den Wäldern der bestandenen Vororte-Gemeinden Ober-St. Veit, Hütteldorf, Ottakring, Dornbach, Pötzleinsdorf und Ober-Sievering wird verboten.

2. Die magistratischen Bezirksämter des XIII., XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirkes werden ermächtigt, armen, alten, nach Wien zuständigen und in ihrem Bezirke ansässigen Individuen auf Grund eines ordnungsmäßig ausgestellten Armutszeugnisses ausnahmsweise nach vorangegangener Einvernahme der Forstaufsicht die Bewilligung zum Sammeln von Klaubholz, d. i. von auf der Erde liegendem, dürrem Holze auf die Dauer eines Jahres für den in ihrem Bezirke gelegenen Waldtheil zu ertheilen.

3. Die Bewilligung ist unter den in dem von der k. k. Forst- und Domänen-Verwaltung gebrauchten und für den städtischen Dienst modificierten Formulare enthaltenen Bedingungen zu ertheilen.

4. Der Forstmeister Karl Hettner wird ermächtigt, außer jenen Fällen, in welchen die Laubstreu, wie in Ober-St. Veit, noch verpachtet ist, oder wie in Hütteldorf, alljährlich im Licitationswege verkauft wurde, an sich meldende Parteien Laubstreu gegen Zahlung von 15 kr. per Traglast, jedoch mit möglichster Beschränkung an feuergefährlichen Orten und von 45 kr. per Cubikmeter und Wurzelstöcke zum Preise von 1 fl. per Cubikmeter über vorher von der Forstaufsicht erfolgte Bestimmung der Gewinnungsorte zu verkaufen.

5. Die Gewinnung von anderen Forstnebennutzungen, als: Gras, Holz, Erde, Sand, Steine, Lehm 2c., kann nur gegen Entgelt erfolgen, dessen Bestimmung jeweilig im Wege besonderer Verhandlung zu geschehen hat.

6. Die k. k. Polizei-Direction ist zu ersuchen, die Sicherheitswachorgane zu beauftragen, die in ihrem Rayon liegenden Gemeindewaldungen nach Zulässigkeit ihres Dienstes zu überwachen und Forstfrevler unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über die Erhöhung des Regiekostenbeitrages des Wiener Bürgerspitalfondes anlässlich des Zuwachsens des Maria Böhm'schen Stiftungshauses, I., Freisingergasse 6.

Referent beantragt, es sei der für die Verwaltung des Wiener Bürgerspitalfondes durch die Gemeinde Wien aus den Bürgerspitalsgeldern an die eigenen Gelder zu bezahlende Regiekostenbeitrag, welcher bis Ende des Jahres 1892 mit 19.000 fl. bestimmt war, vom 1. Jänner 1893 an auf die Dauer von fünf Jahren, d. i. bis Ende 1897, anlässlich des obgenannten Zuwachses um 500 fl. per Jahr, somit auf 19.500 fl. zu erhöhen und somit in das Budget des Wiener Bürgerspitalfondes pro 1893 die Ausg.-Rubr. A I 1 von 19.000 auf 19.500 fl. und im Budget der eigenen Gelder pro 1893 die Einnahms-Rubrik III 3 von 19.000 auf 19.500 fl. zu erhöhen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 19. August 1892, Z. 5377, betreffend die Trennung der V. Classe an der Volksschule in Hütteldorf in zwei Abtheilungen nach Geschlechtern und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Anschaffung von Christusbildern für Schulen und beantragt, es seien für die Schulen aller 19 Bezirke Christusbilder anzuschaffen und sei die Lieferung derselben im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung sicherzustellen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Ausschreibung einer beschränkten Offertverhandlung.

Der Referent accomodiert sich diesem Antrage.

St.-R. Witzelsberger beantragt, es seien zu der beschränkten Offertverhandlung nach Thunlichkeit auch Lieferanten aus den Vororten beizuziehen.

St.-R. Baugoin beantragt, es sei der Bestbieter aufzufordern, auch die Bilder für die Vororte zu liefern.

St.-R. Schneiderhan beantragt, es seien bei Neueinrichtung von Lehrzimmern gleichzeitig mit der Einrichtung auch die nöthigen Christusbilder fertigzustellen.

Die St.-R. Witzelsberger und Baugoin ziehen ihre Anträge vor der Abstimmung zurück.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag mit der von St.-R. Dr. Vogler beantragten Modification angenommen.

Der Antrag des St.-R. Schneiderhan wird abgelehnt.

Der **Bürgermeister** referiert über die neuerliche Aufnahme von Sanitätsdienern und von Taglöhnern zur Unterstützung der Sanitätsdiener insbesondere bei der Desinfection und beantragt, außer den bereits bestellten fünf Sanitätsdienern noch weitere zehn Sanitätsdiener unter den beschlossenen Bedingungen und 20 Taglöhner zu obigem Zwecke mit einem Taglohne von 1 fl. 20 kr. aufzunehmen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Ausgleich mit der Militär-Akademie in Wr.-Neustadt wegen Wasserentnahme für die Hochquellenleitung und beantragt:

Mit dem k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Vertretung der k. u. k. Militär-Akademie in Wr.-Neustadt (im Einvernehmen mit den an dem Recurse betheiligten Centralstellen, u. zw. auch in Vertretung des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. k. Krankenanstalt Rudolf-Stiftung in

Wien, der k. u. k. Pepinière auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien) wird ein Vergleich geschlossen, des Inhaltes, dass:

1. der gegen die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 24. October 1891, Z. 19539, eingebrachte Recurs zurückgezogen, die Zustimmung zur Einleitung einer Wassermenge von 36.400 m³ täglich aus dem oberhalb des Kaiserbrunnens befindlichen Quellengebiete in die Wiener Hochquellen-Wasserleitung gegeben, und auf jede weitere Entschädigung aus diesem sowie aus dem Titel der Wasserentnahme durch das Pottschacher Schöpfwerk, in dessen gegenwärtigen, oder im Sinne der erwirkten Concession künftig bis zu einer Leistungsfähigkeit von 600.000 Eimer Wasser pro Tag zu erweiternden Bestande und Betriebe, verzichtet werde;

2. die Gemeinde Wien unter Verzicht auf die Geltendmachung ihres aus § 10 des zwischen ihr und dem k. k. Finanzministerium am 18. März 1868 über den Verkauf des Kaiserbrunnens und der Fuchspasquelle abgeschlossenen Vertrages abgeleiteten Anspruches an die Reichs-Kriegsverwaltung einen Pauschalbetrag von 80.000 fl. dann unter der Bedingung bezahle, dass ihr im Zuge des eingeleiteten wasserrechtlichen Verfahrens die Concession zur Ableitung von 36.400 m³ Wasser pro Tag aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens und zur Ausführung des diesfälligen Projectes rechtskräftig und in einer auch vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe nicht mehr anfechtbaren Weise ertheilt wird;

3. durch den Vergleich auch alle im Namen des Hof-, Militär- und Civil-Ärars und der Rudolf-Stiftung bezüglich der am Wr.-Neustädter Canale ausgeübten Wasserbezugsrechte des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. u. k. Pepinière in Wien auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien — erhobenen Ansprüche entfallen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Ansuchen des Vorstehers noe. Bezirksausschusses im XVIII. Gemeindebezirke ddto. 16. Juni 1892, Z. 1940, betreffend die Herabsetzung der Canaleinmündungsgebüren für die Gebietstheile der Gemeinde Wien mit ländlichem Charakter und beantragt die Ablehnung aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das neuerliche Ansuchen der Direction des Mariahilfer Communal-Real- und Ober-Gymnasiums um Beistellung eines Zeichen-Assistenten. und beantragt die Abweisung aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Directors des Communal-Gymnasiums im XIX. Bezirke, Franz Wanner, um freie Beheizung und Beleuchtung seiner Naturalwohnung und beantragt, dem Genannten diese freie Beheizung und Beleuchtung bis zur Übernahme des von ihm geleiteten Communal-Gymnasiums im XIX. Bezirke in die Verwaltung des Staates, sohin für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren, zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Urlaubsantritt des Directors an der Wiedener Communal-Oberrealschule, Wilhelm Wollanek, sowie die Stellvertretung desselben durch Professor Josef Albl und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis wegen Herstellung einer Canalrohrleitung in der Aspern-Allee im II. Bezirke mit der Einmündung in die Donau und beantragt die Genehmigung des General-Offertes des Baumeisters Ludwig Schoderböck, der für alle Arbeiten und Lieferungen einen 18percentigen Nachlass von den Kostenanschlagspreisen zugesteht, wodurch eine Ersparung von 663 fl. 76 kr. erzielt wird. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, an Nachbenannte

a) die Verleihung der Zuständigkeit:

Burkert Heinrich, Mehlagent;
Zankl Josef, Haustischler;
Nutzinger Ferdinand, Lohndiener;
Nowotny Anton, Kutscher;
Schuster v. Bärenrode Robert, akademischer Maler;
Donnerer Heinrich, Diener;
Sastroschnik Johann, Briefträger;
Blaschek Anton, Kleinfuhrmann;
Kuchwald Adalbert, Markthelfer;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Remielt Ludwig, Papierhändler;
Kosmack Emil, Privat. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Eröffnung von Parallelclassen an der Knaben-Volksschule XII. Bezirk, Breitensee und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Betreff der Gewährung von Schulbesuchserleichterungen während des Winters im achten Schuljahre und gänzliche Befreiung im Sommer dieses Schuljahres, sowie Auflösung der Sammelclassen vom Schuljahre 1892/93 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtrath-Sitzung vom 7. September 1892.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Noske,
Boschan,	Rückauf,
v. Goldschmidt,	Schlechter,
Dr. Grübl,	Dr. Stenzl,
Dr. Hackenberg,	Baugoin,
Dr. Huber,	Dr. Vogler,
Kreindl,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Dr. Lederer, Matzenauer, Müller, v. Neumann und Schneiderhan.
Experte: Lagerhaus-Director Straßer.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilungen:

St.-R. Dr. Huber ersucht, sein verspätetes Erscheinen in der heutigen Sitzung wegen Theilnahme an einer Cassen-Scontrierung entschuldigen zu wollen. (Zur Kenntnis.)

Die Belastung des Reservefonds mit 3. September 1892 stellt sich wie folgt:

Reservefond	600.000 fl.	— kr.
Effective Belastung	284.099 fl.	94 kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	375.558 fl.	48 kr.
zusammen .	659.658 fl.	42 kr.
daher um .	59.658 fl.	42 kr.
und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 fl.	— kr.
eigentlich um	69.158 fl.	42 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 229.994 fl. 71 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht.

Wegen Bewilligung eines Zuschusscredites zum Reservefonde in der Höhe von 300.000 fl. wurde dem Stadtrathe bereits Bericht erstattet. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Rückauf ersucht, sein verspätetes Erscheinen in der heutigen Sitzung wegen seiner seitens des Bürgermeisters erfolgten Delegierung zur Theilnahme an der Eröffnung der Internationalen Nutz- und Zuchtvieh-Ausstellung zu entschuldigen. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Linke, betreffend die Gewährung einer Unterstützung für die durch die Überschwemmung im Juni 1892 geschädigten Bewohner des XI. Bezirkes Simmering und über das Ansuchen einer Anzahl von Pächtern communaler Äcker in Kaiser-Ebersdorf puncto Bewilligung einer Entschädigung aus dem gleichen Grunde.

Referent beantragt:

1. Das letztgenannte Ansuchen wird abgewiesen.

2. In Erledigung des Antrages Dr. Linke wird dem Magistrate ein Credit von 4000 fl. ö. W. zu dem Zwecke eröffnet, aus demselben den durch das Hochwasser im Mai 1892 zu Schaden gekommenen Küchengärtnern und den sub 1 bezeichneten Pächtern nach Maßgabe der, bezüglich ersterer laut Act M.-Z. 115604 bereits gepflogenen, hinsichtlich letzterer noch zu pflegenden Erhebungen über ihr specielles Verlangen unverzinsliche, binnen zehn Jahren rückzahlbare, nicht einzuverleibende Aushilfsdarleihen zu gewähren.

3. Den seinerzeitigen weiteren Berichten des Magistrates wird entgegengesehen.

St.-R. Boschan beantragt, zur Vertheilung an die vom Magistrate in dem Berichte vom 15. Juli 1892, Z. 115604, specificierten, durch die Überschwemmung geschädigten Küchengärtner des XI. Bezirkes eine Subvention von zusammen 2000 fl. zu bewilligen.

St.-R. Noske beantragt mit Rücksicht auf ein in seinen Händen befindliches, einen ähnlichen Gegenstand betreffendes Referat die Vertagung, bis sämmtliche diesfälligen Referate vorliegen, erstattet jedoch vor der Abstimmung über diesen Antrag sein Referat.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen der Küchengärtner in der Freudenau um eine Unterstützung anlässlich der Hochwasserschäden durch die Überschwemmung im Juni 1892 und beantragt, den Gesuchstellern die vom Magistrate specificierten Unterstützungsbeträge per zusammen 390 fl. zu gewähren und zur Deckung der betreffenden Auslage zur Rubrik XXXVIII 1 b einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

Über die beiden vorgenannten Gegenstände wird unter einem berathen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, nach dem Antrage des Referenten Dr. v. Billing ein unverzinsliches Darlehen, u. zw. im ersten Falle von 2600 fl., im zweiten von 390 fl. zu bewilligen.

Referent St.-R. Noske modificiert nunmehr seinen Antrag dahin: Es sei dem Magistrate zur Vertheilung von Unterstützungen unter die durch das diesjährige Hochwasser geschädigten Küchengärtner in der Freudenau ein Betrag von 300 fl. zur Verfügung zu stellen und der erforderliche Zuschusscredit zur Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen.

Bei der Abstimmung wird die Gewährung von Subventionen, und zwar im ersten Falle nach Antrag Boschan in der Höhe von 2000 fl., im zweiten Falle nach dem modificierten Referenten-Antrage in der Höhe von 300 fl., sowie die Bewilligung der betreffenden Zuschusscredite angenommen. (An den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Schlachtbrücken-Oberaufsehers im St. Marxer Schlachthause, Wilhelm Simlinger, um Verlängerung seines Krankheits-Urlaubes und beantragt, dem Bittsteller den ihm gewährten Urlaub bis inclusive 18. September 1892 zu verlängern. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen der Francisca Scharl um Bewohnungs- und Benützungsconsens für XIII., Baumgarten, Grundb.-Einl.-Z. 180 und beantragt, der Bittstellerin im Hinblicke auf das Augenscheins-Protokoll ddto. 17. August 1892 die im § 78, Punkt 3 der Bauordnung für Wien angeführte Erleichterung puncto Wohnräumen im Dachboden zu gewähren. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Neu- resp. Umpflasterung von Theilen der Brunnengasse im XVI. Bezirke und beantragt, dieses mit dem (bedeckten) Kostenbetrage von 21.311 fl. 43 kr. bezifferte Project zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines Metallic-Pflasters auf dem Platze vor der Servitenkirche im IX. Bezirke und beantragt, diese Herstellung mit dem Kostenerfordernisse per 6178 fl. 46 kr. der Firma C. Schlimp und R. Scheffel in Wien auf Grund des vorgelegten Protokollar-Offertes zum Einheitspreise von 3 fl. 90 kr. per Quadratmeter Pflasterung zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag der Gem.-Räthe Kreindl und Stiaßny puncto sanitärer Übelstände durch den Krotenbach im XIX. Bezirke und Einwölbung desselben.

Referent beantragt, diesen Bericht, wonach der Vorsteher des XIX. Bezirkes ersucht wurde, den Krotenbach vom verbauten Theile oberhalb der Obkirchergasse bis zur Ausmündung sofort räumen und desinficieren und ein künstliches Gerinne in demselben herstellen zu lassen, für welche Arbeiten der Magistrat im eigenen Wirkungskreise den nöthigen Credit bewilligte, wonach ferner das Project über die Einwölbung des Krotenbaches der Vollendung nahe ist und noch in diesem Jahre ein Theil der Einwölbung erfolgen dürfte, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective Zusicherung der Aufnahme in den

Wiener Gemeindeverband und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen:

a) Die Zuständigkeit an:

Wiedermann Leopoldine, Wirtschafterin;

Werner Valentin, Portier;

Böhm Johann, Tischler;

Pahr Anna, Kleidermacherin, und ihre zwei minderjährigen Kinder;

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Oswald Alexander, Dr. juris;

Sandor Marie, Näherin, und ihre zwei minderjährigen Kinder.

(Angenommen.)

St.-R. Moske referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective der Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

1. Es sei die Zuständigkeit gegen Erlag der entsprechenden Taxen zu verleihen an:

Zillinger Franz, k. k. Postamtsdiener;

Bittner Anton, Privatbeamter;

Wengraf Ferdinand, Ciseleurgehilfe;

Malek Josef, k. k. Polizeiagent;

Smetana Josef, Schneider;

Wellisch Ferdinand, Drechslergehilfe;

Heřmanek Ferdinand, Maschinschlossergehilfe;

Mader Mathias, Decorations- und Zimmermalergehilfe;

Frank Karl, Vorbeter und Hausbesorger;

Stöckl Johann, Färbergehilfe;

Kuranda Anton, Schneider.

2. Es sei das Ansuchen des Tischlergehilfen und Hausbesorgers Josef Hanzer um Zusicherung der Aufnahme abzuweisen.

St.-R. Baugoin beantragt, dem Letztgenannten die erbetene Aufnahms-Zusicherung zu gewähren.

Dieser Antrag wird angenommen. Im übrigen wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Genehmigung von Mehrkosten für die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen im XVII. Bezirk und beantragt, den betreffenden, budgetmäßig bedeckten Kostenanschlag per 3100 fl. 31 kr. (gegenüber dem bewilligten Betrage von 3000 fl.) zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Erben nach Josef Wolf um Fortsetzung des zwischen demselben und der Gemeinde Wien abgeschlossenen Vertrages puncto Canalräumung in Ottakring und beantragt, es sei der zwischen Josef Wolf und der Gemeinde Wien abgeschlossene Vertrag wegen Besorgung der Canalräumungsarbeiten im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Ottakring, welche mit 31. December 1892 abläuft, auf Grund des Punktes 23 der Vertragsbedingungen mit den Erben des Genannten bis zum erwähnten Termine fortzusetzen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Winter, betreffend die Aufnahme der Gewerbeabmeldungen in das Amtsblatt der Stadt Wien und beantragt, es sei dieser Antrag mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluss vom 20. Jänner 1892, Z. 128, mit welchem der gleiche Antrag des Gem.-Rathes Büsch abgelehnt wurde, aus den damals von der Redaction des Amtsblattes geltend gemachten Gründen gleichfalls abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien und beantragt, dasselbe zu verleihen an:

Brenner Josef, Privatier;

Schneider Anton, Lohnfuhrwerks- und Hausbesitzer;

Roth Jakob, Handschuhmacher. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Regatta-Vereines um Bewilligung zur Benützung der Terrasse des städtischen Donau-Strombades anlässlich der am 11. September l. J. stattfindenden Herbst-Regatta und beantragt, dem Vereine die unentgeltliche Benützung, respective die Abschließung der Terrasse und des Ganges auf den Quaimauern des Bades ausschließlich für die Mitglieder und Functionäre des Regatta-Vereines gegen Einhaltung der vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des definitiven Unterlehrers Hans Wondraschek um Verleihung der im III. städt. Waisenhause in Erledigung gekommene Hilfslehrerstelle und beantragt, dem Genannten diese Hilfslehrerstelle mit der Remuneration von jährlich 240 fl. und den sonstigen Bezügen provisorisch gegen beiderseitige einmonatliche Kündigung, und zwar vom 9. August 1892 zu verleihen, da Wondraschek wegen besonderer Dringlichkeit über Ansuchen seitens des Waisenhausleiters schon von diesem Tage an provisorisch dem genannten Waisenhause zur Dienstleistung zugewiesen wurde. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Räumung mehrerer Localitäten im städtischen Polizeigefangenhause seitens der k. k. Sicherheitswache behufs Gewinnung von Arrestlocalitäten für die städtische Abtheilung.

Referent beantragt, von dem der Gemeinde Wien bezüglich des top. Nr. 49 und 50 zustehenden Rechte des Widerrufes der Benützung durch die k. k. Polizeibehörde Gebrauch zu machen, das Zimmer top. Nr. 44 der Polizeibehörde zur Verfügung zu stellen und die Räumung der top. Nr. 49, 50, 51 und 52 aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen zu verlangen. Bei der diesbezüglichen Verhandlung ist zu betonen, dass, unbeschadet der momentanen speciellen Verfügung puncto des Zimmers top. Nr. 44 der Stadtrath auf dem mit dem Beschlusse vom 20. April 1892, Z. 710, eingenommenen Standpunkte beharrt, und dass durch die Herstellung des status quo ante in dieser Richtung kein Präjudiz geschaffen wird.

(Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der Maria Hasenöhrl um Grundentschädigung, V., Nikolsdorfergasse Nr. 41, und beantragt, für den bei diesem Hause abgetretenen Straßengrund per 58·07 m² die Schadloshaltung mit 12 fl. per Quadratmeter, sohin zusammen mit 696 fl. 84 kr. zu bestimmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der „Vienna General-Omnibus-Company" um Wasser-Einleitung in die in der Leystraße (Gruppe C, Reihe X der Donauregulierungsgründe) im II. Bezirke erbauten Stallungen und beantragt, die diesfällige Rohrstrang-Herstellung zu bewilligen und den mit dem (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von 2420 fl. adjustierten Kostenanschlag zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Rudolfshügel um Bewilligung einer Subvention zum Zwecke der Auszahlung der Gehalte an zwei active Löschmänner.

Referent beantragt:

1. Der genannten Feuerwehr eine Subvention von 900 fl. zu bewilligen, und zwar zur Bezahlung der Jahresbezüge der zwei activen Feuerwehrmänner per je 400 fl. zusammen 800 fl., sowie zur Deckung kleiner laufenden Ausgaben;

2. diese Bewilligung an die Bedingung zu knüpfen, dass die beiden Feuerwehrmänner dem städtischen Feuerwehr-Commando unterstellt werden.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, der genannten Feuerwehr ohne weitere Motivierung einfach 900 fl. Subvention zu bewilligen.

Dieser Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Altmannsdorf um Bewilligung einer Subvention per 200 fl. und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen und die Verweisung des nichtbedeckten Theilbetrages per 80 fl. auf den Reservefond.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Übernahme des Vermögens der aufgelösten freiwilligen Feuerwehr Speising.

Referent beantragt, es sei die Übernahme des Vermögens der aufgelösten freiwilligen Feuerwehr Speising, bestehend aus Löschrequisiten, Monturen und Ausrüstungsstücken im beiläufigen Werte von 4000 fl., sowie einer Telephonleitung nach Lainz und Mauer, in das Eigenthum der Gemeinde Wien zu genehmigen und zur Deckung der Passiven dieser Feuerwehr per 174 fl. 81 kr. einen Betrag in dieser Höhe (welcher budgetmäßig bedeckt erscheint) zu votieren. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Stadtbauamts-Project für die Neupflasterung der Stiftgasse in Hernals, XVII. Bezirk, von der Gürtelstraße bis zur Bergsteiggasse (Kosten 33.209 fl. 28 kr. bedeckt) und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Kreindl referiert über das Stadtbauamts-Project für die Umpflasterung der Fahrstraße am Ottakringer Marktplatze mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 17.412 fl. 11 kr. und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Umpflasterung der Burg- und Breitegasse im VII. Bezirk, von der Lastenstraße bis zur Siebensterngasse mit 5/7/9"igen, doppelt geritzten Mauthausener Steinen (Kosten 31.801 fl. 60 kr., bedeckt) und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Kothbauer um Consens zum Baue einer Einfriedungsmauer im XIX. Bezirke, Unter-Sievering, Kasgrabengasse Consc.-Nr. 178 und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk auf nachträgliche Genehmigung dieser Herstellung gegen dem, dass ein auf Kosten des Gesuchstellers grundbücherlich sicherzustellender Demolierungsrevers ausgefertigt werde, zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen im XVI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des diesfälligen Kostenanschlages per 4663 fl. 35 kr. (bedeckt). (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen in der Neuwaldeggerstraße in Gersthof und in der Weitlofgasse in Währing, XVIII. Bezirk, und beantragt, dieses mit 3371 fl. 53 kr. (bedeckt) bezifferte Project zu genehmigen und die Pflastererarbeit per 1159 fl. 83 kr. dem Contrahenten für die currenten Pflasterungen im XVIII. Bezirke, Johann Brunner, welcher sich mit der Anwendung des 25percentigen Nachlasses einverstanden erklärt und eine zweijährige Haftung übernimmt, zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Knaben-Volksschule, XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse Nr. 25 und beantragt, die Kosten dieser Beleuchtung, und zwar für die Installation per 250 fl. und für den jährlichen Gas-Mehrconsum per 60 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Schuldieners Franz Riedl um eine Remuneration für die Bedienung und Reinigung des Gasmotors bei dem im Gemeindehause Ober-Döbling, Gemeindegasse 2, befindlichen Schöpfwerke und beantragt, dem Bittsteller eine Remuneration von 60 fl. zu gewähren und den erforderlichen Zuschusscredit ad Ausg.-Rubr. XXII 6 k zu bewilligen.

St.-R. Schlechter beantragt eine Remuneration von 30 fl. pro 1892.

Dieser Antrag, welchem sich der Referent anschließt, wird angenommen.

— **derselbe** referiert über die Platzzinsbemessung für die Tischaufstellung vor dem Gasthause des Franz Kehler im XIX. Bezirke, Nussdorf, Hauptplatz 8 und beantragt, diesen Platzzins mit jährlich 50 fl. zu bemessen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Canalisierung der Grinzingerstraße im XIX. Bezirke und beantragt, es möge im Hinblicke auf den diesfalls vorgelegten Bericht des Stadtbauamtes auf diesen Antrag dermalen nicht eingegangen und die Herstellung der gedachten Canalisierung bis zu dem Zeitpunkte verschoben werden, wo die Einwölbung des Krotenbaches dortselbst durchgeführt sein wird. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des humanitären Geselligkeits-Vereines „Währinger Freundschaftsbund" um Nachsicht einer, anlässlich des Ende August l. J. abgehaltenen Gründungsfestes zu berechnenden Musik-Impostgebür und beantragt die Gewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Commandos der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Döbling um Nachsicht einer, anlässlich des Ende August l. J. abgehaltenen Gründungsfestes zu berechnenden Musik-Impostgebür und beantragt gleichfalls die Gewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Hundesteuerbeträge nach acht Parteien im VI. und VII. Bezirke pro 1889, 1891 und 1892 und beantragt die Abschreibung derselben aus den vom magistratischen Bezirksamte geltend gemachten Gründen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen

a) die Zuständigkeit an:

Horeyši Josef, Herrschaftsgärtner;
Fendrich Josef, Gastwirt und Hausbesitzer;
Weinstabl Heinrich, Küchengärtner;
Stöhr Georg, Gastwirt;
Reichling Franz, k. k. Polizeiagent, und

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Hirschel Ignaz, Kellermeister, Wein-Commissionshändler und Hausbesitzer. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Entwurf einer Versteigerungsordnung für das städtische Lagerhaus.

Zur Berathung über diesen Gegenstand wird Lagerhaus-Director Straßer beigezogen und demselben während der Debatte wiederholt das Wort ertheilt.

Referent beantragt die Genehmigung des nachstehenden Entwurfes:

Versteigerungs-Ordnung giltig vom . . . . . 1892.

Gegenstand der Versteigerung und Gebüren-begünstigung.

§ 1. Die im Lagerhause der Stadt Wien eingelagerten Waren können durch freiwillige öffentliche Versteigerungen ohne behördliche Bewilligung verkauft werden.

Diese Versteigerungen werden auf Verlangen der Einlagerer und für deren Rechnung von der Lagerhaus-Verwaltung veranstaltet und finden in den Räumen des Lagerhauses der Stadt Wien statt.

§ 2. Sie genießen die Gebürenbegünstigung des § 16, Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 28. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 64; vom Gemeinderathe ist die Nachsicht der für freiwillige Licitationen beweglicher Sachen im Gemeindegebiete von Wien bestimmten Gebüren für den Armenfond dafür gewährt.

Ansuchen.

§ 3. Das Ansuchen um Vornahme einer Versteigerung ist schriftlich an die Lagerhaus-Verwaltung zu stellen und hat in klarer und genauer Form zu enthalten:

1. Die Beschreibung und Bezeichnung der Ware.

2. Die Anzahl und Größe der Lose (Cavelinge), in welche sie getheilt wird.

3. Den Tag, an dem die Versteigerung abgehalten werden soll.

4. Die Zahlungs- und Übernahmsmodalitäten mit besonderer Hervorhebung des Umstandes, ob und welche Anzahlung bei Zuschlag zu leisten ist, und bei Waren, die im Freilager lagern, die Angabe, ob die darauf haftenden Zölle und Steuern vom Verkäufer oder Käufer zu tragen sind.

5. Den Verkaufspreis.

6. Die Angabe, ob die Versteigerung mit oder ohne Nennung des Namens des Verkäufers stattfinden soll.

§ 4. Ist über die zu versteigernde Ware ein Lagerschein ausgestellt, so muss dem Ansuchen der in bianco indossierte Lager-Besitzschein sammt dem Lager-Pfandscheine beigeschlossen sein; im Falle einer abgesonderten Übertragung des Pfandscheines ist bei der Überreichung des Ansuchens der Betrag der Pfandforderung sammt Nebengebüren bei der Lagerhauscassa zu hinterlegen. (Angenommen).

Veröffentlichung.

§ 5. Tag und Stunde der Versteigerung werden von der Lagerhaus-Verwaltung bestimmt und spätestens drei Tage vor ihrer Vornahme durch Kundmachung in der „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag im Lagerhause und an der Börse für landwirtschaftliche Producte und an der Wiener Warenbörse auf Kosten des Verkäufers veröffentlicht.

Leicht dem Verderben unterliegende Waren können schon 24 Stunden nach erfolgter Kundmachung versteigert werden.

St.-R. Noske beantragt, es seien diese Kundmachungen auch nach Thunlichkeit in das Amtsblatt der Stadt Wien aufzunehmen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt zu beschließen, es sei zur Giltigkeit der Versteigerung lediglich die Einschaltung in die „Wiener Zeitung“ nöthig.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei nur der Anschlag im Lagerhause und die Einschaltung in der „Wiener Zeitung“ nachzuweisen.

Der Referent modificiert nunmehr seinen Antrag dahin, dass die Versteigerung durch Kundmachung in der „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag im Lagerhause, nach Thunlichkeit auch durch Anschlag an der Börse für landwirtschaftliche Producte und an der Wiener Warenbörse, sowie durch Kundmachung im Amtsblatte der Stadt Wien auf Kosten des Verkäufers veröffentlicht werden soll.

Mit dieser Modification wird § 5 angenommen; die übrigen Paragraphe werden nach dem Referenten-Antrage, wie folgt, angenommen:

Ausstellung der Ware zur Besichtigung und Bemusterung.

§ 6. Die zu versteigernde Ware wird den Anordnungen des Verkäufers gemäß und auf dessen Kosten durch drei Tage, und wenn sie leicht dem Verderben unterliegt, durch einen Tag zur Besichtigung ausgestellt.

Die Ausstellung erfolgt in der Regel in der Abtheilung, wo die Ware lagert; sie kann jedoch nach Erfordernis der Raumverhältnisse, oder wenn andere Gründe dafür sprechen, auch in einem besonders dafür bestimmten Locale stattfinden.

Muster werden nur gegen schriftlichen Auftrag des Verkäufers ausgefolgt.

§ 7. Handelt es sich um die Versteigerung von im Freilager lagernden Waren, so ist für die Ausstellung, die Übertragung, die Besichtigung oder Bemusterung, die Vornahme der Versteigerung und die schließliche Hinwegbringung der Ware, soweit es die Gefällsvorschriften fordern, die Zustimmung der Gefällsorgane nothwendig; die während der Versteigerung etwa consumierten Mengen der Ware sind der Verzollung oder Versteuerung für Rechnung des Verkäufers zu unterziehen.

Vornahme der Versteigerung.

§ 8. Die Versteigerung wird je nach der Wahl des Verkäufers vom Director des Lagerhauses der Stadt Wien oder dessen Stellvertreter, von einem Notar oder von einem öffentlichen Handelsmakler geleitet.

Der Leiter der Versteigerung bestellt den Ausrufer.

Dem Lagerhaus-Director oder dessen Stellvertreter steht unter allen Umständen die Aufsicht über den Gang der Versteigerung und das Recht zu, jeden, der störend eingreifen sollte, entfernen zu lassen.

§ 9. Der formelle Vorgang bei der Versteigerung richtet sich nach den §§ 13, 14, 16 und 17 der Feilbietungsordnung vom 15. Juli 1786, Nr. 565 J. G. S.

§ 10. Die Beschreibung der Ware, die Zahlungs- und Übernahmsbedingnisse müssen genau formuliert und mit der Unterschrift des Verkäufers, oder bei Verkauf ohne Namensnennung mit der der Lagerhaus-Verwaltung versehen zur Einsichtnahme bei der Versteigerung aufliegen (Bedingnisheft) und unmittelbar vor Beginn vorgelesen werden.

§ 11. Bei Waren, die ihrer Natur nach nach Mustern, Kostproben u. dgl. versteigert werden, dürfen nur Muster vorgelegt werden, die von der Lagerhaus-Verwaltung ohne Mitwirkung des Verkäufers mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes gezogen sind; den Käufern steht es frei, ehe der Zuschlag erfolgt ist, zu prüfen, ob die Ware den Mustern gemäß ist.

Haftung.

§ 12. Die Versteigerung wird im Auftrage, für Rechnung und auf Gefahr des Einlagerers nur nach Beschreibung der Ware veranstaltet; die Lagerhaus-Unternehmung übernimmt daher sowohl in Bezug auf die Mitwirkung ihrer Verwaltung bei der Versteigerung

als auch in Bezug auf die Beschaffenheit der Ware keine andere als die im § 14 des Lagerhaus-Gesetzes vom 28. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 64, normierte Haftung und ist insbesondere in keiner Weise für etwaige Mängel der versteigerten Ware verantwortlich.

Versteigerungs-Protokoll.

§ 13. Über die Versteigerung und deren Ergebnis wird ein Protokoll aufgenommen, das von der Lagerhaus-Verwaltung zu unterschreiben und mit den vom Licitationserlöse nach Scala I zu bemessenden Stempeln zu versehen ist.

§ 14. Die Obliterierung der Stempel ist spätestens an dem der Versteigerung nächstfolgenden Werktage bei den k. k. Stempelämtern oder bei der Expositur des k. k. Hauptzollamtes im Lagerhause der Stadt Wien zu veranlassen.

Gebüren.

§ 15. Für die Mühewaltung der Lagerhaus-Verwaltung aus Anlass der Versteigerung wird unabhängig von den anderen Spesen und Gebüren eine Versteigerungsprovision von 2‰ (zwei pro mille) des erzielten Erlöses eingehoben, die aber nie weniger als fl. 10.— für eine Versteigerung, und wenn die Versteigerung länger als einen Tag dauert, nie weniger als fl. 10.— für jeden Tag betragen darf.

Die Gebür von fl. 10.— wird auch dann eingehoben, wenn die Versteigerung resultatlos ablief.

§ 16. Dem Verkäufer fallen alle aus Anlass der Versteigerung entstandenen Kosten und Gebüren und die Kosten der Abwage und Ausfolgung der Ware an den Käufer zur Last; er hat überdies den Lagerzins und die Assecuranzprämie bis zu dem festgesetzten Übernahmstage zu tragen.

Im Falle die Ware zur Versteigerung in ein abgesondertes Local übertragen wurde, ist mit der Lagerhaus-Verwaltung eine besondere Vereinbarung über die zu entrichtende Local- oder Lagermiete zu treffen.

Zahlung.

§ 17. Die während der Versteigerung geleisteten Zahlungen werden von einem Organe der Lagerhaus-Verwaltung in Empfang genommen und an die Lagerhauscassa abgeführt; die nach den Verkaufsbedingnissen bei der Übernahme zu leistenden Zahlungen sind unmittelbar an der Lagerhauscassa zu entrichten.

Nach Abzug der auf der versteigerten Ware haftenden Zölle, Steuern, Gebüren, Spesen und Pfandforderungen wird der verbleibende Rest des Erlöses dem Verkäufer ausgehändigt.

Übernahme der Ware.

§ 18. Die versteigerte Ware ist an dem in den Versteigerungsbedingnissen bestimmten Tage oder in Ermanglung einer solchen Bestimmung spätestens drei Tage nach dem Verkauf zu übernehmen.

§ 19. Werden Waren, die nach einem eigens für die Versteigerung bestimmten Locale übertragen wurden, nicht binnen drei Tagen nach der Versteigerung bezogen, so kann sie die Lagerhaus-Verwaltung auf Kosten des Eigenthümers aus dem Versteigerungslocale wegschaffen und in einem anderen Lagerraume unterbringen lassen.

Waren, die bei der Versteigerung auf ihrem ursprünglichen Lagerplatze verblieben und nicht bis zum festgesetzten Übernahmstage bezogen wurden, können auf Kosten des Erstehers umgewogen und für dessen Rechnung weitergelagert werden.

Leicht dem Verderben unterliegende Waren müssen an dem der Versteigerung nächstfolgenden Werktage bezogen werden.

Schlussbestimmung.

§ 20. Diese Versteigerungs-Ordnung bietet einen Anhang und integrierenden Bestandtheil des Reglements des Lagerhauses der Stadt Wien. — —

Am Schlusse der Berathung der vorstehenden Versteigerungs-Ordnung wird nocheine stilistische Änderung in § 2 derselben beschlossen, so dass § 2 zu lauten hat:

§ 2. Sie genießen die Gebürenbegünstigung des § 16, Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 28. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 64; vom Gemeinderathe ist für dieselben die Nachsicht der für freiwillige Licitationen beweglicher Sachen im Gemeindegebiete von Wien bestimmten Gebüren für den Armenfond gewährt.

St.-R. Wurm referiert über die Projectskizzen des Stadtbauamtes für die Herstellung eines Riegelwandbaues zur Unterbringung der Krankentransportmittel in Hernals.

Referent beantragt die Errichtung eines Riegelwandbaues nach der Projectskizze C auf dem städtischen Grunde Grundb.-Einl. Z. 1569, Cat.-Parc. $\frac{504}{1}$, gegenüber der Ziegelei an der Ecke der Gschwandner- und verlängerten Karlsgasse im XVII. Bezirk als Depot für die zum normalen Krankentransporte bestimmten Transportmittel im beiläufigen Kostenerfordernisse von 2340 fl., sowie die Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond zu genehmigen und gleichzeitig für dieses Bauobject die Baubewilligung zu ertheilen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Paula Lang um Baubewilligung VI., Laimgrubengasse 12, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses, und zwar mit Rücksicht auf den Umstand, als das vorliegende Bauproject die Abtheilung der Baustelle Einl.-Z. 500, VI. Bezirk, auf zwei Baustellen involviert, gegen dem, dass die Bauwerberin die politische Trennungsbewilligung unter Vorlage der Pläne binnen sechs Wochen anzusuchen hat, zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des C. und R. Wenzl um Baubewilligung III., Reisnerstraße 9, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Genehmigung der Thorportal- und Risalitanlage mit 0·35, respective 0·15 m Vorsprung über die Baulinie der 15·17 m breiten Reisnerstraße gegen Abzug der hiefür erforderlichen Fläche per 1·777 m² von dem schadlos zu haltenden Grunde zu bestätigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des C. und R. Wenzl um Baubewilligung III., Beatrixgasse Nr 21, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Genehmigung der Thorportal- und Risalitanlage mit einem Vorsprunge von 0·35, respective 0·15 m über die Baulinie der 15·17 m breiten Reisnerstraße und Beatrixgasse gegen Abzug der hiefür erforderlichen Fläche per 3·09 m² von dem schadlos zu haltenden Grunde zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Michael Boglmayer gegen den ihm vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk ertheilten Auftrag zur Herstellung von zwei neuen gemauerten Aborten in seinem Hause XII., Lainzerstraße 18 und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Dienstes-Resignation des Kanzlei-Praktikanten Karl Gröbner und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Baugoin referiert über rückständige Beerdigungs-Gebüren und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit:

a) Nach 24 Parteien im XVI. Bezirke;
b) nach 13 Parteien im XI. Bezirke;
c) nach 88 Parteien im X. Bezirke. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Heilig Josef, Portier;
Winkler Anton, Schuhmacher;
Kaßekert Katharina, Bedienerin;
Hoffmann Hugo, Buchdrucker;
Ernst Ludwig, Buchdrucker;
Schlumpf Theresia, Dienstmagd;
Böck Bruno, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Uhlik Franz, Claviertischlergehilfe;
Baierl Johann, Drechsler;
Urwalek Johann, Drechslergehilfe;
Wolf Karl, Werkführer;
Kobinger Karl, Bronzewaren-Erzeuger;
Hanf Heinrich, Schlosser;
Janisch Franz, Orgelbauer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Beerdigungsgebüren nach 25 Parteien im III. Bezirk und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit mit Ausnahme jener nach Marie Hammermayer, bezüglich welcher vorerst Erhebungen zu pflegen sind. (Angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert in Betreff der Herstellung eines provisorischen Sanitätsrequisitendepots sammt Wachlocale auf dem städtischen Grunde IV., Gusshausstraße 4 und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über den Bericht des Stadtanwaltes Dr. Oskar Schmitt, womit das Erkenntnis des k. k. Oberlandesgerichtes ddto. 24. August 1892, Z. 9562, in der Besitzstörungsklage des A. C. Rosenthal und Consorten noe. „Fischerinnung" in Albern puncto Fischerei dortselbst vorgelegt wird.

Referent beantragt, dieses Erkenntnis, mit welchem die Kläger conform der erstinstanzlichen Entscheidung abgewiesen wurden, zur Kenntnis zu nehmen und den Stadtanwalt zu ermächtigen, bei der Abgabe einer Erklärung dahin, dass die Kläger das freie und unbeschränkte Eigenthum des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf an dem Fischereirechte in dem einst an die Gemeinde Albern verpachteten Gebiete anerkennen und sich verpflichten, sich jeder Beschränkung dieses Rechtes, sei es im Wege eines petitorischen Rechtsstreites, sei es durch Fischen selbst, für immer zu enthalten, in dem Besitzstörungsprocesse von dem weiteren Verfahren puncto Einbringung des Pönales per 100 fl. abzustehen. Mit der weiteren Verwertung der Fischereirechte sei bis nach Einlangen dieser Erklärung zuzuwarten.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, es sei für den Fall, als die vom Stadtanwalte beantragte Erklärung nicht gegeben werden sollte, auf der Bezahlung des Pönales zu bestehen.

Mit diesem Zusatze, welchem sich der Referent anschließt, wird der Referenten-Antrag angenommen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Über Auftrag der k. k. n.-ö. Statthalterei ddto. 25. August 1892, Pr.-Z. 5473, wird Nachstehendes zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

(Schiffsjungen-Schule der k. u. k. Kriegsmarine.)

Die Schiffsjungen-Schule hat den Zweck, die als Schiffsjungen aufgenommenen Knaben zu tüchtigen Matrosen heranzubilden und sie zu befähigen, die höheren Unterofficiersgrade in den Specialitäten des Deck- und Artillerie-, Torpedo- und Minen-, sowie des Steuerdienstes erreichen zu können.

Als Schiffsjungen in die k. u. k. Kriegsmarine werden Jünglinge aufgenommen, welche das fünfzehnte Lebensjahr zurückgelegt und das siebzehnte nicht überschritten haben, vollkommen gebrechenfrei sind, feste Gesundheit und gutes Sehvermögen haben und ein unbeanständetes Vorleben nachweisen.

Die Gesuche um Aufnahme als Schiffsjunge sind stempelfrei an das „k. u. k. Militär-Hafen-Commando zu Pola" durch das dem Domicil des Bittstellers nächstgelegene Ergänzungsbezirks-Commando zu leiten.

Jedem Gesuche ist beizulegen:

a) der Heimatschein,
b) der Tauf- oder Geburtsschein,
c) das von einem graduierten activen Militär- oder Marine-Arzt, im Sinne der Instruction zur ärztlichen Untersuchung der Aspiranten für die Aufnahme als Schiffsjungen, ausgestellte ärztliche Zeugnis,
d) ein Zeugnis über das unbeanständete sittliche Vorleben, welches von der zuständigen politischen Behörde ausgestellt wird,
e) das Entlassungs- oder Abgangs-Zeugnis einer öffentlichen Volksschule, eventuell, wenn kein solches Zeugnis beigebracht werden kann, der Nachweis, auf welche Art der Bewerber gewerblich beschäftigt war, welches Handwerk oder welche Kunst er gelernt oder erlernt hat,
f) der von der politischen Bezirksbehörde (Bezirksbeamten) bestätigte Revers, betreffend die Verpflichtung zum Präsenzdienste.

In dem Gesuche sind die Familienverhältnisse des Aspiranten mit besonderer Berücksichtigung des Umstandes anzugeben, ob der Aspirant einziger Sohn, einziger Enkel ist, oder im Falle gänzlicher Verwaisung des Aspiranten, ob Geschwister am Leben sind und in welchem Alter dieselben stehen.

Um die Aufnahme von Schiffsjungen aus den Küstenländern zu erleichtern, werden die Kriegsmarine-Ergänzungsbezirks-Commanden, sowie die Commanden der an der Küste stationierenden und kreuzenden k. u. k. Schiffe, solchen Knaben, welche bei denselben die Bitte um Aufnahme als Schiffsjungen einbringen, die nöthige Belehrung und Unterstützung in der Beibringung der erforderlichen Gesuchsbeilagen gewähren, eventuell denselben das militärärztliche Zeugnis durch einen Militärarzt, beziehungsweise den Schiffsarzt, und ein Certificat über ihre sonstige Befähigung je nach Befund ausstellen lassen.

K. u. k. Schiffe, welche die heimatliche Küste auf der Rückreise nach dem Centralhafen berühren, sind überdies ermächtigt, Knaben, welche die Bitte um Aufnahme unter Vorlage

1. des Heimatscheines,
2. des Tauf- oder Geburtsscheines,
3. des Zeugnisses über das Vorleben,
4. des Reverses und
5. des Entlassungs- oder Abgangs-Zeugnisses der Schule, oder Beschäftigungsnachweises schriftlich bei denselben einbringen, sofort in Verpflegung zu nehmen, sobald der Schiffsarzt die physische Tauglichkeit constatiert hat. Die diesbezüglichen Gesuche sind in solchen Fällen erst nach dem Eintreffen im Centralhafen dem k. u. k. Militär-Hafen-Commando zur Entscheidung vorzulegen.

Da den Schiffsjungen lediglich die Erreichung der höheren Unterofficiersgrade, nicht aber jene der See-Cadetten- und See-Officiers-Charge in Aussicht gestellt werden kann, sind principiell solche Elemente von der Aufnahme in die Schiffsjungen-Schule ausgeschlossen, deren Familienverhältnisse oder bessere Vorbildung in späteren Jahren Unzufriedenheit mit der erlangten Stellung befürchten lassen.

Die Aufnahme der Schiffsjungen geschieht in der Regel im Monate August, da das Schuljahr mit 1. September beginnt. Die Einreichung der Gesuche hat im Monate Juli stattzufinden. Nur im Falle, dass Stellen frei sind, werden auch Gesuche, welche außer dieser Zeit einlaufen, berücksichtigt.

Wenn das k. u. k. Militär-Hafen-Commando die Aufnahme zugesteht, so werden die betreffenden Aspiranten hievon durch ihre Ergänzungsbezirks-Commanden in Kenntnis gesetzt und durch dessen Vermittlung nach Pola abgesendet. — Die Kosten für den Transport trägt das Marine-Arar, welches überhaupt von diesem Zeitpunkte angefangen die volle Obsorge für den Aspiranten übernimmt, so dass dessen Angehörigen keinerlei Auslagen für denselben mehr erwachsen. Sollte die nach dem Eintreffen in Pola stattfindende Überprüfung hinsichtlich der körperlichen Eignung des Aspiranten das Resultat der Nichteignung ergeben, so wird derselbe sogleich seinen Angehörigen auf Kosten des Marine-Arars zurückgestellt.

Jeder Junge wird bei seinem Eintritte mit den zur vollständigen Bekleidung nöthigen Montursorten für die Winter- und Sommerzeit, sowie mit den nothwendigen Requisiten versehen, und werden auch die nöthigen Nachschaffungen auf Rechnung des Arars verfügt.

Jeder Junge erhält die volle Verpflegung, das für Montursnachschaffungen bestimmte monatliche Montursp auschale und eine monatliche Löhnung von 4 fl. 20 kr., welche von dem vorgesetzten Officier

verwaltet wird. Von dieser Löhnung werden die Auslagen für Reinigung der Wäsche, für Instandhaltung der Proprietäten u. s. w. bestritten, und bleibt den Jungen genügend Geld für ihre Unterhaltungen, Tabak u. s. w. übrig. Die nach Abschlag dieser Auslagen verbleibenden Ersparnisse werden aufbewahrt und dem Jungen bei seiner Assentierung bar ausbezahlt, so dass erfahrungsgemäß ein jeder bei der Ausmusterung aus dem Institute, je nach dessen Schonung seiner Monturen, eine bare Summe von beiläufig 25 fl. zur eigenen Verfügung auf die Hand erhält.

An Bord des Schulschiffes erhalten die Jungen den für ihren Beruf nothwendigen theoretischen und praktischen Unterricht. Dieselben werden zur strengsten Ordnung und Reinlichkeit angehalten und ihrer gedeihlichen Entwicklung in physischer und moralischer Beziehung eine stete Aufmerksamkeit zugewendet. Für die Sanitätspflege ist ein eigener Arzt an Bord eingeschifft, welcher sich durch wöchentlich mindestens einmal stattfindende Untersuchungen von dem Gesundheitszustande eines jeden überzeugt und bei Krankheitsfällen sofort die entsprechenden sanitären Maßregeln trifft.

Sämmtliche Unterrichtsmittel nnd Schulbedürfnisse werden vom Ärar beigestellt und befindet sich überdies zur Förderung der intellectuellen Bildung der Jungen eine Bibliothek an Bord des Schulschiffes.

Die Schule ist in zwei Jahrgänge eingetheilt. Der Schulcurs beginnt mit 1. September.

Die Ausbildung der Jungen ist in der Regel in zwei Jahren beendet, wenn der Eintritt mit Beginn des Schuljahres oder wenigstens nicht länger als drei Monate nach demselben erfolgt ist. Jungen, welche der deutschen Sprache oder des Lesens und Schreibens unkundig sind, werden vorerst in einem Vorbereitungscurse zusammengestellt, in welchem sie in der Regel ein Jahr verbleiben, um sodann in den I. Jahrgang aufzusteigen. Die Ausbildung solcher Jungen beansprucht somit gewöhnlich drei Jahre.

In den Monaten April, Mai bis Mitte Juni sind die Jungen des I. und II. Jahrganges auf den Exercierschiffen eingeschifft, mit welchen allwöchentlich Kreuzungen in See zur Durchführung der praktischen Übungen vorgenommen werden.

Schiffsjungen, welche wegen schlechter Aufführung den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, werden nach vorangegangener Warnung und fruchtlosem Ablaufe einer zugestandenen Besserungsfrist, wenn sie das siebzehnte Lebensjahr erreicht haben und die körperliche Tauglichkeit besitzen, auch während des Schuljahres, ohne Rücksicht auf die Fortschritte ihrer Ausbildung, als Matrosen IV. Classe assentiert; oder in dem Falle, wo die für den freiwilligen Eintritt vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorliegen, ein weiteres Belassen in der Schule aber entschieden von verderblichem Einflusse auf die Sittlichkeit der übrigen Jungen wäre, entlassen und ihren Angehörigen zurückgestellt.

In der zweiten Hälfte des Juni finden die Schlussprüfungen statt, welche für den II. Jahrgang für die Ausmusterung, für den I. Jahrgang und die Jungen des Vorbereitungscurses für das Aufsteigen in den höheren Jahrgang ausschlaggebend sind.

Der Schluss des Schulcurses ist am letzten Juni.

Am 1. Juli beginnen die größeren Übungsfahrten mit den Exercierschiffen, an welchen die Jungen des I. und II. Jahrganges theilnehmen. Für die Jungen des II. Jahrganges bildet diese Reise den Schluss ihrer Ausbildung als Jungen.

Nach Beendigung der Übungsreise (12. August) kann den Jungen, welche den Vorbereitungscurs oder den I. Jahrgang mit gutem Erfolge absolviert haben und deren Aufführung eine befriedigende war, auf Wunsch ihrer Angehörigen ein Urlaub in der Dauer von zwei Wochen ertheilt werden, wobei sich die Angehörigen in dem diesfalls an das Commando des Jungen-Schulschiffes zu richtenden (stempelfreien) Urlaubsgesuche verpflichten müssen, die Jungen während des Urlaubes entsprechend zu überwachen und sie rechtzeitig einrücken zu machen. Durch jedes verspätete Einrücken wird der Anspruch auf die Beurlaubung für das folgende Jahr verwirkt.

Wenn es von den Angehörigen gewünscht wird, kann die Beförderung in die Heimat und zurück mittelst des Militärtransportes erfolgen. Die Reisekosten, Verpflegung und sonstigen Auslagen müssen jedoch in diesem Falle von den Angehörigen bestritten werden. Die während der Ferien auf dem Schulschiffe anwesenden Jungen verbleiben daselbst in Gebür und Verpflegung und werden mit Wiederholung des theoretischen Unterrichtes und mit praktischen Übungen entsprechend beschäftigt.

Die Schüler des II. Jahrganges, welche mit genügendem Erfolge absolvieren, treten als Matrosen II. Classe, jene, welche nach dem Ergebnisse der Schlussprüfung den Anforderungen an die Ausbildung, sowie hinsichtlich ihrer Conduite nicht entsprechen, hingegen als Matrosen IV. Classe aus. Jene Jungen des II. Jahrganges, welche in der körperlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, oder das siebzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bleiben bis zur Erlangung der körperlichen Eignung, respective des siebzehnten Lebensjahres an Bord des Schulschiffes zurück, worauf deren Assentierung erfolgt.

Die als Matrosen II. Classe Assentierten werden zu einer einjährigen See-Campagne auf die Schiffe der Flotte bestimmt, und zwar sind die bestqualificierten Matrosen II. Classe in der für diese Soldclasse durch die Bemannungsliste festgesetzten Anzahl auf das Schiff einzuschiffen, welches die Instructionsreise mit den See-Cadetten nach Beendigung des Marine-Akademie-Curses unternimmt, alle übrigen jedoch auf Schiffe im Escadre-Verband.

Vor dieser Einschiffung haben sie Anspruch auf eine vierwöchentliche Beurlaubung in die Heimat, im Falle dieselbe nicht infolge Überschreitung des vorjährigen Urlaubes verwirkt wurde, und können diejenigen, welche hievon Gebrauch machen wollen, in den Urlaubsort oder thunlichst nahe zu demselben sowie zurück, im Wege des Militär-Transportes auf ärarische Kosten befördert werden.

Diejenigen Matrosen II. Classe, welche aus den früher angegebenen Ursachen später zur Assentierung gelangten, werden nach Beendigung ihres Urlaubes bei der nächst sich ergebenden Gelegenheit auf die Dauer eines Jahres auf ein Schiff der Flotte eingeschifft.

Dem Matrosen II. Classe gebürt außer der vorgeschriebenen Verpflegung und dem für alle Mannschaftsgrade gleichen Monturspauschale von 2 fl. 70 kr. monatlich, eine monatliche Löhnung von 8 fl. 40 kr. Während dieser einjährigen See-Campagne kann die Beförderung zum Matrosen I. Classe erfolgen, welcher eine monatliche Löhnung von 10 fl. 50 kr. bezieht; auch können solche, welche eine besondere Tüchtigkeit gezeigt haben, vor ihrer Ausschiffung zu Marsgasten (Corporal) mit der monatlichen Löhnung von 12 fl. 60 kr. ernannt werden.

Nach Beendigung dieser Einschiffung erfolgt, unter thunlichster Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche, die Eintheilung für die verschiedenen Specialitäten, nämlich für den Deck-, Steuer-, Artillerie-, Torpedo- und Minen-Dienst. Die für die letzten drei Specialitäten Bestimmten werden auf die betreffenden Schulschiffe zur Hörung des Vormeister-, beziehungsweise Torpedo- oder Minenvormänner-Curses eingeschifft.

Nach Absolvierung des Curses mit gutem Erfolge erfolgt die Ernennung zum Vormeister, resp. Torpedo- oder Minenvormann. Mit diesem Dienste ist auf in Dienst gestellten Schiffen der Flotte eine monatliche Zulage von 3 fl. verbunden.

Nach einer erneuerten Einschiffung können sich die Vormeister, beziehungsweise Torpedo- oder Minenvormänner, wenn sie mindestens Matrosen I. Classe geworden sind, zum Instructoren-Curse melden. Nach Absolvierung dieses Curses mit gutem Erfolge wird der Betreffende zum Instructor in seiner Specialität ernannt, wenn er bereits die Charge eines Marsgasten besitzt. Die Matrosen I. Classe erhalten die Qualification als Instructoren und werden, wenn sie binnen Jahresfrist in die Marsgasten-Charge befördert werden, zu solchen ernannt.

Mit der Ausübung des Dienstes als Instructor auf in Dienst gestellten Schiffen der Flotte ist eine monatliche Dienstzulage von 5 fl., als Instructor auf den Schulschiffen eine solche von 8 fl. verbunden.

Bei zufriedenstellender Dienstleistung und nach Erfüllung der diesfalls vorgeschriebenen Bedingungen erfolgt successive die Beförderung vom Marsgasten zum Quartiermeister (Corporal mit höherer Löhnung), resp. im Steuerdienste vom Steuergasten zum Steuerquartiermeister, mit der monatlichen Löhnung von 14 fl. 70 kr., und vom Quartiermeister zum Bootsmannsmaat (Führer), resp. im Steuerdienste vom Quartiermeister zum Steuermannsmaat mit der monatlichen Löhnung von 21 fl.

Diejenigen Instructoren, welche die Charge eines Bootsmannsmaaten erreicht haben und während wenigstens 18 Monaten als Instructoren auf in Dienst gestellten Schiffen der Flotte, beziehungsweise bei Minen-Commanden, mit gutem Erfolge in Verwendung standen, werden in den Meister-Curs ihrer betreffenden Specialität aufgenommen und nach guter Absolvierung des Curses zu Geschütz-, beziehungsweise Torpedo- oder Minen-Meistern ernannt.

Mit der Ausübung dieses Dienstes auf in Dienst gestellten Schiffen der Flotte, respective bei Minen-Commanden ist eine monatliche Zulage von 8 fl. verbunden.

Im allgemeinen kann angenommen werden, dass jedem vom Jungen-Schulschiffe ausgemusterten Matrosen die Möglichkeit geboten ist, während seiner sechs- bis siebenjährigen Dienstpflicht die Charge eines Bootsmannsmaaten (Steuermannsmaaten), mindestens aber die eines Quartiermeisters (Steuerquartiermeisters) zu erreichen.

Die Betheilung mit der Dienstesprämie erfolgt nach Vollstreckung der mittelst Revers eingegangenen Präsenz-Dienstverpflichtung, und zwar für Bootsmannsmaaten in dem Betrage von 17 fl., für Quartiermeister und Marsgasten von 14 fl. monatlich, so dass die Gebürne eines ausgemusterten Jungen, nach vollstreckter sechs- bis siebenjähriger Dienstpflicht, als Bootsmannsmaat, sich auf folgenden Betrag summieren können: Löhnung 21 fl., Dienstzulage als Instructor 8 fl., monatliches Monturspauschale 2 fl. 70 kr., hiezu Dienstesprämie 17 fl., somit in Summe 48 fl. 70 kr. monatlich, sowie die vollständig freie Verköstigung und Unterkunft.

Den über die eingegangene Dienstespflicht freiwillig weiter Dienenden steht, nach Erfüllung der diesfalls vorgeschriebenen Bedingungen und nach Maßgabe der Aperturen, die successive Beförderung in die Chargen der pensionsfähigen Unterofficiere offen. Diese Chargen sind: Unterbootsmann, respective Untersteuermann (Feldwebel) mit der monatlichen Löhnung von 38 fl., Bootsmann, respective Steuermann mit der monatlichen Löhnung von 48 fl. und Oberbootsmann, respective Obersteuermann mit der monatlichen Löhnung von 58 fl.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 4. bis 10. September 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 192.816 Kg. (Davon aus Nieder-Österreich — 150.157, aus Ober-Österreich — 602; aus Mähren — 14.299; aus Galizien — 25.838; aus Ungarn — 1920 Kg.)

Kalbfleisch . . .	7.964 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 3209; aus Mähren — 42; aus Galizien — 4713 Kg.)
Schaffleisch . .	8.432 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 180; aus Mähren — 122; aus Galizien — 8130 Kg.)
Schweinfleisch .	22.162 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 20.184; aus Mähren — 1107; aus Galizien — 683; aus Ungarn — 188 Kg.)
Kälber	788 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 2; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — 35; aus Galizien — 743; aus Ungarn — 6 St.)
Schafe	661 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 406; aus Galizien — 255 St.)
Schweine . . .	176 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 69; aus Mähren — 12; aus Galizien — 95 St.)
Lämmer	2 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 1; aus Galizien — 1 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	1.705 Kg.	Kälber	21 Stück
Kalbfleisch . . .	8 „	Schafe	8 „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	317 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 38	bis 72	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 54	„ 110	„ „ „
Kalbfleisch		„ 48	„ 80	„ „ „
Schaffleisch		„ 30	„ 54	„ „ „
Schweinfleisch		„ 54	„ 74	„ „ „
Kälber		„ 51	„ 64	„ „ „
Schafe		„ 28	„ 44	„ „ „
Schweine		„ 54	„ 64	„ „ „

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche stärker und haben bei lebhaftem Marktverkehre sich im allgemeinen die vorwöchentlichen Preise behauptet.

* * *

(Pferdemarkt vom 9. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 536 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—320 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 30—70 fl. „ „

Der Markt war äußerst lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 4. bis 10. September 1892:

(Geschlachtet wurden 148 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	vom Pferde	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten . .		1 „	24—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—48 „
Dürre Würste		1 „	32—56 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 2—4.—
Häute		per St.	„ 3—6.50

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 12. September 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 2728, Weidevieh — 695, Beinlvieh — 808.

Summa . 4231.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2207
Galizische „ . . .	655
Deutsche „ . . .	1268
Büffel „ . . .	101

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3308
Stiere	460
Kühe	463

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 58	bis 65	fl.
(extrem	„ —	„ —	„)
Galizische Schlachtthiere	„ 56	„ 65	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 57	„ 66	„
(extrem	„ 66 ½	„ 67	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Umschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Procentabzug:

Ochsen . .	von 21	bis 33	fl.
Stiere . .	„ 24	„ 37	„
Kühe . . .	„ 26	„ 34 ½	„
Büffel . .	„ 23	„ 30 ½	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 30 bis 106 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	26 Stück
Beinlvieh	13 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 384 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwächeren Auftriebes ziemlich lebhaft, daher die Preise eine Steigerung von 2 fl. per 100 Kilo erfahren haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. September 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 75—80 Kg.) . .	von	7 fl. 50 kr.	bis	8 fl. 40 kr.
Roggen	(„ 71—74 „) . .	„	6 „ 65 „	„	7 „ — „
Gerste		„	5 „ 40 „	„	8 „ 50 „
Mais		„	5 „ 30 „	„	6 „ — „
Hafer		„	5 „ 90 „	„	6 „ 65 „

per 100 Kg.

b) Mahlproducte.

Gries	von	15	fl.	—	kr.	bis	16	fl. 50	kr.
Weizenmehl	„	6	„	—	„	„	16	„ —	„
Roggenmehl	„	8	„	—	„	„	13	„ 50	„
Weizenkleie	„	3	„	90	„	„	4	„ 15	„
Roggenkleie	„	4	„	80	„	„	5	„ —	„

per 100 Kg.

Städtisches Lagerhaus.

2. September bis 8. September 1892:

Waren eingelagert . . . . . 38.130 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 27.434 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.113 Meter-Centner.

Lagerstand vom 8. September 1892: 302.614 Meter-Centner, und zwar:

37.242	Meter-Centner	Weizen,	18.695	Meter-Centner	Roggen,
42.730	„	Gerste,	18.751	„	Hafer,
89.735	„	Mais,	20.131	„	Ölsaaten,
4.999	„	Mehl u. Kleie,	5.557	„	Wein,
11.557	„	Zucker,	5.340	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,161.800 fl. öst. Währ.

Militärangelegenheiten.

(Control-Versammlungen der Urlauber, Reservemänner, Ersatzreservisten, sowie der Seewehr für das Jahr 1892.)

Die Control-Versammlungen der Urlauber, Reservemänner, Ersatzreservisten, sowie der Seewehr, welche **am 15. October** beginnen und **am 15. November** enden, werden in der **Artillerie-Kaserne am Rennweg** abgehalten.

Der Contralact beginnt an Wochentagen **um 8 Uhr früh**, an Sonn- und Feiertagen **um 10 Uhr vormittags**, und hat sich die controlpflichtige Mannschaft, mit ihren **Militärpässen und polizeilichen Meldzetteln** versehen, um die genannte Stunde pünktlich einzufinden.

Zur Controle in Wien sind berufen:

Alle in den 19 Bezirken Wiens wohnhaften dauernd Beurlaubten, Reservemänner und Ersatzreservisten sämmtlicher Truppenkörper und Anstalten des stehenden Heeres und der Kriegsmarine, sowie die Angehörigen der Seewehr, ohne Unterschied, ob dieselben hier zuständig sind oder sich nur zeitweilig hier aufhalten.

Ausgenommen sind:

a) Die Candidaten (und Zöglinge) des geistlichen Standes;

b) diejenigen, welche im laufenden Jahre in activer Dienstleistung gestanden sind oder die militärische Ausbildung oder Waffenübungen mitgemacht haben;

c) diejenigen, welche im laufenden Jahre zur activen Dienstleistung, militärischen Ausbildung oder Waffenübung eingerückt waren und krankheitshalber oder behufs Superarbitrierung wieder in das nichtactive Verhältnis rückversetzt wurden;

d) die mit Certificat betheilten, dauernd beurlaubten Unterofficiere, welche in öffentlichen Bedienstungen bleibend oder provisorisch angestellt sind;

e) die in Untersuchungs- und Strafhaft Befindlichen, dann die einer Zwangsarbeits-(Corrections-)Anstalt Überwiesenen;

f) die mit Seereisebewilligungen oder mit Auslands-Reisepässen Betheilten, wenn sie thatsächlich eingeschifft sind oder sich im Auslande befinden;

g) die zur Zeit der Control-Versammlung bei der Gendarmerie Dienenden;

h) die dauernd Beurlaubten und Ersatzreservisten in dem Jahre, in welchem sie assentiert wurden.

Die Belehrung über die Art der Einbringung von Enthebungsgesuchen ist im Militärpasse enthalten.

Jeder zur Control-Versammlung Verpflichtete hat bei derselben **persönlich** zu erscheinen; eine Stellvertretung ist somit nicht gestattet.

Es wird hiemit insbesonders und ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass die Einberufung zu den Control-Versammlungen sowohl für die Evidenzzuständigen, wie für die Fremden nur mittelst öffentlicher Kundmachungen und nicht durch Zustellung von Einberufungskarten erfolgt.

Demnach hat jeder zur Controle Verpflichtete die in dieser Kundmachung für die einzelnen Truppenkörper festgesetzten Tage auf das genaueste einzuhalten und rechtzeitig zu erscheinen, ohne eine Einberufungskarte abzuwarten.

Die in den Bezirken I bis inclusive XIX wohnhaften dauernd Beurlaubten, Reservemänner und Ersatzreservisten der einzelnen Truppenkörper haben sich bei der Controle in der in der öffentlichen Kundmachung aufgeführten Ordnung einzufinden.

Die Nichtbefolgung der in dieser Kundmachung verlautbarten Anordnungen, sowie das Nichterscheinen bei der Controle zieht die Behandlung nach den Militär-Disciplinar-Strafvorschriften nach sich.

Bei der Nachcontrole, welche am 21., 22., 23., 24. und 25. November in obbezeichneter Kaserne stattfindet, und bezüglich welcher eine specielle Verlautbarung erfolgt, wird nur jene Mannschaft straffrei zugelassen, welche das Nichterscheinen bei der Hauptcontrole durch ein legales Document genügend zu rechtfertigen vermag.

Sanitätsangelegenheiten.

(Verschärfung der Lebensmittelpolizei.)

Es kommt häufig vor, dass die verschiedensten Nahrungs- und Genussmittel in den Schaufenstern der Verkaufslocale, ja sogar auf offener Straße unbedeckt feilgehalten werden. Nachdem dieselben hiedurch Verunreinigungen durch Staub, schädliche organische Substanzen aller Art, sowie durch Insecten ausgesetzt sind und infolge dessen in kürzerer Zeit der Verderbnis unterliegen, wodurch sie gesundheitsschädlich und zum Genuss ungeeignet werden, hat die k. k. n.-ö. Statthalterei den Magistrat aufgefordert, den Organen der Marktpolizei die strengste Überwachung des Verkaufes von Nahrungsmitteln einzuschärfen und zu verfügen, dass die Schaustellung ungenügend verwahrter Nahrungsmittel vermieden und für die peinlichste Reinhaltung der Verkaufslocale gesorgt werde. Bei Nichtbefolgung dieser Anordnung ist mit aller Strenge gegen die Schuldtragenden vorzugehen.

Ferner hat die k. k. n.-ö. Statthalterei im Hinblicke auf die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 2. Juni 1877, R.-G.-Bl. Nr. 43, den Magistrat beauftragt, das Marktcommissariat zur strengsten Überwachung anzuweisen, dass Esswaren unmittelbar nur in unbedrucktes und unbeschriebenes, reines Papier eingewickelt werden.

Schließlich ist mit Rücksicht darauf, dass die Weisungen bezüglich des Transportes des Fleisches auf Wägen nicht immer genau beachtet werden und es insbesondere vorkommt,

dass das Fleisch auf den Wägen so gelegt oder aufgehängt wird, dass es nahezu den Straßenboden oder doch die Wagenräder berührt und dadurch verschiedenartigen Verunreinigungen ausgesetzt wird, von derselben Behörde der Auftrag ergangen, dass die betreffenden Bestimmungen den Geschäftsleuten unverzüglich in Erinnerung gebracht und für die wirksame Durchführung derselben Sorge getragen werde.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate August 1892 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . . 339
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen 84
Durchschüblinge 266
Gesammtzahl . 689

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 1. September 1892.

(Fortsetzung.)

Feldner Hyacinth — Modistengewerbe — VIII., Skodagasse 6.
Fromm Franz — Musikalienhändler — V., Hundsthurmerstraße 108.
Kovarik Georg — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — X., Leebgasse 11.
Lewicky Heinrich — Verschleiß von Schmirgelwaren — VII., Neubaug. 7.
Palicar Jakob — Schuhwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Ganstererg. 9.
Leitgeb Anton — Stadtträger — VII., Mariahilferstraße, Ecke der Stiftg.
Ruhland Franz — Steinmetzgewerbe — XVIII., Währing, Wienerstr. 59.
Siegl Michael — Tapezierergewerbe — X., Sonnwendgasse 26.
Mayer Magdalena — Victualien-Verschleiß — IX., Eisengasse 16.
Steffel Anna — Wäscheputzerei — XVIII., Währing, Weinberggasse 19.
Banič Magdalena — Wein-Verschleiß — XVIII., Währing, Hauptstr. 31.
Springer Richard — Zuckerbäcker — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 49.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. September 1892.

Bröse Rudolf — Bronzearbeiter — VII., Lerchenfelderstraße 69.
Parmes Leon — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Schottenring 23.
Walka Karl — Herrenkleidermacher — VII., Neustiftgasse 25.
Schneider Hermine — Damenkleidermachergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 10.
Hausmann Franz — Fiakergewerbe — I., Graben.
Grünwald Franz Xaver — Fragner — X., Waldgasse 15.
Waitz Ignaz — Gastwirt — III., Erdbergstraße 38.
Bichler Anna — Verschleiß von Gebetbüchern und Heiligenbildern — VII., Kaiserstraße, im Hofe vor der Lazaristenkirche.
Moder Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Garnisonsg. 20.
Nölscher Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hyrtlgasse 16.
Präbes Konrad — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 44.
Pulker Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Matrosengasse 6.
Schwarz Dominica — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Marchettig. 6.
Svoboda Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hofergasse 19.
Doubek Arthur — Glasergewerbe — XIX., Unter-Döbling, Silberg. 8.
Müller Heinrich — Verschleiß von Glasperlen und daraus verfertigter Gegenstände — VII., Mariahilferstraße 72.
Markowszky Apollonia — Feilbieten von Grünwaren im Umherziehen — V., Nikolsdorferstraße 19.
Kumstadt Anton — Gürtlergewerbe — VII., Neubaugasse 17.
Lippert Helene — Kaffeeschenkerin — III., Marxergasse 16 A.
Trötter Ernst — Kaffeesiedergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 91.
Kreesmayer Franz — Lederhandel — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastr. 41.
Oesterreicher Anton — Lederausschnittgewerbe — VI., Gumpendorferstr. 72.
Gruner Mathilde — Leinwand-Verschleiß — VI., Hofmühlgasse 17.
Haunzwickl Anton — Maurergewerbe — VIII., Skodagasse 11.
Gned Josef — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI. Ottakring, Hauptstraße 123.
Rauscher Antonia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Marktg. 14.
Kurzniar Katharina — Hausierhandel mit Obst, Gebäck und Grünwaren — III., Rennweg 65.
Bartoschitz Franz — Schuhmacher — VII., Siebensterngasse 17.
Them Peter — Schuhmacher — VII., Neustiftgasse 52.
Dörfler Josef — Tapezierer und Decorateur — VI., Magdalenenstr. 28.
Petras Anton — Tischlergewerbe — X., Muhrengasse 15.
Foltin Rosalia — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — IX., Rothenlöwengasse 5.
Schwarz Marie — Victualien- und Geflügel-Verschleiß — VIV., Rudolfsheim, Hackengasse 19.
Goldschmiedl Hermann — Verschleiß von Zeitungen und Photographien — II., k. k. Prater, Ausstellung.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. September 1892.

Broch Berthold — Branntweinschank — III., Ungargasse 52.
Rauscher Johann — Cartonnagearbeiter — VII., Spittelberggasse 38.
Hilsner Marcus — Ein- und Verkauf von altem Eisen — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 42.
Neumann Katharina — Fleckzeughandel — XVI., Ottakring, Abeleg. 25.
Hussa Simon — Fleisch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Marktplatz.
Pommersberger Franz — Friseur und Raseur — VII., Kaiserstraße 35.
Wiesinger Otto — Friseur — IX., Mariannengasse 25.
Künzl Marie — Garderobière — II., k. k. Prater, Ausstellung.
Hermann Marie — Gemischtwaren-Verschleißerin — X., Himbergerstr. 83.
Kaill Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 57.
Oberhauser Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 46.
Buonamici Stephan — Gipsfiguren-Erzeugung — IV., Trappelgasse 3.
Husek Rosalia — Grünwarenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 57.
Bietze Aloisia — Hallentröddlergewerbe — IX., Tröddlerhalle, Zelle 174.
Landau Auguste — Kaffeeschank — X., Laxenburgerstraße 48.
Josef Heinrich — Herrenkleidermacher — VII., Neustiftgasse 98.
Gasarek Jakob — Marktvictualienhandel — I., Zedlitzhalle.
Gridl Mathilde — Erzeugung von Maschinen und Eisenconstructionen — V., Bacherplatz 3.
Pawisch Franz — Maurermeister — XII., Hetzendorf, Hauptstraße 84.
Springinsfeld Francisca — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hofergasse 12.
Wertheimer Salomon — Handel mit Schlosserwaren und feuerfesten Cassen — IX., Schlickgasse 3.
Bilek Anton — Schuhmacher — VII., Schottenhofgasse 6.
Rohn Franz — Schuhmacher — VII., Kaiserstraße 40.
Figer Franz — Schuhwaren-Verschleißer — XVI., Ottakring, Markt in der Elisabethgasse.
Biberle Marie — Spirituosenhandel — X., Simmeringerstraße 114.
Hengl Alois — Stellfuhrgewerbe, Licenz Nr. 503 bis 513 — XIII., Lainz, Einsiedeleigasse 15.
Greiner August — Haltung von Tiegeldruckpressen — II., Schmelzg. 14.
Wrkota Anna — Verschleiß von Wolle und Zwirn — XIV., Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. September 1892.

Reithaus Anna — Agentur — V., Wehrgasse 24.
Tosolini Carlo — Agent — VII., Schottenfeldgasse 26.
Szücs Emma — Bäckergewerbe (Fortbetrieb) — I., Schottenring 9.
Akrath Franz — Bettwarenerzeugung — V., Hundsthurmerstraße 22.
Zurn Adolf — Bronzearbeiter — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 1.

(Das Weitere folgt.

Z. 5398.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Stellen für katholische Religionslehrer im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Stellen für katholische Religionslehrer zur Besetzung:

An den Bürgerschulen

für Mädchen, XVIII., Josefigasse Nr. 23, eine Stelle,
für Knaben und für Mädchen, XIV., Dadlergasse Nr. 9 und 16, eine Stelle,
für Knaben und für Mädchen, XV., Friedrichsplatz Nr. 2 und 4, eine Stelle,
für Mädchen, III., Hörnesgasse Nr. 3, eine Stelle,
für Knaben, XVI., Habsburgplatz, eine Stelle.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das Quartiergeld jährlicher 300 fl., beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten und längstens **bis 6. October 1892 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe** einzubringen, in dessen Sprengel die betreffende Religionslehrstelle zu vergeben ist.

Die Gesuche sind zu belegen mit dem Taufscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine, mit den Nachweisen über etwa bereits geleistete Schuldienste, sowie mit dem von der competenten Kirchenbehörde ausgestellten Zeugnisse über ihre Lehrbefähigung im Originale, oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Diensttabelle.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 2. September 1892. 2—3

G.-Z. 27527

XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der **Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 14.243 fl. 70 kr.; 2. der **Eisenconstructionsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 16.339 fl. 71 kr.; 3. der **Zimmermannsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 10.199 fl. 98 kr.; 4. der Lieferung der erforderlichen **Klinker- und Steinzeugwaren** im veranschlagten Kostenbetrage per 5372 fl. 95 kr. aus Anlass der **projectierten Erweiterung der Schweinehalle und Errichtung von Sammelständen nächst den Szálláson am Central-Viehmarkte** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter, im neuen Rathhause (5. Stiege, Mezzanin),** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte, Stiege 4, im Bureau des Herrn Ober-Ingenieurs Clauser während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 162478

Ref.-Nr. 2402 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Burg- und Breitegasse im VII. Bezirke von der Lastenstraße bis zur Siebensterngasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 6317 fl. 56 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 10 Uhr Vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 159628

Ref.-Nr. 2366 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung des westlichen Theiles der Rampe zur Schmelzbrücke im XV. Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 919 fl. 14 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 158377
Ref.-Nr. 2347 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen im XVI. Bezirke Ottakring** im veranschlagten Kostenbetrage von 1393 fl. 93 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 145107
Ref.-Nr. 5304 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Hundemarken für das Jahr 1893** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer, im neuen Rathhause** (1. Stock, Departement III), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeine und specielle Vorschrift im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 1—3

Prot.-Nr. 97722
1025. Ref.-Nr. XIV ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Hufbeschlages für die Pferde der Wiener städtischen Feuerwehr** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Donnerstag, den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stenzinger, im Rathhause** (3. Stiege, II. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse bei dem städtischen Feuerwehr-Commando, I. Bezirk, Am Hof Nr. 9, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das Vadium per fünfhundert Gulden anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 159639
Ref.-Nr. 2367 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der inneren Fahrstraße am Neubaugürtel von der Westbahnstraße bis zur Goldschlagstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 3595 fl. 8 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 162480
Ref.-Nr. 2404 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Fahrstraße am Ottakringer Marktplatze im XVI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3375 fl. 37 kr. und 350 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **22. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 159630 ex 1892.
Ref.-Nr. 2368. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Schulgasse im XIV. Bezirke (Sechshaus) im veranschlagten Kostenbetrage** von 1179 fl. 99 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. September** d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 162475 ex 1892.
Ref.-Nr. 2399. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeit für die Neu-, resp. Umpflasterung von Theilen der Brunnengasse im XVI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 5466 fl. 36 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 156493 ex 1892.
Ref.-Nr. 2320. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Wienerstraße von der Wildemann- bis zur Goldschmidgasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1686 fl. 73 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 55296
Ref.-Nr. 709 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erlgasse im XII. Bezirk zwischen der Laudon- und Radetzkygasse** mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 1968 fl. 11 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 2. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 155104
Ref.-Nr. 2295 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Steinpflasterungsarbeit zur Regulierung und Pflasterung des Platzes vor der Servitenkirche im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1151 fl. 85 kr. nebst 300 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, die Ausmaße, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 161130
Ref.-Nr. 2382 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Stiftgasse zwischen der Gürtelstraße und Bergsteiggasse im XVII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6534 fl. 74 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 108243
Ref.-Nr. 1538 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Wehrgasse im V. Bezirke von der Margarethenstraße bis zur Hundsthurmerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 1868 fl. 93 kr. nebst 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 16. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 94871
Ref.-Nr. 1337 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Fernkorngasse im X. Bezirke, beziehungsweise Ghegagasse im Gebiete der vormaligen Gemeinde Inzersdorf** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1604 fl. 15 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. August 1892. 3—3

Kundmachung.

(Schiffsjungenschule der k. und k. Kriegsmarine.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei ddto. 25. August 1892, Pr.-Z. 5473, sind Gesuche um Aufnahme als **Schiffsjungen** stempelfrei an das „k. und k. Militär-Hafencommando zu Pola" durch das dem Domicil des Bittstellers nächstgelegene Ergänzungsbezirks-Commando zu überreichen.

NB. Nähere Auskunft über Zweck, Aufnahmsbedingungen und Einrichtung der Schiffsjungenschule — siehe erste Notiz sub „Allgemeine Nachrichten" dieser Nummer.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. September 1892. 1—3

Z. 162240
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 11. und 12. October 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen, werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 1—3

Z. 108777
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerladfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der **Rechnungs-Abschluss pro 1891 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfondes vom 15. September 1892 an** durch 14 Tage im Armen-Departement des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zu Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 1—3

M.-Z. 143012.
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die **Rechnungs-Abschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonde werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 1—3

M.-Z. 143014
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und des Wiener Landwehrfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass der **Rechnungs-Abschluss des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Wiener allgemeinen Versorgungsfondes pro 1891, sowie jener des Wiener Landwehrfondes pro 1891** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 1—3

Z. 151337
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die im II. Semester 1892 fällig gewordenen Interessen des **Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters** im Betrage von 364 fl. 87½ kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene armen Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die mindere Erwerbsfähigkeit, des vorgerückten Alters oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften bis **30. September 1892** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. August 1892. 2—3

G.-Z. 151342
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 3. November 1892** zwei Drittel der Jahresinteressen des **Maria Ernst von Ernstenau'schen Stiftungscapitales** im Betrage von 168 fl. an **sechs** dürftige, alte, krüppelhafte, in Wien wohnhafte, zu einer der christlichen Confessionen sich bekennende Personen zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben den diesfälligen Gesuchen ihren Taufschein, ein legales, von der Armeninstituts-Vorstehung des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis und ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. September 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt und Residenzstadt

Wien, am 18. August 1892. 3—3

G.-Z. 151340
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass im Monate **October 1892** die verfügbaren Interessen der **Elisabeth Strauß'schen Stiftung** per 100 fl. an **sechs** arme Familien in Wien mit dem Betrage von je 16 fl. 66 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtsschein, den Trauungsschein, den Tauf- oder Geburtszettel der Kinder, den Heimatschein, endlich ein legales, von dem Herrn Vorsteher des Armeninstitutes des Wohnortes bestätigtes Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. September 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. August 1892. 3—3

Inhalt:

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. September 1892 2207
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. September 1892 2209
Allgemeine Nachrichten:
Schiffsjungen-Schule der k. u. k. Kriegsmarine 2215
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 4. bis 10. September 1892 2216
Pferdemarkt vom 9. September 1892 2217
Schlachtviehmarkt vom 12. September 1892 2217
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. September 1892 2217
Städtisches Lagerhaus 2218
Militärangelegenheiten:
Control-Versammlungen der Urlauber, Reservemänner, Ersatzreservisten, sowie der Seewehr für das Jahr 1892 2218
Sanitätsangelegenheiten:
Verschärfung der Lebensmittelpolizei 2218
Öffentliche Sicherheit 2219
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen 2219
Kundmachungen . . . . . 2219—2226

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 73. Freitag, den 16. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 20. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 23. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 13. September 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath R. v. Neumann hat einen Urlaub vom 29. August bis 19. September erhalten, Herr Gem.-Rath Zagórski einen Urlaub vom 13. September bis 10. October. Die Herren Gem.-Räthe Bärtl, Djörup und Winkler entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Ludwig Berenyi, Besitzer des photographischen Ateliers in Hernals, Kirchengasse 11, hat ein Album mit photographischen Aufnahmen der Enthüllung des Radetzky-Monumentes für die Stadtbibliothek gespendet.

Es wird der Dank ausgesprochen.

3. Vom Regiments-Commando des k. u. k. Infanterie-Regiments Nr. 84 wurde ein Betrag von 450 fl. als Erträgnis des Abschieds-Concertes der Regimentskapelle für die Armen Wiens mit dem Ersuchen übergeben, dass hievon ein Theilbetrag dem Wiener Wärmestuben-Verein zugewendet werde. (Lebhafter Beifall.)

Es wird der Dank ausgesprochen.

4. Das Scrutinium für die Ergänzungswahl für die Militär-tax-Commission hat folgendes Resultat ergeben:

Abgegeben wurden 33 Stimmen. Je 33 Stimmen entfielen:

im II. Bezirke auf Franz Djörup, Gemeinderath, als Ersatzmann;

im X. Bezirke auf Gregor Zohmann, Bezirksausschuss, als Mitglied, und Johann Bock, Bezirksausschuss, als Ersatzmann;

im XI. Bezirke auf Johann Klein, Bezirksausschuss, als Ersatzmann;

im XVI. Bezirke auf Anton Scheidl, Gemeinderath, als Ersatzmann;

im XVII. Bezirke auf Lorenz Bayer, Bezirksausschuss, und Karl Gaßmeier, Bezirksausschuss, als Mitglieder, und Ferdinand Friedl, Bezirksausschuss, als Ersatzmann;

im XIX. Bezirke auf Josef Friedl, Bezirksvorsteher, als Mitglied.

5. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes J. F. Wessely zu beantworten.

Die Anfrage war dahin gerichtet, dass im XIII. Bezirke zwischen Baumgarten und Unter-St. Veit der Wienfluss aus sanitär-polizeilichen Rücksichten reguliert wurde, dass damit nichts erreicht worden ist, und ob der Bürgermeister geneigt ist, durch seine Organe die Übelstände am Wienflusse untersuchen und beheben zu lassen.

Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass nach den gepflogenen Erhebungen die Cunette im Wienflusse zwischen Baumgarten und Unter-St. Veit bereits hergestellt, dass dieselbe auch schon über diese Strecke hinaus bis zur Franz Carl-Brücke in Ober-St. Veit vollendet, jedoch bis auf eine Entfernung von 2- bis 300 m unterhalb dieser Brücke durch die letzten Regengüsse wieder zerstört und dass in dieser Strecke sofort die Herstellung veranlasst worden ist.

Ich ersuche, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

6. Gem.-Rath Herrdegen stellt an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage, welcher Behandlung der von ihm am 3. September 1891 — also gerade vor einem Jahre — gestellte Antrag auf Errichtung einer städtischen Dienstvermittlungs-Anstalt zugeführt wurde und ob der Herr Bürgermeister geneigt wäre, in Ansehung der von dem Verein der Dienstvermittler in Wien angestrebten Festsetzung enorm hoher Vermittlungsgebüren, diese Angelegenheit baldmöglichst dem Stadtrathe zur Berathung und Antragstellung zuzuweisen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass die Erhebungen über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Herrdegen nahezu abgeschlossen sind und dass das bezügliche Magistratsreferat nächstens erstattet werden wird.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich habe in einem Tagesjournal Folgendes gelesen: „Beschwerden der Fiaker und Einspänner. Am Westbahnhofe haben 40 Fiaker, 40 Einspänner und etwa 12 Stellwagen ihre Aufstellung, und für alle diese besteht nur ein einziger Schöpfbrunnen. Von der Wasserleitung im Bahnhofe dürfen die Fuhrwerker kein Wasser entnehmen. Die zahlreichen Pferde stehen dort tagsüber in der Sonnenhitze und von dem Schöpfbrunnen ist nicht genug Wasser zum Tränken der Pferde und Reinigen der Wagen zu bekommen. Wir machen hierauf den löblichen Thierschutzverein und die Gesundheitsbehörde aufmerksam. Ergänzungsweise theilen wir mit, dass kürzlich ein Pferd eines Einspänners im kranken Zustande vom Westbahnhofe in das Thierarznei-Institut überführt wurde, wo es verendete." Da obgenannte Fuhrwerksbesitzer auch Steuerträger und nicht wenig besteuert sind, so erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Läßt sich dieser Übelstand nicht abschaffen?

Bürgermeister: Es wurden die betreffenden Erhebungen gepflogen, welche ergaben, dass dort nicht ein Brunnen, sondern zwei Brunnen sind. Allerdings muss constatiert werden, dass bei dem einen Brunnen ein großes Gedränge herrscht und dass bei großer Hitze die Ergiebigkeit des Brunnens zu wünschen übrig ließ. Die Aufstellung eines Auslaufbrunnens mit Benützung des der Westbahn gehörigen Zuleitungsrohres wäre ohne Schwierigkeiten ausführbar. Der Grund und Boden dort gehört aber nicht der Gemeinde, sondern der Bahn, und es wäre Sache der Bahn, darum anzusuchen. Von Seite der Gemeinde wird nicht die geringste Schwierigkeit gemacht werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Djörup:**

Staatliche und städtische Organe wetteifern in der Schaffung prophylaktischer Maßregeln zur Hintanhaltung der Cholera. Als ein die Epidemie fördernder Factor werden auch Massenansammlungen betrachtet, die zu beseitigen alle Anstrengungen gemacht werden, wie dies die in allen Bezirken Wiens fortgesetzten Revisionen überfüllter Wohnungen bezeugen. Nur eine Massenansammlung wird, trotzdem sie schon so oft gerügt wurde, trotzdem deren Abstellung schon unzähligemale verlangt, zur Schmach der Großstadt noch immer geduldet; es ist dies die Überfüllung der Tramwaywaggons. Der Gefertigte erlaubt sich nun in Anbetracht der großen Gefahr, welche Wien bedroht, den Bürgermeister zu interpellieren, ob er nicht auch der Ansicht ist, dass die Überfüllung der Tramwaywaggons für die Bevölkerung eine Gefahr ist, deren Folgen unabsehbar sind, und ob er es nicht ebenfalls als ein dringendes Gebot erachtet, dass diesem die Reichshaupt- und Residenzstadt so tief beschämenden Übelstande endlich einmal der Garaus gemacht werde? In letzterem Falle erlaube ich mir zu fragen, was der Herr Bürgermeister zu thun gedenkt, damit die Überfüllung der Tramwaywaggons sofort und für immer aufhöre?

Ferner erlaubt sich der Gefertigte mitzutheilen, dass bei einer Sitzung im Statthaltereigebäude, sowie bei der Localaugenscheins-Commission am 10. August a. c. behufs Aufführung von Musterbaracken für die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft diverse Detailfragen zur Sprache kamen, welche unser Stadtphysicus und Magistratsorgane theilweise gar nicht, theilweise nur mangelhaft beantworten konnten.

Nachdem jedoch die Beantwortung dieser Fragen, für den Fall, dass Cholerapatienten nach Wien kommen sollen, von größter Wichtigkeit ist, erlaube ich mir einige derselben dem Herrn Bürgermeister vorzulegen und zu fragen, ob er geneigt ist, diese Fragen einer reiflichen Erwägung zuzuführen:

1. Was hat mit den Abfallsstoffen von Cholerakranken in einem Bahnhof-Vestibule oder in einem öffentlichen Locale zu geschehen?

2. Was hat mit Erbrochenem sowie mit Speiseresten von einem Cholerakranken in einem Restaurationslocale zu geschehen?

3. Was hat mit unbrauchbar gewordenen Kleidern, Lappen, verwendetem Papier (Closetpapier), Watte &c. zu geschehen?

4. Was hat zu geschehen, wenn ein Cholerakranker auf der Straße zusammenstürzt?

5. Was hat zu geschehen, wenn bei einer aus einem choleraverdächtigen Orte ankommenden Familie von vielleicht sechs bis sieben Personen am Nordwestbahnhofe die Krankheit bei Ankunft zum Ausbruch kommt?

6. Auf welche Art und Weise tritt die Cholerastation in Function? Wird dieselbe mit der Behörde und mit welcher Behörde in telephonische Verbindung gebracht?

7. Auf welche Art findet überhaupt ein Contact zwischen Behörde, Station, Pferdebeisteller und Transportmittel der Kranken zum Spitale statt?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu erwidern. Der Herr Interpellant wünscht, dass diese seine Fragen einer reiflichen Erwägung zugeführt werden und fragt, ob der Bürgermeister dies zu thun gesonnen sei. Ich kann darauf nur erwidern, dass alle diese Fragen ohnehin erwogen worden sind.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Am 19. Juni 1891 habe ich den Antrag eingebracht, dass zwischen der Schmelzbrücke und dem Penzinger Viaduct im XIV. Bezirke über den Bahnkörper der k. k. Staatsbahnen ein Übergang für Fussgänger errichtet werden soll; mittlerweile hat auch der Bezirksausschuss des XIV. Bezirkes eine Eingabe desselben Sinnes gemacht, mit dem Beisatz, dass auch um eine Haltestelle bei diesem Übergang angesucht werden möchte.

Nachdem mein Antrag, sowie auch die Eingabe des Bezirksausschusses unberücksichtigt blieb, erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wird dieser mein Antrag und die Eingabe des Bezirksausschusses des XIV. Bezirkes einer Berücksichtigung unterzogen?

Bürgermeister: Am 22. Juli ist in dieser Angelegenheit vom Magistrate ein Bericht ergangen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Eines unserer Wiener Haus-Regimenter, das k. u. k. Infanterie-Regiment Freiherr v. Bauer Nr. 84, welches seit seinem Bestande in Wien garnisoniert hat und größtentheils aus Wienern besteht, verlässt am 16. d. Mts. die Heimat und marschiert in die Herzegowina ab; ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wird der Gemeinderath der Stadt Wien bei der Abfahrt des Regiments am Bahnhofe vertreten sein?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass dies nicht der Fall sein wird, dass ich mich aber bei dem Obersten des Regiments verabschieden werde.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation der **Gem.-Räthe Eigner und Purscht:**

Im Verlaufe des heurigen Sommers wurden in der Schmerlinggasse im XVII. Bezirke mehrere Häuser erbaut, von welchen das mit Nr. 19 bezeichnete schon seit längerer Zeit fertiggestellt ist und im Verlaufe dieses Monates bezogen werden soll. Nachdem aber in dieser Gasse in dieser Strecke ein Hauptcanal noch nicht besteht, so kann der Eigenthümer seinen Hauscanal nicht einmünden, sondern muss ihn als Senkgrube benützen. Der Eigenthümer hat im eigenen

Interesse alles Mögliche aufgeboten, um den Bau dieses Straßencanales zu bewerkstelligen, ohne bisher einen Erfolg erzielt zu haben. Nachdem aber ein solcher Übelstand in gegenwärtiger Zeit die ernstesten Befürchtungen wachruft, und in derselben Gasse weitere vier Häuser, Nr. 11, 13, 15, 17, der Vollendung entgegengehen, welche ebenfalls nicht einmünden können, so stellen wir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist demselben dieser Übelstand bekannt; welche Hindernisse stehen der sofortigen Ausführung dieses Straßencanales entgegen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Vincenz Wessely:**

Durch die Erbauung der Tramwaylinie Gumpendorferstraße—Wallgasse mussten die im unteren Theile der Gumpendorferstraße bestandenen Häuser niedergerissen und die Straße selbst erweitert werden. An Stelle der alten Häuser wurden prachtvolle aufgeführt, welche schon monatelang fertig und auch zum großen Theile bewohnt sind. Die Gumpendorferstraße in diesem Theile aber befindet sich in einem trostlosen Zustande. Durch die Verbreiterung der Fahrbahn ist die Strecke vor den Neubauten ohne Pflaster, ja nicht einmal beschottert.

Trotzdem die Bauten schon längst beendigt sind, trotz der schon vor Monaten vorgenommenen Ausmessung behufs des nothwendigen Pflasters hat die Gumpendorferstraße in der letzten regnerischen Zeit ein Bild des Jammers geboten.

Durch lautes Raisonnieren machten die Passanten ihrem Unwillen Luft. Noch lauter aber sind die Klagen der dort etablierten Geschäftsleute, welche durch den daselbst bestehenden, nicht lange auszuhaltenden Zustand der Straße tief geschädigt sind.

Ich erlaube mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe geneigt, das Nothwendige zu veranlassen, um diesen erbärmlichen Zustand des erwähnten Theiles der Gumpendorferstraße thunlichst schnell abzuschaffen?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Beim Herannahen des Winters zeigt sich immer mehr und mehr die Erwerbslosigkeit der ärmeren Bevölkerung von Wien.

Um diese traurige Lage zu verhindern oder zu mildern, wäre es an der Zeit, Arbeit zu schaffen.

Nachdem die Arbeiten der beschlossenen Verkehrsanlagen noch lange auf sich warten lassen, daher eine Aussicht auf Besserung der derzeitig traurigen Erwerbsverhältnisse nicht vorhanden ist, die Commune hingegen in der angenehmen Lage wäre, Arbeit zu schaffen, indem sie die Wasserleitungsröhren für das in den neuen Bezirken Wiens einzuleitende Hochquellenwasser legen könnte, so wäre es opportun, mit dieser Arbeit zu beginnen, so lange es die günstige Jahreszeit zulässt.

In Anbetracht genannter Umstände und dass die Bevölkerung der neuen Bezirke das Recht hat auf baldige Einleitung von Hochquellenwasser, sowie dass die ärmere Bevölkerung das Recht auf Arbeit und Verdienst hat, so stelle ich an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Interpellation:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, schleunigst dahin zu wirken, dass mit der Legung der Rohre für die Hochquellenleitung in den neuen Bezirken Wiens sofort begonnen werde?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, dass Zuständigkeitsgesuche, welche von den Bezirksausschüssen befürwortet wurden, seitens der magistratischen Bezirksämter abgewiesen worden sind, ohne dass diese Gesuche dem Stadtrathe vorgelegt wurden; selbstredend wird hiedurch das Ansehen der Bezirksvertretungen, welche aus freigewählten Männern der Bürgerschaft bestehen, verletzt, ja, es muss sogar, nachdem das provisorische Statut diesfalls keinen Aufschluss gibt, ernstlich bezweifelt werden, ob die magistratischen Bezirksämter überhaupt berechtigt sind, sich über das Gutachten der Bezirksausschüsse *einfach hinwegzusetzen, dasselbe als nicht bestehend zu betrachten und solche* Zuständigkeitsgesuche aus eigener Machtvollkommenheit zurückzuweisen, ohne diese Gesuche an den Stadtrath zu leiten.

Es liegt gewiss nicht in der Absicht des Gemeinderathes, die Bedeutung der Bezirksausschüsse, welche nach dem provisorischen Statute zum Schaden der autonomen Verwaltung ohnehin nur einen sehr beschränkten Wirkungskreis haben, noch mehr herabzudrücken und den städtischen Beamten die Vollmacht einzuräumen, Gutachten der Bezirksausschüsse zu ignorieren.

Geradezu staunenswert aber ist das, was den Bezirksausschüssen in jüngster Zeit angethan wurde. Bekanntlich wurden seit Jahrzehnten den Bezirksausschüssen stets die sämmtlichen Acten behufs Pflegung der Erhebungen und Abgabe des Gutachtens zur Verfügung gestellt. Am 6. September erhielt nun ein Bezirksausschuss in Döbling ein gedrucktes Formulare zugestellt, in welchem er eingeladen wurde, einen Steueract in der Kanzlei einzusehen und sohin hierüber Erhebungen zu pflegen.

Nach eingeholter Erkundigung wurde diese Neuerung allgemein eingeführt.

Der obige Herr Bezirksausschuss gab wohl die beste Antwort auf diese unerhörte Provocation, indem er das betreffende Formulare mit dem Bemerken zurückschickte: „Ich bin nicht in der Lage, den Steueract in der Kanzlei einzusehen und hienach Erhebungen zu pflegen. Die mit dieser Zumuthung ausgesprochene Ansicht, dass den Bezirksausschüssen die Acten nicht anvertraut werden können, ist eine derartig grobe Beleidigung, dass es mir sehr angenehm wäre, den Schöpfer dieser genialen Idee kennen zu lernen."

Ich frage daher:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den magistratischen Bezirksämtern die Weisung zu ertheilen, Zuständigkeitsgesuche, welche vom Bezirksausschusse befürwortet werden, unter allen Umständen dem Stadtrathe vorzulegen?

2. Wann gedenkt der Herr Bürgermeister das nur als Provisorium geltende Statut und die Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse zur endgiltigen Berathung und Beschlussfassung dem Gemeinderathe vorzulegen?

3. Wer hat die Weisung hinausgegeben, dass die Steueracten nicht mehr den Bezirksausschüssen anvertraut werden sollen, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Bezirksausschüssen, welche hiedurch auf das schwerste beleidigt wurden, volle Satisfaction zu verschaffen, und in welcher Weise?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Am Abend des 3. d. M. spielte sich im Hause XVII., Hernalser Hauptstraße Nr. 120 ein Vorfall ab, der die gesammte Bevölkerung dieses Bezirkes in eine außerordentliche Aufregung versetzt hat und heute noch den allgemeinen Gesprächsstoff derselben bildet.

Dieser Vorfall bildet den Gegenstand eines im „Deutschen Volksblatt" vom 8. d. M. erschienenen und allgemeines Aufsehen erregenden Artikels. Nach der Darstellung dieses Blattes hätte die bloße Anzeige eines Privatarztes, der von der Cholera offenbar nur entfernte Vorstellung hat, vollkommen genügt, um den ganzen unheimlichen Apparat, der von der Behörde für den Ernstfall vorgesehen ist, in Bewegung zu setzen, und sollen sich bei der Durchführung der betreffenden Maßregeln Scenen abgespielt haben, die selbst fernstehende Personen ungemein peinlich berühren.

Dieser Vorfall ist nicht allein geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die zu ihrem Schutze gegen eine verheerende Seuche getroffenen öffentlichen Anstalten auf das tiefste zu erschüttern, sondern auch vollkommen danach angethan, um ihr zu dem Schrecken vor einer tückischen Krankheit noch die Sorge um das bedrohte Eigenthum und die Furcht vor groben Verstößen in der Ausübung des Sanitätsdienstes einzujagen.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ist die über diesen Vorfall unzweifelhaft sogleich eingeleitete Untersuchung bereits abgeschlossen, und was für ein Ergebnis hat diese gehabt?

2. Wurde der betroffenen Familie der materielle Schaden ersetzt, und wer hat für die Kosten aufzukommen?

3. Im Falle die Commune Wien ersatzpflichtig ist, steht derselben das Regressrecht an die schuldtragenden Personen zu?

4. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um ohne Gefährdung öffentlicher Interessen die Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu verhüten?

5. Wäre nicht besser, mit der Desinfection sämmtlicher Einrichtungsstücke sowie mit der Vernichtung der Wäsche und Kleider solange zu warten, bis die Ursache der Krankheit oder der Obductionsbefund bekanntgegeben wird?

6. Was für Anstalten sind getroffen, um im Ernstfalle bei Delogierungen gesunder Personen denselben sofort entsprechende Unterkunft anweisen zu können?

7. Was für Einrichtungen bestehen für die Entschädigung solcher Personen, deren Eigenthum infolge sanitätsbehördlicher Maßregeln entwertet oder gänzlich vernichtet wird?

und endlich

8. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine authentische Darstellung des fraglichen Vorfalles — eventuell im Wege einer Kundmachung — zu veröffentlichen und die Bevölkerung darüber zu beruhigen, dass bei der Durchführung der zu ihrem Schutze gegen die Cholera ergriffenen einschneidenden Maßregeln nicht allein die öffentlichen Interessen gewahrt, sondern auch die Grundsätze der Humanität und Gerechtigkeit befolgt werden, damit die Bevölkerung zu diesen Maßregeln Vertrauen fasse und die behördlichen Anordnungen willig unterstütze?

Bürgermeister: Es ist noch eine Interpellation ähnlichen Inhalts hier überreicht worden und bitte ich, dieselbe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Interpellation der **Gem.-Räthe Purscht** und **Grünbeck:**

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Der sensationelle Fall in der Familie Zauninger, Hernals, Hauptstraße 120, der durch Unwissenheit zweier Ärzte irrthümlich als erster Cholerafall bezeichnet wurde, verursachte bei der Bevölkerung bedeutende Aufregung, und man ist über das uncorrecte und inhumane Vorgehen von Seite des Dr. Lindenbaum und des als Gemeindearzt functionierenden Dr. Rohgrün empört. Bei der bedeutenden Erfahrung, Gewissenhaftigkeit und besonderen Humanität unserer Ärzte, sowie bei der wahrhaft aufopfernden Hingabe derselben bei der Ausübung ihres Berufes, tritt das Vorgehen der beiden Obgenannten umso drastischer hervor.

Auf Grund dieses Vorfalles, welcher bereits zur Kenntnis des Herrn Bürgermeisters gelangt sein soll, erlauben wir uns folgende Anfragen zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine Disciplinar-Untersuchung gegen den Gemeindearzt Dr. Rohgrün einzuleiten?

2. Welche Veranlassung wurde getroffen, die so bedauernswerte Familie für ihre überaus großen Nachtheile zu entschädigen?

3. Welche Maßregeln gedenkt der Herr Bürgermeister zu ergreifen, um die Wiederholung derartiger schrecklicher Vorfälle zu verhindern?

An den Stadtrath.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes mitzutheilen. Der Fall, der sich mit Herrn Zauninger ereignet hat, ist bekannt und ist in den Journalen mitgetheilt worden. Es wurden sofort die genauen Erhebungen angeordnet, bei denen sich ergeben hat, dass von dem behandelnden Privatarzte die Anzeige an das Polizei-Commissariat gemacht worden war, dass Herr Zauninger an Cholera gestorben ist. Infolge dessen ist der städtische Arzt Dr. Rohgrün gerufen worden; demselben wurde dies mitgetheilt. Derselbe hat sofort die Desinfection angeordnet, was zu thun seine Pflicht ist. Es fällt ihm aber nach den Erhebungen hiebei das zur Last, dass er die zur Aufklärung des Falles zweckdienlichen Erhebungen und Untersuchungen an Ort und Stelle unterlassen hat.

Alles übrige, was darüber hinausgeht, ist durch die Erhebungen nicht bestätigt worden. Aus diesem Grunde wurde dem Dr. Rohgrün im Disciplinarwege eine Rüge ertheilt. Der Sanitätsdiener, welcher mit den nöthigen Desinfectionsmitteln versehen in die Wohnung gekommen ist, hat sich in nicht anständiger Weise benommen. Das muss constatiert werden. Das ist nach den Erhebungen richtig. Dieser Sanitätsdiener ist aber sonst ein brauchbarer und verwendbarer Mensch. Er wurde daher nicht sofort mit der strengsten Strafe belegt, sondern es wurde ihm ein Verweis ertheilt; der betreffende Diener würde aber im Wiederholungsfalle selbstverständlich entlassen.

Was die Entschädigungsfrage anbelangt, so ist die Gemeinde nicht verpflichtet, irgend einen Betrag hiefür zu leisten, um diese Desinfectionen in den Wohnungen vorzunehmen. (Hört! links.) Das kann jedem von uns geschehen. Allein, ich habe nach den gepflogenen Erkundigungen und insbesondere mit Rücksicht darauf, dass dieser Familie dadurch im Geschäfte Schaden zugefügt wurde, Anlass genommen, dass ihr ein Betrag von 200 fl. eingehändigt werde. Dass in Zukunft sich solche Fälle nicht mehr ereignen, dafür, glaube ich, wird am besten die Öffentlichkeit dieses Falles sorgen. Es wird übrigens Aufgabe der Sanitätspersonen, sowie die meine sein, dafür zu sorgen, dass solche Fälle, die eigentlich von Kopflosigkeit zeugen, verhindert werden. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Lang** und Genossen:

Wenn auch die Reichshauptstadt bisher von der Cholera verschont wurde und wohl auch in Zukunft verschont bleiben wird, so müssen dennoch alle nöthig erscheinenden Maßregeln ergriffen werden, um die Einschleppung dieser Seuche zu verhindern, vor allem aber muss die Bevölkerung wissen, welche Maßnahmen sie beobachten soll.

Die Gefertigten stellen demnach folgenden Antrag:

Die Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera sollen in populärer Form in Druck gelegt und an sämmtliche Mietparteien Wiens vertheilt werden

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Röhrl:**

In Anbetracht der Nothwendigkeit und Reinlichkeit stelle ich folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe:

Es seien im Gumpendorfer Schlachthause sämmtliche Arbeitslocalitäten und Stallungen einer gründlichen Renovierung zu unterziehen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Kirchmayer** und Genossen:

In der ehemaligen Gemeinde Hietzing des nunmehrigen XIII. Gemeinde-Bezirkes besteht noch das veraltete Senkgruben-System. Die Bewohnerschaft hofft bis heute vergeblich auf eine endliche Canalisierung, wodurch zahlreiche sanitäre Übelstände beseitigt und große Kosten vermieden würden. Die Möglichkeit, dass eine Durchsickerung der Jauche aus den Senkgruben in die Hausbrunnen stattfinden kann, beunruhigt die Bevölkerung, insbesondere in Zeiten, wo eine Epidemie zu befürchten ist, in hohem Grade.

In Erwägung, dass am linken Penzinger Wienufer die Canalisierung bereits durchgeführt ist und die Bewohnerschaft Hietzings mit Recht erwarten darf, dass nunmehr auch ihr die Wohlthat der Canalisierung zugewendet werde,

in Erwägung, dass seit Einbeziehung der Vororte die Verfrachtung des Unraths mitten durch die Straßen Hietzings bis nach Atzgersdorf unter großen finanziellen Opfern der Hausbesitzer vorgenommen werden muss,

in Erwägung, dass die unmittelbare Nähe des k. k. Lustschlosses Schönbrunn die Commune Wien schon veranlassen sollte, mit dem zuzeiten von Epidemien sich vielleicht als Seuchenherd erweisenden Senkgruben-Systeme gründlich aufzuräumen,

in endlicher Erwägung, dass die ehemalige Gemeinde Hietzing nur durch die Einbeziehung der Vororte gehindert wurde, das schon lange bestehende Canalisierungs-Project durchzuführen und diese Gemeinde bei 300.000 fl. der Großcommune an Vermögen zugeführt hat, beantragen die Gefertigten:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, wegen sofortiger Canalisierung des rechten Wienufers in Hietzing die nöthigen Erhebungen zu pflegen und die Buchhaltung anzuweisen, den ermittelten Kostenüberschlag in das Budget des Jahres 1893 einzustellen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Dr. Grübl zum Referat.

20. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Zahl 137. Der löbliche Gemeinderath hat am 10. Juni 1892 beschlossen, es seien bei den magistratischen Bezirksämtern II, III, IV und V, VI und VII mit 1. Jänner 1893 Steueramts-Abtheilungen zu errichten und die diesfalls erforderlichen Vorarbeiten sowohl in administrativer wie in baulicher Beziehung noch im Laufe des Jahres durchzuführen und habe der Magistrat über die Details dieser Durchführungen zu berichten.

In Ausführung dieses Beschlusses hat nun das Steueramt einen ausführlichen Bericht erstattet und im wesentlichen auf Folgendes hingewiesen: Es wird in dem Berichte bemerkt, dass die Conti für die Realsteuern, also für die Grund-, Hauszinssteuer und für die 5percentige Einkommensteuer der von der Hauszinssteuer befreiten Häuser nach Bezirken schon bisher separat geführt werden und dass daher diesfalls eine Arbeit zum Zwecke der Theilung des Steueramtes nach Bezirken nicht nothwendig ist.

Anders verhält sich die Angelegenheit bezüglich der Erwerb- und Einkommensteuer. Diesfalls wird darauf hingewiesen, dass circa 120.000 Conti existieren, dass diese Contis nach Assignations-Zahlen geordnet sind, dass ferner diese Assignations-Zahlen früher je nach dem Einlaufe und je nachdem eine Abtheilung besetzt war, zugewiesen worden sind, dass aber schon seit dem Jahre 1881 das Bestreben darauf gerichtet war, die Conti nach den Assignations-Zahlen nach den Bezirken zu ordnen.

Nichtsdestoweniger wird die Herstellung der decentralisierten Bezirksamts-Abtheilungen, die Herstellung der diesfalls erforderlichen Bücher eine große Arbeit verursachen, eine Arbeit, wie eine solche — wie das Steueramt sagt — ihm bisher noch nicht obgelegen hat.

Das Steueramt regt auch an und wünscht, dass nicht nur nach Maßgabe der Bezirksämter decentralisiert werde, sondern nach den sämmtlichen neun Bezirken, nachdem die Decentralisierung für den X. Bezirk schon früher beschlossen worden ist, damit, wenn der Bedarf es erforderlich herausstellen sollte, für jeden Bezirk sofort, sobald der löbliche Gemeinderath es beschließen sollte, eine eigene Steueramts-Abtheilung errichtet werden könnte.

Zur Herstellung dieser Arbeiten ist nun Folgendes erforderlich: Es sollen zuerst sogenannte Conto-Auszugsblätter errichtet werden, das heißt es sollen auf Grund der bestehenden Folien Blätter errichtet werden, wie eines hier vorliegt, welches alle erforderlichen Daten enthält. Wenn diese Conto-Auszugsblätter fertig sind, soll durch die Beamten eine Vergleichung der Vorschreibungen der Steuerämter, also der Steuerbücher stattfinden, es soll erstens eine Vergleichung in der Richtung stattfinden, ob in dem betreffenden Bezirke der Steuerträger auch von der Steuer-Administration geführt wird, damit die Steueramts-Abtheilungen mit den Steuer-Administrationen stimmen. Dann soll eine Vergleichung hinsichtlich der verschiedenen Notizen stattfinden, welche diese Blätter enthalten, Name, Stand, Adresse, Steuerschuldigkeit.

Zur Herstellung dieser Arbeit — meint das Steueramt — ist es nothwendig, dass im Laufe des Monates September für jede Abtheilung 3 Arbeitskräfte, also für 9 Abtheilungen 27 Arbeitskräfte in den Nachmittagsstunden arbeiten. Für diese Thätigkeit soll eine Vergütung von 1 fl. 20 kr. per Person geleistet werden, es sollen also 27 Arbeitskräfte durch circa 25 Tage mit einem Taggeld von 1 fl. 20 kr. beschäftigt werden.

Im October soll mit der Herstellung der Conti begonnen, es sollen die betreffenden Daten eingetragen und vollendet werden und gegen Schluss des Monates December sollen nun die richtiggestellten Daten aus den alten Steuerbüchern auf Grund der Steuer-Auszugsconti in die neuen Bücher eingetragen werden. Das erfordert eine Verwendung von 40 Personen durch 75 Tage, nämlich October, November und December mit Ausschluss der Sonn- und Feiertage und beansprucht 3600 fl., mit den 810 fl. für den Monat September 4410 fl. Zu diesen Kosten des Personales kommen dann noch die verschiedenen Auslagen für die Herstellung der Drucksorten, für die Herstellung der Bücher und endlich auch die Kosten für das Taxamt, bezüglich dessen sich aber nur ein sehr geringer Aufwand ergibt, weil das Taxamt ohneweiters nach Bezirken getrennt werden kann; im ganzen also ein Aufwand von 5929 fl. 80 kr., von welchen ein Theilbetrag von 4410 fl. noch zu decken wäre, während der Rest gedeckt ist. Der Magistrat schließt sich den Anträgen des Steueramtes an und kommt zu dem Antrage (liest):

Es seien die vom Magistrate vorgeschlagenen Vorarbeiten für die Errichtung dieser Steueramts-Abtheilungen in Angriff zu nehmen und sei zur Bestreitung des hiefür erforderlichen, nicht bedeckten Kostenaufwandes per 4410 fl. ad Ausgabs-Rubrik IV 18 „Diäten, Commissionsgebüren, Kostgelder ꝛc." ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

Ich bitte um die Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! In diesem Falle beschäftigt uns eine Angelegenheit, in der die Erledigung der Competenzfrage nicht uninteressant ist. Bekanntlich hat sich der Stadtrath bisher das Recht genommen, alle jene Beträge, welche bis 5000 fl. zu verausgaben sind, selbst zu bewilligen, und sind dieselben dann verausgabt worden. In diesem Falle schlägt uns der Stadtrath vor, dass wir 4410 fl. bewilligen sollen, also einen Betrag, der nicht die Höhe von 5000 fl. erreicht. Es ist freilich der Sachverhalt nicht ganz einfach. Die Gesammtausgabe beträgt 5929 fl.; es ist aber der Betrag von 1500 fl. gedeckt, und wir sollen jetzt 4400 fl. bewilligen. Ich bin vollständig damit einverstanden, dass diese Angelegenheit der Beschlussfassung des Gemeinderathes unterbreitet ist. Ich habe nämlich niemals die Auffassung getheilt, dass Beträge bis zu 5000 fl., wenn sie nicht präliminiert waren, einfach vom Stadtrathe verausgabt werden konnten. Ich habe die §§ 52 und 72 unseres Gemeindestatuts stets so aufgefasst, dass nur unvorhergesehene Ausgaben, deren Bewilligung dem Gemeinderathe nicht mehr unterbreitet werden kann, wirklich vom Stadtrathe sofort verausgabt werden können. In

diesem Falle nun bewilligen wir die Verausgabung eines Betrages von 4410 fl. Ich betrachte diesen Fall für einen günstigen Präcedenzfall, ich betrachte diesen Fall für ein Entgegenkommen an den Gemeinderath, und ich möchte mich, wenn uns mitgetheilt würde, dass uns nur deswegen diese Angelegenheit vorgelegt wurde, weil wir eigentlich 5900 fl. ausgeben, sehr enttäuscht fühlen in der angenehmen Voraussetzung, die ich gemacht habe. So wie uns dieser Antrag vorliegt, ohne den Commentar des Herrn Berichterstatters, betrachte ich diesen Beschluss des Gemeinderathes, wo 4410 fl. bewilligt wurden, als eine Anerkennung des Rechtes, dass der Gemeinderath solche Ausgaben bis zu 5000 fl., welche nicht unvorhergesehen sind, welche nicht plötzlich gemacht werden müssen, selbst beschließen müsse, und es stimmt das vollständig überein mit der Auffassung welche der geehrte Herr Berichterstatter als Berichterstatter über das Gemeindestatut ausgesprochen hat; er hat nämlich selbst seinerzeit gesagt, dass nur unvorhergesehene Ausgaben bis 5000 fl. nicht der Bewilligung des Gemeinderathes unterbreitet werden müssen. In diesem Sinne kann ich also nur zustimmen, und ich bin deshalb sehr angenehm berührt, dass diese Angelegenheit der Competenz des Gemeinderathes unterbreitet wurde.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Ich bedauere sehr, mich der Ansicht des Herrn Vorredners nicht anschließen zu können; es heißt in lit. p § 52 ausdrücklich: „Die Bewilligung von allen nicht präliminierten Auslagen, wenn dieselben mehr als 5000 fl. betragen", ferner „die Bewilligung zur Überschreitung einer Budgetpost, wenn die Überschreitung mehr als 5000 fl. beträgt". Das ist hier der Fall, wenn auch um die Genehmigung eines Betrages von 4410 fl. gebeten wird, weil diese Budgetpost IV 18 bereits durch Beschluss des Stadtrathes für die Herstellung der verschiedenen Bezirksämter 2c. im Sinne der lit. p § 52 um 5000 fl. überschritten worden ist.

Nachdem also nunmehr durch diese Beschlussfassung die Competenz des Stadtrathes erschöpft ist, wurde dieses Stück an den Gemeinderath zur Berichterstattung gewiesen.

In anderer Beziehung wurde gegen den Antrag keine Einwendung erhoben, ich bitte also um die Genehmigung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich bin in der Lage, eine thatsächliche Berichtigung in dem Sinne vorzubringen, dass ich eine Stelle vorlesen werde aus der Rede des Gem.-Rathes Dr. Grübl als Referenten über das Gemeindestatut, in welcher er eine gegentheilige Ansicht ausgesprochen hat. Es war dies in der Gemeinderaths-Sitzung vom 9. October 1890. Ich will die Stelle nicht ganz vorlesen.

Bürgermeister: Ich bitte, nur kurz; es ist eine thatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Der Kern der thatsächlichen Berichtigung besteht darin, dass ich constatiere, dass Gem.-Rath Dr. Grübl entgegen dem, was er heute gesagt hat, constatiert hat (liest): „Es sind das unvorhergesehene Gegenstände, welche erledigt werden müssen und der Gemeinderath hätte nicht die Wahl, dieserwegen dagegen zu opponieren." Damals wurde also festgestellt, dass nur bei unvorhergesehenen Ausgaben das Bewilligungsrecht des Stadtrathes bis 5000 fl. vorzusehen sei.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Referenten wurde keine Einwendung erhoben, ich erkläre denselben für angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es seien die vom Magistrate vorgeschlagenen Vorarbeiten für die Errichtung dieser Steueramts-Abtheilungen in Angriff zu nehmen und sei zur Bestreitung des hiefür erforderlichen, nicht bedeckten Kostenaufwandes per 4410 fl. ad Ausgabs-Rubrik IV 18 „Diäten, Commissionsgebüren, Kostgelder 2c." ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

21. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich habe noch über ein kleines Stück zu referieren; ich glaube nicht, dass ein gedruckter Antrag vorliegt. Es handelt sich um die Beschaffung der Lehrmittel für die Bürgerschule im XII. Bezirk, Gaudenzdorf. Es ergibt sich da ein Aufwand von 1800 fl. für die dort nothwendigen Lehrmittel. Dieser Betrag ist budgetmäßig nicht mehr gedeckt, sondern diese Post schon in der früher angegebenen Weise überschritten.

Infolge dessen gelangt dieses Stück an den Gemeinderath und ich bitte um Ihre Zustimmung, dass zur Post XLIII „Anschaffung von Lehrmitteln" ein weiterer Zuschusscredit von 1800 fl. genehmigt werde.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, zur Post XLIII „Anschaffung von Lehrmitteln" einen Zuschusscredit von 1800 fl. zu genehmigen.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Kreindl, zu referieren.

22. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe die Ehre, zur Zahl 5462 über die Verbesserung der Beleuchtung der Schule im XIX. Bezirke in der Pantzergasse zu referieren. Diese Schule in der Pantzergasse ist ein zwei Stock hohes Gebäude, welches von lauter dreistöckigen Häusern umgeben ist. Mehrere Lehrzimmer, die vierfenstrig sind, sind sehr schlecht beleuchtet. In vier solchen Zimmern wird auch gewerblicher Unterricht ertheilt. Zu diesem Behufe hat eine Commission draußen getagt und hat beschlossen, dass hier eine Vermehrung der Gasflammen platzgreifen soll und muss. Zu diesem Zwecke wäre jedoch ein Zuschusscredit von 250 fl. zu bewilligen. Die jährlichen Auslagen für den Mehrverbrauch an Gas würden 60 fl. betragen.

Nachdem diese Angelegenheit eine sehr dringliche ist, bitte ich, diesen Zuschusscredit von 250 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Steiner: Ich stimme selbstverständlich dem Antrage des Herrn Referenten zu. Als mir aber der Antrag zugesendet wurde, dachte ich mir, wie es kommt, dass erst jetzt, kurz vor Beginn der Schule eine Vermehrung der Gasflammen platzgreifen soll. Ich habe mich daher in die Schule begeben, habe die Lehrzimmer angesehen und dort erfahren, dass schon Mitte Juni eine Commission dort war, und jetzt erst kommt der Antrag vor das Plenum des Gemeinderathes, weil übermorgen mit dem Schulbesuch begonnen werden soll. Ich möchte das geehrte Präsidium auf etwas aufmerksam machen, was selbstverständlich weder der Herr Bürgermeister, noch die Herren im Stadtrathe wissen können. Es ist laut Zuschrift des Magistrates vom 4. Mai, Magistrats-Zahl 64911, schon der Auftrag an das städtische Bauamt ergangen, die dortigen Schulzimmer durch einen Maler färbeln zu

lassen. Nun ist gelegentlich der Adaptierungen — und ich muss sagen, es ist viel adaptiert worden — der Auftrag seitens des städtischen Bauamtes nicht eingehalten worden, sondern die Localitäten sind mit Kalk gefärbelt und die Mauer gemacht worden. Es ist früher so gewesen, dass die Localitäten durch Leimfarbe rein hergestellt worden sind und es ist bedauerlich, dass die Schullocalitäten, die ich heute morgens in Augenschein genommen habe, schlechter aussehen als die früher nicht gefärbelten. Es liegt im Interesse der Steuerzahler, dass die Arbeiten der städtischen Contrahenten so durchgeführt werden, wie sie bezahlt werden. Nun sind diese Schulen geweißt, in schlechtem Zustande gereinigt und jetzt kommt man mit der Vermehrung der Gasflammen, zwei Tage vor Schulbeginn. Wenn die Commission im Juni getagt hat, so hätte die städtische Bauamtsabtheilung rechtzeitig daran denken sollen, zu einer Zeit, wo die Adaptierungen in den Schulräumen noch nicht vorgenommen waren. Ich habe kürzlich eine kleine Schotterangelegenheit in dem Bezirke gehabt; ich möchte bitten, dass das Präsidium an das Bauamt den Auftrag ergehen lasse, streng darauf zu sehen, dass die städtischen Contrahenten das leisten, wofür sie bezahlt werden. Ich gebe recht gern zu, dass zu wenig technische Organe sind; es ist nicht möglich, dass die Herren all das erledigen. Aber wenn es, wie vergangene Woche, vorkommt, dass von dem von mir beanständeten Schotter, der Gott sei Dank, über meine Anzeige jetzt nicht übernommen wird, weil er 50 Percent weniger wert ist, trotzdem ein Theil bereits übernommen wurde, so würde ich den Herrn Bürgermeister bitten, strenge darauf zu dringen und die städtischen Organe anzuweisen, dass sie rigoros vorgehen mögen.

Referent (Schlußwort): Nachdem kein Gegen-Antrag gestellt ist, bitte ich bloß nochmals um Annahme des Antrages, welcher sehr dringlich ist. (Heiterkeit links.)

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, zur Rubrik XLIII 4, „Beleuchtung der Volksschul-Localitäten" einen Zuschusscredit von 250 fl. zu genehmigen.

23. Referent Gem.-Rath Kreindl ad Beilage Nr. 162: Der Act betrifft das Project für die Straßenherstellung der Glaser- und Rögergasse, sowie für die Regulierung der Rossauerlände bei der Einmündung der Glasergasse im IX. Bezirke.

Von der Porzellangasse geht senkrecht auf die Rossauerlände die Glasergasse, welche zum großen Theile ausgebaut ist und herüber führt die Rögergasse, welche gegenwärtig ganz ungangbar ist. Der Magistrat legt nun einen Kostenvoranschlag in der Höhe von 3763 fl. 88 kr. vor, nach welchem diese Straße vollkommen beschottert und die Übergänge und Rinnsale gepflastert werden sollen. Weiters beantragt der Magistrat, den Herrn Bezirksvorsteher aufzufordern, die nothwendige Abgrabung eines kleinen Theiles, welcher zu planieren ist, durch die Bezirkstaglöhner vornehmen zu lassen.

Nachdem der Winter bereits heranrückt, die Sache somit dringlich ist, bitte ich, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Was für ein Schotter wird hier verwendet?

Referent: Schlägelschotter.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Das Project über die Straßenherstellung in der Glasergasse und dem anschließenden Theile der Rögergasse, sowie über die Regulierung der Rossauerlände bei Einmündung der Glasergasse mit dem nichtbedeckten Kostenerfordernisse von 3763 fl. 88 kr. zu genehmigen und zur Ausgabs Rubrik XXII 1 d einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

24. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich hatte schon im Vorjahre die Ehre, über eine Subvention an den Elisabethenverein zu berichten, welcher alljährlich 200 fl. erhält. Heuer sucht der Verein wieder um eine Subvention an, nachdem er 56 Familien mit zusammen 35.000 fl. unterstützt hat und ich bitte Sie, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen, dass dem Vereine pro 1893 wieder eine Subvention von 200 fl. bewilligt wird.

Bürgermeister (nach Befragen der Versammlung): Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Maria Elisabethen-Verein eine Subvention von 200 fl. pro 1892 zu bewilligen.

25. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, zu referieren über die Beilage Zahl 146, und zwar handelt es sich um weitere technische Vorkehrungen, beziehungsweise Anschaffung von Röhren und Schiebern, welche für die Durchführung der Wasserversorgung in unseren neu angegliederten Vorortebezirken bestimmt sind.

Es ist bereits mit Gemeinderaths-Beschluss vom 5. April 1892 beschlossen worden, zum Zwecke der Herstellung des Rohrnetzes in den ehemaligen Vorortegemeinden, und zwar zur Anschaffung des ersten Bedarfes, sowohl an geraden, als an Façonröhren einen Betrag von 173.000 fl. zu bewilligen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Erweiterung des Rohrdepots am Laaerberg um den Betrag von 6600 fl. beschlossen; letztere Arbeit ist bereits in der Ausführung begriffen.

Mit einem weiteren Gemeinderaths-Beschlusse vom 27. Juli 1892 wurde die Lieferung der erforderlichen Schieber und Maschinenbestandtheile speciell für die Wasserversorgung des XIV. und XV., nebst Theilen des XII. und XIII. Bezirkes bewilligt und ist auch die Ausschreibung dieser Lieferung bereits vom Magistrate erfolgt.

Das Stadtbauamt hat nun einen Bericht und Kostenanschlag vorgelegt und meint, es sei angezeigt, die weiteren Bestellungen zu machen, damit, wenn die Rohrlegung im nächsten Frühjahre beginnen wird, das erforderliche Materiale vorhanden ist. Es sollten nach dieser Vorlage des Bauamtes, die auch buchhalterisch adjustiert ist, gerade und Façonröhren um den Betrag von 258.165 fl. 88 kr., ferner Maschinenbestandtheile, Schieber, Hydranten um 107.500 fl. angeschafft werden, so dass das Gesammterfordernis 365.665 fl. 88 kr. ausmachen würde. Das Stadtbauamt meint aber, dass solche Nachlässe zu erwarten seien, dass diese Ziffer sich auf rund 330.000 fl. herabmindern wird, es meint aber weiters, dass mit Rücksicht auf den Lieferungstermin von sechs Monaten und die vorgeschriebene Druckprobe und das Abwägen in der Probierstation, welche einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen dürften, die Anweisung der Abschlagszahlungen auf diese zu bestellenden Röhren und Maschinenbestandtheile selbst-

verständlich nicht mehr im Laufe dieses Jahres erfolgen wird, sondern meint, dass pro 1892 nur 100.000 fl. zur Verfügung gestellt werden müssten. Nun wird dabei aufmerksam gemacht, dass bei Gruppe 6, Rubrik VI 26 a „Herstellung neuer Rohrstränge" keine Deckung mehr vorhanden ist und wird vom Magistrate vorgeschlagen, den Betrag, der heuer noch zu bedecken wäre, auf das Gebarungsresultat zu verweisen und für jenen Betrag, welcher im nächsten Jahre zu decken kommt, im Budget Vorsorge zu treffen. Ich bemerke, dass sich dieser Anschauung der Stadtrath nicht angeschlossen hat, nämlich den heuer noch zu deckenden Betrag auf das Gebarungsresultat zu verweisen, sondern ihn auf den Reservefond verweisen will, wobei selbstverständlich eine entsprechende Vorlage seitens der Buchhaltung zu machen wäre.

Das Stadtbauamt hat auch ferner noch beantragt, es möge eine kleine Abänderung gegenüber den Bedingnissen eintreten, welche bei der ersten Ausschreibung platzgegriffen haben, und zwar wäre der § 19 bezüglich der zweijährigen Haftpflicht dahin abzuändern, dass diejenigen, welche Rohre zu liefern haben, von der zweijährigen Haftpflicht entbunden werden. Das Bauamt hat dies damit motivirt, dass, nachdem die Rohre in der städtischen Probierstation geprüft und an die betreffende Stelle überführt werden, das Risico, welches in der längeren Haftung von dem Unternehmer getragen werden muss, vielleicht im Preis sich ausdrücken dürfte und bei Weglassung der zweijährigen Haftpflicht eine Herabminderung des Lieferungspreises eintreten dürfte. Es spricht sich die Buchhaltung und der Magistrat dagegen aus, weil schon Theile auf diese Weise übernommen worden sind und daher in dem vorliegenden Antrage keine Änderung der Bedingnisse eintreten sollte. Ich habe hiemit eine Darstellung der Sachlage gegeben und bemerke bloß mehr, dass bezüglich der Überweisung der Kosten vom Stadtrathe nicht beantragt wird, dass diese auf das Gebarungsresultat zu verweisen sind, sondern dass der Betrag auf den Reservefond verwiesen wird.

Ich habe die Ehre, die Anträge des Stadtrathes zur Verlesung zu bringen und der Annahme des Gemeinderathes zu empfehlen (liest): Für das Rohrnetz der Hochquellenleitung in den ehemaligen Vorortegemeinden wird die vom Magistrate beantragte Sicherstellung einer weiteren Lieferung an Röhren und Maschinenbestandtheilen genehmigt, und zwar die Anschaffung von geraden und Façonröhren im buchhalterisch adjustierten Betrage von 258.165 fl. 88 kr. und die Lieferung der Schieber und Hydranten im Betrage von 107.500 fl.

Hiefür ist eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung unter Zugrundelegung der vorgelegten Bedingnisse, wobei die im § 19 der Vorschrift II vom Bauamte eliminierte zweijährige Haftungspflicht aufrecht zu erhalten ist, mit einem Liefertermine (§ 6, Vorschrift I und II) von sechs Monaten auszuschreiben.

Die im Jahre 1892 auflaufenden Kosten von rund 100.000 fl. sind auf den Reservefond zu verweisen und die entfallenden restlichen Kosten im Budget des Jahres 1893 sicherzustellen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist eine interessante finanzielle Frage, die uns mit diesem Antrage beschäftigt. Ich habe mir hier eine Zusammenstellung gemacht über die Ausgaben, welche wir für den Ausbau der Wasserleitung, speciell für die Vororte bereits gemacht haben, und ich bin zu einem interessanten Ergebnisse gekommen, dass wir mit den 100.000 fl., welche wir bewilligen werden, die Million gerade überschritten haben. Die Herren werden sich erinnern, dass wir für das Budget pro 1892 ein Deficit von 1,348.000 fl. festgestellt haben, ein Deficit, welches uns deshalb nicht sehr in Schrecken setzen muß, weil wir 750.000 fl. davon bewilligt haben für den weiteren Ausbau der Wasserleitung, speciell für die Bauten in dem Höllenthale. Außer diesen 750.000 fl. sind aber, wie bereits der Herr Referent mitgetheilt hat, 233.000 fl. bereits in unserem Voranschlage bewilligt worden für den Ausbau des Rohrnetzes.

Dann haben wir nach dem Antrage des Herrn St.-R. Müller 50.000 fl. für Abschlagszahlungen bewilligt und jetzt sollen wir abermals 100.000 fl. bewilligen. Wir haben demnach eine Million überschritten. Es ist dies gewiss eine höchst wohlthätige, nothwendige Ausgabe und wir können uns freuen, dass wir ohne Überschreitung des Budgets diese Million ausgeben können; denn soviel ich die Darstellung des Herrn Berichterstatters verstanden habe, werden wir jenen Betrag aus dem Reservefonde decken können und nicht zu den 600.000 fl., die wir bei Beginn des Jahres bewilligt haben, noch einen neuen Betrag bewilligen müssen.

Aber indem wir bereits jetzt eine Million Gulden für Investitionen ausgegeben haben, erwächst die Frage, ob wir das vollständig auf das laufende Budget nehmen sollen, und ich möchte daher an den Herrn Berichterstatter oder vielleicht an den Herrn Finanzreferenten St.-R. Boschan die Anfrage stellen, ob wirklich diese Million immer in dem Gebarungsresultate des Jahres 1892 stehen wird oder ob wir an eine Refundierung dieser Million bei einem neu aufzunehmenden Anlehen zu denken haben. Je nach der Beantwortung dieser Frage wird sich das Bild, welches das Budget dieser Jahre gibt, vollständig verschieben, und es wird sich darum handeln, ob wir eine Million mehr in das ordentliche Gebarungsresultat hineinnehmen müssen oder nicht.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir darüber Auskunft erhalten würden, welcher persönlichen Meinung der Herr Referent ist, weil er doch kaum beauftragt sein dürfte, die Meinung des Stadtrathes darüber zu äußern.

Gem.-Rath Boschan: Zunächst will ich richtigstellen, dass der Hauptvoranschlag für das laufende Jahr ein Deficit nicht aufweist. Wir geben zwar eine Million und einige 100.000 fl. mehr aus als eingehen, dafür wird ein weit größerer Betrag für Investitionen ausgegeben, welcher das Etat eines einzelnen Jahres unmöglich belasten kann. Wenn es auch bücherlich so aussieht, als ob man in diesem Jahre mehr ausgebe als eingehe, so kann man dies doch nicht im gewöhnlichen landläufigen Sinne als ein Deficit, das heißt als einen Abgang bezeichnen. Auch hat der Gemeinderath seinerzeit den Beschluss gefasst, dass für den Fall, als zur Bewältigung der Auslagen der Vervollständigung der Wasserleitung Darlehen aufgenommen werden sollten, diejenigen Beträge, welche nach Aufbrauchung der alten Anlehen und bis zu dem Betrag, wo die Gelder des neuen Anlehens einfließen, einstweilen, möchte ich sagen, vorschussweise bestritten worden sind, dass diese der städtischen Hauptcassa refundiert werden können, weil die Hauptcassa bei verstärktem Budget mit einem so kleinen Betrage nicht weiter wirtschaften kann. Es wäre richtiger, wenn wir alle Auslagen, welche zu Investitionen für die Wasserleitung bestimmt waren, im Wege eines Anlehens bestritten hätten; weil es jedoch nicht angeht, für kleine Beträge von einer halben Million und noch

weniger ein Anlehen aufzunehmen, so hat der Gemeinderath beschlossen, diesen Betrag aus den verfügbaren Cassabeständen zu entnehmen unter dem Vorbehalte, dass derselbe seinerzeit, wenn größere Auslagen kommen, die unmöglich aus den Cassabeständen genommen werden können, aus dem Anlehen gedeckt werden müssen.

In diesem Sinne ist es gleichgiltig, auf welche Post diese Beträge budgetiert werden. Ich bin der Meinung, dass die frühere Art, solche Beträge auf das Gebarungsresultat zu verweisen, nicht richtig war. (Gem.-Rath Friedjung: Sehr richtig!) Was das Gebarungsresultat betrifft, so hat folgende Usance stattgefunden: Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Thatsache herausgestellt, dass unsere Rechnungsabschlüsse nahezu um eine Million günstiger waren als die Voranschläge, das heißt, es ist regelmäßig mehr eingegangen und die Auslagen, welche präliminiert wurden, sind nicht vollständig aufgebraucht worden; und da hat der Gemeinderath in den früheren Jahren, wenn der Reservefond etwas klein geworden war, sich die Freiheit genommen, dieses Resultat zu escomptieren und Beträge bis zu 150.000 fl. auf das Gebarungsresultat zu verweisen; was meiner Meinung nach buchhalterisch nicht richtig ist. Wenn budgetiert wird, so muss man anstreben, dass das Budget eingehalten wird. Erlebt man eine freudige Überraschung, nun, so schadet das nichts.

Wenn der Antrag gestellt wird, diesen Betrag auf den Reservefond zu überweisen, so ist damit nicht gesagt, dass die 600.000 fl. Reservefond für alle diese Auslagen ausreichen müssen. Bisher ist der Reservefond, welcher mit 600.000 fl. dotiert war, allerdings noch nicht mit ganz 300.000 fl. effectiv belastet. Es bestehen aber eine Menge Gemeinderaths-Beschlüsse, welche Ausgaben involvieren, welche auf diesen Fond gewiesen worden sind und von welchen nicht sicher ist, ob diese Auslagen in diesem Jahre oder in einem anderen zur Auszahlung gelangen. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass am Ende des Jahres an den Gemeinderath herangetreten wird mit dem Ersuchen, einen Zuschusscredit zu dem Reservefond zu bewilligen. Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Ich will nur kurz bemerken, dass ja gegen den Antrag, wie ich ihn namens des Stadtrathes zu stellen die Ehre hatte, keine meritorische Einwendung gemacht wurde, und dass, wie ich glaube, der geehrte Gemeinderath in dem Bestreben einig sein wird, den bisherigen Vororten so rasch als möglich die Wasserversorgung, sowie sie die alten Bezirke haben, zutheil werden zu lassen. Was den finanziellen Einwand anbelangt, so hat ein competentes Mitglied des Stadtrathes, der ständige Budgetreferent, gesprochen, und ich denke, dass damit der Anreger, Herr Dr. Friedjung, zufrieden sein wird.

Bürgermeister: Es ist eine Einwendung gegen den Referenten-Antrag nicht erhoben worden. Ich erkläre denselben für angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Für das Rohrnetz der Hochquellenleitung in den ehemaligen Vorortegemeinden wird die vom Magistrate beantragte Sicherstellung einer weiteren Lieferung an Röhren und Maschinenbestandtheilen genehmigt, und zwar die Anschaffung von geraden und Façonröhren im buchhalterisch adjustierten Betrage von 258.165 fl. 88 kr. und die Lieferung der Schieber und Hydranten im Betrage von 107.500 fl.

Hiefür ist eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung unter Zugrundelegung der vorgelegten Bedingnisse, wobei die im § 19 der Vorschrift II vom Bauamte eliminierte zweijährige Haftungspflicht aufrecht zu erhalten ist, mit einem Liefertermine (§ 6, Vorschrift I und II) von sechs Monaten auszuschreiben.

Die im Jahre 1892 auflaufenden Kosten von rund 100.000 fl. sind auf den Reservefond zu verweisen und die entfallenden restlichen Kosten im Budget des Jahres 1893 sicherzustellen.

26. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, über zwei Subventionsansuchen zu referieren, und zwar liegt erstens ein solches vom St. Josef-Kinderasyl-Verein vor. Derselbe erhält diese Anstalt unter dem Titel St. Josef-Kinderasyl in Breitensee, und zwar für circa 50 Kindern, welche dort unentgeltlich verpflegt werden, von denen circa 20 Kinder nach Wien zuständig sind. Demselben ist bereits von dem geehrten Gemeinderathe für 1890, 1891 und 1892 eine Subvention von je 150 fl. bewilligt gewesen. Im Jahre 1891 wurden in diesem Asyle 56 Kinder verpflegt und sind dafür Kosten im Betrage von 5500 fl. aufgelaufen. Der Armenreferent befürwortet auf das wärmste die Subventionierung dieser Anstalt, weil er einestheils zugeben muss, dass dadurch eine höchst menschenfreundliche Aufgabe erfüllt wird und auf der anderen Seite eine Entlastung des Armenbudgets der Gemeinde dadurch eintritt, dass die armen Kinder, welche nach Wien zuständig sind, nicht direct von der Gemeinde verpflegt werden. Es wird nun vom Stadtrathe in Übereinstimmung mit dem Magistrats-Antrage beantragt: Dem St. Josef-Kinderasyl-Vereine wird eine jährliche Subvention von 150 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 mit dem Vorbehalte des Widerrufes für den Fall einer Änderung in den Verhältnissen oder in dem Gebaren des Vereines und gegen alljährliche Vorlage eines Rechenschaftsberichtes bewilligt.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Dem St. Josef-Kinderasyl-Vereine wird eine jährliche Subvention von 150 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 mit dem Vorbehalte des Widerrufes für den Fall einer Änderung in den Verhältnissen oder in dem Gebaren des Vereines und gegen alljährliche Vorlage eines Rechenschaftsberichtes bewilligt.

27. Referent Gem.-Rath Schlechter: Das zweite Gesuch betrifft eine Eingabe des Vereines der Gumpendorfer Kinderfreunde um eine Subvention. Es liegen dem Gesuche zwei Jahresberichte bei, und zwar für die Jahre 1890 und 1891. Im Jahre 1890

gehörten dem Vereine 320 Mitglieder mit einem Jahresbeitrage von je 2 fl. 50 kr. an, so dass sich eine eigene Einnahme von 765 fl. entstanden ist. Der Zweck des Vereines besteht darin, dass eine Christbaumfeier veranstaltet wird und sind im Jahre 1890 24 Knaben und 20 Mädchen mit vollständigen Winteranzügen bekleidet worden. Im Jahre 1891 hat der Verein 304 Mitglieder mit einem Beitrage von gleichfalls je 2 fl. 50 kr. gehabt; das gibt einen Betrag von circa 750 fl. Betheilt wurden 50 Kinder und ausgegeben wurden gegen 700 fl.

Es wird dieses Gesuch, den Verein zu unterstützen, von der Bezirksvertretung, vom Schulreferenten und vom Armenreferenten befürwortet, und ich habe die Ehre, im Namen des Stadtrathes Ihnen folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen: Dem humanitären Vereine „Gumpendorfer Kinderfreunde" wird für das Jahr 1892 eine Subvention von 100 fl. bewilligt.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem humanitären Vereine „Gumpendorfer Kinderfreunde" für das Jahr 1892 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

28. Referent Gem.-Rath R. v. Goldschmidt: Beilage 125. Der Besitzer der Realität, welche auf dem Plane, der den Herren wahrscheinlich zur Verfügung ist, hier schraffiert an der linken Seite bezeichnet ist, ist um die Bestimmung der Baulinien eingeschritten. Die Realität liegt in Simmering und sind bereits seinerzeit, und zwar im Jahre 1877, durch das Ministerium die Baulinien an der Geiselbergstraße und verlängerten Hasnergasse fixiert worden. Längs der Grenze oder vielmehr parallel der Grenze der Staatseisenbahn-Gesellschaft sind jedoch die Baulinien noch nicht bestimmt gewesen, weil ein Generalproject für die Baulinien im Zuge gewesen ist, welches sich auf einen viel größeren Rayon ausgedehnt hat. Es musste daher diesbezüglich eine gesetzliche Local-Commission stattfinden. Man ist bei dieser Gelegenheit auf die Linien, welche hier mit a b c d bezeichnet sind, gekommen, welche so ziemlich der Grenze der Staatsbahn und dem dort befindlichen öffentlichen Wege entlang laufen. Es ist also gar kein Anstand, diese Baulinien dort zu genehmigen.

Nicht so leicht ist es jedoch mit dem Niveau. Es ist nämlich in Aussicht genommen, dort eine Überbrückung vorzunehmen, und zwar in der Achse der Hasnergasse; hierzu fehlen jedoch gewisse Daten. Es wird Ihnen daher ganz einfach vorgeschlagen, für die Baulinien längs der Staatsbahnhof-Realität die bezeichneten Linien a b c d zu wählen und das Niveau vorläufig, bis die Frage der Überbrückung gelöst sein wird, in suspenso zu lassen. Es ist anzunehmen, dass hiedurch dem Grundbesitzer gedient ist, denn er kann die Parcellierung immerhin vornehmen, was er im anderen Falle nicht könnte.

Gem.-Rath Dr. Linke: Es befremdet mich, in dem Beschlusse zu lesen, dass die Frage bezüglich der Niveaubestimmung aufgeschoben wird, bis die Frage bezüglich der Bahnüberbrückung in der Richtung der Hasnergasse gelöst sein wird. Als die Gemeinde Simmering noch eine selbständige Gemeinde war, hat man sich immer gefürchtet vor einer Überbrückung in der Richtung der Hasnergasse, welche an dieser Stelle von der Staatseisenbahn-Gesellschaft stets angestrebt wurde; man hat sich gefürchtet, weil die Staatseisenbahn-Gesellschaft von der Absicht ausgegangen ist, einmal die ihr lästige Überfahrt in der Verlängerung der Geiselbergstraße bis zum Bahnkörper zu vermeiden und um dann die größeren Herstellungskosten der Überbrückung in der Verlängerung der Hirschengasse ganz zu ersparen. Es ist nämlich mit Erlass des Handelsministeriums vom 11. April 1872 aus Anlass des projectierten Baues der Reparaturstücke in Simmering der Staatseisenbahn-Gesellschaft nach § 14 des Eisenbahngesetzes aufgetragen worden, eine Überbrückung über die beiden Tracen der nördlichen Staatsbahnlinie und der Raaberbahn herzustellen, und nachdem die Herstellung dieser Brücke mit einem großen Kostenaufwande verbunden gewesen wäre, so ist diese Herstellung immer aufgeschoben worden und die Staatseisenbahn-Gesellschaft ist bis zum letzten Augenblicke mit dem Plane umgegangen und hat auch diesfällige Anträge gestellt, diese Überbrückung weiter gegen die Geiselbergstraße hinzuschieben und zugleich auch zu vermeiden, dass bei der Geiselbergstraße fortwährend Anstände bezüglich der Absperrung der Überfahrt erhoben werden. Damals hat die Gemeindevertretung von Simmering eine derartige Verschiebung dieser Überbrückung perhorresciert, und ich kann nicht umhin, diesen Gedanken jetzt zum Ausdrucke zu bringen und muss den Herrn Referenten bitten, mir aufzuklären, wieso es kommt, dass hier in dem Beschlusse die Frage bezüglich der Überbrückung in der Richtung der Hasnergasse neuerdings aufgeschoben wird.

Diese Frage bitte ich den Herrn Referenten zu beantworten; indessen will ich jetzt fortsetzen und muss den Herrn vorsitzenden Bürgermeister bitten, das Urtheil des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. December 1879, Z. 1663, in Erwägung zu ziehen, welches Urtheil bereits bei der Vermögensübergabe in Simmering dem Herrn Abgeordneten der Großcommune Wien übergeben worden ist; es ist das ein Recht, welches die Gemeinde Simmering erworben hat, die Überbrückung dort verlangen zu dürfen, ein Recht, welches die Großcommune fortwährend in Evidenz halten muss. Dieser Act ist nothwendig mit dem vorliegenden Acte in Verbindung zu bringen.

Ich muss aber auch den früheren Wunsch der Gemeindevertretung hier vertreten, dass endlich einmal, wie es ohnehin schon in einer Gemeinderaths-Sitzung in einer Petition verlangt wurde, diese Überbrückung in der Verlängerung der Hirschengasse ausgeführt werde, und ich bitte den Herrn Referenten, mir aufzuklären, wieso auf einmal die Überbrückung ausgeschlossen ist.

Referent (zum Schlusswort): Aus den Bemerkungen des hochgeehrten Herrn Vorredners geht meines Erachtens hervor, dass der Antrag des Stadtrathes der einzig richtige ist. Es wird durch den Antrag des Stadtrathes der Frage der Überbrückung — ob an dieser Stelle oder an einer anderen — gar nicht präjudiciert. Man könnte nun sagen, der Gemeinderath gebe überhaupt eine Baulinie insolange nicht hinaus, als das Niveau nicht bestimmt ist. Aber da würden wir den Grundbesitzer entschieden schädigen. Der Mann begnügt sich vorläufig mit der Baulinie, er kann dann eine Parcellierung vornehmen, die Gründe abtreten und die Niveaufrage bleibt in suspenso. Insoweit, glaube ich, sind wir unseren Mitbürgern schuldig, entgegenzukommen. Ich kann aber den hochgeehrten Herrn Collegen vollkommen beruhigen; es ist der Frage der Überbrückung — das ist selbstverständlich — nicht präjudiciert.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die Linie a b c d für den Weg längs des Bahngrundes als Baulinie zu genehmigen und die Niveaufrage bis zur Entscheidung der Frage bezüglich der Bahnüberbrückung in der Richtung der Hasnergasse in suspenso zu belassen.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. (Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 13. September 1892.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Prix.**

1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Ausgleich mit der Militär-Akademie in Wiener-Neustadt wegen Wasserentnahme für die Hochquellenleitung und beantragt:

Mit dem k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Vertretung der k. u. k. Militär-Akademie in Wiener-Neustadt (im Einvernehmen mit den an dem Recurse betheiligten Centralstellen, und zwar auch in Vertretung des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien, der k. u. k. Pepinière auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien) wird ein Vergleich geschlossen des Inhaltes, dass:

1. der gegen die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 24. October 1891, Z. 19539, eingebrachte Recurs zurückgezogen, die Zustimmung zur Einleitung einer Wassermenge von 36.400 m³ täglich aus dem oberhalb des Kaiserbrunnens befindlichen Quellengebiete in die Wiener Hochquellen-Wasserleitung gegeben und auf jede weitere Entschädigung aus diesem sowie aus dem Titel der Wasserentnahme durch das Pottschacher Schöpfwerk in dessen gegenwärtigem oder im Sinne der erwirkten Concession künftig bis zu einer Leistungsfähigkeit von 600.000 Eimer Wasser per Tag zu erweiterndem Bestande und Betriebe, verzichtet werde;

2. die Gemeinde Wien unter Verzicht auf die Geltendmachung ihres aus § 10 des zwischen ihr und dem k. k. Finanz-Ministerium am 18. März 1868 über den Verkauf des Kaiserbrunnens und der Fuchspassquelle abgeschlossenen Vertrages abgeleiteten Anspruches an die Reichs-Kriegsverwaltung einen Pauschalbetrag von 80.000 fl. (Achtzigtausend Gulden ö. W.), dann unter der Bedingung bezahle, dass ihr im Zuge des eingeleiteten wasserrechtlichen Verfahrens die Concession zur Ableitung von 36.400 m³ Wasser per Tag aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens und zur Ausführung des diesfälligen Projectes rechtskräftig und in einer auch vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe nicht mehr anfechtbaren Weise ertheilt wird;

3. durch den Vergleich auch alle im Namen des Hof-, Militär- und Civil-Ärars und der Rudolfstiftung bezüglich der am Wiener-Neustädter Canale ausgeübten Wasserbezugsrechte des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung, des k. u. k. Reitlehrer-Institutes in Wien, der k. u. k. Pepinière in Wien auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien erhobenen Ansprüche entfallen.

(Angenommen.)

2. Gem.-Rath Dr. Stenzl referiert über Verleihung einer Gnadengabe. (Angenommen.)

3. Gem.-Rath Vaugoin referiert über Gewährung des Fortbezuges von Gnadengaben, sowie über Remunerationen für Beamte, anlässlich des Gebarungsausweises über die Einnahmen und Ausgaben im communalen Ausschmückungsdienste am Central-Friedhofe pro 1891 und beantragt die Genehmigung.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 20. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Mittwoch, den 21. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Donnerstag, den 22. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Freitag, den 23. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 13. September 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3214	Stück
Fettschweine	6801	„
Summa	10015	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8383	Stück
für das Land	1082	„
unverkauft blieben	550	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 36 bis 46 kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 34 „ 41 „	

Die Kauflust für Jungschweine war ziemlich lebhaft, daher dieselben um 1 kr. per Kilo theuerer verkauft wurden, während Fettschweine infolge des bedeutenden Auftriebes um 1 kr. per Kilo im Preise gefallen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 13. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 360 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—280 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 30—75 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. September 1892.

Honech Josef — Bäckergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 16.
Riedl Johann — Buchbinder — III., Reisnerstraße 21.
Seeholzer Karoline — Dienstvermittlung — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 23.
Kißlinger Rosalie — Einspännergewerbe — X., Columbusplatz.
Müllner Johann — Fleischselchergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 61.
Gilly Sidonie — Verschleiß von photographischen Ansichten — IX., Währingerstraße 2/4.
Herczegh Paul — Fragner — X., Laxenburgerstraße 29.
Bisinger Friedrich — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Langeg. 49.
Mayrhofer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Himmelpfortg. 3.
Müllner Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauslabgasse 16.
Sedlaček Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Heinegasse 19.
Nedoma Karl — Glasbläser — VI., Stumpergasse 38.
Rejschek Adalbert — Goldarbeitergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 40.
Buchtel Eduard — Grünzeughandel — XVI., Ottakring, Marktplatz.
Walter Christine — Hadernhandel — XVI., Ottakring, Lienfelderg. 22.
Arthofer Raimund — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Zwölfergasse 2.
Heller Katharina — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 1 b.
Neumann Theodor — Kaffeesieder — I., Kohlmessergasse 2.
Schwarz Karl — Kleinfuhrmann — VI., Mollardgasse 70.
Keplinger Antonia — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Siebensterng. 33.
Treidl, geb. Dryaczek Marie — Handel mit Maculaturpapier — I., Kumpfgasse 5.
Guttmann, geb. Teinert Karoline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XV., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 44.
Kalausek Ferdinand — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstr. 57.
Pulz Karoline — Milch- und Canditen Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Rustengasse 7.
Paßler Raimund — Musik-Instrumentenmacher — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 28.
Bondi, geb. Huß Elsa — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VII., Stiftgasse 3.
Bondi, geb. Huß Elsa — Verschleiß concessionsfreier Press-Erzeugnisse — VII., Stiftgasse 3.
Stadler Regina — Spiritusofenhandel — X., Raaberbahngasse 20.
Schmitt Mieczislaus — Director des polnischen Theaters in Lemberg — II., k. k. Prater, Ausstellungstheater.
Chowansky Theresia — Wäscheputzerin — VI., Kurzgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. September 1892.

Dörr Anna — Bäckerei — X., Waldgasse 39.
Benesch Johann — Cantine — VIII., Laudongasse 12.
Hirsch Franz Rudolf — Couvert-Erzeugung — IX., Schwarzspanierstraße 10.
Jacobi Friedrich — Drechsler — I., Tuchlauben 18.
Scheuermann Johann — Einspännergewerbe — XII., Unter-Meidling, Bahnhof.
Stalka Valentin — Friseur und Rasenr — VII., Burggasse 43.
Czak Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Clusiusgasse 5.
Kögler Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Obere Amtshausg. 19.
Panfuß Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 60.
Reich Albert — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Radetzkygasse 26.
Reiß Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 8.
Smejkal Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 44.

(Das Weitere folgt.)

Z. 5630 ex 1892.

Kundmachung.

(Einsichtnahme in den Hauptrechnungs-Abschluss pro 1891.)

Der Magistrat hat den Hauptrechnungs-Abschluss der Gemeinde Wien, und zwar für die Bezirke I bis X für das Jahr 1891 an den Stadtrath geleitet und liegt dieses Rechnungs-Operat vom 19. September l. J. angefangen im Sinne der Bestimmungen des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse, Rathhaus, Stiege 5, 1. Stock, während der gewöhnlichen Amtsstunden auf.

Dies wird hiemit im Sinne der weiteren Bestimmungen des citierten Gesetzes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder über den genannten Rechnungs-Abschluss im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 16. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann N. Prix. 1—3

Ad Prot.-Nr. 145107
Ref.-Nr. 5304 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Hundemarken für das Jahr 1893** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer, im neuen Rathhause** (1. Stock, Departement III), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeine und specielle Vorschrift im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 161130
Ref.-Nr. 2382 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Stiftgasse zwischen der Gürtelstraße und Bergsteiggasse im XVII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6534 fl. 74 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 159639

Ref.-Nr. 2367 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der inneren Fahrstraße am Neubaugürtel von der Westbahnstraße bis zur Goldschlagstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 3595 fl. 8 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 159628

Ref.-Nr. 2366 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Neupflasterung des westlichen Theiles der Rampe zur Schmelzbrücke im XV. Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 919 fl. 14 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 162480

Ref.-Nr. 2404 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Fahrstraße am Ottakringer Marktplatze im XVI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3375 fl. 37 kr. und 350 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **22. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. September 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 159630 ex 1892.
Ref.-Nr. 2368. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeiten für die Umpflasterung der Schulgasse im XIV. Bezirke (Sechshaus) im veranschlagten Kostenbetrage** von 1179 fl. 99 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. September** d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2–3

G.-Z. 27527
XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der **Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 14.243 fl. 70 kr.; 2. der **Eisenconstructionsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 16.339 fl. 71 kr.; 3. der **Zimmermannsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 10.199 fl. 98 kr.; 4. der Lieferung der erforderlichen **Klinker- und Steinzeugwaren** im veranschlagten Kostenbetrage per 5372 fl. 95 kr. aus Anlass der **projectierten Erweiterung der Schweinehalle und Errichtung von Sammelständen nächst den Szälläsen am Central-Viehmarkte** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter, im neuen Rathhause (5. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte, Stiege 4, im Bureau des Herrn Ober-Ingenieurs Clauser während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. September 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 162478
Ref.-Nr. 2402 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Burg- und Breitegasse im VII. Bezirke von der Lastenstraße bis zur Siebensterngasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 6317 fl. 56 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 10 Uhr Vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 158377
Ref.-Nr. 2347 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen im XVI. Bezirke Ottakring** im veranschlagten Kostenbetrage von 1393 fl. 93 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 162475 ex 1892.
Ref.-Nr. 2399. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeit für die Neu-, resp. Umpflasterung von Theilen der Brunnengasse im XVI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 5466 fl. 36 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 2—3

Prot.-Nr. 97722
Ref.-Nr. 1025. XIV ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Hufbeschlages für die Pferde der Wiener städtischen Feuerwehr** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Donnerstag, den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stenzinger, im Rathhause** (3. Stiege, II. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse bei dem städtischen Feuerwehr-Commando, I. Bezirk, Am Hof Nr. 9, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das Vadium per fünfhundert Gulden anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 2—3

Kundmachung.

(Schiffsjungenschule der k. und k. Kriegsmarine.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei ddto. 25. August 1892, Pr.-Z. 5473, sind Gesuche um Aufnahme als **Schiffsjungen** stempelfrei an das „k. und k. Militär-Hafencommando zu Pola" durch das dem Domicil des Bittstellers nächstgelegene Ergänzungsbezirks-Commando zu überreichen.

NB. Nähere Auskunft über Zweck, Aufnahmsbedingungen und Einrichtung der Schiffsjungenschule — siehe erste Notiz sub „Allgemeine Nachrichten" der Nummer 72.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. September 1892. 2—3

Z. 162240
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 11. und 12. October 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen, werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2—3

Kundmachung.

(Ergänzungswahl eines Reichsraths-Abgeordneten für den I. Wiener Gemeindebezirk.)

Nachdem mit Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. September 1892 die Ergänzungswahl eines Reichsraths-Abgeordneten für den I. Bezirk ausgeschrieben und der **10. October 1892** als Wahltag festgesetzt wurde, so wird in Gemäßheit der §§ 25 und 26 der *Reichsraths-Wahlordnung* zur gesetzlichen Constatierung der Wahlberechtigten Folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. Die nach den Bestimmungen der §§ 9 und 20 der Reichsraths-Wahlordnung verfassten Wählerlisten werden durch acht Tage, d. i. vom **15. bis incl. 22. September 1892, täglich von 9 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, im neuen Rathhause, Stiege 8, Mezzanin, im Steuer- und Wahl-Cataster** zu jedermanns Einsicht aufliegen.

2. **Reclamationen** gegen die Wählerlisten können daselbst während dieser Frist eingebracht werden.

Die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen werden innerhalb drei Tagen der k. k. Statthalterei vorgelegt, deren Entscheidung in jedem Falle endgiltig ist. Reclamationen, die nach Ablauf dieser Frist einlangen, werden als verspätet zurückgewiesen.

3. Die Bestimmungen über den Ort, die Zeit und die Art der Wahl werden seinerzeit zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

Wien, am 15. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Joh. N. Prix. 1—1

M.-Z. 143012
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die **Rechnungs-Abschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonde werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 2—3

Z. 108777
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerladfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der **Rechnungs-Abschluss pro 1891 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfondes vom 15. September 1892 an** durch 14 Tage im Armen-Departement des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zu Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 2—3

M.-Z. 143014
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und des Wiener Landwehrfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass der **Rechnungs-Abschluss des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Wiener allgemeinen Versorgungsfondes pro 1891, sowie jener des Wiener Landwehrfondes pro 1891** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 2—3

Z. 151337
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die im II. Semester 1892 fällig gewordenen Interessen des **Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters** im Betrage von 364 fl. 87½ kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene armen Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die mindere Erwerbsfähigkeit, des vorgerückten Alters oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften bis **30. September 1892** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. August 1892. 3—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 2227
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 13. September 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung der Gem.-Räthe R. v. Neumann und Zagórski und Entschuldigung der Gem.-Räthe Bärtl, Djörup und Winkler . . . 2227
2. Spende des Herrn Ludwig Berenyi (Radetzky-Album) . . . 2227
3. Spende des Regiments-Commandos des k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 84 (Erträgnis des Abschieds-Concertes) . . . 2227
4. Ergebnis der Ergänzungswahl in die Militärtax-Commission 2227
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Wessely, betreffend die Reinhaltung des Wienflusses . . . 2227
Interpellationen:
6. Gem.-Rath Herrdegen, betreffend seinen Antrag auf Errichtung einer städtischen Dienstvermittlungs-Anstalt . . . 2228
7. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend den Mangel an Brunnen in der Nähe des Westbahnhofes . . . 2228
8. Gem.-Rath Djörup, betreffend verschiedene Maßnahmen in Ansehung der Choleragefahr . . . 2228
9. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Herstellung eines Überganges für Fußgänger über den Bahnkörper zwischen der Schmelzbrücke und dem Penzinger Viaduct und die Herstellung einer Haltestelle daselbst . . . 2228
10. Derselbe, betreffend die Vertretung des Gemeinderathes bei der Abfahrt des Infanterie-Regimentes Nr. 84 . . . 2228
11. Gem.-Räthe Eigner und Purscht, betreffend die Canalisierung der Schmerlinggasse im XVII. Bezirk . . . 2228
12. Gem.-Rath B. Wessely, betreffend die Pflasterung eines Theiles der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke . . . 2229
13. Gem.-Rath Röhrl, betreffend den sofortigen Beginn der Legung der Rohre für die Hochquellenleitung in den neuen Bezirken . 2229
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Behandlung der von dem Bezirksausschusse befürworteten Zuständigkeitsgesuche, die Vorlage des definitiven Statutes für die Bezirksausschüsse und die Zustellung von Steueracten an dieselben . . . 2229
15. Gem.-Rath Eigner, betreffend das incorrecte Vorgehen von Sanitätsorganen bei einem angeblichen Cholerafalle in Hernals 2229
16. Gem.-Räthe Purscht und Grünbeck, betreffend dieselbe Angelegenheit . . . 2230
Anträge:
17. Gem.-Rath Lang, betreffend die Indrucklegung einer populären Zusammenstellung von Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera . 2230
18. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Renovierung der Arbeitslocalitäten und Stallungen im Gumpendorfer Schlachthause . . 2230
19. Gem.-Rath Kirchmayer, betreffend die Canalisierung des rechten Wienufers in Hietzing . . . 2230
Referate:
20. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend die Genehmigung der Kosten für die Vorarbeiten anlässlich der Errichtung von Steueramtsabtheilungen bei den magistratischen Bezirksämtern für den II., III., IV., V., VI. und VII. Bezirk . . . 2231
21. Derselbe, betreffend die Anschaffung von Lehrmitteln für die Bürgerschule XII., Gaudenzdorf. (Zuschusscredit.) . . . 2232
22. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung in der Knabenvolksschule XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse (Zuschusscredit.) . . . 2332
23. Derselbe, betreffend die Straßenherstellung in der Glaser- und Rögergasse und die Regulierung der Rosauerlände . . . 2233
24. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Maria Elisabethen-Vereines . . . 2233
25. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Lieferung von Röhren, Schiebern, Hydranten und Maschinenbestandtheilen für die Wasserversorgung in den neuen Bezirken . . . 2233
26. Derselbe, betreffend die Subventionierung des St. Josef-Kinderasyl-Vereines in Breitensee . . . 2235
27. Derselbe, betreffend die Subventionierung des humanitären Vereines „Gumpendorfer Kinderfreunde" . . . 2235
28. Gem.-Rath R. v. Goldschmidt, betreffend die Baulinienbestimmung nächst des Werkstättenhofes der österr.-ung. Staatseisenbahn-Gesellschaft im XI. Bezirke . . . 2236
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 13. September 1892.
Inhalt:
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Ausgleich mit der Militär-Akademie in Wr.-Neustadt wegen Wasserentnahme für die Hochquellenleitung . . . 2237
2. Gem.-Rath Dr. Stenzl, betreffend Gnadengabe . . . 2237
3. Gem.-Rath Vangoin, betreffend Remunerationen . . . 2237
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 2237
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 13. September 1892 . . . 2237
Pferdemarkt vom 13. September 1892 . . . 2237
Stechviehmarkt vom 15. September 1892 . . . 2238
Der Verkauf von Mineralkohle und Coaks im großen und kleinen . 2238
Sanitätsangelegenheiten:
Maßregeln in Ansehung der Choleragefahr . . . 2239
Städtisches Donaubad . . . 2242
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen . . . 2243—2245
Kundmachungen . . . 2245—2250

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die Linie a b c d für den Weg längs des Bahngrundes als Baulinie zu genehmigen und die Niveaufrage bis zur Entscheidung der Frage bezüglich der Bahnüberbrückung in der Richtung der Hasnergasse in suspenso zu belassen.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. (Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 13. September 1892.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Prix.**

1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Ausgleich mit der Militär-Akademie in Wiener-Neustadt wegen Wasserentnahme für die Hochquellenleitung und beantragt:

Mit dem k. u. k. Reichs-Kriegsministerium in Vertretung der k. u. k. Militär-Akademie in Wiener-Neustadt (im Einvernehmen mit den an dem Recurse betheiligten Centralstellen, und zwar auch in Vertretung des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien, der k. u. k. Pepinière auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien) wird ein Vergleich geschlossen des Inhaltes, dass:

1. der gegen die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 24. October 1891, Z. 19539, eingebrachte Recurs zurückgezogen, die Zustimmung zur Einleitung einer Wassermenge von 36.400 m³ täglich aus dem oberhalb des Kaiserbrunnens befindlichen Quellengebiete in die Wiener Hochquellen-Wasserleitung gegeben und auf jede weitere Entschädigung aus diesem sowie aus dem Titel der Wasserentnahme durch das Pottschacher Schöpfwerk in dessen gegenwärtigem oder im Sinne der erwirkten Concession künftig bis zu einer Leistungsfähigkeit von 600.000 Eimer Wasser per Tag zu erweiterndem Bestande und Betriebe, verzichtet werde;

2. die Gemeinde Wien unter Verzicht auf die Geltendmachung ihres aus § 10 des zwischen ihr und dem k. k. Finanz-Ministerium am 18. März 1868 über den Verkauf des Kaiserbrunnens und der Fuchspassquelle abgeschlossenen Vertrages abgeleiteten Anspruches an die Reichs-Kriegsverwaltung einen Pauschalbetrag von 80.000 fl. (Achtzigtausend Gulden ö. W.), dann unter der Bedingung bezahle, dass ihr im Zuge des eingeleiteten wasserrechtlichen Verfahrens die Concession zur Ableitung von 36.400 m³ Wasser per Tag aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens und zur Ausführung des diesfälligen Projectes rechtskräftig und in einer auch vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe nicht mehr anfechtbaren Weise ertheilt wird;

3. durch den Vergleich auch alle im Namen des Hof-, Militär- und Civil-Ärars und der Rudolfstiftung bezüglich der am Wiener-Neustädter Canale ausgeübten Wasserbezugsrechte des k. u. k. Militär-Thierarznei-Institutes in Wien, des k. k. Münzamtes in Wien, der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung, des k. u. k. Reitlehrer-Institutes in Wien, der k. u. k. Pepinière in Wien auf der Landstraße und des neu zu erbauenden k. u. k. Militär-Musterspitales in Wien erhobenen Ansprüche entfallen.

(Angenommen.)

2. Gem.-Rath Dr. Stenzl referiert über Verleihung einer Gnadengabe. (Angenommen.)

3. Gem.-Rath Vaugoin referiert über Gewährung des Fortbezuges von Gnadengaben, sowie über Remunerationen für Beamte, anlässlich des Gebarungsausweises über die Einnahmen und Ausgaben im communalen Ausschmückungsdienste am Central-Friedhofe pro 1891 und beantragt die Genehmigung.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 20. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Mittwoch, den 21. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Donnerstag, den 22. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.
Freitag, den 23. September 1892, ½10 Uhr Vormittags.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 13. September 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3214	Stück
Fettschweine	6801	„
Summa	10015	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8383	Stück
für das Land	1082	„
unverkauft blieben	550	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 36 bis 46 kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 34 „ 41 „	

Die Kauflust für Jungschweine war ziemlich lebhaft, daher dieselben um 1 kr. per Kilo theuerer verkauft wurden, während Fettschweine infolge des bedeutenden Auftriebes um 1 kr. per Kilo im Preise gefallen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 13. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 360 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—280 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 30—75 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 15. September 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 757, Kälber lebend 2337, Lämmer Waidner 114, Lämmer lebend 49, Schafe Waidner 300, Schafe lebend 8942.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 44 bis 64 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „ 36 „ 54 „
Lämmer Waidner „ Paar von 4½ bis 5 fl.
Lämmer lebend „ „ „ 5 „ 7½ „
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 40 bis 54 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis 22 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden gegen die Vorwoche um 81 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war ziemlich flau, daher die Preise um 1 kr. per Kilo gefallen sind.

Auf dem Schafmarkte wurden um 4193 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Nachfrage war ruhig, und blieben die Preise unverändert.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 15. September l. J. 161 Stück Mast- und 284 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

(Der Verkauf von Mineralkohle und Coaks im großen und kleinen.)

Der Wiener Magistrat hat unterm 6. August 1892 sub Z. 365759 Folgendes öffentlich kundgemacht:

Infolge des mit dem Erlasse des h. k. k. Ministeriums des Innern vom 14. November 1874, Z. 16243, genehmigten Gemeinderaths-Beschlusses vom 20. März 1874 und des Stadtraths-Beschlusses vom 17. Juni 1892, Z. 2550, werden für den Handel mit Mineralkohle und Coaks folgende Bestimmungen erlassen:

I. Gemeinsame Bestimmungen für den Verkauf im großen und im kleinen.

1. Der Verkauf der mineralischen Brennstoffe (Kohle, Coaks) hat nach dem metrischen Gewichte stattzufinden, und der Preis ist nach dem Nettogewichte zu berechnen.

2. Die Gewichte und Wagen müssen im Sinne der Ministerial-Verordnung vom 28. März 1881, R.-G.-Bl. Nr. 30, vor Ablauf von je zwei Jahren der periodischen Nachaichung unterzogen werden.

3. Im Interesse des kaufenden Publicums ist das Vermengen verschiedener Kohlengattungen untersagt, weshalb die verschiedenen Kohlenmarken von einander abgesondert zu lagern sind.

4. Der Brennwert der auf den Wiener Markt gelangenden Kohlengattungen wird nach den vorgenommenen calorimetrischen Erprobungen und chemischen Analysen von Zeit zu Zeit im Amtsblatte der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und auf andere geeignete Weise veröffentlicht werden.

II. Besondere Bestimmungen für den Verkauf im großen.

1. Zur Erleichterung der Kohlenzufuhr haben die Verwaltungen der in Wien einmündenden Eisenbahnen eine mehrtägige Lagerfreiheit zugestanden und über die von ihnen mit den Kohlenhändlern und Producenten zu treffenden Vereinbarungen auf den Bahnhöfen geeignete Lagerplätze (Rutschen) gegen Entrichtung eines mäßigen Bestandzinses zur Verfügung gestellt.

2. Die Kohlenhändler haben im Interesse des kaufenden Publicums bei den Verkaufsplätzen den Fundort dieser Kohle (Grube) mit Bezeichnung der Gattungen und der verschiedenen Preise per q (Quintal, Meter-Centner = 100 kg) unter Beisetzung ihres Namens oder ihrer Firma auf eine leicht wahrnehmbare Weise ersichtlich zu machen.

Wird zugleich die Versendung der Kohlen nach den verschiedenen Gemeindebezirken, das Auf- und Abladen u. s. w. besorgt, so sind die diesfälligen Kosten nach Art der Verführung und Verpackung besonders im Tarif zu bezeichnen.

3. Über jede verkaufte Kohlenpartie ist als Geleitschein der Sendung eine Verkaufsnote über das Gewicht und die Gattung der Kohle, sowie die Art der Verladung oder Verpackung auszustellen und die Tara (Körbe, Säcke, Butten, und bei ganzen Wagenladungen auch das Gewicht des Wagens) von dem Bruttogewichte in Abzug zu bringen.

4. Die Kohle kann auf jede beliebige Weise, auf Wägen geschüttet oder in Körbe, Butten oder Säcke verpackt, bezogen werden. Beim Abladen der auf Wägen geschütteten Kohle ist dieselbe in Butten oder derlei Geschirre zu fassen; die Straße und der Fußweg dürfen hiebei nicht mehr, als unvermeidlich ist, verunreinigt werden und müssen unmittelbar nach vollendeter Abladung von denjenigen, welche die Kohle bezogen haben, gesäubert werden.

Im I. Gemeindebezirke ist die Zufuhr der auf Wägen geschütteten Kohle auf die Zeit bis 10 Uhr vormittags beschränkt.

5. Wird die Zufuhr der Kohle in Säcken, Butten oder Körben bedungen, so darf in ein solches Geschirr nicht mehr und nicht weniger als 50 kg gefüllt werden. Die Geschirre sind stets in brauchbarem Zustande zu erhalten, und müssen die Säcke mit Plomben, welche die Anfangsbuchstaben des Vor- und Zunamens des Kohlenhändlers oder seiner Firma enthalten, verschlossen werden. Auf der Rückseite der Plombe ist der Kohlenlagerplatz mit römischen Ziffern, und zwar:

mit I. für den Nordbahnhof,
„ II. „ „ Nordwestbahnhof,
„ III. „ „ Franz Josefs-Bahnhof,
„ IV. „ „ Südbahnhof,
„ V. „ „ Staatsbahnhof,
„ VI. „ „ Donaucanal und
„ VII. „ „ Aspangbahnhof

ersichtlich zu machen.

6. Das kaufende Publicum wird in seinem eigenen Interesse aufgefordert, sich von der Richtigkeit des Gewichtes der ins Haus gelieferten Kohle zu überzeugen, zu welchem Behufe die Kohlenhändler auf jedem Wagen, mit welchem sie den Consumenten Kohle zuführen, eine ordnungsmäßig geaichte Decimalwage sammt den erforderlichen metrischen Gewichten mitzuführen und dem Empfänger der Kohle über dessen Begehren dieselbe kostenlos vorzuwägen verpflichtet sind.

III. Besondere Bestimmungen für den Verkauf im kleinen.

1. Der Preistarif, in welchem die im Verschleiße befindlichen Gattungen von Mineralkohle ꝛc. nach dem Preise für 1, 5, 10, 25, 50 und 100 kg aufzunehmen sind, ist von dem Geschäftsinhaber unterschrieben und mit dem Datum versehen an den Außenthüren oder Außenwänden des Geschäftslocales so zu befestigen, dass er von jedermann ohne vorheriges Betreten des Verkaufsortes gelesen werden kann.

Jede Änderung in den Verkaufspreisen ist allsogleich in diesem Tarife zu bemerken und durch eine Abschrift desselben binnen längstens 24 Stunden der städtischen Marktamts-Abtheilung des betreffenden Gemeindebezirkes bekanntzugeben.

2. In jedem Verkaufsort ist eine ordnungsmäßig geaichte Decimalwage sammt den erforderlichen metrischen Gewichten bereitzuhalten, und wird das kaufende Publicum in seinem eigenen Interesse aufgefordert, sich — namentlich beim Einkaufe kleinerer Mengen — die Kohle selbst zu holen und auf dieser Decimalwage vorwägen zu lassen.

3. Auch für die Kleinkohlenhändler gelten, insoferne sie ausnahmsweise größere Kohlenlieferungen besorgen, die besonderen Bestimmungen für den Verkauf im großen.

Das städtische Marktamt ist aus öffentlichen Rücksichten beauftragt, den Verkauf der mineralischen Brennstoffe sowohl auf den Lagerplätzen der Bahnhöfe der in Wien einmündenden Eisenbahnen und auf den Schiffen im Donaucanale, als auch auf den sonstigen Verkaufsstätten, sowie bei der Zufuhr strengstens zu überwachen.

Die Außerachtlassung dieser für den Handel mit mineralischen Brennstoffen (Kohle, Coaks) erlassenen Bestimmungen wird nach § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, mit Geldstrafen bis zum Betrage von 200 fl. ö. W. oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen und nach Umständen auch nach den Bestimmungen des Strafgesetzes geahndet werden.

Sanitätsangelegenheiten.

(Maßregeln in Ansehung der Choleragefahr.)

Der Bürgermeister Dr. Prix hat am 1. September l. J., sub Z. 134042, eine Kundmachung folgenden Inhaltes erlassen:

Zur Hintanhaltung der Einschleppung der Cholera aus verseuchten Gegenden ist die strenge Durchführung prophylaktischer Maßregeln unbedingt nothwendig. Es werden daher, obwohl der Gesundheitszustand in Wien vollkommen befriedigend ist, nachstehende Anordnungen behufs genauer Darnachachtung zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

1. Die Bewohner von Häusern, in welchen die Hochquellenleitung noch nicht besteht, werden aufgefordert, sich das zum Trinken und zur Bereitung der Speisen nöthige Wasser aus dem nächstgelegenen öffentlichen Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung zu beschaffen und sich des Genusses von schlechtem oder bedenklichem Brunnenwasser zu enthalten. Sollte jedoch Brunnenwasser benützt werden müssen, so ist die Vorsicht zu beobachten, dass das Wasser vor dem Genusse abgekocht und dann abgekühlt werde.

2. Die P. T. Hauseigenthümer und Administratoren werden aufgefordert, für die vollkommene Reinhaltung des Inneren der Häuser, namentlich der Haus- und Lichthöfe, der Aborte und Pissoire sowie der etwa vorhandenen Ställe und Düngergruben Sorge zu tragen. Auch ist alles zu vermeiden, wodurch der Boden verunreinigt und die Luft verdorben werden kann.

3. In allen Gebäuden, in welchen ein großer Zusammenfluss von Menschen stattfindet oder Passanten aus verschiedenen Gegenden zusammenkommen, somit in großen Fabriksgebäuden, Polizei- und Gefangenhäusern, Spitälern, Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Stationsgebäuden, in Hotels, stark besuchten Gast- und Kaffeehäusern, Massenquartieren, Kasernen, Schulen, öffentlichen Belustigungsorten, Theatern, Tanzlocalen ꝛc., ferner in allen Localitäten, worin Vieh geschlachtet wird oder in welchen sonst durch thierische oder pflanzliche Abfälle sich üble Gerüche entwickeln, ist die ausgiebigste Lüftung und Reinhaltung sämmtlicher Localitäten zu veranlassen.

4. Alle Hausbesitzer, Administratoren und Verwaltungen werden hiemit beauftragt, sämmtliche Aborte, Pissoire, Senkgruben, Schlachtlocale, Stallungen durch die von ihnen zu bestellenden Organe und mittelst der von ihnen beizustellenden Desinfectionsmittel täglich desinficieren zu lassen.

Zu dieser Desinfection ist eine Mischung von einem Theile roher Carbolsäure und neun Theilen Wasser, und zwar für je zehn Personen täglich ein Liter dieser Lösung, oder phenylsaurer Kalk zu verwenden.

5. Das Hineinwerfen thierischer oder vegetabilischer Abfälle in Hauscanäle und Wasserläufe ist strengstens untersagt, und haben insbesondere die betreffenden Gewerbsleute für die entsprechende und möglichst rasche Entfernung aller organischen, fäulnißfähigen Abfallstoffe auf die zur Ablagerung oder Vertilgung bestimmten Plätze zu sorgen.

6. Mist-, Dung- und Senkgruben müssen mit gut schließbaren Deckeln versehen sein und rechtzeitig geräumt werden. Derartige Gruben oder Ablagerungsplätze sind auch während der Benützung zu desinficieren und kann dies bei Dung- und Mistgruben auch durch Bestreuen mit Kalkpulver, welches nach dem Ablöschen des Ätzkalkes mit etwas Wasser gewonnen wird, vorgenommen werden.

Bei der Räumung sind dieselben ebenfalls zu desinficieren.

Fehlerhaft angelegte oder durchlässige Senkgruben sind vorschriftsmäßig herzustellen.

7. Die Verunreinigung der Straßen, Gassen, Plätze, Flussufer, der Baugründe u. s. w. durch Ausgießen von unreinem Wasser und Blut, durch Ableeren von Schutt, Hauskehricht und sonstigen Abfällen, sowie die Ableitung von faulenden oder fäulnißfähigen Substanzen ist verboten.

8. Die Überfüllung von Wohnräumen ist zu vermeiden.

9. Die Inhaber von Hotels, Herbergen oder sonstigen Unterkunftsorten für Fremde, sowie alle Wohnungsinhaber sind verpflichtet, von dem Eintreffen solcher Personen, welche aus Russland, Deutschland oder Frankreich in Wien ankommen, sofort die schriftliche Anzeige zu erstatten, und zwar im I. Bezirke im Stadtphysikate im Rathhause, I., Liechtenfelsgasse 2, 3. Stiege, Hochparterre, in den Bezirken II, III, IV, VII, X, XI, XII, XIII, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX bei dem betreffenden magistratischen Bezirksamte, in den Bezirken V, VI, VIII, IX und XIV in der Kanzlei des Bezirksausschusses.

10. Die Verwaltungen der in Wien einmündenden Eisenbahnen haben für die Reinhaltung und Desinfection der Bahnhöfe, der daselbst befindlichen Wartesäle und Restaurationen, sowie der Aborte und Pissoire zu sorgen.

11. In der Umgebung von Wasserentnahmstellen (Hausbrunnen, Ausläufe der Hochquellenleitung in und außer dem Hause) ist jede Verunreinigung durch Abfälle des menschlichen Haushaltes, insbesondere aber das Reinigen der Wäsche und der Hausgeräthe, sowie die Anlage von Versickerungsgruben für Schmutzwasser in der Nähe von Wohnungen strengstens untersagt.

12. Die Ausstellung der Lebensmittel an und vor den Eingangsthüren und den Fenstern des Verkaufslocales ist nur dann geduldet, wenn diese Lebensmittel durch einen sicheren Glasverschluß vor Staub und Verunreinigung insbesondere durch Insecten geschützt sind.

Auch im Innern von Localitäten, in welchen Nahrungs- oder Genußmittel zubereitet, feilgeboten oder aufbewahrt werden, müssen dieselben vor Verunreinigung und Zutritt von Fliegen ꝛc. in sicherer Weise geschützt sein.

Die städtischen Organe werden beauftragt, den genauen Vollzug dieser für das allgemeine Gesundheitswohl der Bewohner Wiens wichtigen Anordnungen strenge zu überwachen und es wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei Außerachtlassung derselben gegen die Säumigen oder Schuldtragenden nach § 93 des Gesetzes vom 19. December 1890, L.-G. und V.-Bl. Nr. 45, und den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen strafweise vorgegangen, eventuell auch die Ausführung dieser Maßregeln auf Kosten der verpflichteten Personen veranlasst werden würde.

* * *

Der k. k. n.-ö. Statthalter Graf Kielmansegg hat am 4. September 1892, sub Z. 51075, folgende Kundmachung, betreffend das Heranrücken der Choleragefahr und die Maßnahmen gegen die Cholera-Epidemie erlassen:

Da die Choleragefahr für das Erzherzogthum Österreich unter der Enns nahegerückt ist, finde ich gemäß § 28 der vom hohen k. k. Ministerium des Innern am 5. August 1886, Z. 14067 (L.-G. und V.-Bl. Nr. 45), erlassenen Cholera-Instruction, mit Beziehung auf § 2, lit. c des Gesetzes vom 30. April 1870 (R.-G.-Bl. Nr. 68), nach Einvernehmung des k. k. n.-ö. Landessanitätsrathes, anzuordnen wie folgt:

§ 1. Zur entsprechenden und umsichtigen Durchführung aller nothwendigen localen Vorkehrungen ist in jeder Gemeinde aus den hierzu besonders geeigneten Ortsbewohnern und den im Orte ansässigen, zur Verfügung stehenden Ärzten und Technikern eine Sanitätscommission zu bilden, welche zur Anordnung, Überwachung und Durchführung der nöthigen Maßregeln ermächtigt ist.

Der Vorstand dieser Commission ist der Gemeindevorsteher oder sein Stellvertreter. In größeren Orten ist die Gesundheitscommission in Sectionen zu theilen, welchen die Besorgung besonderer Arten der zu treffenden Vorkehrungen zuzuweisen ist. Die politischen Behörden haben den genauen Vollzug aller aus Anlass der Epidemie erlassenen Vorschriften und insbesondere die sanitätspolizeiliche Wirksamkeit der Gemeinden zu überwachen und dafür zu sorgen, dass die von den Sanitätscommissionen nothwendig befundenen Maßnahmen, insoferne sie sich innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetze und der Cholera-Instruction, sowie dieser Verordnung bewegen, bei den Gemeinden die entsprechende Berücksichtigung finden. Insbesondere haben die landesfürstlichen Bezirksärzte, beziehungsweise in Städten mit eigenem Statut die Stadtärzte, die Verpflichtung, in den Gemeinden Nachschau zu pflegen, die Controle über die Ausführung der angeordneten Maßregeln mit allem Ernste zu üben und bei vorgefundenen Gebrechen entweder selbst sofort die Abhilfe anzuordnen oder, und zwar besonders in Fällen der Renitenz, die Anzeige an die politische Bezirksbehörde zu erstatten.

Es ist wünschenswert, dass die landesfürstlichen Bezirksärzte, beziehungsweise die Stadtärzte, an den Sitzungen der Sanitätscommissionen ihres Amtssitzes und erstere auch, soferne dies thunlich oder gar nothwendig erscheint, an denen der Gemeinden des Bezirkes theilnehmen.

Unter der Leitung der Sanitätscommissionen haben die Gemeinden die nachfolgenden, theils vorbauenden, theils beim Ausbruche der Cholera nothwendigen Maßregeln auf das genaueste in Ausführung zu bringen.

I. Vorbauungsmaßregeln.

§ 2. Da die Entwicklung und Weiterverbreitung der Cholera überall dort begünstigt wird, wo Unreinlichkeit und sanitäre Übelstände einen fruchtbaren Nährboden für den Cholerakeim abgeben, so ist auf die Beseitigung dieser Übelstände vor allem das Augenmerk zu richten und die Herstellung gesundheitsgemäßer Verhältnisse mit allen Mitteln anzustreben. Es ist daher mit allem Nachdrucke zu veranlassen, dass bereits vor dem Auftreten der Seuche die Reinigung des Ortes vollzogen sei, damit beim Auftreten der ersten Cholerafälle, die stets eingeschleppt sind, dem Cholerakeime die günstigen Bedingungen zur epidemischen Ausbreitung entzogen seien. Demnach ist auf die Reinigung der Straßen, Plätze und Gebäude von faulenden und fäulnisfähigen Substanzen zu dringen, sowie eine zweckmäßige Beseitigung der Abfälle der Haushaltungen und gewerblichen Anlagen, insbesondere der Schlächtereien durchzuführen, wobei, wenn die Ableitung der Abfallwässer nicht in genügender Weise geschehen kann, durch ausgiebige Wasserspülung in den gereinigten Abzugscanälen nachzuhelfen ist. Die Anlage von Versickerungsgruben für Schmutzwässer in der Nähe von Wohnungen ist strengstens untersagt.

§ 3. Eine besondere Quelle der Verunreinigung des Bodens, des Grundwassers und der Luft bilden die Aborte, Canäle, Senk- und Düngergruben. Es hat daher sofort in jeder Ortschaft eine den Ortsverhältnissen entsprechende, planmäßig anzuordnende und zu überwachende, regelmäßig zu wiederholende Räumung der sämmtlichen Aborte, Canäle und Düngergruben, Ställe und Jauchegruben, sowie die Durchspülung der Aborte und Canäle stattzufinden.

Fehlerhaft angelegte oder durchlässig befundene Senkgruben sind ordnungsmäßig herzustellen.

Misthaufen und Dungstätten sind derartig zu halten, dass die Verunreinigung des Bodens und insbesondere der Brunnen vermieden wird.

Die Ableitung von Jauche, menschlichen, thierischen oder gewerblichen Abfällen, sowie von Spülwasser auf die Straße oder in den Straßengraben ist sofort abzustellen, wo sich aber dieser Abstellung unübersteigliche Hindernisse entgegenstellen, hat die sorgfältigste Räumung und Reinigung täglich stattzufinden.

Die noch bestehenden Ablagerungsstätten, sowie die Senkgruben und Canäle sind unausgesetzt zu überwachen und ist der deponierte Inhalt mit Kalk und Erde zu bedecken.

Das Verbot der Verunreinigung fließender und stehender Gewässer ist streng zu handhaben, daher unter keinen Umständen zu dulden, dass Fäcalmassen in Bäche, Teiche oder auf Dungstätten geschafft werden.

§ 4. Nach vollzogener Räumung und Reinigung ist die Desinfection mit einer Mischung aus einem Theil roher Carbolsäure und neun Theilen Wasser vorzunehmen. Die Desinfection der öffentlichen Anstandsorte kann durch Aufstreuen von kräftigem Carbolkalk oder Chlorkalk erfolgen.

§ 5. In allen öffentlichen Gebäuden, in welchen ein großer Zusammenfluss von Menschen stattfindet oder Passanten aus verschiedenen Gegenden zusammenkommen, somit in großen Fabriksgebäuden, Polizei- und Gefangenhäusern, Spitälern, Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Stationsgebäuden, Hotels, stark besuchten Gast- und Kaffeehäusern, Massenquartieren, Kasernen, Schulen, öffentlichen Belustigungsorten, Theatern, Tanzlocalen, weiters Localitäten, in welchen Vieh geschlachtet wird, oder in welchen sonst durch thierische oder pflanzliche Abfälle sich üble Gerüche entwickeln, ist vor allem auf die ausgiebigste Lüftung und Reinhaltung zu sehen und die Desinfection fortgesetzt vorzunehmen.

§ 6. Sofort nach Veröffentlichung dieser Verordnung ist in allen Häusern, zunächst in stärker bewohnten und unsauberen, ferner in den Gasthöfen, Herbergen, Asylen und ähnlichen Unterkunftsräumen eine genaue sanitäre Inspection zu pflegen, auf die unverzügliche Beseitigung vorgefundener Missstände zu dringen und längstens innerhalb 14 Tagen durch eine Nachrevision sich die Gewissheit zu verschaffen, dass die Missstände behoben worden sind.

§ 7. Überfüllte Wohnräume sind unter voller Wahrung der humanitären Rücksichten soweit zu entleeren, bis der Belag thunlichst dem Luftbedürfnisse entspricht. Auf den Zustand der Gefangenhäuser und Arreste ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

§ 8. Da die Verschleppung der Cholera vorzugsweise durch Reisende aus Orten, in welchen dieselbe herrscht, und deren Effecten, besonders durch mit Cholera-Entleerungen beschmutzte Wäsche erfolgt, so hat eine besonders genaue Beaufsichtigung der Hotels, Herbergen und sonstigen Unterkunftsorte für Fremde zu erfolgen und sind die Inhaber solcher Localitäten verpflichtet, über das Eintreffen solcher Fremden und deren Gesundheitszustand ohne Verzug der Ortsbehörde die Anzeige zu erstatten und vorkommende, verdächtige Erkrankungsfälle sofort zur Kenntnis dieser Behörde zu bringen.

Die Meldungsvorschriften sind demgemäß mit besonderer Strenge zu handhaben und Personen, welche aus von der Cholera befallenen oder von ihr unmittelbar bedrohten Gegenden ankommen, der ärztlichen Untersuchung und Beobachtung, ihre verunreinigten Wäschestücke aber der Desinfection zu unterziehen.

Die Ortsbehörde hat dafür zu sorgen, dass Erkrankten die nöthige Unterkunft, Behandlung und Pflege gesichert, zugleich aber alles eingeleitet werde, was zur Tilgung des Ansteckungsstoffes und zur Verhinderung seiner weiteren Verschleppung erforderlich ist.

§ 9. Die Eisenbahnen haben für die Reinhaltung und Desinfection der Bahnstationen, der daselbst befindlichen Wartesäle und Restaurationen, sowie der Aborte und Pissoirs sowohl auf den Stationen als in den Bahnwagen zu sorgen und die Behörden haben die Einhaltung dieser Verpflichtung zu überwachen.

§ 10. Eine besondere Aufmerksamkeit ist den Wohnstätten der armen Bevölkerung zuzuwenden, vorzüglich aber jenen Häusern und Ortstheilen, welche bei früheren Epidemien von der Cholera besonders stark und häufig heimgesucht worden sind. Wohnungen, deren Benützung eine ernste Gefahr für die Gesundheit mit sich bringt, sind zu schließen und ihre Bewohner anderwärts entsprechend unterzubringen.

§ 11. Eine besondere Sorgfalt ist der Beschaffung von reinem Trink- und Brauchwasser zuzuwenden.

Die Lage und der Bauzustand der Brunnen, sowie die Beschaffenheit des Brunnenwassers ist auf das sorgfältigste zu prüfen, vorgefundene Übelstände sind sofort zu beseitigen; falls aber die Beseitigung unmöglich erscheint, ist die Benützung des Brunnens unmöglich zu machen. In der Nachbarschaft von Senk- und Jauchegruben und Aborten befindliche Brunnen sind sofort zu schließen.

In der Umgebung von Wasserentnahmestellen ist jede Verunreinigung, namentlich durch die Abfälle des menschlichen Haushaltes, insbesondere das Waschen der Wäsche und der Hausgeräthe untersagt.

Zwingt die Wasserarmut eines Ortes zur Benützung bedenklichen Brunnenwassers, so sind die Bewohner anzuweisen, dasselbe erst nach dem Kochen und Wiedererkalten zu benützen.

§ 12. Es wird allen betheiligten Organen zur strengsten Pflicht gemacht, die Vorschriften über die Lebensmittelpolizei im ausgedehntesten Maße zu handhaben und gegen jede diesfällige Übertretung strafweise vorzugehen, wenn solche Vorgänge sich nicht etwa zur strafgerichtlichen Behandlung eignen; nach Umständen ist der betreffende Gewerbebetrieb sogleich einzustellen.

Der Hausierhandel mit Lebensmitteln ist strengstens zu überwachen, die Zuwiderhandelnden sind mit aller Strenge zu bestrafen, nach Umständen kann ein solcher Handel ganz eingestellt werden.

Die Ausstellung der Lebensmittel an und vor den Eingangsthüren und den Fenstern des Verkaufslocales darf nur dann geduldet werden, wenn dieselben durch einen sicheren Glasverschluss vor Staub und Verunreinigung geschützt sind. Die Verkaufslocale selbst sollen nicht unmittelbar mit Wohnräumen in Verbindung stehen, am wenigsten aber dürfen letztere selbst zur Vorräthighaltung von Victualien verwendet werden.

§ 13. Dem Armenwesen haben die Gemeinden und deren Sanitätscommission eine erhöhte Sorgfalt angedeihen zu lassen und ist daher beizeiten zu erforschen, ob nicht die Armenversorgung eine mangelhafte sei, ob es an den erforderlichen Mitteln oder an deren richtiger Verwendung fehle, ob nicht durch Sammlungen, durch einen Appell an bekannte Wohlthäter und an humanitäre Vereine oder durch Gründung eigener Vereine die Noth der Armen zu lindern sei,

§ 14. Die Gemeinden haben sofort Absonderungslocale (Nothspitäler) für Kranke, die in ihren Wohnungen nicht die nöthige Pflege finden oder mit Rücksicht auf die übrigen Wohnungsgenossen unter denselben nicht belassen werden dürfen, sowie Unterkunftslocale für zu delogierende Gesunde beizustellen und mit allem Nöthigen zu versehen, insbesondere auch für ein hinreichendes, brauchbares Wartepersonale zu sorgen und dessen Entlohnung festzustellen.

Das Nothspital muss eine möglichst freie, gesunde Lage haben und dem größeren Verkehre entrückt, aber doch auch nicht für den Transport zu entlegen sein. Wohnparteien dürfen sich darin nicht befinden. Es muss die nöthigen Einrichtungen und Geräthe zur Desinfection der Kranken, ihrer Kleider und Effecten, sowie der Wäsche und Entleerungen entweder selbst oder in seiner unmittelbaren Nähe enthalten. In Aborte und Canäle, welche mit Wohngebäuden in Verbindung stehen, dürfen die Entleerungen nur im desinficierten Zustande entfernt werden.

Gemeinden, in deren Gebiete eine Eisenbahnstation liegt, haben dieses Nothspital auch zur Aufnahme jener Reisenden bereit zu halten, welche wegen Cholera-Erkrankung auf der Fahrt auswaggoniert werden.

Cholerakranke dürfen im allgemeinen nur in den für dieselben bestimmten Spitälern in Pflege genommen werden.

Wenn Cholera-Erkrankungen in gewöhnlichen Spitälern oder in anderen Humanitätsanstalten auftreten, sind die betreffenden Individuen, insoferne nicht hinsichtlich bestimmter Anstalten, z. B. Irrenanstalten, durch die Behörden besondere Maßnahmen getroffen sind, gleichfalls in die Cholerаspitäler zu bringen.

Den von den Gemeinden rechtzeitig errichteten Cholera-Nothspitälern kann für die Dauer der Epidemie das Öffentlichkeitsrecht zuerkannt werden.

§ 15. Die Gemeinde hat für den genügenden Vorrath an Desinfectionsmitteln und in größeren Städten für die Errichtung von öffentlichen Desinfectionsanstalten unverzüglich zu sorgen.

Bei Armen ist die Desinfection auf Kosten der Gemeinde durchzuführen.

§ 16. Alle Massenansammlungen sind zu vermeiden und sind alle jene Localitäten, in welchen ein stärkeres Zusammenströmen von Menschen stattfindet, einer besonderen sanitätspolizeilichen Überwachung zu unterstellen.

II. Maßregeln bei ausgebrochener Cholera.

§ 17. Sobald in einem Orte der erste Cholerafall vorkommt oder die bereits erloschene Seuche wieder ausbricht, ist von dem Gemeindevorsteher hievon der Bezirkshauptmannschaft telegraphisch, oder falls dies nicht möglich ist, auf dem kürzesten Wege die Anzeige zu erstatten. Zugleich hat der Ortsvorstand die unverzügliche Einberufung der Sanitätscommission zu veranlassen und das Nöthige betreffs der Isolierung des Kranken ꝛc. einzuleiten. In Gemeinden mit eigenem Statute ist dieser Anzeigepflicht durch Erstattung der Anzeige an die politische Landesbehörde nachzukommen.

Der Bezirksarzt hat sich sogleich nach dem Eintreffen der Anzeige behufs Feststellung der Krankheit an Ort und Stelle zu begeben. Bestätigt sich der Ausbruch der Cholera, so sind von ihm sofort die nöthigen Weisungen behufs Bekämpfung der Seuche zu ertheilen.

§ 18. Es ist von der größten Wichtigkeit, die allerersten Cholerafälle richtig zu erkennen, weil durch unrichtige Diagnosen einerseits die beste Zeit zum Einleiten der erforderlichen Maßregeln verloren geht, andererseits aber auch, wenn kein wirklicher Cholerafall vorlag, eine ganz ungerechtfertigte Aufregung der Bevölkerung und ein nutzloses Aufgebot von Maßnahmen vermieden werden kann. Bei den ersten Erkrankungen an Cholera und bei allen choleraverdächtigen Erkrankungen ist die bacteriologische Untersuchung womöglich der Dejecte des Lebenden, im Falle des tödtlichen Ausganges aber unter allen Umständen die des Dünndarminhaltes, sowie die sanitätspolizeiliche Obduction einzuleiten, beziehungsweise vorzunehmen.

§ 19. Sobald in einem Orte ein Cholerafall festgestellt ist, tritt für jeden Inhaber (Eigenthümer oder Mieter) einer Wohnung die Verpflichtung ein, der Gemeindebehörde unverzüglich die Anzeige zu erstatten, sobald unter den Wohnungsgenossen ein Cholerafall vorkommt.

Diese Anzeigepflicht obliegt auch dem behandelnden Arzte. Die Gemeindebehörde hat die Ortsbewohner von dieser Verpflichtung in ortsüblicher Weise in Kenntnis zu setzen und ist über diese Verlautbarung eine schriftliche ämtliche Bescheinigung auszufertigen und der politischen Bezirksbehörde, beziehungsweise der Landesbehörde einzusenden.

Auf die strenge Erfüllung der Anzeigepflicht muss mit allem Nachdruck gewirkt werden und ist jede Unterlassung im Sinne der hohen Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 198, zu ahnden.

§ 20. Jeder Arzt ist verpflichtet, außer der Erkrankung auch die Genesung, Spitalsabgabe oder den Tod des Behandelten der Behörde anzuzeigen.

§ 21. Auf Grund der eingegangenen Anmeldungen von Cholera-Erkrankungen sind Zusammenstellungen nach dem vom hohen Ministerium des Innern vorgezeichneten und mit Statthalterei-Kundmachung vom 19. Juli 1892, Landesgesetz- und Verordnungsblatt Nr. 41, republicierten Muster anzulegen, welche in Wien von den betreffenden städtischen Ärzten der Bezirke zu verfassen und täglich um 6 Uhr abends abschließen, längstens bis 8 Uhr des nächsten Morgens aber von der Sanitätscommission unter deren Mitfertigung und sammt den Einzelnanzeigen an das Stadtphysikat einzusenden sind.

Der Wiener Magistrat hat die vom Stadtphysikate aus diesen Zusammenstellungen zu verfassenden numerischen Ausweise längstens bis 12 Uhr mittags in das Sanitäts-Departement der k. k. nied.-österr. Statthalterei zu senden.

In den Ortschaften außerhalb Wiens hat die Verfassung der Zusammenstellungen wöchentlich, u. zw. von 12 Uhr nachts des Samstags bis dahin der nächsten Woche zu erfolgen, wenn nicht wegen größerer Intensität der Epidemie eine kürzere Frist besonders angeordnet wird. Diese Verfassung obliegt dem Gemeindearzte, die Einsendung aber der Sanitätscommission, welche die Zusammenstellung mitzufertigen hat; die Einzelnanzeigen sind vor Constatierung der Epidemie im Orte sofort an die k. k. Bezirkshauptmannschaft (in Städten mit eigenem Statute an den Stadtrath) und von dieser an die k. k. nied.-österr. Statthalterei einzusenden, nach constatierter Epidemie aber der wöchentlichen Zusammenstellung beizuschließen.

Der k. k. Bezirksarzt, beziehungsweise der Stadtarzt, besorgt die Verfassung des Summariums nach Gerichtsbezirken und Gemeinden und im letzteren nach der zeitlichen Reihenfolge der Constatierung.

Diese Bezirkssummarien sind ohne Verzug an das Sanitäts-Departement der k. k. nied.-österr. Statthalterei einzusenden.

§ 22. Die Gemeindeärzte haben auf das häufigere Vorkommen von Cholerafällen in einzelnen Häusern ein besonderes Augenmerk zu richten, damit sofort das Geeignete veranlasst werden kann. Auch ist eine besondere Aufmerksamkeit auf die Erhebung der ätiologischen Momente zu verwenden und sind der Ursprung, Gang, die Verbreitungsweise der Epidemie, ihr Festsetzen in bestimmten Orten, Häusergruppen und Häusern, sowie die hierbei mitwirkenden Umstände genau zu verfolgen.

§ 23. Die Cholerakranken sind in ihren Wohnungen zu isolieren. Falls ungünstige häusliche Verhältnisse die Isolierung nicht ermöglichen, ist die Ueberführung des Kranken in das Nothspital zu bewirken; liegen die Umstände derart, dass die sanitären Interessen besser gewahrt werden, wenn der Kranke in der Wohnung belassen wird, so ist für die Delogierung der Gesunden zu sorgen.

§ 24. Zum Krankentransporte dürfen dem öffentlichen Verkehr dienende Fuhrwerke nicht benützt werden. Hat eine solche Benützung dennoch stattgefunden, so ist das Gefährte zu desinficieren.

§ 25. Personen, welche mit Cholerakranken, deren Effecten oder mit Choleraleichen in Berührung gekommen sind und sich mit den Ausleerungen derselben beschmutzt haben, sollen, bevor sie mit anderen Menschen in Verkehr treten, sich einer sorgfältigen Reinigung unterziehen und insbesondere, bevor sie etwas genießen, ihre Hände mit Carbollösung desinficieren.

§ 26. In Räume, wo sich Cholerakranke befinden, dürfen Lebensmittel nur für letztere gebracht werden; Essen und Trinken in diesen Räumen ist seitens Gesunder zu vermeiden. Hierüber sind sowohl die Angehörigen des Kranken, wie dessen Wärter und sonstige Personen, welche mit dem Kranken in Verkehr kommen, das Dienstpersonale ꝛc. zu belehren.

§ 27. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist der Desinfection und Reinigung der Kleider, Wäsche und Betten der Kranken und Verstorbenen zu widmen. Vor erfolgter Desinfection dürfen aus den Krankenräumen keinerlei Gegenstände entfernt werden und ist hierauf umso strenger zu bestehen, als durch das Verbringen solcher Gegenstände in andere Orte am häufigsten die Seuche *verschleppt wird.*

Vor allem sind die Wäscherinnen anzuweisen, dass sie Wäsche von Cholerakranken, sowie Wäsche von Fremden während der Cholerazeit nie anders als in desinficiertem Zustande zur Reinigung übernehmen, und sind dieselben insbesondere zu verpflichten, dass sie derartige Wäsche in besonders hiefür bestimmten Behältern transportieren und deren Reinigung abgesondert von jeder anderen Wäsche vornehmen.

Waschanstalten sind diesbezüglich polizeilich zu überwachen.

§ 28. Die Versendung von gebrauchten Kleidungsstücken, Wäsche, Betten und sonstiger Habe von Cholerakranken oder Verstorbenen im nicht desinficierten und ungereinigten Zustande aus dem Choleraorte ist verboten. Die Empfänger solcher Gegenstände sind aufmerksam zu machen, dieselben nicht in Gebrauch zu ziehen, bevor sie sich nicht von der bewirkten Desinfection und Reinigung Gewissheit verschafft oder letztere zur größeren Sicherheit veranlasst haben.

Das Einsammeln und der Transport von Hadern, abgetragenen Kleidern und dergl. in Choleragegenden ist für die Dauer der Epidemie verboten.

§ 29. Wohnräume, in welchen Cholerakranke verweilt haben, sind, sobald deren Benützung aufgehört hat, der sorgfältigsten Desinfection, Reinigung und Lüftung zu unterziehen, bevor sie von Gesunden wieder bezogen werden.

§ 30. Während des Herrschens der Cholera in einem Orte dürfen in demselben und seiner Umgebung keinerlei Veranstaltungen getroffen werden, die ein größeres Zusammenströmen von Menschen in und nach diesem Orte zur Folge haben.

Festlichkeiten, Processionen, Volksversammlungen, Jahrmärkte u. dgl. abzuhalten, Vergnügungszüge zu veranstalten, ist verboten.

§ 31. Unter Umständen sind die Schulen in Choleraorten zu schließen. Jedenfalls sind außerhalb derselben wohnende schulpflichtige Kinder vom Schulbesuche in Choleraorten auszuschließen, desgleichen dürfen Kinder aus Choleraorten zum Schulbesuche in einem noch unverseuchten Orte nicht zugelassen werden.

§ 32. Choleraleichen sind thunlichst bald nach vorgenommener Todtenbeschau aus dem Sterbehause zu entfernen. Die Schaustellung von Choleraleichen ist verboten, desgleichen der Zutritt Leidtragender in die Sterbewohnung; die Beerdigung ist thunlichst zu beschleunigen, das Leichengefolge möglichst zu beschränken.

In Orten, wo Leichenbeisetzkammern fehlen, sollen provisorische auf den Friedhöfen errichtet werden.

Für Ortschaften, die keinen eigenen Friedhof haben und deren gewöhnlicher Begräbnisplatz, ohne andere Ortschaften und frequente Straßen zu passieren nicht erreichbar oder zu entlegen ist, muss ein Cholera-Friedhof ausgemittelt und angelegt werden.

Die Überführung von Choleraleichen in auswärtige Orte ist während der Dauer der Epidemie und nach deren Erlöschen nicht zulässig.

§ 33. Die Sanitätscommissionen haben während des Herrschens der Epidemie ihre Thätigkeit mit umso größerem Eifer fortzusetzen.

Sie haben insbesondere für die Assanierung des Ortes und die möglichste Behebung der Ursachen, welche zur Bildung von Choleraherden Veranlassung gegeben haben oder geben können, zu sorgen.

Namentlich ist auch darauf zu sehen, dass bei herrschender Epidemie die Räumung der Senkgruben auf das Nothwendigste beschränkt, deren Überlaufen verhindert, und dass der ausgehobene Unrath nur entfernt von Wohngebäuden und Wasserbehältern auf Feldern deponiert und verscharrt werde; ferner, dass aus dem Untergrunde eines Choleraortes geschöpftes Wasser, wo Wasserleitungen zugebote stehen, nicht benützt, der Brunnen eines Hauses, in welchem Cholera auftritt, aber gesperrt werde.

Dem öffentlichen Verkehre zugängliche Aborte und Bedürfnisanstalten, deren Benützung durch Cholerakranke oder mit Choleradiarrhöe behaftete Personen zu besorgen steht, sind einer regelmäßigen Desinfection zu unterziehen.

Tritt ein Cholerafall bei dem Inhaber eines Verkaufsgeschäftes auf, so ist darauf zu dringen, dass der Verkäufer mit der Krankenstube durchaus keinen Verkehr pflege; ist dies nicht zu verhindern, so ist das Verkaufslocale zu schließen.

§ 34. Die Sanitätscommission hat weiters dafür zu sorgen, dass es den an der Cholera Erkrankten weder an der Unterkunft, noch an der ärztlichen Hilfe und Pflege gebricht.

Große industrielle Unternehmungen, welche eine solche Zahl von Arbeitern beschäftigen, dass die Gemeinde zur Unterbringung und Behandlung der Erkrankten nicht verhalten werden kann, sind zur Errichtung eigener Choleraspitäler mit genügender Bettenzahl auf ihre Kosten aufzufordern.

In Gemeinden, in denen kleinere Truppenabtheilungen stehen, wo es sonach im gemeinsamen Interesse gelegen ist, dass nicht ein besonderes Militär-Choleraspital errichtet werde, soll dahin gewirkt werden, dass sich die Gemeinden zur Aufnahme erkrankter Militärs in ihre Choleraspitäler gegen Vergütung der entfallenden Verpflegskosten durch das Militärärar bereit erklären, insolange nicht die Zahl der Erkrankungen und der eigene Bedarf der Gemeinde dies unmöglich macht.

§ 35. Stellt sich mit Rücksicht auf die Zahl der Kranken und den Mangel ärztlicher Hilfe die Entsendung eines Epidemiearztes als nothwendig heraus, so ist schleunigst das diesfällige Ansuchen an die politische Bezirksbehörde zu stellen.

Die Gemeinden haben den so entsendeten Ärzten mindestens eine anständige Unterkunft zu beschaffen; bei auswärtiger Verwendung ist ihnen das nöthige Fuhrwerk zur Hin- und Rückfahrt von den verpflichteten Privaten oder Gemeinden beizustellen.

§ 36. Den an der Cholera erkrankten Armen ist die ärztliche Hilfe und der Arzneibezug unentgeltlich auf Kosten der verpflichteten Gemeinde oder des betreffenden Armenfondes zu gewähren.

In Orten, in denen die armenärztliche Behandlung durch eigene Sanitäts-Organe besorgt wird, sind auf die Dauer der Epidemie alle zur Krankenbehandlung berechtigten Ärzte ermächtigt, cholerakranken Armen auf Kosten der betreffenden Fonde unter Einhaltung der Ordinationsnorm zu ordinieren.

§ 37. Für die Armenkrankenbehandlung in Wien ist das gesammte hiezu berufene öffentlich angestellte Sanitätspersonale (hievon jedoch die k. k. Armenärzte

nur insolange, als dieselben nach der Vereinbarung der k. k. Statthalterei mit dem Bürgermeister von Wien vom 1. December 1891, § 6, überhaupt noch bestehen, ebenso die k. k. Polizeiärzte und die polizeiärztlichen Functionäre nur solange, als sie noch bei der Armenkrankenpflege mitzuwirken haben), endlich aber die an deren Stelle seinerzeit von der Gemeinde Wien zu bestellenden Ärzte in Reviere zu vertheilen, um innerhalb derselben die Armenbehandlung zu besorgen. Zeigen sich einzelne solche Bezirke in Bezug auf das Flächenausmaß oder die Dichtigkeit der Bevölkerung zu groß, so sind dieselben abzutheilen und eigene Aushilfs-Armenärzte zu bestellen.

Die Revierärzte haben nebst der Armenbehandlung auch die Überwachung der Ausführung der sanitären Anordnungen zu besorgen.

§ 38. Zur Erzielung des nothwendigen raschen Medicamentenbezuges haben die Ärzte während der Dauer der Epidemie die nothwendigsten gegen die Cholera zu verwendenden Medicamente mit sich zu führen, um sie bei dringendem Bedarfe selbst zu dispensieren. Die Inhaber von öffentlichen und Hausapotheken, sowie die dispensierenden Ärzte haben die für Cholerakranke bestimmten Medicamente sofort ohne Anstand, mit Vorbehalt ihrer Ersatzansprüche zu erfolgen.

III. Desinfectionsvorschriften.

§ 39. Bei der Desinfection der durch Choleradejecte verunreinigten oder der Verunreinigung verdächtigen Gegenstände ist in folgender Art vorzugehen.

Die Entleerungen der Cholerakranken und Choleraverdächtigen sind, soweit man derselben habhaft werden kann, mit einer fünfpercentigen Carbollösung zu vermischen, und zwar in einer Menge, dass sie mindestens den fünften Theil der Entleerung beträgt. Am sichersten ist es, die Carbollösung in den Nachttopf oder das Becken, mit welchem die Entleerung aufgefangen wird, zu geben, damit die Dejecte sofort in die Carbollösung hineinfallen. Die ungefähr fünfpercentige Carbollösung wird durch Mischung von einem Maßtheil gereinigter zerflossener Carbolsäure mit 18 Maßtheilen Wasser hergestellt. Zur Desinfection der Aborte und Nachttöpfe kann auch rohe Carbolsäure verwendet werden; von derselben sind jedoch mindestens zwei Theile auf 18 Theile Wasser erforderlich.

§ 40. Die mehrfach empfohlene Verwendung von Sublimat ist ungeachtet der sehr energischen Wirkung dieses Mittels auf Bacteriencultur en aus dem Grunde weniger sicher, weil dasselbe einerseits beim Zusammentreffen mit einer großen Anzahl organischer Körper und insbesondere der eiweißartigen, feste Verbindungen eingeht, die keine, oder wenig desinfectorische Eigenschaften haben, anderseits in Gefäße gebracht, welche Metallbestandtheile enthalten, eine Zersetzung erfährt und dadurch unwirksam wird; endlich weil die höchst giftigen Eigenschaften des Sublimates es nicht zulassen, dasselbe Unerfahrenen in die Hand zu geben.

§ 41. In den Krankenstuben ist ein Kübel bereit zu halten, der fünfpercentige Carbollösung enthält, in welchen die mit Ausleerungen besudelte Leib- und Bettwäsche sofort einzulegen und zum Zwecke der vollständigen Desinfection mindestens zwölf Stunden zu belassen ist. Von der Carbollösung ist so viel nachzugießen, dass die Wäschestücke vollständig von derselben bedeckt bleiben. Erst nach dieser Zeit dürfen dieselben der Waschanstalt zur Reinigung übergeben werden.

§ 42. Kleidungsstücke, sowie Betten und andere Effecten, für welche diese Art der Behandlung nicht anwendbar ist, sind in eigenen Apparaten mit heißen Wasserdämpfen zu behandeln. Größeren Orten ist die Beistellung von zu diesem Zwecke construierten transportablen Apparaten zu empfehlen, so dass die Desinfection im Hofraume des Cholerahauses selbst vorgenommen und die Verbringung der zur Desinfection bestimmten Gegenstände in das Desinfectionslocale vermieden werden könnte.

Wo derartige Apparate fehlen, ist ein geschlossener Behälter zu verwenden, in welchen die Objecte eingehängt oder auf eine Gitterunterlage aufgestellt werden. Der untere Boden ist mit einem Rohre zu versehen, in welchem der Dampf aus einem Dampfkessel eingeleitet wird. Der obere Theil des Behälters ist mit einem dichtschließenden Deckel zu versehen, der ein Dampfausströmungsrohr enthält, welches jedoch nicht weiter sein darf, als jenes, durch das der Dampf einströmt. Die Zeitdauer, während welcher die Gegenstände der Wirkung des strömenden Dampfes auszusetzen sind, hängt von der leichteren oder schwereren Durchdringbarkeit der Objecte ab. Kleider müssen mindestens eine Stunde, dichtere Gegenstände, Polster, Matratzen mindestens zwei bis drei Stunden der Einwirkung des Dampfes ausgesetzt bleiben. Die dem Dampfkasten entnommenen Objecte sind hierauf der Lüftung auszusetzen und nach dem Trocknen auszufolgen. Wo ein Dampfkessel nicht zur Verfügung steht, kann ein größerer Waschkessel oder eine Destillierblase nach Abnahme des Helmes verwendet werden, über welchen ein Holzfass, das dicht an den Kessel anschließt, als Desinfectionsraum gestellt wird. Der untere Fassboden ist durch einen Gitterboden ersetzt. In den oberen Boden ist ein großes Bohrloch zum Ausströmen des Dampfes angebracht, in welches ein Thermometer eingehängt werden kann, um sich durch die Temperatur des entweichenden Dampfes, die bei 100 Grad Celsius liegen muss, zu versichern, dass die Ansteckungsstoffe wirklich vernichtet werden.

Bettstroh, Seegras und sonstige Gegenstände von geringem Werte sind zu verbrennen, statt sie einer Desinfection zu unterwerfen, bei der sie gleichfalls unbenützbar würden.

Die Leib- und Bettwäsche und Kleidung jener Personen, welche mit Cholerakranken in Berührung gekommen sind, ist in derselben Weise wie jene der Cholerakranken zu behandeln.

Solche Gegenstände, welche ohne eingreifende Schädigung weder mit heißen Dämpfen, noch mit Carbollösungen oder anderen wirksamen Mitteln zu desinficieren sind, wie Möbelpolster, Canapees, Wagen, die zum Transporte Cholerakranker gedient haben, sind längere Zeit außer Gebrauch an einen warmen, luftigen, gegen Regen geschützten Ort zu stellen, wenn nicht die Entfernung der Überzüge und deren Behandlung mit Desinfections- und Reinigungsmitteln sich als zweckmäßig herausstellt.

Mit den Ausleerungen verunreinigte Fußböden, Holzwände und derlei Möbel sind mit Lappen, welche mit fünfpercentiger Carbollösung durchfeuchtet sind, abzuwaschen.

Die benützten Lappen sind zu verbrennen.

§ 43. Die Wohnzimmer, in welchen Cholerakranke gelegen sind, sind zu räumen, die Wände mit Kalk zu tünchen und dann einige Tage bis zum völligen Austrocknen zu lüften. Eventuell ist das Austrocknen durch starkes Heizen zu unterstützen.

§ 44. Alle Personen, welche mit Cholerakranken oder deren Effecten zu thun hatten, müssen sich unmittelbar darauf mit fünfpercentiger Carbollösung, hierauf mit Seife und schließlich abermals mit einem Desinfectionsmittel die Hände und sonstige beschmutzte Körpertheile gründlich waschen und reinigen.

§ 45. Die zur Desinfection vorgeschriebene Carbollösung ist unter Leitung und Aufsicht des Arztes herzustellen, oder aus Fabriken unter Garantie des geforderten Gehaltes, oder aus Apotheken zu beziehen; im letzteren Falle darf nicht der in der Arzneitaxe festgesetzte Preis, der nur für die Carbolsäure als Arzneimittel gilt, angerechnet werden, sondern muss sich der Apotheker mit dem üblichen Marktpreise begnügen.

§ 46. Die Leichen dürfen nicht gewaschen, sondern nur in ein mit fünfpercentiger Carbollösung durchtränktes Leintuch gewickelt in den Sarg gelegt werden.

§ 47. Zur Desinfection aller dem öffentlichen Verkehre zugänglichen Aborte, sowie derjenigen der Cholerahäuser ist rohe Carbolsäure zu verwenden. Die jeweilig entleerten Abtrittsbehälter sind mit einer Mischung aus einem Theil roher Carbolsäure und neun Theilen Wasser zu beschütten, derart, dass etwa der fünfte Theil des Rauminhaltes damit gefüllt ist. Bei eintretendem Mangel an Carbolsäure wird zur Desinfection der Aborte Eisenvitriol oder, wo es leicht aus Bleichkalkfabriken erhaltbar ist, Chlormangan zu verwenden sein. Von diesen Salzen ist soviel zur Desinfection der Aborte zu nehmen, dass der Senkgrubeninhalt stets eine saure Reaction behält. Man rechnet auf Person und Tag etwa 25 bis 30 g. Eine besondere Aufmerksamkeit ist nebst der Desinfection der Reinhaltung der Aborte und deren Lüftung zuzuwenden. Zur Spülung der Aborte und insbesondere zur Ausspülung des Trichters kann auch die sogenannte „Wiener Lösung" verwendet werden, bestehend aus 100 g roher Carbolsäure und 200 g Eisenvitriol in 2 l heißem Wasser aufgelöst. Es ist zu bemerken, dass die desinfectorische Wirkung der Metallsalze eine geringe ist, dass sie aber wirksamer die Entwicklung des widerlichen Geruches durch Bindung der bei der Fäulnis entstehenden flüchtigen Zersetzungsproducte hindern, als dies die Carbolsäure zu bewirken vermag.

§ 48. Die Desinfection von Anstandsorten kann auch durch Aufstreuen von kräftigem Chlorkalk vorgenommen werden. Gleichzeitig Carbolsäure in Anwendung zu bringen, wäre deshalb zweckwidrig, weil diese Körper auf einander eine chemische Wirkung ausüben und das gebildete Product einen höchst widerwärtigen Geruch besitzt, der an Gegenständen hartnäckig anhaftet und selbst durch ausgiebige Lüftung nicht zu beseitigen ist.

Das Desinficieren mit gasförmigen Mitteln, vor allem das Ausschwefeln der Aborte und Krankenräume, die Chlorräucherungen und die neuestens empfohlene Entwicklung von Bromdampf hat sich als unsicher, meist sogar als wirkungslos erwiesen.

Es ist Vorsorge zu treffen, dass in jeder von der Epidemie betroffenen Gemeinde der nöthige Vorrath an Desinfectionsmitteln stets vorhanden sei.

IV.

§ 49. Eine für alle Schichten der Bevölkerung fassliche und angemessene Belehrung, sowie Anleitung über das Verhalten während der Cholerazeit wird abgesondert zur Verlautbarung gelangen.

§ 50. Die Bestimmungen dieser Verordnung treten mit dem Tage der Kundmachung derselben in Wirksamkeit.

* * *

(Städtisches Donaubad.) Badesaison 1892.

Das städtische Donaubad wurde in der diesjährigen Badesaison von 69.125 Badenden besucht, welche sich vertheilen:

Auf das Schwimmbassin	I. Classe	5.515	Personen
	II. „	7.345	„
auf die Vollbäder . . .	I. Classe	10.568	„
	II. „	45.609	„
auf die Separatbäder		88	„
	Zusammen .	69.125	Badende.

Hievon badeten:

			Männer	Frauen	Zusammen
Vom 29. Mai	bis 15. Juni	. . . .	1.257	268	1.525
„ 16. Juni	„ 30. Juni	. . . .	3.290	1.089	4.379
„ 1. Juli	„ 15. Juli	. . . .	8.439	3.965	12.404
„ 16. Juli	„ 31. Juli	. . . .	4.145	2.433	6.578
„ 1. August	„ 15. August	. . . .	4.693	2.966	7.659
„ 16. August	„ 31. August	. . . .	23.670	11.924	35.594
„ 1. Septbr.	„ 11. Septbr.	. . . .	508	478	986
		Summen .	46.002	23.123	69.125

Die größte Tages-Frequenz war am 21. August mit 5.452 Badenden. Eintrittskarten sind 643 ausgegeben und 2.136 Schwimmlectionen ertheilt worden.

Vom 9. bis 14. Juni war die Anstalt wegen Hochwasser geschlossen.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 5. September 1892.

(Fortsetzung.)

Berté Emil — Verkauf von Büchern und Musikalien — II., k. k. Prater, Ausstellung.

Matzner Franz — Buch- und Musikalienhandel — XVII., Hernals, Kirchengasse 45.

Friedl August — Commissionswarenhandel — VII., Mariahilferstraße 18.

Rosenthal Josef Victor — Commissionswarenhandel — VII., Mariahilferstraße 18.

Fink Eduard — Druckschrift-Herausgeber — III., Beatrixgasse 3..

Woerl Leo — Druckschrift-Herausgeber — I., Spiegelgasse 12.

Gensthaler Elisabeth — Einspännergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Neubaugasse bei Nr. 1.

Dutz Josef — Fächermaler — V., Wimmergasse 5.

Přibil Franz — Fleischhauergewerbe — III., Vor der Marxer-Linie, Schweineschlachtbrücken.

Furtner Karl — Fleischhändler — III., Großmarkthalle.

Haslinger Anton — Fleischselcherwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 39.

Huka Anna — Fleischverschleiß — III., Neulinggasse 10.

Schuster Josef — Fleischverschleiß — V., Hundsthurmerplatz (Verkaufsstand).

Bidlo Franz — Selchwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Rötzergasse 35.

Dlugogenski Victor — Aufstellung eines Phonographen — II., k. k. Prater, Ausstellung.

Heller Eisig vel Ignaz — Friseurgewerbe — II., Malzgasse IV.

Einfalt Franz — Gastgewerbe (Pacht) — XVIII., Währing, Neuwaldeggerstraße 33.

Neuberger Johann — Gastwirt — IV., Starhemberggasse 9.

Wiesböck Franz — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 13.

Groblschegg Katharina — Hausierhandel mit Geflügel — VI., Windmühlgasse 115.

Döbbel Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., k. k. Prater, Ausstellung.

Drucker Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hernals, Kircheng. 32.

Grießer Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Landongasse 16.

Honis Thomas — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 50.

Neumann-Kohner Gisela — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Servitengasse 21.

Rothhaft Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Sophienbrückeng. 5.

Racek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Tichtelgasse 15.

Rauch Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Steinergasse 11.

Sauter Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 104.

Schindler Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Zentagasse 8.

Stanek Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Gschwandnergasse 15.

Victoris Friederike — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Jahngasse 24.

Waßmuth Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Kirchengasse 36.

Wögerth Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 21.

Würth Christoph — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 53.

Ehfrank Michael — Gewürzhandel — V., Wehrgasse 9.

Kudera Karl — Handschuhmacher — XVII., Hernals, Annagasse 44.

Bureček recte Pureček Anton — Kleidermacher — III., Kolonitzgasse 7.

Hölzl Josef — Kleinfuhrwerk — XIII., Ober-St. Veit, Maria Theresienstraße 16.

Karinger Johann — Kleinfuhrwerk — XIII., Unter-St. Veit, Kircheng. 23.

Schuch Bertha — Kravatten-Erzeugung — XVII., Hernals, Kircheng. 6.

Kraus Leopold — Kürschnergewerbe — XVII., Hernals, Karlsgasse 14.

Tröger Marie — Verschleiß von Kurzwaren — III., Schimmelgasse 3.

Matzner Franz — Leihbibliothek — XVII., Hernals, Kirchengasse 45.

Ohly Albert — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.

Warmuth Francisca — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.

Aigner Karoline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Hauptstraße 83.

Bauer Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Hetzgasse 38.

Eisenbauer Marie — Milchhandel — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 3.

Faber Marie — Milch-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 64.

Schäffer Emilie — Milch-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 93.

Weiner Johanna — Papier- und Schreibrequisiten-Verschleiß — XVII., Hernals, Rosensteingasse 33.

Novotny Leopoldine — Pfaidlerei — V., Kettenbrückengasse 21.

Wichtel Francisca — Pfaidlergewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 58.

Trautmann H. — Verkauf von präparierten Pflanzen — II., k. k. Prater, Rotunde.

Kučera Ignaz — Verschleiß von Pfeifen — II., Nestroygasse 7.

Frey Josefine — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Favoritenstraße 17.

Rindskopf Paul — Provisionsagent — II., Czerningasse 9.

Bubenik Kaspar — Schuhmacher — V., Krongasse 14.

Glaßneck Martin — Schuhmacher — XVII., Hernals, Weinhauserstr. 33.

Mayer Franz — Schuhmacher — XVII., Hernals, Leitermayergasse 22.

Langer Ernst — Spengler — V., Pilgramgasse 24.

Weiß Marie — Spirituosenhandel — II., Obere Augartenstraße 70.

Peroutka Josef — Tischlergewerbe — VI., Bienengasse 6.

Zug Karl — Tischlergewerbe — II., Schüttelstraße 53.

Bruckmann Mathilde — Trödlerin — XV., Fünfhaus, Turnergasse 25.

Kallmann Rosalia — Trödlergewerbe — VII., Mariahilferstraße 120.

Ottken Karl — Vereinsagentie — XVIII., Währing, Martinsstraße 97.

Ambros Julie — Victualien-Verschleiß — IV., Klagbaumgasse 2.

Frey Josefine — Victualienhandel — XIII., Penzing, Tegetthoffstraße 23 a.

Samek Magdalena — Victualien-Verschleiß — III., Stammgasse 6.

Orbes Andreas — Wäscheputzer — XVII., Hernals, Frauengasse 8.

Maresch Theresia — Wein- und Brantweinhandel — XVII., Hernals, Alsbachstraße 47.

Lots Regine — Zeitungs-Verschleiß — III., Salmgasse 16.

Schindler Hans — Zimmermaler — V., Reinprechtsdorferstraße 27.

Szües Emma — Zuckerbäckergewerbe (Fortbetrieb) — I., Schottenring 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. September 1892.

Hammerschlag Dr. Paul — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Bräunerstr. 9.

Kozič Dr. Karl v. — Advocat — I., Bräunerstraße 10.

Kratter Dr. Friedrich R. v. — Advocat — I., Habsburgergasse 9.

Schlesinger Dr. Richard — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Nibelungengasse 10.

Ulbnig Dr. Richard — Advocat — I., Kohlmarkt 5.

Schaumburg-Fleischer Wolfgang — Buchhandel — I., Wollzeile 29.

Kautz Josef — Decorationsmaler — VIII., Blindengasse 12.

Friedl Barbara — Einspännergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstr.

Hofmeister Ignaz — Fisch- und Krebsenhandel — I., Fischmarkt.

Söllner Anna — Gast- und Schankgewerbe (Fortbetrieb) — XV., Fünfhaus, Osterleingasse 6.

Aufreither geb. Marschall Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Höfergasse 1.

Hornov Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 68.

Janota Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 13.

Fürst Johann — Graveurgewerbe — VI., Liniengasse 6.

Meißl Anton — Kaffeesieder — II., Kleine Schiffgasse 2.

Kargel Johann — Kleinfuhrgewerbe — XVIII., Währing, Wienerstr. 48.

Heront Antonia Anna — Butter- und Milch-Verschleiß — XIII., Hacking, Auhofstraße 88.

Pursch Theresia — Milch-Verschleiß — XIII., Penzing, Gärtnergasse 14.

Tasler Susanna — Milch-Verschleiß — V., Einsiedlerplatz 17.

Lindner Leon — k. k. Notar — I., Tuchlauben 11.

Bernert Moriz — Sattlergewerbe — XVIII., Währing, Herrengasse 22.

Reinthaller Karl — Schlosser — XV., Fünfhaus, Fuchsgasse 4.

Janusch Anna — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern — IV., Rainergasse 1.

Heß Franz — Sodawasser-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzg. 49.

Percy H. — englische Theater-Gesellschaft — II., Carltheater.

Kaiser Michael — Tischlergewerbe — VII., Andreasgasse 2.

Maschek Adalbert — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstr. 58.

Jagendorfer Josef — Victualienhandel — XIII., Unter-St. Veit, Kirchengasse 10.

Lisitzky Maria — Victualienhandel — VIII., Florianigasse 25.

Bamböck Karl — Zimmerputzergewerbe — XVIII., Weinhaus, Herreng. 18.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. September 1892.

Götz Theodor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.

Schneider recte Schlöglbauer Franz — Brantwein- und Thee-Verschleiß — III., Wällischgasse 27.

Schäfer Anton — Buchbinder — VII., Burggasse 51.

Kaiser Philipp — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Wagnergasse 39.

Berghammer Ferdinand — Einspännergewerbe — V., Kettenbrückengasse.

Rudinetz Emanuel — Einspännergewerbe — X., Himbergerstraße 18.

Baeth Georg — Fleischselchergewerbe — X., Himbergerstraße 151.

Jeschina Franz — Fleisch-Verschleiß — I., Hoher Markt.

Barth Leopold — Wirtsgewerbe — X., Rothenhofgasse 9.

Ehrfurt Adolf — Gastwirt — XII., Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 35.

Junger Franz Josef — Gastwirt — XII., Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 154.
Muß Andreas — Wirtsgewerbe — V., Blechthurmgasse 5.
Schönhofer Johann — Wirt — III., Hauptstraße 73.
Horowitz Samuel — Geflügelhandel — I., Am Schanzl.
Mazanek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Haberlgasse 49.
Prix Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 98.
Rons Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 33.
Wachert Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lammgasse 8.
Sauer Heinrich — Graveur — VII., Seidengasse 44.
Batista Marianne — Marktwictualien-Verschleiß — X., Eugenplatz.
Marian Marie — Marktwictualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Bollinger Johann — Mehlagentie — II., Frucht- und Mehlbörse.
Marihart Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Rampersdorfergasse 19.
Marzelle Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Werderitsch Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Friedmanngasse 29.
Schuster Ernst — Handel mit Ölfarbendruckbildern — IV., Belvederegasse 20.
Rohr, geborene Beyaus Maria — Verschleiß von Papier und Kurzwaren — I., Wallnerstraße 11.
Narosy auch Narosny Karoline, geborene Despot — Pfaidlerin — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 33.
Glöckl Mathias — Schuhmacher — III., Stammgasse 6.
Pertl Karl Wenzel — Singspielhalle — II., k. k. Prater, Ausstellung, Tonhalle.
Holomek Theresia — Sonn- und Regenschirm-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 119.
Fried Jakob — Spengler — II., Untere Augartenstraße 13.
Ulbricht Barbara — Tischlergewerbe (Fortbetrieb) — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstraße 23.
Bilka Anna — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — IX., Höferg. 2.
Dittrich Johanna — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Puchsbaumgasse 50.
Janowsky Franz — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Gansterergasse 9.
Bauer Leopoldine — Wäsche-Feinputzerei — X., Siccardsburggasse 11.
Banzura Francisca — Wäscheputzerei — XVI., Ottakring, Langegasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. September 1892.

Müller Stephan — Bildhauer — VI., Luftbadgasse 15.
Winter Alfred — Handel mit Börseeffecten — I., Wiener Börse.
Weißenberger Josef — Drechsler — VI., Hirschengasse 24.
Kohn Moriz — Druckschrift-Herausgabe — II., Ferdinandsstraße 15.
Kohn Moriz — Federnschmücker — VII., Zollergasse 13.
Zwettler Alexander — Feigenkaffee-Erzeugung — XVII., Hernals, Hauptstraße 10.
Wagner Michael — Fleischwaren-Verschleiß — III., Großmarkthalle.
Jarabek Rudolf — Friseur und Raseur — V., Embelgasse 51.
Pabousek Johann — Friseur — III., Erdbergerlände 10.
Stöger Adolf — Friseur- und Raseurgewerbe — VI., Stumpergasse 16.
Bastecky Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kolonitzgasse 9.
Buchbinder Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 12.
Levin, geborene Speer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 39.
Likrat Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Antonburggasse 4.
Matits Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Rosensteingasse 29.
Posselt Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Ungargasse 29.
Schlimm Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Embelgasse 32.
Voglhut Isak — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Floßgasse 9.
Vorliček Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Paulusgasse 1.
Bytejček Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Liliengasse 3.
Wolff Jenny — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 108.
Ehmann Leo — Verschleiß von Giften — I., Kärnthnerstraße 59.
Hauke Otto — Handel mit Grabsteinen — III., Fasangasse 31.
Lumpe Anton — Kleinhandel mit Holz, Kohle und Coaks — IV., Trappelgasse 7.
Ramhofer Susanna — Handel mit Honig und Gemüse im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Franzensgasse 20.
Strimpf Barbara — Handel mit Honig und Gemüse im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Franzensgasse 20.
Stettner Franz — Huf- und Wagenschmied — II., Dresdnerstraße 29.
Mittermayer Rosalia — Verschleiß von Kalendern und Gebetbüchern — I., Am Hof.
Cernoch Josef — Kleidermacher — III., Hetzgasse 20.
Krippel Anna — Herrenkleidermachergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Stiftgasse 27.
Macek Franz — Kürschner — III., Erdbergerstraße 58.
Breitenseher Johann — Verschleiß von Leinen- und Baumwollwaren — XVIII., Währing, Kirchengasse 8.
Wagner Willibald — Mehl- und Gries-Verschleiß — III., Steingasse 19.
Bucher Johann Albin — Chemische Metallgravierung — VIII., Bennogasse 21.
Daub Gustav — Metallschläger — V., Hundsthurmerstraße 77.
Friedmann Karoline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 6.
Döbbel Johannes — Verkauf von Musikalien — II., k. k. Prater, Ausstellung.
Huber Anton — Musiker — III., Barichgasse 20.
Angermann Emilie — Kunstblumen-Erzeugung — V., Anzengruberg. 16.
Schwanda Anna — Naturblumenhandel — XVII., Dornbach, Hauptstraße 34.
Herzfeld Jakob — Verschleiß von Ölfarbendruckbildern — II., Klosterneuburgerstraße 21.
Winter Marie — Pfaidlergewerbe — III., Apostelgasse 4.
Scholz Franz — Verschleiß von Pretiosen — III., Adamsgasse 7.
Olbrich Hermine — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Starhembergasse 28.
Haubeck Max und Dr. Russel Josef Eugen — Reisebureau — I., Franz Josefs-Quai 1a.
Eördek Stephan — Schuhmacher — XVII., Hernals, Blumengasse 22.
Reinberger Karl — Schuhmacher — XIII., Hacking, Bahngasse 2.
Thierrichter Johanna — Schuhmachergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Schottenfeldgasse 51.
Graber Max — Schuhwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 18.
Großmann Eugenie — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — XVII., Hernals, Krongasse 31.
Peschl Heinrich — Selchwaren-Verschleiß — V., Rampersdorfergasse 28.
Langschwert Martin — Tischler — XVII., Hernals, Krongasse 21.
Pospischil Vincenz — Uhrmacher — VII., Schottenfeldgasse 65.
Rosenberger Ludwig — Uhrmachergewerbe — II., Nestroygasse 9.
Bartal Susanna — Victualienhandel — XVII., Hernals, Bergsteigg. 29.
Schottowa Ferdinand — Victualienhandel — XVIII., Währing, Hauptstraße 6.
Sperlich Rosalia — Victualienhandel — XVII., Hernals, Rötzergasse 36.
Blček Anna — Victualienhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Annagasse 43.
Wuppinger Marie — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Dammgasse 13.
Postnelek Marie — Weiß- und Buntstickerei — XVII., Hernals, Kirchengasse 8.
Neumayer Hermine, Edle von Hünenburg — Zeitungs-Verschleiß — III., Rennweg 14.
Deutsch Elise — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — I., Rothenthurmstraße 16.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. September 1892.

Dorn Georg — Bäckergewerbe — IX., Brünnlgasse 4.
Wayß Gustav Adolf und Schuster Rudolf — Betonbauunternehmung — II., Kaiserplatz 6.
Schulhof Regina — Kaffeesiedergewerbe — II., Taborstraße 11.
Schulbaum Fanni — Federnschmückergewerbe — VI., Meravigliagasse 3.
Twarock Eduard — Fleischhauer — XVII., Hernals, Josefigasse 24.
Czerny Emerich — Gastwirt — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 49.
Deutscher Karl — Gastwirtsgewerbe — II., Jägerstraße 16.
Fuchs Ludwig — Wirtsgewerbe — VI., Mollardgasse 3.
Keller Karl — Wirtsgewerbe — V., Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof.
Lorenz Karl Wilhelm v. — Gastwirtsgewerbe — II., Webergasse 25.
Bechtold Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Veronikagasse 7.
Klein Dorothea — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 28.
Wolfsgruber Elisabeth — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — IV., Theresianumgasse 3.
Babaček Franz — Herrenkleidermacher — VI., Mariahilferstraße 29.
Krumpholz Franz — Kleidermachergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 8.
Mankowski Julie — Kleidermacherin — I., Bräunerstraße 2.
Pereles Wilhelmine — Kostgebung — VI., Amerlingstraße 9.
Hrusz Josef — Obst- und Grünwarenhandel — IX., Liechtensteinstraße 38.
Skorepa Marie — Hausieren mit Obst, Grünzeug und Gebäck — II., Pazmanitengasse 14.
Schneider Anna — Pfaidlerei — VII., Neubaugasse 61.
Sieß Bertha — Privatunterricht im Clavierspiel und Gesang — II., Obere Donaustraße 25.
Michovilly Marie — Privatunterricht in der französischen Sprache — II., Taborstraße 53.
Habersohn Karoline — Feilbieten von Reibsand und Waschein im Umherziehen — XVII., Hernals, Karlsgasse 12.
Fell Barbara — Selchwaren-Verschleiß — IX., Hahngasse 3.
Rosseg Christoph — Stadtlohnfuhrwerk — V., Johannagasse 18.
Fischer Karl — Wasserleitungs-Installateur — IX., Kolingasse 6.

Gewerbeanmeldungen vom 12. September 1892.

Honech Josef — Bäckergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 16.
Riedl Johann — Buchbinder — III., Reisnerstraße 21.
Seeholzer Karoline — Dienstvermittlung — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 23.
Kißlinger Rosalie — Einspännergewerbe — X., Columbusplatz.
Müllner Johann — Fleischselchergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 61.
Gilly Sidonie — Verschleiß von photographischen Ansichten — IX., Währingerstraße 2/4.
Herczegh Paul — Fragner — X., Laxenburgerstraße 29.
Bisinger Friedrich — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Langeg. 49.
Mayrhofer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Himmelpfortg. 3.
Müllner Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauslabgasse 16.
Sedlaček Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Heinegasse 19.
Nedoma Karl — Glasbläser — VI., Stumpergasse 38.
Rejschek Adalbert — Goldarbeitergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 40.
Buchtel Eduard — Grünzeughandel — XVI., Ottakring, Marktplatz.
Walter Christine — Hadernhandel — XVI., Ottakring, Lienfelderg. 22.
Arthofer Raimund — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Zwölfergasse 2.
Heller Katharina — Kaffeeschank — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 1 b.
Neumann Theodor — Kaffeesieder — I., Kohlmessergasse 2.
Schwarz Karl — Kleinfuhrmann — VI., Mollardgasse 70.
Keplinger Antonia — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Siebensterng. 33.
Treidl, geb. Dryaczek Marie — Handel mit Maculaturpapier — I., Kumpfgasse 5.
Guttmann, geb. Teinert Karoline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XV., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 44.
Kalausek Ferdinand — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstr. 57.
Pulz Karoline — Milch- und Canditen Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Rustengasse 7.
Paßler Raimund — Musik-Instrumentenmacher — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 28.
Bondi, geb. Huß Elsa — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VII., Stiftgasse 3.
Bondi, geb. Huß Elsa — Verschleiß concessionsfreier Press-Erzeugnisse — VII., Stiftgasse 3.
Stadler Regina — Spiritusofenhandel — X., Raaberbahngasse 20.
Schmitt Mieczislaus — Director des polnischen Theaters in Lemberg — II., k. k. Prater, Ausstellungstheater.
Chowansky Theresia — Wäscheputzerin — VI., Kurzgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. September 1892.

Dörr Anna — Bäckerei — X., Waldgasse 39.
Benesch Johann — Cantine — VIII., Laudongasse 12.
Hirsch Franz Rudolf — Couvert-Erzeugung — IX., Schwarzspanierstraße 10.
Jacobi Friedrich — Drechsler — I., Tuchlauben 18.
Scheuermann Johann — Einspännergewerbe — XII., Unter-Meidling, Bahnhof.
Stalka Valentin — Friseur und Rasenr — VII., Burggasse 43.
Czak Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Clusiusgasse 5.
Kögler Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Obere Amtshausg. 19.
Panfuß Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 60.
Reich Albert — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Radetzkygasse 26.
Reiß Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 8.
Smejkal Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstraße 44.

(Das Weitere folgt.)

Z. 5630 ex 1892.

Kundmachung.

(Einsichtnahme in den Hauptrechnungs-Abschluss pro 1891.)

Der Magistrat hat den Hauptrechnungs-Abschluss der Gemeinde Wien, und zwar für die Bezirke I bis X für das Jahr 1891 an den Stadtrath geleitet und liegt dieses Rechnungs-Operat vom 19. September l. J. angefangen im Sinne der Bestimmungen des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse, Rathhaus, Stiege 5, 1. Stock, während der gewöhnlichen Amtsstunden auf.

Dies wird hiemit im Sinne der weiteren Bestimmungen des citierten Gesetzes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder über den genannten Rechnungs-Abschluss im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 16. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann N. Prix. 1—3

Ad Prot.-Nr. 145107
Ref.-Nr. 5304 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Hundemarken für das Jahr 1893** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer, im neuen Rathhause** (1. Stock, Departement III), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeine und specielle Vorschrift im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 161130
Ref.-Nr. 2382 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Stiftgasse zwischen der Gürtelstraße und Bergsteiggasse im XVII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6534 fl. 74 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

M.-Z. 143014
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und des Wiener Landwehrfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass der **Rechnungs-Abschluss des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Wiener allgemeinen Versorgungsfondes pro 1891, sowie jener des Wiener Landwehrfondes pro 1891** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 2—3

Z. 151337
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die im II. Semester 1892 fällig gewordenen Interessen des **Dr. Franz Heiß'schen Stiftungscapitales für arme Verwandte des Stifters** im Betrage von 364 fl. 87½ kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Jene armen Verwandten des Stifters, welche auf den Genuss dieser Stiftung Anspruch erheben zu können glauben, haben ihre Gesuche, welche mit legalen Zeugnissen über die Armut, die mindere Erwerbsfähigkeit, des vorgerückten Alters oder die Gebrechen des Bittstellers, dann mit der Nachweisung über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, in Wien bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften bis **30. September 1892** zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. August 1892. 3—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 2227
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 13. September 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung der Gem.-Räthe R. v. Neumann und Zagórski und Entschuldigung der Gem.-Räthe Bärtl, Djörup und Winkler . . . 2227
2. Spende des Herrn Ludwig Berenyi (Radetzky-Album) . . . 2227
3. Spende des Regiments-Commandos des k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 84 (Erträgnis des Abschieds-Concertes) . . . 2227
4. Ergebnis der Ergänzungswahl in die Militärtax-Commission 2227
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Wessely, betreffend die Reinhaltung des Wienflusses . . . 2227
Interpellationen:
6. Gem.-Rath Herrdegen, betreffend seinen Antrag auf Errichtung einer städtischen Dienstvermittlungs-Anstalt . . . 2228
7. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend den Mangel an Brunnen in der Nähe des Westbahnhofes . . . 2228
8. Gem.-Rath Djörup, betreffend verschiedene Maßnahmen in Ansehung der Choleragefahr . . . 2228
9. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Herstellung eines Überganges für Fußgänger über den Bahnkörper zwischen der Schmelzbrücke und dem Penzinger Viaduct und die Herstellung einer Haltestelle daselbst . . . 2228
10. Derselbe, betreffend die Vertretung des Gemeinderathes bei der Abfahrt des Infanterie-Regimentes Nr. 84 . . . 2228
11. Gem.-Räthe Eigner und Purscht, betreffend die Canalisierung der Schmerlinggasse im XVII. Bezirk . . . 2228
12. Gem.-Rath B. Wessely, betreffend die Pflasterung eines Theiles der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke . . . 2229
13. Gem.-Rath Röhrl, betreffend den sofortigen Beginn der Legung der Rohre für die Hochquellenleitung in den neuen Bezirken . 2229
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Behandlung der von dem Bezirksausschusse befürworteten Zuständigkeitsgesuche, die Vorlage des definitiven Statutes für die Bezirksausschüsse und die Zustellung von Steueracten an dieselben . . . 2229
15. Gem.-Rath Eigner, betreffend das incorrecte Vorgehen von Sanitätsorganen bei einem angeblichen Cholerafalle in Hernals 2229
16. Gem.-Räthe Purscht und Grünbeck, betreffend dieselbe Angelegenheit . . . 2230
Anträge:
17. Gem.-Rath Lang, betreffend die Indrucklegung einer populären Zusammenstellung von Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera . 2230
18. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Renovierung der Arbeitslocalitäten und Stallungen im Gumpendorfer Schlachthause . . 2230
19. Gem.-Rath Kirchmayer, betreffend die Canalisierung des rechten Wienufers in Hietzing . . . 2230
Referate:
20. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend die Genehmigung der Kosten für die Vorarbeiten anlässlich der Errichtung von Steueramtsabtheilungen bei den magistratischen Bezirksämtern für den II., III., IV., V., VI. und VII. Bezirk . . . 2231
21. Derselbe, betreffend die Anschaffung von Lehrmitteln für die Bürgerschule XII., Gaudenzdorf. (Zuschusscredit.) . . . 2232
22. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung in der Knabenvolksschule XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse (Zuschusscredit.) . . . 2332
23. Derselbe, betreffend die Straßenherstellung in der Glaser- und Rögergasse und die Regulierung der Rosauerlände . . . 2233
24. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Maria Elisabethen-Vereines . . . 2233
25. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Lieferung von Röhren, Schiebern, Hydranten und Maschinenbestandtheilen für die Wasserversorgung in den neuen Bezirken . . . 2233
26. Derselbe, betreffend die Subventionierung des St. Josef-Kinderasyl-Vereines in Breitensee . . . 2235
27. Derselbe, betreffend die Subventionierung des humanitären Vereines „Gumpendorfer Kinderfreunde" . . . 2235
28. Gem.-Rath R. v. Goldschmidt, betreffend die Baulinienbestimmung nächst des Werkstättenhofes der österr.-ung. Staatseisenbahn-Gesellschaft im XI. Bezirke . . . 2236
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 13. September 1892.
Inhalt:
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Ausgleich mit der Militär-Akademie in Wr.-Neustadt wegen Wasserentnahme für die Hochquellenleitung . . . 2237
2. Gem.-Rath Dr. Stenzl, betreffend Gnadengabe . . . 2237
3. Gem.-Rath Vangoin, betreffend Remunerationen . . . 2237
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 2237
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 13. September 1892 . . . 2237
Pferdemarkt vom 13. September 1892 . . . 2237
Stechviehmarkt vom 15. September 1892 . . . 2238
Der Verkauf von Mineralkohle und Coaks im großen und kleinen . 2238
Sanitätsangelegenheiten:
Maßregeln in Ansehung der Choleragefahr . . . 2239
Städtisches Donaubad . . . 2242
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen . . . 2243—2245
Kundmachungen . . . 2245—2250

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 74. Dienstag, den 20. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 16. September 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Adam entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Die Functionsdauer der vier Schriftführer läuft mit 18. d. M. ab. Ich werde die Neuwahl auf eine der nächsten Tagesordnungen stellen.

Dient zur Kenntnis.

3. Ich habe die Ehre, folgende Interpellationen zu beantworten, und zwar zunächst die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Wessely wegen der Auspflasterung jener Stellen auf der Gumpendorferstraße, wo Neubauten aufgeführt werden. Nach den gepflogenen Erhebungen kann ich hierauf erwidern, dass die Auspflasterung bei den Häusern Nr. 3, 5a, 5b und 37 Gumpendorferstraße vom Stadtrathe am 10. August beschlossen und am 15. August in Angriff genommen wurde.

Bezüglich der Auspflasterung bei den Häusern Nr. 4, 8 und 10 sind die Kostenvoranschläge bereits verfasst und liegen bei der Buchhaltung. Der Act wird sodann vom Magistrate noch in dieser Woche erledigt werden. Übrigens wird bemerkt, dass bei Auspflasterungen, wo weit hinter die Baulinie zurückgegangen wird, wegen der zu besorgenden Setzungen des Straßenkörpers mit Vorsicht vorgegangen werden muss.

4. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Röhrl geht dahin, ob der Herr Bürgermeister geneigt sei, dahin zu wirken, dass mit der Rohrlegung für die Hochquellenleitung in den neuen Bezirken Wiens sofort begonnen werde. Nun, der sofortige Beginn ist mit Rücksicht auf den Stand dieser Angelegenheit unmöglich. Nach den Erhebungen steht nämlich die Sache so: Behufs Herstellung des Hochquellenleitungs-Rohrnetzes in den neuen Bezirken XI bis XIX sind folgende Vorkehrungen getroffen worden. Nachdem das Resultat der Offertverhandlung für die Lieferung von Röhren im Kostenbetrage von 202.756 fl. mit Stadtraths-Beschluss vom 4. Mai d. J. genehmigt worden war, wurden diese Rohre bei den Erstehern mit einem Lieferungstermine von vier Monaten vom 31. Mai 1892 ab, bestellt und zum Theil auch eingeliefert. Nachträglich wurde die Lieferung von Schiebern, Luftventilen, Hydranten und sonstigen Maschinenbestandtheilen mit einem Kostenbetrage von 104.310 fl. genehmigt, zu deren Sicherstellung am 16. September die Offertverhandlung abgehalten wird, nach deren Ratificierung die Bestellung mit einem Liefertermine von sechs Monaten erfolgen wird. Ferner ist am 13. September d. J. vom Gemeinderathe die Beschaffung der zweiten Serie von Rohren, Schiebern, Maschinenbestandtheilen &c. genehmigt worden, zu deren Sicherstellung sofort die Offertverhandlung ausgeschrieben werden wird. Endlich wurden nach Mittheilung des Stadtbauamtes das Detailproject des Rohrnetzes für einen großen Theil der neuen Bezirke ausgearbeitet und wird demselben nach Fertigstellung der dazugehörigen Kostenüberschläge in vier bis fünf Wochen zur Vorlage gebracht werden. Selbst dann aber, wenn auch das Detailproject mit den Kostenüberschlägen genehmigt sein wird, kann nicht sofort mit der Rohrlegung begonnen werden, weil auch die Handarbeiten für die Rohrlegung erst sichergestellt und vergeben sein müssen. Die Herren sehen also, dass in dieser Angelegenheit mit großem Eifer gearbeitet wird.

Zur Kenntnis.

5. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner geht dahin: (liest):

„1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den magistratischen Bezirksämtern die Weisung zu ertheilen, Zuständigkeitsgesuche,

welche von den Bezirksausschüssen befürwortet werden, unter allen Umständen dem Stadtrathe vorzulegen?" Diese Sache steht so: Sehr viele Zuständigkeitsgesuche langen ein und werden von den Bezirksausschüssen nur begutachtet, die Verhandlungen hierüber hat aber das magistratische Bezirksamt. Wenn nun schon aus den Umständen erkannt wird, dass nach der bestehenden Praxis die Zuständigkeit in einem Falle nicht verliehen werden wird, so wird seitens des Bezirksamtes die Abweisung verfügt. Den Bittstellern steht es aber frei, dagegen den Recurs zu ergreifen, in welchem Falle die Angelegenheit unter allen Umständen an den Stadtrath kommt. Im Interesse der ordentlichen Geschäftsführung ist kein Grund vorhanden, diese Praxis abzustellen.

2. „Wann gedenkt der Herr Bürgermeister das nur als Provisorium geltende Statut und die Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse zur endgiltigen Berathung und Beschlussfassung dem Gemeinderathe vorzulegen?"

Ich habe schon wiederholt die Ehre gehabt, dem geehrten Gemeinderath hierüber Antwort zu geben. Von meiner Seite ist gar kein Anstand, es erscheint aber praktisch, eine Zeitlang auf Grund dieser provisorischen, vom Gemeinderathe genehmigten Geschäftsordnung die Geschäfte führen zu lassen, um daraus Erfahrungen für das Definitivum zu gewinnen.

„3. Wer hat die Weisung hinausgegeben, dass die Steueracten nicht mehr den Bezirksausschüssen anvertraut werden sollen, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Bezirksausschüssen hiefür Satisfaction zu verschaffen?"

Nun, die Sache steht so, dass eine Änderung in der bisherigen Praxis nicht verfügt wird. Die Zuweisung der Geschäfte ist Sache des Bezirksvorstandes, und in vielen Bezirken besteht die Gepflogenheit, dass die Steueracten nicht hinausgegeben werden, dass daher die Bezirksausschüsse dieselben im Amtslocale einsehen. In dieser Richtung habe ich keine Ursache, in die Anordnungen der Bezirksvorsteher irgendwie einzugreifen. Das ist Sache der Herren Bezirksvorsteher, Sache ihres Ermessens, wie sie es zweckmäßig finden, vorzugehen. Eine Nothwendigkeit, die Acten hinauszugeben, besteht ja nicht, weil das Gutachten auch abgegeben werden kann, wenn die Bezirksausschüsse in der Kanzlei die Acten einsehen. Die Bezirksausschüsse sind aber nicht berechtigt, Amtshandlungen, welche der Bezirksvorsteher ihnen aufträgt, abzulehnen, sie haben sonach die Amtshandlungen, welche ihnen seitens der Herren Bezirksvorsteher übertragen werden, durchzuführen.

Ich ersuche, die Einläufe bekanntzugeben. (Gem.-Rath Steiner ruft: Dann sind sie ja die reinen Hausknechte!) (Gem.-Rath Eigner meldet sich zum Wort.)

Bürgermeister: Über eine Interpellation gibt es keine Debatte.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest nachstehende Einläufe:

6. Interpellation des Gem.-Rathes Lang:

Am 14. September 1891 habe ich den Antrag gestellt, die Straßensäuberung bei Nacht durchzuführen. Mittlerweile wurde am 4. Jänner 1892 seitens des Herrn Ober-Inspectors Stritzl der städtischen Feuerwehr ein umfassendes Elaborat überreicht, welches die Reorganisation der Straßenreinigung Wiens zum Gegenstande hat. Nach diesem Elaborate würde die Commune durch die Straßenreinigung bei Nacht bedeutende Ersparnisse erzielen. Der Stadtrath hat sich mit dieser Frage in der Sitzung vom 3. August d. J. befasst und beschlossen, den Magistrat aufzufordern, das Referat über die Straßensäuberung zur Nachtzeit in sämmtlichen Bezirken in baldige Vorlage zu bringen.

Diesem Auftrage wurde bisher nicht entsprochen. Da der Contract mit der Transport-Gesellschaft wegen Straßenreinigung in der Inneren Stadt schon am 30. Juni 1893 abläuft, — falls dieser Contract nicht erneuert würde, bedeutende Investitionen vorgenommen werden müßten, welche längere Zeit in Anspruch nehmen, erlaubt sich der Gefertigte die Anfrage zu stellen:

Wann gedenkt der Herr Bürgermeister die Anträge wegen Reorganisation der Straßenreinigung dem Gemeinderathe vorzulegen, damit eventuell Vorkehrungen getroffen werden können, um die gesammte Straßenreinigung Wiens rechtzeitig in eigene Regie zu übernehmen.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Sämmtliche Anträge, welche in Betreff der Straßensäuberung gestellt worden sind, sowie die Anträge wegen Übernahme der Straßensäuberung im I. Bezirke, endlich das vom Feuerwehr-Inspector Stritzl überreichte Project der Reorganisation des Straßensäuberungswesens sind den Stadtbauamte zur Berichterstattung zugewiesen werden und das Stadtbauamt ist mit allem Eifer bestrebt, diese Angelegenheit zu beschleunigen. Es wird dafür gesorgt werden, dass es dem Gemeinderathe möglich ist, bei Ablauf des Vertrages mit der Transport-Gesellschaft in der einen oder anderen Weise die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (verliest auszugsweise eine Interpellation des Gem.-Rathes Hipp und Genossen).

Gem.-Rath Hipp: Ich ersuche um vollständige Verlesung der Interpellation.

Bürgermeister: Wünschen die Herren die vollständige Verlesung? (Rufe links: Ja!) Ich bitte die Herren, welche dies wünschen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (verliest sohin nachstehende Interpellation):

7. Anfrage des Gem.-Rathes Hipp:

Die Marktcommissäre Örtl und Rudlof haben am 6. September morgens 180 kg Preißelbeeren mit dem Bemerken confisciert, dass dieses Vogelbeeren seien, und daher zum Verkauf für menschliche Bedürfnisse nicht zugelassen werden können. Trotz Einsprache der Händler wurden dieselben auf das Marktcommissariat geschafft und deren Einwendungen keine Folge gegeben. Herr Örtl hat sich alsdann mit einigen der Beeren zum Vogelhändler Johann Lausecker begeben und zeigte ihm dieselben vor; er erklärte, dass es echte Preißelbeeren seien. Auf diese Aufklärung hin wurde den Händlern die confiscierte Waare zurückgestellt, welche sie trotz ihrer Einwendung, dass sie durch die Vermischung und den Transport an der Waare Schaden erlitten, ebenso durch die bereits vorgeschrittene Zeit nicht mehr veräußern können, dennoch genöthigt wurden, wieder zurückzunehmen.

Gleich nach Austragung dieses Falles wurde die Händlerin Leopoldine Schwach von demselben Commissär beanständet, weil sie, wie es früher unter der alten Gemeinde-Vertretung Brauch war, den Preis der Waren ausgerufen hat. Da nun dieselbe durch gleichzeitiges Anfragen mehrerer Kunden nochmals, während die Commissäre in der Nähe waren, den Preis ausgerufen hat, wurde sie vom Commissär Örtl aufgefordert, sofort auf das Markt-Commissariat zu kommen. Da es eben 9 Uhr war, die Zeit des Hauptgeschäftes, erklärte die Händlerin (welche seit 12 Jahren sich am Markte befindet, ihr Mann in der Irrenanstalt ist, sie daher allein für sich, ihre Kinder und ihren kranken Mann zu sorgen hat) dem Commissär, sie werde später kommen, da sie momentan nicht die Ware ohne Aufsicht lassen könne. Der Commissär war jedoch damit nicht zufrieden, sondern nahm selbes als eine Weigerung und Nichtfolgeleistung der Aufforderung an und ließ die Frau mit Sicherheitswache auf das Commissariat stellen.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe geneigt, den Fall untersuchen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass erstens die für Marktwesen Angestellten auch die hiezu erforderlichen Kenntnisse besitzen, damit nicht durch Unkundige die Händler und Steuerträger geschädigt werden, und zweitens denselben Weisung geben zu lassen, dass sie mit den Händlern, welche doch Steuerträger sind, nicht in so barscher, rücksichtsloser Weise verfahren, um solche Vorfälle hintanzuhalten.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass ich den Fall genau erheben lassen werde.

8. Ich habe auch noch eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Eigner zu beantworten. Ich dachte, sie werde erst verlesen werden, sie wurde aber bereits verlesen; sie geht dahin, dass in der Schmerlinggasse Häuser erbaut wurden und dass der Haupt-Unrathscanal noch nicht fertig ist, daher die Einmündung nicht geschehen kann. Nach den Erhebungen kann ich mittheilen, dass das Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Schmerlinggasse mit einem Kostenerfordernisse von 2079 fl. 27 kr. in der Stadtraths-Sitzung vom 14. September genehmigt und der Magistrat ermächtigt wurde, mit Rücksicht auf die besondere Dringlichkeit des Falles, die Erd- und Baumeisterarbeiten im Wege einer beschränkten Offertverhandlung dem Bestbieter zu verleihen, so dass die Angelegenheit als dringlich behandelt werden kann.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

9. Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke und Genossen:

Gem.-Rath Dr. Linke (meldet sich). Auch ich möchte um die vollständige Verlesung bitten, weil die Sache von großer Wichtigkeit ist.

Bürgermeister: Ich erkläre von vornherein, dass die Thatsachen, auf welche der Herr Interpellant sich stützt, unrichtig sind.

Es wird beantragt, dass diese Interpellation vollständig verlesen werde. Ich bitte die Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht; nach einer Pause:) Minderheit. Abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest die Frage nachstehender Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Linke):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Aus Anlass der nahenden Choleragefahr sind in Simmering auf dem zum Gemeindehause gehörigen, an den Marktplatz unmittelbar angrenzenden eingefriedeten Platze, gegenüber der großen Volks- und Bürgerschule einerseits, und dem selbständigen Gebäude der Kinderbewahr-Anstalt anderseits zwei sogenannte „Cholera-Baracken" errichtet worden.

Wenn wir auch einerseits die sanitären Vorkehrungen gegen die Epidemie in unseren Bezirken dankbar anerkennen müssen, so spricht sich doch die öffentliche Meinung dahin aus: „Dass solche Cholera-Baracken in die unmittelbare Nachbarschaft des Marktes, der Schule und der Kinderbewahr-Anstalt nicht gehören."

Von der Hauptstraße kann man zu diesen Baracken nur über den Marktplatz auf dem Wege zwischen den Markthütten und zahlreichen Ständen gelangen und an den Vormittagen herrscht hier das größte Leben, weil sich die Leute hier zusammenfinden, um ihre Lebensmittel, als Fleisch, Gemüse, Obst, Milch u. dgl. einzukaufen.

Die Ungehörigkeit einer solchen die Epidemie betreffenden Anstalt nächst dem Markte hat die Ministerial-Verordnung vom 2. September 1892, R.-G.-Bl. Nr. 154, § 1 angedeutet, indem sie die Ausfuhr von Fleisch, Würsten, Milch, Käse und Butter, von Obst und Gemüse aus solchen Bezirken untersagt, in welchen das epidemische Auftreten der Cholera constatiert ist.

Auch der Weg von der Rückseite des Marktplatzes, welcher neben der großen Volks- und Bürgerschule und der Kinderbewahr-Anstalt führt, ist sehr bedenklich, weil sich die Kinder durch die Neugierde oft veranlasst sehen, sich solchen Anstalten zu nähern, welche großes Aufsehen erregen.

Deshalb hat schon das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht in dem Erlasse vom 9. Juni 1873, Z. 4816, § 2, verordnet: „Dass bei der Auswahl der Baustelle für ein Schulhaus jede Umgebung zu vermeiden ist, welche die Zwecke des Unterrichtes stören, die Gesundheit bedrohen oder Ärgernis geben könnte."

Schließlich ist der Marktplatz der einzige schattige Platz in Simmering und wird insbesondere die Rückseite desselben, welche an die besagten Baracken angrenzt, als Spielplatz der Kinder und als ein Erholungsort für Jung und Alt zahlreich aufgesucht.

Schon am 12. d. Mts. sind die auf dem Markte versammelten Menschen durch den Anblick eines Isolierwagens, welcher mitten durch die Menge zu den Cholera-Baracken fuhr, in große Aufregung versetzt worden, weil sie in Unkenntnis der Sachlage der Meinung war, dass sich schon ein Cholerafall ereignet hat, und infolge dessen der Besuch des Marktes gänzlich aufhören müsse.

Aus den von mir gepflogenen Erhebungen hat sich herausgestellt, dass *die fraglichen Baracken den Zweck haben, die eine dem Sanitätspersonale als* Bureau und Apotheke zu dienen, die andere, die erforderlichen Tragbahren und Krankenwagen zu unterbringen, sowie auch die Pferde einzustallen und dass Cholerakranke nur in dem Falle hieher gebracht werden sollen, wenn es nothwendig erscheint, denselben augenblickliche ärztliche Hilfe zukommen zu lassen, noch bevor sie in das Spital gebracht werden.

Selbst diese Rechtfertigung kann aber meines Erachtens nicht befriedigen, wenn man bedenkt, dass es unvermeidlich wird, zu diesem Zwecke den Markt zu betreten und dass gerade zur Zeit einer solchen Epidemie, wie die Cholera ist, jeder Abscheu, Ekel, ja selbst jedes Vorurtheil bezüglich der Salubrität der auf dem Markte verkauften Lebensmittel streng hintangehalten werden sollen.

Ich stelle daher die ergebene Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, zur Beruhigung der besorgten Bevölkerung unseres Bezirkes den Zweck der erwähnten Cholerabaracken am Marktplatze in Simmering, gegenüber der Volks- und Bürgerschule und der Kinderbewahr-Anstalt auf befriedigende Weise öffentlich aufzuklären, und

2. Ist der Herr Bürgermeister überhaupt im Stande und bereit, noch rechtzeitig jene Vorkehrungen zu treffen, durch welche der Verkehr mit diesen Cholera-Baracken, einerseits von dem Marktplatze, anderseits von der Volks- und Bürgerschule, sowie auch von der Kinderbewahr-Anstalt vollständig isoliert werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation mit Folgendem zu beantworten: Es ist thatsächlich unrichtig, dass dort Cholerabaracken errichtet sind oder errichtet werden, sondern es ist in der Nähe des Marktplatzes an einem ganz versteckten Orte nur die Aufstellung der Transportwägen für den Fall der Cholera verfügt und das nur provisorisch, definitiv werden dieselben in dem zu adaptierenden Epidemiespitale auf der Haide untergebracht.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Auf der Tramwaystrecke Burggasse—Oper—Margarethen—Meidling—Schönbrunn verkehren die Tramwaywagen mit einem Pferde bespannt. Wenn man nun die Dauer dieser Tour, den Passagierinhalt, welcher oft mehr als 30 Personen beträgt und das bis zum Skelett herabgemagerte Pferd, welches diese anstrengende Leistung auszuüben hat, betrachtet, so muss man zu dem Resultate gelangen, dass die Ausbeutung dieser armen Pferde eine rücksichtslose und ungesetzliche ist, welche für die Dauer nicht geduldet werden darf. Sehr bedauerlich ist, dass weder die hohe k. k. Statthalterei noch der löbliche Thierschutzverein energisch dagegen eingreifen und diese Thierquälerei verbieten.

Anlässlich dieser rücksichtslosen Behandlung dieser Pferde und dieser bedauerlichen Ungerechtigkeit stelle ich an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Interpellation:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, dass die Bespannung der Tramwaywagen mit einem Pferde auf allen Linien Wiens eingestellt und gesetzlich verboten werde, um somit dieser privilegierten Thierquälerei ein Ende zu bereiten?

Bürgermeister: Ich habe darauf zu erwidern, dass sowohl nach der Concession als auch nach dem Vertrage die Tramway berechtigt ist, einspännig zu fahren.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

In dem Wienflussbette der Gebietstheile Penzing, Baumgarten, Hüttelsdorf wird zur Winterszeit von mehreren Unternehmern Eis gewonnen, dasselbe an Fleischhauer, Wirte und Brauhäuser verkauft und zur Erhaltung von Nahrungsmitteln verwendet.

Nachdem das Gerinne des Wienflusses kein constantes ist, das Wasser in Tümpeln steht, auch in der ab und zu gemachten Cunette kein reines und gesundheitsnützliches ist, weil in diesen Gebietstheilen viele Fabriken sind, welche ihre Abfälle und den Unrath in das Wienflussbett leeren oder durch Canäle hineinleiten und das ein bläulich-grünlich-schmutziges Aussehen hat und voll von Bacterien und anderen gesundheitsschädlichen Stoffen inficiert ist, also zur Aufbewahrung von Fleisch und sonstigen Nahrungsmitteln nicht verwendet werden soll, komme ich zu folgendem Resultate: Aus all diesen angeführten Gründen und zur Verhütung von infectiösen Krankheiten stelle ich an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Interpellation:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Eisgewinnung in den kommenden Wintern im Wienfluss-

bette innerhalb der Grenzen Wiens einzustellen und für die Dauer zu verbieten, um damit eventuellen infectiösen Krankheiten vorzubeugen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

12. Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

Da mein wiederholtes mündliches Ersuchen wegen baldiger Vorlage der neu zu erbauenden Volksschule im XVII. Bezirke trotz der eminenten Nothwendigkeit und der Dringlichkeit wegen der bereits bestehenden 20 Spätunterrichtsclassen, sowie auch in Anbetracht der allgemeinen Überfüllung (70 bis 80 Kinder in einer Classe) noch immer auf sich warten läßt, ersuche ich den Herrn Bürgermeister:

Ob er nicht geneigt wäre, aus rein hygienischen Rücksichten diese Vorlage mit thunlichster Beschleunigung dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen, damit noch in diesem Herbste das Schulhaus unter Dach gebracht, bis zum Frühjahre fertiggestellt und im nächsten Schuljahre zur Benützung kommen könnte.

Bürgermeister: Ich werde in der nächsten Sitzung die Ehre haben, diese Interpellation zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

13. Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, zu veranlassen, dass die Pflasterung und Trottoirherstellung von der Gürtelstraße bis Anschluss der Kinderspitalgasse im XVII. Bezirke, welche vom Gemeinderathe vor zwei Monaten schon beschlossen wurde, ausgeführt werde, da ja gerade in dieser Straße sich der Hauptverkehr vom IX. zum XVII. Bezirke entwickelt, die Herstellung aber jetzt am besten und günstigsten ist?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Mit Rücksicht darauf, dass der Gemeinderath nun vor einer großen Zahl von dringenden Arbeiten steht, und daher zu befürchten ist, dass die gleichfalls sehr wichtige Frage der Gehaltsregulierung in Ansehung der städtischen Beamten neuerlich hinausgeschoben wird, erlaube ich mir die Anfrage:

Wann gedenkt der Herr Bürgermeister diesen Gegenstand dem Plenum des Gemeinderathes unterbreiten zu können, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass dieses schwierige und umfangreiche Elaborat mir vorliegt und dass ich, soweit es mir nur überhaupt die Zeit gestattet, die Intention habe, die Angelegenheit zu studieren und mit aller Beschleunigung vorzubringen. Aber etwas Geduld müssen die Herren haben — es ist mir ja auch recht unangenehm — weil wir bekanntlich den ganzen Tag jetzt nur von der Cholera leben. (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Krätschmer:**

Vom k. k. Kaiser Franz Josef-Spital in der Triesterstraße werden jene Leichen, welche ein Begräbnis erhalten, in die Beisetzkammer des X. Bezirkes geführt, um von dort beerdigt zu werden.

Diese Überführung der Leichname geschieht aber auf einem offenen Wagen, sogenannten Zweiradler, zu jeder Stunde des Tages.

Es entspricht jedoch durchaus nicht den Vorschriften der Hygiene, wenn bei der heute drohenden Choleragefahr Leichen auf offenen Wagen hin- und hergeführt werden.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich daher folgende Anfrage:

Ist dem geehrten Herrn Bürgermeister dieser Übelstand bekannt und wäre er geneigt, das Nöthige zu veranlassen, dass die Leichen in geschlossenen Wagen transportiert werden?

Bürgermeister: Ich werde die Erhebungen pflegen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lerch:**

Es ist schon längst die Lage des Schulgebäudes in Zwischenbrücken eine für den Besuch der Kinder so ungeeignete, dass gewiss in nächster Zeit ein neues Gebäude an einem anderen Platze hätte errichtet werden müssen.

Nun ist das gegenwärtige Schulhaus zum Choleranothspital des II. Bezirkes bestimmt und soll nie mehr als Schule benützt werden.

Der Unterzeichnete stellt demnach den Antrag:

1. Es werde die Erbauung einer neuen Schule in Zwischenbrücken schleunigst in Angriff genommen.

2. Für die kleineren der 600 Schulkinder Zwischenbrückens, welche die 1. und 2. Classe besuchen, möge provisorisch eines der leerstehenden passenden Locale daselbst zu Schulzwecken gemietet werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Krätschmer** und Genossen:

Beim Epidemiespitale in der Triesterstraße steht derzeit das Leichenhaus nahezu direct an der Triesterstraße und münden auch die Ventilationen dahin, was bei dem heute gesteigerten Verkehr keineswegs angezeigt ist.

Bei einem eventuellen Ausbruche der Cholera würde sich dasselbe als viel zu klein erweisen, abgesehen davon, dass es für die Bewohner der gegenüberliegenden Häuser nicht angenehm wäre, von ihren Fenstern aus dem fortwährenden Leichentransporte zuzusehen.

Da nun im rückwärtigen Theile des Spitales ein großes Magazin steht, welches in Bezug auf Größe und Isolierung allen Anforderungen eines Leichenhauses vollkommen entspricht, stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, dass das im rückwärtigen Theile des Epidemiespitales stehende Magazin als Leichenhaus zu benützen ist, weil dadurch allen obenangeführten Übelständen abgeholfen wäre.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Latschka** und Genossen:

Mit großer Genugthuung hat die Bevölkerung Wiens das rigorose Vorgehen unserer Organe gegen die Verkäufer gesundheitsgefährlicher Waren begrüßt. Die Unterzeichneten erlauben sich jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass diese Strenge gegen stabile Verkäufer nicht hinreicht, die drohenden Gefahren zu verscheuchen, so lange es den Hausierern erlaubt ist, mit ihren oft sehr verdächtigen Waren in Bezug auf Güte und Ursprung in den Häusern und Wohnungen zu verkehren und so eventuelle Krankheitsstoffe zu verschleppen. Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe:

Es sei an die hohe Regierung eine Petition zu richten um gänzliche Einstellung des Hausierhandels in Wien, wenigstens für die Zeit der Choleragefahr.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Trambauer:**

Die Erlachgasse im X. Bezirke ist bereits vollkommen ausgebaut.

Jedoch ist diese Gasse bei der Tramwayremise durch eine Planke abgesperrt und bildet dort eine Sackgasse.

Die Hauseigenthümer dort klagen mit Recht, dass sie aus diesem Grunde ihre Wohnungen nicht vermieten können und beständig leerstehen haben, somit Schaden erleiden.

Ich stelle demgemäß den Antrag:

Der löbliche Stadtrath werde beauftragt, die nöthigen Schritte einzuleiten, damit die Gasse eröffnet werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

20. Antrag der **Gem.-Räthe Steiner, Hipp** und Genossen:

Die unter der Firma „Wiener Tramway-Gesellschaft" bestehende Actien-Gesellschaft betreibt die Pferdeeisenbahnen in Wien auf Grundlage des der

Firma C. Schaeck-Jaquet und Comp. im Jahre 1865 und späterhin ihr selbst ertheilten Concessionen der n.-ö. Statthalterei, sowie auf Grundlage des zwischen der genannten Firma und der Commune Wien abgeschlossenen Vertrages vom 7. März 1868 und der bezüglichen mit der Wiener Tramway-Gesellschaft direct abgeschlossenen Nachtragsübereinkommen.

Es hat sich nun im Laufe der Betriebsdauer ergeben, dass die Wiener Tramway-Gesellschaft nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, das von ihr betriebene Unternehmen in einer den öffentlichen Interessen vollkommen Rechnung tragenden und in einer der vertragsmäßigen Verpflichtung entsprechenden Weise zu führen.

Während die ersten Transportmittel sehr elegant und bequem ausgestattet waren, wurden die später in Betrieb gesetzten Wagenmodelle immer schlechter, unschöner und unbequemer für das fahrende Publicum. Die Thüren der Tramway-Waggons sind sehr schlecht verschließbar, so dass bei kühlerem Wetter und namentlich in den Wintermonaten eine für die Gesundheit der Fahrgäste äußerst schädliche Zugluft herrscht. Die Tramway-Gesellschaft hat es ferner consequent unterlassen, die von anderen Pferdebahnen eingeführten, dem Comfort des fahrenden Publicums dienenden Einrichtungen, so beispielsweise die von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft eingeführten, sehr praktischen Gepäcktraggitter und dergleichen in ihren Waggons zur Anwendung zu bringen.

Trotz der vertragsmäßigen Verpflichtung der Gesellschaft, die Waggons nur mit Sitzplätzen auszustatten, hat dieselbe die ganze bisherige Betriebsdauer hindurch eine unbeschränkte Anzahl von Stehplätzen benützen lassen, und die so hervorgerufene Überfüllung der Tramway-Waggons bildete einen Übelstand, der ungeachtet aller Vorstellungen und Beschwerden der Gemeindevertretung, sowie der behördlichen Organe und ungeachtet der sanitären Gefahren, welche damit verbunden sind, heute noch fortbesteht.

Sehr wichtig ist, und es kann dies nicht genug hervorgehoben werden, dass die Tramway-Waggons in ihrer derzeitigen Form und Bauart geradezu gesundheitsschädlich sind, dass notorisch viele Passagiere infolge der herrschenden Zugluft und des Stehens auf der Plattform sich erkälten und sehr häufig den Keim zu einer schweren Krankheit von ihrer Fahrt auf der Tramway nach Hause bringen.

Wie bekannt, hat die Wiener Tramway-Gesellschaft lange Zeit hindurch ihr Dienstpersonale in einer geradezu unmenschlichen Weise ausgebeutet, von demselben bei schlechter Bezahlung eine 14- bis 18stündige Arbeitszeit verlangt, so dass die Behörden wiederholt gezwungen waren, dagegen einzuschreiten.

Durch die inhumane Behandlung des Dienstpersonales wurden wiederholt Arbeitseinstellungen der Bediensteten hervorgerufen, welche eine mehrtägige Unterbrechung des Tramway-Verkehres zur Folge hatten, was sowohl den Vereinbarungen mit der Commune als den Bestimmungen der Concession zuwider war.

Nachdem es endlich gelungen war, die Gesellschaft mit verschiedenen Zwangsmaßregeln zu einer besseren Behandlung ihres Dienstpersonales zu verhalten, obwohl auch diesfalls noch vieles zu wünschen übrig bleibt, scheint die Wiener Tramway-Gesellschaft nun geneigt zu sein, die schlechte Behandlung auf die Pferde zu übertragen, um, wenn möglich, Ersparungen für die Actionäre des Unternehmens zu erzielen.

Seit einiger Zeit hat die Tramway-Gesellschaft die Haferration ihrer Pferde um 1 kg pro Tag herabgesetzt.

Die Folgen dieser unsinnigen Anordnungen traten schon nach einigen Wochen zutage.

Das Pferdematerial, welches früher sehr gut war, wird immer schlechter, die Pferde magern ab und kommen von Kräften, ja sie sind mitunter gar nicht mehr im Stande, die überfüllten Waggons, besonders auf Steilstrecken, vom Fleck zu bringen, so dass Unterbrechungen des Betriebes und Störungen in der Fahrordnung eintreten, welche abermals sowohl den vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der Commune, als auch den concessionsmäßigen Pflichten der Gesellschaft zuwiderlaufen.

Der Absatz 6 der Concession lautet:

„Die Concessionäre haben für die Beistellung ordentlicher, den Anforderungen einer Großstadt entsprechender Betriebsmittel, Wagen und Pferde ꝛc., sowie für die Anstellung eines ausreichenden und verlässlichen Dienstpersonales Sorge zu tragen, und sich in dieser Beziehung unbedingt den Weisungen der Behörden zu fügen."

Allen diesen Concessionsbedingungen hat die Wiener Tramway-Gesellschaft zuwider gehandelt. Die Fahrbetriebsmittel (Wagen) sind gezeigtermaßen nicht nur einer Großstadt nicht entsprechend, sondern geradezu schlecht und gesundheitsschädlich zu nennen.

Die Pferde gleichen gegenwärtig schon alten Bauerngäulen und sind nicht geeignet, zum Tramwaydienst in einer Großstadt verwendet zu werden. Die Pferde werden überdies seit neuester Zeit ungenügend gefüttert.

Das Dienstpersonale, welches an sich aus sehr ruhigen, anständigen und fleißigen Elementen besteht, wurde wiederholt zu Strikes gezwungen, welche eine Verkehrseinstellung zur Folge hatten, und kann daher weder als ausreichend, noch als verlässlich im Sinne der Concession bezeichnet werden.

Es sind somit bezüglich der Wiener Tramway-Gesellschaft alle Bedingungen vorhanden, welche eine Sequestration des Unternehmens in Gemäßheit der einschlägigen Bestimmungen des Eisenbahn-Concessionsgesetzes, das sinngemäß auch auf Pferdeeisenbahnen anzuwenden ist, obwohl letztere nicht einer allerhöchsten Concession bedürfen, für nothwendig und zweckmäßig erscheinen lassen.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

1. Die k. k. Regierung wird ersucht, von dem ihr gesetzlich zustehenden Rechte, über das Pferdeeisenbahn-Unternehmen der Wiener Tramway-Gesellschaft die Sequestration zu verhängen, Gebrauch zu machen.

2. Nach Sequestration des Unternehmens sei wegen Übernahme sämmtlicher Pferdebahnlinien und der vorhandenen Betriebseinrichtungen in das Eigenthum der Commune, u. zw. nach Ablauf der vertrags-, respective concessionsmäßigen Dauer die Verhandlung mit der Wiener Tramway-Gesellschaft einzuleiten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

Der mit Wien vereinigte Theil der vormaligen Gemeinde Dornbach, wegen seiner günstigen Lage in der Nähe des Centrums einerseits und seiner reizenden Umgebung andererseits, einst ein beliebter Sommeraufenthalt der Wiener Bürger, leider an einem argen Übelstande, der dringend einer Abhilfe bedarf. Es ist dies der Alsbach, der diesen Theil des XVII. Bezirkes von Neuwaldegg angefangen bis zum Einlaufskessel nächst dem Hernalser Friedhofe in einem offenen, schlecht gepflegten Gerinne durchzieht und der in dieser Strecke infolge der zahlreichen Verunreinigungen durch einmündende Unrathsausläufe und durch die an seinen Böschungen erfolgenden Ablagerungen von allerlei in Fäulnis und Verwesung übergehenden Abfall- und Kehrichtmassen gegenwärtig vollständig den Charakter einer offenen Cloake angenommen hat, welche gerade in dem schönen Theile des Jahres den Aufenthalt in der Nähe unmöglich macht.

Abgesehen von dem schweren Schaden, der den betroffenen Hausbesitzern dadurch erwächst, liegt auch in dem Bestande eines derartigen ausgedehnten, offenen Abzuggrabens eine beständige Gefahr in sanitärer Hinsicht, und dies umsomehr, als vor einer definitiven Regulierung desselben durch eine entsprechende Überwölbung an die so dringend gewordene Canalisierung dieses Bezirkstheiles nicht gedacht werden kann.

Namentlich in gegenwärtiger Zeit, wo eine verheerende Seuche sich mit unheimlicher Geschwindigkeit längs den Grenzen unseres Reiches verbreitet und die unerhörtesten Anstrengungen gemacht werden, um diesem drohenden Gespenst den Eintritt zu verwehren, gibt ein solcher Zustand inmitten der Hauptstadt zu den ernstesten Befürchtungen Anlass, und sollte die maßgebenden Factoren anspornen, alles mögliche aufzubieten, um die von dieser Seite her drohende Gefahr von uns abzuwenden.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle beschließen:

1. Das Stadtbauamt wird beauftragt, über die Einwölbung des Alsbaches in dem offenen Theile im XVII. Bezirke ein Project auszuarbeiten und ehestens vorzulegen.

2. Über die Bedeckung der auflaufenden Kosten hat der Magistrat entsprechende Vorschläge zu erstatten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Hipp:**

In Anbetracht der heutigen sanitären Verhältnisse stelle ich den Antrag:

Es möge im XVI. Bezirke zur schleunigsten Durchführung von Auslaufbrunnen geschritten werden, und zwar: in der Herbststraße, Hyrtlgasse, Hauslabgasse und Gablenzgasse.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Gem.-Rath Dr. Linke (zur Geschäftsordnung): Ich habe noch eine Interpellation eingebracht wegen der Überfüllung der Tramwaywagen. Diese Interpellation ist noch nicht verlesen worden; sie muss gestern eingelangt sein und soll nach der Geschäftsordnung verlesen werden.

Bürgermeister: Gewiss; ich habe aber die Interpellation nicht da; ich werde gleich nachsehen lassen. Vielleicht geduldet sich der Herr Gemeinderath bis zur nächsten Sitzung.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe die Ehre, zu referieren über Nr. 168. Mit dem Erlasse vom 27. Juli 1892 hat die Statthalterei verschiedene Anordnungen

bezüglich der damals bereits vorhandenen Choleragefahr getroffen. Zum Theil wurde vom Magistrate im eigenen Wirkungskreise, zum Theil über Anordnung des Stadtrathes den damals von der Statthalterei erhaltenen Aufträgen Rechnung getragen, nur bezüglich eines Punktes hat der Stadtrath sich veranlasst gesehen, eine Vorstellung an die Statthalterei einzubringen, da in diesem Erlasse die Statthalterei erklärte, sie müsse mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse schon jetzt die unentgeltliche Überlassung, beziehungsweise Beistellung nicht nur der Räume des als Filiale des k. k. Franz Josef-Spitales geltenden Communal-Epidemiespitales an der Triesterstraße, sondern auch insbesondere die unentgeltliche Beistellung des der Gemeinde Wien gehörigen Epidemiespitales in Hernals, sowie einer für Spitalszwecke geeigneten Localität in der Brigittenau für den Moment des Auftretens der Cholera in Wien in Anspruch nehmen. Der Stadtrath gieng damals von der Anschauung aus, dass im gegebenen Zeitpunkte die Voraussetzungen, unter welchen für die Gemeinde Wien eine Verpflichtung eintritt, Nothspitäler zu errichten, noch nicht vorhanden seien.

Die Verpflichtung der Gemeinde Wien, Nothspitäler zu errichten, ist nämlich einerseits nach dem Gesetze vom 30. April 1870, andererseits nach dem Gesetzeskraft erlangt habenden Vertrage, welchen die Gemeinde Wien unter dem 1. December 1891 mit der k. k. nied.-österr. Statthalterei als Verwalterin des Krankenhausfondes geschlossen hat, an zwei Bedingungen geknüpft, nämlich einmal daran, dass von Seite der competenten Behörde ausgesprochen wird, dass eine Epidemie herrsche und zweitens, dass die regulären Spitäler sich als unzureichend erweisen. Nun waren zweifellos in dem damaligen Momente — und der Stadtrath glaubt, dass das heute noch der Fall ist — diese Voraussetzungen noch nicht gegeben, weil einerseits weder der Ausspruch von Seite der competenten Behörde ergangen ist, dass eine Cholera-Epidemie in Wien oder auch nur in Österreich herrsche, noch andererseits dargethan ist, dass der Belegraum der regulären Spitäler zur Unterbringung eventueller Cholerakranker nicht ausreiche. Der Herr Bürgermeister hat sich weiters veranlasst gesehen, an die Statthalterei einen Bericht zu erstatten, in welchem er den Vorschlag machte, dass die Stadt Wien in vier Rayons eingetheilt werde und dass zugewiesen werden sollen dem Rudolfs-Spitale die Kranken des II., III. und XI. Bezirkes, dem Kaiser Franz Josef-Spitale im X. Bezirke die Kranken des I., V., VI., X., XII und XIII. Bezirkes, dann dem Elisabeth-Spitale die Kranken aus dem VII., VIII., XIV. und XV. Bezirke, endlich dem Wilhelminen-Spitale die Kranken des IX., XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirkes. Durch diese Decentralisation sollte herbeigeführt werden, dass eine Verführung der Kranken, welche immerhin misslich ist und eine weitere Verschleppung der Cholera eventuell fürchten ließe, verhütet werde.

Über die Vorstellung des Stadtrathes und über diesen Bericht des Herrn Bürgermeisters ist nunmehr unterm 12. September ein neuer Erlass der Statthalterei herabgelangt, dessen vollständige Verlesung ich glaube mir erlassen zu können, nachdem die Herren aus den heutigen Zeitungen bereits das Wesentliche dieses Erlasses ersehen haben.

Der ganze Erlass ist ziemlich umfangreich und es würde die Verlesung ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich will nur erwähnen, dass in diesem Erlasse wesentlich Folgendes erklärt wird: Zunächst constatiert die Statthalterei, dass dermalen nur ein verfügbarer Belegraum von 487 Betten zur allgemeinen Aufnahme von nicht infectiösen Kranken in den regulären Spitälern vorhanden sei, und meint, dass diese Anzahl der Betten bei der Bewohnerzahl von Wien nicht genügend sei. Die Statthalterei erklärt ferner, dass sie dem Vorschlage des Herrn Bürgermeisters bezüglich der Decentralisation nicht zustimmen könne, weil vor allem die Krankenanstalt Rudolfstiftung als Choleraspital nicht eingerichtet werden könne, nachdem dieselbe zur Aufnahme von untransportablen Kranken diene und auch noch aus anderen, namentlich spitalhygienischen Gründen die Decentralisation, respective die Inangriffnahme der regulären Spitäler zu Cholerazwecken nicht thunlich erscheine. Sie erklärt sich nur bereit, in dem Kaiser Franz Josef-Spitale drei Pavillons mit 220 Betten, im Kaiserin Elisabeth-Spitale einen Isolierraum mit 44 Betten und endlich im Wilhelminen-Spitale einen Infectionspavillon mit 36 Betten mit Cholerakranken belegen zu lassen. Auf diese Art würde ein Raum von 300 Betten erzielt, welcher im Nothfalle eventuell noch einigermaßen erhöht werden könnte. Die Statthalterei theilt ferner mit, dass sie in Aussicht genommen hat, die Errichtung von Cholera-Expectanzen im allgemeinen Krankenhause, im Krankenhause Wieden, im Krankenhause Rudolfstiftung, im Kaiserin Elisabeth-Spitale, im Kronprinzessin Stephanie-Spitale und im Wilhelminen-Spitale, in welchen Expectanzen Kranke zur Beobachtung hingebracht werden sollen, bis es sich entscheidet, ob sie mit Cholera behaftet sind oder nicht; eventuell wenn ersteres sofort erkennbar ist, sollten sie mit demselben Wagen, der sie gebracht hat, weiter verführt werden.

Die hohe Statthalterei erklärt zum Schlusse, dass sie auf Grund dieser Auseinandersetzungen glaubt, das Möglichste gethan zu haben und nun von der Gemeinde verlange, dass diese auch ihrerseits für die Errichtung von Nothspitälern Vorsorge treffe; ja, die Statthalterei erklärt, dass nunmehr der Zeitpunkt eingetreten sei, in welchem nach dem Übereinkommen vom 1. December 1891 die Gemeinde Wien zur Beistellung von Räumlichkeiten für Nothspitäler verpflichtet sei.

Schließlich wird der Gemeinde Wien neuerdings der Auftrag ertheilt, im Sinne des früheren Erlasses vom 27. Juli sofort die erforderlichen Räumlichkeiten der Statthalterei zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtrath hat nun geglaubt, dass es den Rechten der Gemeinde präjudicieren würde, wenn man ohneweiters dieser Statthalterei-Verordnung nachkommen würde. Ich habe mir schon früher erlaubt zu bemerken, dass die Verpflichtung der Gemeinde, Nothspitäler der Statthalterei zum Zwecke der Unterbringung von Kranken zu übergeben, nur in dem Falle eintritt, wenn seitens der competenten Behörde ausgesprochen ist, dass eine Epidemie herrsche und wenn die regulären Spitäler nicht ausreichen, um die Kranken unterzubringen. Beide Voraussetzungen sind nun im gegebenen Momente gewiss nicht vorhanden und infolge dessen erscheint die Verordnung der Statthalterei, welche schon jetzt die Übergabe der Spitäler verlangt, nicht zulässig. Es scheint diese Verordnung der Statthalterei auf dem Gesichtspunkte zu beruhen, dass die Kosten, welche die Einrichtung von Choleraspitälern, beziehungsweise Isolierpavillons für die Cholerakranken erfordern, seitens des Staates, beziehungsweise Krankenhausfonds auf die Gemeinde Wien überwälzt werden sollen, und gegen diese Zumuthung soll die Gemeinde Wien nach Ansicht des Stadtrathes sich verwahren. Es wird jedoch inzwischen alles Mögliche gethan, um für den Fall des Ausbruches der Cholera-Epidemie

auch seitens der Gemeinde vollständig gerüstet zu sein und in dieser Richtung hat der Herr Bürgermeister, von der im Gemeinderathe in einer der letzten Sitzungen ihm ertheilten unumschränkten Vollmacht Gebrauch machend, die Vorkehrung getroffen, dass die Schule in Zwischenbrücken als Choleraspital eingerichtet werde und dass weiters dazu Barackenbauten hergerichtet werden, welche eventuell gleichfalls zur Unterbringung von Cholerakranken dienen können. Es wird auch die Einrichtung von weiteren Reservespitälern in Aussicht und Vorbereitung genommen werden. Um aber in keiner Richtung etwas zu vergeben und den Rechtsstandpunkt der Gemeinde Wien energisch festzuhalten, schlägt Ihnen der Stadtrath vor, gegen den citierten Erlass der Statthalterei vom 12. September 1892 den Recurs zu ergreifen.

Weiters wäre aber an die Statthalterei das Ersuchen zu stellen, für den Fall des Ausbruches der Epidemie in Wien nicht bloß das Kaiser Franz Josef-Krankenhaus, sondern auch das Elisabeth- und Wilhelminen-Spital sofort einzurichten. Nach dem Statthalterei-Erlasse ist, wie ich Ihnen bereits dargelegt habe, nur in Aussicht genommen, einzelne Theile der genannten Spitäler, beziehungsweise die dortigen Isolier-Pavillons für die Unterbringung von Cholerakranken zu verwenden. Der Stadtrath ist aber der Ansicht, dass es zweckdienlich erscheine, die ganzen Spitalräume dieser Spitäler für Cholerazwecke zu reservieren.

Das kann aber nicht im letzten Momente geschehen, weil die Evacuierung dieser Spitäler dann auf Schwierigkeiten stoßen würde, und der Stadtrath glaubt daher, dass schon jetzt darauf Bedacht genommen werden solle, um im Nothfalle die gesammten Räumlichkeiten dieser regulären Spitäler für Cholerakranke zur Verfügung zu haben. In dieser Richtung soll also das Ersuchen an die Statthalterei gestellt werden.

Ich empfehle Ihnen die Genehmigung dieser Anträge.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Bürgermeister: Meine Herren! Der Erlass, welcher Gegenstand der Debatte sein wird, ist vom Herrn Referenten nicht vollständig verlesen worden; er enthält, wie ich glaube, drei Bogen, seine Verlesung ist aber nicht mehr nothwendig, nachdem die Statthalterei diesen Erlass, sowie den ersten Erlass vom 27. Juli d. J. heute in der Wiener Zeitung publiciert hat, und zwar mit dem Bemerken, dass, nachdem diese Angelegenheit die vitalsten Interessen der Bevölkerung Wiens berührt, es ihr von besonderem Werte zu sein scheine, den Inhalt dieser Erlässe kennen zu lernen. Ich acceptiere das vollständig und anerkenne, dass die in diesen Erlässen berührte Frage die vitalsten Interessen der Stadt Wien berührt, und eben deshalb, damit die Bevölkerung vollständig die Art und Weise der Entstehung dieser Erlässe kennt, begrüße ich mit Vergnügen die Publication derselben und halte mich für verpflichtet, hierüber im Gemeinderathe zu sprechen.

Der Erlass vom 27. Juli d. J. enthält nach zwei Richtungen hin entscheidende Forderungen und Anordnungen. Im ganzen berührt er die Spitalspflege für den Fall des Ausbruches der Cholera-Epidemie, und zwar in einer Richtung die Anordnungen der Staatsverwaltung bezüglich der Aufnahme der Cholerakranken in die vorhandenen Spitäler und in anderer Richtung die Frage, wann die Gemeinde die Nothspitäler einzurichten habe. In ersterer Richtung wird in diesem Erlasse Folgendes gesagt: Im Kaiser Franz Josef-Spitale an der Triesterstraße ist für den Fall des Vorkommens von Cholera-Erkrankungen eine eigene Abtheilung errichtet und wird zur Unterbringung solcher Kranker zunächst der Pavillon A der Infections-Abtheilung des genannten Spitals in Aussicht genommen. Da dieser Pavillon aber augenblicklich nicht zur Verfügung steht, weil in demselben gerade jetzt neue Heizungsanlagen in Ausführung begriffen sind, so werden inzwischen bis zu der übrigens in der kürzesten Frist zu gewärtigenden Bereitstellung dieses Pavillons in dem von der Gemeinde in Benützung übernommenen und gegenwärtig noch nicht zurückübergebenen Communal-Epidemiespitale an der Triester-Reichsstraße als Filiale des in unmittelbarer Nähe gelegenen k. k. Franz Josefs-Spitalslocalitäten zur Aufnahme allfälliger Cholerakranker bereitgehalten.

Nun, meine Herren, als ich von meiner Reise zurückkam, war die Erledigung dieses Erlasses durch den Stadtrath und der Beschluss der Vorstellung bereits geschehen, und ich habe einer Conferenz bei der Statthalterei beigewohnt. Ich habe mir dort erlaubt, in der entschiedensten Weise zu betonen, dass das doch nicht eine genügende Vorbereitung für die Bekämpfung der Epidemie sein kann, wenn man im X. Bezirk der Stadt Wien einen einzigen Pavillon für die Aufnahme der Cholerakranken zur Verfügung stellt. (Rufe: Sehr gut!) Ich habe dort hervorgehoben, dass es eigentlich unbegreiflich erscheint, wie man aus dem ausgedehnten Gebiete der Stadt Wien die Cholerakranken nur in den X. Bezirk in das dortige Spital transportieren will und habe aufmerksam gemacht, dass ich der Meinung bin, ein solcher Transport aus der Peripherie bis in den X. Bezirk würde und müsste nach den Erfahrungen die Folge haben, dass viele Kranke nicht mehr krank hingelangen (Rufe: Sehr richtig!), und dass ja die Durchführung der von der Cholera Befallenen durch alle Bezirke Wiens bis zum X. Bezirk eher dazu beitragen würde, die Cholera zu befördern, als dieselbe zu verhindern. (Rufe: Sehr richtig!)

Es ist seitens der Gemeinde Wien gleich im Anfange das größte Entgegenkommen der Staatsverwaltung gegenüber bewiesen worden, indem man sofort das Spital an der Triesterstraße zur Verfügung gestellt hat, wozu auch nach der Anerkennung der Staatsverwaltung eine Pflicht der Gemeinde gar nicht vorgelegen ist, denn das ist ein Reservespital, welches erst dann in Verwendung zu kommen hat, wenn in den zur Aufnahme Cholerakranker bestimmten regulären Spitälern kein Platz ist. Die Statthalterei hat aber, nachdem die Gemeinde in dieser außerordentlichen Weise ihr Entgegenkommen bewiesen hat, sofort in Aussicht genommen, die Cholerakranken in diesem Epidemiespitale unterzubringen und erst, wenn der Pavillon A im Kaiser Franz Josef-Spitale fertig ist, die Cholerakranken dort aufzunehmen. Ich habe vorgeschlagen, dass man auch andere Spitäler schon für den ersten Fall der Epidemie in Aussicht nehmen müsse, denn wir müssen auf den äußersten Fall beim plötzlichen und quantitativ sehr zahlreichen Auftreten der Epidemie alle Maßregeln ergreifen, um gerüstet zu sein. Nun kann denn doch der Pavillon A allein nicht hinreichen. Ich habe daher vorgeschlagen, dass das Spital im X. Bezirk als Choleraspital eingerichtet werde, dass dasselbe geschehen soll mit dem Rudolfs-Spital, mit dem Wilhelminen-Spital in Ottakring und mit dem Elisabethspital. Dadurch ließe sich die Veranstaltung treffen, dass Wien in vier Rayons eingetheilt würde, und dass die in diesen einzelnen Rayons vorkommenden Cholera-

erkrankten in das bestimmte, zunächst gelegene Spital transportiert werden.

Ich war hiebei der Meinung, dass die regulären Spitäler soweit als möglich zur Zeit der Epidemie verwendet werden müssen, denn die Spitäler können doch nicht bloß dazu da sein, die nicht Infectionskranken oder andere als Cholerakranke aufzunehmen und dass auch mit Rücksicht auf den außerordentlich günstigen Gesundheitszustand, der in Wien gegenwärtig herrscht, in den Spitälern noch Platz genug geschaffen werden kann für die übrigen Kranken. Diese meine Meinung hat einen Erfolg gehabt und ich constatiere das mit Vergnügen; denn in dem zweiten Erlasse, der hier auch Gegenstand der Debatte ist, hat die hohe Statthalterei erklärt: „Um dem berechtigten Wunsche Euer Hochwohlgeboren auf Decentralisation der Aufnahme der Cholerakranken entgegenzukommen, ist die Statthalterei bereit, außer den Pavillons A, B und C" — also es sind jetzt schon die Pavillons B und C des Triester Spitales im X. Bezirke dazugekommen mit 220 Betten — auch den Isolier-Pavillon des Kaiserin Elisabeth-Spitales mit 44 Betten und den Infections-Pavillon im Wilhelminen-Spitale mit 36 Betten mit Cholerakranken belegen zu lassen.

Also der Krankenanstaltsfond nimmt Vorkehrungen in Aussicht für die Aufnahme von 300 Cholerakranken. So dankend ich anerkennen muss, dass man meinem Ersuchen in der Richtung entsprochen hat, dass man nicht bloß das Triesterspital für die Aufnahme von Cholerakranken sofort herrichtet und nicht bloß einen Pavillon bestimmt, sondern jetzt drei in diesem Spitale und in den anderen genannten Spitälern auch je einen Pavillon, so kann ich denn doch nicht umhin, meiner Meinung Ausdruck zu geben, dass diese Maßregeln zu gering sind und dass, um wirklich gerüstet zu sein für den Ausbruch der Epidemie, nicht bloß diese Pavillons im Elisabeth-Spitale und im Wilhelminen-Spitale, sondern diese beiden Spitäler vollständig für die Aufnahme von Cholerakranken eingerichtet werden müssen. Das ist auch die Anschauung der großen Sanitätscommission gewesen, und die Beschlüsse sind der hohen Statthalterei mitgetheilt, wie die Herren aber sehen, nicht genehmigt worden.

Man könnte allenfalls insoweit der hohen Statthalterei entgegenkommen, dass das Rudolfs-Spital von der Aufnahme von Cholerakranken ausgeschieden werde.

Wenn, meine Herren, seitens der Staatsverwaltung das Spital an der Triesterstraße ganz und ebenso das Wilhelminen-Spital und Elisabeth-Spital für Cholerazwecke eingerichtet werden, so wird sich Folgendes ergeben:

Es würde dann nach dem Übereinkommen, das getroffen und in welchem der Belegraum enthalten ist, Raum geschaffen sein: im Kaiser Franz Josef-Spital für 590 Betten, im Elisabeth-Spital für 432, im Wilhelminen-Spital für 140 Betten, das wären zusammen 1162, also circa 1200 Betten. Es würden aber dann für die Aufnahme von anderen Kranken noch ganz frei bleiben das allgemeine Krankenhaus mit 2000 Betten, das Krankenhaus Wieden mit 630, dann das Rudolf-Spital mit 860, das sind 3490 Betten, ferner noch das Rochus-Spital in Penzing mit 110 und das Stephanie-Spital ebenfalls mit 110 Betten, das macht im Ganzen 3710 Betten.

Man sollte nun meinen, dass Spitäler mit einem Belegraume von 3710 Betten, also mit nahezu 4000 Betten, vollständig hinreichen, um alle Kranken aufzunehmen, die nicht von der Cholera befallen werden, und dass es sich einrichten ließe, diese Spitäler für diese Kranken zu wahren und bezüglich der anderen Spitäler die Einrichtungen für die Aufnahme der Cholerakranken zu machen.

Diese Anschauung habe ich auch heute noch, diese Anschauung hat auch die Sanitäts-Commission und sie erscheint umso begründeter, als es ja nach der Anschauung der Ärzte sicher ist, dass bei dem Auftreten einer großen Epidemie alle anderen Krankheiten zurücktreten und den Charakter der Epidemie annehmen.

Ich bin daher der Meinung, dass die hohe Staatsverwaltung nicht richtig vorgeht, wenn sie nur in so geringem Maße die Spitäler für die Cholerakranken in Aussicht nimmt, und wenn sie die Gemeinde Wien, wie ich glaube, ohne Nothwendigkeit zu den größten Lasten heranzieht (Beifall) und verpflichten will, Nothspitäler zu errichten, wo man anerkennen muss, dass die regulären Spitäler mit Zuziehung der Reservespitäler sicherlich für einen weit größeren Belegraum ausreichen, als seitens der hohen Staatsverwaltung zugegeben werden will. Ich habe daher den Beschluss der Sanitäts-Commission schriftlich der Statthalterei mitgetheilt, und ich würde die geehrten Herren bitten, dem Antrage zuzustimmen, dass der Gemeinderath neuerlich an die Statthalterei die Bitte stelle, für den Fall des Ausbruches der Cholera-Epidemie in der Weise vorzusorgen, dass das Spital im X. Bezirke, Triesterstraße mit Zuziehung des von der Gemeinde bereits übergebenen Epidemiespitales, dann das Wilhelminen-Spital und das Elisabeth-Spital sofort für die Aufnahme der Cholerakranken hergerichtet werden. Dadurch — ich wiederhole es — wird erstens genügend Raum geschaffen, für den Fall des Ausbruches der Epidemie, und zweitens die Möglichkeit gegeben, dass nicht aus allen Bezirken die Cholerakranken in den X. Bezirk kommen; denn die Bereithaltung von 44 Betten und 36 Betten im Elisabeth-Spital und im Wilhelminen-Spitale ist doch äußerst minimal und kann kaum als eine entsprechende Maßregel anerkannt werden.

Das ist nicht Gegenstand eines Recurses, auch nicht Gegenstand einer Beschwerde, sondern das ist Gegenstand einer Bitte, einer dringenden Bitte, an deren Erfüllung die Bevölkerung sehr interessiert ist, deren Erfüllung aber nicht von uns, sondern von der hohen Staatsverwaltung abhängt, und deren Ablehnung selbstverständlich auch der Staatsverwaltung die Verantwortung überlässt, welche für den Fall eintritt, als diese sanitären Anordnungen beim Ausbruche einer Epidemie sich nicht als genügend erweisen würden. (Beifall.)

Der zweite Punkt, meine Herren, betrifft die Nothspitäler. Die Herren wissen, dass mit dem Krankenanstaltenfond ein Übereinkommen getroffen worden ist, das durch das Gesetz sanctioniert wurde, und dass es in dem Übereinkommen heißt, dass die Gemeinde Wien dann verpflichtet sei, Reservespitäler, event. Nothspitäler zu übergeben, wenn von Seite der competenten Behörde ausgesprochen worden ist, dass eine Epidemie herrscht, und dass die obbezeichneten regulären Spitäler sich als unzureichend erweisen. (So ist es!)

Nun kann doch niemand leugnen, dass heute, Gott sei Dank! bei uns keine Epidemie herrscht (Sehr richtig!), und es kann daher heute auch nicht gesagt werden, dass die Spitäler sich als unzureichend erweisen (Sehr richtig!), mithin kann behauptet werden, dass die Staatsverwaltung, wenn sie heute von uns schon die Übergabe der Nothspitäler verlangt, etwas thut, was über den Wortlaut dieser Bestimmungen, also über ihr Recht hinausgeht.

Meine Herren! Das ist ganz selbstverständlich, dass wir verpflichtet sind, im Interesse der Bevölkerung alles zu thun, um für den Fall der Noth voll-

ständig gerüstet zu sein und unsere Pflichten zu erfüllen. Das wollen wir aber alle, und in dieser Richtung sind die umfassendsten Vorkehrungen getroffen. Wir können also nicht mit der Bereithaltung der Nothspitäler, mit der Ausmittlung der Plätze, mit der Herrichtung warten, bis die Statthalterei sagt: Es sei kein Belegraum in den Spitälern und jetzt brauche sie die Spitäler. Wir müssen das früher einrichten (Rufe: Richtig!), und das thun wir. Die Herren wissen das, die Statthalterei weiß es auch, dass wir die Reservespitäler zur Verfügung stellen, sobald Noth und kein Belegraum mehr in den regulären Spitälern vorhanden ist. Wir sind daran, für den II. Bezirk eine Schule in ein Nothspital umzugestalten; das muss in den nächsten acht Tagen fertiggestellt sein; da würden wir einen Belegraum für 100 Betten haben. Wir haben bereits von der Donauregulierungs-Commission die Gründe pachtweise erworben, welche an die Schule anstoßen, damit dort Baracken errichtet werden; wir werden mit der Errichtung von drei Baracken vorgehen, wodurch wiederum wenigstens für 120 Betten gesorgt sein dürfte — ich glaube wenigstens, dass in den Baracken soviel Platz finden. — Wir haben weiters auch der Statthalterei angezeigt, dass wir in Aussicht nehmen, eventuell den Platz beim Elisabeth-Spital mit einer Baracke zu belegen. Wir haben bereits mit einigen Anrainern beim Wilhelminen-Spital wegen pachtweiser Überlassung der Gründe zur eventuellen Errichtung von Baracken verhandelt. Wir thun also alles, was menschenmöglich ist, um für den Fall der Noth die Nothspitäler übergeben zu können, aber ich glaube, wir sollen diese Nothspitäler nicht eher übergeben, ehe wir dazu die Verpflichtung haben. (Sehr richtig!)

Nun hat aber der Statthalterei-Erlass vom 27. Juli — und das ist eigentlich das Entscheidende — ausdrücklich Folgendes verlangt (liest): „In dieser Beziehung muss die Statthalterei mit Rücksicht auf die berührten außergewöhnlichen Verhältnisse schon jetzt die unentgeltliche Überlassung beziehungsweise Beistellung nicht nur der Räume des Communal-Epidemiespitals an der Triesterstraße, sondern auch die unentgeltliche Beistellung des der Gemeinde Wien gehörigen Epidemiespitals in Hernals, sowie einer für Spitalszwecke geeigneten Localität in der Brigittenau für den Moment des Auftretens der Cholera in Wien in Anspruch nehmen."

Das, meine Herren, geht nach meiner Meinung über dasjenige hinaus, was die Staatsverwaltung von uns zu fordern berechtigt ist. Der Grundgedanke, der die Staatsverwaltung hiebei leitet, ist ja ziemlich leicht zu erkennen: Die Cholerakranken sollen möglichst in Nothspitälern, die die Gemeinde herrichtet, untergebracht werden und in den regulären Spitälern sollen möglichst wenige Cholerakranke sein. Würde man sofort der Anforderung der Staatsverwaltung entsprechen, so würde die Folge die sein, dass alle heute zur Verfügung gestellten Spitäler im Falle der Epidemie mit Cholerakranken belegt werden, und wenn sie nicht hinreichen, die Gemeinde neuerlich Nothspitäler zu bauen hat, während die regulären Spitäler vielleicht zum großen Theile leere Betten haben werden; denn das ist sicher, dass sie im Falle einer Epidemie mit anderen Kranken nicht ganz belegt sein werden.

Es geht aber nicht an, dass der Gemeinde, die ohnehin furchtbar belastet erscheint, auch noch Lasten aufgebürdet werden, die sie nicht treffen (Lebhafter Beifall), und darum, meine Herren, habe ich und hat der Stadtrath mit Recht gegen diese Forderung der hohen Staatsverwaltung eine Vorstellung erhoben und dieser Vorstellung ist in dem zweiten Erlasse nicht stattgegeben, sondern es ist unter Hinweis auf verschiedene Erlässe des Ministeriums des Innern darauf hingewiesen worden, wie unrecht die Gemeinde hat, dass sie nicht gleich diese Nothspitäler übergibt. Allerdings ist aber in dem zweiten Erlasse nicht mehr so scharf wie im ersten von einer sofortigen unentgeltlichen Überlassung die Rede, sondern nur von einer Bereitstellung, was uns aber nicht hindern darf, die Sache denn doch sehr ernst aufzufassen, weil der zweite Erlass mit dem ersten in einem logischen Zusammenhange steht, da der zweite Erlass nur eine Bestätigung des ersten ist und in dem ersten Erlasse diese unentgeltliche Überlassung verlangt wird, und das ist der Beschwerdepunkt, um dessentwillen wir an das Ministerium des Innern im Recurswege gehen müssen, und falls wir auch da nichts ausrichten, nach meiner Meinung die Angelegenheit vor den Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung zu bringen haben. (Zustimmung.) Gerade in solchen Momenten der Gefahr und des raschen Handelns ist es nothwendig, nüchtern zu sein und die Augen nach allen Richtungen offen zu halten, damit man nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel thut, und damit nicht von jenen, die auch mitzuwirken haben, weniger geschieht, als ihnen obliegt, und damit von ihnen nicht alle Last auf andere gewälzt wird. (Beifall und Händeklatschen.) Ich werde in dieser Angelegenheit niemals den Kopf verlieren und die Interessen der Gemeinde wahren. Ich bin mir der Verantwortung voll bewusst, dass wir alles thun müssen, um für den Fall der Cholera mit den nöthigen Choleraspitälern ausgerüstet zu sein. Die Bevölkerung kann daher den Arbeiten der Gemeinde Wien ruhig zusehen. Wir arbeiten mit dem größten Eifer an der Herstellung der Nothspitäler. Wir werden in der Lage sein, für den ersten Anprall wenigstens mit 600 bis 700 Betten ausgerüstet zu sein; was doch auch keine Kleinigkeit ist. Wenn Sie die Cholera in Hamburg verfolgen, so waren, glaube ich, am stärksten Tage nicht mehr als 1500 Kranke. Ich bin daher der Meinung, dass wir immerhin das möglichste in den Vorbereitungen thun.

Das werden wir thun, da wird nichts gescheut, keine Ausgabe gescheut, und wenn wir gegen die Forderung der Staatsverwaltung den Recurs ergreifen, wird uns das nicht hindern, alle Maßregeln auszuführen, Nothspitäler einzurichten, und wir werden, wenn wirklich die Cholera-Epidemie so groß wird, dass die regulären Spitäler nicht ausreichen, diese der Staatsverwaltung übergeben; dann ist es auch unsere Pflicht; aber wir wollen nur, dass uns Recht werde, dass, was für uns gilt — dieser Vertrag — auch für die Staatsverwaltung gilt (So ist es!); wir werden von unserem Rechte nicht weichen, ohne dass wir irgendwie die Pflicht verletzen, Vorsorge zu treffen für den Fall einer Epidemie. (Beifall.)

Wenn die hohe Statthalterei in den Erlässen neuerlich den Auftrag gibt, ja vorzusorgen, so kann ich darauf nur erwidern, dass es der hohen Statthalterei bekannt ist, dass in jeder Richtung vorgesorgt wird. Ich habe der hohen Statthalterei alle die Maßregeln, die wir in Aussicht haben, mitgetheilt, und werde nicht versäumen, neuerlich von dem Fortschreiten derselben der hohen Statthalterei Kenntnis zu geben. In dieser Hinsicht kann also die Staatsverwaltung vollständig auf die Gemeinde bauen, und das Wort, das ich Sr. Majestät dem Kaiser gegeben habe, alles zu thun, was in unseren Kräften steht, um der Cholera-

gefahr entgegenzutreten, wird mit Ihrer Unterstützung sicher in Erfüllung gehen; aber dessenungeachtet, glaube ich, werden wir den Rechtsstandpunkt der Gemeinde zu wahren (Beifall) und uns zu verwahren haben gegen die Anforderungen der Staatsverwaltung, sei es überhaupt oder zu einer unrichtigen Zeit, gegen Anforderungen, welche sie an uns nicht stellen kann.

Ich würde Sie daher bitten, diesen Erwägungen Rechnung zu tragen. Nach meiner Meinung ist das erste, die Bitte an die hohe Statthalterei wegen Einrichtung der genannten drei regulären Spitäler zu Cholerаspitälern zu stellen, das zweite, den Recurs an das Ministerium in der Frage der sofortigen Überlassung der Rothspitäler zu ergreifen. An Ihnen wird es sein, zu erwägen, ob ich bei Anregung dieser Frage und der bisherigen Durchführung recht gehandelt habe, oder ob Sie der Meinung sind, dass ich hier nicht die Interessen der Gemeinde und der Bevölkerung vertreten habe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es hat sich niemand zum Worte gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche den Anträgen des Referenten zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere die einstimmige Annahme der Anträge. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es wurde daher beschlossen:

1. Es sei gegen den Statthalterei-Erlass vom 12. September 1892, Z. 56705, der Recurs zu ergreifen,

2. der Gemeinderath stelle an die k. k. n.-ö. Statthalterei das Ersuchen, für den Fall des Ausbruches der Cholera-Epidemie in Wien nicht bloß das Kaiser Franz Josef-Spital, sondern auch das Elisabeth-Spital und das Wilhelminen-Spital zur Gänze als Cholerаspitäler sofort einzurichten.

Bürgermeister: Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Noske. (Herr Gem.-Rath Noske tritt an den Referententisch.) Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. (Nach erfolgter Auszählung:) Ich constatiere die Anwesenheit von 103 Mitgliedern und bitte, mit dem Referate zu beginnen.

24. Referent Gem.-Rath Noske referiert ad Zahl 102 der Beilagen. Die Gemeinde Wien besitzt in der Catastral-Gemeinde Dornbach das einstöckige Haus Nr. 52, Or.-Nr. 135 Hauptstraße und Nr. 2 Gemeindegasse. In diesem Hause befindet sich das Geschäft des Gemischtwarenhändlers Anton Konrath, welcher mit der Gemeinde wegen käuflicher Überlassung dieses Hauses in Verhandlung getreten ist. Es ist in dieser Richtung zu bemerken, dass, wie aus dem Plane ersichtlich ist, zu diesem Hause noch eine Grundparcelle gehört, welche eine Enclave zu einer benachbarten Parcelle bildet. Zunächst war nun die Frage zu erwägen gewesen, ob die Gemeinde nicht selbst dieses Haus benöthigt. Nachdem aber in nächster Nähe eine Schule sich befindet, welche in vollkommen gutem Zustande, fast neu ist, so ist daher die Nothwendigkeit, in dieser Gegend eine Schule zu errichten, nicht vorhanden.

Weiters hat das Bauamt berichtet, dass dieses Gebäude, um fernerhin bewohnbar zu bleiben, Reparaturen im Betrage von 8- bis 900 fl. erfordern würde, und es muss daher der Verkauf desselben für die Gemeinde als zweckmäßig erachtet werden. Was den Preis anbelangt, so ist derselbe nach einigem Hin und Wider für 570 m² mit 18.000 fl. vereinbart worden und ist weiters in Aussicht genommen, dass jener Theil der Parcelle, auf welchem das Haus steht, von demjenigen, der eine Enclave der Nachbarparcelle bildet, abgetrennt und für sie eine neue Grundbuchs-Einlage gebildet werde, während die Enclave mit der Nachbarparcelle verschmolzen und ebenfalls zu einer Grundbuchs-Einlage vereinigt werden soll.

Selbstverständlich ist der Verkauf nicht verhandelt worden, ohne dass eine Schätzung vorgenommen worden wäre, und wurde von den beeideten Schätzmeistern Franz Brantner und Karl Lütge am 27. Mai d. J. das Trennstück, um dessen Verkauf es sich handelt und auf welchem sich das einstöckige Gemeindehaus mit 570 m² Grundfläche befindet, auf 17.500 fl. bewertet, so dass das erhöhte Anbot — der Gesuchsteller hatte nämlich früher ein niedrigeres Offert gestellt — um 500 fl. besser ist, als diese Schätzung. Das Bauamt hat zwar ursprünglich beantragt, 19.000 fl. zu begehren, es wird aber darauf hingewiesen, dass bei Vornahme der Schätzung auch der Vertreter des Stadtbauamtes mit Rücksicht auf die Adaptierungen, welche den Wert dieses Hauses, wenn es die Gemeinde behält, herabdrücken, beziehungsweise der Gemeinde Auslagen verursachen würden, sich für den Preis von 18.000 fl. erklärt. Es war ursprünglich beabsichtigt, dass für den Fall der Genehmigung des Verkaufes die Übergabe des Hauses und die Auszahlung des Kaufschillings am 1. August 1892 erfolgen solle. Diese Absicht auszuführen war nicht möglich, weil die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl Mitglieder des geehrten Gemeinderathes nicht vorhanden war und somit das Referat nicht erstattet werden konnte. Es wird aber dabei bleiben, dass die Verrechnung vom 1. August 1892 ab nachträglich zu pflegen wäre. Aus dem Gesagten ergeben sich folgende Anträge, welche ich der Genehmigung des geehrten Gemeinderathes empfehlen würde. (liest):

1. Das in der Einlage Nr. 341 des Grundbuches der Catastral-Gemeinde Dornbach auf der Catastral-Parcelle 214 bestehende einstöckige Haus C.-Nr. 52, Or.-Nr. 135, Hauptstraße und 2 Gemeindegasse sammt dem übrigen Theile dieser Parcelle bis zur Grenzlinie des vorliegenden Planes, zusammen im Ausmaße von 570 m² werde um den Kaufschilling von 18.000 fl., d. i. achtzehntausend Gulden ö. W. an die Eheleute Anton und Rosalia Konrath überlassen, wobei der Käufer die Übertragungsgebüren und Stempel zu bezahlen hat.

2. Dieses Trennstück ist aus der bezeichneten Einlage auszuscheiden, hiefür eine neue Grundbuchs-Einlage zu eröffnen und auf derselben die Servitut wegen Duldung des dieses Grundstück durchziehenden Alsbachcanales, sowie wegen Gestattung der Vornahme von Reparaturen durch die von der Gemeinde bestellten Organe, ohne dass ein Entgelt seitens der Gemeinde hiefür zu entrichten wäre, zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben.

3. Die Übergabe des Hauses und die Auszahlung des Kaufschillings hat am 1. August 1892 zu erfolgen, daher die am 1. August 1892 fälligen Mietzinse bereits

den Eheleuten Konrath zufallen, ihnen aber auch von dieser Zeit an die Tragung aller Lasten obliegt.

Ich bitte um die Genehmigung dieser Anträge.

Gem.-Rath Bärtl: Ich erkläre mich vollkommen einverstanden. Ich kenne dieses Gebäude sehr gut, möchte aber doch nicht, dass dieser Verkaufsvertrag rückdatiert werde, dass es also nicht vom nicht vom 1. August heißen soll, sondern ich stelle den Antrag, dass es heißen soll: 1. October.

Gem.-Rath Wessely: Ich kann dem Herrn Referenten gar nicht zustimmen, weil ich nicht einmal etwas verstanden habe von dem ganzen Referate. (Referent: Ich habe geschrien, soviel ich konnte!) Das ist mir aufgefallen, dass mein College eine Rechnung gemacht hat, und danach käme der Meter auf 31 fl., und zwar in Dornbach! Das kommt mir etwas zu hoch vor! (Rufe: Er kauft es ja aber!) Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich den Herrn Referenten nicht verstanden habe. Ich möchte daher den Herrn Referenten bitten, es noch einmal vorzubringen, wenigstens in kurzen Worten, dass man es versteht. (Rufe: Nur die Anträge!)

Referent: Ich habe die Anträge so laut als möglich vorgelesen, wenn die Herren nicht zuhören, kann ich nichts dafür. Also:

1. Dass dieses Haus in der Gemeindegasse 2 im Ausmaße von 570 m² um den Kaufschilling von 18.000 fl. an die Eheleute Anton und Rosalia Konrath überlassen werde, wobei der Käufer die Übertragungsgebüren und Stempel zu bezahlen habe.

2. Da dieses Haus ein Trennstück bildet, sei dieses auszuscheiden und dafür eine besondere Grundbuchs-Einlage zu machen und auf dieses die Servitut der Duldung des Alsbachcanales, welcher durch die Realität durchgeht, und des Rechtes der Reparaturvornahme vorzumerken. Für den übrigen Theil ist selbstverständlich eine eigene Einlage zu machen. Die Übergabe des Hauses hat am 1. August 1892 zu erfolgen.

Gem.-Rath Eigner: Ich erlaube mir nur einige Worte. Das Haus ist wohl in Dornbach auf einem sehr guten Platze; das ist wahr. Es ist ein Hauptplatz beinahe dort; aber ich muss bedauern, dass sich nicht einige andere gemeldet haben, da der Gegenstand schon monatelang auf der Tagesordnung steht und die Dornbacher alle genau wissen, dass das Haus zu verkaufen ist. Aber bisher hat sich niemand gemeldet, um uns mehr zu bieten. Ich habe mich genau erkundigt und Sachverständige gefragt, weil es mir vorkommt, als ob das Haus zu billig wäre. Aber die Herren sagen, sie können nicht mehr geben. Warum bieten die Herren nicht mehr? Der Meter kostet 31 fl., sagt der Herr, so kommt die Klafter auf 111 oder 112 fl., und zwar sammt dem Gebäude, welches darauf steht. Ich will noch erwähnen, dass das Haus ohnedies ein Geschäftshaus ist; für die Zukunft wird es vielleicht besser werden, aber für eine Sommerpartei ist das Haus, nach meinem Gutachten, nicht so gut geeignet, weil kein Garten beim Hause ist. (Unruhe. Rufe: Wir verkaufen es!) Ich meine ja, dass, wenn wir heute das Offert nicht annehmen würden, sich dann vielleicht auch niemand finden wird.

Gem.-Rath Bärtl: Meine Herren! Es war noch nicht da, dass zurückdatiert wurde, wenn etwas verkauft worden ist. Ich möchte Sie daher bitten, einem anderen Antrage zuzustimmen. Durch den Referenten wurde mir jetzt die Erklärung zutheil, dass der Verkäufer geradezu die Bitte gestellt hat, man solle den Kaufvertrag auf den 1. November d. J. stellen . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Also ein Antrag auf 1. November.

Gem.-Rath Bärtl (fortfahrend): Ich komme diesem Antrage entgegen, ziehe den früheren Antrag zurück und stelle den Antrag: Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, der Kaufvertrag und die Übergabe sei mit 1. November, wie es der Käufer selbst will, zu datieren.

Referent: Es ist keine Einwendung erhoben worden, ich habe daher nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es handelt sich um den Verkauf des Hauses Nr. 341 an die Eheleute Anton und Rosa Konrath. Gegen Punkt 1 und 2 der Referenten-Anträge ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich bitte jene Herren, welche diesen Punkten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bei Punkt 3 beantragt Herr Gem.-Rath Bärtl, dass anstatt des Termines der Übergabe „August" gesetzt werde „November".

Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, die zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bringe ich Punkt 3 zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, die zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommmen.

Es wurde daher beschlossen:

1. Das in der Einlage Nr. 341 des Grundbuches der Catastral-Gemeinde Dornbach auf der Catastral-Parcelle 214 bestehende einstöckige Haus C.-Nr. 52, Or.-Nr. 135 Hauptstraße und 2 Gemeindegasse sammt dem übrigen Theile dieser Parcelle bis zur Grenzlinie des vorliegenden Planes, zusammen im Ausmaße von 570 m² werde um den Kaufschilling von 18.000 fl., d. i. achtzehntausend Gulden ö. W. an die Eheleute Anton und Rosalia Konrath überlassen, wobei die Käufer die Übertragungsgebüren und Stempel zu bezahlen haben.

2. Dieses Trennstück ist aus der bezeichneten Einlage auszuscheiden, hiefür eine neue Grundbuchs-Einlage zu eröffnen und auf derselben die Servitut wegen Duldung des dieses Grundstück durchziehenden Alsbachcanales, sowie wegen Gestattung der Vornahme von Reparaturen durch die von der Gemeinde bestellten Organe, ohne dass ein Entgelt seitens der Gemeinde hiefür zu entrichten wäre, zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben.

3. Die Übergabe des Hauses und die Auszahlung des Kaufschillings hat am 1. November 1892 zu erfolgen, daher die am 1. November 1892 fälligen Mietzinse bereits den Eheleuten Konrath zufallen, denselben aber auch von dieser Zeit an die Tragung aller Lasten obliegt.

25. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Zahl 152. Herr Karl Fröschl ersucht um käufliche Überlassung eines Theiles der

Baustelle I der Cat.-Parc. 1116, Jacquingasse, III. Bezirk. Herr Karl Fröschl hat eine Offerte gemacht auf einen Theil der erwähnten Cat.-Parc. 1116, und zwar im Ausmaße von 545 m² zur Erbauung eines Familienhauses in Verbindung mit einem Maler-Atelier. Das Stadtbauamt äußerte sich über diese Offerte und sagt, dass der Wert der Grundstücke dort ungefähr 40 fl. per Quadratmeter betrage. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, der Herr Referent kann sich nicht verständlich machen.

Referent (fortfahrend): Es ist von der Baustelle XIII, welche auf den Gründen des ehemaligen Pferdemarktes liegt, ein Theil mit 40 fl., die Baustelle XI mit 29 fl., die Baustelle V mit 45 fl. per Quadratmeter verkauft worden. Es wird nun von Seite des Bauamtes darauf hingewiesen, dass diese ganze Baustelle, von welcher jetzt ein Theil verkauft werden soll, für einen Schulbau reserviert worden sei aus Anlass der Parcellierung der ganzen ehemaligen Pferdemarktgründe. Nun wird aber darauf hingewiesen, dass sich dort in den nächsten Jahren ein Bedarf nach einer Schule nicht ergeben werde, weil die Jacquingasse am äußersten Ende der verbauten Gründe liegt. Auf der anderen Front der Baustelle liegt der botanische Garten, daran reiht sich das Belvedere, der Salesianergarten und der Schwarzenberggarten, ein riesiger Complex von Gärten, während die Verbauung erst auf der einen Seite in der Jacquingasse beginnt. Wenn nun für das Terrain links von der Jacquingasse bis zur Bahn ein Bauplatz reserviert würde, so wäre es zweckmäßig, denselben inmitten des künftig verbauten Terrains zu wählen, also etwa links von der Fasangasse in der Nähe des Eisenbahnviaductes. In diesem Sinne äußert sich auch der Ortsschulrath des III. Bezirkes und der Bezirksschulinspector, welche sagen, dass sie mit der Auflassung der Widmung dieses Platzes für einen Schulbauplatz einverstanden seien, wenn dort in jener eben bezeichneten Gegend ein anderer entsprechend großer Bauplatz reserviert würde, wobei auch auf Spielplätze und einen Turnplatz Rücksicht zu nehmen wäre.

Aus den angegebenen Gründen äußert sich auch der Magistratsreferent für den Verkauf und weist dabei auch darauf hin, dass, selbst wenn ein anderer Platz nicht gewählt werden sollte, als der hier in Betracht kommende, auch nach dem Verkaufe des Theiles von ungefähr 550 m² noch immer ein ausreichend großer Platz für eine Schule vorhanden wäre.

Der Stadtrath hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und schlägt Ihnen nun vor, die Widmung dieses Platzes für einen Schulbauplatz aus den angegebenen Gründen aufzulassen und der Offerte des Herrn Karl Fröschl zu entsprechen und ihm einen Theil der Parcelle 1116 im Ausmaße von ungefähr 545 m² zum Einheitspreise von 48 fl. per Quadratmeter zu verkaufen, was ungefähr einem Preise von 172 fl. per Quadratklafter entspricht.

Ich füge noch bei, dass dieser Antrag im Magistratsgremium in der Minorität geblieben ist, und zwar deswegen, weil, wie von dem Gegen-Antragsteller hervorgehoben worden ist, dieser Platz als Schulbauplatz reserviert ist. Der Stadtrath hat sich aus den angegebenen Gründen bestimmt gefunden, dem löblichen Gemeinderathe folgende Anträge zu stellen (liest):

1. Das Anerbieten des Karl Fröschl, wonach derselbe bereit ist, einen Theil der Baustelle I, Cat.-Parc. 1116 in der Jacquingasse im III. Bezirke im Ausmaße von beiläufig 545 m² um den Einheitspreis von 48 fl. per Quadratmeter käuflich zu erwerben, die Vertragskosten und Übertragungs-Gebüren zu bezahlen und mit seinem Offerte bis 17. September l. J. im Worte zu bleiben, sei zu genehmigen.

2. In Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. Mai 1886, Z. 2465, habe die Widmung der vorgenannten Parcelle 1116 für einen Schulbau zu entfallen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Der Verkauf, um den es sich hier handelt, betrifft einen Grund, der ziemlich wertvoll ist; es scheint das nämlich jener Grund zu sein, welcher eigentlich selbständig nicht verbaut werden kann. Nicht wahr? (Referent: O ja!) Doch? Nun, das ist alleseins. Die dortigen Gründe repräsentieren einen bedeutenden Wert, denn die Straße wird einmal eine der schönsten sein, die in Wien überhaupt existieren; sie wird auch zu den gesündesten Straßen gehören, weil vis-à-vis sich lauter Gärten befinden, nämlich der botanische Garten, das Belvedere u. s. w. Mit einem Worte, man darf da nicht so vorgehen, dass man, mir nichts, dir nichts, einen Grund verkauft. Mir wäre es viel angenehmer, wenn bezüglich der Gründe, wenn wir sie überhaupt verkaufen wollen, endlich einmal eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung ausgeschrieben würde, damit man weiß, ob und zu welchem Preise überhaupt diese Gründe weggehen. Das Gefühl habe ich, dass es zweckmäßig und praktisch wäre.

Nun komme ich aber zu dem Punkte, welcher die Auflassung des Gemeinderaths-Beschlusses bezüglich der Reservierung eines Platzes für einen Schulbau betrifft, und in der Beziehung richte ich an den Herrn Referenten die bestimmte Frage: Ist bereits ein anderer Platz für einen solchen Schulbau ins Auge gefasst oder nicht, existieren dort Plätze, die um einen ähnlich billigen Preis von uns erworben werden können. wie wir die Plätze weggeben? Ich mache Sie ferner aufmerksam, dass sich dort gegen die Hohlweggasse zu eine außerordentliche Bauthätigkeit entwickelt; die Herren aus dem III. Bezirke, welche dort bekannt sind, werden das bestätigen, dass die Nothwendigkeit eines neuen Schulbaues nicht in allzu ferner Zeit eintreten wird, und ich würde es für sehr — wie soll ich sagen? — beinahe leichtsinnig halten, wenn wir einen Platz, der für einen Schulbau ausgezeichnet geeignet ist, weil er eine sehr gesunde Lage hat, jetzt verkaufen und dann, wenn wir einen Schulplatz brauchen, dastehen und denselben zu horrend theueren Preisen bezahlen müssen. Ich bitte den Herrn Referenten, darauf eine bestimmte Antwort zu geben.

Referent: Zunächst muss ich bemerken, dass ein anderer Platz noch nicht gekauft ist, sondern dass die Bezirksvertretung des III. Bezirkes den Antrag gestellt hat, es möge links von der Fasangasse zwischen der Kölblgasse und dem Eisenbahnviaduct, dort wo jetzt eine sehr rasche Verbauung stattfindet, der Ankauf eines entsprechenden Platzes, und zwar für eine Doppel-Volks- und Bürgerschule im Vereine mit dem Turn- und Spielplatze erfolgen. Wo der Antrag sich jetzt befindet, weiß ich nicht; ich habe nur gehört, dass er überreicht worden ist. Ich kann nur wiederholen, dass sich der Ortsschulrath sowie der Bezirks-Schulinspector mit der Auflassung des Platzes einverstanden erklärt haben gegen dem, dass auf jener Seite ein entsprechender anderer Bauplatz erworben werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist begreiflich, dass der Ortsschulrath und der Bezirks-Schulinspector, vielleicht auch die Bezirksvertretung sich mit der Auflassung einverstanden erklären, unter der Bedingung, dass ein anderer Platz vorhanden ist.

Das ist erklärlich und damit bin ich auch einverstanden; aber — ich finde keinen anderen Ausdruck — es ist etwas leichtfertig, jetzt den Platz, mir nichts, dir nichts, zu verkaufen und in der nächsten Zeit einen Schulplatz für einen theueren Preis zu kaufen. Das ist keine gute Speculation. Übrigens bin ich überzeugt, dass sich ein Platz, welcher sich besser zu einem Schulbau eignet, nicht finden lässt; aber abgesehen davon, wenn man weiß, dass in kürzester Zeit der Schulbau eine Nothwendigkeit sein wird, muss man, bevor man einen solchen Platz verkauft, wissen, wo man einen anderen Platz bekommt, auf dem die Schule erbaut werden soll und deshalb kann ich für die Veräußerung nicht stimmen, so gern ich es auch sähe, dass die Gegend ausgebaut wird, aber die Gemeinde muss zuerst auf sich selbst Rücksicht nehmen.

Ich würde glauben, die erste Aufgabe des Stadtrathes ist, einen geeigneten Platz ausfindig zu machen, und wenn ihm das gelungen ist, möge er neuerdings mit dem Referate an den Gemeinderath herantreten.

Ich stelle daher den Antrag, der Stadtrath werde aufgefordert, einen geeigneten Platz für einen Schulbau ausfindig zu machen, hierüber Bericht zu erstatten und unter einem das Referat über den Verkauf des Grundes zu erstatten.

Gem.-Rath Matthies: Ich glaube doch, der Herr Vorredner ist etwas im Irrthume. Der Bauplatz ist ganz abseits von dem bewohnten Theile des Bezirkes, und wenn in einem Jahre eine Schule nothwendig ist, muss sie auf der anderen Seite der Fasangasse gebaut werden, denn auf der einen Seite ist der Schwarzenberggarten und dort sind keine Schulkinder. Die andere Seite der Fasangasse wird aber verbaut und dort ist der Grund um die Hälfte billiger. (Gem.-Rath Dr. Lueger: So bitte ich, dort einen Platz zu kaufen!) In der Jacquingasse sind die schönsten Plätze, während auf der anderen Seite gegen die Aspangbahn zu in der Hohlweg- und Kölblgasse die Plätze um die Hälfte billiger zu kaufen sind. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Dann soll man sie jetzt kaufen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, keine Dialoge zu führen, sondern sich zum Worte zu melden.

Gem.-Rath Matthies (fortfahrend): Wir brauchen es ja nicht. Wir haben noch keinen Platz für die Schule gekauft. Wir müssen aber doch diesen theueren Platz eher verkaufen, der unzweckmäßig für einen Schulbau ist. Das wird der Herr Collega zugeben. Ich bitte, den Referenten-Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Hörmann: Ich kann mich mit diesem Preise nicht einverstanden erklären. Diese Straße ist eine der schönsten in unserem Bezirke. Es sind auch die schönsten Häuser dort, und wie ich weiß, repräsentiert der Quadratmeter dort einen Wert von 60 fl., nicht von 48 fl. (Hört! Hört! links.) Seien Sie nicht voreilig mit dem Verkaufe eines solchen Platzes, denn einen solchen Platz findet man in ganz Wien nicht mehr. Es werden sich dort nur die höchsten Aristokraten ansiedeln, Männer, die Geld haben, können dort einen Platz brauchen, weil dort nie verbaut werden kann. Es ist die Aussicht in das Belvedere, in den Schwarzenberggarten. Was die Schule betrifft, so hat der Herr Vorredner ganz recht. Es werden auf der linken Seite circa 80 Häuser gebaut, wovon schon 40 stehen. Es wird kaum ein Jahr dauern, so wird von der Bevölkerung an uns herangetreten werden, dass eine Schule gebaut werde, weil unsere Schulen schon überfüllt sind. Auf der linken Seite werden lauter Häuser mit Zimmer und Küche sein. Es wird eine Masse Volk hineinkommen mit einem Schüppel Kinder. Die haben keine Schule. Die Schule auf dem Rennwege ist ganz überfüllt. Es ist also dringend nothwendig, dass ein Platz ausgewählt wird. Ich bin auch nicht einverstanden mit diesem Preise und beantrage, dass das Referat abgesetzt und dass eine allgemeine Offerte ausgeschrieben werde, damit man weiß, wie weit es geht. Es werden sich Bewerber finden, die gewiss mehr als 48 fl. geben, weil der Grund bei der Boerhavegasse vis-à-vis vom Rudolf-Spital mit 35 oder 40 fl. verkauft worden ist. Das ist ein anderer Platz als in der Jacquingasse.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort. (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen.

Referent (Schlusswort): Ich habe schon wiederholt erklärt, dass der Ortsschulrath, der Bezirksschul-Inspector und der Bezirksschulrath sich mit der Auflassung der Widmung einverstanden erklärten, wenn ein entsprechender Ersatz geschaffen wird. (Rufe links: Wir sind auch einverstanden!)

Ich bitte, die Bezirksvertretung ist auch einverstanden und schlägt vor, es solle auf der anderen Seite der Fasangasse — ich habe mich mit dem Herrn Bezirksvorsteher persönlich über diese Angelegenheit besprochen — ein Bauplatz erworben werden. Das ist auch ganz natürlich. Wenn sich die Herren den Plan vorstellen, so sehen Sie die Fasangasse an der äußersten Peripherie des verbaubaren Terrains. Es kommt, wie ich schon gesagt habe, vis-à-vis von dem Bauplatz dieser große Gartencomplex bis zur Heugasse an der linken Seite; dass es nicht zweckmäßig ist, den Schulbau an der äußersten Peripherie einer zu verbauenden Gegend zu wählen, sondern inmitten eines solchen Terrains, ist doch selbstverständlich. Das Bauamt äußert sich über diese Frage in folgender Weise: „Es muss das Bestreben der Gemeindeverwaltung sein, jede sich darbietende Gelegenheit, Bauparcellen der Pferdemarktrealität unter günstigen Bedingungen verkaufen zu können, zu benützen, um eine schnellere Verbauung dieser Bauplätze, deren Verkauf ohnedies insbesondere wegen der in dieser Gegend schwierigen Fundierung nur sehr langsam vor sich geht, herbeizuführen, und hiedurch den Wert derselben zu heben."

Der Magistrat weist in seinem Referate darauf hin, dass in der Jacquingasse einzelne Parcellen mit 29 fl., 35 fl. und 40 fl. verkauft wurden. In diesem Falle schlägt das Bauamt 40 fl. vor. Der Stadtrath ist mit dem Maler Fröschl in Verhandlung getreten und hat von ihm mindestens ein Offert von 48 fl. verlangt, widrigens er sich nicht bestimmt finden würde, beim Gemeinderathe den Antrag zu stellen, auf das Offert einzugehen. Also, meine Herren, die Auflassung der Widmung kann ohneweiters erfolgen, aus dem Grunde, weil unter allen Umständen nicht auf der Pferdemarktrealität, sondern weiter drüben gegen den Viaduct ein Schulbau wird stattfinden müssen. Hinsichtlich des Preises, glaube ich, muss maßgebend sein, was uns das technische Organ, das Stadtbauamt, sagt. (Gelächter links.) Wenn Sie das besser wissen, kann ich nichts dafür. Der Stadtrath schlägt 48 fl. vor, also um 8 fl. per Quadratmeter mehr. Von Herrn Collegen Hörmann wurde gesagt, die Jacquingasse sei eine der schönsten Straßen. Ja, meine Herren, sie ist sehr schön, aber ich bitte zu berücksichtigen, erstens, dass das Quadratmeter 48 fl. kostet, und zwar in einer Gegend, die ziemlich weit von der Stadt entfernt ist, und zweitens, dass vis-à-vis von diesem Hause eine jedenfalls vier bis fünf Meter hohe Mauer ist, man also gar keine Aussicht hat. Die angenehme Aussicht fangt im letzten Falle erst im ersten

Stock an. Das Parterre ist daher ziemlich wertlos und das muss bei der Schätzung jedenfalls in Rücksicht genommen werden. Unter solchen Umständen bitte ich um die Genehmigung der Anträge des Stadtrathes.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich glaube, ich kann Punkt 2 unbedingt zur Abstimmung bringen, der von der Auflassung der Widmung für einen Schulplatz handelt. Ich glaube, damit sind die Herren einverstanden. (Zustimmung.)

Ich bringe also zur Abstimmung: Punkt 2 des Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. Mai 1886, Z. 2465, bezüglich der Widmung der Parcelle Nr. 1116 für einen Schulbau wird aufgehoben. Die Herren, die diesem Antrage zustimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt zur Abstimmung der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, welcher lautet: Der Stadtrath werde beauftragt, einen geeigneten Bauplatz für einen Schulbau in der Gegend links von der Fasangasse ausfindig zu machen und darüber zu berichten, bis dahin habe die Berathung über dieses Anbot des Herrn Fröschl zu entfallen.

Ein zweiter Antrag, dass dieser Grund im Wege einer öffentlichen Feilbietung zu veräußern sei, kommt dann zur Abstimmung, wenn der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger abgelehnt wird. Ich bringe also den eben verlesenen Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger zur Abstimmung und bitte die Herren, welche demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag Dr. Lueger ist mit 50 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Nun kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Hörmann zur Abstimmung, es sei dieser Grund im Wege einer allgemeinen öffentlichen Feilbietung zu veräußern. Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben (Geschieht), es sind 40 Herren dafür. Ich bitte nun um die Gegenprobe. (Geschieht.) Ich bitte den Herrn Schriftführer, zu zählen. (Während der Zählung herrscht große Unruhe links. Rufe links: Die Zählung ist nicht richtig!) Ich bitte, nur keine Aufregung; es sind Zweifel über die Abstimmung erhoben worden, und ich bitte also jene Herren, die gegen den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Hörmann sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht; nach erfolgter Zählung:) Der Antrag ist mit 52 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Es kommt nun der Antrag I des Herrn Referenten zur Abstimmung: Verkauf dieser Baustelle im Ausmaße von circa 545 m² um 48 fl. Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, zu zählen. (Nach einer Pause.) 56 Mitglieder sind dafür, der Antrag ist abgelehnt mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Statutes. (Beifall links.)

Es wurde daher beschlossen:

In Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. Mai 1886, Z. 2465, habe die Widmung der Parcelle 1116 in der Jacquingasse im III. Bezirke für einen Schulbau zu entfallen.

26. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe die Ehre, zu referieren in Betreff käuflicher Überlassung eines Theiles der Bürgerspitalfonds-Parcelle Nr. 629 im V. Bezirke an die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe. Es ist eine so wichtige Sache, es wird sich dasselbe ereignen wie früher, dass das Referat wiederholt werden muss.

Referent (fortfahrend): Beilage 116. Die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen ist genöthigt, ihren vor der ehemaligen Schönbrunnerlinie befindlichen Bahnhof aus dem Grunde zu verlegen, weil über das Terrain des jetzigen Bahnhofes die künftige Stadtbahn geht, ohne dass die Trace der Stadtbahn in der dortigen Gegend genau festgestellt werde, da diesbezüglich drei Varianten bestehen. Sie ist zu einer Bahnhofsanlage aus dem Grunde genöthigt, weil die jetzige Bahnhofsanlage ihrem Verkehre nicht mehr genügt, räumlich unzureichend ist, weil eine Menge Übelstände vorgekommen sind, die im Frühjahre des heurigen Jahres zu einem bedeutenden Unfall Anlass gegeben haben.

Sie sucht daher bei der Gemeinde Wien an um käufliche Überlassung der Bürgerspitalfonds-Parcelle Nr. 629. Dieselbe befindet sich an der Marx-Meidlingerstraße, Wolfganggasse und Neuwallgasse im Ausmaße von 2700□°. Diese Bürgerspitalfonds-Parcelle ist gegenwärtig an verschiedene Pächter um verschiedene Beträge verpachtet. Das Pachtverhältnis besteht noch; die Gesellschaft müsste sich mit den Pächtern wegen Auflösung der Pachtverträge und wegen Entschädigung derselben ins Einvernehmen setzen. Mit Rücksicht darauf, dass ein Theil der Parcelle wahrscheinlich von der Stadtbahntrace selbst in Anspruch genommen werde, ist es heute nicht möglich, genau festzustellen, welcher Theil der Parcelle seinerzeit an die Actiengesellschaft überlassen wird.

Es wäre daher nothwendig, vorläufig bis zur Erbauung der Stadtbahn ein Provisorium zu beschaffen, das darin bestehen soll, dass an diese Gesellschaft das Grundstück pachtweise gegen einen zu fixierenden Pachtzins überlassen wird. Die Gesellschaft hat sich vorbehalten, für den Fall der definitiven Ausführung der Bahnanlage den Theil der Parcelle, welcher gebildet wird hier (auf den Plan zeigend) durch die Buchstaben a b c d auszutauschen gegen den Theil der Parcelle, welcher gelb lasiert ist, wenn sich die Sache nach der Stadtbahnanlage zweckmäßig herausstellen sollte. Es hat eine Schätzung durch beeidete Schätzmeister von Wien stattgefunden, dieselben haben den Grund per Quadratmeter auf 12 fl. geschätzt.

Die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen offerierte ursprünglich einen Betrag von 10 fl., später einen Betrag von 12 fl. Der Stadtrath glaubte jedoch, auch noch über die Schätzung der städtischen Schätzmeister hinausgehen zu sollen, und begehrte den Betrag von 15 fl., wobei man allerdings nicht weiß, ob die Gesellschaft damit einverstanden sein wird. Die Angelegenheit hat insoferne eine gewisse Dringlichkeit, als in der nächsten Zeit bereits die Tracenrevision stattfinden und die Bahnhofanlage in Angriff genommen werden soll, weshalb eine Beschlussfassung nothwendig ist. Ich erlaube mir deshalb, folgende Anträge zu stellen:

1. Das Offert der Wiener Localbahn-Actiengesellschaft auf Ankauf von circa 2700 □° = 9720 m² Grund der Bürgerspitalfonds-Parcelle 629 im V. Bezirke wird genehmigt, wenn die Gesellschaft für diesen Grund den Preis von 15 fl. per Quadratklafter bezahlt. — Das genaue Ausmaß ist im gegenseitigen Einvernehmen durch gemeinschaftliche Vermessung festzustellen.

2. Der Verkauf bezieht sich nur auf die braun und roth lasierte Grundfläche und wird die erstere nur

gegen dem verkauft, dass deren Eintragung in das Verzeichnis für öffentliches Gut als Straßengrund seitens der Gesellschaft ohne jeden Anspruch auf Entgelt seitens der Commune, respective des Bürgerspitalfondes veranlasst wird.

3. Das Offert der Gesellschaft, die Pächter der zu verkaufenden Parcellentheile für die sofortige Grundabtretung schadlos zu halten, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

4. Mit dem Abschlusse des Kaufvertrages ist bis zur Feststellung der Stadtbahntrace zuzuwarten und erlegt die Gesellschaft bis dahin als Pachtzins 75 kr., das sind 15 Percent des bedungenen Kaufpreises von 15 fl. per Quadratklafter und Jahr, wogegen ihr der Grund sofort als Pachtgrund übergeben wird.

5. Im Principe wird gegen einen Rücktritt der Gesellschaft vom Kaufe der Fläche blau a b c d, das ist ein kleiner Zwickel an der Marx-Meidlingerstraße, keine Einwendung erhoben, falls dieser Rücktritt durch die Stadtbahnanlage bedingt ist, und haben dann bezüglich des zum Kaufe in Aussicht genommenen Theiles der Parcelle 630 dieselben Bedingungen zu gelten wie für die Theile der Parcelle 629.

6. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Kaufvertrag jederzeit über Aufforderung der Commune Wien zu fertigen und den Kaufschilling sowie den Vertragsstempel zu erlegen, ferner die Übertragungsgebüren zu bezahlen.

Ich bitte die Herren um Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Hawranek: Ja, meine Herren! Es ist sehr komisch. Es hat der Schätzmeister den Grund mit 10 fl. geschätzt (Referent: 12 fl.!), oder 12 fl., und die Gesellschaft will nur 10 fl. geben.

Nun, der Stadtrath geht ein bisschen weiter und gibt 3 fl. darauf und sagt, man solle 15 fl. verlangen. Ich finde es übrigens sehr komisch, warum wir fortwährend noch mit Klaftern zu arbeiten haben; einmal kommt man uns mit Klaftern, das zweitemal wieder mit Metern. Im vorliegenden Falle kommt das Meter auf 5 fl. und etliche Kreuzer. Das ist mir unbegreiflich; Sie werden bald anfangen, unsere Gründe mit 27 kr. hinauszuschmeißen. Ich glaube, dass 15 fl. für ein Quadratmeter — aber nicht eine Quadratklafter — gar nicht zuviel wäre. Hören Sie doch einmal mit den Klaftern auf, das ist ja schon ein überwundener Standpunkt. Das Stadtbauamt sollte doch schon einmal anfangen, mit Metern zu rechnen. Ich glaube, nur um uns zu verwirren, geschieht es, dass man „Meter" oder „Klafter" gebraucht. Ich finde den Preis zu nieder und beantrage, dass man die Gesellschaft mit ihrem Anbot abweist und 15 fl. für ein Quadratmeter verlangt, was der Grund wert ist.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Wenn man so einer Sitzung anwohnt, wo man sich mit dem Vergitschen von Gründen befasst, so bekommt man einen spaßhaften Begriff von der ganzen Wirtschaft. Es ist noch keine Stunde her, dass wir in Dornbach um 30 fl. per Quadratmeter verkauft haben und jetzt sind wir verkaufslustig und verkaufen um 4 fl. und einige 60 kr. Der Grund liegt doch bei der Gaudenzdorfer Linie, nicht weit von der Stadt. Die Leute verlangen dort für die Quadratklafter 45 bis 50 fl., und wenn es ein bisschen an der Straße liegt, 70 fl., und Sie wollen um 15 fl. die Quadratklafter hergeben! Man muss sich ja an den Kopf greifen und das Lied singen: „Verkauft's mein G'wand, ich fahr' in den Himmel." Billig verschleudern, das geht nicht. Was für schweres Geld hat es gekostet, bis ein Vermögen zusammengekommen ist! Das kann aber nichts tragen, wenn Sie es auf diese leichte Art weggeben. Man darf es nicht aussprechen, aber es muthet einem an, als ob man eine Provision dafür bekäme, wenn man es so billig hergibt. Die jetzige Wirtschaft kann nicht weitergehen. In dieser Gegend kann das Meter nicht unter 15 fl. verkauft werden. Ich bin entschieden dagegen, dass man um einen solchen Spottpreis verkauft.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich verstehe auch die Anträge des Stadtrathes, aufrichtig gesagt, nicht. Es ist bereits erwähnt worden, dass es einem auffallen muss, dass auf einmal von Klaftern die Rede ist. Es ist gewiss, dass dies bloß zu dem Zwecke geschieht, damit ein höherer Preis eingesetzt werden kann. Ein College hinter mir hat mit mir gestritten und gesagt, es heiße 15 fl. per Quadratmeter. Nein, habe ich ihm gesagt, 15 fl. per Quadratklafter. Er konnte es erst glauben, nachdem er es schwarz auf weiß gesehen hat.

Man muss diesen Antrag des Stadtrathes ein bisschen im Zusammenhange mit anderen Anträgen auffassen, und da finden Sie den Antrag ad Nr. 156, über den wahrscheinlich Herr Gem.-Rath Boschan referieren wird. Da kauft ein Rudolf Weiß nicht weniger als vier Baustellen: X, XI, XII und I. Ein solches Anbot muss auffallen (Gem.-Rath Jedlička: Natürlich!), und es muss auffallen, dass die Localbahn-Gesellschaft auf einmal jetzt sich zu einem solchen Kaufe herandrängt, umsomehr, als es in Punkt 4 heißt:

„Mit dem Abschlusse des Kaufvertrages ist bis zur Herstellung der Stadtbahntrace zuzuwarten und erlegt die Gesellschaft bis dahin als Pachtzins 75 kr. per Quadratklafter und Jahr, wogegen ihr der Grund sofort als Pachtgrund übergeben wird."

Und im Punkte 6 heißt es im Widerspruche mit Punkt 4 — ich wundere mich nur, dass ein Jurist das gemacht hat —:

„Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Kaufvertrag jederzeit über Aufforderung der Commune Wien zu fertigen und den Kaufschilling, sowie den Vertragsstempel zu erlegen, ferner die Übertragungsgebüren zu bezahlen."

Also was gilt eigentlich? Ist der Kaufvertrag wirklich erst zu fertigen, wenn die Stadtbahntrace festgestellt ist, oder jederzeit, sobald es die Gemeinde verlangt? Ich weiß es nicht; ob es der Referent weiß, weiß ich auch nicht.

Aber das eine weiß ich: Die Gemeinde Wien, beziehungsweise der Bürgerspitalfond, besitzt außerhalb jenes Durchbruches durch den Linienwall, welcher die Steinbauergasse mit der Arbeitergasse verbindet, ein wertvolles Territorium, von welchem ich der Meinung bin, dass es nicht in solcher Weise verzettelt werden soll, wie es von Seite des Stadtrathes vorgeschlagen wird. Ich bin der Meinung, wir sollen dort unseren Besitz parcellieren und in vernünftiger Weise mit dem Verkaufe der Parcellen vorgehen. Ein Muster, wie vorzugehen ist, liegt theilweise bei dem Verkaufe der Gründe vor, die wir einmal bei Sechshaus in Rustendorf besessen haben. Für diese Gründe haben wir einen enormen Kaufschilling erzielt. Die Herren, welche früher dem Gemeinderathe angehört haben, werden es wissen. Diese Gründe waren bei weitem weniger günstig gelegen

als diese. (Widerspruch rechts.) Dann kennt der Herr College vielleicht den Cavalierbezirk, aber den V. Bezirk kennt er dann nicht. (Heiterkeit.)

Diese Gründe, welche außerhalb dieses Linienwalles liegen und welche eine bedeutende Wertsteigerung erfahren, sobald der Linienwall gänzlich beseitigt ist, repräsentieren einen großen Wert, weil dort überall ein großer Verkehr sich hinzieht. Sehen Sie sich den Verkehr durch die Steinbauer- und Arbeitergasse und Marx-Meidlinger Landstraße an und Sie werden es mir zugeben, wenn ich sage, dass die Gründe dort bedeutend mehr wert sind, als man sie hier verschleudert. Ich stelle daher den bestimmten Antrag: Es möge der Stadtrath aufgefordert werden, die dem Bürgerspitalfonde gehörigen Gründe, welche außerhalb des Linienwalles in Neumargarethen gelegen sind, zu parcellieren und wegen Verkaufs dieser Gründe dem Gemeinderathe die geeigneten Vorschläge zu unterbreiten.

Ich bin nämlich der Meinung, dass dort mit einer öffentlichen Offerte unter jeder Bedingung vorgegangen werden soll, und wir werden ganz ausgezeichnete Resultate erzielen. Ich empfehle Ihnen die Annahme meines Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Becker: Ich komme heute auch einmal in die Lage, einiges über diesen Verkauf zu sprechen. Es kann dem Herrn Referenten unmöglich damit Ernst sein, dort die Gründe um 15 fl. per Quadratklafter zu verkaufen; das ist unmöglich. Ich kenne dort das ganze Terrain und weiß die Werte zu schätzen. Es ist eine Thatsache, dass unmittelbar in der Nähe drei Joch verkauft und parcelliert worden sind um 30 fl. per Klafter. Ein Unternehmer hat sie gekauft, der sie wieder verkauft. Und Sie wollen dort um 15 fl. per Quadratklafter verkaufen — das wäre etwas Unerhörtes. In der Michalowitzgasse, wo die Gegend ganz frei ist, gehören die Plätze den Singer'schen Erben — früher war es der Bauverein. Ich habe unlängst angefragt, wie theuer ein Platz ist, den ich zu meinem Geschäfte brauche, und da sagte man mir 45 fl. Und das dort ist kein schöner Platz, wie man ihn hier der Gesellschaft verkaufen will; der Platz steht ganz isoliert, dort wird nichts gebaut, er liegt, wie man in Ungarn sagt, auf einer Pußta. Es kann mit dem Verkauf zu diesem Preise unmöglich Ernst sein, und wenn ich noch nie gesagt habe, die Gemeinde verschleudert etwas, müsste ich es jetzt in allen Ecken und Enden sagen. Wenn man noch 40 fl. gesagt hätte, wäre es kein großer Verlust, obwohl man auch mehr bekäme. Ich schließe mich ganz dem Antrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger an. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Djörup: Ich glaube, dass hier in dem Antrage ein Missverständnis ist, es soll wohl 15 fl. per Quadratmeter und nicht per Quadratklafter heißen. (Heiterkeit links.) Ich bin leider in der glücklichen Lage, draußen in Margarethen mit zwei Gründen zu „hängen", aber der Grund kostet parcelliert 75 fl. per Klafter (Hört! links), und vor zwei Jahren ist der ganze Complex parcelliert mit 65 fl. an einen gewissen Weiß verkauft worden, der die ganze Gruppe gekauft hat. Wenn, wie Herr Dr. Lueger gesagt hat, in einem anderen Referate uns ein Offert vorliegt mit 10, 12 und 14 fl. per Quadratmeter, so dürfte auch hier 15 fl. per Quadratmeter zu empfehlen sein; aber wenn 15 fl. per Quadratklafter beantragt worden, so muss der betreffende Referent und der Stadtrath nicht draußen gewesen sein und die Gründe dort nicht gesehen haben. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Dieser Vertrag, wie er vorliegt, hat eine eigenthümliche Form. Es ist nämlich gesagt, wenn die Trace der Stadtbahn in einer bestimmten Linie geführt wird, so wird die Localbahn-Gesellschaft uns für ein Stück, das sie für den Bahnhof oder für ihre Trace braucht, eine bestimmte Summe bezahlen, wenn sie aber ein anderes Stück braucht, wird sie das andere Stück nehmen und uns dieselbe Summe bezahlen. Nun, ich weise Sie darauf hin, dass der Wert aller Gründe sich in jenen Gegenden, wo die Stadtbahn gehen wird, durch die Trace der Stadtbahn bestimmen wird. Es wird also offenbar derjenige Theil des Bezirkes, von dem hier die Rede ist, wertvollere Gründe haben, durch welche die Trace der Stadtbahn geht als derjenige Theil dieser Gründe, durch welche die Stadtbahn nicht geht. Infolge dessen werden wir selbst, die wir Besitzer von Gründen sind, die einen höheren Preis haben, wenn die Trace der Stadtbahn festgestellt ist, uns sehr hüten, jetzt bereits Gründe herzugeben, welche vielleicht theuer sein werden. Das ist ein so wesentlicher Umstand, dass ich die Geschäftspolitik der Localeisenbahn-Gesellschaft vollkommen begreife. Die Localeisenbahn-Gesellschaft sichert sich jedenfalls diese Gründe um einen bestimmten Preis, wohin auch die Trace der Stadtbahn immer geführt werden möge. Aber denselben Geschäftsgeist, den die Localeisenbahn-Gesellschaft hat, muss natürlich der Gemeinderath haben und infolge dessen kann ich mich dem Antrage des Stadtrathes nicht anschließen, (Beifall), sondern ich werde selbstverständlich warten müssen, welchen Wert die Gründe haben, bis die Trace bestimmt sein wird. Man hat ja der Localeisenbahn-Gesellschaft noch ein anderes sehr wertvolles Zugeständnis gemacht; man hat gesagt, die Localeisenbahn-Gesellschaft kann diese Gründe jetzt pachtweise übernehmen, kann aber kaufen, wann sie will. Merkwürdigerweise aber steht § 6 in vollständigem Widerspruch zu dieser Bestimmung. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Kaufvertrag jederzeit über Verlangen der Stadt Wien abzuschließen. Ich glaube demnach, dass die Anträge des Stadtrathes nicht ganz wohl überlegt sind und sehe mich daher genöthigt, gegen dieselben zu stimmen.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich werde sehr kurz sein. Ich kann nur bedauern, dass der geehrte Stadtrath in dieser Beziehung etwas wenig unterrichtet war; das ist ganz unmöglich, dass wir dort für die Klafter nur 15 fl. begehren. Es ist vielleicht ein Lapsus; richtig ist, dass wir 15 fl. per Quadratmeter begehren. Ganz abgesehen davon, halte ich dafür, dass wir diese Gründe überhaupt heute noch nicht verkaufen können, solange wir nicht wissen, wo die Stadtbahn geht; denn erst dann wird sich der richtige Wert der Gründe bestimmen lassen.

Ich beantrage also die Vertagung des ganzen Stückes.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag auf Vertagung des Referates gestellt, der Herr Referent hat hiezu noch das Wort.

Referent: Ich verzichte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage, dieses Referat zu vertagen, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Boschan, zu referieren.

27. Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe auch über einen Grundverkauf zu referieren. Es ist dies die Beilage-Zahl 156.

Die Gemeinde besitzt im V. Bezirke an der Malfattigasse und Steinbauergasse eine Anzahl von Baustellen, worunter sich vier

befinden, welche Baustellenfragmente sind und durch einen Theil des dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörigen Grundes zu vier completen Baustellen arrondiert werden können.

Für diese Baustellen bietet ein sicherer Herr Rudolf Weiß folgende Beträge, und zwar: Für eine Eckbaustelle 14 fl. per Quadratmeter, für je zwei andere in der Mitte gelegene 10 fl. und für die Baustelle I, ebenfalls eine Eckstelle 12 fl., zusammen macht das einen Kaufschilling von 15.096 fl. 28 kr. Das Stadtbauamt erachtet diesen Betrag als angemessen, namentlich mit Rücksicht darauf, dass das nicht complete Baustellen sind, sondern solche, welche durch andere Gründe arrondiert werden müssen. Die Verkaufsbedingungen sind derart, dass 4000 fl. sofort gezahlt, der Rest zu 5 Percent verzinst und auf den Gründen sichergestellt wird und dass dem Käufer vorbehalten bleibt, das ganze sofort zu bezahlen. Die Vertragskosten, die Kosten für die Löschungsquittung u. s. f. sind vom Käufer zu tragen. Ebenso ist von demselben ein bestehendes kleines Pachtverhältnis zu übernehmen. Von diesem Kaufschillinge ist derjenige Theil, welcher auf den Bürgerspitalfond entfällt, nämlich 3158 fl. 40 kr. an den Bürgerspitalfond zu vergüten.

Endlich hat der genannte Fond den restlichen Theil dieser Parcelle als Straßengrund unentgeltlich abzutreten. Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit den von mir bei dem früheren Referate gestellten Antrag und begründe denselben in folgender Weise:

Es ist zweifellos, dass Herr Rudolf Weiß diese Baugründe aus Speculation kauft. Wenn Sie den Plan zu Nr. 156 zur Hand nehmen, so sehen Sie es deutlich. Es ist da eine von Parcellen, die heruntergeht an die Steinbauer-, Tichtlgasse und an der Malfattigasse und ich verstehe nicht, wie man diesen Grund, zwei Eck- und zwei Mittelplätze, so mir nichts, dir nichts verkaufen kann. Warum will man den nicht einheitlich vorgehen? Jetzt ist zwischen Meidling und Neumargarethen ein wüster Platz; aber ich bin überzeugt, wenn wir dort parcellieren und vernünftig mit dem Verkaufe vorgehen, so bekommen wir viel mehr als uns hier angeboten wird. Hier bietet man uns 14 fl. per Quadratmeter, das ist circa 50 fl. per Quadratklafter. Ich versichere, dass in dem anstoßenden Theile von Meidling und Neumargarethen die Quadratklafter viel mehr kostet. Es werden dort Gründe mit 60 und 70 fl. per Quadratklafter verkauft. Warum will man denn hier stückweise vorgehen und nicht den ganzen Grund, welcher Eigenthum des Bürgerspitalfonds und der Gemeinde ist, rationell parcellieren und dann erst mit dem Verkaufe der Parcellen vorgehen? Ist denn das ein Geschäft? Sie bekommen hier 4000 fl. und den Rest kann der Betreffende in fünf Raten zahlen. Ja, meine Herren, sind wir denn wirklich schon darauf angewiesen, auf diese Weise Gründe zu verkaufen? Können wir selbst nicht auch fünf Jahre warten? Bis dahin könnte sich ja die Gegend außerordentlich heben. Sehen Sie sich doch einmal den Verkehr vom Meidlinger Bahnhof nach Margarethen und Mariahilf an, der mitten durch diese Gründe geht!

Jetzt wollen Sie das Quadratmeter mit 14 fl. verkaufen! Ich gestehe, mir ist das unbegreiflich, ich verstehe auch das Stadtbauamt nicht, wie es in solcher Weise vorgehen kann. Ich stelle daher nochmals den Antrag, es sei der Stadtrath zu ersuchen, die der Gemeinde Wien und dem Bürgerspitalfond gehörigen, außerhalb des Linienwallgrundes gelegenen Gründe in Neumargarethen, beziehungsweise Meidling, zu parcellieren und dem Gemeinderath einen Vorschlag wegen Verkaufes dieser Gründe zu erstatten. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme. (Zustimmung links.)

Gem.-Rath Noske: Ich erlaube mir, im Zusammenhange mit dem Beschlusse über das frühere Referat auch hier die Vertagung des Referates zu beantragen. Nachdem der Gemeinderath in der früheren Hauptsache sich für die Vertagung ausgesprochen hat, muss er dies consequenterweise auch hier thun. (Zustimmung.)

Referent: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Vertagung des Referates beantragt; diejenigen Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

28. Referent Gem.-Rath Rückauf referiert ad Zahl 5197. Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes über einige Canalbauten zu referieren. Der erste Act betrifft die Herstellung eines Betoncanales in Breitensee, Hütteldorferstraße, in einer Länge von 361 m mit einem Gefälle von 18 per mille. Das Stadtbauamt legt das Project mit einem Kostenbetrage von 10.822 fl. 11 kr. vor, welcher Betrag auch von der städtischen Buchhaltung adjustiert wurde. Die Deckung für diese Post ist jedoch nicht vorhanden und mit Rücksicht hierauf muss ein Zuschusscredit in dieser Höhe bewilligt werden. Der Stadtrath bittet Sie also, dieses Canalbau-Project und den Zuschusscredit von rund 10.000 fl. zu genehmigen, nachdem durch die Nachlässe sich die Summe wahrscheinlich unter 10.000 fl. herabmindern wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, den Bau eines Canales in der Hütteldorferstraße zu Breitensee in der Strecke zwischen der Kendler- und Reinlgasse noch im Jahre 1892 ausführen zu lassen und hiezu einen Zuschusscredit von 10.000 fl. zu bewilligen, welcher auf den Reservefond zu verweisen ist.

29. Referent Gem.-Rath Rückauf: Z. 5465 betrifft ebenfalls das Project eines Canalbaues im II. Bezirke in der Straße durch den dritten und fünften Nordbahndurchlaß mit der Einmündung in den Canal der Dresdner Reichsstraße. Der vom Stadtbauamt verfaßte Kostenanschlag ergibt 14.540 fl. 85 kr. Es ist ebenso wie bei dem anderen Projecte eine Deckung nicht mehr vorhanden und wird daher in dieser Höhe ein Zuschusscredit erforderlich sein. Der Stadtrath beantragt daher, das Project heuer noch durchzuführen, weil dort die Omnibus-Compagnie ausgedehnte Stallungen, Remisen und ein Wohnhaus erbaut hat und Senkgruben nicht mehr gemacht werden können, und bittet, dass dieser Canal bis dorthin geführt und der Kostenaufwand von 14.540 fl. 85 kr. bewilligt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, in der Straße durch den fünften Nordbahndurchlaß, dann in jener entlang der Bahnanlage der Nordbahn zur Straße durch den dritten Nordbahndurchlaß einen Canal mit der Einmündung desselben in jenen der Dresdner-

straße zu erbauen und hiezu ad Rubrik XXVII 1 b einen Zuschusscredit per 14.540 fl. 85 kr. zu bewilligen.

30. Referent Gem.-Rath Rückauf: Zahl 5466. Ebenfalls ein Canalbau, Betoncanal in der Länge von 155 m, und zwar im III. Bezirke, von der Hohlweggasse bis zur Mohsgasse. Es ist nothwendig, diesen Canal durchzuführen, weil dort drei neue Wohnhäuser gebaut wurden, welche im October der Benützung übergeben werden. Deckung ist ebenfalls keine vorhanden. Es wird also wieder der Kostenbetrag, wie veranschlagt, in der Höhe von 5065 fl. 53 kr. als Zuschusscredit bewilligt werden müssen. Ich bitte um die Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse im III. Bezirke einen Canal herstellen zu lassen und hiezu zur Rubr. XXVII 1 b einen Zuschusscredit von 5065 fl. 53 kr. zu bewilligen.

31. Referent Gem.-Rath Rückauf: Zahl 5127. Das ist ein Subventionsgesuch des katholischen Frauen-Wohlthätigkeits-Vereines im XIV. Bezirke. Der Zweck dieses Vereines ist, Kranken und Nothleidenden durch Verabreichung von Lebensmitteln, Medicamenten, Wäsche, Schuhen u. s. w. Unterstützung zu gewähren. Im vergangenen Jahre hat der Verein 869 fl. 41 kr. hiezu verwendet, früher wurde dieser Verein, der seit 40 Jahren wirkt und dessen Obmann der geistliche Rath Josef Mort ist, von beiden Gemeinden Rudolfsheim und Sechshaus mit je 10 fl. per Jahr unterstützt. Vom Stadtrathe wird beantragt, dem Vereine 25 fl. pro 1892 zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem katholischen Frauen-Wohlthätigkeits-Vereine Reindorf eine Subvention von 25 fl. pro 1892 zu bewilligen.

32. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 5402. Die freiwillige Feuerwehr am Rudolfshügel sucht um eine Subvention an. Diese Feuerwehr besteht seit 30 Jahren und hat seinerzeit, wie sie zur Gemeinde Inzersdorf gehört hat, eine Subvention von 1050 fl. von der Gemeinde Inzersdorf erhalten. Es wird beantragt, dieser Feuerwehr eine Subvention von 900 fl. zu geben, weil die Fuhrwerkskosten aus den Verlagsgeldern des Vorstehers des X. Bezirkes bezahlt werden und sie von den 900 fl. 800 fl. für zwei activ angestellte Feuerwehrmänner zu bezahlen hat, welche in anderen Fällen vom magistratischen Bezirksamte bezahlt würden. Es bleiben daher zur Erhaltung und Bestreitung der kleineren Auslagen im laufenden Jahre nur 100 fl. übrig. So hoch der Betrag von 900 fl. erscheint, so ist er doch nicht groß, er ist gering. Ich bitte um Ihre Zustimmung. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr am Rudolfshügel im X. Bezirke eine Subvention von 900 fl. zu bewilligen und diese Ausgabe auf den Reservefond zu verweisen.

33. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 5449. Die freiwillige Feuerwehr in Altmannsdorf ersucht um eine Subvention. Es wird beantragt, 200 fl. zu geben. Ich bitte ebenfalls um Ihre Zustimmung. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr in Altmannsdorf eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen und den nicht bedeckten Theilbetrag dieser Ausgabe per 80 fl. 3 kr. auf den Reservefond zu verweisen.

34. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 5489. Die freiwillige Feuerwehr in Breitensee sucht um eine Subvention an. Es wird beantragt, dieser Feuerwehr eine Subvention von 200 fl. zu gewähren und diesen Kostenbetrag auf den Reservefond zu verweisen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr in Breitensee eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen und diese Ausgabe auf den Reservefond zu verweisen.

35. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Zahl 5556. Die freiwillige Feuerwehr in Gersthof sucht um eine Subvention an. Bei dieser Feuerwehr ist die Sache etwas schwierig. Sie hat einen Betrag von 770 fl. zu bezahlen, welchen sie noch schuldet für die seinerzeitige Einrichtung einer Alarmleitung. Diese wurde im Jahre 1890 eingerichtet, und die Feuerwehr hat diesen Betrag von 770 fl. nicht bezahlt, sondern ist ihn heute noch schuldig und es wird in sehr dringender Form die Bezahlung dieses Betrages verlangt. Die Alarmleitung geht in das Eigenthum der Gemeinde über und wenn das nicht bestünde, so müsste es jetzt gemacht werden. Sie hat seinerzeit den Betrag von 1600 fl. gekostet und es geht also der Antrag dahin; der Feuerwehr in Gersthof wird eine Subvention von 1000 fl. unter der Bedingung gewährt, dass 770 fl. an die Firma gezahlt werden, welche diese Alarmleitung eingerichtet hat, und 230 fl. zur Weitererhaltung der Feuerwehr verwendet werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es wäre zweckmäßig, wenn wir vielleicht die Schuld selbst bezahlten, weil sonst die Feuerwehr sie nicht bezahlt. (Heiterkeit.)

Referent: Ich habe darauf nur zu erwidern, dass schon vorgesorgt ist, dass das nicht geschehen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen.

36. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Weiters habe ich die Ehre, zu referieren zur Z. 4877. Es betrifft die Vermehrung der Feuerwehrmannschaft. Die Feuerwehr hat um Vermehrung angesucht unter Hinweis darauf, dass die Mannschaft in einer Art und Weise überbürdet sei, das sie nahezu gar keine freie Zeit mehr habe. Das Verlangen, das sie gestellt hat, geht dahin, dass 30 Mann angestellt werden sollen. Mit dem Hinweis, dass die Reorganisierung der Feuerwehr in kürzester Zeit stattfindet, hat

der Stadtrath beantragt, die Vermehrung mit 15 Mann zuzugestehen und der Antrag geht dahin:

1. Die Aufnahme von 15 Feuerwehrmännern II. Classe mit einer Löhnung von 1 fl. 20 kr. per Tag, einem jährlichen, in halbjährigen Decursivraten fälligen Stiefelpauschale von 24 fl., Montur und Kasernierung werde vom 1. October 1892 an mit dem Jahreserfordernisse von 7650 fl. 7 kr. genehmigt.

2. Zur Deckung der noch im Jahre 1892 erwachsenden Ausgaben per 3502 fl. 12 kr. werde zur Ausg.-Rubr. XX 1 „Bezüge der Löschmannschaft" ein Zuschusscredit per 2292 fl. 95 kr. und zur Ausg.-Rubr. XX 3 „Unterkunfts-Nebenerfordernisse für das Löschpersonale" ein Zuschusscredit per 1202 fl. 17 kr. bewilligt.

Nachdem die Vermehrung der Feuerwehr eine unbedingte Nothwendigkeit ist, so bitte ich auch in diesem Falle um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich werde mich ganz kurz fassen. Ich will nur auf die Debatte zurückkommen, in der Gem.-Rath Frauenberger gesagt hat, dass der Branddirector mit den 120 Mann, welche er jetzt hat, auch die neuen Bezirke versehen könne. Nun sehen Sie, ob das möglich ist; ohne Rücksicht auf die neuen Bezirke, werden jetzt schon 30 Mann verlangt und 15 zur Genehmigung beantragt. Ich wollte gelegentlich dieser Sache nur nachweisen, wie nothwendig die freiwilligen Feuerwehren sind.

Referent (zum Schlusswort): Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

1. Die Aufnahme von 15 Feuerwehrmännern II. Classe mit einer Löhnung von 1 fl. 20. per Tag, einem jährlichen, in halbjährigen Decursivraten fälligen Stiefelpauschale von 24 fl., Montur und Kasernierung werde vom 1. October 1892 an mit dem Jahreserfordernisse von 7650 fl. 7 kr. genehmigt.

2. Zur Deckung der noch im Jahre 1892 erwachsenden Ausgaben per 3502 fl. 12 kr. werde zur Ausg.-Rubr. XX 1 „Bezüge der Löschmannschaft" ein Zuschusscredit per 2292 fl. 95 kr. und zur Ausg.-Rubr. XX 3 „Unterkunfts-Nebenerfordernisse für das Löschpersonale" ein Zuschusscredit per 1202 fl. 17 kr. bewilligt.

37. Referent Gem.-Rath Meißl: Zahl 5508. Auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses wurde vom Gemeinderathe ein Marktplatz geschaffen und ist auf demselben eine Bedürfnisanstalt in gleicher Weise, wie es im Schulhofe und am Kärthnerthormarkte, die Nothwendigkeit verlangte, erforderlich. Der Unternehmer Beetz wurde zu einer bezüglichen Commission eingeladen und ist geneigt zur Aufstellung einer solchen Anstalt; er verlangt für die Benützung der II. Classe zur Nachtzeit, d. i. von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh einen Kreuzer per Person, während für *arme Leute, das sind solche, die erklären, keine Zahlung leisten* zu können, die Benützung eine unentgeltliche sein soll.

Es wird seitens des Stadtrathes der Antrag gestellt, es sei der mit Beetz mit Beziehung auf die auf dem neuen Marktplatze auf der ehemaligen Area des Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke zu errichtende Bedürfnisanstalt zu schließende Vertrag mit zehnjähriger Dauer, vom Tage der Benützung dieser Anstalt an gerechnet, zu genehmigen. Die übrigen für diese Bedürfnisanstalten geltenden Vertragsbedingungen seien aufrecht zu erhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, es sei der mit Beetz mit Beziehung auf die auf dem neuen Marktplatze auf der ehemaligen Area des Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke zu errichtende Bedürfnisanstalt zu schließende Vertrag mit zehnjähriger Dauer, vom Tage der Benützung dieser Anstalt an gerechnet, für diesen speciellen Fall zu genehmigen.

38. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir haben eine Wahl auf der Tagesordnung, nämlich die Wahl dreier Mitglieder und eines Ersatzmannes in das Preisgericht zur Prüfung der Concursprojecte für die städtischen Gaswerke. Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufruf vorzugehen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Janotta geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. Nach Abgabe derselben:)

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 10 Minuten.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 16. September 1892.

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Dr. Huber referiert über ein Ansuchen um Fortbezug einer Gnadengabe sowie von Erziehungsbeiträgen und beantragt die Gewährung. (Angenommen.)

2. Derselbe referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Armenrath und Waisenvater Heinrich Levitus und beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille. (Angenommen.)

3. Derselbe referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den „Landstraßer Männergesangs-Verein" und beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille mit dem Rechte, dieselbe am Vereinsbanner zu tragen. (Angenommen.)

4. und **5. Gem.-Rath Dr. Lederer** referiert über zwei Gesuche, und zwar um Verleihung eines Erziehungsbeitrages und um Verleihung einer Gnadengabe, und beantragt die Gewährung. (Angenommen.)

6. Gem.-Rath R. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des k. und k. Militärärars um Baulinienänderung und Auflassung von Straßenzügen bezüglich eines auf der Schmelz nächst Breitensee für militärische Unterkunftsbauten in Aussicht genommenen Grundcomplexes und beantragt:

Es sei dem k. und k. Militärärar, beziehungsweise der k. und k. Abtheilung für Transactions-Angelegenheiten mitzutheilen, dass für den Fall der Errichtung militärischer Unterkunftsbauten auf den in den diesbezüglichen Situationsplänen näher ersichtlichen Gründen in Breitensee es keinem Anstande unterliegt,

1. bei der Durchführung der Alternative A die Querstraßen XI, XII, XIII zwischen der Herrengasse und der südlichen Parallelstraße zu derselben, die Querstraße XIII überdies bis zur Hüttelsdorferstraße unter gleichzeitiger Vergrößerung des daneben gelegenen Platzes bis zur bezeichneten Linie — dann die Querstraßen XV, XVI, XVII, XVIII, XIX zwischen der Hauptstraße, Herrengasse und der südlichen Parallelstraße, sowie Platz IV —

2. bei der Ausführung der Alternative B der Querstraßen XI, XII, XIII in der vorbezeichneten Strecke, dann die Quergassen XV, XVI, XVII, XVIII, XIX, XX zwischen der Hauptstraße und der südlichen Parallelstraße zur Herrengasse, die Straße XXII von dieser Parallelstraße bis zur Grenze der Arenberg'schen Realität, weiters die Herrengasse von der Quergasse XIV bis zur Grenze der fürstlich Arenberg'schen Realität und den Platz IV aufzulassen und die auf der Parcelle 284 projectierten Querstraßen, dann die Längenstraßen III und IV in der im Plane angedeuteten Weise zu verschieben, wobei jedoch die Querstraßen, die senkrecht auf die Längenstraßen geführt werden sollen, beibehalten werden, — und dass

3. die Abfuhr der Abfallstoffe und Niederschlagswässer aus den Unterkunftscomplexen mittelst Schwemmcanalisation möglich sein wird, nachdem die Gefällsverhältnisse eine Einmündung in den bestehenden Straßencanal der Poststraße, eventuell in die noch herzustellenden Canäle der Parallelstraßen ermöglichen. —

Die Gemeinde Wien behält sich jedoch vor, bezüglich der Breite der die Anlage begrenzenden Straßen, welche dermalen mit 30 m in Aussicht genommen wird, bei Vorlage des Detailprojectes definitiv zu entscheiden.

Selbstverständlich wäre die definitive Auflassung, beziehungsweise Verschiebung der vorbezeichneten Straßen Gegenstand einer besonderen, vor Erwirkung des Bauconsenses einzuleitenden Verhandlung und hätte sich das Militärärar diesfalls rechtzeitig an den Magistrat zu wenden. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 13. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Meißl, Müller, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm,

Bürgermeister Dr. Prix.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Matzenauer, v. Neumann.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilung:

Die Belastung des Reservefonds mit 10. September 1892 stellt sich wie folgt:

Reservefond		600.000 fl. — kr.
Effective Belastung	284.899 fl. 94 kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	393.648 fl. 77 kr.	
zusammen		678.548 fl. 71 kr.
daher um		78.548 fl. 71 kr.
und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 fl. — kr.
eigentlich um		88.048 fl. 71 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 219.164 fl. 25 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Schneiderhan referiert über die Zuschrift der Direction des k. k. Staats-Gymnasiums im VII. Bezirke vom 18. August 1892, Z. 3668, betreffend den Landesschulraths-Erlass vom 17. August 1892, Z. 7073, womit die seitens des Stadtrathes beschlossene geschenkweise Überlassung von Inventargegenständen an die obgenannte Lehranstalt mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wird, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bestimmung eines städtischen Grundes im XIII. Bezirke, Hietzing, Wiengasse, als Materiallagerplatz für den XIII. Bezirk und beantragt, es sei dieser Grund, Catastral-Parc. $\frac{136}{1, 2, 3,}$ 135, $\frac{134}{1}$, $\frac{625}{2}$ und Theil $\frac{625}{1}$ Hietzing, dann $\frac{511}{1}$ und $\frac{512}{1, 2}$ Penzing im Gesammtausmaße von circa 3200 m² abzüglich des mit Stadtraths-Beschluss vom 14. Juli 1892, Z. 4062, an Josef Kuhs in Hietzing verpachteten Theiles im Flächenmaße von 1060 m², sohin im Ausmaße von 2140 m², dem Vorsteher des XIII. Bezirkes bis auf weiteres als Materiallagerplatz zuzuweisen und zur Abgrenzung des Platzes gegen die Wiengasse die Herstellung eines Stakettengitters mit zwei Einfahrtsthoren zum Kostenbetrage von 250 fl. zu bewilligen, welcher Betrag auf Ausgabs-Rubrik XII 10 zu verweisen kommt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. Matzenauer, betreffend die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Hietzinger Hauptstraße, XIII. Bezirk, und über das Stadtbauamtsproject für die Pflasterung dieser Straße mit Granit von der Kaiser Franz Josefs-Brücke bis zum Hauptplatze.

Referent beantragt, die Pflasterung der Hietzinger Hauptstraße in der Strecke von der genannten Brücke bis zum Hauptplatze nach dem Alternativ-Kostenüberschlage A mit Granitwürfelsteinen, mit dem Kostenerfordernisse von 21.506 fl. 87 kr., welches budgetmäßig bedeckt ist, zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in mehreren Straßen des XII. Bezirkes, Ober- und Unter-Meidling.

Referent beantragt, es sei im Punkte A des vorgelegten Planes M.-Z. 43188/I vor dem Einfahrtsthore in den Garten in Schönbrunn auf der Meidlinger Seite ein neuer Intensivbrenner aufzustellen; weiters seien im XII. Bezirke a) an den in den vorgelegten Plänen M.-Z. 126693/II, 82524/III und 61892/IV bezeichneten Stellen zwei Intensivbrenner neu aufzustellen, b) eine ganznächtige Flamme in einen Intensivbrenner umzuwandeln, c) neun ganznächtige und 92 halbnächtige Flammen neu aufzustellen und d) 24 halbnächtige in ganznächtige Flammen umzuwandeln.

Das jährliche Mehrerfordernis für diese Neuherstellungen per 3212 fl. 57 kr. erscheint pro 1892 budgetmäßig bedeckt.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung des Franz Römer gegen die Vorschreibung von Commissionsgebüren für Adaptierungen in der sogenannten Bräuhaus-Realität im XII. Bezirke, Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 1, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Benennung einer Gasse zwischen der Breitenfurtherstraße und der Trace der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft zunächst der Philadelphia-Brücke im XII. Bezirke und beantragt, diese Gasse nach dem verstorbenen Heinrich Drasche von Wartinberg mit dem Namen „Draschegasse" zu bezeichnen.

(Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über die Herstellung einer Beetz'schen Bedürfnisanstalt am Marktplatze auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke.

Referent beantragt, dem Wilhelm Beetz für diese Anstalt eine zehnjährige Vertragsdauer vom Tage der Benützung an zu gewähren, wobei im übrigen alle Bestimmungen des zwischen ihm und der Commune bestehenden Vertrages in Geltung zu bleiben haben. Für das mit der Bedürfnisanstalt in Verbindung stehende, unentgeltliche, mit einer Ölspülung zu versehende Pissoir ist dem Unternehmer die übliche Subvention von jährlich 240 fl. zu bezahlen und auch die im Pissoir anzubringende ganznächtige Flamme von der Gemeinde zu erhalten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für den Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Seegasse, IX. Bezirk und beantragt, die diesfälligen, mit 5871 fl. 37 kr. und 500 fl. Pauschale bezifferten Arbeiten dem Heinrich Sikora mit dem angebotenen Nachlasse von 27·2 Percent zu übertragen.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Vereines zur Umgestaltung der Calvarienberg-Kirche in Hernals um Consens zum Baue einer provisorischen Sacristei.

Referent beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk auf Ertheilung der erbetenen Baubewilligung unter Festsetzung eines Anerkennungszinses von 25 fl. zu bestätigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Anbringung einer Planke auf städtischem Grunde auf dem Mölkersteige im I. Bezirke seitens des Stadterweiterungsfondes, respective über die Auslegung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 28. November 1890, Z. 7582, womit dem Stadterweiterungsfonde die Fläche der bestehenden Keilgasse sowie des Mölkersteiges in der Strecke von der Schottengasse bis Or.-Nr. 7 Mölkersteig „sofort zur freien Disposition" gestellt wurde.

Referent beantragt auszusprechen, dass mit dem gedachten Gemeinderaths-Beschlusse dem Stadterweiterungsfonde der Theil des Mölkersteiges von der Schottengasse bis Or.-Nr. 7 nur zum Zwecke der Abgrabung und Lagerung von Material und für die Dauer dieser Verwendung überlassen, keineswegs aber in den Besitz übergeben wurde, wobei insbesondere der Umfang des seinerzeitigen Ansuchens des Stadterweiterungsfondes „Überlassung zu einem bestimmten Zwecke" zu betonen ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Übernahme des Türkenschanz-Parkes in das Eigenthum der Gemeinde Wien und beantragt conform den Anträgen des Magistrates, es möge sich die Gemeinde Wien bereit erklären, im Falle als die Auflösung des Vereines zur Errichtung und Erhaltung eines öffentlichen Parkes auf der Türkenschanze von einer giltigen General-Versammlung desselben beschlossen werden sollte, das vorhandene Vereinsvermögen, jedoch ohne die ausdrückliche Widmung (§ 19 der Statuten), dass der Park für immerwährende Zeiten als solcher zu belassen ist, unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu übernehmen. Zur Deckung der diesfalls im Jahre 1892 noch auflaufenden Kosten wäre ein Zuschusscredit von rund 8000 fl. zu bewilligen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, es möge sich die Gemeinde Wien bereit erklären, den Park auf der Türkenschanze unter den vom Referenten angeführten Bedingungen käuflich zu übernehmen.

Der Referent schließt sich diesem Antrage an und wird sohin die Abstimmung über den Gegenstand bis zur Vorlage der vom Referenten neu zu formulierenden Anträge vorbehalten.

— **Derselbe** referiert in Anwesenheit von 19 Stadträthen über die Besetzung der neu systemisierten Stellen der Bademeister in den neu errichteten städtischen Volksbädern im II., VI., VIII. und IX. Bezirk und beantragt zu bestellen die bisherigen städtischen Bediensteten, und zwar:

a) Für das städtische Volksbad im II. Bezirk Anton Matzner;
b) für das städtische Volksbad im VI. Bezirk Johann Chwalla;
c) für das städtische Volksbad im VIII. Bezirk Anton Feichtinger;
d) für das städtische Volksbad im IX. Bezirk Johann Würstl.

Ferner sei für das städtische Volksbad im VII. Bezirk an Stelle des seither verstorbenen Bademeisters Franz Sengelin der bisher als Substitut bedienstete Alois Minichsdorfer als Bademeister mit den Bezügen des Franz Sengelin zu bestellen. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Neupflasterung der Neustiftgasse im VII. Bezirk von der Schottenfeldgasse bis zur Kaiserstraße, sowie für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor Nr. 100 Neustiftgasse und beantragt, die mit 4001 fl. 42 kr. und 400 fl. Pauschale veranschlagte Pflasterungsarbeit dem Franz Walz mit dem angebotenen Nachlasse von 22 Percent, die mit 2791 fl. 63 kr. bezifferte Herstellung des Holzstöckelpflasters der Firma John B. Blythe mit dem offerierten Nachlasse von 3 Percent zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Neupflasterung der Theresiengasse von der Schulgasse bis zur Wienerstraße im XVIII. Bezirk und beantragt die Genehmigung dieses mit 8024 fl. 70 kr. (bedeckt) veranschlagten Projectes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Geyer, betreffend die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Paulinengasse, Ecke der Antonigasse in Währing, XVIII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung bei dem Umstande, als der Aufstellungsplatz um 5 m über jener Höhe liegt, bis zu welcher das Hochquellenwasser zum natürlichen Ausflusse gebracht werden kann. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Umpflasterung der Franzensbrückenstraße im II. Bezirk und beantragt, die betreffenden Pflastererarbeiten, beziffert mit 11.481 fl. 63 kr. und 500 fl. Pauschale dem Franz Böck mit dem offerierten Nachlasse von 20½ Percent und die mit 1283 fl. 1 kr. veranschlagten Asphaltiererarbeiten dem Johann Bosch mit dem angebotenen Nachlasse von 5·6 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Stadtbauamts-Project für den Bau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung desselben mit dem Kostenerfordernisse von 5065 fl. 53 kr. und die Bewilligung eines Zuschusscredites in dieser Höhe zur Ausgabs-Rubrik XXVII 1 b. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamts-Project für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der Straße durch den fünften Nordbahndurchlass, ferner in der Straße entlang der Bahnanlage der Nordbahn zur Straße durch den dritten Nordbahndurchlass mit der Einmündung in den Canal in der Dresdnerstraße, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung desselben mit dem Kostenerfordernisse von 14.540 fl. 85 kr. und die Bewilligung eines Zuschusscredites in dieser Höhe ad Ausgabs-Rubrik XXVII 1 b.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines des „Deutschen Volkstheaters" um Aufstellung eines Feuerhydranten bei dem Depositorium in der Steinergasse, XVI. Bezirk, und beantragt die Aufstellung eines solchen Hydranten an der Planke, welche das gedachte Object gegen die Steinergasse abschließt auf Kosten des bittstellerischen Vereines und unter den für die Aufstellung solcher Hydranten geltenden Vorschriften und Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern für den Bau des städtischen Volksbades im IV. Bezirk, Klagbaumgasse, und beantragt, die vom Stadtbauamte mit zusammen 193 fl. bezifferte Remuneration zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für die Umpflasterung der Herklotzgasse im XV. Bezirke, zwischen der Kranz- und Karolinengasse, und beantragt die Genehmigung dieses mit 4780 fl. 43 kr. (bedeckt) veranschlagten Projectes. Gleichzeitig seien die bezüglichen Pflasterungsarbeiten dem Ludwig Böck als städtischen Contrahenten für den XV. Bezirk unter den vom Magistrate specificierten Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über die Vergebung der Pflastererarbeiten für die Neupflasterung der Barnabitengasse im VI. Bezirke, zwischen Windmühlgasse und Mariahilferkirche, und beantragt, diese mit 1739 fl. 14 kr. und 1300 fl. Pauschale bezifferten Arbeiten dem Pflasterermeister Franz Walz mit dem angebotenen 20percentigen Nachlasse zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Hirschengasse bei der Canalgasse, XI. Bezirk, Simmering, und beantragt, die Aufstellung eines öffentlichen Auslaufbrunnens an der gedachten Stelle mit dem (bedeckten) Kostenbetrage von 1880 fl., sowie die Dotierung desselben mit täglich 114 hl Hochquellenwasser unter den vom Stadtbauamte erörterten Modalitäten zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Teudloff und Dittrich um Bewilligung zur Einbauung von Sparventilen ihres Systems in Hauswasserleitungen.

Referent beantragt, der genannten Firma die erbetene Bewilligung zur Einbauung von Sparventilen des vorgelegten und geprüften Systems in das Rohrnetz der Hochquellenleitung zu ertheilen und das Stadtbauamt zu ermächtigen, derartige Ventile im Bedarfsfalle zu den angegebenen Preisen in Verwendung zu bringen. Die bittstellerische Firma wird jedoch verpflichtet, ein Exemplar der fraglichen Sparventile an das städtische Depot abzugeben.

St.-R. Meißl beantragt, es sei das Stadtbauamt anzuweisen, über den Erfolg der mit diesen Ventilen gemachten Erfahrungen seinerzeit zu berichten.

Mit diesem Zusatze, welchem sich der Referent anschließt, wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren

a) nach 7 Parteien des V. Bezirkes;

b) nach 1 Partei des III. Bezirkes;

c) nach 11 Parteien des I., VIII. und IX. Bezirkes,

und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Herstellung eines Wächterhauses der Hochquellenleitung in Weikersdorf bei Baden und beantragt, es sei das von dem Stadtbaumeister A. Breyer in Baden eingebrachte (einzige) Offert für diesen Bau abzulehnen und der Magistrat aufzufordern, im Jahre 1893 eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben.

St.-R. Kreindl beantragt die Annahme des vorliegenden Offertes.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Protokoll der vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses im IX. Bezirke vom 30. August 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Noske referiert über die Ergreifung von Maßnahmen anläßlich der Abhaltung von Festlichkeiten in den Gemeindewäldern der neu einverleibten Bezirke und beantragt, es seien die Bezirksvorsteher, die magistratischen Bezirksämter, der Bezirksschulrath und die k. k. Polizei-Direction in Kenntnis zu setzen, dass die Abhaltung von Festlichkeiten in den städtischen Wäldern nur mit Bewilligung des Magistrats-Präsidiums zuläßig ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses im XIII. Bezirke vom 7. Juli 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vornahme von Reparaturen an den Bedachungen der Asyl- und Werkhaus-Realität und beantragt die Genehmigung der diesfalls vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Herstellungen im (budgetmäßig bedeckten) Kostenbetrage von 3880 fl. 2 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Stadtbauamts-Projecte für die Neupflasterung mehrerer Gassen im XI. Gemeindebezirke und beantragt die Genehmigung der nachstehend bezeichneten Projecte und (durchaus bedeckten) Kosten:

a) Neupflasterung der Hirschengasse mit 10.252 fl. 46 kr.;

b) Neupflasterung der Theresiengasse mit 16.244 fl. 48 kr. und Umlegung, respective Einwölbung des Wasserlaufes in derselben mit 4396 fl. 54 kr.;

c) Neupflasterung der Dorfgasse mit 12.083 fl. 89 kr.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Numerierung des der „Equitable" gehörigen Hauses I. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz, und beantragt für dasselbe nachstehende Orientierungsnummern:

3 und 4 Stock-im-Eisenplatz,
6 und 8 Kärnthnerstraße,
3 und 5 Seilergasse.

St.-R. Boschan beantragt, nur die Or.-Nr. 3 Stock-im-Eisenplatz, 6 Kärnthnerstraße und 3 Seilergasse zu bestimmen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Anschaffung von Schneepflügen für die neuen Bezirke und beantragt, es sei die Anschaffung von 10 neuen Schneepflügen (System Schmid und Michtner) zum Preise von 650 fl. per Stück, demnach zum (budgetmäßig bedeckten) Gesammtbetrage von 6500 fl. zu bewilligen, und zwar:

für den XII. Bezirk zwei Stück;
„ „ XIII. „ ein „
„ „ XIV. „ zwei „
„ „ XV. „ zwei „
„ „ XVIII. „ zwei „ und
„ „ XIX. „ ein „

Die Lieferung sei dem bisherigen Contrahenten Bernard Schmid zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert (in Anwesenheit von 16 Stadträthen) über das Ansuchen des Dr. Hermann Fischer sen., städtischer Arzt im XIII. Bezirk, um Pension und beantragt, die Diensteseenthebung des Genannten zu genehmigen und demselben gnadenweise eine Abfertigung zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei vorerst zu erheben, welche Praxis in derlei Fällen seitens der bestandenen Vororte beobachtet wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des St.-R. Dr. Lederer angenommen.

— **Derselbe** referiert über drei Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Wandel Hans, Buchhalter;
Gansel Jakob, Eisentrödler;
Steinböck Henrik, Geschäftsreisender. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen des Anton und der Josefa Schwarz um grundbücherliche Löschung, XIII., Hütteldorf Consc.-Nr. 451 und beantragt, es sei die Ausfertigung der Löschungserklärung bezüglich der Servitut, „das vor dem Hause befindliche Vorgärtchen auf jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Hütteldorf bis zur Baulinie wegzuräumen" und des Pfandrechtes per 100 fl. zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeit gegen Einhebung der auflaufenden Stempel- und Legalisierungskosten seitens der Partei zu bewilligen.

St.-R. Müller beantragt als Zusatz, es sei der Magistrat zu beauftragen, falls die fraglichen Vorgärten im Grundbuche noch nicht cassiert wären, diesfalls das Nöthige zu veranlassen.

Mit diesem Zusatze wird der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über eine Armenraths-Ergänzungswahl im VII. Bezirke, und beantragt die Wahl des Gastwirtes Karl H. Ohrfandl in diesen Armenrath zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Buchhaltungs-Officialswitwe Adele Treitler um Anweisung eines Erziehungsbeitrages für ihren nachgeborenen ehelichen Sohn Leo und beantragt, derselben den normalmäßigen Erziehungsbeitrag von jährlich 60 fl. für diesen Sohn vom Tage seiner Geburt, d. i. vom 25. October 1885 an bis zur Erreichung des Normalalters oder bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert neuerlich über den Recurs des Josef Oppenheim puncto Canaleinmündungsgebüren-Rückerstattung für das Haus XIX., Ober-Döbling, Donaugasse 23, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Breitensee um Subvention und beantragt, es sei dieser Feuerwehr eine Subvention von 200 fl. unter der Bedingung zu bewilligen, dass Anschaffungen und Reparaturen vom Commando der städtischen Feuerwehr veranlasst werden und diesem auch die Überwachung der Reinigung der Requisiten übertragen wird. Der Betrag von 200 fl. sei auf den Reservefond pro 1892 zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf um Reconstruction der Alarmleitung, Beistellung eines activen Feuerwehrmannes und Anschaffung von Monturstücken.

Referent beantragt:

1. Die Reconstruction der Alarmleitung der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf werde nach dem Antrage des Feuerwehr-Commandos vom 30. Juli 1892 mit dem Kostenbetrage von 150 fl. ö. W., welcher sub Rubr. XX 7 „Erhaltung der Feuerlöschtelegraphen und Signalapparate" budgetmäßig bedeckt ist, genehmigt.

2. Der städtische Feuerwehr-Commandant werde beauftragt, zur Besorgung des Telegraphendienstes und der Reinigung der Löschrequisiten der genannten Feuerwehr einen städtischen Feuerwehrmann zu delegieren, welcher diesen Dienst nach der Instruction des städtischen Feuerwehr-Commandanten zu besorgen hat.

3. Die Anschaffung der für den Feuerdienst erforderlichen 42 Zwilchhosen und 21 Zwilchblousen werde mit dem Kostenbetrage von 99 fl. 33 kr. genehmigt, und wären diese Monturstücke durch das städtische Marktcommissariat bei dem städtischen Contrahenten L. Witamwas zu beschaffen. (Dieses Kostenerfordernis findet auf Rubrik XX 1 seine budgetmäßige Deckung.)

4. Das städtische Feuerwehr-Commando werde ermächtigt, die schadhaften Hakenleitern der freiwilligen Feuerwehr gegen brauchbare umzutauschen. (Angenommen.)

Referent St.-R. Dr. v. Billing: Es wird nunmehr zur Abstimmung über das Referat, betreffend die Übernahme des Türkenschanzparkes in das Eigenthum der Gemeinde Wien geschritten.

Referent legt die folgenden, von ihm formulierten Anträge vor:

I. Die Gemeinde Wien übernimmt den Park auf der Türkenschanze sammt allem Zugehör durch Kauf unter folgenden Bedingungen:

1. Dass die Grundarea Einl.-Z. 713 und 962 frei von der Belastung im Sinne des § 19 der Statuten des Vereines (Widmung als Park) und auch sonst mit Ausnahme der intabulierten Forderungen lastenfrei grundbücherlich für die Gemeinde angeschrieben werde.

2. Dass die Gemeinde Wien als Kaufschilling zur Selbstzahlung übernehme, und zwar:

an intabulierten Forderungen:

a) Die Restcapitalforderungen der Gemeinde-Sparcassa Währing per 10.400 fl. sammt rückständigen 5percentigen Zinsen vom 1. Juni bis 1. December 1890, dann von 4½ Percent vom 1. December 1890 ab, und per 20.000 fl. ö. W. sammt rückständigen fünfpercentigen Zinsen vom 15. Mai bis 15. November 1890 und von 4½percentigen Zinsen vom 15. November 1890 ab,

b) die Restcapitalforderung des Herrn Anton Krones per 19.750 fl. sammt rückständigen 5percentigen Zinsen vom 15. October 1889 ab,

c) die Restcapitalforderung des Herrn Ferdinand Oberwimmer per 6000 fl. ö. W. sammt rückständigen 5percentigen Zinsen vom 1. Juli 1890 ab,

d) die Restcapitalforderung des Herrn Jakob Gerlach per 18.000 fl. ö. W. sammt rückständigen 5percentigen Zinsen vom 1. Juli 1890 und 50 fl. ö. W.,

c) die Restcapitalforderung des Herrn J. Österreicher per 1777 fl. ö. W. und 177 fl. 70 kr. ö. W. sammt rückständigen 5percentigen Zinsen vom 1. Jänner 1892.

Ferner an nicht intabulierten Forderungen:

a) Die Restforderung der Firma Pschorr in München per 3514 fl. ö. W. und

b) die Pachtzinsrückstände an Herrn Ferdinand Oberwimmer und den Cottageverein für die gepachteten Parcellen Einl.-Z. 959, P.-Nr. $\frac{870}{9}$ und $\frac{870}{12}$ per 300 fl. ö. W.

3. Die Gemeinde knüpft jedoch die Übernahme dieser Zahlungen an die Bedingung, dass:

ad a) Die Sparcassa der Gemeinde Währing auf die sofortige Nachzahlung der rückständigen Capitalsrenten verzichtet, so dass die Fälligkeit derselben erst mit der Übernahme der Schuld seitens der Gemeinde weiterlaufend beginnt,

ad b) dass Herr Anton Krones vom Tage der Übernahme der Zahlung seitens der Gemeinde den Zinsfuß auf vier Percent reduciert und auf die Zahlung von Verzugszinsen verzichtet,

ad c) und d) dass die Herren Ferdinand Oberwimmer und Jakob Gerlach vom Tage der Übernahme der Zahlung seitens der Gemeinde ab den Zinsfuß von fünf Percent auf vier Percent reducieren, auf die Zahlung von Verzugszinsen verzichten und die Fälligkeit ihrer Forderungen derart stellen, dass die Hälfte fünf Jahre und der Rest zehn Jahre vom Tage der Zahlungsübernahme an rückzahlbar sein soll,

ad e) dass Herr J. Österreicher vom Tage der Übernahme der Zahlung seitens der Gemeinde ab den Zinsfuß auf vier Percent ermäßigt und auf die Zahlung von Verzugszinsen verzichtet.

4. Weiters bedingt sich die Gemeinde, dass alle übrigen noch ausstehenden Forderungen, welche den Park sammt Zugehör betreffen, unter solidarischer Haftung des Executivcomités des Vereines getilgt werden, so dass die Gemeinde diesfalls klag- und schadlos gehalten wird.

II. Die Gemeinde Wien nimmt die Offerte des Herrn Ferdinand Oberwimmer und des Cottagevereines, ihr die bisher um je 150 fl. ö. W. pachtweise überlassenen Parcellen Einl.-Zahl 959, Nr. $\frac{870}{12}$ und Einl.-Z. 697, $\frac{870}{9}$ per 631·77 □° und 448·83 □° um 6300 fl. ö. W., respective 3500 fl. sofort käuflich zu überlassen, an.

Diese Beträge sind gleichzeitig mit den sub I c und d bezeichneten Forderungen, also zur Hälfte nach fünf Jahren und der Rest nach zehn Jahren fällig und bis zur Zahlung mit vier Percent zu verzinsen.

III. Behufs Deckung der noch im Jahre 1892 zu zahlenden Beträge von rund 10.200 fl. und der Kosten für unaufschiebbare Renovierungsarbeiten per 2710 fl. ö. W., zusammen 12.910 fl., sei zuerst der in Rubrik XXIV 3 a präliminierte Betrag von 5000 fl. ö. W. zu verwenden und für den Rest per 7910 fl. ein Zuschusscredit zu bewilligen.

St.-R. Ritter v. Goldschmidt beantragt, es sei in die Bedingungen auch aufzunehmen, dass die Gemeinde die vom Kaufgeschäfte zu entrichtenden Stempeln und Gebüren übernehme.

Mit diesem Zusatze, welchem sich der Referent anschließt, werden die Referenten-Anträge angenommen.

St.-R. Müller referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Reconstruction der Sohle des Choleracanales im I. Bezirke, von der Fichtegasse abwärts bis zur Wollzeile und beantragt zu vergeben:

a) Die mit 8268 fl. und 1300 fl. Pauschale bezifferten Erd- und Baumeisterarbeiten an den Stadtbaumeister Eduard Rzehaczek mit dem angebotenen 30percentigen Nachlasse;

b) die Lieferung des Portland-Cementes (1339 fl.) an die Firma Alex. A. Curti zum Preise von 2 fl. 90 kr. per 100 kg, endlich

c) die Lieferung der Klinkerziegel (6695 fl.) an die Firma C. Schlimp zum Preise von 95 fl. per 1000 Stück.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosine Meloun um Consens für die Herstellung eines Zubaues zu ihrer Villa in Heiligenstadt, Springsiedelweg Nr. 5, XIX. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk auf Ertheilung dieses Consenses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Kleidermacher um Grundentschädigung, VII., Spittelberggasse Nr. 12 (Guttenberggasse Nr. 11) und beantragt, die Schadloshaltung für den zur Straßenverbreiterung bei dem obgedachten Hause abgetretenen Grund mit 28 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des VI. Gemeindebezirkes um Einlösung der Häuser Or.-Nr. 1 und 3 Wallgasse behufs Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Mollardgasse und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens.

(Angenommen.)

St.-R. R. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Josef und der Josefa Palm um Baubewilligung Einl.-Z. 781 im XVI. Bezirk, Hauptstraße Nr. 4 und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk auf Genehmigung der Risalitanlage in der Länge von 4·26 m und mit einem Vorsprunge von 6·11 m sowohl auf der Ottakringer Hauptstraße als in der verlängerten Gschwandnergasse. Der zur Anlage der Risalite erforderliche Grund per 0·469 m² ist in der Hauptstraße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde in Abzug zu bringen, in der verlängerten Gschwandnergasse um den Einheitspreis von 40 fl. per Quadratmeter, somit um 18 fl. 76 kr. von der Gemeinde Wien einzulösen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Hubatschka um Baubewilligung VII. Bezirk, Neubaugasse Nr. 48 und 50 und Siebensterngasse Nr. 60 und beantragt, den Antrag des Magistrates, den Consens zur Herstellung von zwei Risaliten in der Siebensterngasse, an der Ecke und am Ende des Hauses mit einem Vorsprunge von je 0·08 m und in der Länge von je 4·60 m gegen dem zu ertheilen, dass der hiezu erforderliche Grund per 0·736 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde in Abzug gebracht wird, zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Dölzl und der Marie Preis um Baubewilligung Einl.-Z. 2306 im III. Bezirke, am Mitterwege im Erdbergermais und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der infolge der Abtrennung der Realität Grundb.-Einl.-Z. 2706, III. Bezirk, Cat.-Parc. 2556/2, auf welcher das in Rede stehende ebenerdige Wohnhaus aufgeführt werden soll, von der Stammrealität Einl.-Z. 2306, III. Bezirk geänderten Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Cottagevereines in Währing um die Gestattung von Bauführungen unter erleichterten Bedingungen.

Referent beantragt die Zugestehung der in den §§ 84 bis 89 der Wiener Bauordnung angeführten Erleichterungen für das in dem vorgelegten Plane mit den Buchstaben a—z umschriebene Gebiet

auf die Dauer von zehn Jahren mit dem in dem zweiten Absatze des § 83 enthaltenen Vorbehalte der Abänderung oder Zurücknahme und mit Ausnahme der vier ersten Absätze des § 88 sowie mit Ausnahme des § 90. Außerdem sei die im § 86, Absatz 7, Alinea 2 der Wiener Bauordnung vorgesehene Herstellung gemeinsamer Feuermauern zuzugestehen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt die Weglassung des letzten Satzes des Referenten-Antrages.

Der Referent accomodiert sich diesem Antrage und wird sohin sein Antrag mit dieser Modification angenommen.

(An den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Bestimmung der Baulinie für die Parcellen Nr. 1658 und 1659 in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, Hauptstraße und beantragt, es seien die Linien A' B C D und E' F' G' H' als Baulinien bei einer Straßenbreite von 20 m zu bestimmen, wobei die Straßenachse in die Achse des Durchlasses der Donauländebahn zu verlegen ist. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ausschusses des Leopoldstädter Kinderspitalvereines um Nachsicht einer Canal-Einmündungsgebür per 300 fl., und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens. (Angenommen).

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 11. bis 17. September 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	205.124	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 147.222, aus Ober-Österreich — 1579; aus Mähren — 16.275; aus Galizien — 37.135; aus Ungarn — 2234; aus der Bukowina — 679 Kg.)
Kalbfleisch . . .	9.346	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 2758; aus Galizien — 6558; aus Ungarn — 30 Kg.)
Schaffleisch . .	12.003	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 315; aus Mähren — 103; aus Galizien — 11.360 aus Ungarn — 99; aus der Bukowina — 126 Kg.)
Schweinfleisch .	23.398	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 20.092; aus Böhmen — 153; aus Mähren — 1361; aus aus Galizien — 1096; aus Ungarn — 696 Kg.)
Kälber	881	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 218; aus Ober-Österreich — 3; aus Mähren — 31; aus Galizien — 622; aus Ungarn — 7 St.)
Schafe	679	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 307; aus Mähren — 8; Galizien — 364 St.)
Schweine . . .	347	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 73; aus Mähren — 8; aus Galizien — 266 St.)
Lämmer . . .	1	„	(Aus Nieder-Österreich.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	2.140	Kg.	Kälber	4	Stück
Kalbfleisch	36	„	Schafe	6	„
Schaffleisch . . .	280	„	Schweine	—	„
Schweinfleisch . .	350	„	Lämmer	—	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	34	bis	70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	115	„	„ „
Kalbfleisch		„	42	„	80	„	„ „
Schaffleisch		„	30	„	54	„	„ „
Schweinfleisch		„	55	„	70	„	„ „
Kälber		„	40	„	64	„	„ „
Schafe		„	25	„	45	„	„ „
Schweine		„	44	„	62	„	„ „

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker als in der Vorwoche und haben die Verkäufer bei verhältnismäßig schwacher Nachfrage zum Wochenschlusse bei sämmtlichen Fleischwaren im allgemeinen Preisnachlässe von 2 bis 6 kr. per Kilogramm gewährt.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 19. September 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3264, Weidevieh — 659, Beinlvieh — 735.

Summa . 4658.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2523	
Galizische „ . . .	923	
Deutsche „ . . .	1088	
Büffel „ . . .	124	

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3791
Stiere	426
Kühe	441

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 57	bis 65 fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Umschlitt 2c.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- urd Darminhalt 2c., zugesteht.
(extrem	„ 65½	„ — „)	
Galizische Schlachtthiere	„ 55	„ 64 „	
(extrem	„ 65	„ — „)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 56	„ 66 „	
(extrem	„ 67	„ 68 „)	
Weidevieh	„ —	„ — „	
Stiere	„ —	„ — „	
Kühe	„ —	„ — „	
Büffel	„ —	„ — „	
Beinlvieh	„ —	„ — „	

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen . .	von	20	bis	31	fl.
Stiere . .	„	24	„	35	„
Kühe . . .	„	22	„	32	„
Büffel . .	„	—	„	—	„
Beinlvieh .	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 19 bis 93 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	157	Stück
Beinlvieh	84	„

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 427 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war für sehr gute Qualitäten sehr ruhig, daher dieselben die letztwöchentlichen Preise behaupteten, während die übrigen Sorten bei ziemlich flauer Nachfrage einen Preisrückgang von 1 fl. per 100 Kilo erfahren haben.

* * *

(Pferdemarkt vom 16. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 337 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—400 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 27 — 55 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 11. bis 17. September 1892:

(Geschlachtet wurden 130 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	vom Pferde	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten . .		1 „	24—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—48 „
Dürre Würste		1 „	32—56 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 2—2.30
Häute		per St.	„ 3—6.50

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. September 1892.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 Kg.) . .	von	7	fl.	65	kr.	bis	8 fl.	55	kr.
Roggen („ 71—74 „) . .	„	6	„	90	„	„	7 „	20	„
Gerste	„	5	„	40	„	„	8 „	75	„
Mais	„	5	„	25	„	„	6 „	—	„
Hafer	„	5	„	90	„	„	6 „	65	„

(per 100 Kg.)

b) Mahlproducte.

Gries	von	15	fl.	—	kr.	bis	16 fl.	50	kr.
Weizenmehl	„	6	„	—	„	„	16 „	—	„
Roggenmehl	„	8	„	—	„	„	13 „	50	„
Weizenkleie	„	3	„	90	„	„	4 „	15	„
Roggenkleie	„	4	„	80	„	„	5 „	—	„

(per 100 Kg.)

Baubewegung.

(Vom 1. bis 15. September 1892.)

Bauconsense wurden ertheilt:

a) für Neubauten:

II. Bezirk: Magazinsbau, Zwischenbrücken, Grundb.-Einl. 1453, 1454, 1455 und 1456 an die Firma Bernhard Weininger & Sohn (Bauführer Heinrich Roleder).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 4169 Karajangasse, an Albin Wostal (Bauführer Theodor Bauer).

III. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2528 Mohsgasse, an Franz Heinrich (Bauführer J. Doležal).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2531 Mohsgasse, an M. Siebenschein (Bauführer J. Doležal).

III. Bezirk: Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2630 Kuhngasse, an Adolf Spielmann (Bauführer J. Doležal).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 2685 Hohlweggasse, an Katharina Wünsch (Bauführer J. Doležal).

IX. Bezirk: Wohnhaus, Bleichergasse 5, an Adolf Magyorósy (Bauführer C. Mayer).

„ „ Wohnhaus, Grundb.-Einl. 1488, Schwarzspanierstraße, an die Wiener Baugesellschaft.

XII. Bezirk: Hausbau, Unter-Meidling, Jahngasse, Cat.-Parc. 108/14, Grundb.-Einl. 747, an Leopold Höfer (zugleich Bauführer).

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Penzing, Ameisgasse, Parcelle 493/3, Grundb.-Einl. 966 Penzing, an Josef und Marie Künstner (Bauführer Josef Prokop).

XIV. Bezirk: Wohnhaus, Ecke Goldschlagstraße und Illekgasse Grundb.-Einl. 1241, an Wenzel und Marie Wleek (Bauführer Johann Schrepfer).

„ „ Fabriks- und Wohngebäude, Märzstraße Or.-Nr. 82, Grundb.-Einl. 1225, an Rupert Wimmer (Bauführer Paul Langer).

„ „ Geschäfts- und Wohnhaus, Märzstraße, Ecke Selzergasse, Grundb.-Einl. 902, an Frz. und Thekla Steindl (Bauführer A. Schick & H. Kraus).

XVI. Bezirk: Panikengasse 18, an Wilh. Maißer (Bauführer Franz Roth).

XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Karlsgasse 44, an Marie Domes (Bauführer Matthias Taschner).

„ „ Wohnhaus und Stallung, Hernals, Stiftgasse, Parcelle 545/64, an Franz Jäger (Bauführer Johann Doležal).

XVIII. Bezirk: Haus- und Magazinsbau, Weinhaus, Herrengasse Einl.-Z. 25, Cat.-Parc. 65/1, an Dr. Josef Deckert noe. St. Josef-Kirchenbau-Vereines in Weinhaus (Bauführer Franz Kaindl).

b) für Umbauten:

II. Bezirk: Wohnhaus, Körnergasse 5, an Josef Einramhof (Bauführer Al. Sallatmeyer).

III. Bezirk: Wohnhaus, Reisnerstraße 30, an Alfred Collmann (Bauführer Heinz Gerl).

„ „ Zwei Wohnhäuser, Beatrixgasse 21 und Reisnerstraße 9, an Robert und Karl Wenzl (Bauführer Moriz und Josef Sturany).

VI. Bezirk: Wohnhaus, Laimgrubengasse 12, an Paula Lang (Bauführer Anton Lang).

IX. Bezirk: Wohnhaus, Seegasse 10, an Hermann Otte (Bauführer ?).

XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 71, an Jak. und Jgn. Kuffner (Bauführer Ant. Zagórski).

c) für Zubauten:

II. Bezirk: Stall- und Remisenbau, Laufbergergasse 12, an Felix Graf Harnoncour (Bauführer J. Frosch).

V. Bezirk: Kesselhaus Einsiedlerplatz 4, an J. W. Müller (Bauführer Frauenfeld & Berghof).

VII. Bezirk: Zubau für die Steueramtsabtheilung des magistratischen Bezirksamtes für den VI. und VII. Bezirk, Neubaugasse 25 (Bauführer Franz Daxelmüller).

XI. Bezirk: Fabrikszubau, Simmering, Rinnböckstraße 57 bis 61, an Gustav Chaudoir & Cie. (Bauführer Anton Kurz).

XII. Bezirk: Hoftract, Unter-Meidling, Schulgasse 27, an Anna Baudisch (Bauführer W. Voit).

„ „ Hoftract, Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 56, an Josef Zinnagel (Bauführer Michael Weilgony).

XIII. Bezirk: Maleratelier, Penzing, Pfarrgasse 23, an Marie Groebe (Bauführer Franz Thyll).

XV. Bezirk: Zubau einer offenen Schupfe, Herklotzgasse 9, an Josef Stadler (Bauführer Edmund Schwarzer).

XVI. Bezirk: Zubau einer offenen Schupfe, Ganglbauergasse 16, an Mich. Christa (Bauführer Ferd. Baldia).

„ „ Zubau einer offenen Schupfe, Schubertgasse 6, an Jak. und Jg. Kuffner (Bauführer Ant. Zagórski).

XVII. Bezirk: Wohnhaus, Dornbach, Winklergasse 9, an Rosa Mayßen (Bauführer F. Novaček).

d) für Stockwerksaufsetzung:

X. Bezirk: Josef Hable, Stadtmaurermeister, Buchengasse 89, Einl.-Z. 128.

XIII. Bezirk: Speising, Feldkellergasse 20, an Gustav Walker (Bauführer Gabriel Kröpfl).

XV. Bezirk: Herklotzgasse 22, an Henriette Hack (Bauführer Karl Brunner).

XVI. Bezirk: Ottakring, Annagasse 4, an Ludwig Leidermann (Bauführer Thomas Hofer).

XVIII. Bezirk: Währing, Weinberggasse 6, an Ludwig und Antonie Fekete (Bauführer Ignaz Gräf).

e) für Adaptierungen:

I. Bezirk: Naglergasse 13, an Stadtbaumeister Aug. Fritz,

„ „ Graben 8, an die Wiener Baugesellschaft.

„ „ Krugerstraße 7, an L. Kurmayer (Bauführer Jos. Mayer).

„ „ Seilerstätte 28, an Stadtbaumeister C. Quidenus.

„ „ Hofgartenstraße 3, an Stadtbaumeister Jul. Mitschke.

„ „ Strauchgasse 1, an Anglo-österr. Bank (Bauführer Heinz Gerl).

II. Bezirk: Wallensteinstraße 20, an Jakob Ocho (Bauführer ?).

„ „ Circusgasse 37, an J. Benvenisti (Bauführer L. Witzmann).

„ „ Heinzelmanngasse 3, an Josef Pokorny (Bauführer ?).

„ „ Rafaelgasse 24, an Ad. Hauser (Bauführer A. Honus).

III. Bezirk: Gärtnergasse 9, an Maurermeister J. Nowak.

„ „ Rennweg 45, an Johann Franz (Bauführer ?).

„ „ Rennweg 75, an Franz Fida (Bauführer J. Mitschke).

„ „ Hohlweggasse 26, an A. Kothbauer (Bauführer C. Holzmann).

„ „ Seidlgasse 7, an Karoline Bayer (Bauführer L. Doby).

„ „ Erdbergstraße 120, an R. Clement (Bauführer L. Witzmann).

IV. Bezirk: Pressgasse 30, an Emil Schwabe (Bauführer Heinr. Ohrner).

„ „ Schäffergasse 5, an Ignaz Sagl (Bauführer A. Kirchem).

„ „ Rainergasse 3, an Maurermeister Jos. Müller.

„ „ Favoritenstraße 16, an Stadtbaumeister J. Scholz.

„ „ Karolinenplatz 5, an Andrea Francini (Bauführer C. Holzmann).

„ „ Kolschitzkygasse 3, an Jakob Scherber (Bauführer ?).

„ „ Fleischmannsgasse 6, an D. A. Hering (Bauführer C. Holzmann).

„ „ Weyringergasse 40, an J. Schwedianer (Bauführer C. Holzmann).

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse 2, an Ludwig Schreiter (Bauführer A. Langer).

„ „ Rüdigergasse 8, an Stadtbaumeister Ed. Schätz.

„ „ Hundsthurmerstraße 44, an J. Fleischhacker (Bauführer J. Schneider).

„ „ Embelgasse 44, an Jos. Neurath (Bauführer M. Brunner).

„ „ Kompertgasse 1, an Lazar Stier (Bauführer Seitl & Klee).

„ „ Tichtelgasse 17, an Franz Hainz (Bauführer C. Palisa).

VI. Bezirk: Webgasse 26, an Moriz Miller (Bauführer A. u. J. Sturany.)

„ „ Webgasse 3, an G. Kammel (Bauführer Fr. Sonnenburg).

VII. Bezirk: Halbgasse 24, an Josef Zauza (Bauführer Franz Prokesch).

„ „ Schottenfeldgasse 39, an V. Suppancic (Bauführer?).

VIII. Bezirk: Lederergasse 9, an Karl Rößler (Bauführer?).

IX. Bezirk: Lichtenthalergasse 8, an Math. Kainz (Bauführer L. Scherer).

„ „ Währingerstraße 42 bis 44, an J. Dietrich (Bauführer F. Dirnberger).

„ „ Sobieskygasse 24, an A. Grapper & F. Drapal (Bauführer M. Trimmel).

„ „ Währingerstraße 19, an die Baumeister Ferd. Dehm und F. Olbricht.

„ „ Berggasse 32, an Moritz Böhm (Bauführer?).

„ „ Pramergasse 9, an Leopold Stöger (Bauführer J. Schmalzhofer).

X. Bezirk: Adaptierung beim Wohnhaus Laxenburgerstr. 24, Grundb.-Einl.-Z. 963, an Elisabeth Brunn (Bauführer Heinrich Ohrner).

XI. Bezirk: Hausadaptierung, Simmering, Pfeifergasse 8, an Wenzel und Marie Kraupa (Bauführer Anton Kurz).

XIII. Bezirk: Penzing, Hauptstraße 45, an Lambert Widhalm (Bauführer Jul. Stättermayer).

„ „ Speising, Hauptstraße 21, an Josef Pantlitschko (Bauführer Johann Schlimek).

„ „ Hietzing, Feldgasse 3, an Anna Weidlich (Bauführer Josef Wenz).

„ „ Penzing, Hauptstraße 45, an Lambert Widhalm (Bauführer Jul. Stättermayer).

„ „ Hietzing, Lainzerstraße 54, an Moses Keich (Bauführer Edmund Schwarzer).

„ „ Hietzing, Altgasse 16, an Karl Bayer (Bauführer Josef Kopf).

XIV. Bezirk: Ponthongasse 25, an Marie Schreyvogel (Bauführer Pötzl).

„ „ Neugasse 16, an Georg und Barbara Zinbauer (Bauführer Johann Lausecker).

„ „ Sechshauser Hauptstraße 11, an Josef Schlögl (Bauführer Otto Ettmayer).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 7 und 9, an Ferd. Weiner (Bauführer K. Jaeger).

„ „ Ottakring, Eisnerstraße 18, an Moriz Nowak (Bauführer Thomas Mann).

„ „ Ottakring, Engerthgasse 5, an Dr. Groß (Bauführer Thomas Mann).

„ „ Neulerchenfeld, Gürtelstraße 53, an Jos. Fuchs (Bauführer Jos. Baldia).

„ „ Ottakring, Eisnerstraße 15, an W. Hladik (Bauführer Thomas Mann).

„ „ Ottakring, Hauptstraße 71, an Moriz Edl. v. Kuffner (Bauführer Anton Zagórski).

„ „ Ottakring, Waldstraße C.-Nr. 1343, an Moriz Edl. v. Kuffner (Bauführer Anton Zagórski).

„ „ Ottakring, Erdbrichtgasse C.-Nr. 1468, an Marie Sarközy (Bauführer Ferdinand Baldia).

„ „ Wattgasse 44, an Pauline Knoht (Bauführer Karl Schäffer).

„ „ Neulerchenfeld, Herbststraße 7, an Leopold Knoht (Bauführer Ant. Dietl).

XVII. Bezirk: Dornbach, Kainzgasse 11, an Josef Picko (Bauführer ?).

„ „ Dornbach, Hauptstraße 92, Vincenz Zabsky (Bauführer Johann Steinmetz).

XVIII. Bezirk: Währing, Kreutzgasse 30, an Ferdinand und Aloisia Schindler (Bauführer Franz Horacky).

f) für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Flugdach nächst der Rotunde, an die Wiener Tramway-Gesellschaft (Bauführer Bübl).

II. Bezirk: Glasgang, Jägerstraße 60, an Heinrich Hanel (Bauführer ?).

„ „ Flugdächer nächst der Rotunde, an die VI. Section der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft (Bauführer Franz Djörup).

„ „ Hütte, Erdbergermais Grundb.-Einl. 2125, an A. Kastner (Bauführer L. Witzmann).

V. Bezirk: Flugdach, Hundsthurmerstraße 24, an Karl Bamberger (Bauführer J. Ebetshuber).

„ „ Flugdach, Kleine Neugasse 23, an Kastl & Wentzke (Bauführer J. Renner).

„ „ Rohrcanal, Margarethenstraße 24, an Elise Dobner von Dobenau (Bauführer O. Ettmayer).

VI. Bezirk: Rohrcanal, Windmühlgasse 24, an Dr. Franz Lick (Bauführer R. Jäger).

„ „ Hofmauerherstellung, Matrosengasse 6, an Jakob Tomasetti (Bauführer Stagl & Brodhag).

IX. Bezirk: Rohrcanal, Kapellengasse 3 an Alex. Müller (Bauführer J. Müller).

XI. Bezirk: Sanitätsbaracke, Simmering, Pfeifergasse, an die Wiener freiwillige Rettungs-Gesellschaft (Bauführer Franz Djörup).

„ „ Abortanlage, Simmering, Hauptstraße 38/40, an Maschinenfabrik vormals H. D. Schmid (Bauführer Anton Kurz).

„ „ Düngergrube, Simmering, Hugogasse 12, an Martin Kafka (Bauführer Anton Heindl).

„ „ Düngergrube, Simmering, Hauptstraße 96, an Lorenz Gey's Erben (Bauführer Ferdinand Kaindl).

„ „ Abortanlage, Simmering, Theresiengasse 28, an Heinrich Syrowatka (Bauführer Ferd. Kaindl).

XII. Bezirk: Abortbau, Gaudenzdorf, Feldgasse 8, an Sparcassa Weitra (Bauführer Franz Macher).

„ „ Abortbau, Gaudenzdorf, Plankengasse 13/15, an Karl Göbel (Bauführer W. Voit).

„ „ Schornsteinbau, Gaudenzdorf, Gürtelstraße 24, an österr. Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft (Bauführer Ernst Riedinger).

XIII. Bezirk: Schupfen, Hietzing, Lainzerstraße 72, an Th. und Susanna Schreb (Bauführer J. Kopf).

„ „ Motorenhaus und Holzverkleinerungsschupfen, Penzing, C.-Nr. 176, Grundb.-Einl. 263, an Johann und Marie Reimann (Bauführer Karl Ziegelwanger).

„ „ Betoncanal, Penzing, Hauptstraße 33, an Agnes Faber (Bauführer Julius Stättermayer).

„ „ Hauscanal, Penzing, Hauptgasse 46, an Francisca Mondl (Bauführer Heinrich Staud).

„ „ Steinzeugrohrleitung, Penzing, Bahngasse 25, an Ignaz und Karl Mayer und Leopoldine Stransky (Bauführer Julius Stättermayer).

XIII. Bezirk: Steinzeugrohrleitung, Penzing, Hauptgasse 25, an Karl und Ferdinand Eder und Therese Eder (Bauführer Julius Stättermayer).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Penzing, Hauptgasse 19, an Theresia Treimer (Bauführer Julius Stättermayer).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Penzing, Schmiedgasse 5, an Johanna Wassertheurer und Karoline Munda (Bauführer J. Stättermayer).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Aborte und Garteneinfriedungsmauer, Penzing, Schmiedgasse 7, an Ferdinand und Elisabeth Eberth (Bauführer Julius Stättermayer).
„ „ Steinzeugrohrleitung, Penzing, Antongasse 6, an Anna und Ida Pirringer (Bauführer Adolf R. v. Bergmüller).
XVI. Bezirk: Sanitätsbaracke, Ottakring, Engerthgasse, an die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft (Bauführer Th. Fink.)
„ „ Schupfenbau, Lerchenfelderstraße 117, an Rob. Dinzl (Bauführer Josef Reinhart).
XIX. Bezirk: Cisternenbau, Kahlenbergerdorf, Leopoldsberg C.-Nr. 1, an das Stift Klosterneuburg (Bauführer Martin Schömer).
„ „ Dampfkesselaufstellung, Ober-Sievering „Gspött", an Ed. Wilhelmy (Bauführer F. Ibl).

g) für Parcellierungen:

XI. Bezirk: Simmering, Grundb.-Einl. 316 Rinnböckstraße, an Franz und Marie Newstawal.

h) Baulinien wurden bestimmt:

III. Bezirk: Für die Hafengasse.
XIII. Bezirk: Für die Schulgasse in Baumgarten.
XV. Bezirk: Für die Schönbrunnerstraße in Fünfhaus.
XVII. Bezirk: Für die Hauptstraße in Neuwaldegg.
„ „ Für die Pötzleinsdorferstraße in Neuwaldegg.
„ „ Für den Kirchenplatz in Hernals.

Z. 5630 ex 1892.

Kundmachung.

(Einsichtnahme in den Hauptrechnungs-Abschluss pro 1891.)

Der Magistrat hat den Hauptrechnungs-Abschluss der Gemeinde Wien, und zwar für die Bezirke I bis X für das Jahr 1891 an den Stadtrath geleitet und liegt dieses Rechnungs-Operat vom 19. September l. J. angefangen im Sinne der Bestimmungen des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse, Rathhaus, Stiege 5, 1. Stock, während der gewöhnlichen Amtsstunden auf.

Dies wird hiemit im Sinne der weiteren Bestimmungen des citierten Gesetzes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder über den genannten Rechnungs-Abschluss im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 16. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann N. Prix. 2—3

Prot.-Nr. 155869
ex 1892. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes des in den städtischen Schulgebäuden IV., Phornsgasse 10, VI., Cornelinsgasse 6 und VII., Kandlgasse 30 erliegenden alten Eisens,** welches von den in diesen Schulen bestandenen Heizapparaten herrührt, wird **vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse für den Verkauf im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bewilligung zur Besichtigung der Verkaufsobjecte dort einholen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—3

Prot.-Nr. 97722
Ref.-Nr. 1025. XIV ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Hufbeschlages für die Pferde der Wiener städtischen Feuerwehr** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Donnerstag, den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Steuzinger, im Rathhause** (3. Stiege, II. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeinen und speciellen Bedingnisse bei dem städtischen Feuerwehr-Commando, I. Bezirk, Am Hof Nr. 9, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das Vadium per fünfhundert Gulden anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Theresiengasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 3 bis 23** im veranschlagten Kostenbetrage von 3418 fl. 40 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 164681
Ref.-Nr. 2448 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Theresiengasse von der Schulgasse bis zur Wienerstraße in Währing im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1546 fl. 88 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458. ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines gemauerten, schliefsbaren Wasserlaufes in der Theresiengasse im XI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 3407 fl. 59 kr. und 200 fl. Pauschale, dann der Lieferung des erforderlichen hydraulischen Kalkes im veranschlagten Kostenbetrage von 544 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Hirschengasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 19 bis zum Wiener-Neustädter Canale** im veranschlagten Kostenbetrage von 2300 fl. 65 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Dorfgasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 50 bis zur Felbergasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 2585 fl. 70 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **28. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 125053
Ref.-Nr. 1825 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4556 fl. 43 kr. nebst 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 144084
Ref.-Nr. 2106 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Hietzinger Hauptstraße in der Strecke von der Kaiser Franz Josef-Brücke bis zum Hauptplatze** im veranschlagten Kostenbetrage von 4032 fl. 4 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 158377
Ref.-Nr. 2347 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Herstellung von Rinnsalen und Übergängen im XVI. Bezirke Ottakring** im veranschlagten Kostenbetrage von 1393 fl. 93 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 162475 ex 1892.
Ref.-Nr. 2399. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Pflastererarbeit für die Neu-, resp. Umpflasterung von Theilen der Brunnengasse im XVI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 5466 fl. 36 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 162480
Ref.-Nr. 2404 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Fahrstraße am Ottakringer Marktplatze im XVI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 3375 fl. 37 kr. und 350 fl. Pauschale** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **22. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 161130
Ref.-Nr. 2382 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Stiftgasse zwischen der Gürtelstraße und Bergsteiggasse im XVII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 6534 fl. 74 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 162478
Ref.-Nr. 2402 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Umpflasterung der Burg- und Breitegasse im VII. Bezirke von der Lastenstraße bis zur Siebensterngasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 6317 fl. 56 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 21. September d. J., präcise um 10 Uhr Vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 10. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 145107
Ref.-Nr. 5304 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der Hundemarken für das Jahr 1893** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer, im neuen Rathhause** (1. Stock, Departement III), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die allgemeine und specielle Vorschrift im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 3—3

G.-Z. 27527
XV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung 1. der **Baumeisterarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 14.243 fl. 70 kr.; 2. der **Eisenconstructionsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 16.339 fl. 71 kr.; 3. der **Zimmermannsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage per 10.199 fl. 98 kr.; 4. der Lieferung der erforderlichen **Klinker- und Steinzeugwaren** im veranschlagten Kostenbetrage per 5372 fl. 95 kr. aus Anlass der **projectierten Erweiterung der Schweinehalle und Errichtung von Sammelständen nächst den Szálláseu am Central-Viehmarkte** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 22. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Kronawetter, im neuen Rathhause (5. Stiege, Mezzanin),** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte, Stiege 4, im Bureau des Herrn Ober-Ingenieurs Clauser während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. September 1892. 3—3

Kundmachung.

(Schiffsjungenschule der k. und k. Kriegsmarine.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei ddto. 25. August 1892, Pr.-Z. 5473, sind Gesuche um Aufnahme als **Schiffsjungen** stempelfrei an das „k. und k. Militär-Hafencommando zu Pola" durch das dem Domicil des Bittstellers nächstgelegene Ergänzungsbezirks-Commando zu überreichen.

NB. Nähere Auskunft über Zweck, Aufnahmsbedingungen und Einrichtung der Schiffsjungenschule — siehe erste Notiz sub „Allgemeine Nachrichten" der Nummer 72.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. September 1892. 3—3

Z. 162240
XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 11. und 12. October 1892, eventuell auch an den folgenden Tagen, werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im **Rathhause, VI. Hof, Parterre** einfinden.

Die Auctionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. September 1892. 3—3

Z. 208.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 18. d. M., Z. $\frac{21980}{XIV.}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Jänner 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 3082 und **Effecten** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 6635 **am 5. October 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 19. September 1892. 1—3

Statth.-Z. 55026 ex 1892.

Kundmachung

(der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 6. September 1892, Z. 55026, betreffend die Frist für die Nachsicht der Straffolgen, für bisher versäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche der Rinder.)

Die im § 31 des Gesetzes vom 17. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 142), betreffend die Landwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, zugesicherte Frist für die Nachsicht der Straffolgen für bisher verabsäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche, welche binnen sechs Wochen nach dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes durch das Reichsgesetzblatt nachgetragen werden, läuft, nachdem die Nummer des Reichsgesetzblattes, in welcher das bezeichnete Gesetz aufgenommen ist, am 28. August 1892 zur Ausgabe gelangt ist, am 9. October l. J. ab, was hiemit im Interesse jener Viehbesitzer, welche der Wohlthat des Gesetzes für bisher verheimlichte Lungenseuchenbestände theilhaftig werden wollen, zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei.

Wien, am 5. September 1892. 1—3

G.-Z. 134387
XV.

Kundmachung.

(Viehtransport.)

Die k. k. Eisenbahn-Betriebs-Direction Wien hat mit Zuschrift vom 7. August 1892, Nr. 13709 g, mitgetheilt, dass den Vieh- und Fleischhändlern gegen Erlag einer Caution von 20 fl. die Begünstigung eingeräumt wurde, die für die Approvisionierung von Wien bestimmten Sendungen vor Beginn der Amtsstunden gegen, am selben Tage stattfindende Begleichung der erwachsenen Nebengebüren beziehen zu können.

Darunter sind aber nur jene Sendungen verstanden, deren Transportgebüren in der Aufgabsstation frankiert wurden.

Unfrankiert einlangende Sendungen könnten nur innerhalb der festgesetzten Amtsstunden oder außerhalb derselben gegen Erlag einer Caution von 300 fl. in Barem oder in Wertheffecten im Sinne der von der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen herausgegebenen „Normativ-Bestimmungen gegen Credit ausgefolgt werden.

Es wäre daher Sache der betreffenden Fleisch-Commissionäre, dafür zu sorgen, dass die unter ihrer Adresse anlangenden Sendungen in der Aufgabsstation stets frankiert werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. September 1892. 1—3

G.-Z. 170248
X

Kundmachung.

(Freiplatz an der vormals J. Patzelt'schen Privat-Handelsschule.)

Mit Beginn des Schuljahres 1892/93 gelangt an der J. Pazelt'schen Privat-Handelsschule des Herrn **F. Glaser, I. Bezirk, Salvatorgasse Nr. 10**, ein Freiplatz für Söhne von Communalbeamten und Dienern, eventuell, wenn solche geeignete Bewerber sich nicht melden sollten, für Söhne städtischer Volks- und Bürgerschullehrer zur Verleihung.

Zur Aufnahme in diese Anstalt ist der Nachweis erforderlich, dass der gesetzlichen Schulpflicht entsprochen worden ist.

Bewerber um diesen Freiplatz haben ihre mit dem Tauf- oder Geburtsschein, sowie dem Entlassungs- oder Jahreszeugnisse der Volksschule, eventuell dem letzten Mittelschulzeugnisse belegten Gesuche bis längstens 30. September l. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. September 1892. 1—3

M.-Z. 143012
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die **Rechnungs-Abschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonde** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonde werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 3—3

Z. 108777
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerladfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der **Rechnungs-Abschluss pro 1891 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfondes vom 15. September 1892 an** durch 14 Tage im Armen-Departement des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zu Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. September 1892. 3—3

M.-Z. 143014
XI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschlüsse des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und des Wiener Landwehrfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass der **Rechnungs-Abschluss des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Wiener allgemeinen Versorgungsfondes pro 1891, sowie jener des Wiener Landwehrfondes pro 1891** im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes vom **12. September 1892** angefangen **durch 14 Tage** im h. ä. Armendepartement zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder werden im erwähnten Departement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungs-Abschlüsse in Erwägung gezogen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. September 1892. 3—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 16. September 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Adam . . . 2251
2. Bekanntgabe des Ablaufes der Functionsdauer der gemeinderäthlichen Schriftführer . . . 2251
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Wessely, betreffend die Pflasterung eines Theiles der Gumpendorferstraße im VI. Bezirke . . . 2251
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend den sofortigen Beginn der Legung der Rohre für die Hochquellenleitung in den neuen Bezirken . . . 2251
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Behandlung der von dem Bezirksausschusse befürworteten Zuständigkeitsgesuche, die Vorlage des definitiven Statutes für die Bezirksausschüsse und die Zustellung von Steueracten an dieselben . . . 2251

Interpellationen:

6. Gem.-Rath Lang, betreffend die Reorganisation der Straßenreinigung . . . 2252
7. Gem.-Rath Hipp, betreffend das incorrecte Vorgehen zweier Marktcommissäre . . . 2252
8. Beantwortung der Interpellation der Gem.-Räthe Eigner und Purscht, betreffend die Canalisierung der Schmerlinggasse im XVII. Bezirk . . . 2253
9. Gem.-Rath Dr. Linke, betreffend die Bekanntgabe des Zweckes der am Marktplatze in Simmering aufgeführten Baracke . . . 2253
10. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Einstellung des einspännigen Pferdebahnbetriebes . . . 2253
11. Derselbe, betreffend das Verbot der Einstellung der Eisgewinnung aus dem Wienflusse . . . 2253
12. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend die Beschleunigung der Vorlage rücksichtlich der neu zu erbauenden Volksschule im XVII. Bezirke . . . 2254
13. Derselbe, betreffend die Pflasterung der Gürtelstraße bis zur Kinderspitalgasse im XVII. Bezirke . . . 2254
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Gehaltsregulierung der städtischen Beamten . . . 2254
15. Gem.-Rath Kraetschmer, betreffend den Leichentransport aus dem Kaiser Franz Josef-Spitale . . . 2254

Anträge:

16. Gem.-Rath Dr. Lerch, betreffend die Erbauung einer neuen Schule in Zwischenbrücken . . . 2254
17. Gem.-Rath Kraetschmer, betreffend die Benützung eines beim Kaiser Franz-Josef-Spitale befindlichen Magazins als Leichenkammer . . . 2254
18. Gem.-Rath Latschka, betreffend die Einstellung des Hausierhandels während der Choleragefahr . . . 2254
19. Gem.-Rath Trambauer, betreffend die Eröffnung der Erlachgasse im X. Bezirke . . . 2254
20. Gem.-Räthe Steiner und Hipp, betreffend die Verhängung der Sequestration über das Pferdeeisenbahn-Unternehmen der Wiener Tramway-Gesellschaft, respective die Übernahme des Betriebes derselben seitens der Gemeinde . . . 2254
21. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Einwölbung des Alsbaches im XVII. Bezirke . . . 2255
22. Gem.-Rath Hipp, betreffend die beschleunigte Errichtung von Auslaufbrunnen im XVI. Bezirke . . . 2255

Referate:

23. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Beistellung von Nothspitälern für den Fall des Ausbruches der Cholera in Wien . 2255
24. Gem.-Rath Noske, betreffend den Verkauf des städtischen Hauses Nr. 135, Hauptstraße in Dornbach an die Eheleute Konrath . 2260
25. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend den Verkauf eines Theiles der Baustelle I. Cat.-Parc. 1116, Jacquingasse, III. Bezirk, an Karl Fröschl . . . 2261
26. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend den Verkauf eines Theiles der Bürgerladfonds-Parcelle 629, V. Bezirk, an die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen . . . 2264
27. Gem.-Rath Boschan, betreffend den Verkauf der Baustellen X, XI, XII und I der Gruppe J, Malfattigasse, V. Bezirk, an Rudolf Weiß . . . 2266
28. Gem.-Rath Rückauf, betreffend das Project für die Herstellung eines Unrathscanales in der Hütteldorferstraße in Breitensee . . 2267
29. Derselbe, betreffend den Canalbau in der Straße durch den fünften Nordbahndurchlass und in jener entlang der Bahnanlage zur Straße durch den dritten Durchlass . . . 2267
30. Derselbe, betreffend den Canalbau in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse im III. Bezirk . . . 2268
31. Derselbe, betreffend die Subventionierung des katholischen Frauen-Wohlthätigkeitsvereines Reindorf im XIV. Bezirke . . 2268
32. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr am Rudolfshügel im X. Bezirke . . 2268
33. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Altmannsdorf . . . 2268
34. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Breitensee . . . 2268
35. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof . . . 2268
36. Derselbe, betreffend die Vermehrung der Mannschaft der städtischen Feuerwehr . . . 2268
37. Gem.-Rath Meißl, betreffend die Abänderung des mit dem Unternehmer Beetz geschlossenen Vertrages mit Beziehung auf die auf dem neuen Marktplatze im II. Bezirke zu errichtende Bedürfnisanstalt . . . 2269
38. Vornahme der Wahl dreier Mitglieder und eines Ersatzmannes in das Preisgericht zur Prüfung des Concursprojects für die städtischen Gaswerke . . . 2269

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 16. September 1892.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend den Fortbezug einer Gnadengabe und von Erziehungsbeiträgen . . . 2269
2. Derselbe, betreffend die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Armenrath und Waisenvater Heinrich Levitus 2269
3. Derselbe, betreffend die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Landstraßer Männergesang-Verein . . . 2269
4. und 5. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend die Verleihung eines Erziehungsbeitrages und einer Gnadengabe . . . 2269
6. Gem.-Rath Ritter v. Goldschmidt, betreffend ein Ansuchen des k. und k. Militärärars um Baulinienänderung und Auflassung von Straßenzügen bezüglich eines auf der Schmelz nächst Breitensee für militärische Unterkunftsbauten in Aussicht genommenen Grundcomplexes . . . 2269

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. September 1892 . . . 2270

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 11. bis 17. September 1892 . . . 2275
Schlachtviehmarkt vom 19. September 1892 . . . 2275
Pferdemarkt vom 16. September 1892 . . . 2276
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. September 1892 . . . 2276
Baubewegung vom 1. bis 15. September 1892 . . . 2276—2279
Kundmachungen . . . 2279—2286

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 75. Freitag, den 23. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 27. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 30. September 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. September 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Dobeš entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Bei der Wahl dreier Mitglieder und eines Ersatzmannes in das Preisgericht zur Prüfung der Concurs-Projecte für die städtischen Gaswerke wurden gewählt als Mitglieder:

Gem.-Rath Rosenstingl mit 50 Stimmen,
Gem.-Rath Dr. Huber mit 48 Stimmen, und
Gem.-Rath v. Götz mit 46 Stimmen;

als Ersatzmann: Gem.-Rath R. v. Goldschmidt mit 47 Stimmen.

3. Ich habe die Ehre, Folgendes mitzutheilen: Der Gemeinderath hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen die Erlässe der Statthalterei vom 27. Juli und 12. September, in welchen die unentgeltliche Beistellung der Nothspitäler verlangt *worden ist, den Recurs zu* ergreifen. Se. Excellenz der Statthalter hat nun in einer Zuschrift an mich die bestimmte Erklärung abgegeben, dass es sich derzeit nur um die Evidenthaltung und Bereitstellung solcher Spitäler und nicht, wie vollständig unrichtig fortwährend angenommen wird, schon um die Beistellung derselben handelt, und dass dies nicht nur in den erwähnten Erlässen ausgedrückt erscheint, sondern auch in einem Protokolle vom 22. August, das bei der Statthalterei aufgenommen worden ist. Nachdem nun von Seite der hohen Statthalterei der Rechtsstandpunkt der Gemeinde Wien klar anerkannt ist, mithin eine Differenz zwischen Statthalterei und Gemeinde nicht mehr besteht, erscheint der Recurs gegenstandslos. Die Herren werden einverstanden sein, dass derselbe zurückgezogen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Einverstanden.

4. Ich habe die Ehre, folgende Interpellation zu beantworten: Der Herr Gem.-Rath Grünbeck hat angefragt, wie es mit den Fortschritten bezüglich der zu bauenden Volksschule im XVII. Bezirke steht.

Nach den gepflogenen Erhebungen sind die drei Baustellen, welche für den Schulbau angekauft worden sind, zu übernehmen. Die Local-Commission ist auf den 21. September anberaumt. Das Bauamt hat auch bereits eine Projectskizze entworfen, worüber eine gutächtliche Äußerung des Stadtphysikats eingeholt werden wird, worauf sodann in allerkürzester Zeit der Act dem Stadtrathe vorgelegt werden wird.

5. Der Herr Gem.-Rath Röhrl hat die Anfrage gestellt, ob ich geneigt wäre, die Eisgewinnung im kommenden Winter im Wienflussbette einzustellen, um damit eventuellen infectiösen Krankheiten vorzubeugen. Diese Eisgewinnung, welche seit Jahren eine Einnahmsquelle der Vororte gebildet hat, ist Gegenstand verschiedener Anträge geworden und es liegen auch wieder Offerte vor. Der Gemeinderath wird also Gelegenheit haben, bei Prüfung dieser Offerte sich darüber auszusprechen, ob er diese Eisgewinnung gestatten will oder nicht. Es ist daher von mir in dieser Hinsicht nichts vorzukehren.

Was aber die Behauptung in der Interpellation anbelangt, dass in Penzing, Baumgarten und Hütteldorf viele Fabriken sind, welche ihre Abfälle und ihren Unrath in das Wienflussbett leeren

oder durch Canäle hineinleiten, so ist dieselbe unrichtig. Seit länger als einem Jahrzehnt wurde von den Bezirkshauptmannschaften die Ableerung von Fabriksabfällen oder Unrath in das Wienflussbett auf das strengste geahndet und die Cassierung aller Canäle, welche Fäcalien oder überhaupt organische Stoffe in den Wienfluss führen, nicht bloß angeordnet, sondern auf das strengste überwacht und zur Aufnahme der Fäcalien und Abwässer die Herstellung von Senkgruben veranlasst. Nur die Einleitung des Regen- und Schneewassers, sowie jener Fabriksabwässer, welche bloß mineralische, also keine organischen Substanzen enthalten, die in Fäulnis übergehen können, wurden, soweit sie als bestehend vorgefunden wurden, noch weiters geduldet, da nach dem Gutachten der Sachverständigen diese mineralischen Substanzen einen nachtheiligen Einfluss in sanitärer Hinsicht nicht ausüben. Es ist wohl richtig, dass in der Nähe von Stellen im Flusse, an denen solche Ausleitungen von Fabriken, namentlich von Färbereien münden, das Wasser streckenweise eine bläuliche oder grünliche Färbung hat, allein diese Färbung macht es nicht im allgemeinen gesundheitsschädlich, und wird man auch an solchen Stellen, die übrigens erst im Gemeindegebiete Hietzing beginnen, und sich flussabwärts fortsetzen, die Eisgewinnung nicht gestatten.

6. Weiter wurde von dem Herrn Gem.-Rathe Kraetschmer bezüglich der Verwendung eines Wagens zur Beisetzkammer des Kaiser Franz Josef-Spitales im X. Bezirke interpelliert. Nach den gepflogenen Erhebungen verhält sich die Sache so:

Der Direction des Kaiser Franz Josef-Spitales im X. Bezirk an der Triesterstraße wurde über ihr Ersuchen gestattet, die in der Simmeringerstraße im nämlichen Bezirke, nächst dem protestantischen Friedhofe gelegene städtische Leichenkammer vorübergehend zu benützen, bis die zur Beisetzung der Leichen im genannten Spitale bestimmten definitiven Räume hergestellt sein werden.

Dieser provisorischen Benützung der städtischen Leichenkammer und der Transportierung der beizusetzenden Leichen vom Spitale in die städtische Leichenkammer stehen in hygienischer Hinsicht keine Bedenken entgegen, denn die Leichen sind in Särgen verschlossen und werden auf der Triesterstraße, wo auf der linken Seite erst vier bewohnte Häuser stehen, die rechte Seite aber ganz unverbaut ist, und wo meist nur Ziegelfuhrwerk verkehrt, eine kurze Wegstrecke bis zur städtischen Leichenkammer gefahren und beigesetzt und nach Vollstreckung der gesetzlichen Beobachtungszeit in der Nacht auf den Central-Friedhof überführt.

7. Eine weitere Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck betrifft die Pflasterung und Trottoirherstellung der verlängerten Kinderspitalgasse im IX. und XVII. Bezirk. Die Angelegenheit steht so: Das Stadtbauamt wurde am 12. Juli zur Vorlage des Projectes hiefür aufgefordert, und wurde diese Vorlage am 18. August und am 13. September vom Magistrate urgiert. Nach gepflogener Erhebung im Stadtbauamte ist das Project ausgearbeitet und es wird der Magistrat dahin wirken, dass dasselbe mit aller Beschleunigung seiner Erledigung zugeführt werde.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Wünsch:**

Das darniederliegende Baugewerbe und die ungünstige wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung lassen die Befürchtung als begründet erscheinen, dass in der bevorstehenden Wintersaison die Erwerbsverhältnisse der unteren Classen sich noch misslicher gestalten werden, als im vorigen Jahre.

Angesichts dieser vorhandenen Gefahr in Verbindung mit dem Herannahen einer verheerenden Seuche, für deren Verbreitung die mangelhafte Ernährung gewisser Bevölkerungsschichten geradezu den Boden vorbereitet, stelle ich hiemit an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Lässt der gegenwärtige Stand der Berathungen der Commission für die Verkehrsanlagen Wiens die Inangriffnahme wenigstens eines Theiles der auszuführenden Arbeiten noch im Laufe dieses Winters erwarten? Und wenn dies nicht der Fall ist:

2. Welche Schritte gedenkt der Herr Bürgermeister an maßgebender Stelle zu thun, damit dieses Ziel mit größerer Energie angestrebt werde?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation, da ich selbstverständlich über die Angelegenheit nicht unterrichtet sein kann, Sr. Excellenz dem Herrn Sectionschef Dr. Ritter von Wittek als Vorsitzenden der Verkehrsanlagen-Commission übergeben und ihn ersuchen, hierüber die entsprechenden Mittheilungen zu machen. Dieselben werde ich dann die Ehre haben, dem Gemeinderathe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Rauscher:**

Die im XVIII. Bezirke Wiens erscheinende Halbmonatsschrift „Währinger Bezirks-Nachrichten" bringt in ihrer Nummer vom 1. September 1892, die in der Anlage beigeschlossen ist, auf Seite 6, Spalte 1, unter dem Titel „Die Choleragefahr und das Währinger Judenspital" einen Artikel, welcher unsere Behörden auf die Gefahr einer möglichen Einschleppung der im Auslande herrschenden Seuche aufmerksam macht.

Trotzdem inzwischen mehr denn vierzehn Tage verstrichen sind, während welcher Zeit die den wohldurchdachten prophylaktischen Maßregeln der Regierung stricte zuwiderlaufenden Zustände in dem genannten Spitale leicht hätten gebessert, beziehungsweise behoben werden können, ist keinerlei Anordnung behufs Vermeidung der Einschleppungsgefahr getroffen worden.

Nunmehr ist dagegen nach den Meldungen der galizischen Statthalterei — den liberalen Tagesblättern zufolge — in Krakau und Podgorze die Cholera asiatica aufgetreten und durch Herrn Professor Weichselbaum bacteriologisch constatiert worden.

Weil aber jetzt noch immer kranke Angehörige des bekannten interessanten Stammes, dessen Genossen aus Russland nach dem unanfechtbaren Ausspruche des Herrn Prof. Koch auch den Bewohnern der Stadt Hamburg die Cholera bescheert haben, aus Galizien in das im XVIII. Bezirke, Währing, Gürtelstraße 95, gelegene Spital der israelitischen Cultusgemeinde (Rothschild-Stiftung) aufgenommen werden; weil ferner nach dem constatierten Auftreten der asiatischen Cholera in Krakau und Umgebung eine erhöhte, fluchtartige Zuwanderung polnischer Staatsbürger mosaischer Confession, die vielleicht mit dem Cholerackeime schon behaftet sind, hier stattfinden dürfte; weil endlich wegen des Transportes solcher Kranken durch das Weichbild der Stadt Wien hiedurch die Verbreitung der drohenden Epidemie nur begünstigt werden muss, erlaube ich mir

1. mit Beziehung auf den früher genannten Artikel der „Währinger Bezirks-Nachrichten",

2. mit Beziehung auf die erwähnten Meldungen der Tagesjournale,

3. mit Beziehung auf die in der heutigen Landtagssitzung vom Herrn Abgeordneten Anton Baumann an den Herrn Statthalter gerichtete Interpellation, folgende Anfrage an den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien zu richten:

a) Ist der Herr Bürgermeister willens, seinen entschiedensten Einfluss darauf zu verwenden, dass keine aus Galizien zureisenden Juden in das Währinger Privatspital Aufnahme finden?

b) Durch welche Mittel gedenkt der Herr Bürgermeister, falls eine Abweisung der in das Rothschild-vulgo Judenspital Aufnahme suchenden Kranken nicht zulässig sein sollte, die Bewohner der ehemaligen Vororte, insbesondere jene von Währing, vor der gesteigerten Erkrankungsgefahr zu schützen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Frauenberger:**

Seit Jahrzehnten ist die Bürgerschaft Wiens bestrebt, den Linienwall zu entfernen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde endlich, wenn auch nicht nach dem Wunsche der Bevölkerung, die Verzehrungssteuerfrage gelöst — und der einzige plausible Grund für das Vorhandensein desselben beseitigt. Der

Linienwall blieb aber dessenungeachtet unbehelligt stehen. Es fand die Vereinigung der ehemals bestandenen größeren Vororte mit Wien statt, aber auch dieser Zwischenfall hat den Linienwall nicht im entferntesten berührt. Überrascht war man allenthalben, als seitens der Gemeinde Wien eine Anzahl kostspieliger Durchbrüche gemacht wurden in dem Augenblicke, als man dessen gänzliche Beseitigung täglich, ja stündlich erwarten zu können glaubte.

Wie groß ist aber die Enttäuschung!

Der schmutzige, halbverfallene, im hohen Grade sanitätswidrige Cholera-graben verbreitet noch heute als der Sammelpunkt alles Unreinen seine schädlichen Düfte und bietet mitten in der Residenz dem lichtscheuen Gesindel einen willkommenen Schlupfwinkel. Ja noch mehr. — Es werden die Linienamtshäuser verpachtet, Adaptierungen aller Art vorgenommen, ja sogar Portale aufgestellt und Spelunken und kleine Gasthäuser errichtet in ganz und gar ungeeigneten Räumen, so dass es den Anschein hat, als wollte man den Linienwall jetzt erst recht zum öffentlichen Ärgernis für die Mit- und Nachwelt in seiner sanitätswidrigen Gestalt haben.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob derselbe nicht geneigt wäre, den Herrn Ministerpräsidenten neuerlich auf diesen, der ganzen Stadt schädlichen und die Luft verderbenden Pilzgraben aufmerksam zu machen und mit aller Energie dahin zu wirken, dass derselbe, wenn schon nicht aus anderen Gründen, so doch aus Rücksichten für das allgemeine Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung schleunigst entfernt werde.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Die Herren können überzeugt sein, dass ich ebenso wie Sie selbst bestrebt bin, alle Mittel anzuwenden, um endlich die Beseitigung des Linienwalles zu erreichen.

Die Hindernisse aber, meine Herren sind Ihnen bekannt. Ich bin Ihrer Unterstützung gewiss, wenn ich zur geeigneten Zeit und am geeigneten Orte die mir entsprechend scheinenden Maßregeln ergreife. Ich werde nicht ermangeln, Sie von allen Schritten in Kenntnis zu setzen und bitte um Ihre thatkräftige Unterstützung. (Bravo!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Anfrage des **Gem.-Rathes Hawranek:**

Seit einiger Zeit ist es der Wiener Tramway-Gesellschaft beliebt, die Verträge die selbe einzuhalten verpflichtet ist, ganz einfach zu ignorieren.

So hat die Tramway-Gesellschaft in der Route Matzleinsdorfer- und Josefstädterstraße immer 14 Wägen verkehren lassen, seit kurzer Zeit dieselben bis auf neun Wägen beschränkt, und in den Mittagsstunden werden auch die neun Wägen um zwei vermindert; so folgt aus dem, statt dass die Wägen, wie die Vorschrift ist, alle sieben Minuten verkehren, die Fahrenden oft 26 Minuten warten müssen, bis ein Wagen dieser Route kommt, wovon ich mich selbst überzeugt habe; da ein solches Gebaren vertragswidrig ist, so frage ich den Herrn Bürgermeister:

Ob er als Chef des Magistrates die Wiener Tramway-Gesellschaft dazu verhalten wolle, dass dieselbe ihren Verpflichtungen genau nachkomme und alle sieben Minuten die Wägen wieder verkehren lasse.

Bürgermeister: Ich werde die in dieser Interpellation behaupteten Thatsachen erheben lassen und darnach handeln.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Nachdem schon vor drei Monaten die städtische Gasbeleuchtung in eigener Regie vom Gemeinderathe beschlossen worden ist und in der Bevölkerung die Vermuthung auftritt, dass die Vorarbeiten so lange verzögert werden, bis an die Kündigung des Gasvertrages und an die Erbauung der städtischen Gaswerke nicht mehr gedacht werden kann, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Wie weit sind die Vorarbeiten zur Beleuchtung in eigener Regie gediehen?

2. Wann gedenkt der Herr Bürgermeister diese Angelegenheit dem Plenum des Gemeinderathes vorzulegen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, nach den gepflogenen Erhebungen Folgendes zu erwidern: Auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 20. Mai 1892 wurde mit Schreiben vom 1. Juni 1892 an die englische Gasgesellschaft die Anfrage gerichtet, ob sie auf die ungesäumte Vornahme der im § 4, Alinea 3 des Gasvertrages vorgesehene gerichtliche Schätzung mit allen Rechtswirkungen des Vertrages eingehe. Die Gesellschaft hat hierüber schriftlich ihre Zustimmung erklärt.

Der Magistrat hat mit Bericht vom 20. Mai d. J. das Programm für die Verfassung eines Projectes zur Erbauung städtischer Gaswerke und die Preisausschreibung zur Erlangung von Entwürfen für diese Werke und die Concursausschreibung für die Bauleiterstelle der Gaswerke vorgelegt und hat, nachdem der Gemeinderath mit Beschluss vom 7. Juli 1892 die Anträge des Magistrates genehmigt hat, sowohl die in das Preisgericht gewählten Experten von der Wahl verständigt, als auch an den österr. Ingenieur- und Architektenverein und den n.-ö. Gewerbeverein das Ersuchen gerichtet, die Wahl je eines Mitgliedes und je eines Ersatzmannes in das Preisgericht vorzunehmen und über die Wahlen und Annahme-Erklärungen am 10. August d. J. berichtet.

Außerdem hat der Magistrat unterm 14. Juli 1892 die Concursausschreibung für die Bauleiterstelle mit einem Termine bis 17. September 1892 für die Überreichung der Gesuche verlautbart und sind bis zum Schlusse des Concurstermines 13 Competenten eingeschritten, deren Gesuche am 19. d. M. dem Herrn Baudirector zur Antragstellung übermittelt wurden. Das Bauamt hat bereits am 18. Juli d. J. den Bericht über die Frage, wo die Gaswerke erbaut werden sollen, erstattet, worüber die Verhandlungen im Zuge sind. — Zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Purscht:**

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Vor kurzer Zeit wurde das Volksschulgebäude in Hernals, Kirchengasse 37, einer Renovierung unterzogen, während das Gebäude nebenan, in welchem sich das Staatsgymnasium befindet, völlig unberücksichtigt blieb. Dieses letztere Gebäude wurde von der früheren Gemeinde Hernals stets in gutem Zustande erhalten; erst seit der Einverleibung der Vororte befindet sich das Gebäude in einem elenden Zustande: Die Wände der Gänge sind vom Schuldiener selbstverständlich nicht gerade künstlerisch ausgebessert, die Aborte ohne Wasser, in solchem Zustande, dass dies für die Schüler eine eminente Gefahr in sanitärer Richtung bedeutet.

Herr Stadtrath Noske hat zwar bei der Besichtigung des Gebäudes eine baldige Abhilfe in Aussicht gestellt; da jedoch in diesem Falle noch nicht das geringste geschehen, erlaubt sich der Gefertigte nachfolgende Anfragen zu stellen:

1. Ist die Gemeinde Wien verpflichtet, das Gebäude, in dem sich das Staatsgymnasium befindet, in gutem Zustande zu erhalten?

2. Ist der Herr Bürgermeister bereit, diesem Übelstande baldigst abzuhelfen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Linke:**

Die in der Strecke Schwarzenbergplatz—Central-Friedhof verkehrenden Tramwaywagen sind gewöhnlich in den Nachmittagsstunden und gegen Abend derart überfüllt, dass die meisten Leute, welche nicht in der Lage sind, einen eigenen Wagen zu mieten, zu Fuß gehen müssen! Außerdem wird allgemein, und zwar mit Recht, über die bei der Felbergasse in Simmering eintretende Erhöhung des Fahrpreises geklagt, welcher für obige Strecke 15 kr., an Sonn- und Feiertagen 20 kr. beträgt.

An Sonn- und Feiertagen ist die Überfüllung der von dem Central-Friedhofe gegen 6 Uhr abends zurückkehrenden Wagen geradezu ein Scandal. Nicht genug an dem, dass der innere Raum der Wagen mit Menschen vollgepfropft ist und die beiden Plattformen dicht besetzt sind, müssen die Leute noch

bis auf den untersten Stufen derselben stehen, wenn sie nicht zurückbleiben wollen. Die Pferde können diese ungeheure Ladung von etwa 70 Personen — das ist mehr als das Doppelte der gesetzlich zulässigen Zahl — nicht erziehen; und ich habe am Sonntag den 11. d. M. selbst gesehen, dass vor den Augen der k. k. Sicherheitswache die sich ansammelnden Menschen für die gequälten Thiere selbst Hand angelegt haben, einen Wagen vorwärts zu schieben. Hiebei besteht der große Fehler darin, dass die von der Praterstraße in diese Route eingeschalteten Wagen bloß bis zur Remise und nicht bis zum Central-Friedhofe verkehren, wo es am nothwendigsten wäre, und dass auf der Rückfahrt vom Central-Friedhofe mehrere Wagen leer eingezogen werden, statt eine vermehrte Wagenzahl dorthin abzuschicken.

Infolge dessen entsteht beim Central-Friedhofe ein Gedränge von vielen hunderten von Menschen, welche nicht fortkommen können, und welche, selbst wenn sie zu Fuß nach Simmering gehen, hier höchstens zwei bis drei Einspänner finden, die zur Beförderung einer großen Menschenmasse selbstverständlich nicht hinreichen.

Diese Wagenüberfüllung übt ihre Rückwirkung auch auf die folgenden Tage, indem dann zur Schonung der Pferde die vorgeschriebenen Intervalle von 5·7 bis 6·9 Minuten nicht eingehalten werden können, und deshalb große Verzögerungen, namentlich bei der Remise I in Simmering eintreten.

Es ist unbegreiflich, dass im Interesse der Wiener Tramway-Gesellschaft alle möglichen behördlichen Vorkehrungen getroffen werden, zum Schutze des Publicums aber gar nichts geschieht, und es ist jetzt, zur Zeit der drohenden Choleragefahr zu bedauern, dass die Aufsichtsorgane nicht zur Einsicht gelangen, dass auch die Überfüllung der Tramwaywagen für das Publicum nicht bloß lästig, sondern auch gesundheitsgefährlich ist, und dass die Tramway-Gesellschaft nicht verhalten wird, für ein genügendes Wagenmaterial Sorge zu tragen.

Ich sehe mich deshalb zu der gerechtfertigten Anfrage veranlasst:

1. Sind diese Übelstände dem Herrn Bürgermeister bekannt, und wenn nicht, ist er geneigt, sich sofort von denselben durch eigene Anschauung oder durch Einvernahme der Friedhofsverwaltung und des Bezirksausschusses des XI. Bezirkes zu überzeugen? und

2. was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um diesen fürchterlichen Übelständen in Anbetracht der herrschenden Gefahr noch rechtzeitig abzuhelfen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, Folgendes zu erwidern: Was die Überfüllung der Tramwaywagen anbelangt, ist es eine Thatsache, die wir alle wissen (Rufe: Leider muss das geduldet werden!), speciell auf dieser Strecke soll dies nach den Erhebungen auf den Fahrzeit-Intervallen beruhen, die zu gewissen Tageszeiten, zu gewissen Tagesabschnitten, an verschiedenen Wochentagen verschieden sind.

In dieser Richtung hat die Gemeinde seit Jahren die Einführung eines Verkehres von fünf zu fünf Minuten verlangt, aber ohne Erfolg. Die Einwendungen gegen die Winterfahrordnung 1891/92, sowie gegen die Sommerfahrordnung 1892 haben keine Berücksichtigung gefunden, daher der Recurs ergriffen wurde, die Erledigung dieses Recurses ist noch ausständig. Die Festsetzung der Fahrzeit-Intervalle, der zum Betriebe in Verwendung kommenden Wagen ist von der Betriebsordnung wesentlich abhängig, deren Erledigung durch das Handelsministerium jedoch noch immer aussteht.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (verliest auszugsweise die folgende Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Linke, nachdem die vollständige Verlesung derselben von der Versammlung abgelehnt wurde):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Linke:**

Mit Erlass des hiesigen Magistrates vom 3. September l. J., Z. 161265, wurde der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft die Bewilligung ertheilt, auf dem hinter dem städtischen Gebäude in Simmering, Hauptstraße Nr. 82, gelegenen städtischen Material-Lagerplatze „zwei Sanitäts-Baracken", und zwar eine für die Sanitätsmannschaft, für das Sanitätsmateriale nebst Stall und Remise und die zweite für ein „Krankenaufnahmszimmer", Bade- und Dienerzimmer für die Dauer der Epidemie zu errichten und zur Unrathsableitung einen Rohrcanal mit der Einmündung in den Straßencanal der Pfeifergasse herzustellen.

Wenn auch im Punkte 11 dieses Erlasses bedungen wurde, jede Behandlung von Cholerakranken in diesen Objecten zu unterlassen, so ist dennoch eine dieser Baracken ausdrücklich für die Aufnahme von Kranken bestimmt und im Punkte 11 ausdrücklich gestattet, die projectierten Ruhebetten bei plötzlichen Erkrankungen auf der Straße in der Nähe der Objecte zu benützen.

Wie durch den Localaugenschein die Überzeugung gewonnen werden kann, befinden sich diese bereits aufgeführten Baracken nur 63 Schritte von den Markthütten, 24 Schritte von der Kinderbewahr-Anstalt und 48 Schritte von der Volks- und Bürgerschule am Marktplatze und ragen über die Einfriedung, innerhalb welcher sie sich befinden, haushoch empor, schon durch ihren Anstrich mit Theer und ihr düsteres Aussehen äußerlich erkennbar, so dass sie, wenn sie auch nach dem obbezogenen Erlasse keinerlei Aufschrift haben dürfen, welche auf die Cholera Bezug hat, nach ihrer obangeführten Bestimmung nicht ohne Grund vom Volke „Cholera-Baracken" genannt werden können.

Diese Baracken gehören also nicht in die nächste Nähe der Kinderbewahr-Anstalt und der Schule und des Marktes, auf welchem Lebensmittel verkauft werden, und zwar umsoweniger, als die Bewohner des Geiselberges, der Hirschen- und Pfeifergasse vorübergehen, die Schuljugend sich hier herumtreibt und kein anderer Weg zu denselben führt, als einerseits mitten zwischen den Markthütten und Verkaufsständen, andererseits bei der Kinderbewahr-Anstalt und der Schule vorüber und ein gemeinschaftlicher Unrathscanal allen diesen Anstalten dient.

Wenn also der Herr Bürgermeister meine, am 16. d. M. eingebrachte diesbezügliche Interpellation als unrichtig bezeichnet hat, so kann dies nur darin seinen Grund haben, dass dieselbe nicht vollständig gelesen wurde, und der oberwähnte Erlass des Magistrates nicht vorlag.

Ich sehe mich deshalb verpflichtet, den Herrn Bürgermeister neuerlich auf die örtliche Ungehörigkeit dieser beiden sogenannten Cholera-Baracken am Marktplatze in Simmering aufmerksam zu machen, und zu fragen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu verordnen, dass in diesen Baracken unter keinen Umständen Cholerakranke oder überhaupt an einer Epidemie erkrankte Personen aufgenommen und dass die projectierten Ruhebetten für plötzlich Erkrankte gänzlich aufgelassen werden?

2. Ist der Herr Bürgermeister überhaupt im Stande und bereit, noch rechtzeitig jene Vorkehrungen zu treffen, durch welche der Verkehr mit diesen Baracken einerseits von dem Marktplatze, andererseits von der Kinderbewahr-Anstalt und der Volks- und Bürgerschule vollständig isoliert werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation zu beantworten wie folgt: Diese Sanitätsbaracken sind der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft bewilligt worden und es geht nicht an, einem humanitären Institute, insbesonders bei den jetzigen Zeiten, Hindernisse in den Weg zu legen. Es sind die Baracken unter bestimmten Bedingungen bewilligt worden, die in den Bauconsens aufgenommen worden sind. Es dürfen nämlich dort keine Kranken untergebracht werden. Dass aber Ruhebetten für plötzlich Erkrankte aufgestellt werden, liegt wohl in der Natur der Sache und kann das unmöglich abgeschafft werden. Es können diese Baracken auch nicht anderswohin kommen, weil nach den gepflogenen Erhebungen der Platz für diese Sanitätsbaracken passend erscheint und es nicht im Interesse der Humanität gelegen ist, Schwierigkeiten zu machen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Am 24. Juli 1891 habe ich den Antrag eingebracht, dass der Durchbruch des Schmelzer Friedhofes in der Verlängerung der Hütteldorferstraße zur Westbahn-Linie durchgeführt werden möchte, da sich hiedurch die Bauthätigkeit in obbenannter Straße heben würde.

Nachdem ich gehört habe, dass jetzt wieder zwei Neubauten aufgeführt werden und diese Durchführung nur im Interesse der Gemeinde liegt, stelle ich an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wird dieser mein Antrag der geschäftsmäßigen Behandlung unterzogen?

Bürgermeister: Ja, gewiss ist der Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

1. Ist der hochgeehrte Herr Bürgermeister geneigt, das Nöthige zu veranlassen, dass in allernächster Zeit

endlich seinem Versprechen gemäß die der Gemeinde Wien unwürdigen Besoldungen der Beamten der städtischen Pfandleih-Anstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, in einer den Anforderungen der Gerechtigkeit und Humanität entsprechenden Weise aufgebessert, beziehungsweise reguliert werden?

2. Ist das Gerücht begründet, dass zwischen der Gemeindevertretung und der Regierung Unterhandlungen wegen Übernahme der städtischen Pfandleih-Anstalt im XIV. Bezirke in die Staatsverwaltung gepflogen wurden, eventuell wie weit sind selbe gediehen? Oder wenn nicht, wie verhält sich der hochgeehrte Herr Bürgermeister gegenüber den Anträgen des Magistrates auf Errichtung mehrerer Pfandleih-Anstalten und Sparcassen in verschiedenen Bezirken Wiens?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Was diese Gehalte anbelangt, so liegt der betreffende Act beim Magistrate und wird darüber Bericht erstattet werden; aber es wird, soviel ich glaube, eine Systemisierung nicht eintreten, und zwar aus dem Grunde, weil der Gedanke besteht, die Pfandleihanstalt in der Weise umzuformen, dass entweder der Staat eine Filiale vom Versatzamte errichtet, oder dass eine Filiale von der Verkehrsbank errichtet wird.

Verhandlungen sind aber darüber noch nicht gepflogen, sondern es ist mehr eine Idee; es findet ein Austausch von Gedanken statt, und wenn die Sache weiter fortgeschritten sein wird, wird der Gemeinderath sofort in Kenntnis gesetzt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Schlögl:**

Allwöchentlich Dienstag und Freitag kommt am Matzleinsdorfer Frachtenbahnhofe sehr viel Schlacht- und Nutzvieh von verschiedenen ungarischen und steiermärkischen Märkten an, kann aber nicht abgetrieben werden, weil kein Thierarzt am Platze ist, der die gesetzliche Beschau vornimmt, was erst geschieht, wenn der Pferdemarkt zu Ende ist und der dort functionierende Marktcommissär gegen 2 bis 3 Uhr die Beschau vornimmt. Diese Thiere sind daher schutzlos der Unbill der Witterung von früh morgens bis nachmittags ausgesetzt, die Eigenthümer stundenlang gehindert in der Verwertung derselben.

Erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Interpellation zu richten:

Ob er nicht geneigt wäre, diesem großen Übelstande abzuhelfen, das Marktdepartement zu beauftragen, einen Beamten (Thierarzt) dorthin zu dirigieren, damit die Eigenthümer ihres Viehes dasselbe schon bald nach dessen Ankunft in Empfang nehmen und in ihre Stallungen abtreiben können.

Bürgermeister: Ich werde über das Vorgebrachte Erhebungen pflegen lassen und in der nächsten Sitzung die Anfrage beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Seiler:**

Am Nordwestbahnhofe wurde vom Ärar ein neues Postgebäude errichtet, welches der dortigen Umgebung zur Zierde gereicht. Vor diesem Gebäude ist ein Streifen bis zur Fahrstraße ungepflastert, infolge dessen bei Regenwetter Pfützen entstehen und bei trockenem Wetter Staubmassen aufgewirbelt werden.

Nachdem das Stadtbauamt zur Pflasterung dieser Strecke bereits ein Project ausgearbeitet hat, stellen die Unterzeichneten den Antrag:

dass diese Pflasterung noch vor Eintritt der schlechten Jahreszeit ausgeführt werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm: Antrag des Herrn Gem.-Rathes Ferd. Mayer. Derselbe bittet, dass sein Antrag vollinhaltlich verlesen werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Ferd. Mayer ersucht, dass sein Antrag zur Gänze verlesen werde. Jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. Nach einer Pause:) Das ist die Minorität. Der Antrag ist abgelehnt.

(Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest nun auszugsweise den nachstehenden Antrag:)

20. Antrag des **Gem.-Rathes Ferd. Mayer:**

Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich hat durch das Heranrücken der Choleragefahr und die Maßnahmen gegen die Cholera-Epidemie sich veranlasst gefunden, gemäß des § 16 der Kundmachung vom 4. l. M., schon jetzt alle Massenansammlungen zu vermeiden.

Auf Grund dessen wurden vom Wiener Magistrate vom 10. l. M. sämmtliche Genossenschafts-Vorsteher und Obmänner der Gehilfenversammlung verständigt, nur im Falle des dringendsten Bedürfnisses Genossenschafts-Versammlungen einzuberufen.

Nach dieser strictenWeisung sollte man meinen, es gelte diese Verordnung nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die Vororte und Gemeinden außerhalb Wiens. Dass dem nicht so ist, beweist folgender Fall:

Sonntag den 18. l. M. wurde eine große Arbeiterversammlung nach Atzgersdorf einberufen zur Gründung eines Arbeiterverbandes und Constituierung desselben. An derselben waren weit über 400 Arbeiter anwesend, wo dieselben dichtgedrängt drei Stunden im Locale versammelt blieben. Als Regierungsvertreter fungierte der Bezirkshauptmann von Hietzing.

Nach diesem Vorkommnis muss sich doch jedermann fragen, wie ist es möglich, in Wien sind Genossenschafts-Versammlungen beschränkt und in den nächsten Vororten von Wien dürfen selbe anstandslos abgehalten werden?

Hatte der Herr Bezirkshauptmann von Hietzing am 18. l. M. noch nicht Kenntnis von dem Erlasse des Herrn Statthalters vom 4. l. M., oder wurde die Constituierung des Arbeiterverbandes als ein dringendes Bedürfnis anerkannt und daher diese Versammlung bewilligt?

Ich stelle demnach den Dringlichkeits-Antrag:

Der Herr Bürgermeister wolle diese oben angeführte Thatsache Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter mittheilen mit dem Ersuchen, zu veranlassen, dass Verordnungen wegen Hintanhaltung der Cholera-Epidemie nicht nur für Wien, sondern auch für sämmtliche Gemeinden Niederösterreichs zur Geltung gelangen.

Bürgermeister: Ich werde diese Eingabe nicht als einen Antrag, sondern als Anzeige an mich behandeln, und denselben der Statthalterei vorlegen. (Rufe: Sehr richtig!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Geyer** und Genossen:

Nachdem der äußere Gürtel in der Strecke von der Währinger- bis zur Nussdorfer-Linie nunmehr vollständig ausgebaut und nach Herstellung mehrfacher Durchbrechungen des alten Linienwalles und Entstehung zahlreicher Neubauten der Zusammenschluss bis XVIII. mit dem IX. Bezirke in jenem Theile vollendet ist, erscheint es dringend geboten, den Bewohnern des oberen und unteren Theiles der Exnergasse die unmittelbare Communication dadurch zu ermöglichen, dass die Flucht der Exnergasse nach Übersetzung des Gürtelspiegels bis zum oberen Ende derselben fortgeführt wird. Dies bedingt die Durchlegung der Straße durch den communalen Kinderpark am Gürtelspiegel nächst der bestandenen Währinger-Linie — ein Werk, welches weder erhebliche Kosten verursachen, noch die Zwecke des Kinderparkes wesentlich beeinträchtigen wird.

In Erwägung, dass die steuerzahlenden Geschäftsleute am Gürtel, welchen durch die Einfriedung des Kinderparkes, wie durch eine Mauer jeder Zuzug der Kunden abgeschnitten erscheint, auf Schonung ihrer Existenz gewiss Anspruch erheben dürfen, beantragen wir dringlich:

Es sei die unmittelbare Verbindung zwischen dem nördlichen und südlichen Theil der Exnergasse unverweilt in Angriff zu nehmen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Seidler** und Genossen:

Die sehr zahlreiche Bevölkerung der Braunhubergasse des XI. Bezirkes in Simmering ist durch den Mangel eines ausgiebigen und gesunden Trinkwassers derzeit im harten Bedrängnisse. Der Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung auf der Hauptstraße kann von den meisten Bewohnern dieser Gasse, insbesondere von den beiden sich dort befindlichen Fabriken (Lackfabrik Schramm und Lederfabrication für Heeres-Ausrüstung), welche mehrere hundert Arbeiter beschäftigen, der großen Entfernung wegen nicht erreicht werden.

Bei der gegenwärtig drohenden Gefahr einer Einschleppung der Cholera-Epidemie befinden sich die Bewohner der Braunhubergasse in einer leicht zu begreiflichen ängstlichen Besorgnis, und bringen daher ihre gedrückte Stimmung durch laute Klagen in beredter Weise zum Ausdruck.

Nachdem nun die Hochquellenleitung bereits in der Schule der Braunhubergasse eingeleitet wurde, so wäre diesem Übelstande leicht dadurch abzuhelfen, wenn die Rohrleitung bis in die Gegend der Schramm'schen Fabrik verlängert, und daselbst ein Auslaufbrunnen errichtet würde.

Ich stelle demnach den ergebenen Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, in der obgenannten Gasse an geeigneter Stelle einen Auslaufbrunnen herstellen zu lassen, um den dringenden und gerechten Wünschen der dortigen Bewohner zu entsprechen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

23. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Zahl 5371. Das Executiv-Comité des Reconvalescentenheims für arme Wöchnerinnen in Gersthof bittet um eine Subvention. Dasselbe besteht seit mehr als drei Jahren; in demselben wurden im abgelaufenen Jahre 274 Wöchnerinnen durch 4176 Verpflegstage behandelt; außer den Wöchnerinnen werden an dieser Anstalt noch Säuglinge, wie sie mit den Wöchnerinnen kommen, ebenfalls aufgenommen und unentgeltlich verpflegt und erhalten. Durchschnittlich kommt auf eine Wöchnerin ein Zeitraum von 14·7 Tagen. Im verflossenen Jahre hat der Gemeinderath diesem Reconvalescentenheim eine Subvention von 300 fl. gegeben. Von Seite des Magistrates wird auf den sehr wohlthätigen Zweck dieses Unternehmens hingewiesen, es finden Wöchnerinnen unentgeltliche Aufnahme, Verpflegung und gute Ernährung, und ich bitte, diesem humanitären Institute wie im verflossenen Jahre auch für das Jahr 1892 eine Subvention von 300 fl. zu gewähren.

Bürgermeister: Einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Reconvalescentenheim für arme Wöchnerinnen in Gersthof eine Subvention von 300 fl. pro 1892 zu bewilligen.

24. Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe die Ehre, zu berichten über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Linke, betreffend eine Subvention an die durch Hochwasserschäden geschädigten Grundbesitzer und Gärtner in Simmering. Der Antrag geht dahin, der Gemeinderath wolle zur augenblicklichen Linderung der Noth der durch die Überschwemmung verunglückten Familien dieses Bezirkes vorläufig einen Betrag von 4000 fl. bewilligen, und nach Feststellung des gesammten Schadens weitere Maßregeln veranlassen, welche dem Nothstande der Bevölkerung in ausgiebiger Weise abhelfen, und durch welche der Wiederholung solcher Verheerungen möglichst Einhalt gethan wird.

Was den letzten Theil dieses Antrages betrifft, so ist er zum Theile Angelegenheit der Donauregulierungs-Commission; er wird übrigens von der Gemeinde im Auge behalten, und wird ein separater Bericht darüber erstattet werden. Der heutige Bericht bezieht sich lediglich auf die Angelegenheit der Unterstützung der nothleidend gewordenen Familien. Was diese Angelegenheit betrifft, so wurden von Seite des Magistrates Erhebungen über die Höhe des Schadens angestellt, welche natürlich ziemlich schwierig waren, weil sich ja bei einem Acker, der etwas überflutet und versandet ist, sehr schwer sagen läßt, wie groß eigentlich der Schade ist. Der Magistrat kommt nach einer längeren Erörterung, in welcher er gründlich die Ansicht entwickelte, dass diese Entschädigung eigentlich Sache des Staates ist, und dass die Entschädigung von Seiten der Gemeinde nur als eine Aushilfe betrachtet werden könne, zu dem Antrage, es sei ein Betrag von 2685 fl. an eine Anzahl hier im Referate bestimmter Personen, Küchengärtner, in Beträgen von 50 bis 100 fl. zu vertheilen. Mit diesem Antrage des Magistrates ist die Angelegenheit in den Stadtrath gekommen.

Im Stadtrathe war eine Meinung dahingehend, man möge den betreffenden Gärtnern dadurch aushelfen, dass man ihnen ein unverzinsliches, auf eine lange Reihe von Jahren rückzahlbares Darlehen im Betrage von 4000 fl. gebe. Die gegentheilige Meinung im Stadtrathe wurde dahin ausgesprochen, dass mit einem Darlehen den Leuten, welche ohnehin sehr viele Schulden haben werden, nicht viel gedient sei, dass die besser situierten dieses Darlehen zurückzahlen müssten, und eine Eintreibung von denjenigen, welche den Betrag nicht gutwillig zurückgeben oder nicht zurückzugeben in der Lage sind, von Seiten der Gemeinde sehr schwierig wäre; es würde eine außerordentlich harte Maßregel sein, das Geld wieder einzutreiben, und müsste ein Theil desselben als verloren betrachtet werden. Es hat sich also die Mehrheit des Stadtrathes dahin ausgesprochen, dem Gemeinderathe den Antrag zu stellen, eine Subvention von 2000 fl. an die im Magistrats-Referate speciell bezeichneten Küchengärtner im XI. Bezirke zu bestimmen, und die Bewilligung eines Zuschusscredites in dieser Höhe in der betreffenden Ausgabepost auszusprechen. Der Stadtrath hat sich hiebei von der Erwägung leiten lassen, dass der Gemeinderath bei allen Elementar-Ereignissen den Betroffenen zu Hilfe kommen müsse, dass jedoch, um Präjudize zu vermeiden, der Schaden nicht vollständig ersetzt werden kann, weil dies überhaupt nicht Sache der Gemeinde ist, sondern dass diese Aushilfe lediglich als Geschenk zu betrachten ist und als ein Zeichen, dass der Gemeinderath soweit als möglich in Unglücksfällen den Betroffenen beispringt und hilfreich an die Hand geht. Aus diesem Grunde erlaube ich mir, an Sie die Bitte zu stellen, diesem Antrage Ihre Genehmigung zu ertheilen.

Gem.-Rath Dr. Linke: Vor allem muss ich dem löblichen Stadtrath und insbesondere dem Herrn St.-R. Boschan danken, dass diese Angelegenheit endlich zum Abschluss gebracht wurde. Ich wende mich nun an die löbliche Versammlung und bitte sie dringend, diesen Antrag zu unterstützen, und zwar aus dem Grunde, weil das Elend, das Unglück, von welchem die Überschwemmten betroffen worden sind, wirklich ein bedeutendes ist. Die Unterstützung, welche hier beantragt wird, ist zwar im Vergleiche zu dem wirklichen Schaden sehr gering, wie ich mich durch Augenschein überzeugt habe. Es ist aber auch schon lange Zeit verlaufen, seitdem die Überschwemmung stattgefunden hat. Die Leute waren also schon seit langer Zeit, seit dem Monate Juni in einer fürchterlichen Nothlage und waren bemüssigt, Darlehen aufzunehmen, die sie hoch verzinsen müssen. Es ist also dringend geboten, dass man ihnen eine Unterstützung gewährt. Diese Unterstützung hätte, wenn sie sogleich bewilligt worden wäre, eine viel größere Wirkung gehabt. Ich kann es wohl nicht wagen, weil ich nicht weiß, welche Stimmung hier herrscht, zu bitten, eine größere Unterstützung zu bewilligen. Ich kann es nicht wagen, nachdem ich ja dankbar anerkennen muss, dass die Sache nach so langer Zeit endlich zur Erledigung kommt. Ich bitte Sie daher, erbarmen Sie sich der Unglücklichen und unterstützen Sie wenigstens diesen Antrag. Wenn aber jemand von Ihnen das Herz hat, eine höhere Unterstützung zu beantragen, so thut er gewiss damit ein wohlthätiges Werk. Es wurden hier schon so viele Subventionen auch für die Bewohner anderer Länder

bewilligt. Heute handelt es sich um die eigenen Gemeindeangehörigen. Nehmen Sie sich also derselben an. Ich möchte daher sehr wünschen, dass jemand von den Herren eine Erhöhung des Betrages beantragen würde.

Es handelt sich hier noch um etwas anderes. Auch ich bin für die Sparsamkeit eingenommen und deshalb möchte ich, dass diesen Unglücksfällen für die Zukunft vorgebeugt werden soll. Ich habe bereits in meinem Antrage angedeutet, was zu geschehen hat. Es sind hauptsächlich zwei Ursachen, welche immer wieder die Überschwemmungen herbeiführen. Das ist erstens der schlechte Schutzdamm, welcher aufgeführt worden ist und den ich mit eigenen Augen gesehen habe, der geradezu ein Scandal ist, indem er so durchlöchert ist, dass sogar Fische durchdringen können, wie ich gehört habe. Zweitens ist es die Unterlassung der Regulierung des Schwechatflusses und des Wildbaches. Deshalb möchte ich auch, was ich schon in meinem Antrage angedeutet habe, wiederholen und den Antrag stellen, dass der Herr Bürgermeister beauftragt wird, die erforderlichen Schritte bei den competenten Organen einzuleiten, dass für die Zukunft solche Überschwemmungsgefahren vermieden werden. Also ich bitte, erhöhen Sie womöglich den Betrag der Subvention und beschließen Sie, dass diejenigen Vorkehrungen zu treffen sind, durch welche solcher Überschwemmungsgefahr für die Zukunft vorgebeugt werden könne.

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich bin mit dem Antrage des Stadtrathes insofern einverstanden, als er eine Unterstützung von Mitbürgern befürwortet, welche wirklich im hohen Maße zu empfehlen ist. Die armen Leute, die hier betroffen sind, sind in hohem Grade beklagenswert und sind um ihren Erwerb gebracht worden. Es sind Steuerträger, welche die Gemeinde auch darum allen Grund hat, zu unterstützen, damit sie ihr erhalten bleiben. Ich bin aber gegen die Form, in welcher der Stadtrath die Unterstützung bewilligt hat, denn es sind nicht Bettler, mit denen wir es zu thun haben, und in jedem Geschenke liegt etwas Entwürdigendes für den Empfänger. Ich höre, dass im Stadtrathe selbst schon eine Anregung in diesem Sinne erfolgt ist und wäre dafür, dass den Betreffenden ein Darlehen gegeben werde, beziehungsweise, dass man Darlehen, welche allerdings einen höheren Betrag erreichen können, den Creditwürdigen unter ihnen gibt, ohne die Gemeinde darum zu belasten. Ich würde, um einen positiven Antrag zu stellen, die Ziffer von 2000 fl. nennen, welche als unverzinsliches Darlehen an die vom Magistrate bezeichneten Küchengärtner gegeben werden sollen.

Gem.-Rath Hawranek: Es hat schon der Magistrat Erhebungen gepflogen, und es hat die Gemeinde, wie der Herr Referent erwähnt hat, mit jedem Rücksprache gepflogen und hat alles eingetheilt, wieviel jeder kriegt. Da hat der Magistrat 2500 fl. herausgebracht. Nun beantragt der Stadtrath 2000 fl. Da muss wieder frisch angefangen und restringiert werden.

Ich begreife die Knickerei des Stadtrathes nicht; wenn es sich darum handelt, Plätze zu verschleudern, gibt man die Quadratklafter um 15 fl. Hier aber, wo es sich um eine arme Bevölkerung handelt, die nichts hat, ist man knauserig. Ich möchte beantragen, dass man nach dem Antrage des Herrn Dr. Linke ihnen 4000 fl., aber kein Darlehen gibt. Ein Darlehen nützt den armen Leuten nichts, sie können es nicht zurückzahlen. Aber geholfen kann ihnen werden, dass sie wieder steuerkräftig werden, deshalb beantrage ich, ihnen die 4000 fl. voll auszuzahlen. Es lässt sich leichter aufbessern, als restringieren. Ich nehme den Antrag des Herrn Dr. Linke auf, und bitte Sie, meine Herren, bewilligen Sie das. Es ist ja doch unsere Bevölkerung, es handelt sich um steuertragende Mitbürger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe mich nicht zum Worte gemeldet, um über die Subvention zu sprechen, obwohl ich der Meinung bin, dass im vorliegenden Falle durch ein Darlehen nicht genützt wird, sondern nur durch eine ausgiebige Subvention. Es sind arme Leute, die ihr Hab und Gut verloren haben, und denen nur dadurch geholfen werden kann, dass es ihnen ersetzt wird. Ich werde auch nicht knauserig sein und im vorliegenden Falle für den Betrag von 4000 fl. stimmen, weil ich der Meinung bin, dass bei solchen Gelegenheiten die Sparsamkeit eine übel angebrachte ist. Ich kann aber nicht umhin, hier zu erklären, dass ich der Meinung bin, dass nicht die Gemeinde Wien die Verpflichtung hat, hier Hilfe zu leisten, sondern dass, wenn jemand verpflichtet ist, Hilfe zu leisten, diese Verpflichtung die Donauregulierungs-Commission trifft. Die Donauregulierung, wie sie von Seite dieser Commission durchgeführt wurde, ist eine solche, welche die Gefahr für die Anwohner nicht abwendet, sondern außerordentlich erhöht hat und nun, wie ich Gelegenheit hatte, die geradezu scandalösen Zustände längs der Donau zu beobachten, muss ich sagen, es wäre die Verpflichtung und auch vielleicht unsere Verpflichtung vorhanden, die Donauregulierungs-Commission aufzufordern, den ganzen Schaden zu ersetzen. Freilich müssen auch wir dann mitzahlen, aber wir tragen dann nur ein Drittel dazu bei, während wir so den ganzen Schaden zu tragen haben.

Die Donauregulierungs-Commission ist verpflichtet, diesen armen Leuten, welche sie durch ihre schlechte, man möchte sagen, nichtsnutzige Arbeit, durch den ganz verfehlten Plan unglücklich gemacht hat, den Schaden zu ersetzen. Das ist meine Meinung, die ich hier vertrete und die ich auch, wenn die Sache im Landtage zur Sprache kommen wird, dort vertreten werde, wo natürlich höhere Schadensziffern vorliegen, als bei uns. Endlich muss mit der Verantwortlichkeit Ernst gemacht werden, sonst machen unsere Herren Techniker was sie wollen.

Wenn man die Geschichte ansieht, so findet man, dass Dämme aus Schotter, nicht vielleicht gepflastert, mitten ins Wasser hineingebaut wurden, durch welche das Wasser stromweise rinnt. Wenn man so etwas sieht, so muss man sagen und es unseren Technikern begreiflich machen, dass sie mindestens so viel zu verstehen haben, als ein ganz gewöhnlicher Deichgräber versteht, welcher weiß, dass durch solche Dämme das Wasser durchrinnen muss. Das müssen die Techniker auch wissen, und wenn sie solche Dämme herstellen, müssen sie auch die Folgen tragen, welche dadurch entstehen. Ich werde auch an einem anderen Orte den Antrag vertreten, dass die Donauregulierungs-Commission dazu verhalten werde, den Schaden dieser Leute zu ersetzen, und kündige dies gleich hier an.

Gem.-Rath Herold: Meine Herren, ich habe mir schon bei der letzten Budget-Debatte erlaubt, auf das Los dieser armen Gärtner hinzuweisen, welche schon viel durch den Zwischenhandel gelitten haben, und durch diese Elementar-Ereignisse geradezu an den Bettelstab gebracht wurden. Dem Sparmeister Herrn Gem.-Rath Frauenberger muss ich zustimmen, dass man dem Gemeinderath nicht den Vorwurf machen kann, dass er bei Subventionen karg verfahre. Manchmal möchte ich über solche Subventionen lieber den Deckmantel der christlichen Liebe ziehen, aber diese Sache betrifft arme Gewerbsleute. Wenn wir bei anderen

Ständen manchmal geradezu überschwängliche Liebe zeigen, z. B. bei den Lehrern und Beamten, so kann ich es auch hier, wo Gewerbsleute berücksichtigt werden sollen, nur mit Freude begrüßen, dass der Stadtrath beantragt, diesen armen Leuten 2000 fl. zu geben. Mit den Ausführungen über etwaige Darlehen kann ich mich nicht befreunden und bitte Sie daher, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen.

(Schluss der Debatte wird verlangt und angenommen.)

Referent (zum Schlusswortе): Was zunächst die Frage betrifft, dass die Donauregulierungs-Commission verpflichtet sei, diese Schäden zu ersetzen, so erlaube ich mir, meine unvorgreifliche Meinung dahin zu äußern, dass dies nicht der Fall ist, am allerwenigsten aber würde, wenn wirklich ein Verschulden einzelner Personen vorläge, dies die Wirkung haben, dass die Donauregulierungs-Commission zur Verantwortung gezogen werden könnte. Ich bin nicht der Anwalt der Donauregulierungs-Commission, aber soviel kann ich sagen, wenn dieses Werk nicht ausgeführt worden wäre, hätten wir in den letzten zwanzig Jahren wenigstens dreimal so kolossale Überschwemmungen gehabt, wie sie in den Jahren 1830 und 1861 stattfanden, welche einen Schaden von Millionen angerichtet haben, und man hätte manchmal ganz gut am Praterstern mit ziemlich großen Kähnen fahren können. Sie können sich vorstellen, welchen enormen Schaden der II. und ein großer Theil des III. Bezirkes erlitten hätte.

Wenn aber ein so großes Werk vielleicht in einzelnen Dingen nicht ganz vollkommen ist, so darf man dies nicht dem ganzen Unternehmen in die Schuhe schieben.

Was ferner die Frage betrifft, ob den Leuten besser mit Darlehen oder mit einer Subvention gedient ist, — es hat gewiss nichts Entwürdigendes, wenn man einem Gewerbsmanne, der durch Elementarereignisse zu Schaden gekommen ist, einen Theil dieses Schadens ersetzt, — so glaube ich, dass mit Darlehen nicht geholfen wird. Was wird mit einem solchen Darlehen geschehen, von dem man weiß, dass es die Gemeinde mit ernsten, strengen Maßregeln nicht zurückverlangen wird? Der gewissenhafte Mann wird vielleicht, wenn er kann, es zurückzahlen; derjenige, der es leichter nimmt, wird sagen: Die Gemeinde wird mich nicht zwingen, es zurückzuzahlen, und wird es nicht zurückgeben; es ist dies eine Art Prämie für denjenigen, welcher ein leichteres Gewissen hat. Ich bin bei allen Subventionen gegen die Form, dass es im Wege eines Darlehens geschehe, da ja ohnehin die Leute an barem Gelde Mangel leiden, und wenn sie durch ein Darlehen ihren Schuldenstand erhöhen, so ergreift sie leicht eine gewisse Verzagtheit; während, wenn sie einen Barbetrag bekommen, sie die Schulden, welche sie früher gemacht haben, leichter abstoßen können; es ist das gewiss eine bessere Hilfe. Was endlich die Höhe des Betrages betrifft, so ist der Magistrat bei seiner Berechnung, derzufolge er 2685 fl. Subvention beantragt hat, von dem Grundsatze ausgegangen, dass von dem nachweisbaren Schaden beiläufig die Hälfte ersetzt werden soll. Meine Herren, das ist etwas ganz Außerordentliches, sehr viel, wenn nahezu der halbe Schaden vergütet werden soll, und ich würde bitten, über den Betrag von 2000 fl. nicht hinauszugehen. Es ist auch für die Zukunft möglicherweise ein Präjudiz, welches uns vorgehalten werden kann. Es ist nicht unmöglich, dass Elementarereignisse eintreten, welche viele hunderttausend Gulden an Schaden bringen, Wolkenbrüche, Überschwemmungen, Feuersbrünste ꝛc., und wenn dann die Gemeinde in solchen Fällen nahezu den ganzen Schaden ersetzen wollte, würde das zu außerordentlichen Auslagen führen. Es soll also nur ein Theil des Schadens wieder gutgemacht werden. 2000 fl. ist gewiss vollständig reichlich bemessen, und ich würde daher bitten, den Antrag des Stadtrathes gütigst annehmen zu wollen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. — Es ist gegen den Antrag des Stadtrathes vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Daum ein Antrag gestellt worden, eine Subvention nicht zu bewilligen, sondern es sei den im Magistrats-Referate bezeichneten Küchengärtnern ein Darlehen von höchstens 4000 fl. unverzinslich und nach einer längeren Reihe von Jahren zurückzahlbar zu gewähren. — Es ist der Gegen-Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen. — Ich bitte die Herren, welche für den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Daum stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Nun hat Herr Gem.-Rath Dr. Linke einen Antrag auf 4000 fl. nicht gestellt. (Rufe: O ja!) Nein, Dr. Linke hat einen solchen Antrag nicht gestellt. (Rufe: Hawranek!) Auch der Herr Gem.-Rath Hawranek nicht. Er hat nur gesagt, er unterstütze ihn. (Rufe: Dr. Lueger!) Auch Herr Gem.-Rath Dr. Lueger nicht. — Aber ich nehme an, dass ein solcher Antrag seitens der Herren gestellt worden wäre und bringe ihn zur Abstimmung.

Die Herren stellen den Antrag, dass entgegen dem Antrage des Stadtrathes auf eine Subvention von 2000 fl., 4000 fl. bewilligt werden. Die Herren, welche für diese höhere Ziffer von 4000 fl. sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, eine Subvention von 2000 fl. zur Vertheilung an die im Magistrats-Referate speciell bezeichneten Küchengärtner im XI. Bezirk zu gewähren und zu diesem Zwecke zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 1b einen Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

25. Referent Gem.-Rath Boschan: Zahl 4977. Der Unterstützungsverein für aus den n.-ö. Landesirrenanstalten geheilt entlassene hilflose Personen ersucht um eine Subvention. Diese Subvention hat bisher betragen 52 fl. 50 kr. ö. W., nämlich 50 fl. Conv.-M. und wird seit einer langen Reihe von Jahren gegeben. Der Verein sagt, dass er außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde und seine Mittel schwach sind, und bittet um Erhöhung der jährlichen Subvention auf 100 fl. Der Magistrat schließt sich dem Antrage an, und ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem Unterstützungsvereine für aus den n.-ö. Landes-Irrenanstalten entlassene hilflose Personen eine jährliche Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

26. Referent Gem.-Rath Noske: Zahl 5444 betrifft eine ähnliche Angelegenheit wie diejenige, über welche der unmittelbare

Herr Vorredner referierte, nur dass die Sache formell etwas anders liegt als im früheren Falle. Während früher ein Antrag eines Mitgliedes des Gemeinderathes auf Gewährung einer Ersatzleistung für einen erlittenen Schaden vorgelegen hat, handelt es sich hier um ein Gesuch der Küchengärtner in der Freudenau, es möge anlässlich des Schadens, welchen sie erlitten haben, ihnen eine Unterstützung aus Gemeindemitteln gewährt werden. Der Stadtrath konnte diesem Ansuchen sich viel leichter anschließen, weil es weniger präjudicieller Natur ist als der Antrag, welcher aus der Mitte der Versammlung hervorgegangen war. Es ist ungefähr dasselbe, als wenn irgendwo ein Elementarunglück geschieht, nehmen wir an, das Grubenunglück in Přibram, und die Gemeinde eine Unterstützung aus diesem Anlasse gewährt, die sie für einzelne Fälle und ohne Präjudiz für die Zukunft gewährt.

Die Erhebungen haben ergeben, dass der Schade dort sich auf 390 fl. beläuft.

Der Stadtrath stellt den Antrag, dass zur Vertheilung von Unterstützungen unter die durch das diesjährige Hochwasser geschädigten Küchengärtner der Betrag von 300 fl. zur Verfügung zu stellen und der erforderliche Zuschusscredit zu Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen sei.

Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, es sei zur Vertheilung von Unterstützungen unter die durch das diesjährige Hochwasser geschädigten Küchengärtner der Betrag von 300 fl. zur Verfügung zu stellen und der erforderliche Zuschusscredit zu Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen.

27. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 5668, Beilage 170. Der Wiener Cottage-Verein in Währing um Gestattung von Bau-Erleichterungen. Bekanntlich ist die bestehende Anlage in Währing zum größten Theile im XVIII. Bezirke ausgeführt, zum Theile auch auf Grundflächen des XIX. Bezirkes. Bei der Ausführung der bisher bestehenden Anlagen sind von den localen Baubehörden des XVIII. und XIX. Bezirkes gewisse Bau-Erleichterungen zugestanden worden. Nun hat der Verein, angrenzend an die bestehende Anlage, hauptsächlich gegen die Sternwarte und dem Türkenschanz-Park zu einige Flächen noch dazugekauft, auf welchen ähnliche Anlagen geschaffen werden sollen. Nach dem § 83 der Bauordnung steht der Gemeinde das Recht zu, für bestimmt abgegrenzte Gebiete Bau-Erleichterungen, welche in den §§ 84 bis 90 des Baugesetzes angeführt sind, zu gestatten. Es wird beantragt, dass auch für dieses erweiterte Gebiet Bau-Erleichterungen gestattet werden sollten, mit Ausnahme von gewissen Punkten, welche dort anzuwenden nicht passend wären. So ist im § 88 in den vier ersten Absätzen die Rede von Anlagen von Scheuern. Nun ist es selbstverständlich, dass der für Scheuern bestimmte Punkt keine Anwendung finden kann auf Anlagen, wie sie hier geplant sind.

Dann ist im § 90 die Anlage von freistehenden Aborten in Aussicht genommen. Das ist auch ein Punkt, welcher auf diese Anlagen keine Anwendung findet. Der Stadtrath beantragt demnach:

Es seien für das im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a bis z umschriebene Gebiet auf die Dauer von zehn Jahren die im VIII. Abschnitte, §§ 84 bis 89 der Bauordnung für Wien angeführten Erleichterungen mit dem im zweiten Absatze des § 83 enthaltenen Vorbehalte der Abänderung oder Zurücknahme und mit Ausnahme der vier ersten Absätze des § 88 sowie mit Ausnahme des § 90 und der weiteren Ausnahme, dass die im § 86, Punkt 7, Alinea 2, vorgesehene Herstellung gemeinschaftlicher Feuermauern nicht stattfinden soll, zuzugestehen.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. (Keine Einwendung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es seien für das im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a bis z umschriebene Gebiet auf die Dauer von zehn Jahren die im VIII. Abschnitte, §§ 84 bis 89 der Bauordnung für Wien angeführten Erleichterungen mit dem im zweiten Absatze des § 83 enthaltenen Vorbehalte der Abänderung oder Zurücknahme und mit Ausnahme der vier ersten Absätze des § 88 sowie mit Ausnahme des § 90 und der weiteren Ausnahme, dass die im § 86, Punkt 7, Alinea 2, vorgesehene Herstellung gemeinschaftlicher Feuermauern nicht stattfinden soll, zuzugestehen.

28. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 5592, Beilage Nr. 173. Es handelt sich hier um die Baulinienbestimmung für die Spitzackergasse im XVII. Bezirke. Diese Gasse ist in der Nähe der Dorotheergasse in Hernals gelegen und befindet sich dort ein ganzes Conglomerat von 6° breiten Straßen. Nun handelt es sich um die Verlängerung einer bestehenden, drei Häuser langen Straße, und es kann diese Verlängerung nicht breiter gemacht werden, als die dort bestehenden Straßen, nämlich mit 11·38 m. Ich beantrage Ihnen daher im Namen des Stadtrathes: Es sei die Linie a b als Baulinie für die Spitzackergasse in Hernals mit einer Straßenbreite von 11·38 m zu bestimmen. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, es sei die Linie a b als Baulinie für die Spitzackergasse in Hernals mit einer Straßenbreite von 11·38 m zu bestimmen.

29. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 5591, Beilage 174. Alois Bernhard um Baulinienbestimmung für E.-Z. 190 in der Kaiser-Ebersdorferstraße in Kaiser-Ebersdorf. Diese Straße, welche hier in Rede steht, führt von Simmering nach Kaiser-Ebersdorf. In Simmering sind die Baulinien bereits bestimmt, und diese entsprechen einer 19 m breiten Straße. Nun wird beantragt, dass auch in Kaiser-Ebersdorf die Straße mit der gleichen Breite fortgeführt werde und thunlichst die bestehende Baulinie insoweit berücksichtigt werde, dass auf beiden Seiten die Zurückrückung eine möglichst gleiche sei. Bezüglich des Niveaus wird ein ganz unbedeutendes Gefälle beantragt, nachdem die Straße in einem großen Theile sogar horizontal durchgeführt werden kann. Es wird demnach beantragt: „Es seien für die Kaiser-Ebersdorferstraße in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, die Linien A B C einerseits und D E F andererseits mit einer Straßenbreite von 19 m als Baulinie, und

das Niveau mit 1·20 m über Null bei dem Punkte B horizontal bis zum Punkte C zu bestimmen."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es seien für die Kaiser-Ebersdorferstraße in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, die Linien A B C einerseits und D E F andererseits mit einer Straßenbreite von 19 m als Baulinie, und das Niveau mit 1·20 m über Null bei dem Punkte B horizontal bis zum Punkte C zu bestimmen.

30. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 5531. Baulinienbestimmung für die Hauptstraße durch Kaiser-Ebersdorf. Es ist das die Straße, welche von Kaiser-Ebersdorf nach Schwechat führt und einen rechten Winkel mit jener Straße bildet, die soeben in Rede gestanden ist.

Auch für diese Straße wird eine solche Baulinienbestimmung beantragt, dass die Zurückrückung beiderseits eine ziemlich gleichmäßige ist und dass beim Ausgang der Straße für die Straßenaxe die Axe des Viaductes der Donauländebahn maßgebend ist, durch welchen man nach Schwechat gelangt.

Nachdem dort noch gar keine Verbauung platzgegriffen hat, und überhaupt die Breite der Straße noch gar nicht durch andere Baulinien bestimmt ist, wird beantragt: „Es sind die Linien A' B C D und E' F' G' H' als Baulinien bei einer Straßenbreite von 20 m zu bestimmen, wobei die Straßenaxe in die Axe des Durchlasses der Donauländebahn zu verlegen ist."

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sind die Linien A' B C D und E' F' G' H' als Baulinien bei einer Straßenbreite von 20 m zu bestimmen, wobei die Straßenaxe in die Axe des Durchlasses der Donauländebahn zu verlegen ist.

31. Referent Gem.-Rath Dr. Grübl: Zahl 165. Im § 16 des Gesetzes vom 28. April 1889, betreffend die Errichtung der Betriebe öffentlicher Lagerhäuser, ist vorgesehen, dass in den Lagerhäusern öffentliche Licitationen abgehalten werden. Es ist da bestimmt, dass, wenn das Land, der Bezirk und die Gemeinde auf die ihnen in dem Falle von Licitationen zustehenden Gebüren verzichten, auch der Staat eine Gebürenermäßigung eintreten lässt. Diese besteht darin, dass statt Scala III Scala I zur Anwendung kommt. Scala III ist sehr hoch und belastet die Feilbietungen in sehr empfindlicher Weise. Das war auch der Grund, warum die Feilbietungen im städtischen Lagerhause bis jetzt zu einer besonderen Entwicklung nicht gelangen konnten.

Das Handelsministerium hat nun auf eine von Seite des Magistrates an dasselbe gerichtete Anfrage erklärt, dass es bereit wäre, die Gebürenerleichterung des § 16 dem städtischen Lagerhause zu gewähren, wenn der Gemeinderath mittels einfachen Plenarbeschlusses beschließt, dass er hinsichtlich der Feilbietungen im Lagerhause auf die Erhebungen des Armenpercents verzichtet. Nachdem diese zustimmende Erklärung eingelangt ist, hat der Lagerhaus-Director im Vereine mit dem Rechtsconsulenten desselben eine Versteigerungsordnung vorgelegt. Dieselbe wurde von den beiden einschlägigen Departements des Magistrates begutachtet und es wurde gefunden, dass diese sowohl den Verhältnissen und Bedürfnissen im Lagerhause als auch den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Demgemäß habe ich die Ehre, namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen, es wolle die vorliegende Versteigerungsordnung genehmigt werden.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich staune, dass wir gerade hier bei der Versteigerung im Lagerhause eine Ausnahme machen, die Ausnahme nämlich, dass die Commune Wien auf den größten Theil oder auf die ganzen Gebüren verzichten soll, ich glaube, es bleiben nur 2 pro mille. Wenn wir überall herabgehen, wo kommen wir da hin? Wir kommen dahin, dass die Bedürfnisse der Commune zumeist von dem Realbesitz gedeckt werden müssen. Auch der Name des Verkäufers soll nicht angegeben werden. Nun, ich sehe das absolut nicht ein, warum der Käufer nicht wissen soll, von wem die Versteigerung ausgeht. Ich bin zu wenig Kaufmann, um darauf näher einzugehen und überlasse dies meinem Collegen Purscht. Was man nicht anbringt, das bringt man heute ins Lagerhaus und dort wird es unter irgend einem oder unter gar keinem Namen versteigert. Je mehr Concessionen man dem Lagerhaus macht, desto mehr verliert man auf der anderen Seite, wenn etwas versteigert wird. Es muss auch an den Armenfond ein gewisser Percentsatz abgegeben werden. Ich kann mich nicht dafür aussprechen, dass wir darauf verzichten sollen. Es soll auch jeder Käufer wissen, von wem er kauft. Daher stimme ich gegen den Antrag.

Gem.-Rath Purscht: Ich muss mich gegen die freiwilligen Licitationen aussprechen, denn diese sind gewissermaßen für unwissende Leute, oder — wie man sie mit einem wienerischen Ausdrucke nennt — für „Wurzen" berechnet. Es bieten solche freiwillige Licitationen nur den Juden Gelegenheit, die schlechte Ware eventuell für theures Geld an den Mann zu bringen, und es liegt gewiss nicht im Sinne der Gemeinde, zu einem solchen Schwindel die Hand zu reichen. Ich habe solche freiwillige Licitationen mitgemacht und will Ihnen da nur die freiwillige Licitation der Verlassenschaft Bukovicz' erwähnen, wo außer dem alten Gerümpel noch verschiedene andere Gegenstände waren, die von den Trödlern hingestellt worden sind. Wenn sich dann jemand an einer Sache fängt, so treiben ihn die anderen hinauf und um theures Geld werden die alten Sachen verkauft.

Ich bin überzeugt, dass es soweit kommen wird, dass die Tandler ihre Effecten ins Lagerhaus bringen und dort verlicitieren lassen werden. Sie werden durch einen derartigen Beschluss aus dem Lagerhaus eine Schacherbude machen, wenigstens macht es mir so den Eindruck.

Nach dem Referenten-Antrag sind für einen Tag 10 fl. zu bezahlen, das ist gewiss sehr wenig, nämlich 2 pro mille, und dabei wird jeder, der eine schlechte Ware verkaufen will, diese im Lagerhaus einlagern und eine öffentliche, freiwillige Licitation eröffnen, und es finden sich bestimmt Leute, die sich anschmieren lassen. Ich bin also entschieden gegen die freiwilligen Licitationen, noch dazu, wenn sie mit so wenig Kosten verbunden sind. Gewöhnlich berechnet man die Gebür mit fünf Percent, wieso kommt man jetzt dazu, 2 pro mille zu rechnen? Das ist ja offenbar für den Schwindel berechnet.

Ich stelle daher den Antrag, dass bei § 15, wo es heißt, dass 2 pro mille berechnet werden soll, die Versteigerungs-Provision mit fünf Percent vom Erlöse abgerechnet und Spesen und Gebüren nicht weniger als 20 fl. per Tag betragen sollen.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten, ob hier irgend eine Vorsorge in folgender Beziehung getroffen ist. Es wurde seinerzeit im Gemeinderathe der Antrag angenommen, dass der Lagerhaus-Director angewiesen wird, in Betreff der Einrichtung eines Wein-Freilagers und eines größeren Lagerhauses für Wein Vorschläge zu machen, und hiezu gehört jedenfalls auch die Versteigerung von Wein. In der Versteigerungsordnung finde ich erstens nicht, dass speciell bei Wein gegen eine Übervortheilung vorgesorgt worden ist, und zweitens finde ich nicht, wie schon erwähnt, dass das Lagerhaus nicht zu Zwecken verwendet wird, für welche es nicht verwendet werden soll. Ich möchte den Herrn Referenten fragen, ob da irgendwelche Vorsorge getroffen ist.

Referent: Für den Wein, der heute im Lagerhause eingelagert ist, soll ganz dasselbe gelten wie für alle anderen Artikel, die zur Lagerung gelangen. Es heißt im § 1, dass im Lagerhause eingelagerte Waren, also auch Wein, durch öffentliche Versteigerung ohne behördliche Bewilligung verkauft werden können. Was die Garantien betrifft, dass der Verkäufer nicht geschädigt wird, so verweise ich auf die Bestimmung, welche in der Versteigerungsordnung enthalten ist, dass, wenn Wein verkauft wird, angegeben wird, was verkauft wird, und dann, dass der Verkäufer berechtigt ist, von zum Verkaufe gelangenden Waren Muster und Proben zu geben.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe an den Herrn Referenten die Anfrage gerichtet, welche Controle eigentlich geführt wird, ob solche Waren oder reine Waren zum Verkaufe gelangen; denn bei den gewöhnlichen Weinlicitationen haftet der betreffende Weinschätzmeister dafür, dass nicht ein anderes Product als Wein verkauft wird. Wenn aber in der öffentlichen Versteigerung, wie es jetzt schon einigemal vorgekommen ist, ein anderes chemisches Product unter dem Namen Wein verkauft wird, welche Garantie liegt nun vor, dass im Lagerhause nicht ein anderes Product als Wein verkauft wird, damit nicht eventuell der Käufer geschädigt werde. Denn, wenn der Käufer den Wein nach Hause führt, wird er schon sehen, was er gekauft hat. Welche Vorsorge zum Schutze der Käufer ist diesbezüglich getroffen? Das ist eine hochwichtige Frage, denn wir haben gesehen, dass einige Fälle vorgekommen sind, wo Fabrikate statt Wein gekauft worden sind, weil das schwer zu unterscheiden ist. Überdies heißt es, dass die Ware innerhalb 24 Stunden verkäuflich ist.

Gem.-Rath Boschan: Der Herr Vorredner von jener (linken) Seite scheint über die Licitationen, die im Lagerhause abgehalten werden, eine falsche Ansicht zu haben. Er meint, sie mit den Licitationen in der Stadt vergleichen zu können, wo schlechte Ölgemälde, sogenannte Essig- und Ölgemälde, Möbel, Fahrnisse &c. verlicitiert werden und wo der Missbrauch eintritt, dass die Tandler und Möbelfabrikanten neue Möbel hinstellen, sie als alte ausgeben und verlicitieren. Das ist etwas ganz anderes. Es handelt sich hier darum, eine sehr nothwendige Institution zu schaffen. In den großen Emporien Europas, namentlich in Rotterdam und London wird ein großer Theil, sogar die größere Hälfte der Warengeschäfte im Wege der Auction abgeschlossen. Berichte darüber finden Sie in den Zeitungen. Es handelt sich also darum, eine unabhängige Stelle zu schaffen, wo jemand, der z. B. die Absicht hat, nach Wien einige tausend Centner Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl zu werfen, sie hier verkaufen kann, ohne sich an einen Spediteur oder Commissionär wenden zu müssen. Eine solche Institution hat uns gefehlt. Sie ist für unseren Großhandel ein dringendes Bedürfnis. Ich möchte sehr bitten, den Antrag anzunehmen und diese Licitationen nicht zu verwechseln mit der Versteigerung kleiner Fahrnisse und Bilder.

Gem.-Rath Grünbeck: Die Herren mögen es nicht ungütig aufnehmen, dass wir gerade bei dem Lagerhause etwas länger verweilen, und gewiss hätte auch mancher von uns sich noch besser informiert, wenn er gewusst hätte, dass diese Sache so schnell referiert werden wird. Nun, wahrscheinlich hat die Sache Eile und es drängt eben manchen Geschäftsmann, ein noch besseres Geschäft zu machen. Ich muss sagen, ich kann mich für diese Einrichtung nicht besonders erwärmen. Ich verfolge immer die Ausweise und da habe ich gesehen, dass Korn, Mehl &c. sehr theuer sind, obwohl im Lagerhause gewiss hunderte von Centnern liegen. Gegenüber dem Vorjahre sind heuer um 150.000 Meter-Centner mehr eingelagert. Was bewirkt das aber? Das bietet manchem Wucherer so recht die Hand, weil er Vorschüsse bekommt, damit er wieder kaufen kann und so wird die arme Bevölkerung indirect sehr stark bewuchert. Ich will nicht weiter auf die Sache eingehen. Aber das eine möchte ich wenigstens, dass der Käufer weiß, von wem er kauft, und ich glaube, einen ehrlichen, anständigen Handelsmann wird das nicht genieren. Wen es aber geniert, der soll lieber gar nicht ins Lagerhaus hineingehen und es wenigstens nicht in Verruf bringen. Mancher Wirt getraut sich ohnehin schon nicht mehr hinein, weil er in einer Weise bedient wird, dass er nicht verlangt, ein zweitesmal hineinzugehen.

Es ist also eine ganz gerechte Forderung, dass man die Verkäufer wissen soll, und ich stelle daher den Antrag, dass bei Punkt 6 beigefügt werde, dass der Name des Verkäufers bei jeder Licitation genannt werde. Im übrigen bin ich aber gegen die Herabsetzung der Gebüren.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe schon gelegentlich der Budget-Debatte den Antrag des Collegen Seiler, Lagerhäuser für Wein zu errichten, auf das freudigste begrüßt, leider ist aber in dieser Sache vom Magistrate bis heute nichts geschehen. Wenn der Herr Referent sagt, dass Wein auch als Ware eingelagert wird, wenn er aber nicht weiß, ob derselbe von Chemikern geprüft wird, so bin ich entschieden dagegen. Man weiß ja, wie weit es in Wien mit dem Wein gekommen ist, besonders jetzt, wo die italienische Grenze mit Hilfe Ihrer Partei (rechts) geöffnet und der Weinzoll auf 3 fl. 20 kr. herabgedrückt wurde. Alle wissen ja, was dieser große Schlag für die Weinbautreibenden in Österreich bedeutet und dass der Wein, der in Italien wächst, gar nicht exportfähig ist, sondern erst präpariert werden muss, um es zu werden. Dann wird wahrscheinlich unser Lagerhaus das beste Absatzgebiet sein, wo gefälschter Wein an die Bevölkerung verkauft werden darf. Es gibt ja heute schon Weinhändler in Wien, die ihre Wägen ganz in ländlichem Stile ausgerüstet haben, sogar mit Aufschriften, wo steht: „Gott helfe weiter!" — wahrscheinlich, damit nicht der Wagen sammt dem Wein verbrennt. (Heiterkeit.)

Ich bin auch neugierig, was Herr Gem.-Rath Seiler thun wird, um seinen Antrag zu urgieren, damit er wenigstens im

Magistrat verhandelt und dem Stadtrathe zugewiesen wird, und dass er endlich ins Plenum des Gemeinderathes kommt.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Ich glaube, dass ein jeder Kaufmann die Idee, welche hier zum Ausdrucke kommt, mit Freuden begrüßen wird, weil sie eine Erleichterung für den Handel bedeutet. (Rufe links: Für den Schacher!) Ich bitte, nicht alles ist Schacher, was Handel ist, das ist nicht richtig. Diese Einführung ist eine Erleichterung für den Handel und führt zur Verbilligung des Productes ganz naturgemäß. (Rufe links: Für den Händler!) Auch für die Bevölkerung! Wenn jemand weiß, dass er in Wien mit seinen Sachen freie Hand hat, dass es ihm möglich ist, dasjenige, was er hieher ins Lagerhaus schickt, auch in dieser Form verkaufen zu können, so wird er viel eher seine Producte hieher liefern, als in einem anderen Falle, und dann möchte ich Sie alle fragen, meine Herren, ob das schädlich ist für die Wiener Consumenten, wenn wir das Lagerhaus voll Getreide haben und voll Zucker und Kaffee, ob das schädlich ist, wenn das dann dort licitiert wird?

Einige Herren behaupten, das sei nicht gut und die Leute werden dort vielleicht angeschmiert. (Rufe: Ja!) Meine Herren, das ist zu naiv, es wird doch niemand hingehen, der die Sache nicht versteht. Der Herr College Grünbeck behauptet, man muss vor allem wissen, von wem man kauft. Das ist mir ganz neu, das muss man nicht wissen (Gelächter links), aber man muss wissen, was man kauft. Kommen Sie zu mir und bieten Sie mir etwas an, oder schicken Sie mir einen, den ich nicht kenne. Es ist mir ganz gleichgiltig; wenn ich dasjenige, was ich sehe, verstehe, dann werde ich kaufen, aber wenn ich es nicht verstehe, dann werde ich eben nicht kaufen.

Nun wurde auch von dieser Seite (rechts) leider geäußert, dass dort sogar Kunstwein verkauft, licitiert werden könnte. Ich bin gewiss einer der entschiedensten Gegner des Kunstweines, weil ich sehr gerne ein gutes, ordentliches Glas Österreicher Wein trinke. Ich rede also dem Kunstwein das Wort nicht und ich wäre der erste, der gegen die Erzeugung des Kunstweines auftreten würde; allein, meine Herren, es ist in Österreich erlaubt, Kunstwein zu erzeugen — leider, ich bedauere es. Nachdem es aber erlaubt ist, Kunstwein zu erzeugen, ist es auch erlaubt, den Kunstwein zu verkaufen (Rufe links: Als Kunstwein!), und Sie können es niemanden verwehren, dass er in das Lagerhaus eine Sendung Kunstwein schickt; nur muss er es sagen. (Unruhe links.)

Meine Herren! Hören Sie mich zuerst an und widerlegen Sie mich nachher. Ich kann mich doch nicht jedesmal heiser reden. Er muss nur sagen, dass es Kunstwein ist, und wenn die Wirte, welche bei einer Versteigerung sind, den Kunstwein nicht verstehen, welcher, wie vom Herrn Collegen Seiler behauptet wird, häufig zur Versteigerung kommt, so muss ich die Wirte wirklich bedauern. Wie ist es denn, meine Herren, bei einer anderen Licitation? Wenn schon der Wirt selbst kein Weinkenner ist — es gibt ja viele Wirte, welche nichts trinken und das Trinken den Gästen überlassen —, wenn also der Wirt den Wein nicht selbst kennt, soll er einen beeideten Sachverständigen mitnehmen — den kann er auch auf das Land hinaus mitnehmen. Es wäre mitunter sehr gut, wenn man sich auch nach Grinzing und weiter hinaus einen solchen beeideten Sachverständigen mitnehmen würde. (Heiterkeit.) Ich habe schon vieles davon gehört, und wenn ich ein Wirt wäre ich würde mir wirklich auch nach Währing und Grinzing immer so einen beeideten Sachverständigen mitnehmen. (Heiterkeit.)

Ich würde bitten, meine Herren, hier nicht Opposition zu machen. Glauben Sie nicht, dass das eintritt, was in naiver Weise hier ein Kaufmann gesagt hat, dass man dort vielleicht alte Sessel oder alte Röcke oder alte Beinkleider hinbringt, damit es die Wiener kaufen. So dumm sind die Wiener nicht, die werden sich das schon anschauen, was dort ist und werden untersuchen, was sie kaufen. Fürchten Sie nicht, dass dort jemand betrogen wird. (Gelächter links.) Ja, wenn jemand hingeht, der die Sache nicht versteht, dann geschieht ihm ganz recht. Wer den Artikel nicht kennt, der soll nicht kaufen oder er muss sich jemanden mitnehmen, der es versteht. Ich bitte Sie also, den Referenten-Antrag anzunehmen, es liegt im Interesse der Geschäftswelt nicht allein, sondern im Interesse eines jeden Consumenten in Wien, dass man in dieser Weise Erleichterungen schafft, und derjenige, der ein Kaufmann ist und mit derlei Artikeln zu thun hat, wird mir Recht geben, dass es so ist. Denn je mehr Ware herkommt, desto billiger werden wir die Producte haben; man kann sie so nicht mehr so leicht wegbringen, wenn sie einmal hier sind. Ich möchte Sie daher bitten, dem Referenten zuzustimmen.

Gem.-Rath Purscht: Ich möchte den Herrn Gem.-Rath Frauenberger nur aufmerksam machen, dass in unserem Lagerhaus jeder einlagern kann, was er will; selbst wenn es Effecten sind, kann er sie auch einlagern und ich kann ihm sagen, wenn er einmal in der Lage ist, einen alten Kasten verkaufen zu wollen, soll er ihn nur im Lagerhaus einlagern und er wird ihn durch die freiwillige Licitation verkaufen. Ich kann Ihnen sagen, heute ist der Handel im Lagerhause in der Weise bestellt, dass vielleicht nur zwei da sind, die mindere Ware übernehmen und an den Mann bringen. Ich bin überzeugt, dass vielleicht von diesen zwei auch jener Antrag stammt; es sind die Herren Brody und Herzog. Ich bin überzeugt, dass diese sich besondere Mühe gegeben haben, ihre Schundware durch freiwillige Licitation ververkaufen zu können.

Was aber den Herrn Gem.-Rath Frauenberger anbelangt, so muss ich ihm sagen, dass das die christlichen Kaufleute nicht herbeiwünschen. Diese freiwilligen Licitationen wünscht einfach nur der Handeljude. (Gem.-Rath Frauenberger: Lächerlich!) Ich möchte nur das eine wünschen, dass Herr Gem.-Rath Frauenberger einmal bei einer solchen Licitation sein und da einen Wein kaufen möge. Das wäre mir am allerliebsten; denn ich bin überzeugt, dass er wahrscheinlich keinen anderen Artikel versteht, als die Tapeten; da würde er sich jedenfalls einfach anschmieren. (Gem.-Rath Frauenberger: Lächerlich; immer der Hinweis auf das Geschäft!) Sie haben auf mein Geschäft hingewiesen, es steht mir also auch frei, auf Ihr Geschäft hinzuweisen.

Ich mache Sie auch aufmerksam, dass im Referate ausdrücklich steht, dass man Musterproben nur haben kann, wenn man früher darum einkommt. Es steht also einem nicht zu, bei Licitationen Proben zu nehmen.

Ich mache Sie auf diesen einen Punkt aufmerksam, der in dem Referate vorkommt. Dann möchte ich die Herren auch aufmerksam machen, dass man, wenn man bei Wein-Licitationen die Proben auch wirklich zur Hand hat, es nicht immer genau wissen kann, ob die Ware gut oder schlecht ist, selbst wenn man Fachmann ist.

Ich kann Ihnen sagen, dass Sie selbst die kleinen Fruchthändler riesig schädigen, wenn Sie eine derartige freiwillige Licitation

einführen, und ich bitte Sie, wenn Sie den Referenten-Antrag annehmen, meinen Antrag zu unterstützen, dass wenigstens die Gebüren höher berechnet werden als mit 2 pro mille.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Steiner, Dr. Zimmermann, Seiler, K. M. Mayer, Frauenberger, Weitmann und der Herr Referent.

Referent (zu einer Aufklärung): Der Herr Vorredner muss das Lagerhaus mit dem Versatzamte verwechseln (Heiterkeit), mir ist noch nicht vorgekommen, dass im städtischen Lagerhause Effecten eingelagert worden sind. (Rufe und Gelächter links.)

Bürgermeister: Ich bitte, den Herrn Referenten nicht zu unterbrechen.

Referent: Es werden bekanntlich im Lagerhause nur Naturproducte und Spiritus eingelagert; aber andere Artikel werden im Lagerhause nicht eingelagert. (Widerspruch links. Rufe: Geräthe! Maschinen!)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Als der Antrag Fürnkranz auf Revision des Kunstwein-Gesetzes im vergangenen Jahre im n.-ö. Landtage verhandelt wurde, hat Se. Excellenz der Statthalter von Niederösterreich erklärt, in Wien werde gar kein Wein gepanscht, in Wien gebe es keinen Kunstwein; aber leider ist in derselben Woche — das wird mir Herr Collega Kreindl bestätigen — in Wien, Ober-Döbling, in der Mariengasse ein ganzer Keller Rothwein confisciert worden. Es ist dann eine Probe hievon zur Analyse nach Klosterneuburg gesendet worden und es hat sich herausgestellt, dass dieser Rothwein aus Sprit und anderen Beimengungen besteht. Das wusste ich nicht, dass Collega Frauenberger die Kenntnisse besitzt, Wein mit chemischen Beimengungen ohne chemische Analyse sofort zu erkennen. Ich verstehe das nicht, Herr Collega, und der Herr Collega Seiler und Collega Herold werden mir beipflichten, dass es nicht möglich ist, wenn man den Wein kostet, das zu verstehen. Nun, Collega Frauenberger, gestatten Sie mir eine Frage: Können Sie mir in Wien einen Weinhändler oder Wirt nennen, bei dem draußen steht: Kunstwein-Erzeugung? Wozu gehört denn der viele Sprit? Ich erinnere daran, dass, als die Nachversteuerung für Sprit vorgenommen wurde, man bei den Weinhändlern mehr Sprit vorgefunden, als bei sämmtlichen Brantwein-Erzeugern. Das ist für alle Zeiten bei der Finanz-Landesdirection sichergestellt worden. Weiters, Herr Collega, wo ist der viele Äpfelmost hingekommen, der im vergangenen Jahre nach Wien eingelangt ist? Er ist mit Wein vermengt und für Wein verkauft worden.

Über solche Fragen, bitte ich, sich in Zukunft nicht zu äußern. Was aber Ihre Bemerkung anbelangt, dass man sich einen Sachverständigen nach Grinzing mitnehmen muss, so gestatten Sie mir, Folgendes zu erwidern: Heute gilt Grinzing noch als Curort für Magenleidende. Wenn Sie einmal ein Magenleiden haben, so gehen Sie dorthin, um einen Heurigen zu trinken, aber reden thun Sie über den Wein nicht, sonst könnten Sie nicht so gut nach Hause kommen, als Sie hinkommen. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Die Vorlage ist nichts anderes als ein Ausfluss des Lagerhausgesetzes. Wir haben ein Lagerhaus, welches vollständig unter den gesetzlichen Maßnahmen besteht und da ist es auch natürlich, dass wir dahin streben müssen, dass Feilbietungen in diesem Lagerhause, und zwar nicht mit den heutigen Beschwernissen — dass vorerst um die Bewilligung der Feilbietungen angesucht und ein Notar beigezogen werden muss — vorgenommen werden können.

Es ist schon von dem Herrn Referenten hervorgehoben worden, dass bei dem Bedenken, es möge weiß Gott was in dem Lagerhause verkauft werden, ein Irrthum über die Bestimmung des Lagerhauses vorliegt. Es werden dort nicht Möbel und Kleider, sondern Naturproducte verkauft.

Die Abstandnahme von den Armenpercenten hat darin seinen Grund, dass im Lagerhause bis jetzt sehr wenige Feilbietungen stattgefunden haben und man die Möglichkeit dieser Feilbietungen schaffen will, und zwar dadurch, dass man nicht übermäßige Kosten mit diesen Feilbietungen verbindet. Ich kann daher diese Maßregel nur begrüßen. Eine Vorsorge kann allerdings — und es wird wahrscheinlich ein späterer Redner einen diesbezüglichen Antrag stellen — bezüglich der Weine gemacht werden, dass die Proben durch beeidete Kunstverständige nach chemischer Analyse vorgenommen werden. Ich beantrage daher die Annahme der Vorlage.

Gem.-Rath Seiler: Wenn ich nicht wüsste, dass Herr College Frauenberger als gemeinderäthlicher Lustigmacher nicht ernst zu nehmen ist . . . . (Lebhafter Beifall, Händeklatschen und Heiterkeit links. — Gem.-Rath Frauenberger: Ich bitte, Herr Bürgermeister!)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich muss erklären, dass diese Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Seiler gegen jeden parlamentarischen Anstand ist und rufe ihn zur Ordnung.

Gem.-Rath Seiler (fortfahrend): Es hat dem Herrn Gem.-Rath Frauenberger beliebt zu sagen, dass die Wiener Wirte das Verständnis nicht besitzen — oder wenigstens einige von ihnen, — die Weine zu untersuchen und dass es infolge dessen auch Kunstwein geben würde. Dagegen muss ich behaupten, dass wenigstens bei den Wiener Wirten kein Kunstweinkeller zu finden ist, denn jeder Wirt ist, so wie ein Liebhaber von Ölgemälden, stets darauf bedacht, einen vorzüglichen Wein im Keller zu haben. Was die Versteigerung anbelangt, so würde ich denn doch ersuchen, zum Schutze der betreffenden Käufer im § 11, wo es heißt, „unter Mitwirkung des Verkäufers mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes gezogen sind," dazuzusetzen: „bei Weinauctionen muss der zur Versteigerung gelangende Wein auf Kosten und Gefahr des Versteigerers von beeideten Weinschätzmeistern auf seine Naturechtheit untersucht werden." Ich bitte, diesen Zusatz anzunehmen. (Beifall.)

Gem.-Rath Frauenberger: Ich werde mich nur auf einige kleine Richtigstellungen beschränken. Es wurde hier behauptet, dass namentlich die kleinen Fruchthändler unter dieser Maßregel leiden werden. Meine Herren! Wenn wir das überlegen, so muss jeder sagen, gerade die kleinen Fruchthändler werden dadurch profitieren, weil es ihnen möglich ist, hier die Ware direct zu verkaufen, während sie sonst mit ihrem kleinen Quantum dem großen Fruchthändler auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind.

Es wird schon so sein, Herr Dr. Lueger, wenn Sie auch den Kopf schütteln. Nun bin ich aber der Meinung, dass die Döblinger nicht sehr erbaut sein werden, wenn sie die Mittheilungen des Herrn Gem.-Rathes Steiner lesen werden, dass dort ein

ganzer Keller rothen Kunstweines vorgefunden wurde. (Rufe links: Das ist ja eine alte Sache!) Dann habe ich mit meiner Behauptung, dass es nothwendig wäre, sich immer einen Sachverständigen hinauszunehmen, nicht ganz unrecht gehabt. Wenn Herr Gem.-Rath Steiner behauptet, dass es nicht möglich ist — und das hat er wörtlich gesagt — den Wein sofort beim Kosten zu kennen, dann begreife ich nicht, warum wir den gerichtlich beeidete Sachverständige haben, welche beim Gerichtstisch nur auf das Kosten angewiesen sind, und warum man es denn bis heute nicht zugelassen hat, dass auf Grund einer Untersuchung, welche die Klosterneuburger Weinbauschule vornimmt, ein Urtheil gefällt werden kann. Da sagt immer der betreffende Advocat, ja das ist wohl möglich, das kann schon Kunstwein sein, aber das Gesetz schreibt vor, dass nicht die Klosterneuburger Weinbauschule das constatiert, sondern zwei gerichtlich beeidete Sachverständige. Ich glaube, die Herren Juristen werden mir nicht unrecht geben. Wenn dem also so wäre, dass man den Wein durch Kosten nicht kennt, vorausgesetzt, dass man überhaupt Wein kennt, dann wäre es wohl sehr traurig, wenn man in einer Weinangelegenheit bei Gericht etwas zu thun hat. Nun möchte ich aber gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Seiler, den ich sonst sehr achte, eine Bemerkung machen, dass sein Keil, den er heute gebraucht hat, denn doch etwas allzu derb ausgefallen ist und dass man sich in diesem Saale doch befleißen soll, soweit es möglich ist, in einer Sprache zu sprechen, die nicht allzusehr verletzt. Es muss sich ja ein jeder ein bisschen zusammennehmen und zum mindesten muss man so sprechen, dass es nicht so wuchtig, so keulenartig ausfällt. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, der Herr Gem.-Rath Seiler bewegt sich ja auch in besserer Gesellschaft und musste gefunden haben, dass das bei gebildeten Leuten nicht die übliche Umgangssprache ist. Dann möchte ich noch bemerken, dass ich nicht gesagt habe, dass die Wirte den Wein nicht kennen und ich berufe mich diesbezüglich auf das stenographische Protokoll, welches ich nachzulesen bitte. Ich habe nur gesagt, wenn ein Wirt den Wein nicht selbst kennen sollte, den er ja kennen muss, wenn er ihn überhaupt trinkt, so muss er sich einen beeideten Sachverständigen mitnehmen. Darin liegt durchaus keine Beleidigung für den Wirt, damit wird kein Wirt herabgesetzt und die Wirte der ganzen Stadt Wien können das lesen — es wird sich keiner beleidigt fühlen, sondern jeder wird sagen: Der hat recht.

Wenn es Wirte gibt, die Weine nicht kennen und es gibt ja Wirte die keinen Tropfen Wein, sondern nur Bier trinken, so macht das nichts. Muss ich den Wein schon kennen, wenn ich hinausschreibe: „Zum goldenen Elephanten", und wenn ich der Wirt „Zum goldenen Elephanten" bin? (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist doch nicht bedungen. Ich will damit schließen und bitte Sie nochmals, den Antrag des Referenten anzunehmen.

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Weitmann: Nach meiner Ansicht besitzt das Lagerhaus der Stadt Wien heute noch ein vorzügliches Renommée. Man weiß, dass dort bisher nur bessere Ware eingelagert wurde, und ich glaube, man sollte durch derartige Anträge und Wünsche, wie der Herr Collega Frauenberger will, nämlich, dass auch Kunstweine im Lagerhause verkauft und versteigert werden dürfen, das Renommée des Lagerhauses nicht schädigen. Ich weise auf das Lagerhaus in Innsbruck hin. Im Lagerhause in Innsbruck wird sehr viel Wein eingelagert, aber es wird jeder Wein, bevor er ins Lagerhaus aufgenommen wird, von Fachmännern geprüft, und der Wein, der nicht ganz echt ist, wird zurückgewiesen, wird einfach nicht ins Lagerhaus aufgenommen. Und so streng reell sollte man auch in Wien bei unserem Lagerhause sein. Man sollte dort keinen Pantsch bekommen, wie der Herr College Frauenberger wünscht, dass auch Kunstwein verkauft werden darf. Nein, das Lagerhaus soll bleiben, was es bisher war. Es soll sein Renommée behalten, damit es ein weiteres Erträgnis abwirft. Mit derartigen Pantschwaren aber ruinieren wir das Renommée des Lagerhauses und das Erträgnis wird zurückgehen. Für diese Ansichten kann ich absolut nicht schwärmen. Ich möchte daher bitten, den Antrag Seiler anzunehmen. Denn wenn wir so fortfahren, dass wir heute Kunstwein bewilligen, werden wir immer mehr und mehr zugeben, und das Ende wird sein, dass das Lagerhaus zu einem Tandelmarkt herabgewürdigt wird. Lassen wir das Lagerhaus echt und gerecht, so dass der Käufer hingehen kann und sich nicht einen Sachverständigen mitnehmen muss, wie der Herr College Frauenberger meint. Er soll ohne Bangen hingehen können und wissen, dass er nicht bezüglich der Qualität angeschmiert wird. Um den Preis handelt es sich nicht. Wenn der ihm zu theuer ist, kann er es stehen lassen. Ich glaube, wenn einer so dumm ist und kauft den eingelagerten Kunstwein als Naturwein, so wird er angeschmiert. Man soll aber den Schwindel nicht einführen. Es ist traurig genug, dass er besteht. Sehr häufig wird einem Reconvalescenten vom Arzte ein Glas Wein zur Stärkung angewiesen, statt dessen trinkt er ein Glas Gift. Es ist traurig, dass im Gemeinderathe Männer sitzen, die sagen, dass Kunstwein verkauft werden dürfe. Ich bedauere das sehr, Herr Frauenberger! Das sind keine reellen Ansichten, so etwas darf man nicht thun. Ich unterstütze also den Antrag Seiler.

Referent: Meine Herren! Es ist zunächst im Princip dagegen Opposition gemacht worden, dass im Lagerhause überhaupt öffentliche Versteigerungen abgehalten werden. Dem gegenüber kann ich nur darauf verweisen, dass fast in allen größeren Lagerhäusern solche Auctionen stattfinden, und bei Feststellung der vorliegenden Versteigerungsordnung sind die Versteigerungsordnungen anderer Lagerhäuser von Frankreich, Deutschland und England zugrunde gelegt werden. Nun glaube ich, wird es doch niemandem einfallen zu sagen, das, was sich anderwärts bewährt hat, was dort Regel ist und geradezu die Basis des Lagerhausbetriebes bildet, in Wien Schwindel sein wird und muss. Ein Schwindel wird es nicht sein, wenn die Käufer sich dasjenige, was sie kaufen wollen, gehörig ansehen. (Rufe links: Das kann man nicht!) Ich bitte, ich werde darauf zurückkommen. Derjenige, der die Sache nicht versteht, wird eben im Lagerhaus keinen Wein kaufen oder nur dann, wenn der Verkäufer sich nennt und einen Namen besitzt, der für die Echtheit der Ware garantiert. Man wird aber nicht kaufen, wenn der Verkäufer sich nicht nennen lässt, und dadurch allein schon vielleicht Misstrauen gegen die Qualität seiner Ware hervorruft. Es muss ja niemand dort kaufen, und es ist selbstverständlich, dass nur der gut daran thun wird, dort zu kaufen, der die Sache versteht. Es sind aber auch Einwendungen von dieser Seite (links) gemacht worden, die mir ganz unverständlich sind. Die Herren sind ja immer gegen den Zwischenhandel aufgetreten. Sie haben gesagt, der Zwischenhandel ist in gewissen Händen, die bekämpft werden müssen, er vertheuert die Ware zum Schaden des Publicums. Nun, meine Herren, hier soll ja der Zwischenhandel beseitigt werden. Es führt jemand die Ware auf das Lagerhaus, dort wird

unter Aufsicht eine Licitation veranstaltet und jetzt kann ein Detaillist hingehen und direct aus den großen Quantitäten bei der Licitation einkaufen. Dadurch umgeht er den Zwischenhandel, den Sie ja seit Jahren bekämpfen. Jetzt wird über Antrag des Lagerhaus-Directors eine solche Institution eingeführt, und da sagen Sie, das ist Schwindel. Früher haben Sie gesagt, der Zwischenhandel ist Schwindel, und jetzt ist die Einrichtung, die ihn beseitigen soll, auch ein Schwindel; ja, meine Herren, das ist eben sehr schwer.

Um wieder auf ein wiederholt ausgesprochenes Wort zurückzukommen — Sie wollen ja die wirtschaftlich Schwachen schützen, damit ihnen die Approvisionierungsartikel billig zugeführt werden, und das ist unmöglich, wenn die Gebüren, die auflaufen, hohe sind.

Was ist aber Ihre Einwendung? Die 10 fl. per Tag sind zu wenig, man soll mehr verlangen, die 2 Percent pro mille sind auch zu wenig, damit ja eben die Ware, die dort verkauft wird, vertheuert wird. Wo ist da die Logik? Damit werden Sie ja Ihrem Grundsatze untreu, den Sie immer aussprechen und als Grundsatz für die städtische Verwaltung und die ganze Welteinrichtung verlangen.

Ich habe gedacht, Sie werden diese Versteigerungsordnung mit Freuden begrüßen, weil gewisse Hauptwünsche, die Sie wiederholt ausgesprochen haben, dadurch zur Verwirklichung gelangen. Was den Wein betrifft, so bitte ich Folgendes zu berücksichtigen: dass der Kunstwein heute eine sehr große Rolle spielt, ist ja leider wahr und obwohl im Lagerhaus bis jetzt keine Kunstwein-Licitationen stattgefunden haben, ist doch sehr viel Kunstwein im Verkehr. Das Lagerhaus wird die Sache nicht besser und nicht schlechter machen, es wird wahrscheinlich gute, echte Ware, aber auch Kunstwein dort sein, es ist Sache der Käufer, sich vor Benachtheiligung zu schützen.

Aber, meine Herren, für die Annahme des Antrages des Herrn Gem.-Rathes Seiler könnte ich nicht eintreten; ich bin nicht in der Lage, heute in Abrede zu stellen, dass diese Einrichtung nicht vielleicht irgendwo besteht, aber das eine kann ich sagen, der Antrag widerspricht der Versteigerungsordnung, denn in der Versteigerungsordnung ist gesagt: „Das Lagerhaus übernimmt für die Qualität der zum Verkaufe gelangenden Waren keine wie immer geartete Verantwortung." (Rufe links! Das ist traurig!) Das Lagerhaus sagt eben damit, derjenige, welcher kauft, muss sich die Waren ansehen. Das Lagerhaus haftet nur dafür, und das ist die einzige Haftung, dass die Muster, welche vorgelegt werden, wirklich Muster von der zum Verkaufe gelangenden Ware sind. Dafür haftet das Lagerhaus. Es haftet also dafür, dass, wenn eine Ware zum Verkaufe gelangt, hier ein Muster ist, welches gewiss von dieser Ware ist und das Lagerhaus würde sich der Haftung zum Schadenersatze aussetzen, wenn bewiesen werden könnte, dass das Muster nicht von der Ware ist.

Das Lagerhaus haftet also speciell bei Weinlicitationen dafür, dass das Muster, welches zum Kosten kommt, genau übereinstimmt mit dem Fasse, welches zum Verkaufe bestimmt ist und aus dem Fasse gezogen ist. Wenn der Käufer glaubt, kann er ihn kaufen, traut er sich nicht, weil er fürchtet, es sei Kunstwein oder nicht von der gewünschten Qualität, so soll er ihn nicht kaufen; aber wenn wir den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Seiler annehmen würden, würde eine enorme Haftung auf das Lagerhaus kommen. Nehmen wir an, ein im Lagerhause bestellter Sachverständiger irrt sich und es würde bewiesen, dass das Gutachten nicht richtig ist, so könnte eine große Haftung, ein enormer Schaden entstehen, für welchen das Lagerhaus aufzukommen hat. Andererseits könnte eine Verschleppung vorkommen. Denken Sie sich, jemand hat 100, 200 kleine Gebinde, ein Sachverständiger soll sie versuchen und chemisch untersuchen. Ich bitte, die Kosten zu berücksichtigen, welche daraus entstehen würden. Es ist kein Zweifel, dass damit die Licitation von Wein überhaupt aufhören würde; dann wäre es gleich gescheiter, Sie beschließen es nicht! Ich will mich nicht absolut gegen den Antrag Seiler's aussprechen, nur bin ich dafür und damit wird der Antragsteller einverstanden sein, dass dieser Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werde, so dass der Lagerhaus-Director in der Lage ist, sich darüber zu äußern, ob den Wünschen des Herrn Gem.-Rathes Seiler entgegengekommen werden kann oder nicht.

Das ist so ziemlich dasjenige, was ich auf die vorgebrachten Bemerkungen zu antworten habe. Ich möchte nur bitten, das eine noch zu berücksichtigen. Der Lagerhaus-Dicector ist ein ausgezeichneter Fachmann, der gewiss in der Lage ist, zu beurtheilen, ob etwas zum Nutzen und Frommen des Lagerhauses ist oder nicht. Nachdem diese ganze Angelegenheit seiner Initiative entspringt und er den dringenden Wunsch hat, dass die Versteigerungsordnung wie sie da ist, zur Wirklichkeit wird und er davon für das Lagerhaus und in erster Linie für die Approvisionierung Wiens sehr viel erwartet, so möchte ich bitten, die Angelegenheit wohlwollender zu beurtheilen, als es es bisher der Fall war, und die Versteigerungsordnung anzunehmen.

Gem.-Rath Steiner (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Collega Frauenberger hat erwähnt, dass die Schätzmeister eigentlich überflüssig sind, wenn sie am Gerichtstische den Wein schätzen. Ich berichtige dagegen, dass der Schätzmeister wohl die Höhe des Preises beim Gerichtstische angibt, aber nie in der Lage sein wird zu constatieren, ob eine chemische Beimengung stattgefunden hat, oder nicht. Was die Verdächtigung anbelangt, welche Herr Collega Frauenberger der weinbautreibenden Bevölkerung Grinzings vorgeworfen hat, so bemerke ich, dass das nicht ernst zu nehmen ist, weil Herr Gem.-Rath Frauenberger über etwas gesprochen hat, was er absolut nicht versteht und er besser gethan hätte, es zu unterlassen, über etwas zu sprechen, von dem er keine Ahnung hat.

Gem.-Rath Pursch (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige den Referenten thatsächlich, dass es nicht richtig ist, dass Muster überhaupt gegeben werden. Es heißt ausdrücklich im Referate: „Muster werden nur gegen schriftlichen Auftrag des Verkäufers erfolgt." Nun können Sie sich vorstellen, in welcher Form das geschehen wird. Ich kann damit nicht einverstanden sein, weil dadurch nur dem Schwindel Thür und Thor geöffnet wird.

Gem.-Rath Herold (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich im Interesse vieler Gastwirte, dass in keinem Keller eines Wiener Gastwirtes der Inneren Stadt sowie der Vorstädte sich Kunstwein befindet. (Unruhe und Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe.

Referent (zur Berichtigung): Gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Pursch möchte ich mir noch die Bemerkung erlauben, dass es im § 11 der Vorschriften heißt:

„§ 11. Bei Waren, die ihrer Natur nach nach Mustern, Kostproben und dergl. versteigert werden, dürfen nur Muster vorgelegt werden, die von der Lagerhaus-Verwaltung ohne Mitwirkung des Verkäufers mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes gezogen

sind; den Käufern steht es frei, ehe der Zuschlag erfolgt ist, zu prüfen, ob die Ware den Mustern gemäß ist."

Der Käufer kann verlangen, dass die Feilbietung sistiert werde und kann sich überzeugen, ob die Ware dem Muster entspricht.

Gem.-Rath Frauenberger (zur persönlichen Bemerkung): Ich muss nur persönlich bemerken, dass ich glaube, es sollte nicht in der Weise hiernach vorgegangen werde, dass man immer sagt, wenn jemand etwas spricht: „Der versteht das nicht!" Das ist eine sehr bequeme Äußerung: „Der versteht das nicht!"

Auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Steiner muss ich aber bemerken, dass er sich gewaltig irrt, wenn er glaubt, dass die Wein-Sachverständigen bei Gericht nicht befragt werden auf die Echtheit des Weines. Er möge sich in dieser Beziehung bei seinem Herrn Vorgesetzten Dr. Lueger erkundigen, der wird ihm das sagen. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Special-Debatte. Ich erlaube mir, den Vorschlag zu machen, dass der Herr Referent den Paragraph nennt, und wenn die Versammlung es wünscht, liest, und dass, wenn Einwendungen erhoben werden, über den Paragraph gesprochen werde. Also ich bitte den Herrn Referenten, § 1 vorzulesen.

Referent: § 1.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Zustimmung.) Ich erkläre denselben angenommen.

Referent: § 2.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Angenommen.

Referent: § 3.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich halte meinen Antrag, den ich in der General-Debatte gestellt habe, aufrecht, dass nämlich bei Punkt 6 der Name angegeben werde.

Referent: Ich habe über diesen Punkt speciell mit dem Lagerhaus-Director Rücksprache gepflogen und er hat mir gesagt, dass diese Bestimmung unbedingt nothwendig ist, weil es sehr oft vorkommt, dass Parteien es nicht wünschen, und mit Recht nicht wünschen, dass ihre Namen genannt werden, es kann der Verkauf ein nicht freiwilliger sein &c. Es steht nun den Parteien frei, zu bestimmen, ob die Versteigerung mit oder ohne Nennung des Namens erfolgen soll. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss doch um Ruhe bitten, denn in dieser Weise ist eine ernste Berathung unmöglich. Ich bitte, sich zum Worte zu melden und die Bedenken zu äußern, nicht aber den Referenten oder irgend einen anderen Redner zu unterbrechen.

Referent: Es ist einfach demjenigen, der die Licitation veranstaltet, freigestellt, ob er seinen Namen nennen will oder nicht. Es hat jede Alternative etwas für sich. In einem Falle hat der Verkäufer ein Interesse, dass sein Name nicht genannt wird, in dem anderen wird er seinen Namen nennen, weil er vielleicht damit die Sache leichter verkauft. Der Käufer wird in dem Falle, wo er sieht, dies ist von dem oder dem, vielleicht mehr geben, als wenn er sieht, die Ware ist anonym, der Verkäufer nennt sich nicht, und er wird dadurch vorsichtig. Aber diese Einrichtung besteht in allen Lagerhäusern, und es wäre sehr zum Nachtheil des Lagerhauses, wenn man dem Verkäufer diese Wahl nehmen würde, indem man bestimmt, unter allen Umständen müsse der Verkäufer genannt werden.

In vielen Fällen hat es gar keinen Zweck und kein Interesse; zum Beispiel bei Spiritus ist es ganz gleichgiltig; hier kommt nur Courantwaare zum Verkaufe, sie ist in Einem Bottich mit dem Spiritus von allen anderen Einsendern zusammen, und es ist daher gar nicht möglich, zu wissen von wem die Ware ist.

Gem.-Rath Hawranek: Ich finde es sehr begreiflich, dass man den Namen des Versteigernden wissen muss. Wenn er sich geniert, seinen Namen zu nennen, so ist ohnedies ein Schwindel dahinter. Ich kann nicht begreifen, warum sich einer weigert, seinen Namen zu nennen, wenn er etwas zu versteigern hat. Im § 3, Punkt 6 müssen wir darauf beharren, dass der Name des Verkäufers genau angegeben werde. Denn, wenn man weiß, dass ein bekannter Schwindler etwas verlicitiert, so wird niemand hingehen; das ist selbstverständlich. Ich stelle den Antrag, dass der Name genannt wird.

Referent (zum Schlusswort): Ich kann nur wiederholen, was ich gesagt habe. In dieser Frage ist mir der Lagerhaus-Director Autorität und die Herren können versichert sein, dass er nicht einen solchen Antrag stellt, den er nicht für berechtigt hält. Der Käufer kann sich auf andere Weise von der Qualität der Ware überzeugen, indem er Muster verlangt. Dafür haftet das Lagerhaus. Ich glaube, man soll den Verkehr nicht dadurch erschweren, dass man eine Bestimmung aufnimmt, die von den Bestimmungen anderer Lagerhäuser abweicht.

Gem.-Rath Seiler (zur Berichtigung): Ich will nur bemerken, dass bei unserem so glänzenden Geschäftsgange es sehr oft vorkommen kann, dass jemand aus Noth, um sich Geld zu machen, etwas verkaufen will, da will er den Namen nicht hergeben. Deshalb empfehle ich diesen Passus zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Punkte 1 bis inclusive 5 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre daher dieselben für angenommen.

Gegen Punkt 6 wurde vom Gem.-Rathe Grünbeck der Gegen-Antrag gestellt, Punkt 6 habe zu lauten: „Den Namen des Verkäufers". Ich ersuche die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich ersuche jene Herren, welche Punkt 6 in der Fassung des Referenten annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gegen § 4 liegt keine Einwendung vor. Angenommen

Gegen § 5 liegt ebenfalls keine Einwendung vor. Angenommen.

Zu § 6 hat Gem.-Rath Purscht das Wort.

Gem.-Rath Purscht: Ich wäre dafür, dass der Herr Referent vielleicht aus dem Referate den 3. Absatz: „Muster werden nur gegen schriftlichen Auftrag des Verkäufers ausgefolgt" auslasse, weil im § 11 dasselbe vorkommt.

Referent: Das muss ein Irrthum sein; der Schlusssatz des § 6 kommt in § 11 nicht vor. Die Bestimmung des § 6 ist deswegen nothwendig, weil bei diesen Mustern oft ein Obligo bezüglich des Zolles und der Verzehrungssteuer besteht. Und da den Eigenthümer die Verpflichtung trifft, Zoll, Verzehrungssteuer u. s. w. zu bezahlen, so wird der Betreffende durch Ausfolgung von Ware Schuldner gegenüber dem Ärar. Infolge dessen kann das Lagerhaus nur dann von der Ware etwas hergeben, wenn der Eigenthümer darüber disponiert.

Gem.-Rath Pursch: Ich verstehe das nicht. Früher hat der Herr Referent ausdrücklich gesagt, dass dieser Absatz in § 11 enthalten ist, und jetzt ist er gegen die Streichung dieses Absatzes. Im § 11 heißt es ausdrücklich: „Die Waren, die ihrer Natur nach nach Mustern, Kostproben &c." Da ist es ja enthalten. Ich bin entschieden für die Streichung.

Referent (zum Schlusswort): Das ist ein Missverständnis. Der § 6 sagt aus den Gründen, die ich schon angeführt habe: „Disponieren kann über die Ware, also z. B. zur Ausfolgung von Mustern, auch nur der Eigenthümer."

Der Eigenthümer allein kann über die Ware disponieren. Also über die Frage, ob das Muster hergegeben werden darf oder nicht, muss der Eigenthümer entscheiden; man kann doch nicht ohne seinen Willen und ohne seine Zustimmung über seine Ware verfügen. Das Lagerhaus haftet ja für die Quantität, und es ist nicht berechtigt, über die Ware zu verfügen, auch nicht behufs Hergabe von Mustern. In § 11 ist nur gesagt, dass das Lagerhaus nur dafür haftet, dass, wenn das Muster hergegeben wird, dieses Muster von der zu verkaufenden Ware herrührt, also mit der zu verkaufenden Ware identisch ist. Im § 11 ist somit nur die Rede von der Verantwortung des Lagerhauses in Bezug auf die Richtigkeit des Musters. Das ist also ein ganz verschiedener Gegenstand.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Dem Bedenken des Herrn Gem.-Rathes Pursch wird dadurch Rechnung getragen, dass über Punkt 3 abgesondert abgestimmt wird.

Ich bitte also jene Herren, welche für Punkt 1 und 2 des des § 6 sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Punkt 3 „Muster werden nur gegen schriftlichen Auftrag des Verkäufers ausgefolgt". Ich bitte jene Herren, welche mit der Beibehaltung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

§ 7. Wünscht jemand das Wort? Keine Einwendung; angenommen.

§ 8. Wünscht jemand das Wort? Keine Einwendung; angenommen.

§ 9. Wünscht jemand das Wort? Keine Einwendung; angenommen.

§ 10. Wünscht jemand das Wort? Keine Einwendung; angenommen.

Zu § 11 hat Herr Gem.-Rath Seiler beantragt, „bei Wein-Commissionen muss der zur Versteigerung kommende Wein auf Kosten des Versteigerers von einem beeideten Schätzmeister auf Kosten des Versteigerers auf seine Naturechtheit untersucht werden".

Gem.-Rath Seiler: Ich halte meinen Antrag aufrecht und muss den Herrn Referenten auf § 12 verweisen, welcher sagt, dass die Lagerhaus-Verwaltung gar keine Verantwortung übernimmt. Es steht hier ausdrücklich, die Versteigerung wird im Auftrage und für Rechnung und Gefahr des Einlagerers nur auf Beschreibung der Ware veranstaltet. In dem Momente, wo der Wein dem Weinschätzmeister nicht conveniert, lässt er ihn nicht zur Versteigerung zu und es trifft in keinem Falle die Lagerhaus-Verwaltung irgend eine Verantwortung oder irgend ein Schaden. Es ist dies nur zum Schutze des Käufers, denn es kann oft vorkommen, dass selbst ein Sachverständiger oder sonst jemand, der Wein kennt, auf das Zutrauen hin, dass es nicht möglich ist, in einem Communal-Institut angeschmiert zu werden, dort kaufen. Da sind wir nicht genügend geschützt, nach dem, was im § 12 gesagt wird und müssen hinzufügen, dass auf Kosten und Gefahr des Versteigerers der Wein von einem beeideten Weinschätzmeister auf seine Naturechtheit untersucht werden soll.

Gem.-Rath Noske: Ich möchte den Antrag des Herrn Referenten aufnehmen, dass diese Angelegenheit zurückverwiesen werde, damit ein Gutachten der Lagerhaus-Verwaltung eingeholt und nach Maßgabe dieses Gutachtens vom Stadtrathe ein neuer Antrag vorgelegt werde.

Referent (zum Schlusswort): Ich habe schon erklärt, dass ich in der Annahme des Antrages eine Gefährdung der Versteigerungsordnung erblicken würde. (Gelächter links.) Dass jetzt so viele Fachmänner in Bezug auf die Lagerverhältnisse da sind, habe ich wirklich nicht gewusst. Sie müssen bedenken, eine chemische Untersuchung kostet viel Geld, die wird nicht umsonst gemacht. Glauben Sie, es gibt irgend eine Institution in Wien, die jedes Fass Wein, das in das Lagerhaus kommt, umsonst untersucht? Ist denn eine chemische Untersuchung eine so einfache Sache? Das macht sehr viel Arbeit, es laufen jedenfalls bedeutende Spesen auf. Dann bitte ich zu berücksichtigen, wie lange das dauert.

Ich will andererseits nicht absolut vorschlagen, den Antrag Seiler abzulehnen, aber ich glaube, man würde die Sache geradezu ruinieren, wenn man sofort den Antrag meritorisch annehmen würde. Der Herr Collega Seiler hat sich auch mir gegenüber einverstanden erklärt, dass in der Berathung des Gegenstandes fortgefahren und dass sein Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung, also zur Berathung an den Lagerhaus-Director zugewiesen wird. In allerkürzester Zeit wird es möglich sein, darüber zu referieren, ob dieser Antrag angenommen werden kann oder nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Gem.-Rath Seiler hat den Antrag gestellt, den ich bereits zur Verlesung gebracht habe. Ich bringe zur Abstimmung, ob dieser Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen ist.

Ich bitte jene Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Gegen die Fassung des § 11 ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen.

Zu § 12 hat Herr Gem.-Rath Weitmann das Wort.

Gem.-Rath Weitmann: Ich muss meine Ansicht bezüglich des Kunstweines nochmals vertreten. Es steht in § 12, dass die Verwaltung nur nach § 14 des Statuts für den Verkauf der Waren im Lagerhause verantwortlich ist. Nun, meine Herren, es kann ja jemand ins Lagerhaus Kunstwein hinunterbringen und dieser kommt dort zur Versteigerung und die Lagerhaus-Verwaltung ist dafür verantwortlich gemacht. Also, es wird in sehr vielen Fällen vorkommen, dass, wenn Kunstwein zu versteigern überhaupt gestattet ist, Kunstwein für echten Wein verkauft wird. Das wird man nicht verhüten können, denn unsere Schwindler leisten Großartiges in dieser Beziehung.

Ich möchte, um dem allen vorzubeugen, damit in dieser Beziehung niemand getäuscht und geschädigt werden kann, den Antrag stellen, es sei der Verkauf oder die Versteigerung von Kunstwein im Lagerhause nicht gestattet. Es wird jedes Bedenken beseitigt, wenn man weiß, dass Kunstwein dort nicht erhältlich ist. Was die chemische Analyse anbetrifft, so glaube ich nicht, dass diese so enorm viel kosten würde, und man könnte ja derartige Händler, die Kunstwein hinunterbringen, trotzdem es verboten ist, Kunstwein im Lagerhause zu verkaufen,

exemplarisch strafen, wenn man darauf kommen würde. Diese würden es sich dann ein zweitesmal vergehen lassen, Kunstwein ins Lagerhaus zum Verkaufe zu bringen. Also, meine Herren, ich stelle diesen Antrag und bitte um Ihre Unterstützung. Halten wir das Lagerhaus rein, lassen wir diesen Schwindel dort nicht aufkommen und lassen wir nur reellen und reinen Wein verkaufen. Kunstwein soll nicht verkauft werden, damit das Lagerhaus nicht discreditiert wird.

Gem.-Rath Wünsch: Die Auffassung, die hier ausgesprochen wird, ist meiner Ansicht nach unrichtig. Ich bitte doch zu bedenken, dass im Lagerhause gewiss viele Waren zur Versteigerung kommen werden, welche effectiv nicht mehr den ursprünglichen, echten Charakter haben. Es werden vielleicht Waren zur Versteigerung kommen, die verdorben sind. Das kann man nicht verhüten. Die Herren verwechseln immer die Versteigerung mit dem Verkaufe. Die Gemeinde verkauft nicht, die Gemeinde haftet auch nicht. Es kann vorkommen, dass eine Partie Frucht dumpf geworden ist; was soll denn der Mann machen? Soll er sie in die Donau schütten? Für gewisse Zwecke kann ja diese dumpfe Frucht ganz gut geeignet sein. Eine derartige Bevormundung des Käufers ist in keinem Falle geeignet, den freien Handel zu unterstützen. Der Käufer wird sich eben überzeugen und vom Wein Proben nehmen. Wenn größere Partien kommen — denn nur so kann es gedacht werden, dass es im Großhandel durchgeführt wird — wird er Muster ziehen und zuhause untersuchen, ob es ein echter Wein ist oder nicht. Das ist dann seine Sache. Wenn wir aber selbst derartige Untersuchungen übernehmen, haben wir immer eine Haftung, und in dem Momente, wo die Lagerhaus-Verwaltung eine Haftung übernimmt, ist die ganze Versteigerungsordnung überhaupt undurchführbar.

Gem.-Rath Frauenberger: Es wird soviel über den Kunstwein gesprochen, und wir sollen heute beschließen: Ins Lagerhaus darf überhaupt kein Kunstwein kommen. Ich habe schon vorhin erklärt, dass ich ein Gegner des Kunstweines bin, und jeder von uns ist es ja; aber das Gesetz besteht, dass Kunstwein überhaupt erzeugt werden darf. Nun vernehmen Sie aber die erfreuliche Thatsache:

Nach Aussage eines Collegen gibt es in ganz Wien, in den alten und neuen Bezirken, bei den Wirten nicht einen Tropfen Kunstwein. (Heiterkeit.) Sie haben diese erfreuliche Thatsache gehört, und da frage ich, wo befindet sich also der Kunstwein? Er ist also in den Kellern der Privaten! (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn es Leute gibt, die in ihren Privatkellern Kunstwein einlegen, so kann uns das recht sein.

Ich bitte Sie also, die Sache doch ernst zu nehmen, wir wollen das Lagerhaus dafür verantwortlich machen, wenn dort etwas angetroffen wird, was nicht reell ist. Ja, meine Herren, ich habe schon früher gesagt, jeder muss sich die Ware selbst anschauen und selbst kosten. Es geht ja nicht, dass man jemanden so bindet. Da müsste man ja jeden Menschen unter Curatel des Staates oder der Gemeinde stellen. Sie wollen, es darf niemand betrogen werden. Nun, gewiss ist es nicht schön, wenn jemand betrogen wird, aber wie wollen Sie ihn schützen? Er muss eben nur das kaufen, was er versteht. Ich bitte Sie also, dies unverändert anzunehmen.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Der Herr Vorredner aus dem XVIII. Bezirke hat darauf hingewiesen, wie es dann bei der verdorbenen Frucht gemacht werden soll.

Ich finde diese Frage begreiflich, aber die verdorbene Frucht ist viel leichter erkennbar als der Kunstwein. Beim Kunstwein ist ein Schwindel möglich, bei verdorbener Frucht aber nicht, und die Commune soll nicht die Hand zu einem so erbärmlichen Schwindel bieten, wir blamieren uns ja sonst. Die Schwindler schwindeln, aber wir sollen uns nicht daran betheiligen, sonst sind wir ja Mitschuldige. Alles kann man eher unterscheiden, aber den Kunstwein nicht. Sie haben ja gehört, dass die Wirte, die besten Fachleute, ihn durch das Kosten allein nicht herausfinden, und zu untersuchen haben sie oft nicht die Zeit. Hier ist also eine Täuschung möglich, weil die Fabrication sehr weit gediehen ist. Jeder Fachmann wird verdorbene Frucht sehr bald erkennen, beim Wein ist dies aber nicht der Fall, und wenn Sie meinen Antrag nicht annehmen, so helfen Sie mitschwindeln, so ist die Sache.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich kann mich noch recht gut an die Rede des Abgeordneten Neuber erinnern, die er, wie ich glaube, am 13. December 1889 im Parlamente gehalten hat und worin er in ausgezeichneter Weise über die Lebensmittelverfälschung gesprochen hat. Es ist hier auch so manches über die Weinverfälschung gesprochen worden, aber Herr Gem.-Rath Frauenberger verwechselt immer den Kunstwein mit anderem. Was versteht denn Herr Gem.-Rath Frauenberger unter Wein, der chemisch präpariert wird? Ich bitte da den Herrn Collegen Herold zu fragen, ob man Rothwein, der eine chemische Beimengung hat, schon am ersten Tage erkennen kann? Nein, der Wein bricht sich oft erst längere Zeit darauf, er ist früher nicht zu erkennen, und die Gemeinde darf die Hand nicht dazu bieten, dass die Consumenten sammt den Wirten betrogen werden; denn anders kann ich es nicht bezeichnen. Es lässt sich momentan beim Kaufe nicht feststellen, ob der Wein echt ist oder eine chemische Beimengung hat, und wenn der Herr Referent sagt, dass die chemische Untersuchung viel kostet, so sage ich, die Händler, die im Lagerhause einlagern, lagern doch nicht ein, zwei oder drei Fässer ein; die werden 100 bis 200 Fässer einlagern. Da müssen Stichproben genommen werden. Der betreffende Herr muss auf seine Kosten untersuchen lassen, damit nicht in einem der Commune Wien gehörigen Hause die Bevölkerung wissentlich betrogen werde.

Gem.-Rath Noske: Die Frage, dass wir nicht, wie einer der Herren Vorredner gesagt hat, „mitschwindeln" helfen, sondern dass wir bemüht sein sollen, dafür zu sorgen, dass gute Ware Platz im Lagerhause findet, ist der Erwägung wert.

Aber, eben weil auf der einen Seite der Wunsch etwas für sich hat, müssen wir auf der anderen Seite untersuchen, ob das ausführbar ist und möchte ich zunächst ein Moment hervorheben, das ein Vorredner bereits angedeutet hat. Butter, Rindschmalz ist da genannt worden; man könnte Kaffee und andere Artikel noch nennen, die werden leider Gottes vielfach verfälscht und bei Butter und Rindschmalz glaube ich nicht zu irren, dass die Verfälschungen ungeheuer schwer zu erkennen sind, mindestens nicht im Wege einer Kostprobe, sonst müssten ja die Hausfrauen, welche auf dem Markte ihre Butter kaufen und die Gepflogenheit haben, dieselbe zu kosten, das herausfinden. Es folgt daraus, dass, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen würden, dass das Lagerhaus die Untersuchungen pflegen soll, nicht abzusehen ist, warum diese auf den Kunstwein beschränkt sein sollen; da müssten wir jeden Artikel, welcher zu den Lebensmitteln gehört, untersuchen lassen, d. h. das Lagerhaus müsste eine Lebensmittel-Controlstation sein;

ob das durchführbar ist, möchte ich mit Rücksicht auf die Kosten nicht weiter untersuchen.

Was speciell die Kunstwein-Untersuchung anbelangt, möchte ich darauf verweisen: Es bringt z. B. jemand 500 Flaschen zur Veräußerung, was soll damit geschehen? Soll aus der einen oder anderen Flasche Wein gezogen oder alle untersucht werden? Das ist gewiss nicht durchführbar. Dasselbe ist, wenn Faswein veräußert werden soll und 200 Fass zur Untersuchung bereit liegen.

Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung auf einem anderen Gebiete, wo ähnliche Untersuchungen gepflogen werden, sagen, welche ungeheuere Schwierigkeiten vorhanden sind. Bei der Textilindustrie ist es Gepflogenheit, das sogenannte Schmieröl, das Spicköl für das zu Wollzeug zu verspinnende Material mit Rücksicht auf den Gehalt von Petroleum, respective Mineralöl, zu untersuchen. Diese Untersuchung wird in Brünn, Reichenberg, Jägerndorf u. s. w. gepflogen und die Fabrikanten sehen darauf, dass diese Untersuchung durchgeführt werde, weil dies aus Gründen, welche ich hier nicht auszuführen habe, in ihrem eigenen Interesse gelegen ist. Es kommen hunderte von Fässern in Brünn allein zur Verarbeitung, es werden Proben vorgenommen nicht so, wie es richtig wäre, dass man aus jedem Fasse eine Probe zieht, diese Probe allein untersucht, und sagt: Dieses Fass ist gut, sondern weil das der Zeit nach nicht möglich ist, weil die Chemiker nicht dazu ausreichen, so wird es so gemacht, dass, wenn ein Fabrikant zehn Fässer untersucht, aus jedem Fass mit einem Heber Öl herausgenommen und die Melange untersucht wird. Es liegt auf der Hand, dass das eigentlich keine stichhältige Probe ist. Es kann in einem Fasse gutes und in einem anderen schlechtes Öl sein. Wenn man das zusammenmischt, kann das Öl, das untersucht wird, entsprechen. Genau so wird es beim Kunstwein sein. Der Händler kann zehn Fässer bringen, davon werden zwei Kunstwein, acht gut sein. Die Probe bei allen herauszunehmen wird nicht möglich sein, wenn man wünscht, einen lebhaften Verkehr durchzuführen.

Was mich hauptsächlich verhindert, gegen den Antrag zu stimmen, dass die Proben dem Lagerhause aufgelastet werden, ist die ungeheuere Verantwortlichkeit für das Lagerhaus. Die Verantwortung, die sich geradezu in einer fianziellen Haftung ausdrückt. Wenn wir vorschreiben und sagen: „Kunstwein darf nicht verkauft werden", so muss das mit jeder Ware, die im Lagerhause verkauft wird, wenn sie auch kein Kunstwein ist, geschehen, es müssen dann alle Untersuchungen gepflogen werden und man ist dabei Schwierigkeiten, die mir aus der Praxis auf anderen ähnlichen Gebieten bekannt sind, ausgesetzt und kann absolut der Aufgabe nicht entsprechen, außer mit so enormen Kosten, dass niemand ein solcher Narr sein wird, dass er im Lagerhause eine Auction veranstalten wird.

Fassen wir den Standpunkt des persönlichen Verstandes der Käufer ins Auge. Wir müssen ja nicht immer für alle Käufer den Herrgott spielen. Ich setze voraus, dass der Käufer so vernünftig ist, dass er sich nicht betrügen lässt, dass er dann, wenn die Garantien, die durch die vorliegenden Muster gegeben sind, nicht ausreichen, einfach nicht kauft, oder verlangt, dass ihm vom Verkäufer der Nachweis geliefert werde. Ich habe Vertrauen zum Käufer und bin immer der Anschauung, dass zum Betrügen zwei gehören: einer, der betrügen will, und einer, der sich betrügen lässt! Ich bitte also, gehen wir nicht zu weit. Wir wollen eine Institution schaffen, die den Handelsverkehr hebt und nicht ihn einschränkt, aber mit Rücksicht auf die gegebenen Schwierigkeiten bedauere ich, mich den Anträgen, die sonst einer Erwägung wert sind, nicht anschließen zu können.

Gem.-Rath Jedlička: Die letzte Äußerung des Herrn Vorredners kann ich nicht begreifen. Der Käufer soll immer das verstehen, was er kauft, damit er nicht betrogen wird! Meine Herren, wie ist es auf dem Markte? Da soll der Käufer auch alles verstehen! Da geht doch der Marktcommissär umher, und wenn er etwas nicht koscher findet, so wird es vertilgt und wird der Verkäufer mit einer Strafe belegt.

Nachdem der Magistrat die erste Sanitätsbehörde für die Bevölkerung ist, und nachdem der Magistrat und die Gemeindevertretung die „verfluchte" Pflicht hat, die Bevölkerung vor schädlichen Ingredienzien zu schützen, vor schädlicher Nahrung, so hat auch der Magistrat und die Commune die Pflicht, im Lagerhause eine Commission zu bestellen, welche den Wein zu untersuchen hat. Ob der Wein leicht oder schwer zu untersuchen ist, das kann, glaube ich, hier keine große Rolle spielen, denn nach der Äußerung des Herrn Vorredners müsste von 500 Flaschen eine nach der anderen ausgetrunken werden, und auf welche einer crepiert, daraus war der Wein schlecht und auf welche einer am Leben blieb, die war gut! Es lässt sich für alles eine Handhabe finden. Man darf die Sache nicht so behandeln, wie die Techniker, welche, wenn sie etwas nicht wollen, einfach sagen: Es geht nicht! Hier ist es die Pflicht, die Bevölkerung vor Übervortheilung zu schützen.

Wenn Sie die Sache annehmen, so übernehmen Sie damit das Protectorat über die Überwucherten und Sie leisten damit Schutz den Schwindlern. Sie werden damit unter der Aufsicht der magistratischen Organe die Übervortheilung der Bevölkerung gutheißen. Wenn das Gesetz besteht, dass falsche Weine gemacht werden dürfen, nun gut, dann sollen sie gemacht werden, aber dass die Bevölkerung sie nicht trinkt, dafür zu sorgen, ist Pflicht des Magistrates.

Ich warne Sie daher vor der Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Boschan: Meine Herren! Aus der Debatte für die Licitationen im Lagerhause hat sich eine Kunstwein-Debatte entwickelt, mit welcher Sache wir hier nichts zu thun haben. Wir haben im Lagerhause nicht Polizei zu spielen. (Ruf links: O ja!) Das Verbot, dass im Lagerhause eine bestimmte Ware nicht eingelagert werden darf, kommt mir so vor, als wenn man z. B. ein Gesetz provocieren wollte, dass sämmtlichen Eisenbahnen verboten werden sollte, Kunstwein nicht zu befördern. Das Lagerhaus spielt eine ähnliche Rolle, als die Eisenbahnen. Ebensowenig als die Eisenbahn extra Beamte aufstellen kann, um zu untersuchen ob der aufgegebene Wein Kunstwein ist oder nicht, hat das Lagerhaus die Pflicht, sich um die Qualität der Waren, um die Moralität der Käufer und Verkäufer zu kümmern. Das geht uns nichts an. Der Vergleich mit dem Markte ist nicht stichhältig. Wenn auf einem Markte unreifes Obst oder verdorbenes Gemüse ist, so wird es der Commissär confiscieren, und wenn der Marktcommissär ins Lagerhaus kommt und findet dort verdorbene, gesundheitsschädliche Weine, so wird er sie confiscieren und nicht die Lagerhaus-Verwaltung. Uns geht das nichts an, wir sind lediglich Spediteure, und während die Eisenbahn befördert, wird bei uns eingelagert. Um weiters haben wir uns nicht zu kümmern.

Gem.-Rath Stehlik: Wenn man hier als Laie zuhört, mit welcher Festigkeit Sie an dem festhalten, was Sie wollen, muss man staunen. Mein Freund Jedlička hat schon ganz richtig

erwähnt, auf jedem Markt haben wir Marktcommissäre. Warum wollen Sie es hier nicht ermöglichen, dass Lebensmittel, welche vielleicht schlecht sind, untersucht werden? Es wurde vom Schwindel gesprochen. Nun, meine Herren, Sie unterstützen den Schwindel von jeher. Ist schließlich nicht schon bei der Armeeverwaltung ein Schwindel aufgedeckt worden? Wollen Sie denn durchaus, dass in Wien mit Mist bedient wird? Sind wir denn dazu hier, um die Leute zu vergiften? Sie haben dafür zu sorgen, dass nicht verfälschte Ware verkauft wird. Zu diesem Zwecke muss jeder Gegenstand untersucht werden, der hinkommt. Wenn die Herren, die im Stadtrathe sitzen, an allem Schlechten so festhalten, so bedauere ich es, dass die Gemeinde Wien und die Bevölkerung noch für die Herren Stadträthe bezahlen muss, um die schlechten Sachen essen zu müssen. (Gelächter rechts.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden. Ich bitte, die Herren, welche für denselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Hawranek, Dr. Linke, Herrdegen, Matzenauer und der Herr Referent.

Gem.-Rath Hawranek: Es wurde davon gesprochen, dass es viele Kosten und Umstände machen würde, die Weinprobe vorzunehmen. Das hat ja die Commune gar nichts zu kümmern. Der betreffende Weinpantscher, der etwa den Kunstwein verkaufen will, soll ihn prüfen lassen. Ist er echt, so darf er verkauft werden. Aber die Commune kann nicht die Hand dazu bieten, dass ein solcher Pantsch verkauft werde. Ich begreife den Stadtrath nicht. Wollen Sie mit Gewalt den Schwindlern helfen, welche verdorbenen oder Kunstwein verkaufen wollen? Thun ihnen die Weinpantscher so leid? Ich bedauere den ganzen Stadtrath, der mit Sachen daherkommt, die factisch anderswo hingehören. Ich will mich nicht weiter darüber aussprechen, aber bedauerlich ist es, dass Sie so stramm an Dingen halten, an denen gar nichts ist. Erstens wollen Sie den Namen nicht veröffentlichen und dann wollen Sie jeden Schmarren zulassen.

Gem.-Rath Dr. Linke: Diejenigen von Ihnen, meine Herren, die in Paris waren und sich dort längere Zeit umgesehen haben, werden gefunden haben, dass in dem dortigen Lagerhause überhaupt kein Wein abgelagert und verkauft werden darf. Für den Wein sind auf dem Boulevard St. Bernard besondere Weinhallen (halles de vin) errichtet. Kein Wein darf dort eingeführt und abgelagert werden, der nicht vorher ordentlich untersucht worden ist. Und nicht nur das, der Wein ist dort auch fortwährend unter Controle, und zwar, weil der Wein als Lebensmittel angesehen wird, bei dem es sich nicht bloß um den Profit des Käufers handelt, sondern auch um das sanitäre Wohl der Bevölkerung, wo die öffentliche Verwaltung einzuschreiten hat. Aus diesem Grunde wird der Wein als leicht zu fälschendes Lebensmittel von den anderen Waren abgesondert. Da sind wir nicht auf dem richtigen Wege, wenn wir die Lagerhauseinrichtungen von Triest nachahmen. Es ist eben besser, ein besseres Beispiel nachzuahmen als ein schlechteres. Es wäre wirklich an der Zeit, dass wir die Ablagerung von Wein im Lagerhause entweder gänzlich abschaffen oder einen separaten Platz für die Weinvorräthe bestimmen. Unter allen Umständen geht aber daraus hervor, dass, sobald Wein im städtischen Lagerhause versteigert oder überhaupt verkauft wird, das Lagerhaus als ein städtischer Markt erscheint, und es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, den Wein sowie überhaupt alle Lebensmittel vorher zu untersuchen, bevor sie zum Verkaufe gelangen. Ich glaube daher, dass es unbedingt nothwendig ist, nicht bloß bezüglich des Weines sondern bezüglich aller Lebensmittel, welche leicht gefälscht werden können, Vorsorge zu treffen und dieselben, bevor sie in das Lagerhaus gelangen, einer fachmännischen Untersuchung zu unterziehen. Ich stelle diesen Antrag.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin sehr aufmerksam dieser langen Debatte gefolgt und ich muss sagen, es geht mir in dieser Frage so, wie sehr häufig, ich stehe in der Mitte. Ich finde die Anregung, Kunstwein in das Lagerhaus nicht aufnehmen zu lassen, sehr schätzenswert und würde sehr wünschen, dass man dazu kommt. Es ist möglich, dass damit der Wiener Platz für den Weinhandel eine ganz besondere Bedeutung erlangen könnte, aber es ist nach meiner Auffassung unmöglich, heute und bei diesem Anlass einen Beschluss zu fassen. Das ist eine Sache, welche studiert werden muss, und da dürfen wir uns nicht als berufene Sachverständige betrachten. Ich glaube, dass der gestellte Antrag an den Stadtrath verwiesen werden muss. (Rufe links: Dann ist er begraben!) — Bitte sehr, das nützt einmal nichts, er muss eine geschäftsmäßige, vernünftige Behandlung erfahren. Ich behaupte, dass es nicht vernünftig wäre, wenn wir hier einen Beschluss fassen, weil wir das alle zusammen nicht in der Art verstehen, um die Sache vollständig zu entscheiden. Ich gehe weiter und ich glaube, es wird mir mancher von Ihnen rechtgeben: Der Begriff Kunstwein steht noch gar nicht fest. Wenn wir hier einfach sagen, Kunstwein darf nicht gehandelt werden, so wirft sich die Frage auf, was ist Kunstwein? Es müssen Manipulationen mit dem Weine vorgenommen werden, welche den Wein wesentlich verändern, welche den Wert des Weines beeinträchtigen, welche seine Haltbarkeit sehr wesentlich beeinflussen, und man kann doch nicht sagen, dass das Kunstwein ist. (Sehr richtig! rechts.) In anderer Weise kann aber Wein wirklich durch Zusetzung von Chemikalien u. s. w. die Bezeichnung „Kunstwein" verdienen. Ich glaube aber, es wäre besser, statt sich in heftigen Auseinandersetzungen zu ergehen, statt uns den Vorwurf zuzurufen, „Ihr wollt mitschwindeln, Ihr macht Euch des Schwindels mitschuldig", den Gegenstand sachlich zu berathen. Ich glaube, wir alle wollen den Kunstwein nicht, weder trinken, noch gehandelt sehen; aber, wie ich schon erwähnt habe, einen Beschluss können wir bei diesem Anlasse nicht fassen. Es wäre sehr traurig, wenn alle von der Voraussetzung ausgiengen, dass, sobald irgend ein Initiativ-Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird, schon nichts mehr geschieht. (Dr. Lueger: Gewiss nichts mehr!) Ich gehöre auch nicht zu den Allergläubigsten, aber ich muss gestehen, auf diesen Standpunkt dürfen wir uns nicht stellen.

Es stehen uns Mittel zur Verfügung, diese Anträge zu urgieren. (Gelächter links.) Übrigens lässt sich doch auch sagen, dass die Frage auch noch außerhalb des Gemeinderathes studiert werden kann. Die Herren, welche heute sich dafür ausgesprochen haben, den Kunstwein auszuschließen, mögen sich mit Material versehen. Der Herr College Weitmann hat gesagt, das Lagerhaus in Innsbruck schließe den Kunstwein aus. Also, wenn dies richtig ist, und ich setzte voraus, dass dies richtig ist, so können Sie sich darüber in Kenntnis setzen, in welcher Weise das Lagerhaus in Innsbruck vorgeht, in welcher Weise es die Untersuchung anstellt.

Es ließe sich also ganz gut machen, wenn mit etwas mehr Sachlichkeit und etwas weniger Parteileidenschaft vorgegangen wird, da die Sache meiner Meinung nach mit einem Parteistandpunkt doch eigentlich nichts zu thun hat. Ich beantrage daher, es möge — ich glaube der Herr College Weitmann hat den Antrag gestellt, dass Kunstwein ausgeschlossen werden möge — dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen und binnen möglichst kurzer Zeit ein eingehendes Referat dem Gemeinderathe vorgelegt werden.

Gem.-Rath Matzenauer: Es hat ein Mitglied von der linken Seite uns zugerufen, man soll in einer Sache nicht sprechen, von der man nichts versteht, oder wenn man von einer Sache nichts versteht, soll man darüber schweigen. Diese Bemerkung ist, glaube ich, ganz richtig, nur glaube ich, hätten sie die Herren in seiner unmittelbarsten Umgebung schon berücksichtigen können. Wenn man Äußerungen hört, wie wir sie hier vernommen haben, wo in einer Weise über den Kunstwein gesprochen wird, als ob er pures Gift wäre, so zeigt es sich, dass die Herren eben nicht das Wesen der Sache erfasst haben.

Darin liegt die Schwierigkeit, dass man bisher eigentlich die Schädlichkeit des Kunstweines nicht hat beweisen können (Widerspruch und Gelächter links), und aus diesem Grunde konnte auch die Erzeugung desselben nicht verboten werden. (Erneuertes Gelächter links.) Da können Sie noch so verwunderte Gesichter machen, Sie betrachten ihn als Gift? (Rufe links: Natürlich!) Wenn er Gift wäre, so hätte man eben die Erzeugung schon gesetzlich verbieten können, aber das ist bisher nicht der Fall gewesen; man hat diesen Nachweis nicht liefern können. Der Herr Collega Herrdegen hat ganz recht, wenn er sagt, dass der Begriff „Kunstwein" eigentlich noch nicht gehörig definiert ist, dass man nicht bestimmt sagen kann, das ist Kunstwein und das ist nicht Kunstwein.

Ich muss gestehen, ich bin der Ansicht, dass man den Handel womöglichst wenig beschränken soll. Die Freiheit des Handels ist das allerbeste, das reguliert sich von selbst. Sie haben den ersten Antrag bei § 11 der Vorberathung zugewiesen. Ich glaube, es ist consequent, auch diesen Antrag der weiteren Vorberathung zuzuweisen, dann wird sich zeigen, was in der Sache zu thun ist.

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Ich wurde in dieser Frage schon sehr wirksam von den Herren Gem.-Räthen Roske, Herrdegen und Boschan unterstützt. Eigentlich ist über die Anträge Weitmann und Linke schon abgestimmt, denn der Herr Gem.-Rath Seiler hat ganz dasselbe beantragt, nur in einer etwas allgemeineren Form; und dieser Antrag wurde bereits der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Eigentlich ist die Sache erledigt, und es ist nur die Angelegenheit neuerdings aufgerollt worden.

Ich möchte aber noch Folgendes bemerken: Woher kommen in der Regel die Waren ins Lagerhaus? Von außen oder von innen? Von Wien nicht, sondern von außen, weil die Waren dort die Freiheit von der Steuer genießen, wenn sie eingelagert werden. Wer wird aber von außen herein Kunstwein bringen? (Lachen links.) Wenn ihn jemand von außen bringt, so ist er für jeden Hektoliter mit über 5 fl. belastet, wenn er den Kunstwein hier in Wien macht, macht er ihn mit denselben Spesen, ohne dass er die 5 fl. schuldig ist. Das wird er doch nicht thun, denn die Erzeugung des Kunstweines kostet ja auch Geld, man darf nicht glauben, dass sie nichts kostet; es gehören ja Chemikalien und andere Mittel dazu.

Aber was versteht man unter Kunstwein? Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass auch die Steuerbehörde darüber nicht im klaren ist. Die Steuerbehörde weiß ganz gut, wo Kunstwein gemacht wird. Heute ist man noch nicht in der Lage, den Betreffenden zur Verantwortung zu ziehen, weil Sachverständige ersten Ranges gesagt haben, darüber lasse sich streiten, ob ein bestimmter Wein Kunstwein ist oder nicht. Nun verlangen Sie, es soll in die Versteigerungsordnung hineinkommen: „Kunstwein darf nicht gehandelt werden." Nun, meine Herren, jetzt kauft jemand ein Fass Wein und behauptet, es sei Kunstwein; er klagt das Lagerhaus auf Ersatz desjenigen, was er bezahlt hat, und auf Rücknahme des Weines.

Meine Herren! Wenn Sie diesen Grundsatz aufnehmen, dann werden Sie in einem Jahre 30, 50, ja 100 Processe haben, weil jeder, dem der Wein nicht schmeckt, behaupten wird, es sei Kunstwein, das Lagerhaus habe erklärt, dass kein Kunstwein versteigert werden darf, es habe also die Haftung dafür. Nun verwechseln die Herren hier zweierlei Dinge. Die Gemeinde übt die Lebensmittel-Polizei und wird in allen Fällen, auch im Lagerhause, wo constatiert werden kann, dass verdorbene Waren vorhanden sind, dieselben confiscieren lassen, und wenn Wein eingeführt wird, bezüglich dessen sich sicherstellen lässt, dass er schlecht oder gesundheitsschädlich ist, so wird ihn die Communalverwaltung confiscieren. Etwas anderes aber ist es, in der Versteigerungsordnung auszusprechen, die Commune Wien übernehme eine Haftung; das ist etwas anderes. Wenn jemand heute irgendwo schlechte Lebensmittel kauft, so kann er nicht an die Gemeinde herantreten und sagen: Du übst die Lebensmittel-Polizei aus und hafte also für das Fleisch, das ich gekauft habe, es ist schlecht, zahle mir das Geld zurück. Soweit geht die Lebensmittel-Polizei nicht. Heute aber verlangen Sie, dass die Gemeinde eine solche Haftung übernehme, sobald Sie sagen, Kunstwein darf im Lagerhause nicht gehandelt werden; denn das setzt eben voraus, dass jeder Wein untersucht und nur Naturwein verkauft werde. Eine solche Haftung wird niemand von uns im Ernst übernehmen wollen, und man müsste lieber auf die ganze Versteigerungsordnung verzichten, als eine solche Bestimmung hineinnehmen, die von ganz unberechenbarer Tragweite ist und zu unzähligen Processen führen kann. Schließlich betone ich nur, dass über den Antrag bereits abgestimmt und derselbe bereits zugewiesen ist, so dass ich daher glaube, dass der eigentliche Gegenstand bereits erledigt erscheint.

Gem.-Rath Pursche (zur Berichtigung): Ich glaube, den Antrag so verstanden zu haben, dass nicht die Commune für den Kunstwein verantwortlich gemacht werden soll, sondern nur der Verkäufer. (Referent: Wer ist denn der?)

Gem.-Rath Dr. Linke (zur Berichtigung): Ich wollte dasselbe sagen, dass nämlich hier von einer Haftung der Gemeinde . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, das ist keine Berichtigung, sondern eine Fortsetzung der Debatte.

Es ist von Herrn Gem.-Rath Weitmann ein Antrag gestellt worden, welcher lautet:

Es sei Kunstwein im Lagerhause weder zum Verkaufe, noch zur Versteigerung zuzulassen.

Von Herrn Gem.-Rath Dr. Linke wird beantragt:

1. Der Wein ist, sowie auch alle anderen, leicht fälschbaren Lebensmittel, aus öffentlichem Interesse schon

vor der Aufnahme in das städtische Lagerhaus fachmännisch zu untersuchen und auch dort zu überwachen.

2. Für den Wein und die verschiedenen Lebensmittel sind nach den verschiedenen Kategorien abgesonderte Räume anzuweisen und ist anzustreben, für den Wein nach dem Muster von Paris selbständige, abgesonderte Lagerplätze einzurichten.

Ich bringe nun zur Abstimmung, ob diese beiden Anträge dem Stadtrathe zur baldigsten Berichterstattung zugewiesen werden sollen. Die Herren, die zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bringe ich § 12 zur Abstimmung. Die Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

§ 13. Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Angenommen.

§ 14. Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Zu § 15 ist Gem.-Rath Purscht zum Worte gemeldet.

Gem.-Rath Purscht: Meine Herren! Ich habe zu § 15 beantragt, und ich beharre auf diesem Antrage, dass nicht 2 pro mille, sondern 5 Percent Spesen gerechnet werden sollen und dass nicht 10 fl., sondern 20 fl. pro Tag eingehoben werden. Dabei erlaube ich mir auch die Anfrage an den Herrn Referenten, wie viele Personen an diesen Licitationen theilnehmen und ob wir mit 10 fl. pro Tag für alle Gebüren der Personen, die bei den Licitationen functionieren werden, das Auskommen finden würden?

Referent: Es wird nur ein Protokoll durch einen Beamten des Lagerhauses geführt und der Director behält sich vor, von Zeit zu Zeit zu intervenieren, lediglich zu dem Behufe, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ist der Lagerhaus-Director eben nicht anwesend, so wird er damit einen anderen betrauen, vielleicht den Protokollführer selbt.

Gem.-Rath Purscht: Ich stelle mir die Licitation in der Weise vor, dass ein Schätzmeister, ein Ausrufer, ein Schriftführer und auch ein Beamter dabei sein muss, es müssen also drei bis vier Personen dabei sein. Da finde ich die Gebür von 10 fl. zu niedrig und bitte wenigstens die Gebür von 20 fl. anzunehmen.

Referent: Alle diese Gebüren, die auflaufen und sich nach der Natur der Verhältnisse regeln werden nach den Gegenständen, die zu verkaufen sind und so weiter, sind separat zu vergüten. Diese 10 fl. und die zwei pro mille sind nur dafür zu bezahlen, dass die Licitation gewissermaßen unter der Ägide des Lagerhauses, unter den Bestimmungen der Licitationsordnung stattfindet.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Referenten, wornach eine Verkaufsprovision von zwei pro mille eingehoben werden soll, ist ein Antrag gestellt worden von Herrn Gem.-Rath Purscht, dass eine Verkaufsprovision von 5 Percent eingehoben werde. (Gelächter.) Dieser Antrag ist weitergehend. — Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieser Antrag ist abgelehnt.

Weiters liegt ein Gegen-Antrag vor, dass diese Spesen und Gebüren nie weniger als 20 fl. per Tag betragen dürfen, sinngemäß auch in der letzten Zeile und zweiten Alinea. — Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

(Die §§ 16, 17, 18, 19 und 20 werden von der Versammlung unverändert angenommen.)

Es wurde daher beschlossen, nachstehenden Entwurf einer Versteigerungsordnung für das städtische Lagerhaus zu genehmigen:

Nachtrag I

zu dem Reglement des Lagerhauses der Stadt Wien am 16. November 1891.

Versteigerungsordnung giltig vom . . . . . 1892.

Gegenstand der Versteigerung und Gebürenbegünstigung.

§ 1. Die im Lagerhause der Stadt Wien eingelagerten Waren können durch freiwillige öffentliche Versteigerungen ohne behördliche Bewilligung verkauft werden.

Diese Versteigerungen werden auf Verlangen der Einlagerer und für deren Rechnung von der Lagerhaus-Verwaltung veranstaltet und finden in den Räumen des Lagerhauses der Stadt Wien statt.

§ 2. Sie genießen die Gebürenbegünstigung des § 16, Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 28. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 64; vom Gemeinderathe ist für dieselben die Nachsicht der für freiwillige Licitationen beweglicher Sachen im Gemeindegebiete von Wien bestimmten Gebüren für den Armenfond gewährt.

Ansuchen.

§ 3. Das Ansuchen um die Vornahme einer Versteigerung ist schriftlich an die Lagerhaus-Verwaltung zu stellen und hat in klarer und genauer Form zu enthalten:

1. Die Beschreibung und Bezeichnung der Ware.

2. Die Anzahl und Größe der Lose (Cavelinge), in welche sie getheilt wird.

3. Den Tag, an dem die Versteigerung abgehalten werden soll.

4. Die Zahlungs- und Übernahmsmodalitäten mit besonderer Hervorhebung des Umstandes, ob und welche Anzahlung bei Zuschlag zu leisten ist, und bei Waren, die im Freilager lagern, die Angabe, ob die darauf haftenden Zölle und Steuern vom Verkäufer oder Käufer zu tragen sind.

5. Den Verkaufspreis.

6. Die Angabe, ob die Versteigerung mit oder ohne Nennung des Namens des Verkäufers stattfinden soll.

§ 4. Ist über die zu versteigernde Ware ein Lagerschein ausgestellt, so muss dem Ansuchen der in bianco indossierte Lager-Besitzschein sammt dem Lager-Pfandscheine beigeschlossen sein; im Falle einer abgesonderten Übertragung des Pfandscheines ist bei der Überreichung des Ansuchens der Betrag der Pfandforderung sammt Nebengebüren bei der Lagerhauscassa zu hinterlegen.

Veröffentlichung.

§ 5. Tag und Stunde der Versteigerung werden von der Lagerhaus-Verwaltung spätestens drei Tage vor ihrer Vornahme durch Kundmachung in der „Wiener Zeitung" und durch Anschlag im Lagerhause, nach Thunlichkeit auch durch Anschlag an der Börse für landwirtschaftliche Producte und an der Wiener Warenbörse, sowie durch Kundmachung im „Amtsblatte der Stadt Wien" auf Kosten des Verkäufers veröffentlicht.

Leicht dem Verderben unterliegende Waren können schon 24 Stunden nach erfolgter Kundmachung versteigert werden.

Ausstellung der Ware zur Besichtigung und Bemusterung.

§ 6. Die zu versteigernde Ware wird den Anordnungen des Verkäufers gemäß und auf dessen Kosten durch drei Tage, und wenn sie leicht dem Verderben unterliegt, durch einen Tag zur Besichtigung ausgestellt.

Die Ausstellung erfolgt in der Regel in der Abtheilung, wo die Ware lagert; sie kann jedoch nach Erfordernis der Raumverhältnisse, oder wenn andere Gründe dafür sprechen, auch in einem besonders dafür bestimmten Locale stattfinden.

Muster werden nur gegen schriftlichen Auftrag des Verkäufers ausgefolgt.

§ 7. Handelt es sich um die Versteigerung von im Freilager lagernden Waren, so ist für die Ausstellung, die Übertragung, die Besichtigung oder Bemusterung, die Vornahme der Versteigerung und die schließliche Hinwegbringung der Waare, soweit es die Gefällsvorschriften fordern, die Zustimmung der Gefällsorgane nothwendig; die während der Versteigerung etwa consumierten Mengen der Ware sind der Verzollung oder Versteuerung für Rechnung des Verkäufers zu unterziehen.

Vornahme der Versteigerung.

§ 8. Die Versteigerung wird je nach der Wahl des Verkäufers vom Director des Lagerhauses der Stadt Wien oder dessen Stellvertreter, von einem Notar oder von einem öffentlichen Handelsmakler geleitet.

Der Leiter der Versteigerung bestellt den Ausrufer.

Dem Lagerhaus-Director oder dessen Stellvertreter steht unter allen Umständen die Aufsicht über den Gang der Versteigerung und das Recht zu, jeden, der störend eingreifen sollte, entfernen zu lassen.

§ 9. Der formelle Vorgang bei der Versteigerung richtet sich nach den §§ 13, 14, 16 und 17 Feilbietungsordnung vom 15. Juli 1786 Nr. 565 J. G. S.

§ 10. Die Beschreibung der Ware, die Zahlungs- und Übernahmsbedingnisse müssen genau formuliert und mit der Unterschrift des Verkäufers, oder bei Verkauf ohne Namensnennung mit der der Lagerhaus-Verwaltung versehen zur Einsichtnahme bei der Versteigerung aufliegen (Bedingnisheft) und unmittelbar vor Beginn vorgelesen werden.

§ 11. Bei Waren, die ihrer Natur nach nach Mustern, Kostproben und dergl. versteigert werden, dürfen nur Muster vorgelegt werden, die von der Lagerhaus-Verwaltung ohne Mitwirkung des Verkäufers mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes gezogen sind; den Käufern steht es frei, ehe der Zuschlag erfolgt ist, zu prüfen, ob die Ware den Mustern gemäß ist.

Haftung.

§ 12. Die Versteigerung wird im Auftrage, für Rechnung und auf Gefahr des Einlagerers nur nach Beschreibung der Ware veranstaltet; die Lagerhaus-Unternehmung übernimmt daher sowohl in Bezug auf die Mitwirkung ihrer Verwaltung bei der Versteigerung als auch in Bezug auf die Beschaffenheit der Ware keine andere als die im § 14 des Lagerhaus-Gesetzes vom 28. April 1889, R.-G.-Bl. Nr. 64, normierte Haftung und ist insbesondere in keiner Weise für etwaige Mängel der versteigerten Ware verantwortlich.

Versteigerungs-Protokoll.

§ 13. Über die Versteigerung und deren Ergebnis wird ein Protokoll aufgenommen, das von der Lagerhaus-Verwaltung zu unterschreiben und mit den vom Licitationserlöse nach Scala I zu bemessenden Stempeln zu versehen ist.

§ 14. Die Obliterierung der Stempel ist spätestens an dem der Versteigerung nächstfolgenden Werktage bei den k. k. Stempelämtern oder bei der Expositur des k. k. Hauptzollamtes im Lagerhause der Stadt Wien zu veranlassen.

Gebüren.

§ 15. Für die Mühewaltung der Lagerhaus-Verwaltung aus Anlass der Versteigerung wird unabhängig von den anderen Spesen und Gebüren eine Versteigerungsprovision von 2‰ (zwei pro mille) des erzielten Erlöses eingehoben, die aber nie weniger als 10 fl. für eine Versteigerung, und wenn die Versteigerung länger als einen Tag dauert, nie weniger als 10 fl. für jeden Tag betragen darf.

Die Gebür von 10 fl. wird auch dann eingehoben, wenn die Versteigerung resultatlos ablief.

§ 16. Dem Verkäufer fallen alle aus Anlass der Versteigerung entstandenen Kosten und Gebüren und die Kosten der Abwage und Ausfolgung der Ware an den Käufer zur Last; er hat überdies den Lagerzins und die Assecuranzprämie bis zu dem festgesetzten Übernahmstage zu tragen.

Im Falle die Ware zur Versteigerung in ein abgesondertes Local übertragen wurde, ist mit der Lagerhaus-Verwaltung eine besondere Vereinbarung über die zu entrichtende Local- oder Lagermiete zu treffen.

Zahlung.

§ 17. Die während der Versteigerung geleisteten Zahlungen werden von einem Organe der Lagerhaus-Verwaltung in Empfang genommen und an die Lagerhauscassa abgeführt; die nach den Verkaufsbedingnissen bei der Übernahme zu leistenden Zahlungen sind unmittelbar an der Lagerhauscassa zu entrichten.

Nach Abzug der auf der versteigerten Ware haftenden Zölle, Steuern, Gebüren, Spesen und Pfandforderungen wird der verbleibende Rest des Erlöses dem Verkäufer ausgehändigt.

Übernahme der Ware.

§ 18. Die versteigerte Ware ist an dem in den Versteigerungsbedingnissen bestimmten Tage oder in Ermanglung einer solchen Bestimmung spätestens drei Tage nach dem Verkaufe zu übernehmen.

§ 19. Werden Waren, die nach einem eigens für die Versteigerung bestimmten Locale übertragen wurden, nicht binnen drei Tagen nach der Versteigerung bezogen, so kann sie die Lagerhaus-Verwaltung auf Kosten des Eigenthümers aus dem Versteigerungslocale wegschaffen und in einem anderen Lagerraume unterbringen lassen.

Waren, die bei der Versteigerung auf ihrem ursprünglichen Lagerplatze verblieben und nicht bis zum festgesetzten Übernahmstage bezogen wurden, können auf Kosten des Erstehers umgewogen und für dessen Rechnung weitergelagert werden.

Leicht dem Verderben unterliegende Waren müssen an dem der Versteigerung nächstfolgenden Werktage bezogen werden.

Schlussbestimmung.

§ 20. Diese Versteigerungsordnung bietet einen Anhang und integrierenden Bestandtheil des Reglements des Lagerhauses der Stadt Wien.

32. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Zahl 3940. Das St. Annen-Kinderspital bittet um Erhöhung der Subvention. Ich bemerke, dass das St. Annen-Kinderspital bisher eine Subvention von 1000 fl. bekommen hat, wie den Herren bekannt sein wird. Es sind aus den Vororten im St. Annen-Kinderspital über 23.000 Kinder jährlich verpflegt, beziehungsweise operiert worden. Für die Verpflegung dieser Kinder hat das genannte Spital von den einzelnen Vororten circa 210 fl. jährlich als Subvention bekommen. Ich bemerke, dass das Spital von Hernals, von wo 6651 Kinder gekommen sind, 60 fl. bekommen hat. Das ist ein minimaler Betrag und steht in keinem Verhältnisse zur Zahl der verpflegten Kinder. Dieses Kinderspital ist das älteste Kinderspital, durch eine Mauthner-Stiftung entstanden, und sind in demselben seit seinem Bestande 470.000 Kinder verpflegt worden. Das Spital ist deshalb unterstützungswürdig, weil es das älteste Spital und eine Schule zur Heranbildung von Kinderärzten ist und eine Institution eingeführt hat, die bemerkenswert ist. Es werden nämlich dort Kinderpflegerinnen herangebildet. Im verflossenen Jahre sind circa 60 Hebammen als Pflegerinnen für gesunde und kranke Kinder herangebildet worden.

Der Magistrat hat den Antrag gestellt, es sei dem Kinderspitale pro 1892 eine Subvention von 3000 fl. zu gewähren, wobei bemerkt wird, dass dieser Betrag auf den Reservefond pro 1892 zu verweisen sei. Pro 1893 wäre im Budget Vorsorge zu treffen.

Mit Rücksicht darauf, dass das St. Annen-Kinderspital das älteste Spital und zweitens das einzige Spital ist, welches einen Pavillon für diphtheritiskranke Kinder hat, wo 400 solcher Kinder verpflegt und der Operation unterzogen werden können, wenn diese nothwendig ist, erscheint die Subvention wohl gerechtfertigt. Die Operationen hatten dort ein günstiges Percent und es wurde, um die blutige Operation zu ersparen, eine neue Art der Lebenserhaltung eingeführt, nämlich die Intubation, wobei ein Tubus

eingelegt wird; das ist eine Operation, die unblutig ist und nur im Spital vollführt werden kann. Mit Rücksicht auf alle diese Umstände würde ich das geehrte Plenum des Gemeinderathes bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen und dem St. Annen-Kinderspital für das Jahr 1892 eine Subvention von 3000 fl. zu gewähren, wobei 2000 fl. auf den Reservefond zu verweisen sind, pro 1893 wäre für diese 3000 fl. in dem Budget vorzusorgen. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, dem St. Annen-Kinderspital eine Subvention von 3000 fl. pro 1892 zu gewähren, diesen Betrag auf den Reservefond zu verweisen und einen gleichen in das Budget pro 1893 einzusetzen.

33. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Zahl 4604. Die allgemeine Arbeiter-Krankenunterstützungs-Casse bittet um Subvention zur Errichtung eines Reconvalescentenheims. Dieser allgemeine Arbeiter-Krankenunterstützungs-Verein hat sich die Aufgabe gestellt, das Los der kranken Arbeiter und deren Familien wesentlich zu erleichtern. Die humanitäre Richtung dieser Casse hat sie zu einem großen Vereine gemacht, dessen Mitglieder sich aus allen Kreisen der Gesellschaft, selbst aus den höchsten, recrutieren. Um den Arbeiter möglichst bald arbeitsfähig zu machen und seiner Familie zuzuführen, hat diese Casse beschlossen, beziehungsweise den Gedanken reifen lassen, ein solches Reconvalescentenheim zu gründen.

Wenn ich einige statistische Ziffern zur Illustration anführe, halte ich sie für nothwendig, um die Herren zu überzeugen, dass dieses Institut erstens lebensfähig und zweitens auch unterstützungswürdig ist.

Dieser Verein hat 103.644 Mitglieder; davon sind im Jahre 1890 38.402 erkrankt, also circa 37 Percent, und 1166 gestorben. Krankheitsfälle waren 51.000, so dass auf 1000 Mitglieder 493 Erkrankungen kamen; 2438 Personen wurden in Spitalpflege gegeben und brauchten für Verpflegung 43.041 Tage.

Wenn die Kranken ins Spital abgegeben werden, so ist die Hauptsache die, dass sie als Reconvalescenten eine besondere Pflege genießen. Nun ist bekannt, dass die Spitäler die Reconvalescenten, sobald sie die Krankheit überstanden haben, gerne abstoßen, obwohl die Kranken gerade in diesem Stadium besserer Pflege bedürfen. Der Verein hat nun von der Regierung einen Bauplatz zum Geschenk bekommen. Außerdem sind in acht Monaten durch Sammlungen über 10.000 fl. eingegangen. Nachdem der Verein durch 24 Jahre seine Lebensfähigkeit gezeigt hat, so beantragt der Stadtrath, es sei dieser Arbeiter-Unterstützungs- und Krankencasse ein Kostenbeitrag von 1000 fl. zur Gründung eines Reconvalescentenheims zu bewilligen, wobei ich bemerke, dass die Bedeckung vorhanden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte nun jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es wurde daher beschlossen, der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungscasse in Wien zur Gründung eines Reconvalescentenheims einen Beitrag von 1000 fl. zu gewähren.

34. Referent Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe die Ehre, zu referieren über die Umpflasterung des Stephansplatzes, ein Referat, welches ich an Stelle des beurlaubten Gem.-Rathes Schneiderhan erstatte.

Die Güterdirection des Herrn Erzbischofs von Wien hat bereits im Vorjahre sich an den Gemeinderath mit dem Verlangen gewendet, den Stephansplatz, insbesondere an der Seite von der Schulerstraße heraus, dem erzbischöflichen Palais entlang, umzupflastern. Der Stadtrath ist umsomehr auf dieses Ansuchen eingegangen, als das Pflaster auf dieser Seite des Stephansplatzes schon seit einer langen Reihe von Jahren liegt. Es handelt sich nun darum, das Granitpflaster wegen des großen Geräusches wegzubringen und ein geräuschloses herzustellen, und da hat der Stadtrath Holzstöckelpflaster empfohlen, welches sich an das geräuschlose Pflaster in der Schulerstraße anzuschließen hätte. Hiedurch entstehen Auslagen von 9757 fl. 7 kr., und da eine Bedeckung hiefür nicht vorhanden ist, so wäre, falls der Gemeinderath überhaupt auf die Sache eingeht, ein Zuschusscredit in der besagten Höhe zu bewilligen. Ich bitte, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Die Herstellung eines Holzstöckelpflasters am Stephansplatze im I. Bezirke in dem an die Schulerstraße anstoßenden Theile zwischen der Stephanskirche und dem fürsterzbischöflichen Palais zu genehmigen und hiezu einen Zuschusscredit per 9757 fl. 7 kr. zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr 45 Min.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 27. September 1892.
Mittwoch, den 28. September 1892.
Donnerstag, den 29. September 1892.
Freitag, den 30. September 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 14. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, Noske, v. Goldschmidt, Rückauf, Dr. Grübl, Schlechter, Dr. Hackenberg, Dr. Stenzl, Dr. Huber, Baugoin, Kreindl, Dr. Vogler, Dr. Lederer, Witzelsberger, Meißl, Wurm.
Bürgermeister Dr. Prix.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Matzenauer, v. Neumann und Schneiderhan.
Experten: Feuerwehr-Commandant Zier.
Baudirector Berger.
Magistratsrath Lekisch.
Stadtphysicus-Stellvertreter Dr. Löffler.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. v. Billing referiert in Betreff grundbücherlicher Richtigstellung hinsichtlich der Realitäten E.-Z. 733 und C.-Nr. und E.-Z. 729, IV. Bezirk, Schleifmühlhof, und beantragt, es sei die Auffandungserklärung zur grundbücherlichen lastenfreien Abschreibung der die Berechnungsfiguren 30, 30 b und 30 c per 18 □° 4' 4'' des vorgelegten Planes ad L.-G.-Z. 5573/876 umfassenden Grundfläche der Cat.-Parc. 794, Einl.-Z. 733 des IV. Bezirkes in Wien und Zuschreibung dieser Grundfläche zum Hause C.-Nr. und Einl.-Z. 729 ebenda auf Kosten des Gesuchsstellers Dr. Alois Semmler, noe. Karl Chimani'sche Verlassenschaft, unter den vom Magistrate weiters beantragten Modalitäten auszustellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 6. Juli l. J., Z. 2214, womit die Beschwerde der Gemeinde Wien gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 20. Juli 1891, Z. 10684, betreffend die unentgeltliche Grundabtretung bei einer Parcellierung der Baron Hackelberg'schen Gründe im IX. Bezirke als unbegründet zurückgewiesen wurde und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses für den I. Bezirk vom 25. August l. J. und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung des gewesenen Kanzleidirectors der ehemaligen Gemeinde Neulerchenfeld Josef Schaufler puncto Verweigerung der Flüssigmachung der von ihm beanspruchten I. Quinquennalzulage und beantragt die Abweisung dieser Vorstellung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Errichtung eines öffentlichen Parkes auf der Türkenschanze um Flüssigmachung der Subvention pro 1892 und beantragt, es sei dieses Ansuchen durch den Stadtraths-Beschluss vom 13. September l. J., Z. 5484, betreffend die Übernahme dieses Parkes durch die Gemeinde, als erledigt zu erklären. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Einschreiten der Lagerhausverwaltung um Nachzahlung des Quartiergeldes für den Lagerhausbeamten Ernst Krystufek und beantragt, es sei der Magistrat zu ermächtigen, dem Genannten das Quartiergeld ausnahmsweise mit Rücksicht auf den bereits am 21. Juli l. J. gefassten, die Ernennung Krystufek's betreffenden Beschluss, vom 1. August 1892 an flüssig zu machen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des ehemaligen Secretärs der Gemeinde Ober-St. Veit, Michael Friedl, um Regelung seiner Bezüge, Bewilligung eines Theuerungsbeitrages, eines Beleuchtungs- und Heizpauschales und beantragt:

1. Belassung seines Gehaltes per 804 fl.;
2. der Naturalwohnung,
3. Anweisung eines Beheizungsrelutums per 50 fl. jährlich bis zur Regelung der Bezüge der ehemaligen Vorortebeamten;
4. Abweisung des Ansuchens um einen Theuerungsbeitrag und ein Beleuchtungspauschale. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Schmerlinggasse, XVII. Bezirk Hernals, und beantragt:

1. Die Genehmigung dieses mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2079 fl. 27 kr. veranschlagten Projectes;
2. Ermächtigung des Magistrates. mit Rücksicht auf die Dringlichkeit, die Erd- und Baumeisterarbeiten (1706 fl. 41 kr. und 100 fl. Pauschale) auf Grund einer zwischen Eduard Rzehaczek, Anton und Heinrich Sikora und August Titz einzuleitenden beschränkten Offertverhandlung an den Bestbieter hintanzugeben;
3. Abweisung der Union-Baugesellschaft mit ihrem Ansuchen, den Canal auf eigene Kosten gegen Ermächtigung zur Einhebung einer Canaleinmündungs-Gebür von den Eigenthümern der angrenzenden Häuser erbauen zu dürfen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Erd- und Pflastererarbeiten behufs Umpflasterung der Wienstraße von der Kettenbrücken- bis zur Pressgasse, IV. Bezirk, mit dem Kostenbetrage von 3054 fl. 94 kr. und 600 fl. Pauschale, und beantragt die Genehmigung des Offertes des Pflastermeisters Alexander Stiegler mit dem angebotenen Nachlasse von 20 Percent von den Kostenanschlagspreisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über 25 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Palek Josef, Lampist der k. k. priv. Staatsbahn-Gesellschaft;
Bartsch Johann, Maschinenschlossergehilfe;
Traisam Magdalena, geb. Bigl, Fabriksarbeiterin;
Weglau Ludwig Josef, Geschäftsdiener;
Mohr Anton Alois, Tischlergehilfe;
Spurny Franz, Vorarbeiter;
Dikart Franz, Eisendrehergehilfe;
Capek Johann, Tischlergehilfe;
Pacofsky Alois, Schlossergehilfe;
Smiczek Robert, Laternenanzünder;
Schuller Josef, Schuhmachergehilfe;
Reichl Margaretha, Selchwaren-Verschleißerin;
Teichmann Josef, Maschinenwärter;
Janes Josef, Schmiedgehilfe;
Candra Franz, Fleischhauermeister;
Gepp Johann, Milchmeier;
Kreisel Johann, Taglöhner;
Smetana August Johann, Eisenbahnarbeiter;
Arnold Dismas, Monteur;
Steinhauser Franz, Tischlergehilfe;
Eichler Franz, Ingenieur;
Wiesinger Lorenz, Gastwirt;
Samek Josef, Geschäftsführer;
Strach Johann, Schmiedgehilfe, und
Schrabauer Anton, Einspänner-Eigenthümer.

Diese Anträge werden angenommen.

St.-R. Müller referiert über das Offertverhandlungsergebnis für den Canalbau in der Hietzingergasse in Penzing, XIII. Bezirk (Kostenanschlag 5695 fl. 97 kr. für Erd- und Baumeisterarbeiten und 700 fl. Pauschale) und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Heinrich Sikora mit 18·6 Percent Nachlass von den Kostenanschlagspreisen. (Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Umpflasterung der Fahrbahn der Stromstraße von der Jägerstraße bis zur Dresdnerstraße, II. Bezirk, im veranschlagten Kostenbetrage von 2182 fl. 40 kr. und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pflasterermeisters Laurenz Dietz mit dem offerierten Nachlasse von 8 Percent von den Kostenanschlagspreisen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vergebung der Steinpflasterungsarbeiten für die Regulierung und Umpflasterung des Theiles der kleinen Pfarrgasse im II. Bezirke zwischen der großen Sperlgasse und der oberen Augartenstraße, sowie der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Schulgebäude Or.-Nr. 33 daselbst.

Referent beantragt, die erstgenannten Arbeiten, beziffert mit 2297 fl. 49 kr. und 300 fl. Pauschale, dem Pflasterermeister Eduard Rotter mit dem offerierten Nachlasse von 21·5 Percent, die letztgenannten, mit 2142 fl. 53 kr. veranschlagten Arbeiten und Lieferungen der Firma Guido Rütgers mit dem angebotenen Nachlasse von 2·5 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über 23 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Pecak Anton, Schneidermeister;
Gareis Anton, Gastwirt;
Peter Matthäus, Bäckergehilfe;
Czerny Ida, Beamtenswitwe;
Eckl Georg, Geschäftsführer;
Kafka Raimund, Maurergehilfe;
Dočekal Clemens, Lederfärbergehilfe;
Prochazka Wenzel, Schneidermeister;
Pikeš Wenzel, Hausbesitzer;
Samer Stephan Valentin, Milchmeier;
Buchberger Matthäus, Kutscher;
Prašek Wenzel, Schneidermeister;
Kincel Josef, Pfaidler;
Constantin Josef, Apotheker-Laborant;
Šima Laurenz, Schneidermeister;
Horak Josef, Webergehilfe;
Jurmann recte Špatny Franz, Handschuhlederfärber;
Senft Jakob, Maurergehilfe;
Bartik Thomas, Maurerpolier;
Götz Josef, Cafétier;
Lang Franz X., Obsthändler;
Kostka Johann, Tischlergehilfe, und
Schillinger Franz, Holzschachtel-Erzeuger.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über das Ansuchen des k. k. städtisch-delegierten Bezirksgerichtes Hietzing um Aufstellung eines Desinfections-Apparates in dem städtischen Hause C.-Nr. 110, Alleegasse Nr. 16 in Hietzing, XIII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Aufstellung dieses Apparates unter den vom magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk namhaft gemachten Modalitäten. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 20. August l. J., Z. 5154, womit mitgetheilt wird, dass die sechsclassige allgemeine Volksschule für Knaben und Mädchen im X. Bezirke, Kinskygasse 16, in eine fünfclassige vom nächsten Schuljahre angefangen umgestaltet wird und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Holzmann um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalt-Trottoirs, III., Fasangasse 33, und beantragt die Genehmigung unter den vom magistratischen Bezirksamte für den III. Bezirk beantragten Modalitäten.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 4. September 1892, Z. 54839, womit der k. k. Dikasterialgebäude-Direction der Bauconsens zu baulichen Änderungen im Maschinenhause des k. k. Hauptmünzamts-Gebäudes ertheilt wird und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Trost wegen Errichtung eines Telegraphenamtes in der Großmarkthalle und Errichtung einer Tramway-Haltestelle nächst derselben und beantragt, den diesbezüglichen Magistrats-Bericht, wonach wegen Errichtung eines Postamtes und einer Telephonstelle in der Großmarkthalle mit der k. k. Post- und Telegraphen-Direction Verhandlungen eingeleitet wurden und wonach die Verhandlung bezüglich der Tramway-Haltestelle im Magistrats-Departement V anhängig ist, zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Erlass des n.-ö. Landesschulrathes vom 7. September 1892, Z. 8146, mit welchem mitgetheilt wird, dass das Unterrichtsministerium zufolge Erlasses vom 13. August l. J., Z. 17856, dem Ansuchen der Gemeinde Wien, den Vorrath von Franz Mair'schen Lesebüchern in jener Ausgabe, welcher mit dem Ministerial-Erlasse vom 25. April 1892, Z. 7679, mit Schluss des Schuljahres 1891/92 die Approbation entzogen wurde, zur Betheilung armer Schulkinder weiter verwenden zu dürfen, keine Folge gegeben worden ist und beantragt die Kenntnisnahme.

St.-R. Noske beantragt, es sei gegen diesen Ministerial-Erlass eine Vorstellung einzubringen und die Bitte zu stellen, es möge in Hinkunft in Fällen der Entziehung der Approbation für ein Lehrbuch auf die materiellen Interessen der durch eine solche Verfügung getroffenen Gemeinden und Steuerträger mehr Rücksicht genommen und wenigstens ein solcher Termin für die Außergebrauchsetzung solcher Bücher gegeben werden, dass der Vorrath an derartigen Büchern aufgebraucht werden kann.

Der Referenten-Antrag und der Antrag Noske werden angenommen.

St.-R. Wiesberger referiert über die Vermehrung der Mannschaft der städtischen Feuerwehr und beantragt die Aufnahme von 30 Feuerwehrmännern II. Classe mit einer Löhnung von 1 fl. 20 kr. per Tag, einem jährlichen Stiefelpauschale von 24 fl., Montur und Kasernierung sowie die Aufnahme von drei Kutschern mit einer Löhnung von 1 fl. 35 kr. per Tag und Montur mit dem Gesammtkosten-Jahresbetrage von 16.873 fl. 64 kr., ferner die Genehmigung der hiedurch pro 1892 nothwendig werdenden Zuschusscredite von zusammen 8888 fl. 28 kr. zu den Ausgabs-Rubriken XX 1, 3 und 5; endlich Vertagung der Frage der Creierung von Feuerwehr-Officiersstellen.

Feuerwehr-Commandant Zier wird als Experte vernommen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, es seien derzeit nur 15 Feuermänner aufzunehmen.

Referent accomodiert sich diesem Antrage und modificiert seinen Antrag folgendermaßen:

1. Die Aufnahme von 15 Feuerwehrmännern II. Classe mit einer Löhnung von 1 fl. 20 kr. per Tag, einem jährlichen, in halbjährigen Decursivraten fälligen Stiefelpauschale von 24 fl., Montur und Kasernierung, werde vom 1. October 1892 an mit dem Jahreserfordernisse von 7650 fl. 7 kr. genehmigt.

2. Zur Deckung der noch im Jahre 1892 erwachsenden Ausgaben per 3502 fl. 12 kr. werde zur Ausgabs-Rubrik XX 1 „Bezüge der Löschmannschaft" ein Zuschusscredit per 2299 fl. 95 kr. und zur Ausgabs-Rubrik XX 3 „Unterkunfts-Nebenerfordernisse für das Löschpersonale" ein Zuschusscredit per 1202 fl. 17 kr. bewilligt.

Dieser Antrag wird sohin angenommen.

(An den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über den Statthalterei-Erlass vom 12. September 1892, Z. 56705, betreffend die Beistellung von Nothspitälern für den Fall des Ausbruches der Cholera in Wien und stellt folgenden Antrag:

Obwohl die in dem Gesetze vom 30. April 1870, R.-G.-Bl. Nr. 68, und in dem Übereinkommen vom 3. December 1891, betreffend die Übernahme der in den Vororten von Wien bestehenden öffentlichen Krankenanstalten seitens des k. k. Krankenanstaltenfonds enthaltenen Voraussetzungen, unter welchen die Gemeinde Wien verpflichtet ist, zur zeitweisen Vermehrung des Spitalsbelegraumes geeignete Localitäten der k. k. n.-ö. Statthalterei zur Verfügung zu stellen, dermalen noch nicht vorliegen, erkläre der Gemeinderath, im gegebenen Falle von der Einbringung eines Recurses gegen die Entscheidung der k. k. Statthalterei vom 12. September 1892, Z. 56705, abzusehen und erklärt sich bereit, ohne eine gesetzliche oder vertragsmäßige Verpflichtung der Gemeinde anzuerkennen, schon jetzt außer dem Epidemiespitale an der Triesterstraße die Reservespitäler in Meidling und Hernals der hohen k. k. Statthalterei zur Verfügung zu stellen und sofort an die Errichtung eines geeigneten Nothspitales in der Brigittenau zu schreiten.

Demnach erhält der Magistrat den Auftrag, ein Project wegen Errichtung einer Spitalbaracke auf den Donauregulierungsgründen vorzulegen. Von der Verwendung der Schule in Zwischenbrücken zu Spitalszwecken wird abgesehen.

Es werden Rath Lekisch, Baudirector Berger und Stadtphysicus-Stellvertreter Dr. Löffler als Experten vernommen.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt:

1. Es sei gegen den Statthalterei-Erlass vom 12. September 1892, Z. 56705, der Recurs zu ergreifen;

2. der Gemeinderath stelle an die k. k. Statthalterei das Ersuchen, für den Fall des Ausbruches der Cholera-Epidemie in Wien nicht bloß das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital, sondern auch das Elisabeth-Spital und das Wilhelminen-Spital sofort zur Gänze als Choleraspital einzurichten.

Referent accommodiert sich diesen Anträgen und werden dieselben (ersterer einstimmig) angenommen.

(An den Gemeinderath.)

St.-R. Schlechter referiert über das Präliminare für die gewerblichen Vorbereitungs- und Fachschulen in Wien pro 1893 und beantragt, es sei seitens des Gemeinderathes die Zustimmung zu dem von der Gewerbeschul-Commission für das Jahr 1893 aufgestellten Voranschlage zu ertheilen und die auf die Gemeinde Wien entfallende Quote per 49.420 fl. in das Budget der Gemeinde pro 1893 einzustellen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission Wien um Überlassung von Localitäten für neu zu errichtende Fortbildungscurse und Fachschulen und beantragt die Genehmigung der Überlassung der vom Magistrate namhaft gemachten Schullocalitäten unter den von demselben beantragten Modalitäten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Neupflasterung der Millergasse von der Wallgasse bis zur Liniengasse, VI. Bezirk, im veranschlagten Kostenbetrage von 6582 fl. 24 kr. und 500 fl. Pauschale, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pflasterermeisters Franz Walz mit dem offerierten Nachlasse von 21 Percent von den Kostenanschlagspreisen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths Sitzung vom 15. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. v. Götz und Matzenauer.

Schriftführer: Concepts-Adjunct H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung. St.-R. Baugoin entschuldigt sein Ausbleiben.

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Schneiderhan referiert über den Bericht des Magistrates, betreffend den Beitrag des Hofärars zur Bespritzung der Schönbrunnerstraße in der Strecke von der Mariahilferlinie bis zur Gemeindegrenze von Penzing und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Herstellung einer Einfriedung um die Gartenanlage zwischen der Breitenfurterstraße und dem Südbahneinschnitte im XII. Bezirke und beantragt, die Herstellung dieser Einfriedung und Instandsetzung der Wege innerhalb derselben mit dem Gesammtkostenerfordernisse von 1148 fl. 9 kr. zu genehmigen und hiefür einen Zuschusscredit in der Höhe des Kostenerfordernisses zur Rubrik XXIV 2 zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen des Alois Bernhart um Baulinienbestimmung für Einl.-Z. 190 in der Kaiser-Ebersdorferstraße in Kaiser-Ebersdorf und beantragt die Bestimmung der Baulinie für die Kaiser-Ebersdorferstraße in Kaiser-Ebersdorf nach den Linie A B C einerseits und F E D des vorgelegten Planes andererseits mit einer Straßenbreite von 19 m und des Niveau mit 1·20 m über Null bei dem Punkte B horizontal bis zum Punkte C.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen des Franz Symandl, Mitglied der k. u. k. Hofcapelle und des k. k. Hofopernorchesters, um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über den Recurs der Marie Blaschke bezüglich des Auftrages zur Behebung von Übelständen in ihrem Hause XII., Gaudenzdorf, Stiegengasse Nr. 6 und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über den Vergleichsantrag wegen rückständiger Wassermehrverbrauchsgebüren nach Theodor Brunabend und beantragt die Genehmigung der Vorschläge des Stadtanwaltes Dr. Oskar Schmitt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des patriotischen Frauen-Hilfsvereines (Zweigverein Währing, Hernals, Ottakring) um Subvention und beantragt, denselben pro 1892 eine Subvention von 150 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ottakringer Verschönerungsvereines um Subvention und beantragt, demselben pro 1892 eine Subvention von 400 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung an Nachbenannte:

Seiberl Johann, Hausbesitzer;
Vogel Wenzel, Schneider;
Sobotka Johann, Schlosser;
Reckendorfer Josef, Gastwirt;
Ferschl Karl, Schankbursche;
Schildberg Heinrich, Schilder- und Schriftenmaler;
Hubinka Josef, k. u. k. Leiblakai. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über die Baulinienbestimmung für die Spitzackergasse im XVII. Bezirke und beantragt die Bestimmung der Baulinie nach der Linie a b des vorgelegten Planes für die Spitzackergasse in Hernals bei einer Straßenbreite von 11·38 m.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Boschan referiert über das Ansuchen des ehemaligen Waisenhauszöglings Barbara Zdrazil um Erfolglassung des Nachlasses nach ihrer verstorbenen Schwester Antonie und beantragt die Abweisung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Fortsetzung des Wiederholungsunterrichtes in mehreren Waisenhäusern und beantragt:

1. Im II. und IV. städtischen Waisenhause ist der bisherige Modus für die Dauer eines weiteren Probejahres, d. i. bis zum Schulschlusse 1892/93 beizubehalten.

2. Im III. und IV. städtischen Waisenhause ist probeweise, und zwar gleichfalls bis zum Schulschlusse 1892/93, derselbe Vorgang einzuführen, wie im II. und IV. städtischen Waisenhause.

Es ist demnach dem städtischen Hilfslehrer im III. und IV. Waisenhause unter Einhaltung der vertragsmäßig festgesetzten einmonatlichen Kündigungsfrist zu kündigen und an Stelle dieser Hilfslehrer der Wiederholungsunterricht einem, vom betreffenden Waisenhausvater ohne Festsetzung der Dauer der Dienstleistung aufzunehmenden, mithin jederzeit entlassbaren Bürgerschullehrer gegen ein monatliches Honorar von 25 fl. und je einem in gleicher Weise zu bestellenden Volksschullehrer gegen ein demselben zu gewährendes Honorar von monatlich 20 fl. zu übertragen.

3. Für die sub 2 erwähnte Zeit wird für das III. und IV. Waisenhaus die Aufnahme eines dritten Aufsehers gestattet.

4. Über den Erfolg des Probejahres haben die Waisenhausväter drei Monate vor Ablauf desselben an den Magistrat zu berichten.

5. Zur Versorgungsfonds-Rubrik XII „Bezüge der Waiseneltern, der Hilfslehrer und des Aufsichtspersonales" wird für das Jahr 1892 ein Zuschusscredit von 232 fl. bewilligt. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof um Subvention und beantragt:

1. Der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof ist eine neuerliche Subvention von 1000 fl. unter der Bedingung zu verleihen, dass hievon der Betrag von 670 fl. zur Tilgung der Restforderung der Firma Karl König & Sohn für die Herstellung der Alarmleitung und der restliche Betrag von 330 fl. zur Bestreitung von Auslagen für Monturen, Ausrüstungsgegenstände u. dergl. verwendet wird.

Hinsichtlich des Theilbetrages von 330 fl. wird bedungen, dass die bezüglichen Anschaffungen durch das städtische Feuerwehrcommando zu effectuieren sind.

2. Nach Beendigung des Rechtsstreites zwischen der Gersthofer Feuerwehr und der Firma Karl König & Sohn ist die Alarmleitung der Gersthofer Feuerwehr in das Eigenthum der Gemeinde Wien zu übertragen.

3. Zur Beheizung der Wachstuben der Gersthofer Feuerwehr stellt die Gemeinde Wien das Materiale bei, und hat sich die Feuerwehr wegen Ausfolgung der erforderlichen Bestellscheine an das magistratische Bezirksamt des XVIII. Bezirkes zu wenden, auch ist das Heizen durch die Feuerwehr ohne Anspruch auf Entgelt zu besorgen.

4. Dem Ansuchen um Herstellung einer telephonischen Verbindung der Gersthofer Feuerwehr mit der städtischen Feuerwehr-Centrale wird dermalen keine Folge gegeben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Project der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen für die Verlegung des Frachtenbahnhofes in Gaudenzdorf zum Matzleinsdorfer Kohlenbahnhofe der Südbahn und beantragt, der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen sei die angesuchte Zustimmung zur Verlegung des Frachtenbahnhofes vor der Schönbrunnerlinie zu den hiemit in Verbindung stehenden provisorischen Geleiseherstellungen in der Marx-Meidlinger- und in der Dammstraße, zur Umgestaltung der nächst dem Meidlinger Bahnhofe befindlichen Geleiseanlagen und zur versuchsweisen Einführung des Pferdebetriebes auf der Strecke Johannagasse — Steinbauergasse — Rudolfsgasse — Meidling-Bahnhof unter nachfolgenden Bedingungen zu ertheilen:

1. Der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen wird die Bewilligung zur Benützung der Dammstraße und der Marx-Meidlingerstraße zur Anlage der projectierten provisorischen Geleise bis zu dem Zeitpunkte der Ausführung der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn ertheilt und behält sich die Gemeinde vor, die Bedingungen hinsichtlich der Straßenbenützung für die definitiven Geleiseanlagen erst in dem Zeitpunkte aufzustellen, in welchem die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen mit dem Projecte für diese Anlagen an die Gemeinde herantreten wird.

Die Gesellschaft hat daher binnen längstens sechs Wochen nach Genehmigung des Projectes für die dortige Gürtellinie der Wiener Stadtbahn das Project für die vorbezeichneten definitiven Geleiseanlagen zur Genehmigung vorzulegen.

2. Für die Benützung der durch diese provisorischen Geleiseanlagen in Anspruch genommenen städtischen Straßengründe hat die Gesellschaft an die Gemeinde Wien vom Tage des Baubeginnes einen Bestandzins zu entrichten, dessen Höhe von der Gemeinde Wien von fünf zu fünf Jahren festgesetzt und für das erste Quinquennium mit dem Betrage von 50 kr. per Meter Bahnlänge auf städtischem Straßengrunde und Jahr bemessen wird. Diese Abgabe kann jedoch nicht höher als mit 2 fl. per Meter Bahnlänge bemessen werden.

3. In der Dammstraße sind die Geleise vorläufig in das von der Gemeinde bereits genehmigte Niveau und in der Marx-Meidlingerstraße in das bestehende Niveau zu legen.

4. Die Marx-Meidlingerstraße, welche gegenwärtig eine für die Anlage der Geleise nicht genügende Breite von circa 9·50 m besitzt, ist durch Einbeziehung der Straßengräben in die Fahrbahn auf eine

durchschnittliche Breite von 13 m zu bringen und ist für eine entsprechende Ableitung der Niederschlagswässer Sorge zu tragen.

5. Für den eisernen Bahn-Oberbau ist ein System zu wählen und der Gemeinde Wien zur Genehmigung vorzulegen, welches die volle Gewähr für die Zweckmäßigkeit desselben bietet.

6. Die Zonenbreite wird bei der eingeleisigen Bahnanlage mit 2·53 m, bei den zweigeleisigen Anlagen mit 5·06 m festgesetzt. Innerhalb dieser Zonenbreiten sind die Geleise auf städtischem Straßengrunde, insoweit derzeit eine Pflasterung nicht besteht, mit regulären Granitwürfelsteinen auf Kosten der Gesellschaft ordnungsmäßig auszupflastern und ist das Pflaster in den erwähnten Breiten in der ganzen Ausdehnung der Bahn auf städtischem Straßengrunde auf Kosten der Gesellschaft stets in gutem, klaglosen Zustande zu erhalten.

Die Gesellschaft hat weiters für die stete Reinhaltung der Bahn von Koth, Staub und Schnee innerhalb der bestimmten Zonenbreiten, sowie für die sofortige Abfuhr der von der Bahnfläche abgezogenen Schmutz- und Schneemassen Sorge zu tragen.

7. Mit Rücksichtnahme auf den Bestand der 870 mm und 520 mm weiten Rohrstränge der Hochquellenleitung in der Dammstraße werden die mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 19. October 1886, Z. 6202, M.-Z. 306475, anlässlich der Herstellung von Nebengeleisen in dieser Straße aufgestellten Bedingungen mit dem Beifügen erneuert, dass, im Falle bei den projectierten Kreuzungen dieser Rohrstränge durch die neuen Geleiseanlagen Versicherungs- oder Reconstructionsarbeiten nothwendig werden sollten, diese Arbeiten auf Kosten der Gesellschaft nach Anordnung des Stadtbauamtes auszuführen sind.

8. Der neben dem Ausgangsgebäude des Bahnhofes in Meidling neu zu errichtende Wagenaufstellungsplatz ist nach Angabe des Stadtbauamtes in demselben Umfange herzustellen, wie der gegenwärtig vor dem Asylhause der Südbahn bestehende; derselbe ist mit Würfelsteinen auszupflastern und mit Asphalt auszugießen.

9. Für die im Punkte 5 bedungene Verbreiterung um Umgestaltung der Marx-Meidlingerstraße, dann für die Niveauherstellungen in der Dammstraße sind Detailpläne (Situationspläne im Maßstabe von 1 : 500 und Profilpläne im Maßstabe von 1 : 100) zur Genehmigung vorzulegen.

Weiters ist für die herzustellenden Stützmauern, Entwässerungsanlagen und für etwaige Hochbauten der Bauconsens zu erwirken.

10. Der probeweisen Einführung des Pferdebetriebes auf der Theilstrecke „Steinbauergasse—Rudolfsgasse—Meidling-Bahnhof" wird vorläufig auf die Zeitdauer eines Jahres unter der Bedingung zugestimmt, dass die bisherige Fahrordnung und die gegenwärtig eingeführten Verkehrs-Zeitintervalle keine nachtheilige Veränderung erleiden.

11. Die Gesellschaft hat zur Sicherung der übernommenen Verpflichtungen eine Caution im Betrage von 2000 fl. in Barem oder in von der Gemeinde zur Cautionsleistung geeignet erkannten Wertpapieren zu Handen der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

12. Die Gemeinde bedingt sich den Abschluss eines Vertrages mit der Gesellschaft, in welchem nicht allein die vorstehenden Bedingungen Aufnahme finden, sondern auch noch jene allgemeinen Bedingungen und Vorbehalte aufzunehmen sind, welche auf den Beginn der Vertragsdauer, auf die Modalitäten der Zahlung des bedungenen Bestandzinses, auf den Cautionserlag, auf die Art der Ausführung der Bahnbauarbeiten unter Bedachtnahme auf die Sicherheit privater und städtischer Objecte, auf Gebüren u. s. w. Bezug nehmen.

13. Vor endgiltiger Vereinbarung über die gestellten Bedingungen und Abschluss des vorerwähnten Vertrages dürfen die Bauarbeiten auf städtischem Grunde nicht in Angriff genommen werden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über die Winter-Fahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft pro 1892/93 und beantragt:

Mit Rücksicht darauf, dass 1. durch die von der Wiener Tramway-Gesellschaft vorgelegte Fahrordnung für die Winterperiode vom 1. October 1892 bis 30. April 1893 eine fast totale Umwälzung der gegenwärtig bestehenden Verkehrseinrichtungen dadurch geplant wird, dass von den derzeit bestehenden 24 Fahrrouten nur noch 10 Fahrrouten unverändert beibehalten, 8 Fahrrouten gänzlich aufgehoben und 6 Fahrrouten verändert werden, wodurch es unmöglich wird, wie bisher, von mehreren Punkten aus direct zu einem und demselben Ziele zu gelangen, sondern öfters umgestiegen werden muss, eine solche Einrichtung, welche wohl im Interesse der Gesellschaft, nicht aber des Publicums gelegen ist, dass weiters 2. aus der vorgelegten Fahrordnung nur die Fahrrichtungen der Zeitintervalle, in welchen die Wagen verkehren und die Art der Bespannung, nicht aber die Anzahl der täglichen Touren und deren Zeitdauer, sowie die Art und Zahl der zu verwendenden Wagen für jede der bestehenden Linien in den verschiedenen Tagesabschnitten ersichtlich ist, was eine Beurtheilung der Fahrrichtung und jede Controle umsomehr ausschließt, als auch die Gesellschaft eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit in Aussicht nimmt, dass ferner 3. der Überfüllung der Tramwaywaggons durch die in Aussicht genommene dichtere Wagenexpedition in dem Zeitabschnitte von 1 bis 4 Uhr deshalb nicht abgeholfen wird, weil eine Überfüllung nicht bloß in diesem Zeitabschnitte, sondern auch zu anderen Tageszeiten, auf einzelnen Linien (beispielsweise Rennweg) fast während der ganzen Verkehrszeit stattfindet, und durch diese neue Einrichtung eine Vermehrung der Tageszeitabschnitte von 4 auf 5, nicht aber die schon öfters von der Gemeinde begehrte Verminderung stattfindet, wodurch, insbesondere in Verbindung mit der geplanten theilweisen Vergrößerung der Zeitintervalle für die anderen Tagesabschnitte eine Verschlechterung des Verkehres resultiert, dass weiters 4. durch den geplanten directen Verkehr über den Ring und Quai mit den in Vorschlag gebrachten zwei Fahrrouten den Anforderungen des Verkehres in diesen Verkehrsrelationen wegen der geringen Zahl dieser Fahrrouten und der großen Zeitintervalle derselben nicht entsprochen werden kann, dass ferner 5. die vorgelegte Fahrordnung den von dem Stadtrathe anlässlich der Berathung der Sommerfahrordnung 1892 aufgestellten, mit der Note des Magistrates ddto. 17. April 1892, Z. 50425, der löblichen k. k. Polizei-Direction bekanntgegebenen Principien nicht entspricht, versagt der Stadtrath unter ausdrücklicher Verwahrung gegen die Gestattung der langsameren Wagenexpedition in den frühen Morgen- und Abendstunden bis zu 20 Percent des Intervalles die Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurfe des Winterfahrplanes vom 1. October 1892 bis 30. April 1893 die Zustimmung und ist die k. k. Statthalterei zu ersuchen, die Wiener Tramway-Gesellschaft zur Vorlage eines neuen Entwurfes des Winterfahrplanes pro 1892/93 ehestens zu verhalten; hiebei wäre insbesondere zu verlangen:

1. Dass die Fahrordnung in der bisherigen Weise derartig abzufassen ist, dass aus derselben der Umfang der Gesammtleistung der Gesellschaft genau entnommen werden kann, und dass daher in derselben namentlich auch die Anzahl und die Art der zu verwendenden Wagen anzugeben wäre.

2. Dass eine Verminderung der gegenwärtig bestehenden Fahrrichtungen ohne Zustimmung der Gemeinde nicht platzgreifen darf.

3. Dass die Fahrordnung den schon so oft ausgesprochenen Wünschen der Gemeinde Wien, namentlich den in der Note des Magistrates ddto. 17. April 1892, Z. 50425, an die k. k. Polizei-Direction angedeuteten Grundsätzen gemäß abgefasst werde.

4. Gleichzeitig erneuert der Stadtrath das Ersuchen um Einberufung einer Enquête zur Berathung der Fahrordnung.

Es wird die Debatte abgebrochen bis zur Vorlage des zu requirierenden ergänzenden Materiales.

St.-R. Wurm referiert über die Vornahme von Adaptierungen in dem städtischen Schulgebäude II., Engerthstraße Nr. 105 und Herstellung von Zubauten daselbst behufs Umgestaltung in ein Nothspital. Derselbe beantragt, für die projectierte Herstellung den Bauconsens zu ertheilen und den vom Director der I. Wiener Walzmühle und Genossen eingebrachten Protest, insoferne er inclusive auch gegen den Bau gerichtet ist, abzuweisen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Benennung des Platzes zwischen der Gürtelstraße und der Wimbergergasse und der Verlängerung der Westbahnstraße im XV. Bezirke und beantragt, den genannten Platz „Urban Loritz-Platz" zu benennen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Ansuchen des Stephan Fernolendt zur Legung von Schienen in das Trottoir vor dem Hause III., Erdbergstraße 34 für die Rollbahnanlage in seinem Hause und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Stadtbauamte aufgestellten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des IV. Bezirkes um Anschaffung einer dritten Zwilchmontur für die vier Druckmänner im Gemeindehause und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des leitenden Turnlehrers an der Communal-Oberrealschule im I. Bezirke um Anweisung der Pension und beantragt, denselben über sein Ansuchen mit Ende Juli d. J. seiner Stelle zu entheben und demselben im Hinblicke auf ähnliche Präcedenzfälle vom 1. August 1892 eine jährliche, in zwölf monatlichen Anticipativraten fällige Pension von 600 fl. im Gnadenwege zu gewähren.

St.-R. Noske beantragt eine Pension von 700 fl.

Der Antrag des St.-R. Noske wird zurückgezogen, der Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert in Anwesenheit von 16 Stadträthen über Besetzungen im Stadtbauamte und beantragt die Vorrückung des Ingenieurs 3. Gehaltsstufe Ernst Reko zum Ingenieur 2. Gehaltsstufe, die Beförderung des Adolf Stein zum Ingenieur der 3. Gehaltsstufe, die Vorrückung des Karl Stenzinger zum Ingenieur-Adjuncten I. Classe, 1. Gehaltsstufe, die Vorrückung des Josef Klingsbigl zum Ingenieur-Adjuncten I. Classe, II. Gehaltsstufe, die Beförderung des Friedrich Witek zum Ingenieur-Adjuncten I. Classe, 3. Gehaltsstufe, die Vorrückung des Max Böck zum Ingenieur-Adjuncten II. Classe, 1. Gehaltsstufe, und die Beförderung des Karl Leskier zum Ingenieur-Adjuncten II. Classe, 2. Gehaltsstufe mit den systemmäßigen Bezügen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über den Statthalterei-Erlass vom 30. März 1892, Z. 20269, betreffend die Gewährung einer 18jährigen Steuerfreiheit für Umbauten und beantragt:

I. Das bauämtliche Verzeichnis jener Häuser, deren Umbau zur Verbreiterung oder Regulierung der betreffenden Stellen der Hauptverkehrsstraßen Wiens geboten erscheint, werde der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei mit dem Bemerken vorgelegt, dass, wiewohl dieses Verzeichnis im hohen Grade ergänzungsbedürftig wäre, da noch viele andere Stellen der Stadt eine Regulierung dringend nothwendig hätten, die Gemeinde vorläufig keine weitergehenden finanziellen Opfer seitens des Staates beanspruchen will, falls eine hohe Regierung heute schon die Geneigtheit ausspricht, eine solche Ergänzung nach Feststellung des General-Regulierungsplanes durch eine Gesetzesnovelle zu ermöglichen.

Ferner wäre an die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei die Erklärung abzugeben, dass der Gemeinde gerade aus Anlass der für die Regulierung der Stadt dringend nothwendigen Umbauten bedeutende Auslagen für die Schadloshaltung bei Grundabtretungen zur Straßenverbreiterung, für Straßenregulierungen, Trottoir- und Canalherstellungen 2c. erwachsen und dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die vielfachen, im öffentlichen Interesse zu bringenden Opfer anlässlich der Erweiterung des Gemeindegebietes und die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Herstellung der Verkehrsanlagen sich außer Stande sehe, der von der hohen Regierung verlangten Befreiung der bezüglichen Umbauten von den Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer zuzustimmen, nachdem der der Gemeinde zukommende Ausfall an Zuschlägen ein sehr bedeutender und umsomehr unbillig wäre, als die Befreiung von diesen Zuschlägen einen Zeitraum von 18 Jahren umfassen soll, während der Mehrentgang für den Staat im Hinblicke auf die bereits bestehende zwölfjährige Steuerbefreiung bloß sechs Jahre betreffen und erst nach Ablauf von zwölf Jahren eintreten würde.

Wollte der Staat analog dem ihn selbst treffenden Entgang für die Dauer von sechs Jahren auch die Befreiung von den Landes- und Communalzuschlägen zur Gebäudesteuer in der Dauer von sechs Jahren als Bedingung setzen, so würde auf eine solche Forderung, ungeachtet auch diese im Zusammenhange mit den anderen großen, die Gemeinde treffenden Opfern, finanziell außerordentlich fühlbar wäre, eingegangen werden können.

II. Die Petition des Centralverbandes der Hausbesitzer-Vereine von Wien, dahin gehend, dass eine Verlängerung der Steuerfreiheit für Neu-, Um- und Zubauten in keinem Falle zugestanden werde, vielmehr die bisherige Steuerfreiheit für Neu- und Zubauten aufzuheben und nur für Umbauten eine Steuerprämie zu bewilligen sei, wäre dahin zu erledigen, dass auf dieses Ansuchen im Hinblicke auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 22. September 1891, Z. 525, wonach für Umbauten, welche an jenen Stellen der Hauptverkehrsstraßen vorgenommen werden, deren Erweiterung aus Verkehrsrücksichten geboten ist, eine 18jährige Steuerbefreiung angesucht wurde, nicht eingegangen werden kann.

III. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rückauf und Genossen erscheint in seinem ersten Theile durch den Antrag I erledigt, der zweite Theil desselben in Betreff der Rückwirkung des Steuerbefreiungsgesetzes auf die im Jahre 1892 in Angriff genommenen Bauten wäre abzulehnen.

IV. Der Bauamts-Antrag, die erhöhte Steuerfreiheit nur auf eine Grundfläche bis 25 m Tiefe von der neuen Baulinie an zu beschränken, wäre hauptsächlich mit Rücksicht auf die großen Grundparcellen der äußeren Bezirke zur Annahme zu empfehlen. Hingegen wurde dem Bauamts-Antrage, dass die erhöhte Steuerbefreiung nur für Umbauten Anwendung finden soll, welche innerhalb bestimmter zehn Jahre begonnen und vollendet worden sind, bereits mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 22. September 1891 Rechnung getragen.

Es wird über die formelle Behandlung des Gegenstandes debattiert und sohin die Sitzung geschlossen.

* * *

(Richtigstellung.) Die im Stadtraths-Berichte vom 13. September d. J. (Amtsblatt Nr. 74, pag. 2274, Spalte 2 und pag. 2275, Spalte 1) angeführten drei letzten Referatstücke wurden nicht, wie irrigerweise dieser Theil des Berichtes besagt, von St.-R. R. v. Goldschmidt, sondern von St.-R. Wurm referiert.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 20. September 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3834	Stück
Fettschweine	6095	„
Summa	9929	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7660	Stück
für das Land	969	„
unverkauft blieben	1300	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 35	bis 45	kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 35	„ 41	„	

Für Jungschweine war die Kauflust infolge des bedeutenden Auftriebes ziemlich flau, daher dieselben um 1 kr. per Kilo billiger verkauft wurden, während Fettschweine bei reger Nachfrage um ½ kr. per Kilo im Preise gestiegen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 20. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 259 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	85—320	fl.	per Stück,
„ Schlachtpferde	26—60	fl.	„ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 22. September 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 914, Kälber lebend 2197, Lämmer Waidner 29, Lämmer lebend 12, Schafe Waidner 508, Schafe lebend 3956.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von 40	bis 64	kr.
Kälber lebend „ „	„ 32	„ 54	„
Lämmer Waidner „ Paar	von 4½	bis 5	fl.
Lämmer lebend „ „	„ 5	„ 7½	„
Schafe Waidner „ Kg.	von 28	bis 42	kr.
Schafe lebend „ Paar	von 7	bis 22	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden gegen die Vorwoche um 17 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war flau, daher die Preise einen Rückgang von 2 kr. per Kilo erfahren haben.

Auf dem Schafmarkte wurden infolge des israelitischen Feiertages um 4028 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Nachfrage war ruhig und die vorwöchentlichen Preise unverändert blieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. September l. J. 103 Stück Mast-, 164 Stück Weide- und 121 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

9. September bis 15. September 1892:

Waren eingelagert	68.519	Meter-Centner
„ ausgelagert	54.476	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 20.499 Meter-Centner.

Lagerstand vom 15. September 1892: 316.657 Meter-Centner, und zwar:

31.895	Meter-Centner	Weizen,	17.218	Meter-Centner	Roggen,
45.125	„	Gerste,	28.516	„	Hafer,
98.195	„	Mais,	21.143	„	Ölsaaten,
5.155	„	Mehl u. Kleie,	5.682	„	Wein,
9.674	„	Zucker,	5.340	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,176.230 fl. öst. Währ.

Ad Prot.-Nr. 134093
Ref.-Nr. 1998 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass, ferner in der Straße entlang der Bahnanlage der Nordbahn und durch den dritten Nordbahn-Durchlass mit der Einmündung in den Haupt-Unrathscanal der Dresdnerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.784 fl. 97 kr., einschließlich der Kosten für die **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** per 362 fl. 60 kr. für den **in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass herzustellenden Canal aus Ziegelmauerwerk** und einem Pauschale von 1650 fl. für unvorhergesehene Mehrarbeiten wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **3. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Dorfgasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 50 bis zur Felbergasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 2585 fl. 70 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **28. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 125053
Ref.-Nr. 1825 ex 1892. V.

Kundmachung

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4556 fl. 43 kr. nebst 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Theresiengasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 3 bis 23** im veranschlagten Kostenbetrage von 3418 fl. 40 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, die Profile, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines gemauerten, schliefsbaren Wasserlaufes in der Theresiengasse im XI. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 3407 fl. 59 kr. und 200 fl. Pauschale, dann der Lieferung des erforderlichen hydraulischen Kalkes im veranschlagten Kostenbetrage von 544 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 164681
Ref.-Nr. 2448 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Theresiengasse von der Schulgasse bis zur Wienerstraße in Währing im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1546 fl. 88 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—3

Z. 131819 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von geraden und Façonröhren** im veranschlagten Kostenbetrage von 258165 fl. 88 kr. und der **Lieferung der hiezu erforderlichen Schieber, Hydranten und Maschinenbestandtheile** im veranschlagten Kostenbetrage von 107500 fl. zur Ausführung von Rohrleitungen der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in den ehemaligen Vorortegemeinden wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 11. October l. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im neuen Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches sich entweder auf die ganze Lieferung oder auf eine Gruppe derselben zu erstrecken hat, ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Diese Arbeiten sind nur durch Gewerbsberechtigte in Ausführung zu bringen und werden vom Stadtbauamte strenge überwacht werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 165362
Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Hirschengasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 19 bis zum Wiener-Neustädter Canale** im veranschlagten Kostenbetrage von 2300 fl. 65 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 144084
Ref.-Nr. 2106 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Hietzinger Hauptstraße in der Strecke von der Kaiser Franz Josef-Brücke bis zum Hauptplatze** im veranschlagten Kostenbetrage von 4032 fl. 4 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 153928
Ref.-Nr. 2273 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters in der Fahrbahn am Stephansplatz längs des fürsterzbischöflichen Palais und des Zwettlhofes** im veranschlagten Kostenbetrage von 8305 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. September 1892. 1—3

Prot.-Nr. 155869
ex 1892. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes des in den städtischen Schulgebäuden IV., Phorusgasse 10, VI., Cornelinsgasse 6 und VII., Kandlgasse 30 erliegenden alten Eisens,** welches von den in diesen Schulen bestandenen Heizapparaten herrührt, wird **vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse für den Verkauf im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bewilligung zur Besichtigung der Verkaufsobjecte dort einholen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 2—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Sitzungen des Gemeinderathes 2287

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. September 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Dobeš wegen Fernbleibens . 2287
2. Ergebnis der Wahl dreier Mitglieder und eines Ersatzmannes in das Preisgericht zur Prüfung der Concurs-Projecte für die städtischen Gaswerke 2287
3. Zurückziehung des Recurses gegen die Statthalterei-Erlässe, betreffend die Beistellung und Übergabe der Rothspitäler . . . 2287
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Beschleunigung der Vorlage rücksichtlich der neu zu erbauenden Volksschule im XVII. Bezirke 2287
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl, betreffend das Verbot der Einstellung der Eisgewinnung aus dem Wienflusse 2287
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Kraetschmer, betreffend den Leichentransport aus dem Kaiser Franz Josef-Spitale 2288
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Pflasterung der Gürtelstraße bis zur Kinderspitalgasse im XVII. Bezirke 2288

Interpellationen:

8. Gem.-Rath Wünsch, betreffend die Inangriffnahme der Arbeiten rücksichtlich der Wiener Verkehrsanlagen 2288
9. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die Verhinderung der Aufnahme von aus Galizien Zugereisten in das Rothschild-Spital in Währing 2288
10. Gem.-Rath Frauenberger, betreffend die schleunige Entfernung des Liniengrabens und -Walles 2288
11. Gem.-Rath Hawranek, betreffend das Nichteinhalten der Fahrordnung seitens der Wiener Tramway-Gesellschaft 2289
12. Gem.-Rath Steiner, betreffend den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung städtischer Gaswerke 2289
13. Gem.-Rath Purscht, betreffend die Instandhaltung des Staats-Gymnasialgebäudes in Hernals 2289
14. Gem.-Rath Dr. Linke, betreffend die Überfüllung der Tramwaywagen auf der Strecke Schwarzenbergplatz—Central-Friedhof . 2289
15. Derselbe, betreffend die Verwendung der auf dem Marktplatze in Simmering befindlichen Baracken 2290
16. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend seinen Antrag auf Durchführung einer Straße durch den Schmelzer Friedhof in Verlängerung der Hütteldorferstraße 2290
17. Gem.-Rath Schlögl, betreffend die Regulierung der Gehalte der Beamten der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke, beziehungsweise den Stand der Unterhandlungen wegen Übernahme dieser Anstalt durch die Staatsverwaltung 2290
18. Derselbe, betreffend die thierärztliche Beschau des auf dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof anlangenden Schlacht- und Nutzviehs 2291

Anträge:

19. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Pflasterung des vor dem Postgebäude am Nordwestbahnhofe ungepflasterten Straßentheiles 2291
20. Gem.-Rath Ferd. Mayer, betreffend die Ausdehnung des Verbotes von Massenansammlungen auf sämmtliche Gemeinden Niederösterreichs 2291
21. Gem.-Rath Geyer, betreffend die Durchführung der Exnergasse durch den Kinderpark auf der Gürtelstraße in Währing 2291
22. Gem.-Rath Seidler, betreffend die Errichtung eines Auslaufbrunnens in der Braunhubergasse im XI. Bezirke 2291

Referate:

23. Gem.-Rath Vaugoin, betreffend die Subventionierung des Reconvalescentenheims für arme Wöchnerinnen in Gersthof . . 2292
24. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Gewährung einer Unterstützung für die durch die Überschwemmung im Juni 1892 geschädigten Bewohner des XI. Bezirkes (Antrag Dr. Linke) . . 2292
25. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Unterstützungsvereines für aus den n.-ö. Landes-Irrenanstalten entlassene hilflose Personen 2294
26. Gem.-Rath Noske, betreffend die Gewährung einer Unterstützung für die Küchengärtner in der Freudenau, anlässlich der Hochwasserschäden im Juni 1892 2294
27. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Gestattung von Bauerleichterungen an den Wiener Cottageverein in Währing 2295
28. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Spitzackergasse im XVII. Bezirke 2295
29. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Kaiser-Ebersdorferstraße 2295
30. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Hauptstraße in Kaiser-Ebersdorf 2296
31. Gem.-Rath Dr. Grübl, betreffend den Entwurf einer Versteigerungsordnung für das städtische Lagerhaus 2296
32. Gem.-Rath Dr. Stenzl, betreffend die Subventionierung des St. Annen-Kinderspitales 2310
33. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungscassa in Wien 2311
34. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters am Stephansplatze zwischen der Stephanskirche und dem fürsterzbischöflichen Palais 2311

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 2311

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. September 1892 . . 2311

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 15. September 1892 . . 2314

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Borstenviehmarkt vom 20. September 1892 2318

Pferdemarkt vom 20. September 1892 2318

Stechviehmarkt vom 22. September 1892 2318

Städtisches Lagerhaus 2318

Kundmachungen . . . . . 2318—2322

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 76. Dienstag, den 27. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 16. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Meißl, Müller, Rückauf, Schlechter, Dr. Stenzl, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Matzenauer, v. Neumann und Schneiderhan.

Experte: Magistratsrath Wopalensky.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Rückauf referiert über das Ansuchen der alpinen Gesellschaft „Krummholz" in Wien um Bewilligung zur Wiederherrichtung und Versicherung eines Touristenweges zwischen dem Baumgartnerhause und dem Ochsenboden am Schneeberge und beantragt die Genehmigung unter den vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Modalitäten. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** theilt mit, dass St.-R. Baugoin schriftlich ersucht habe, sein Ausbleiben aus der heutigen Stadtraths-Sitzung entschuldigen zu wollen. (Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Müller referiert über das Ergebnis der neuerlichen Offertverhandlung puncto Vergebung der Steinmetzarbeiten für die Herstellung von Grüfte am Hietzinger und Baumgartner Friedhofe.

Referent beantragt, es seien die Steinmetzarbeiten für die Herstellung von Grüften am Hietzinger Friedhofe dem k. u. k. Hof-Steinmetzmeister Eduard Hauser zum Preise von 161 fl. für die einfache und von 243 fl. für die Doppelgruft, im Baumgartner Friedhofe jedoch den Steinmetzmeistern Sommer und Weniger zum Preise von 150 fl. für die einfache, 200 fl. für die Mittel- und 255 fl. für die Doppelgruft zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Ansuchen der Pädagogiums-Direction um Gestattung der freien Verwendung der bewilligten Lehrmitteldotation, sowie über die Art der Verrechnung des Pauschales für Kanzlei-Erfordernisse.

Referent beantragt, es sei dem Ansuchen der Pädagogiums-Direction um das Verfügungsrecht über die jährliche Lehrmitteldotation per 800 fl. stattzugeben, respective derselben in theilweiser Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 13. November 1885, Z. 6173, dieses Verfügungsrecht in der Weise, wie es den Directionen der Wiener Communal-Mittelschulen zusteht, ungeschmälert zuzuerkennen. Die Direction hat jedoch vor Anfang des Schuljahres jeweilig einen Vertheilungsvorschlag dieser Dotation auf die einzelnen Fachgruppen für das Solarjahr zur Genehmigung vorzulegen, damit so ein entsprechender Einfluss auf die Verwendung gewahrt bleibt. Die Ausfolgung des Betrages und die Rechnungslegung hat genau so wie an den städtischen Mittelschulen zu geschehen. Dem Pädagogiums-Director sei auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 30. September 1881, Z. 6248, und vom 13. November 1885, Z. 6173, auch fernerhin wie bisher ein am Schlusse des Schuljahres zu verrechnendes Pauschale von 200 fl. zur Anschaffung dringender Kanzlei-Erfordernisse und Consumtibilien gegen einfache Empfangsbestätigung aus der städtischen Hauptcassa auszubezahlen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Kanzlei-Accessistenswitwe Charlotte Schöber um gnadenweise Verleihung der Witwenpension und eines Erziehungsbeitrages.

Referent beantragt, der Genannten unter gnadenweiser Einrechnung der Probepraxis ihres verstorbenen Gatten gemäß §§ 11, 13 und 21 der Pensionsvorschrift die normalmäßige Witwenpension

von 240 fl. jährlich und gemäß § 17 derselben Vorschrift für ihr am 7. Februar 1892 geborenes Kind einen Erziehungsbeitrag von jährlich 50 fl., beides mit dem Bezugsrechte vom 1. September 1892 zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Abschließung, respective Erneuerung von Verträgen hinsichtlich der im XI. Bezirke, Simmering, zu verpachtenden städtischen Gründe.

Referent beantragt, es seien die diesfalls eingelangten Offerte nach den für die Verpachtung städtischer Gründe im allgemeinen giltigen Bedingungen, und zwar, um hinsichtlich der Endtermine der im XI. Bezirke bestehenden Pachtverträge eine Gleichförmigkeit und leichtere Überwachung des Ablaufes zu erzielen, unter Zugrundelegung einer Pachtdauer bis inclusive 31. October 1898 mit Ausnahme der von Schachermeier, Kremslehner und Konstantin eingebrachten Offerte hinsichtlich der im vorgelegten Verzeichnisse sub Post 13 bis 15 und 35 enthaltenen Gründe, welche an Marie Hochleithner gemäß ihrem Anbote (400 fl. Jahrespachtzins) zu vergeben sind, zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Regelung des Beerdigungswesens im erweiterten Wiener Gemeindegebiete und beantragt, dem Gemeinderathe neuerlich den folgenden Antrag zu unterbreiten:

Es sei die Beerdigungsgebür für sämmtliche der Gemeinde Wien gehörige Friedhöfe bei Bestattung auf einfachste Weise, das ist in einem gemeinsamen oder einfachen Grabe, mit 3 fl. für die Leiche eines Erwachsenen und 1 fl. 50 kr. für die Leiche eines Kindes unter zehn Jahren festzusetzen.

Hiefür sei ein Landesgesetz nach dem folgenden Entwurfe zu erwirken:

„Gesetz vom 1892,

betreffend die Einhebung von Beerdigungsgebüren auf den Friedhöfen der Gemeinde Wien.

Über Antrag des Landtages Meines Erzherzogthums Österreich unter der Enns finde Ich anzuordnen wie folgt:

§ 1.

Der Gemeinde Wien wird die Bewilligung ertheilt, in den ihr gehörigen Friedhöfen für die Beerdigung einer Leiche auf die einfachste Weise, das ist in einem gemeinsamen oder einfachen Grabe, eine Gebür einzuheben, und zwar: für die Leiche eines Erwachsenen mit 3 fl. und für die Leiche eines Kindes unter zehn Jahren mit 1 fl. 50 kr.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung inkraft.

§ 3.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist Mein Minister des Innern betraut.

Wien, am . . . . . 1892."

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Schlechter referiert über das Project für die Wasserversorgung der Colonie Kaisermühlen.

Referent beantragt:

Es sei unter Annahme der sämmtlichen von der Regierung für die Benützung der Kronprinz Rudolf-Brücke und der Kagraner Reichsstraße zur Rohrlegung gestellten Bedingungen (worunter auch jene wegen eventueller Herstellung des früheren Zustandes auf Kosten der Gemeinde Wien) die Herstellung der Wasserleitung in die genannte Colonie nach dem vorgelegten Projecte und Kostenanschlage des Stadtbauamtes, ferner die Einstellung des von der Buchhaltung erläuterten Kosten-Erfordernisses für diese Herstellung von rund 58.800 fl. in das Präliminare pro 1893 unter Genehmigung der Anträge des Bauamtes bezüglich der Vergebung der Handarbeiten per 19.457 fl. 8 kr. an einen General-Unternehmer im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung, dann bezüglich der Sicherstellung der Brückenleitung per 36.020 fl. im Behandlungswege mit der Firma der deutsch-österreichischen Mannesmann-Röhrenwerke bei Forderung einer fünfjährigen Haftzeit und endlich bezüglich der Entnahme der Röhren- und Maschinenbestandtheile per 12.280 fl. aus den städtischen Vorräthen und Einhüllen der Röhren im Regiewege zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Stadtbauamtsproject für den Umbau des Canales in der Eßterházygasse längs der Häuser Nr. 5, 3 und 1 und die Verlängerung dieses Canales in der Ufergasse, VI. Bezirk (Kosten 2927 fl. 40 kr., bedeckt) und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Umpflasterung der Dadlergasse im XIV. Bezirke und beantragt, die diesfälligen, mit 2316 fl. 70 kr. und 60 fl. Pauschale veranschlagten Pflastererarbeiten der Pflasterermeisterin Francisca Pistl mit dem offerierten Nachlasse von 18 Percent zu übertragen. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Neupflasterung eines Theiles der Siebenbrunnengasse im V. Bezirke (zwischen Spengergasse und Reinprechtsdorferstraße) und beantragt, die bezüglichen, mit 3772 fl. 33 kr. und 400 fl. Pauschale veranschlagten Pflastererarbeiten dem Pflasterermeister Alexander Stiegler mit dem angebotenen 15·5percentigen Nachlasse zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des J. Baruch und des A. Fischer um käufliche Überlassung von altem Eisen von der Dampfkesselanlage im neuen Rathhause und beantragt, die in den Kellern des neuen Rathhauses erliegenden, von der Dampfkesselanlage daselbst herrührenden alten Roste und Roststaffelplatten im beiläufigen Gewichte von 6000 kg dem Leopold Baruch, II., Miesbachgasse 1 zum Preise von 2 fl. 50 kr. per 100 kg zu verkaufen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über Mehrkosten für die Verbesserung der Beleuchtung in Baumgarten und Breitensee und beantragt, diese Beleuchtungs-Vermehrung nach dem Antrage des Stadtbauamtes unter gleichzeitiger Bewilligung der (bedeckten) Mehrkosten von 364 fl. 84 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 15. September 1892, Z. 5832, betreffend die Theilung der Knaben-Bürgerschule im XVIII. Bezirke, Cottagegasse Nr. 17 und beantragt, es sei aus den in der erwähnten Note angeführten Gründen die Zustimmung zur Errichtung einer allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben mit fünf Volksschul- und vier Bürgerschulclassen unter einem gemeinsamen Leiter im Schulgebäude XVIII., Währing, Klettenhofergasse Nr. 3 im Sinne des § 18, Alinea 2 des Reichs-Volksschul-Gesetzes zu geben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Allg. n.-ö. Volksbildungs-Vereines, Zweig „Wien und Umgebung", um Überlassung eines Saales des städtischen Museums im neuen Rathhause behufs Abhaltung von Vorträgen.

Referent beantragt, es sei diesem Vereine zu gedachtem Zwecke der steinerne Saal des städtischen Museums unter unentgeltlicher Beistellung der Beheizung, Beleuchtung und Reinigung an Wochenabenden der Wintersaison 1892/93 in der Zeit von ½7 bis 9 Uhr unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und demselben auch die Rückvergütung der Gebür von 9 fl. 15 kr. pro Abend für das Beheizungs-, Be-

leuchtungs- und Aufsichtspersonale nachzusehen, respective der Bürgermeister zu ersuchen, diesfalls eine zweckentsprechende Verfügung zu treffen.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag mit einer vom Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragten Modification dahin angenommen, dass für das erwähnte Aufsichtspersonale ein von der Gemeinde zu bestreitendes Pauschale von 5 fl. pro Abend festgesetzt wird.

— **Derselbe** referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 2. September 1892, Z. 5398, betreffend die Concursausschreibung zur Besetzung von katholischen Religionslehrerstellen in mehreren Bürgerschulen des III., XIV., XV.. XVI. und XVIII. Bezirkes und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Demski um Bewilligung zur Herstellung eines Klinkertrottoirs vor dem Hause VII., Burggasse 7, Ecke der Kirchberggasse, und beantragt die Genehmigung unter den vom Stadtbauamte aufgestellten Bedingungen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert neuerlich über die Note der k. k. Polizei-Direction vom 13. August 1892, Z. 70189 und 73341 L. W. und B. A., betreffend die Winter-Fahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft pro 1892/93 und erklärt, seine diesfalls in der Stadtraths-Sitzung vom 15. d. M. gestellten Anträge aufrecht zu erhalten.

Bei der Abstimmung werden diese Anträge sohin angenommen.

Hiemit erledigt sich auch der Antrag des St.-R. Meißl, betreffend die beabsichtigte Auflassung des Tramway-Verkehres auf der Linie „Nordwestbahn—Ungargasse—Fasangasse".

— **Derselbe** referiert über die von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft unterbreitete Winter-Fahrordnung pro 1892/93 und beantragt, dem betreffenden Entwurfe unter der Bedingung die Zustimmung zu ertheilen, dass diese Fahrordnung nur bis längstens Ende April 1893 in Geltung sei, und dass ferner auch in Zukunft der directe Wagenverkehr auf der Bahnstrecke „Operngasse—Johannagasse—Matzleinsdorferstraße (Meidling)" nur gegen Widerruf gestattet werde. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Zuschrift des Präsidiums des Abgeordnetenhauses um ein Gutachten über die Regierungsvorlage, betreffend die allgemeine Erwerbsteuer und den Erwerbsteuertarif.

Der Berathung hierüber wird als Experte Magistratsrath Wopalensky beigezogen und demselben während der Debatte wiederholt das Wort ertheilt.

Referent beantragt, es sei dem Gemeinderathe die Abgabe des unten folgenden, von dem Magistrate vorgelegten Gutachtens über die Regierungsvorlage, betreffend die allgemeine Erwerbsteuer, mit folgenden Modificationen zu empfehlen:

a) Zu Anfang des Entwurfes (Zeile 5—8) ist der Schaltsatz: „sie begrüßt diese bedeutsame Reform .... bis .... des Gesetzentwurfes erwachsen wird" wegzulassen.

b) Im Punkte 1 (Absatz 3, am Ende) des Entwurfes ist nach den Worten: „Verwaltungsorgane aufgelaufen sind" ein neuer Absatz, wie folgt, einzuschalten:

„Nach Munk entfielen 1885 an directen Reichssteuern in Wien per Kopf 50 fl. 92 kr., dagegen in Österreich ohne Wien nur 8 fl. 83 kr.

Was speciell die Erwerbsteuer betrifft, so bezahlten nach dem statistischen Jahrbuche der Stadt Wien im Jahre 1889 in Wien 54.459 Erwerbsteuercontribuenten an Erwerbsteuer 2,477.737 fl., so dass auf einen Contribuenten entfielen 45 fl. 86 kr. Nach dem den Motiven der Regierungsvorlage beigegebenen Ausweise, Seite 125, betrug die currente Jahresschuldigkeit an der Erwerbsteuer (allerdings mit Ausnahme der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und der Hausierer) im Jahre 1889 in ganz Österreich 10,273.571 fl., welche Summe sich auf 807.993 Steuerpflichtige vertheilte; es entfielen daher in Österreich auf einen Steuerpflichtigen 12 fl. 71 kr.

Was aber die Steuerrückstände betrifft, so beliefen sich die Rückstände an Erwerbsteuer sammt Zuschlägen im Jahre 1889 bei einem Steuereingange von 3,320.525 fl. auf 1,979.632 fl., ferner die Rückstände an Einkommensteuer sammt Zuschlägen bei einem Eingange von 10,085.806 fl. auf 2,749.011 fl."

c) Der vom Magistratsgremium abgelehnte Punkt 3 des Referentenentwurfes sei in das Gutachten wieder aufzunehmen.

Gutachten.

Die Gemeindevertretung der Stadt Wien erblickt in dem vorliegenden Gesetzentwurfe über die Reform der allgemeinen Erwerbsteuer und über den Erwerbsteuertarif einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der derzeitigen Gewerbesteuer-Gesetzgebung. Sie begrüßt vor allem mit Freude die Übertragung der Veranlagungsgeschäfte an Commissionen, welche zum überwiegenden Theile aus Steuerträgern zusammengesetzt sein sollen; sie begrüßt diese bedeutsame Reform ungeachtet des nicht geringen Aufwandes, welcher der Gemeinde in ihrem übertragenen Wirkungskreise durch den Vollzug der Bestimmungen des § 15 des Gesetzentwurfes erwachsen wird. Das Princip der Contingentierung und Repartition, die auch nach der definitiven Herabsetzung der als nachlassberechtigt erklärten Steuergattungen aufrecht erhaltene Stabilität der Erwerbsteuer-Hauptsumme, das im § 28 des Gesetzentwurfes ausgesprochene Princip der Parification, die Aufstellung eines Erwerbsteuertarifes müssen in ihrem Zusammenhange als geeignet anerkannt werden, eine möglichst gleichmäßige und gerechte Vertheilung der Steuerlast herbeizuführen. Auch manche Detailbestimmungen des Entwurfes sind theils für die Gemeinde, theils für die minder kräftigen Schichten der gewerbetreibenden Bevölkerung entschieden vortheilhaft.

Die von dem Gemeinderathe im Gegenstande des Gutachtens geltend zu machenden Bedenken und Wünsche beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Nach § 57 des Entwurfes hat in den Steuerjahren 1894 und 1895 jeder Veranlagungsbezirk als Jahrescontingent an vorzuschreibender Erwerbsteuer — vorbehaltlich der allen Bezirken gleichmäßig zugute kommenden Nachlässe — einen Betrag aufzubringen, welcher um 2·4 Percent höher ist als die laufende Jahresschuldigkeit, welche die der allgemeinen Erwerbsteuer unterworfenen Erwerbsgattungen mit Ausnahme der Hausier- und Wandergewerbe an bisheriger Erwerbsteuer und Einkommensteuer erster, beziehungsweise zweiter Classe sammt außerordentlichem Zuschlage im Veranlagungsbezirke zu entrichten hatten. Für die folgenden Veranlagungsperioden ist die jeweilige gesetzliche Erwerbsteuer-Hauptsumme auf die einzelnen Veranlagungsbezirke nach demjenigen Verhältnisse aufzutheilen, welches in der letztvorangegangenen Veranlagungsperiode zwischen den einzelnen Bezirkscontingenten bestanden hatte.

Diese Bestimmungen sind als gerecht und zu einer gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlast führend nur unter der Voraussetzung anzuerkennen, dass das bisherige örtliche Steuerausmaß ein gerechtes und der verhältnismäßigen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen der einzelnen Bezirke angemessenes ist; ergibt sich, dass hierin bisher eine ungerechtfertigte Ungleichmäßigkeit bestanden hat, und dass einzelne

Gebietstheile derzeit verhältnismäßig überlastet sind, so wird diese Ungleichmäßigkeit und Unbilligkeit für alle Zeiten aufrecht erhalten.

Nach dem Erwerbsteuer-Patente vom 31. December 1812 und den bezüglichen Nachtragsvorschriften wird die Erwerbsteuer in Wien nach Classenansätzen erhoben, welche die entsprechenden Steuersätze in den übrigen Landeshauptstädten um die Hälfte bis zu zwei Drittheilen des Ausmaßes der letzteren überragen. Dieses höhere Steuerausmaß mag vielleicht zu Anfang dieses Jahrhunderts, aus welcher Zeit die derzeitigen Erwerbsteuergesetze herrühren, gerechtfertigt gewesen sein, derzeit ist es dies aber nicht mehr; die Zeiten, in welchen in Wien eine bessere Erwerbsgelegenheit für den Gewerbetreibenden und eine größere Rentabilität der Gewerbe als in anderen Städten der Monarchie bestanden hat, sind längst vorüber. Die hohe Reichsvertretung sowie die Landesvertretung haben sich bemüssigt gesehen, besondere gesetzliche und finanzielle Verfügungen zu treffen, um der gewerblichen Stagnation in Wien abzuhelfen; die Wirkungen dieser Maßregeln haben sich noch nicht eingestellt und werden sich auch bis zu dem in Aussicht gestellten Termine der Wirksamkeit der neuen Steuergesetze nicht einstellen; und bis die Verhältnisse in Wien sich besser gestalten werden, ist anzunehmen, dass auch die übrigen Städte und Industrieregionen des Reiches einen Aufschwung erfahren werden, welcher sie in ihrer dereinstigen Leistungsfähigkeit mit Wien mindestens wieder gleichstellen wird. Wenn eingewendet werden sollte, dass das höhere Ausmaß der Erwerbsteuersätze Wiens durch die Einführung der Einkommensteuer auf Grund des Patentes vom 29. October 1849 seine Bedeutung verloren habe, so möge gestattet sein, auf die zahlreichen Fälle, in welchen die Einkommensteuer nur mit dem Drittel der Erwerbsteuer bemessen wird, sowie darauf hinzuweisen, dass die Erwerbsteuer-Vorschreibung nach den Gepflogenheiten der hiesigen Steuerbehörden nicht nur mit der Einkommensteuer-Bemessung gleichen Schritt gehalten hat, sondern häufig ihr vorausgeeilt ist, und dass auch bei der Einkommenabschätzung die höheren Erwerbsteuersätze Wiens zu der Annahme einer vergleichsweise höheren Ertragsfähigkeit der in Wien bestehenden industriellen Unternehmungen noch zu einer Zeit geführt haben und führen, wo diese Annahme nicht mehr zutrifft. Durch die Ausbreitung und Vervollkommnung der Verkehrsmittel sind eben den Industriellen und Kaufleuten der anderen Städte und Industriecentren alle die Bezugsquellen, Absatzwege, technischen und commerciellen Behelfe und Hilfsmittel verfügbar geworden, welche vielleicht in früherer Zeit nur der Hauptstadt zugebote gestanden sein mochten, ganz abgesehen von anderen politischen und fiscalischen Einflüssen, die das Emporblühen und den Wohlstand der Stadt Wien im Vergleiche zu anderen Orten ungünstig beeinflusst haben. Die Mehrbelastung der Wiener Bevölkerung in Bezug auf die Erwerbsteuer geht nicht nur aus dem unverhältnismäßig hohen Betrage an directen Steuern, der auf jeden Kopf der hiesigen Bevölkerung entfällt, sondern auch aus dem hohen Betrage der Rückstände gerade an der Erwerb- und Einkommensteuer hervor, welche ungeachtet des hier bestehenden energischen Executionsverfahrens und ungeachtet der Bemühungen der hierortigen Verwaltungsorgane aufgelaufen sind. Der Gemeinderath glaubt nur seine Pflicht zu erfüllen, indem er den fortwährenden Klagen der hiesigen Bevölkerung über den Steuerdruck aus dem vorliegenden Anlasse zu dem Zwecke Ausdruck gibt, damit die bisherige Überbürdung nicht in dem Rahmen der neuen Steuergesetze zu einer für alle Zeiten feststehenden und unabänderlichen Institution werde, und er glaubt nur eine den Gesetzen der Billigkeit und dem allgemeinen Staatsinteresse entsprechende Anregung zu geben, wenn er den Wunsch ausspricht, dass bei der Berechnung des ersten Erwerbsteuer-Contingents für den Veranlagungsbezirk der Stadt Wien ein der bisherigen verhältnismäßigen Mehrbelastung dieser Stadt angemessener Abschlag an der laufenden Jahresschuldigkeit im Wege der Gesetzgebung eingeräumt werden möge.

2. Es unterliegt keinem Zweifel, dass im Laufe der Zeit sich wiederholt die Nothwendigkeit ergeben wird, die Contingente einzelner Bezirke durch Ermäßigung in einer den veränderten Erwerbsverhältnissen jeweilig entsprechenden Weise neu zu regeln. Die Übertragung einer geradezu unbeschränkten Machtvollkommenheit in dieser Beziehung an die Contingent-Commission, wie sie in den §§ 62 und 63 des Entwurfes vorgeschlagen wird, birgt eine Gefahr für das andauernde Fortbestehen der gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlast in sich und bürdet andererseits dieser Commission eine große Verantwortung auf. Der Gemeinderath ist der Ansicht, dass (abgesehen von der nur transitorischen Bestimmung des Alinea 1 des § 62) die Befugnis der Contingent-Commission zur Ermäßigung einzelner Bezirkscontingente auf jene Fälle eingeschränkt werden möge, in welchen durch das Eingehen oder den Stillstand oder die Betriebseinschränkung einer oder mehrerer, der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegender Unternehmungen oder durch den Übergang solcher Unternehmungen an zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Associationen ein erheblicher Ausfall an der allgemeinen Erwerbsteuer im Bezirke eingetreten ist, ohne dass der Ausfall durch das Entstehen neuer oder durch die Betriebsausdehnung bestehender, der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegender Unternehmungen ganz oder nahezu ausgeglichen wurde, wenn gleichzeitig eine erhebliche Verminderung der Arbeitskräfte nach der im § 37 vorgeschriebenen Veranschlagung bei den in alle sechs Abtheilungen des Erwerbsteuertarifes fallenden Gewerben des Bezirkes sich ergibt. Die jeweilig bewilligten Ermäßigungen einzelner Bezirkscontingente sollen nur insolange gelten, bis entweder die Summe der nach § 28 zugewiesenen Steuersätze oder die Anzahl der wie oben zu veranschlagenden Arbeitskräfte nahezu die frühere Höhe erreicht hat. Erhöhungen hätten nur dann zu erfolgen, wenn die den vorangeführten entgegengesetzten Verhältnisse eingetreten sind. Die verfügten Ermäßigungen und Erhöhungen wären mit ihrer sachlichen und ziffermäßigen Begründung von Fall zu Fall öffentlich kundzumachen.

Die in dem Alinea 2 des § 62 der Contingent-Commission schon für die erste Veranlagungsperiode zugedachte Ermäßigung dürfte auf die oben erwähnten Fälle zu beschränken sein.

3. Anknüpfend an die bereits im Eingange dieses Gutachtens ausgesprochene Zustimmung zu der Aufstellung eines Erwerbsteuertarifes in Verbindung mit dem System der Repartitionssteuer glaubt der Gemeinderath auch die Wahl eines elastischen Tarifes, wie er in der Vorlage benannt und begründet wird, billigen zu sollen. Der Gemeinderath hält es nicht für seine Aufgabe zu untersuchen, ob nicht die unleugbare Complicierheit des Tarifes der allgemeinen Verständlichkeit und der richtigen Anwendung desselben abträglich sein werde. Die Bedenken, welche der Gemeinderath hinsichtlich des Inhaltes des Tarifes auszusprechen sich gedrungen fühlt, beziehen sich auch nicht auf die allgemeinen Grundsätze und auf die Anlage des Tarifes, sondern auf Einzelheiten, welche in seiner Aufgabe, einen Stützpunkt für die Repartition abzugeben, zu entfremden scheinen. Es wird als zweckmäßig anerkannt, dass der Tarif gewisse Merkmale kennzeichnet, welche für die Ertragsfähigkeit und Steuerkraft charakteristisch sind, dass der Tarif sich nicht auf die Aufstellung absoluter Durchschnittssätze beschränkt, sondern einen Spielraum zwischen höheren und niedrigeren Steuersätzen offen lässt; es kann auch gebilligt werden, dass das Gesetz (§ 44 des Entwurfes) der Bemessungs-Commission die Befugnis einräumt, ausnahmsweise, wenn sie dies zur Vornahme einer der thatsächlichen

Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteuerung nöthig erachtet, den Steuersatz unter den tarifmäßig zulässigen Mindestbetrag zu ermäßigen oder über den tarifmäßig zulässigen Höchstbetrag zu erhöhen. Bedenklich erscheint es jedoch, dass in der Rubrik: „Unterabtheilungen oder besondere Maßstäbe" der Abtheilungen II bis V des Tarifes mehrfach Momente für die Einreihung in eine Unterabtheilung angeführt werden, welche als wirkliche Kriterien der Ertragsfähigkeit aus dem Grunde nicht angesehen werden können, weil ihnen nicht feststehende, allgemein anerkannte Begriffe zugrunde liegen, welche vielmehr nur nach subjectiver Auffassung, somit höchst verschieden beurtheilt werden können. Dazu gehört die Tarifierung nach den Unterscheidungsmerkmalen: „bei einfacher oder besser ausgestatteter Verkaufsstätte, bei geringem oder reichlichem Warenvorrathe, bei dem Verkauf geringwertiger oder wertvollerer Producte" u. s. w., ebenso viele bei den Gast- und Schankgewerben (Abtheilung IV) vorgesehene, ungenaue und nicht ganz sachgemäße Tarifbestimmungen, und die unter den „Anmerkungen" häufig vorkommende Formel: „Wenn ein reichhaltiges Warenlager gehalten wird, oder bei sehr günstiger Lage der Betriebsstätte, oder bei beschränkter Concurrenz, oder wenn der Besitz fester Kundschaft den Erwerb vortheilhaft beeinflusst; oder wenn hauptsächlich feine und wertvolle Producte feilgehalten werden u. s. w., kann der Steuersatz über den nach den Höchstsätzen entfallenden Betrag erhöht werden."

Es dürfte zweckmäßiger erscheinen, den Erwerbsteuer-Commissionen bei Ausübung des ihnen nach § 44 des Entwurfes zustehenden Rechtes die freie Würdigung aller maßgebenden Momente zu überlassen, da sie durch solche lückenhafte und unbestimmte Hinweise leicht in falsche Bahnen gedrängt werden könnten. Der Gemeinderath glaubt diese Bedenken nicht nur im Interesse einer gerechten Repartition, sondern auch von dem Wunsche beseelt aussprechen zu sollen, die Institution der Einschätzung durch Commissionen, welche zum überwiegenden Theile aus Steuerträgern zusammengesetzt sind, lebensfähig und von dem Vertrauen der Mitbürger getragen zu erhalten und sie davor zu bewahren, dass Mängel, welche dem Gesetze anhaften und jedem Gewerbesteuergesetze anhaften müssen, ihrer Thätigkeit zugeschrieben werden; er sieht sich zur Vorbringung dieser Bedenken insbesondere auch im Hinblick auf die hiesigen großstädtischen Verhältnisse veranlasst, welche es unmöglich machen, dass die Mitglieder der Commissionen die Verhältnisse aller oder auch nur der Mehrzahl ihrer Mitcontribuenten aus eigener Anschauung, geschweige in ihrem inneren Wesen beurtheilen könnten. Es wird daher der Wunsch ausgesprochen, dass aus den Bestimmungen und Ansätzen des Erwerbsteuertarifes alle jene Momente hinweggelassen werden, welche sich nicht auf allgemein feststehende und wirklich maßgebende Kriterien beziehen. Es muss den für die gewerblichen Angelegenheiten zunächst berufenen Körperschaften, den Handelskammern und den durch sie einzuvernehmenden gewerblichen Genossenschaften überlassen bleiben, concrete Postulate in dieser Beziehung vorzubringen, wie auch die relative Angemessenheit der für die verschiedenen Gewerbe und Beschäftigungen in Aussicht genommenen Tarifsätze detailliert zu begutachten.

4. Es wurde bereits oben unter 1. ausgeführt, dass die Feststellung höherer Steuersätze für Wien als für andere größere Städte derzeit nicht begründet ist und wohl auch in Zukunft eine Begründung nicht mehr finden wird, da eine größere Ertragsfähigkeit der hiesigen gewerblichen Unternehmungen im Vergleich zu jener anderer Industrieorte nicht erkennbar ist. In den Abtheilungen II und V des vorliegenden Entwurfes des Erwerbsteuertarifes, sowie in der Abtheilung VI *bezüglich des Mindestbetrages ist* eine eigene Ortsclasse „Wien" mit durchwegs höheren Ansätzen als jenen für die übrigen Orte aufgenommen.

Wenn nun auch die absolute Höhe der Tarifsätze bei dem Charakter der allgemeinen Erwerbsteuer als einer Repartitionssteuer für die gerechte Vertheilung der Steuerlast ohne Belang erscheint, so darf doch nicht übersehen werden, dass in der I. Abtheilung des Tarifes, welche die größten und ertragfähigsten Unternehmungen, nämlich die Fabriken und mit Maschinen arbeitenden Etablissements umfasst, eine Tarifierung nach Ortsclassen überhaupt nicht vorkommt; es wird dadurch eine verhältnismäßig höhere Belastung der minder kräftigen Steuerträger zu Gunsten der Leistungsfähigeren innerhalb des Veranlagungsbezirkes herbeigeführt. Der Gemeinderath spricht daher den Wunsch aus, dass die Ortsclasse „Wien" aus den Ansätzen der Abtheilungen II bis VI entfernt werde, und dass für Wien keine höheren Steuersätze als für die dritte Ortsclasse (Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern) aufgenommen werden mögen.

5. Unter Tarifpost 84 erscheint der Betrieb von Lagerhäusern und Schlachthäusern, unter Tarifpost 88 jener von Messanstalten und Waganstalten als erwerbsteuerpflichtige Unternehmung aufgeführt.

Die Gemeinde Wien unterhält Anstalten der obenerwähnten Art; sie ist jedoch an deren Errichtung nicht im Hinblick auf den dadurch zu erzielenden Ertrag, sondern aus öffentlichen, der Allgemeinheit und dem Staatswohle zugute kommenden Rücksichten, im Interesse der Approvisionierung, der Hebung des Handelsverkehres und der Gesundheitspflege geschritten. Wenn nun auch einzelne dieser Anstalten einen an und für sich allerdings in Betracht kommenden Ertrag abwerfen, und daher nicht unter die Bestimmung des § 4 des Gesetzentwurfes fallen, so möge erwogen werden, dass diese Anstalten nur einen Theil des gesammten communalen Verwaltungsapparates bilden und dass deren Ertrag durch damit in einem näheren oder entfernteren Zusammenhange stehende Auslagen, wie für allgemeine Verwaltung, Marktdienst, Sanitätspflege, Communicationen u. s. w. aufgewogen wird. — Andere Gemeinden der Monarchie dürften sich im Besitze gleicher Anstalten und in ähnlicher Lage befinden.

Der Gemeinderath ist der Ansicht, dass es billig erscheine, dass Anstalten der vorangeführten Art, wenn sie von Gemeinden in eigener Regie betrieben werden, von der Erwerbsteuerpflicht ausgenommen werden.

St.-R. Dr. Grübl beantragt, es sei der Punkt 3 des Magistratsentwurfes nicht in das Gutachten aufzunehmen und sei ein Gutachten über die Erwerb- und Einkommensteuer abzugeben.

Die weitere Berathung und Beschlussfassung über den Gegenstand wird vertagt.

Zum Worte sind noch vorgemerkt die St.-R. Schlechter und R. v. Goldschmidt.

Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 20. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Schneiderhan.
Entschuldigt: St.-R. Dr. Lederer.
Experte: Magistrats-Director Kreun,
Baudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe der Versammlung nachfolgende Mittheilungen:

Die St.-R. Meißl und Dr. Lederer entschuldigen ihr Ausbleiben von der Sitzung; ersterer wegen Theilnahme an einer Commission, letzterer wegen der gleichzeitig stattfindenden Landtags-Sitzung. (Zur Kenntnis.)

Die Belastung des Reservefonds mit 17. September 1892 stellt sich wie folgt:

Reservefond	600.000 fl. — kr.
Effective Belastung	294.603 fl. 50 kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	490.319 fl. 65 kr.
zusammen .	784.923 fl. 15 kr.
daher um .	184.923 fl. 15 kr.
und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 fl. — kr.
eigentlich um	194.423 fl. 15 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 143.555 fl. 19½ kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über den Antrag des Stadtbau-Directors, betreffend die Zulassung der beeideten Bauamtspraktikanten zum Theater-Inspectionsdienste und die Bewilligung des Uniformierungsbeitrages für neue Praktikanten und beantragt, den Uniformierungsbeitrag per zusammen 900 fl. für die neun vom Stadtbau-Director namhaft gemachten Praktikanten zu genehmigen und unter einem einen Zuschusscredit in der Höhe dieses Erfordernisses ad Ausgabs-Rubrik III 3 „Bezüge der Bauamtsbeamten" zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs der Theresia Seilinger gegen einen mit der Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirkes vom 20. August 1892, Z. 9274, derselben ertheilten Auftrag zur Vornahme baulicher Herstellungen und Räumung einer Wohnung, XV. Bezirk, Turnergasse 13, und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Alois Schönbichler gegen die ihm mit Entscheidung des Bezirksamtes für den XIII. Bezirk vom 30. August 1892, Z. 21557, ertheilten Aufträge puncto Abstellung sanitärer Übelstände in dem Hause Or.-Nr. 6, Poststraße in Penzing und beantragt die Abweisung ds Recurses. (Angenommen.)

St.-R. Noske beantragt, an den Bürgermeister das Ersuchen zu richten, dass die Befolgung der von den magistratischen Bezirksämtern gelegentlich der sanitären Revisionen erlassenen Aufträge, sowie die in sanitärer Hinsicht vom Magistrate und von der Sanitäts-Commission erlassenen Anordnungen strenge überwacht und eventuell gegen die Säumigen mit aller Strenge vorgegangen werde.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dass dem Stadtrathe ein Bericht erstattet werde, ob und in welcher Weise Revisionen hinsichtlich der Befolgung der im Antrage Noske bezeichneten Aufträge vorgenommen werden und ob und welche Strafamtshandlungen bisher durchgeführt wurden.

Diese beiden Anträge werden angenommen.

Über die Anträge Noske und Dr. v. Billing wurden Magistrats-Director Kreun und Stadtbau-Director Berger als Experten vernommen.

— **Derselbe** referiert über sechs Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Pienicka Rosalia, geb. Ruzicka, Bedienerin;
Grinn recte Grim Karl, n. ö. Landesamtsdiener;
Cyner Josef, Tischlermeister und Hausbesitzer;
Zrunek Anton, Kaffeehausbediensteter;
Kleiner Albert, Gemischtwaren-Verschleißer, und
Chadera Johann, Schneidergehilfe (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert in Betreff der Besteuerung der Wiener Zweigniederlassung der Firma A. Bolpini & Söhne und beantragt Folgendes: Nach Ansicht des Referenten ist der Sitz der Firma in Wien, weil hier die Firma-Inhaber wohnen und hier der Verkauf der Waren, die Abwicklung des commerciellen Theiles stattfindet. Die handelsgerichtliche Protokollierung stimmt nicht mit den thatsächlichen, amtlich erhobenen Verhältnissen. Es wäre daher in Übereinstimmung mit der Entscheidung der I. Instanz der Recurs an das Ministerium zu ergreifen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei gleichzeitig an das Handelsgericht in Wien und an das Handelsgericht in Troppau unter Bekanntgabe der von den Organen der Gemeinde Wien amtlich erhobenen Daten die Anzeige zu erstatten, dass der Sitz der Firma sich thatsächlich nicht in Niklasdorf, sondern in Wien befinde, damit die Richtigstellung der Firma-Protokollierung vorgenommen werde.

Der Referenten-Antrag sowie der Antrag Dr. Vogler wird angenommen.

St.-R. Dr. Vogler referiert über den Bericht des Stadtbauamtes, betreffend Wegführung von Pflastersteinen vor dem Hause Nr. 52 Josefstädterstraße durch den Baumeister Lang und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, falls diese Steine nicht bis 21. September l. J. zurückgestellt werden sollten, gegen den Baumeister Lang und dessen Gattin die Besitzstörungsklage einzubringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Direction der k. k. Staats-Realschule im I. Bezirke um Rückvergütung der Diensttaxen für den Director und die Professoren dieser Anstalt und beantragt, es seien dem Director Wallentin und den Professoren Colin, Dr. Nader, Längle, Jul. Hoffmann, Dörfler, Kail, Linsbauer und Dr. Wimmer die vorgeschriebenen Diensttaxen im Gesammtbetrage von 3576 fl. 64 kr. in 12 gleichen, nach Verhältnis ihrer diesbezüglichen Abzüge zu berechnenden Monatsraten im vorhinein aus Communalmitteln rückzuerstatten. Zur Ausbezahlung der für die Zeit vom 1. September bis 31. December l. J. entfallenden Quote per 1192 fl. 21. kr. sei ein Zuschusscredit zur Rubrik XLII 11 in dieser Höhe zu bewilligen, während für die Deckung des Restbetrages per 2384 fl. 43 kr. im Budget pro 1893 vorzusorgen sein wird. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Wurm referiert über die Baulinienbestimmung für die Hütteldorfer Hauptstraße im XIII. Bezirke und beantragt, die Baulinien für die Hütteldorfer Hauptstraße mit einer Straßenbreite von 22·75 m, beziehungsweise 20 m nach den im Plane roth eingezeichneten Linien A B C D E F G H' I K L M N O P Q R einerseits und a b c d e f S T g h i k l m n anderseits zu bestimmen und in der Strecke von der Friedhofstraße bis zur Berggasse (A B C D und a b c) 5 m breite Vorgärten innerhalb der Baulinie anzuordnen.

Das Niveau für diese Straße sei nach Maßnahme des im vorgelegten Plane ersichtlichen Längenprofiles zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Bertha und des Friedrich Schütz um käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle 1469/1 im IX. Bezirke in der Fuchsthallergasse und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, mit den Offerenten behufs Erzielung eines höheren Anbotes zu verhandeln.

St.-R. Müller beantragt, es sei der Plan durch Einzeichnung des Währingerbaches zu ergänzen.

Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Kreindl referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erlgasse, XII. Bezirk, zwischen der Laudon- und Radetzkygasse, mit dem Kostenerforderniße von 1968 fl. 11 kr. und 300 fl. Pauschale und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Maurermeisters Anton Sikora mit dem offerierten Nachlasse von 19·7 Percent von den Kostenanschlagspreisen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über die Kündigung des bezüglich eines Theiles des Meidlinger Friedhofes bestehenden Pachtvertrages und beantragt, es sei die von Jos. Rucker in Bestand genommene Area des Meidlinger Friedhofes per circa 10.500 m² für Friedhofszwecke zu reservieren, somit nicht weiter zu verpachten und sohin dem Josef Rucker der Pachtvertrag bezüglich dieses Grundes mit 15. October 1892 und mit der Wirkung, dass derselbe am 31. October 1892 erlischt, zu kündigen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Sicherstellung der Bespannung der Straßenwalzen in den neuen Bezirken mit Ausschluss des XVI. Bezirkes und beantragt die Genehmigung folgender Offerte:

1. Für den Bezirkstheil Inzersdorf das Offert des Karl Weber, Großfuhrmannes, X., Quellengasse 271, welcher für die Bespannung der Straßenwalzen ꝛc. ꝛc. 12 fl. 25 kr. für den ganzen und 7 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen 7 fl. 50 kr. für den ganzen und 4 fl. für den halben Tag fordert.

2. Für den XI. Bezirk das Offert des Heinrich Ferstl, Großfuhrmannes, Simmering, Hauptstraße Nr. 342, zu den Preisen: Für die Straßenwalze von 14 fl. für den ganzen und 8 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen von 8 fl. für den ganzen und 5 fl. für den halben Tag.

3. Für den XII. Bezirk das Offert des Karl Isnenghi, Fuhrwerksbesitzers, XII., Bahngasse Nr. 6, zu den Preisen: Für die Straßenwalzen von 14 fl. für den ganzen und 8 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen von 8 fl. für den ganzen und 4 fl. für den halben Tag.

4. Für den XIII. Bezirk das Offert von Karl Fuhrmann's Nachfolger, N. & R. Sager, Fuhrwerksbesitzer, XIII., Hietzinger Platz Nr. 4, zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 13 fl. 50 kr. für den ganzen und 7 fl. 25 kr. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 8 fl. 50 kr. für den ganzen und 4 fl. 50 kr. für den halben Tag.

5. Für den XIV. Bezirk das Offert des Franz Fuschik, Fuhrwerksbesitzers, XIV., Ilekgasse Nr. 3, zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 14 fl. für den ganzen und 8 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 8 fl. für den ganzen und 4 fl. für den halben Tag.

6. Für den XV. Bezirk das Offert des Ludwig Fuhrmann, Fuhrwerksbesitzers, XIII., Penzing, Hauptstraße Nr. 82, zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 13 fl. 80 kr. für den ganzen und 8 fl. 80 kr. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 9 fl. 80 kr. für den ganzen und 6 fl. für den halben Tag.

7. Für das Gebiet der bestandenen Gemeinde Neulerchenfeld das Offert des Johann Rousseau, Großfuhrmannes, XVII., Stiftgasse Nr. 45, zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 13 fl. 70 kr. für den ganzen und 7 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 7 fl. 40 kr. für den ganzen und 3 fl. 90 kr. für den halben Tag.

8. Für den XVII. Bezirk das Offert des Johann Rousseau zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 13 fl. für den ganzen und 6 fl. 50 kr. für den halben Tag und für die Auffspritzwägen mit 7 fl. für den ganzen und 3 fl. 50 kr. für den halben Tag.

9. Für den XVIII. Bezirk das Offert des Johann Rousseau zu den Preisen: Für die Straßenwalzen mit 13 fl. 70 kr. für den ganzen und 7 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 7 fl. 40 kr. für den ganzen und 3 fl. 90 kr. für den halben Tag.

10. Für den XIX. Bezirk das Offert des Mathias Starzinger, Großfuhrmannes, XVIII., Michaelerstraße Nr. 22, zu den Preisen: Für Straßenwalzen mit 14 fl. für den ganzen und 7 fl. für den halben Tag und für Auffspritzwägen mit 7 fl. 50 kr. für den ganzen und mit 4 fl. für den halben Tag. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Projecte für die Umpflasterung der Neugasse im XIV. Bezirke von der Prinz Karlgasse bis zum Marktplatze und für die Umpflasterung der Prinz Karlgasse von der Neugasse bis zur Dreihausgasse und beantragt die Genehmigung der diesbezüglichen Projecte mit den bedeckten Kostenbeträgen von 12.052 fl. 59 kr., respective 3421 fl. 27 kr. und die gleichzeitige Vergebung der Pflastererarbeit für beide Objecte und Vergebung an einen Unternehmer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das bauämtliche Project für die Pflasterung der Thal-, Clementinen- und Blüthengasse im XV. Bezirke mit den bedeckten veranschlagten Kosten per 8827 fl. 58 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Schule XIV., Dadlergasse Nr. 9, und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate vorgeschlagenen Beleuchtungsverbesserung mit den unbedeckten Kosten von 110 fl. 43 kr. und die Bewilligung eines Zuschusscredites in dieser Höhe zur Ausgabs-Rubrik XLIII 4.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über den Verkauf von alten, meist schadhaften Fahrnissen der bestandenen Gemeinden im XIII. Bezirke und beantragt die Veräußerung derselben um die vom magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk namhaft gemachten Beträge.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Kaufleute des bestandenen politischen Bezirkes Sechshaus und des Gerichtsbezirkes Hietzing um Überlassung von Schullocalitäten zur Unterbringung der genossenschaftlichen Handelsschule und beantragt, die vom Ortsschulrathe des XV. Bezirkes bezeichneten fünf Schullocalitäten

der genannten Genossenschaft zu dem obigen Zwecke vom Beginne des Schuljahres 1892/93 angefangen an jedem Sonntage und Mittwoche nachmittags von 3 bis 6 Uhr gegen genaue Einhaltung der diesfalls bestehenden Normen unentgeltlich zu überlassen und die Beleuchtung und Beheizung dieser Localitäten auf Kosten der Gemeinde beizustellen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Gastwirtes Karl Siegmeth, XV., Bahnhofstraße 5, gegen die mit Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den XV. Bezirk vom 23. März 1892, Z. 5121, in Angelegenheit der Tischausstellung vor diesem Hause getroffene Verfügung und beantragt die Abweisung dieses Recurses. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Anerbieten des Karl Habenicht auf kostenfreie Anbringung von Sgraffitoplatten an dem Schulhause in der Freudenau und beantragt die Annahme dieses Anbotes. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das neuerliche Offert des Baurathes Otto Wagner auf käufliche Überlassung einiger communaler Gründe an der Dornbacherstraße in Hütteldorf und beantragt die Abweisung dieses Offertes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenbau-Vereines St. Laurentius um Reservierung eines Platzes behufs Erbauung einer Kirche in Breitensee und beantragt, es sei von der der Gemeinde Wien gehörigen Realität Einl.-Z. 65 und 66 im XIII. Bezirke, Breitensee, die in der vorgelegten Planskizze bezeichnete Grundfläche von 3265 m² zum Zwecke des Kirchen- und Pfarrhofbaues, jedoch nur auf die Dauer von zehn Jahren, zu reservieren, und zwar in der Weise, dass der für obige Bauten erforderliche Grund im Falle der Erbauung dieser Kirche unentgeltlich überlassen wird, dass jedoch die Gemeinde hiedurch bis dahin in keinerlei Weise in der Verwendung, eventuell Verpachtung des Grundes behindert werde und dass derselben aus dieser Grundüberlassung keinerlei Kosten (Übertragungsgebüren, Niveauregulierungskosten 2c.) erwachsen dürfen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt stellt den Antrag, dass die Gemeinde weiters bedinge, dass ihr seinerzeit das Project für den Kirchenbau zur Genehmigung vorgelegt werde. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Vaugoin referiert über die von Christian Schüller angebotene Graberhaltungswidmung hinsichtlich des Einzelngrabes Gruppe 42 B, Reihe 2, Nr. 8 am Central-Friedhofe und beantragt die Genehmigung dieser Graberhaltungswidmung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Kanzlei-Officialswaise Karoline Scholz um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der bisherigen Gnadengabe von 60 fl. jährlich auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über ein Verzeichnis der nach 12 Parteien im XVI. Bezirke aushaftenden Beerdigungskosten und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über ein Verzeichnis der nach 237 Parteien des X. Bezirkes aushaftenden Beerdigungsgebüren und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Anbot des Adolf Mogyoróssy auf käufliche Übernahme eines Theiles der städtischen Parcelle 480, Einl.-Z. 193 Bleichergasse, IX. Bezirk, und beantragt, es sei das Offert abzulehnen und dem Magistrate ohne Beschränkung des Kaufpreises die Führung einer weiteren Verhandlung zu überlassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Weinbauvereines in Unter- und Ober-Sievering um Subvention und beantragt die Gesuchsabweisung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Angelegenheit der Marie Dittmann'schen Gruftausschmückungs- und Übertragungswidmung bezüglich der Dittmann'schen Gruft am Simmeringer Friedhofe und beantragt im Sinne des vom Magistrate gestellten Antrages, diese Widmung nicht anzunehmen und das Widmungscapital dem k. k. Wiener Landesgerichte zurückzustellen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über das Ansuchen des Vormundes der minderjährigen Marie Leiner, des Ober-Inspectors der Staatseisenbahn-Gesellschaft August Rößler, um Verpflegung seines Mündels im VII. städtischen Waisenhause und beantragt, es sei die minderjährige Marie Leiner gegen dem im VII. städtischen Waisenhause zu belassen, dass die Interessen des Vermögens der minderjährigen Marie Leiner zur Zahlung der auflaufenden Kosten verwendet werden. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verpflegskostenforderung der Gemeinde Wien per 897 fl. 73 kr. nach der Pfründnerin Marie Homa und beantragt, es sei der von Dr. Alex. Jörg als Curator der Marie Homa'schen Verlassenschaft angebotene Vergleich, wonach der Gemeinde Wien ein Verpflegskostenrückersatz per 500 fl. geleistet werde, wogegen der Rest des Nachlasses per 310 fl. 83 kr. der eine Forderung von 778 fl. für Wohnung und Pflege der Homa erhebenden Anna Matausek erfolgt werden soll, anzunehmen und den Pfründenrückersatz auf 500 fl. zu reducieren. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von dem Bezirksausschusse des II. Bezirkes gegebene Anregung wegen Errichtung einer Staatsgewerbeschule im II. Bezirke, eventuell um Verlegung der maschinentechnischen Abtheilung der k. k. Staatsgewerbeschule im I. Bezirke in die Leopoldstadt und beantragt die Überreichung einer Petition der Gemeinde um Realisierung dieser Anregung, und zwar auf Staatskosten. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Bürgerrechtsverleihung und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an den Fragner Josef Mayer und an den Gummiwaren-Verschleißer Johann Hübl. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des I. Margarethener humanitären Nikolobrüder-Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder um Subvention und beantragt die Gewährung einer Subvention von 50 fl. pro 1892. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über 29 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Preus Wilhelm, Bäckergehilfe und Hausbesorger;
Kunzl Josef, Schneidergehilfe;
Ferner Anna, Näherin;
Tuma Vincenz, Zuckerbäckergehilfe;
Asenbauer Josef, Hausbesorger und Maurer;
Wunsch Maria, Badedienerin;
Mayer Johann, Gemischtwarenhändler;
Ebner Franz, Kutscher;

Führer Rosina, Bedienerin;
Neugebauer Karl, Nadlergehilfe;
Lamm Johanna, Private;
Michl Adalbert, k. k. Militär-Rechnungs-Official;
Mulley Johann, Bauschreiber und Hausbesorger;
Ruard Ludwig, Bahnbeamter;
Welitzky Anna, Wirtschafterin;
Preibisch Anton, Bahnoberbau-Arbeiter;
Soukup Josef, Kutscher;
Staral Kaspar, Hilfsarbeiter in der Wiener Molkerei;
Puchalski Wenzel, Sattlergehilfe;
Birnbaum Josef, Fabriksarbeiter;
Rosenzweig Josef Hersch, Schirmmachergehilfe;
Čermak Josef, Opern-Ansager;
Grübler Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Städtler Eduard, Geschäftsgänger, und
Staf Eduard, Schuhmachermeister;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Zitron Jakob, Schneidermeister;
Herrnfeld Adolf, Handelsagent;
Lustig Moriz (auch Max), Handlungsreisender, und
Schwarz Samuel, Bettfedern-Verschleißer;
Diese Anträge werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Entscheidung der Baudeputation vom 25. August 1892, Z. 18, womit dem Recurse der Rosa Wirth und Louise Seyrl gegen die Baulinienbestimmung Grundb.-Einl. 1698 im III. Bezirke, Ungargasse 54, respective Linke Bahngasse, keine Folge gegeben wird und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von der mährisch-schlesischen Finanz-Procuratur in Angelegenheit der Bestreitung der Gebüren für die Alois Drasche'sche Erbschaft seitens der Gemeinde Wien gestellte Anfrage und beantragt:

1. Es sei seitens der Gemeinde Wien weder ein Verzicht auf die ihr aus den letztwilligen Anordnungen des Alois Drasche vom 24. Februar 1873 und 9. November 1891 erwachsenen Rechte auszusprechen, noch auch dem k. k. Landesgerichte Brünn als Abhandlungs-Behörde eine schriftliche Erklärung des Inhaltes zu überreichen, dass die Gemeinde Wien sich zu dem Nachlasse des Alois Drasche nicht erbserkläre, sondern dass die Gemeinde Wien lediglich die bis 16. November d. J. nachgesuchte Bedenkzeit zur Abgabe der bedingten Erbserklärung ablaufen lasse, ohne eine solche innerhalb dieser Frist im eigenen Namen abzugeben.

2. Von diesem Beschlusse ist die mährisch-schlesische Finanz-Procuratur sowie der Gemeinderath der Landeshauptstadt Brünn zu verständigen und wird erstere ersucht, nunmehr die bedingte Erbserklärung namens der Stiftung abzugeben und alle ihr gesetzlich obliegenden Vorkehrungen zur Activierung der Alois Drasche'schen Armenstiftungen sowie zur Wahrung der Rechte derselben zu treffen.

3. Ein Bericht an die k. k. n.-ö. Statthalterei hat zu entfallen, da die mährisch-schlesische Finanz-Procuratur bereits beauftragt ist, die bedingte Erbserklärung für beide Stiftungen abzugeben. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Kölblgasse, III. Bezirk, im veranschlagten Kostenbetrage von 1831 fl. 57 kr. und 400 fl. Pauschale und beantragt die Annahme des Bestbotes des E. Rzehaczek mit dem offerierten Nachlasse von 22·6 Percent von den Kostenanschlagspreisen, sowie die Übertragung der zur Herstellung eines 100 m langen 80millimetrigen Rohrstranges der Hochquellenleitung in der Kölblgasse erforderlichen Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Betrage von 331 fl. 9 kr. und 162 fl. 88 kr. Pauschale gleichfalls an E. Rzehaczek gegen den Nachlass von 22·6 Percent. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert im Nachhange zu seinem in der Stadtraths-Sitzung vom 15. September l. J. erstatteten Referate über das Ansuchen der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen um Verlegung des Frachtenbahnhofes in Gaudenzdorf zum Matzleinsdorfer Kohlenbahnhofe der Südbahn und stellt folgenden Antrag:

Im Nachhange zu dem über dieses Ansuchen dem Gemeinderathe zu stellenden Antrage des Stadtrathes vom 15. September l. J. beantragt der Stadtrath:

Vor allem ist die Bedingung zu stellen: Die Wiener Localbahn-Actiengesellschaft hat mit der Gemeinde Wien wegen Benützung der Bürgerspitalfonds-Parcelle 629, resp. 630 zum Zwecke der Errichtung des Frachtenbahnhofes ein Übereinkommen zu schließen.

St.-R. Schlechter stellt den Zusatz-Antrag: Es sei der Bürgermeister auf die verspätete Vorlage des Actes an den Stadtrath aufmerksam zu machen und zu ersuchen, dass in Hinkunft eine solche Verspätung der Vorlagen seitens des Magistrates hintangehalten werde.

Referenten-Antrag und Zusatz-Antrag Schlechter angenommen.

— **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. v. Götz und Genossen, den Hausbesitzern in Penzing die Zahlung der Canaleinmündungsgebür in Raten zu bewilligen und beantragt die Ablehnung dieses Antrages. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Anzeige der Pädagogiums-Direction vom 13. d. M., Z. 59, betreffend die Einschreibungen am Wiener Pädagogium und den Beginn des Schuljahres 1892/93 am 22. September l. J. und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Lehr- und Stundenplan am Wiener Pädagogium und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über 12 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Löw Johann Niklas, Gastwirt;
Pranz Mathias, Postsparcassadiener;
Schirreich Johann, Geschäftsdiener;
Höllner Josef, Cassadiener;
Sterzl Johann, k. k. Sicherheitswachmann;
Czermak Katharina, Bedienerin;
Hajek Franz, Ritt. v., k. k. Oberstlieutenant d. R.;
Jeschko Martin, Hausbesorger;
Hubenei Rosalia, Wäscherin;
Stach Lorenz, Hilfsarbeiter;
Vogd Julius Wilhelm, Schriftsetzer, und
Mikulitsch Karl, Victualienhändlerin.
Diese Anträge werden angenommen.
Die Sitzung wird geschlossen.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 21. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matzenauer, Meißl, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Wurm.

Krank: Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Witzelsberger.
Experte: Magistratsrath Stadler.
Ober-Ingenieur Jahn.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Ritter v. Goldschmidt ersucht, seine Abwesenheit von der heutigen, eventuell auch morgigen Stadtraths-Sitzung wegen einer Geschäftsreise zu entschuldigen.

St.-R. Dr. Lederer ersucht um Entschuldigung seines Ausbleibens wegen einer Verhandlung beim Verwaltungsgerichtshofe.

St.-R. Müller ersucht, sein Ausbleiben wegen Intervention bei der Prüfung der Stadtbahn-Vorlagen durch die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zu entschuldigen.

St.-R. Dr. Stenzl ist wegen Theilnahme an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung der großen Sanitäts-Commission verhindert, in der heutigen Sitzung zu erscheinen.

St.-R. Dr. Grübl ist wegen Theilnahme an einer gleichzeitig stattfindenden Baucommission verhindert, in der Sitzung zu erscheinen.

(Dient zur Kenntnis.)

St.-R. Kreindl und Genossen überreichen eine Petition, betreffend die Errichtung eines Auslaufbrunnens bei der ehemaligen Spittelauerlinie in Heiligenstadt und stellen den Antrag: „Es mögen in kürzester Zeit, noch im Laufe dieses Jahres, zwei Auslaufbrunnen, und zwar der eine circa 100 m außerhalb der kleinen (Wasser-) Linie aufgestellt werden.

Der Vorsitzende bemerkt, dass dieser Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden wird.

St.-R. Noske referiert über das Ansuchen des Karl Quidenus um Herstellung eines Asphalt-Trottoirs vor dem Hause I., Seilerstätte Nr. 19 und beantragt die Genehmigung gegen genaue Einhaltung der vom Stadtbauamte in seinem Berichte vom 6. September 1892 sub a bis d angeführten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Mathilde Auspitz um die Bewilligung zur Herstellung eines Asphalt-Trottoirs vor dem Hause I., Seilerstätte, Ecke der Schwarzenbergstraße und beantragt die Genehmigung unter den vom Stadtbauamte sub a bis d angeführten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend die Qualität und den Verbrennungswert der Kohlen und die Einschränkung der Einfuhr schlechter Kohlen.

Referent beantragt zur Kenntnis zu nehmen, dass der erstgedachte Antrag bereits durch den infolge Stadtraths-Beschlusses vom 17. Juli 1892, Z. 2250 und 2252, an das Stadtbauamt ergangenen Auftrag, eine Revision der Ergebnisse der Kohlenerprobung im Jahre 1884 zur Ermittlung des Brennwertes durch calorimetrische Erprobungen und chemische Analysen vorzunehmen und die Resultate (ähnlich wie jene über die Beleuchtungsresultate) zu veröffentlichen, erledigt erscheine, und dass andererseits der Magistrat zur Erlassung eines Einfuhrverbotes rücksichtlich der minderen Steinkohlengattungen sowie der Braunkohle nicht berechtigt sei. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offert des Adolf Springer auf Ankauf der Baustelle 4 der Gruppe K in der Magistratsstraße, I. Bezirk, um den Preis von 110 fl. per Quadratmeter und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert neuerlich über das Project für die Wasserversorgung der Colonie Kaisermühlen und beantragt im Nachhange, respective in theilweiser Abänderung seiner Anträge vom 16. d. M., es sei der Magistrat zu beauftragen, wegen sofortiger Durchführung der betreffenden Arbeiten das Nöthige zu veranlassen und sei der Betrag von 58.800 fl. nur für den Fall in das Budget pro 1893 einzusetzen, als der pro 1892 eingestellte Betrag per 60.000 fl. heuer nicht mehr in Anspruch genommen werden sollte.

St.-R. Matzenauer beantragt, es sei nur der im Jahre 1892 nicht mehr zur Auszahlung gelangende Theilbetrag im Budget pro 1893 sicherzustellen.

Mit dieser Modification, welcher sich der Referent accommodiert, wird der Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

Zur Berathung über diesen Gegenstand waren als Experten Magistratsrath Stadler und Ober-Ingenieur Jahn beigezogen, welche während der Debatte zur Aufklärung das Wort erhielten.

St.-R. Noske referiert über die Sicherstellung der Papierlieferung pro 1893 bis inclusive 1895 und stellt folgende Anträge:

1. Es sei die Lieferung des Papieres auf Grund der vom Magistrate vorgelegten abgeänderten Vorschrift für die Zeit vom 1. Jänner 1893 bis 31. December 1895 durch eine öffentliche Offertverhandlung sicherzustellen; dagegen habe die Sicherstellung der Schreibtheken und Linienblätter vom 1. Jänner 1893 bis zum Ende des Schuljahres 1892/93 und von da ab nach Schuljahrsperioden durch den magistratischen Schulreferenten abgesondert zu erfolgen.

2. Die Anfrage der städtischen Hauptcassa, betreffend die Anschaffung, respective Sicherstellung der sogenannten außercontractlichen Papiersorten sei dahin zu beantworten, dass im Falle des dringenden Bedarfes von Papiersorten, welche nicht sichergestellt erscheinen, nach den Bestimmungen des neuen Gemeindestatutes wie bei Anschaffung von sonstigen nicht präliminierten Bedarfsartikeln vorzugehen sein wird.

(Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über die Unterbringung der Kinder aus der aufgelassenen und zu einem Cholera-Nothspitale umzugestaltenden Schule II. Bezirk, Engerthstraße 105 in dem zu mietenden Privathause II. Bezirk, Salzachgasse 42, und beantragt, es sei auf Grund der Localerhebung das Wohnhaus Nr. 42 Salzachgasse, II. Bezirk, zu Schulzwecken auf unbestimmte Zeit um den beanspruchten, als angemessen bezeichneten Mietzins von jährlich 3600 fl. (inclusive Steuer und allen Nebengebüren) gegen halbjährige, nur der Gemeinde zustehende Kündigung und unter den übrigen im Localaugenscheinsprotokolle enthaltenen Bedingungen zu mieten; ferner seien auf Kosten der Gemeinde die nothwendigen, aus dem vorgelegten Plane ersichtlichen Adap-

tierungen durch das Stadtbauamt vornehmen zu lassen, die Kosten der Adaptierung, der Beistellung neuer Öfen, Installation einer künstlichen Beleuchtung, Transport und Aufstellen der gesammten Schuleinrichtung im Gesammtbetrage von 2600 fl., ferner die Kosten der Pauschalvergütung per 130 fl. für die Veranlassung der sofortigen Räumung durch die im Hause befindlichen Parteien, endlich die halben Kosten für die Vertragsstempel von circa 20 fl. zu genehmigen und für diese sämmtlichen vorangeführten Kosten per 2750 fl., sowie für die auf das laufende Jahr fallende Mietzinsquote von beiläufig 1300 fl. Zuschusscredite, und zwar zur Ausgabs-Rubrik XLIII 1 im Betrage von 1320 fl.

und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 2 im Betrage von . . . 2730 „

zusammen . 4050 fl.

zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des A. Schenk um Bauconsens für einen provisorischen Schupfen auf den Pratergründen der Nordbahn zwischen der Kronprinz Rudolf- und Ausstellungsstraße im II. Bezirke und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Bewilligung dieses Baues als Provisorium, demnach gegen Demolierung über Verlangen der Gemeinde zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Aspiranten Johann Harthan um Nachsicht der Probepraxis und beantragt, dem Bittsteller die im § 7 der Dienstpragmatik vorgeschriebene Probepraxis zu erlassen und zu genehmigen, dass demselben vom Tage seiner Angelobung der Amtsverschwiegenheit als Kanzlei-Aspirant, das ist vom 15. September 1892 an, das Adjutum jährlicher 360 fl. angewiesen werde. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Ansuchen der Rosalia Zeller um Zustimmung zum Betriebe eines Steinbruches auf der Grundparcelle Nr. 1134/3 in Mauer zunächst der Hochquellenleitung und beantragt, die Delegierten der Stadt Wien zu ermächtigen, bei der am 27. l. M. stattfindenden Commissionsverhandlung die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Ausführung des Projectes gegen dem auszusprechen, dass mit Rücksicht auf die an der Parcelle vorbeiführende Hochquellenleitung der Steinbruch nur bis auf eine Entfernung von 50 m vom Fuße des Wasserleitungsdammes mit Sprengungen und bis auf eine Entfernung von 25 m vom erwähnten Dammfuße überhaupt gar nicht betrieben werden darf.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über den Recurs gegen die Erledigungen des k. k. Oberlandesgerichtes vom 30. August 1892, Z. 11798, und vom 6. September 1892, Z. 12240, betreffend die Bestellung von Curatoren für die von den Pfandleihern J. Wechsler und J. Geiringer für unbekannte Verpfänder gerichtlich hinterlegten Pfandüberschüsse aus Feilbietungen verfallener Pfänder mit Rücksicht auf die Interessen des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und beantragt, gegen diese beiden Erledigungen den außerordentlichen Revisionsrecurs an den hohen k. k. obersten Gerichtshof einzubringen, mit der Verfassung den Stadtanwalt zu betrauen und denselben zu beauftragen, über den Erfolg besonders an den Stadtrath zu berichten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Wurm referiert über den Statthalterei-Erlass vom 30. März 1892, Z. 20269, betreffend die Gewährung einer 18jährigen Steuerfreiheit für Umbauten.

Die Berathung über diesen Gegenstand wird fortgesetzt.

St.-R. Dr. Vogler stellt folgenden Antrag:

Mit Rücksicht darauf, dass das hohe k. k. Finanzministerium dem Ansuchen der Gemeinde um Gewährung einer erweiterten Steuerfreiheit für Umbauten unter der doppelten Voraussetzung zugestimmt hat, dass die Begünstigung auf solche Bauführungen eingeschränkt bleibt, deren Vollzug aus zwingenden Rücksichten auf öffentliche Interessen nothwendig und dringend erscheint, und dass zuvor im Wege der diesfalls competenten Landesgesetzgebung auch die Befreiung von den Landes- und Gemeindezuschlägen zur Gebäudesteuer für die gleiche Dauer ausgesprochen wird, werden die Bezirksausschüsse aufgefordert, ein Gutachten über diese Angelegenheit mit besonderer Berücksichtigung der Frage, welche Umbauten im Bezirke als solche bezeichnet werden können, die aus zwingenden Rücksichten auf öffentliche Interessen nothwendig und dringend erscheinen, abzugeben und dieses Gutachten längstens binnen vier Wochen an den Stadtrath gelangen zu lassen.

St.-R. Noske beantragt, es sei an die Regierung die Mittheilung zu richten, dass die Gemeinde der Steuerfreiheit nur in der beschränkten Art nach Antrag des Referenten zustimmen könne und um eine Äußerung der Regierung über diesen Gegenvorschlag zu ersuchen.

Über das Verzeichnis der zu befreienden Häuser sei erst nach erfolgter Äußerung der Regierung und nach Begutachtung durch die Bezirksausschüsse zu beschließen.

St.-R. Matzenauer beantragt, es sei das Verzeichnis der zu befreienden Häuser an die Bezirksausschüsse zur Äußerung hinauszugeben, mittlerweile jedoch die Berathung über die principielle Frage im Stadtrathe fortzusetzen.

St.-R. Schlechter beantragt, es sei die Berathung über die principielle Frage fortzusetzen und erst nach Maßgabe der Beschlüsse des Stadtrathes ein Gutachten der Bezirksausschüsse einzuholen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des St.-R. Dr. Vogler mit acht gegen sechs Stimmen angenommen.

St.-R. Noske referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzungen des Bezirksausschusses im XI. Bezirke vom 13. September 1892, im XVI. Bezirke vom 5. September 1892 und im XIII. Bezirke vom 6. September 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses im XIX. Bezirke vom 5. September 1892 und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzung des Bezirksausschusses im XVII. Gemeindebezirke vom 7. September 1892 und beantragt, dieselben mit dem Bemerken zur Kenntnis zu nehmen, dass die unter Punkt 8 und 9 des Protokolles der öffentlichen Sitzung gefassten „Beschlüsse" lediglich als Anträge zu erachten sind, deren Erledigung den competenten Factoren vorbehalten bleiben muss.

St.-R. Schlechter beantragt, auch diese Protokolle lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Widmung eines Ehrengrabes für den jüngst verstorbenen Maler Emil Jakob Schindler und beantragt, für den Genannten eine Grabstelle in dem für historisch denkwürdige Männer reservierten Raume an der Mauer des Central-Friedhofes zu bewilligen und den Magistrat zu beauftragen, wegen Sicherstellung des Grabmonumentes und der Exhumierung auf Kosten der Anreger das Erforderliche zu veranlassen. (Angenommen);

St.-R. Schlechter referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in Penzing, Poststraße 47/49, XIII. Bezirk, und beantragt,

es sei die Aufstellung eines Auslaufbrunnens daselbst mit dem Kostenbetrage von 400 fl. (bedeckt) und die Dotierung desselben mit täglich 114 hl Hochquellenwasser zu genehmigen, die von mehreren Einwohnern Penzings angestrebte Versetzung des bei der Schulgasse projectierten und daselbst bereits aufgestellten Auslaufbrunnens jedoch abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Mehrkosten für die Aufstellung eines Auslaufbrunnens der Albertinischen Wasserleitung in der Unter-St. Veiterstraße zu Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt, diese Mehrkosten per 178 fl. 55 kr. zu genehmigen und einen Zuschusscredit in dieser Höhe ad Ausgabs-Rubrik XXVI 3 b zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Rückstände an Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt:

a) die Abschreibung derselben per 40 fl. 70 kr. nach Franz Schmitt aus Billigkeitsrücksichten;

b) die Abschreibung derselben per 79 fl. 33 kr. nach A. Adler aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen;

c) die Abschreibung derselben nach neun Parteien im III. Gemeindebezirke aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Wassergebüren nach mehreren Parteien im IV. und V. Bezirke und beantragt, das diesfällige Ansuchen des Johann Karasek abzuweisen, dem Heinrich Eger die Reducierung und dem Eigenthümer des Hauses IV., Weyringergasse 8 die Abschreibung der Gebür zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzungen des Bezirksausschusses im II. Gemeindebezirke vom 31. August, 7. September und 14. September 1892, im VI. Gemeindebezirke vom 14. September 1892, im III. Gemeindebezirke vom 7. September 1892, im IX. Gemeindebezirke vom 9. September 1892 und im IV. Gemeindebezirke vom 11. September 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Protokoll der außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses im VII. Gemeindebezirke vom 7. September 1892 und beantragt, dasselbe zur Kenntnis zu nehmen und den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, das Nöthige darüber zu verfügen, dass die von den Bezirksausschüssen in sämmtlichen Bezirken aus Anlass der Choleragefahr vorzunehmenden Häuserrevisionen auf möglichst gleiche Art vorgenommen werden.

St.-R. Dr. Vogler beantragt aus formellen und meritorischen Gründen die Ablehnung dieses Zusatz-Antrages.

Der Referent zieht denselben sohin zurück und wird das Protokoll einfach zur Kenntnis genommen.

St.-R. Dr. Huber referiert über das Offert des Maurermeisters Adolf Scharl auf Ankauf der Schlosspark-Cottage-Parcelle Nr. 27 in Baumgarten, XIII. Bezirk, um den Einheitspreis von 6 fl. per Quadratklafter und beantragt die Ablehnung wegen dieses zu geringen Preisanbotes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offert des Geschäftsleiters Josef Takacs auf Ankauf der Parcelle 52/10 in Baumgarten, Bahngasse, um den Preis von 5 fl. per Quadratklafter und beantragt, auch dieses Offert wegen zu geringen Preisanbotes abzulehnen. (Angenommen.)

St.-R. Kreindl referiert über das Offert des Ferdinand Graninger und Karl Bauer auf Ankauf des Armenhauses in Neustift am Walde, XVIII. Bezirk, Consc.-Nr. 55 Neustift, Cat.-Parc. 23 und 24 um den Preis von 1500, respective 1300 fl. und beantragt die Ablehnung. Gleichzeitig sei den Offerenten bekanntzugeben, dass die Gemeinde Wien derzeit überhaupt nicht gewillt ist, diese Realität zu veräußern. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien.

Dasselbe wird verliehen an Woyk Albert, Bauleiter.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Dr. Franz Vorschke, der erste Vice-Bürgermeister der Stadt Wien, n.-ö. Landtags-Abgeordneter, Hof- und Gerichtsadvocat, ist am Sonntag den 25. September 1892, um 2 Uhr morgens, im Lebensalter von 44 Jahren, verschieden.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 18. bis 24. September 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	188.042 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 136.544, aus Ober-Österreich — 474; aus Mähren — 13.120; aus Galizien — 34.819; aus Ungarn — 2161; aus der Bukowina — 924 Kg.)
Kalbfleisch . . .	7.100 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2908; aus Mähren — 50; Galizien — 4115; aus Ungarn — 17; aus der Bukowina — 10 Kg.)
Schaffleisch . .	13.432 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 382; aus Mähren — 162; aus Galizien — 12.371 aus der Bukowina — 517 Kg.)
Schweinfleisch .	22.257 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 20.071; aus aus Mähren — 1055; aus Galizien — 1117; aus der Bukowina — 14 Kg.)
Kälber	709 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 122; aus Mähren — 22; aus Galizien — 563; aus Ungarn 2 St.)
Schafe	634 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 321; aus Mähren — 11; Galizien — 300 aus der Bukowina 2 St.)
Schweine . . .	418 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 82; aus Mähren — 9; aus Galizien — 327 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	2.418 Kg.	Kälber	18 Stück
Kalbfleisch	221 „	Schafe	2 „
Schaffleisch . . .	237 „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	451 „	Lämmer	— „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	34	bis	70	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	52	„	115	„ „ „
Kalbfleisch		„	40	„	80	„ „ „
Schaffleisch		„	25	„	56	„ „ „
Schweinfleisch		„	45	„	70	„ „ „
Kälber		„	40	„	64	„ „ „
Schafe		„	25	„	44	„ „ „
Schweine		„	44	„	62	„ „ „

Bei einer gegen die Vorwoche fast gleichen Fleischzufuhr mussten bei schwacher Nachfrage bei den meisten Fleischwaren Preisnachlässe von 2 bis 6 kr. bewilligt werden. Eine Ausnahme bildete Rindfleisch besserer Gattung, welches sich durchschnittlich um 2 kr. per Kilogramm im Preise besserte, während Schweinfleisch und Schweine keine wesentliche Preisänderung erfahren haben.

* * *

(Pferdemarkt vom 23. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 146 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—300 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 22—60 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 18. bis 24. September 1892:

(Geschlachtet wurden 160 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	24—44 „
Selchfleisch	1 „	30—50 „
Extrawürste	1 „	30—48 „
Dürre Würste	1 „	32—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—80 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2—3.30
Häute	per St.	„ 3—6.50

vom Pferde

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 26. September 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3183, Weidevieh — 593, Beinlvieh — 708

Summa . 4484.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2082
Galizische „ . . .	892
Deutsche „ . . .	1437
Büffel „ . . .	73

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3710
Stiere	431
Kühe	343

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von 57	bis 65½	fl.
(extrem	„ 66	„ 67	„)
Galizische Schlachtthiere	„ 55	„ 65	„
(extrem	„ 66	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 56	„ 67	„
(extrem	„ 68	„ —	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Umschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen . .	von 21	bis 34	fl.
Stiere . .	„ 25	„ 35	„
Kühe . . .	„ 23	„ 33½	„
Büffel . .	„ 20	„ 28	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 26 bis 104 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen	140 Stück
Beinlvieh	105 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 174 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war für sehr gute Qualitäten beim Beginne des Marktes ziemlich lebhaft, daher dieselben um ½ fl. per 100 Kilo theurer verkauft wurden, während die übrigen Sorten bei ziemlich flauer Nachfrage nur schwer die letztwöchentlichen Preise erzielen konnten.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. September 1892.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 75—80 Kg.) . .	von 7 fl. 75 kr.	bis 8 fl. 65 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 71—74 „) . .	„ 7 „ — „	„ 7 „ 30 „	
Gerste	. . . . .	„ 5 „ 40 „	„ 8 „ 75 „	
Mais	. . . . .	„ 5 „ 30 „	„ 6 „ — „	
Hafer	. . . . .	„ 5 „ 90 „	„ 6 „ 65 „	

b) Mahlproducte.

Gries	. . . . .	von 15 fl. 25 kr.	bis 16 fl. 75 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	. . . . .	„ 6 „ 50 „	„ 16 „ 25 „	
Roggenmehl	. . . . .	„ 8 „ — „	„ 13 „ 50 „	
Weizenkleie	. . . . .	„ 3 „ 90 „	„ 4 „ 15 „	
Roggenkleie	. . . . .	„ 4 „ 80 „	„ 5 „ — „	

Städtisches Lagerhaus.

16. September bis 22. September 1892:

Waren eingelagert	42.858 Meter-Centner
„ ausgelagert	39.293 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.692 Meter-Centner.

Lagerstand vom 22. September 1892: 320.222 Meter-Centner, und zwar:

38 738	Meter-Centner Weizen,	16.506	Meter-Centner Roggen,
44.577	„ Gerste,	35.248	„ Hafer,
91.396	„ Mais,	20.734	„ Ölsaaten,
5.054	„ Mehl u. Kleie,	5.177	„ Wein,
8.187	„ Zucker,	5.340	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,192.930 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Ziergärtner.) Bei der am 25. September l. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Concipisten C. Komers abgehaltenen Gehilfenversammlung der Ziergärtner-Genossenschaft wurde Herr Johann Wewera, Gärtnergehilfe bei Trentinaglia, V., Arbeitergasse 21, zum Obmann, und Herr Friedrich Grösel, Gärtnergehilfe bei Hummelberger, XIX., Weinberggasse 11, zum Obmann-Stellvertreter der Gehilfenversammlung gewählt.

Gewerbeanmeldungen vom 13. September 1892.

(Fortsetzung.)

Sallmayer Siegmund — Handelsagentie — II., Große Mohrengasse 14.
Spiegel Berthpold — Handschuhmacher — VI., Ägydigasse 19.
Jäger Anna — Kerzen- und Seifen-Verschleiß — VIII., Strozzig. 32.
Haberl Peter — Kleidermacher — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 30.
Wellert Leopoldine — Damenkleidermacherin — X., Columbusplatz 5.
Kormann Theresia — Marktvictualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Rost Karl Adolf — Mechaniker — IV., Hungelbrunngasse 23.
Braune Ursula — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 148.
Beichert Philomena — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Pramerg. 5.
Pollak Theodor — Naturblumen-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 16.
Wettendorfer Gottlieb Wolfgang — Parfumeriewaren-Verschleiß — II., k. k. Prater, Ausstellung.
Krätzer Josef Johann — Rothgerber — XII., Gaudenzdorf, Jakobstraße 14 und 16.
Glas Franz — Schuhmachergewerbe — VII., Hermanngasse 12.
Böhm Friedrich — Vogelhändler — X., Leibnitzgasse 42.
Theimer Anton — Wachswaren-Verschleiß — I., Riemergasse 10.
Herbert Marie — Wäscheputzerin — VI., Dürergasse 27.
Werner Adolf — Zuckerbäckergewerbe — XII., Unter-Meidling, Schillergasse 14a.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. September 1892.

Origbauer Karl — Bäckergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 16.
Guttmann Max — Bier- und Wein-Verschleiß — II., Darwingasse 30.
Hirschler Charlotte — Bier- und Wein-Verschleiß — X., Quelleng. 104.
Köstner Johann — Bildhauer — VII., Burggasse 76.
Gottfried Mathias — Bindergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 4.
Exner Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — V., Hundsthurmerstraße 99.
Hülsner Heinrich — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 36.
Neumann Paul — Bronzearbeitergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 95.
Lenz Konrad — Bau-Cantine — I., Schottengasse 1.
Czeitter Franz — Colporteur — XVII., Hernals, Syringgasse 13.
Reitter Anton — Colporteur — XVII., Hernals, Hauptstraße 77.
Saphir Moriz — Colporteur — XVII., Hernals, Stiftgasse 8.
Zirl Heinrich — Colporteur — XVII., Hernals, Sterngasse 13.
Alder Ignaz — Drechsler — XII., Altmannsdorf, Gärtnergasse 3.
Putz Wenzel — Drechsler — VI., Webgasse 20.
Kahl Marie — Friseur- und Raseurgewerbe (Fortbetrieb) — IV., Lambrechtsgasse 11.
Leeb, geb. Wadischatka Barbara — Gastwirtsgewerbe (Fortbetrieb) — IX., Porzellangasse 38.
Reschenhofer Leopold — Gastwirt — IX., Nussdorferstraße 33.
Smekal Josef — Gastwirt — I., Kramergasse 2.
Decker Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 20.
Hahn Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Flossgasse 18.
Hainy Adele — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Althanplatz 2.
Herlinger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 59.
Hörmann Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 18.
Karner Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Springergasse 9.
Kopfstein Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Baumgasse 25/27.
Moser Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wintergasse 17.
Müller Elise — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 8.
Přikril Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Invalidenstraße 33.
Prochaska Cyrill — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Humboldtgasse 34.
Rattaj Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Mohsgasse 19.
Schüller Auguste — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Flossgasse 1 b.
Busch Anton — Gold- und Silberarbeiter — VII., Stiftgasse 12.
Busch Theresia — Verschleiß von Gratulationskarten und Wunschpapieren — IV., Favoritenstraße 39.
Maschl Wilhelm — Allgemeine Handelsagentie — III., Blattgasse 11.
Prikaszty Marie — Handel mit Handschuhen und Hosenträgern — I., Herrengasse 4.
Krieser Thomas — Huf- und Wagenschmied — IV., Hungelbrunng. 11.
Heily Johann — Hutmacher — IV., Hauptstraße 36.
Hörmann Jeannette — Verschleiß von Stroh- und Filzhüten — VII., Mariahilferstraße 52.
Maretka Alois — Kaffeeschank — IX., Lazarethgasse 7.
Manhart Julius — Kaffeesieder — IX., Hörlgasse 6.
Knotek Marie — Kleidermacherin — VII., Kirchengasse 24.
Scheffer Ursula — Kleidermachergewerbe — III., Ob. Weißgärberstr. 20.
Wosmik Josef — Kleidermacher — II., Taborstraße 61.
Leutgeb Johann — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — IX., Ackerg. 2.
Spiegler Siegmund — Lederhandel — II., Ferdinandsstraße 4.
Klug Siegmund — Agentie mit Manufacturwaren — I., Salzthorg. 5.
Ringer, geb. Fait Marie — Marktvictualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Janata Anton — Metallschleifer — VII., Neustiftgasse 109.
Bauer Walpurga — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Hertherg. 7.
Nowak Katharina — Milch-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 31.
Peter Therese — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Lerchenstraße 11.
Bodanetzky Cäcilie — Verschleiß von neuen Möbeln — III., Hauptstraße 125.
Laudin Christine — Pfaidlerin — XVI., Ottakring, Wattgasse 17.
Webern Hermine, v. — Pfaidlerei — VII., Burggasse 43/45.
Splitter Roche — Pretiosen-Verschleiß — II., Praterstraße 33.
Schaunmaier Marie — Sattlergewerbe (Fortbetrieb) — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 42.
Hynek Josef — Schlossergewerbe — XVI., Ottakring, Schottengasse 33.
Nowak Franz — Schuhmachergewerbe — II., Am Tabor 11.
Engel Friedrich — Speditionsgewerbe — I., Stubenbastei 10.
Killermann Marie — Spirituosen-Verschleiß — III., Schlachthausg. 14.
Gündl Josefa — Stadtlohnwagengewerbe — X., Angeligasse 3 a.
Podolsky Jakob — Erzeuger einer Stein-Imitationsmasse — VI., Magdalenstraße 49.
Mileret Emilian — Tischler — III., Seidlgasse 7.
Staller Johann jun. — Traiteur (Gastwirt) — IX., Spitalgasse 23, städtisches Versorgungshaus.
Bauer Anna — Victualienhändlerin — XII., Gaudenzdorf, Storcheng. 4.
Breuer Marie — Victualien-Verschleiß — V., Kriehubergasse 19/21.
Czech Marie — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — IX., Währingerstraße 5/7.
Gneiszt Barbara — Victualienhandel im Umherziehen — V., Anzengrubergasse 7.
Kreibich Anton — Viehhandel — III., Central-Viehmarkt.
Behr Leopoldine — Wäschergewerbe — III., Salesianergasse 12.
Trenti Isak Ferdinand — Wein-Verschleiß — I., Riemergasse 14.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. September 1892.

Ehlich Anna — Brantweinschank (Fortbetrieb) — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 9.
Friedl Sigmund — Buchdruckergewerbe — XIX., Unter-Döbling, Gemeindegasse 22.
Weymayer Rudolf — Bürstenbinder — III., Löwengasse 14.
Hugyétz Katharina — Federnschmückergewerbe — VII., Westbahnstraße 52.
Taussig Laura — Federnschmückerin — VI., Gumpendorferstraße 47.
Kaiser Ignaz — Feigenkaffee-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Schönbruner Hauptstraße 123.
Bohn Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Haidingergasse 27.
Elbert Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Brandstätte 5.
Nagl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 89.
Smejda Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Cottagegasse 7.
Schmidt Marie — Gürtlergewerbe — XII., Unt.-Meidling, Hauptstr. 61.
Holleczek Anna — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — X., Laxenburgerstraße 24.
Konicek Wenzel — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Hasengasse 24.
Maier Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Währing, Gemeindegasse 5.
Rieser Marie — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — V., Siebenbrunnengasse 56.
Dopler Karl — Kaffeesieder — I., Teinfaltstraße 11.
Simonis Georg — Kaffeeschenker — VII., Schottenfeldgasse 76.
Bäckermann Srul Mortko — Damenkleidermacher — I., Postgasse 20.
Ulrich Franz — Herrenkleidermachergewerbe — VI., Magdalenenstr. 27.
Mugrauer Wenzel — Kleinfuhrwerk — II., Nordbahnhof.
Streicher Johanna — Kostgebung — VII., Seidengasse 24.
Wisser Rudolf — Leichenbestattungs-Unternehmung — XVIII., Gersthof, Feldgasse 7.
Ensle Julie — Marktvictualienhandel — XVIII., Währing, Marktplatz.
Kloiber Johann — Maurermeister — V., Tichtelgasse 21.
Barta Mathilde — Modistin — VI., Gumpendorferstraße 142.
Reichenau Katharina, von — Modistin — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 21.
Dombacher Marie — Pfaidlerei — I., Fleischmarkt 4.
Kuhn Karl — Pfaidlergewerbe — XVIII., Währing, Hauptstraße 14.
Dallmann Anton — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Poststraße 12.
Holzinger Katharina — Rauchfangkehrergewerbe (Fortbetrieb) — XII., Unter-Meidling, Johannesgasse 22.
Englinger Eva — Rastrierergewerbe — VI., Kaunitzgasse 6.
Pospischil Wenzel — Spenglergewerbe — X., Buchengasse 84.
Bernhuber Leo — Taschnerwarenfabrik — V., Bachergasse 3.
Schön Johann — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Bonyg. 63.
Welek Johann — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Neuwallg. 2.
Wasserab Marie — Weißnähergewerbe — II., Große Sperlgasse 43.
Muschelik Otto — Wirtsgewerbe — VII., Zieglergasse 68.

Resch Theobald — Wirt — XVIII., Währing, Marktgasse 7.
Schäfer Ludwig — Wirtsgewerbe — VI., Wallgasse 25.
Strobl Leopold — Wirtsgewerbe — VII., Mariahilferstraße 22.
Peinhart Johann — Zeitungs-Verschleiß — XVIII., Währing, Sternwartestraße 16.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. September 1892.

Ott Aloisia — Feinputzerei — V., Untere Brauhausgasse 50.
Lunaczek Theodor — Fiakergewerbe — XII., Meidlinger Bahnhof.
Litter Anton — Fotograf — VI., Mariahilferstraße 25.
Gereider Juliana — Gastwirtin (Fortbetrieb) — X., Laxenburgerstr. 38.
Hering Johann — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Bahnhofstraße 5.
Seif Josef — Gastwirtsgewerbe — XVI., Ottakring, Gansterergasse 17.
Fosek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Josefig. 17.
Krenn Julian — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Victorgasse 22.
Reichmann Sigmund — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 14.
Thurner Karl — Graveur — VI., Gumpendorferstraße 79.
Gödel Benedict — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken — XVII., Hernals, Sterngasse 54.
Huber Leopold — Verkäufer von gebratenen Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Neulerchenfeld, Platz zwischen dem Linienwalldurchbruche und dem Linienwalle.
Mantel Ursula — Verkäuferin von gebratenen Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Ottakring, vor dem Hause Hauptstraße 21.
Pürrer Anton — Klavierstimmer — V., Wimmergasse 31.
Babicky Emanuel — Herrenkleidermacher — VII., Bandgasse 33.
Peschl Marie — Damenkleidermacherin — V., Hundsthurmerstraße 36.
Knourek Gottlieb — Kürschner — IX., Lazarethgasse 17.
Alt Anna — Marktvictualienhandel — IV., Kärntnerthormarkt.
Jaschek Josefine — Marktvictualienhandel — XVII., Hernals, Dornerplatz, Marktstand.
Stich Ambros — Marktvictualienhandel — XVII., Hernals, Markt am Gürtelspiegel.
Steiner Rudolf — Milchmeier — V., Schallergasse 11.
Mraz Marie — Modistin — VI., Hirschengasse 15.
Sykora Francisca — Feilbieten von Naturblumen im Umherziehen — XVII., Dornbach, Urbangasse 6.
Preuz Hermine — Pfaidlergewerbe — XVI., Ottakring, Langegasse 36.
Kratky Karl — Riemer — VII., Hermanngasse 12.
Schwarzkopf Johann — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakring, Degengasse 50.
Leib Mendel — Sonn- und Regenschirm-Erzeuger — XVII., Hernals, Hauptstraße 18.
Kral Eduard — Trödlergewerbe — VII., Kaiserstraße 78.
Geiger Josefa — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 18.
Osterbauer Susanna — Zucker- und Kaffee-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Hauptstraße 81.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. September 1892.

Zimmerl Rosalia — Ammen-Vermittlung — II., Micsbachgasse 7.
Weiß Emil — Commissionshandel mit Börseeffecten — IX., Berggasse 13.
Aschauer Paul — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes — XIII., Hietzing, Hauptstraße 10.
Ricker Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Muhrengasse 24.
Roth Albina — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße, Linienamtsgebäude.
Himmel Anton — Kaffeesiedergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstr. 45.
Kunert Bertha — Damenkleidermachergewerbe — VII., Kirchengasse 29.
Rosola Marie — Damenkleidermacherin — V., Anzengrubergasse 16.
Leeb Johann — Commissions-Verschleiß von Posamentierwaren — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 18.
Klein Alexander — Schnittwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Payergasse 3.
Bardach Selima — Verschleiß von Sonn- und Regenschirmen — I., Franz Josefs-Quai 29.
Wyhan Josef — Spengler — II., Taborstraße 56.
Dormaier Anna — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 17.
Krischker Francisca — Victualien-Verschleiß — X., Quellengasse 4.
Pawliger Salomon — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — VIII., Kochgasse 11.
Barensfeld Moriz — Agentie in Wein — I., Reichsrathsstraße 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. September 1892.

Heß Anton — Agent — II., Darwingasse 27.
Plohn Theodor — Commissions-Verschleiß von Blumenbestandtheilen — *VI., Amerlingstraße 9.*
Slabinaga Marie — Blumen- und Kränzeverkauf — XI., Simmering, vor dem Central-Friedhofe.
Epstein Julius — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Hanke Gustav — Fleischhauergewerbe — XVII., Hernals, Lessinggasse 42.
Gansl Josefine — Fleisch-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 16.
Köck Josef — Fragner — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 44.
Sauer Johann — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 67.
Sauerzopf Stephan — Gast- und Schankgewerbe — XI., Simmering, Geiselbergstraße 486.
Trunetz Franz — Gastwirtsgewerbe — III., Dietrichgasse 20.
Wagner Josef — Gastwirtsgewerbe — VI., Magdalenenstraße 65.
Wanko Anna — Gastwirtin — V., Kompertgasse 1.
Brackl Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 100.
Heller Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tiefer Graben 27.
Kosneter Justine — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Erdbergstraße 39.
Pescha Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, vis-à-vis dem Central-Friedhofe in einer Hütte des Herrn Pötz.
Szkol Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Marchfeldstraße 6.
Weiß Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 200.
Reinhardt — Gold- und Silberarbeiter — VII., Neubaugasse 10.
Efs Emma — Verschleiß von Gratulationskarten — XVII., Hernals, Alsbachstraße 16.
Schirhal Susanna — Grünwaren-Verschleiß — III., Invalidenstraße 27.
Popper, Freiherr von Podhazy Alexander — Holzindustrie — IX., Universitätsstraße 10.
Jirasek Josef — Kaffeeschenker — XI., Simmering, Geiselbergstr. 452.
Marmorek Abraham (Adolf) — Kaffeeschank — IX., Fuchsthalergasse 19.
Lackmeyer Karl — Kaffeesiedergewerbe — VII., Neustiftgasse 36.
Speiser Karl sen. und Speiser Karl jun. — Kleiderhandel — VII., Mondscheingasse 12.
Sykora Peter — Herrenkleidermachergewerbe — II., Novaragasse 49.
Spitzer Johann — Leichenbestattungs-Unternehmung — XI., Simmering, Hauptstraße 88.
Fridel Karl — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunengasse, Marktstand.
Szlassek Marie — Marktvictualien-Verschleiß — III., Radetzkyplatz.
Rassl Johann — Milch-Verschleiß — II., Glockengasse 30.
Angsten Elisabeth — Hausieren mit Obst, Grünzeug und Blumen — II., Wintergasse 28.
Sustrovitz Adolf — Posamentierer — VII., Schottenfeldgasse 36.
Sustrovitz Edmund — Posamentierer — VII., Schottenfeldgasse 36.
Ledl Anton — Schuhmachergewerbe — II., Klanggasse 7.
Stich Friedrich — Schuhmachergewerbe — II., Josefinengasse 8.
Neugebauer Julius — Selchwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 198.
Lischka Franz — Tapezierer und Decorateur — XI., Simmering, Hauptstraße 46.
Popke Anton — Taschner — V., Margarethenstraße 44.
Sonzogno Eduardo — Impresario der Mascagni-Gesellschaft — II., k. k. Prater, Ausstellungs-Theater.
Slawik Franz — Tischler — II., Nickelgasse 5.
Benya Marie — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — IX., Lazarethgasse 13.
Kopiar Martin — Victualienhandel — III., Custozzagasse 3.
Paradeiser Anna — Victualienhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 136.
Walter Cäcilie — Victualien- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Piaristengasse 42.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. September 1892.

Wedl Karl — Bäckergewerbe — IX., Sechsschimmelgasse 6.
Wittasek Rudolf — Buch- und Steindruckerei — IX., Universitätsstr. 10.
Klupp Karl — Kaffeesieder — XIII., Breitensee, Hauptstraße 20.
Lang Eduard — Kaffeesieder — III., Sechskrügelgasse 2.
Reichel Josef — Cantine — IX., Servitengasse 13.
Guszieb Stephan — Drechslergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 17.
Bohn Karl — Futteralmachergewerbe — VII., Neustiftgasse 22.
Frommer Leopold — Bestandwirt — I., Judengasse 4.
Greilinger Franz — Gastwirt — V., Hundsthurmerstraße 111.
Gruber Josef — Gastwirt — X., Reinprechtsdorferstraße 8.
Sucharipa Josef — Gastwirt — IX., Lazarethgasse 16.
Zillner Antonia — Gast- und Schankgewerbe (Fortbetrieb) — XIII., Hietzing, Lainzerstraße 1.
Benda Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Triesterstraße 146.
Holzer Bartholomäus — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Turnergasse 4.
Kresta Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 101.
Makal Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Ober-Laa 174.
Rummler Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Marktplatz 1.
Schummel Karl — Gemischtwarenhandel — I., Kohlmessergasse 10.
Thaler Wilhelm Anton — Holzbildhauer — XII., Unter-Meidling, Breitenfurterstraße 76.
Köller Anton — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Arthaberplatz 1.
Götz Jakob — Kleidermacher — X., Columbusgasse 61.
Nagy Gabriel — Herrenkleidermacher — V., Hundsthurmerstraße 87.

Schifter Clara — Kleidermachergewerbe — XVIII., Gersthof, Neuwaldeggerstraße 29.
Schwarz Alois — Kleidermachergewerbe — XVIII., Währing, Kreutzg. 52.
Wolf Johanna — Damenkleidermacherin — VI., Amerlingstraße 15.
Kümmerle Gustav — Kleinfuhrwerk — XIII., Ober-St. Veit, Anhofstr. 47.
Hartig Francisca — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Laudong. 8.
Pallanics Mathias — Obsthändler — IV., Kärnthnerthormarkt.
Hammernik Johann — Perlmutterknopf-Drechsler — XVI., Ottakring, Wichtelgasse 40.
Belohlav Johann — Schuhmacher — III., Wassergasse 20.
Hradilek Wenzel — Verschleiß von Schuhmacherzugehör — XVI., Ottakring, Hyrtlgasse 18.
Weiß Franz — Schuhmacher — XIV., Sechshaus, Meidlingergasse 3.
Obermayer Stephan, Obermayer Johann und Jalkotzy Josef — Privilegium auf einen mechanischen Syphonverschluss — IX., Spittelauergasse 12.
Binder Josef — Tischlergewerbe — VI., Liniengasse 51.
Haas Josef — Tischlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Friedmanng. 23.
Hermann Marie — Tischlergewerbe (Fortbetrieb) — XII., Unter-Meidling, Halbgasse 5.
Licht Friedrich — Uhrmacher — VI., Gumpendorferstraße 161.
Ceschi David — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Ottakring, Marktplatz 9.
Gruber Anna — Wäschergewerbe — XIX., Unt.-Sievering, Friedlg. 14.
Helmesberger Aloisia — Wäschergewerbe — XIII., Lainz, Gärtnerg. 4.
Picha, geb. Hermansky Antonia — Wäscheputzerei — XVI., Ottakring, Hauptstraße 162.
Pauli Adelheid — Weißnäherin — V., Gartengasse 21a.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. September 1892.

Hallady Eduard — Bäckergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstr. 170.
Weinberger Emil — Bank- und Commissionsgeschäft — I., Helferstorferstr. 6.
Hengl Alois — Verkauf von Baumschulartikeln — XIII., Lainz, Einsiedeleigasse 15.
Mittler Sigmund — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Janisch Ferdinand — Cigarrenspitzen- und Cigarettenhülsen-Erzeugung — XVI., Ottakring, Odoakergasse 22.
Färber Salomon — Ein- und Verkauf von alten Flaschen — I., Salzgries 17.
Feyerfeil Leopold — Friseur und Raseur — X., Steudelgasse 7.
Cap Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Sonnefeldergasse 41.
Fellinger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schlösselg. 28.
Kaltenecker Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 14.
Mahler Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Blumauergasse 20.
Orel Karl und Schubert Richard — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Kolowratring 4.
Riemüllner Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Johannagasse 7.
Schramm Oskar — Glasbläser — V., Mittersteig 21.
Kargel Franz — Kleinverschleiß von Holz, Kohlen und Coaks — III., Kübeckgasse 3.
Welisch Ludmilla — Kalender-Verschleiß — I., Schottenring 14.
Reich Rosa — Damenkleidermacherin — IV., Porzellangasse 56.
Ertl Josef — Kleinfuhrmann — V., Bei der Hundsthurmerlinie.
Neuhaus Marianne — Verschleiß von officiellen Correspondenzkarten — II., k. k. Prater, Musik- und Theater-Ausstellung.
Schindler Katharina — Marktvictualien-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
Slezak Marie — Marktvictualien-Verschleiß — X., Columbusplatz.
Hallady Eduard — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 170.
Weber Clara — Modistengewerbe — IX., Liechtensteinstraße 11.
Neuber Stephan — Naturblumenhandel — VII., Westbahnstraße 5.
Schönbauer Katharina — Feilbieten von Obst im Umherziehen — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 22.
Heller Hermine — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VIII., Josefstädterstraße 63.
Kitzan Rudolf — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VII., Neustiftgasse 129.
Lewitus Sophe — Pfaidlerei — I., Wallfischgasse 12.
Gaffer, geb. Lust Marie — Pferdefleischfelchergewerbe — XVI., Ottakring, Hauslabgasse 8.
Walter Georg — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — VII., Zieglergasse 51.
Prokosch Anton — Privat-Zeichenschule für Zimmerleute — II., Treustr. 38.
Oberländer Marie — Chemische Putzerei und Färberei — VII., Neustiftgasse 27.
Berger Ferdinand — Schiffmüllergewerbe — II., Mühlhaftplatz 19.
Elß Mathilde — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — IX., Währingerstraße 24.
Filipp Johann — Verschleiß von Stärkepappe — XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 41.
Kichler Leopold — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — XIII., Breitensee, Hauptstraße 15.
Kretz Gustav — Verschleiß von Schulbüchern und Kalendern — III., Ungargasse 33.
Seifert Julius — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern — VI., Mariahilferstraße 109.
Friedner Rosa — Verabreichung von Speisen — II., Glockengasse 25.
Stöger Gustav — Tapezierer — V., Steinbauergasse 13.
Blosky Pauline — Tischlergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Grinzingerstraße 12.
Semrad Johann — Tischler — XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 34.
Kollert Aloisia — Victualienhandel — VII., Schrankgasse 6.
Neußer Emil — Wirt — III., Eisenbahnviaduct 16.
Boellmann Victoria — Zeitungs-Verschleiß — VII., Neubaugasse 11.
Kadletz Mathias — Zeitungs-Verschleiß — XIII., Hütteldorf, Haltestelle Hütteldorfer Bad der k. k. Elisabethbahn.
Sixt Marie Elisabeth — Zeitungs-Verschleiß — VII., Schottenfeldg. 62.

(Das Weitere folgt.)

Kundmachung.

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die **74. Ziehung der Antheilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 1. October 1892, nachmittags 6 Uhr,** öffentlich im Rathhause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 2. Jänner 1893 ab durch die Cassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 24. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann Nep. Prix. 1—1

Z. 5630 ex 1892.

Kundmachung.

(Einsichtnahme in den Hauptrechnungs-Abschluss pro 1891.)

Der Magistrat hat den Hauptrechnungs-Abschluss der Gemeinde Wien, und zwar für die Bezirke I bis X für das Jahr 1891 an den Stadtrath geleitet und liegt dieses Rechnungs-Operat vom 19. September l. J. angefangen im Sinne der Bestimmungen des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse, Rathhaus, Stiege 5, 1. Stock, während der gewöhnlichen Amtsstunden auf.

Dies wird hiemit im Sinne der weiteren Bestimmungen des citierten Gesetzes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder über den genannten Rechnungs-Abschluss im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 16. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann N. Prix. 3—3

Z. 5398.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Stellen für katholische Religionslehrer im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Stellen für katholische Religionslehrer zur Besetzung:

An den Bürgerschulen
für Mädchen, XVIII., Josefigasse Nr. 23, eine Stelle,
für Knaben und für Mädchen, XIV., Dadlergasse Nr. 9 und 16, eine Stelle,

für Knaben und für Mädchen, XV., Friedrichsplatz Nr. 2 und 4, eine Stelle,
für Mädchen, III., Hörnesgasse Nr. 3, eine Stelle,
für Knaben, XVI., Habsburgplatz, eine Stelle.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1000 fl. und das Quartiergeld jährlicher 300 fl., beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen von jährlich 400 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten und längstens **bis 6. October 1892 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenem Ortsschulrathe** einzubringen, in dessen Sprengel die betreffende Religionslehrstelle zu vergeben ist.

Die Gesuche sind zu belegen mit dem Taufscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine, mit den Nachweisen über etwa bereits geleistete Schuldienste, sowie mit dem von der competenten Kirchenbehörde ausgestellten Zeugnisse über ihre Lehrbefähigung im Originale, oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1 bis 5 auszufüllenden Diensttabelle.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 2. September 1892. 3—3

Prot.-Nr. 155869
ex 1892. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes des in den städtischen Schulgebäuden IV., Phornsgasse 10, VI., Cornelinsgasse 6 und VII., Kandlgasse 30 erliegenden alten Eisens,** welches von den in diesen Schulen bestandenen Heizapparaten herrührt, wird **vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 29. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse für den Verkauf im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bewilligung zur Besichtigung der Verkaufsobjecte dort einholen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 170211
Ref.-Nr. 2556 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Schössergasse im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 503 fl. 28 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 164681
Ref.-Nr. 2448 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflastererarbeit für die Neupflasterung der Theresiengasse von der Schulgasse bis zur Wienerstraße in Währing im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1546 fl. 88 kr. nebst 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. September d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 165362

Ref.-Nr. 2458 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Pflasterung der Dorfgasse im XI. Bezirke von Or.-Nr. 50 bis zur Felbergasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 2585 fl. 70 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **28. September d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. September 1892. 3—3

Z. 131819 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von geraden und Façonröhren** im veranschlagten Kostenbetrage von 258165 fl. 88 kr. und der **Lieferung der hiezu erforderlichen Schieber, Hydranten und Maschinenbestandtheile** im veranschlagten Kostenbetrage von 107500 fl. zur Ausführung von Rohrleitungen der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in den ehemaligen Vorortegemeinden wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 11. October l. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im neuen Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches sich entweder auf die ganze Lieferung oder auf eine Gruppe derselben zu erstrecken hat, ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Diese Arbeiten sind nur durch Gewerbsberechtigte in Ausführung zu bringen und werden vom Stadtbauamte strenge überwacht werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 155226

Ref.-Nr. 2302 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau eines Haupt-Unrathscanales in der Eßterházygasse im VI. Bezirke längs der Häuser Or.-Nr. 1, 3, 5 und für die Verlängerung dieses Canales in der Ufergasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 2400 fl. 70 kr. nebst 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 321108
Ref.-Nr. 2457 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Hüttelsdorferstraße im XIII. Bezirke (Breitensee) zwischen der Kendlerstraße und Reinlgasse** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 10.720 fl. 34 kr. und 1150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 167916
Ref.-Nr. 2009 ex 1892. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung des für die städtischen Gartenanlagen im Jahre 1892 zur Erhaltung der Gehwege und zum Bestreuen derselben im Winter erforderlichen Sandquantums von 225 m³ (Kaltenleutgebener) Gebirgs-Rieselsand und 225 m³ feinem Donaurieselsand (sogenannten Asphaltriesel)** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am **Samstag den 8. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 125053
Ref.-Nr. 1825 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der verlängerten Mohs- und Hohlweggasse im III. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4556 fl. 43 kr. nebst 350 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und,

mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1892. 3—3

Ad Prot.-Nr. 170213 ex 1892.
Ref.-Nr. 2558. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten, resp. Lieferungen für die Umpflasterung der Thalgasse im XV. Bezirke von der Schönbrunnerstraße bis zur Schule; für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters längs der Schule in der Blüthen- und Clementinengasse; endlich für die Pflasterung der Clementinengasse vor Or.-Nr. 28, und zwar:**

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 2113 fl. 33 kr. nebst 200 fl. Pauschale,

2. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 3870 fl. 90 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. October** d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 141014
Ref.-Nr. 2060 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Schwarzspanierstraße im IX. Bezirke** im Kostenbetrage von 2527 fl. 76 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 168864
Ref.-Nr. 2531 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Neugasse im XIV. Bezirke vom Marktplatze bis zur Prinz Karl-Gasse, dann für die Umpflasterung der Prinz Karl-Gasse von der Neugasse bis zur Dreihausgasse** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 3046 fl. 73 kr. und 215 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die den Projecten beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der den Projecten beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 1–3

Ad Prot.-Nr. 69070
Ref.-Nr. 918 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Einwölbung des Sulzbaches in Salmannsdorf im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4189 fl. 82 kr. und 600 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **4. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 153925
Ref.-Nr. 2270 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Neugasse im XIV. Bezirke zwischen der Hauptstraße und der Prinz Karlgasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 1336 fl. 72 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **6. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit mit einer 50 kr. Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 134093
Ref.-Nr. 1998 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass, ferner in der Straße entlang der Bahnanlage der Nordbahn und durch den dritten Nordbahn-Durchlass mit der Einmündung in den Haupt-Unrathscanal der Dresdnerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.784 fl. 97 kr., einschließlich der Kosten für die **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** per 362 fl. 60 kr. für den **in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass herzustellenden Canal aus Ziegelmauerwerk** und einem Pauschale von 1650 fl. für unvorhergesehene Mehrarbeiten wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **3. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. September 1892. 1—2

Ad Prot.-Nr. 153928
Ref.-Nr. 2273 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters in der Fahrbahn am Stephansplatz längs des fürsterzbischöflichen Palais und des Zwettlhofes** im veranschlagten Kostenbetrage von 8305 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. September 1892. 2—3

G.-Z. 109256
XI.

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Wegen Sicherstellung der Lieferung der im Jahre 1893, eventuell in den Jahren 1893 bis inclusive 1895, erforderlichen **Material-Artikel** für die Wiener städtischen Versorgungs-Anstalten und Armenhäuser, für die städtischen Waisenhäuser, für das städtische Asyl- und Werkhaus und für das städtische Materialdepot findet **am Mittwoch den 19. October 1892**, um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle im Wiener neuen Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt.

Das muthmaßliche Erfordernis der bei dieser Offertverhandlung sicherzustellenden Artikel wurde mit nachstehenden Quantitäten ermittelt:

Erfordernis pro 1893, eventuell 1893 bis 1895:

I. Garne.		
Hanfgarn	180 kg	500 kg
II. Schafwollgespinst.		
Schafwollgespinst	650 kg	1.900 kg
Kotzen à 1·20 m breit und 1·70 m lang	100 Stück	300 Stück
Hallinadecken à 1·10 m breit und 1·90 m lang	50 „	150 „
III. Leder.		
Terzenleder	2.300 kg	6.800 kg
Kalbfelle	1.100 Stück	3.250 Stück
IV. Roßhaar und Bettfedern.		
Roßhaar	900 kg	2.200 kg
Bettfedern	250 „	250 „
V. Kappen.		
Männerkappen	900 Stück	2.600 Stück
Wächterkappen	50 „	160 „
Portierkappen	2 „	6 „
Knabenkappen	20 „	60 „
VI. Kerzen und Seife.		
Unschlittkerzen	1.600 kg	4.800 kg
Stearinkerzen	1.280 „	3.800 „
Seife	5.800 „	17.300 „
VII. Wachswaren.		
Wachskerzen	132 kg	450 kg
Wachskränze	52 „	160 „
Windlichter	300 „	900 „
Pechfackeln mit Wachsüberzug	300 Stück	900 Stück
„ (ordinäre)	400 „	1.200 „
VIII. Zwirne.		
Weißer Strickzwirn	450 kg	1.350 kg
Weißer Nähzwirn	70 „	210 „
Feinster schwarzer Nähzwirn	10 „	40 „
Gefärbter Nähzwirn	50 „	140 „
Ungebleichter Nähzwirn	60 „	200 „

IX. Bandeln.		
Weiße Bandeln	8.000 m	25.500 m
Blaue Bandeln	6.500 „	19.500 „
Ungebleichte Bandeln	6.200 „	15.000 „
X. Knöpfe und Hafteln.		
Große metallene Uniformknöpfe	60 Dutz.	200 Dutz.
Kleine „ „	10 „	30 „
Große Hornknöpfe	800 „	2.500 „
Kleine „	2.500 „	7.500 „
Hemdknöpfe	800 „	2.500 „
Gattienknöpfe	330 „	1.000 „
Hafteln	2.000 Paar	6.000 Paar
XI. Kämme.		
Ausrittkämme	350 Stück	1.100 Stück
Staubkämme	550 „	1.300 „
XII. Kautschuk-Einlagen.		
Schwarze doppeltgummierte Einlagen	350 m	1.100 m
XIII. Sonstige Waren.		
Reibsand	400 hl	1.200 hl
Sägespäne	600 „	1.800 „
Stärke (Weizenstärke ordinäre, zu Papparbeiten)	8.000 kg	24.000 kg
Soda	4.200 „	12.600 „

Die Vorschrift für die Übertragung und Ausführung der Lieferung dieser Artikel kann sowohl im Armendepartement des Wiener Magistrates, als auch in der Verwaltungskanzlei der Versorgungsanstalt am Alserbache, IX., Spitalgasse 23, eingesehen werden, in welch letzterem Amtslocale allfällige weitere Auskünfte ertheilt und auch die Muster, nach welcher in den Jahren 1890 bis 1892 geliefert wurde, bis zum Offertverhandlungstage zur Besichtigung bereitgehalten werden.

Die Offerte müssen unter Benützung eines Exemplares der bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt, IX., Spitalgasse 23, um den Preis von 10 kr. erhältlichen Vorschrift ausgefertigt und mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen sein.

Die Offerte sind unter Convert, auf dessen Außenseite die offerierten Artikel anzuführen sind, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen und ist denselben das im § 6 der Vorschrift festgesetzte Vadium in der Höhe von fünf Percent der für die offerierten Artikel nach dem wahrscheinlichen Bedarfsquantum und den angeforderten Einheitspreisen sich ergebenden Summe beizuschließen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die offerierten Artikel für das Jahr 1893 allein und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für die ganze dreijährige Periode 1893 bis 1895 erhält.

Die Einheitspreise eines Artikels sind **in Ziffern und Buchstaben** anzusetzen und in der Regel nur auf Gulden und ganze Kreuzer zu berechnen; von Bruchtheilen eines Kreuzers wird nur der Ansatz „$^1/_2$ Kreuzer oder $^5/_{10}$ Kreuzer" berücksichtigt.

Das Vadium ist in Barem oder in zum Cautionserlage geeigneten Wertpapieren zu erlegen und sind Berufungen auf Forderungen an die Gemeinde Wien, sowie auf bei der städtischen Hauptcassa erliegende Cautionen, welche noch nicht frei sind, unzulässig.

Von den Artikeln: Hanfgarne, Schafwollgespinst, Zwirn und Bandeln ist ein Muster mit 50 dg, von Roßhaar ein solches mit 1 kg vorzulegen.

Der Offerent für Kappen hat von jeder der ausgeschriebenen Sorten ein Muster beizubringen.

Die vorzulegenden Muster müssen mit dem Namen des Offerenten, der Bezeichnung des bemusterten Artikels und mit der Angabe des Preises versehen sein.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete oder nicht gehörig belegte Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten ist dem Wiener Stadtrathe vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 19. September 1892. 1—3

Ad G.-Z. 175840
VI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerspitalfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne des §. 51 des Gemeindestatutes **der Rechnungs-Abschluss pro 1891 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerspitalfondes vom 28. September 1892 an** durch vierzehn Tage im Departement VI des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 1—3

Statth.-Z. 55026 ex 1892.

Kundmachung

der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 6. September 1892, Z. 55026, betreffend die Frist für die Nachsicht der Straffolgen für bisher versäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche der Rinder.

Die im § 31 des Gesetzes vom 17. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 142), betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, zugesicherte Frist für die Nachsicht der Straffolgen für bisher verabsäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche, welche binnen sechs Wochen nach dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes durch das Reichsgesetzblatt nachgetragen werden, läuft, nachdem die Nummer des Reichsgesetzblattes, in welcher das bezeichnete Gesetz aufgenommen ist, am 28. August 1892 zur Ausgabe gelangt ist, am 9. October l. J. ab, was hiemit im Interesse jener Viehbesitzer, welche der Wohlthat des Gesetzes für bisher verheimlichte Lungenseuchenbestände theilhaftig werden wollen, zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei.

Wien, am 5. September 1892. 2—3

Z. 208.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 18. d. M., Z. $\frac{21980}{\text{XIV.}}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Jänner 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 3082 und **Effecten** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 6635 am **5. October 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 19. September 1892. 2—3

Z. 152106
IX.

Kundmachung.

(Zeitliche Befreiung von der Hauszins- und Hausclassensteuer.)

Um die rechtzeitige Anbringung der Gesuche um Erlangung der zeitlichen Befreiung von der Hauszins- und Hausclassensteuer für Neu-, Um-, Zu- oder Aufbauten, dann für theilweise Umbauten zu fördern, hat zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. August 1892, Pr.-Z. 5160, das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Erlasse vom 2. Juli 1892, Z. 18603, Nachstehendes verordnet:

1. Das Ansuchen um Steuerbefreiung kann nicht bloß schriftlich eingebracht, sondern auch mündlich zu Protokoll gestellt werden.

2. Die Protokollsaufnahme kann nicht bloß bei der Steuerbehörde I. Instanz, sondern auch **bei den Steuerämtern** erfolgen.

3. Die Gemeindevorstände sind als Bevollmächtigte der Bittsteller zu betrachten.

4. Bei Abgang der ad 4 Art. 1 der Verordnung vom 1. August 1880, R.-G.-Bl. Nr. 140 bezeichneten Behelfe ist eine angemessene Frist zur nachträglichen Beibringung derselben zu gewähren.

Diese Erleichterungen werden hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im übertragenen Wirkungskreise,
am 14. September 1892. 1—3

G.-Z. 134387
XV.

Kundmachung.

(Viehtransport.)

Die k. k. Eisenbahn-Betriebs-Direction Wien hat mit Zuschrift vom 7. August 1892, Nr. 13709 g, mitgetheilt, dass den Vieh- und Fleischhändlern gegen Erlag einer Caution von 20 fl. die Begünstigung eingeräumt wurde, die für die Approvisionierung von Wien bestimmten Sendungen vor Beginn der Amtsstunden gegen, am selben Tage stattfindende Begleichung der erwachsenen Nebengebüren beziehen zu können.

Darunter sind aber nur jene Sendungen verstanden, deren Transportgebüren in der Aufgabsstation frankiert wurden.

Unfrankiert einlangende Sendungen könnten nur innerhalb der festgesetzten Amtsstunden oder außerhalb derselben gegen Erlag einer Caution von 300 fl. in Barem oder in Werteffecten im Sinne der von der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen herausgegebenen Normativ-Bestimmungen gegen Credit ausgefolgt werden.

Es wäre daher Sache der betreffenden Fleisch-Commissionäre, dafür zu sorgen, dass die unter ihrer Adresse anlangenden Sendungen in der Aufgabsstation stets frankiert werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 8. September 1892. 2—3

G.-Z. 170248
X

Kundmachung.

(Freiplatz an der vormals J. Pazelt'schen Privat-Handelsschule.)

Mit Beginn des Schuljahres 1892/93 gelangt an der **J. Pazelt'schen** Privat-Handelsschule des Herrn **F. Glaser, I. Bezirk, Salvatorgasse Nr. 10,** ein Freiplatz für Söhne von Communalbeamten und Dienern, eventuell, wenn solche geeignete Bewerber sich nicht melden sollten, für Söhne städtischer Volks- und Bürgerschullehrer zur Verleihung.

Zur Aufnahme in diese Anstalt ist der Nachweis erforderlich, dass der gesetzlichen Schulpflicht entsprochen worden ist.

Bewerber um diesen Freiplatz haben ihre mit dem Tauf- oder Geburtsschein, sowie dem Entlassungs- oder Jahreszeugnisse der Volksschule, eventuell dem letzten Mittelschulzeugnisse belegten Gesuche bis längstens 30. September l. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 15. September 1892. 2—3

Inhalt:

	Seite
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. September 1892	2323
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. September 1892	2327
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. September 1892	2332
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionierung:	
Täglicher Fleischmarkt vom 18. bis 24. September 1892	2334
Pferdemarkt vom 23. September 1892	2335
Schlachtviehmarkt vom 26. September 1892	2335
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. September 1892	2335
Städtisches Lagerhaus	2335
Gewerbeangelegenheiten:	
Genossenschaftswahl	2335
Gewerbeanmeldungen	2336—2338
Kundmachungen	2338—2346

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 77. Freitag, den 30. September 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 4. October 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 7. October 1892, 1/2 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 27. September 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix.

Bürgermeister Dr. Prix: Ich eröffne die Sitzung unter dem Eindrucke der tiefsten Betrübnis (die Versammlung erhebt sich) über das Hinscheiden unseres Collegen, des I. Vice-Bürgermeisters der Stadt Wien, Dr. Franz Borschke, den wir soeben zur letzten Ruhestätte geleitet.

Er gehörte nicht zu jenen Glücklichen, denen das Leben in behaglicher Ruhe dahin fließt.

An seiner Wiege standen die schwere Arbeit und die Sorge, die den Weg ihm wiesen.

Durch eigene Kraft und Beharrlichkeit hat er sich auf eine höhere sociale Stufe emporgerungen und sich in seinem Berufe als der Besten einer bewährt.

Das öffentliche Leben gab ihm Gelegenheit, seinen Charakter, seine Fähigkeiten und seine Überzeugungstreue zur Anerkennung zu bringen, und es stellte ihn bald in den Vordergrund.

Der n.-ö. Landtag zählte ihn zu seinen tüchtigsten Mitgliedern, und in der städtischen Verwaltung erreichte er fast ohne Widerspruch in kurzer Zeit die ersten Stellen. Nun aber erfasste ihn ein neidisches Geschick. Kaum war er zum I. Vice-Bürgermeister der erweiterten Stadt gewählt, befiel ihn die tückische Krankheit, von der nach langem, schweren Leiden er nun seine Ruhe fand.

Wir haben an Borschke einen Mann verloren, den die innigste Liebe an seine Vaterstadt fesselte; mit ihm ist auch die Eigenart einer Persönlichkeit dahingesunken, welche das Gemüth und das gute Herz des Wieners in der Erscheinung und im Verkehre zum Ausdrucke brachte.

Der Kampf der Meinungen, so scharf und eindringlich und so kaustisch er ihn oft auch führte, verletzte nicht, und so hatte er wohl Gegner — aber keinen Feind.

Wir haben an Borschke einen ehrlichen, kenntnisreichen und erfahrenen Berather verloren — ich verlor an ihn auch einen treuen, hingebungsvollen Freund.

Die deutsche Fortschrittspartei betrauert den Verlust ihres zielbewussten und besten Führers.

Borschke's Name gehört der Geschichte unserer Stadt an; sie wird verzeichnen, dass er zur Entwicklung derselben mächtig beigetragen und dass sein Wirken den Dank der Bürgerschaft verdient.

Wir aber, die wir ihm näher standen, werden des lieben Collegen und des edlen Menschen Borschke stets in Verehrung gedenken.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der um 6 Uhr eröffneten Sitzung: 6 Uhr 10 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 5. October 1892.
Donnerstag, den 6. October 1892.
Freitag, den 7. October 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 22. September 1892.

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. v. Götz, Schneiderhan, Witzelsberger.

Schriftführer: Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Boschan, Dr. Lederer und Noske entschuldigen ihr Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen des Michael Hoffinger um pachtweise Überlassung der Straßenparcelle 4120/19 im II. Bezirk, Vorgartenstraße, als Materiallagerplatz und beantragt, diese Parcelle per 607 m² dem Gesuchsteller zu besagtem Zwecke vom 1. August 1892 ab um den Jahreszins von 60 fl. auf unbestimmte Zeit gegen eine beiden Theilen jederzeit zustehende vierwöchentliche Kündigung zu verpachten, und ist derselbe zu verpflichten, diesen Grundtheil gegen die Vorgartenstraße auf seine Kosten sofort abschließen zu lassen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Stenzl referiert über die Baubewilligung für eine Krankenträgerstation in Hernals, Rötzergasse 31, XVII. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses für dieses Object zu bestätigen. (Angenommen);

St.-R. Vaugoin referiert über die Graberhaltungswidmung nach Aloisia Putz, und beantragt die Genehmigung dieser Graberhaltungs-, Ausschmückungs- und Beleuchtungswidmung nach dem im Sinne der vorliegenden Äußerung der Friedhofsverwaltung vom 12. September 1892, Z. 152851, modificierten Ansuchen des Erbenmachthabers Dr. R. Fischmann. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes, und beantragt:

dem Franz Ludwig Kriegl, Gastwirt, Josef Regner, Rauchfangkehrermeister, und dem Alois Berggold, Werkführer, das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Neupflasterung der inneren Fahrstraße am Neubaugürtel, XV. Bezirk, von der Westbahnstraße bis zur Goldschlagstraße im veranschlagten Kostenbetrage von 3595 fl. 8 kr. nebst 200 fl. Pauschale, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pflasterermeisters Franz Böck mit dem offerierten $3^1/_2$percentigen Nachlasse. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert über den Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 15. September 1892, Z. 8011, betreffend die Nichtbestätigung der Präsentation des Josef Kaitan zum Oberlehrer an der Mädchen-Volksschule, IV., Alleegasse 11 und beantragt, es sei innerhalb der 14tägigen Frist der Recurs an das k. k. Ministerium zu ergreifen. (Einstimmig angenommen);

— **derselbe** referiert in Betreff der Vornahme von Herstellungen in der von Theodor R. v. Jarsch zu mietenden Wohnung im Bürgerspitalsfondshause, I., Freisingergasse 6, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, dass vom Magistrate im eigenen Wirkungskreise die Vermietung der fraglichen Wohnung an Th. R. v. Jarsch um den mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. October 1891, Z. 2996, bereits fixierten Mietzins vorgenommen werde und das Stadtbauamt beauftragt werde, die in seinem diesbezüglichen Berichte bezeichnete Herstellung, inclusive der Herstellung der Leitung der elektrischen Beleuchtung mit Ausnahme der Beleuchtungskörper im Betrage von circa 1000 fl. zur Ausführung zu bringen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, es sei der Magistrat nachträglich zu beauftragen, die Vermietung der fraglichen Wohnung an Th. R. v. Jarsch nicht vorzunehmen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Hackenberg wird mit 11 Stimmen angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Frida Tredl um Bewilligung zur Fällung der vor ihrer Realität Grundb.-Einl. 2 in Lainz, Lainzerstraße stehenden Pappelbäume und beantragt, derselben die Cassierung dieser Pappeln gegen dem zu gestatten, dass sie die Fällung der Bäume, Ausgrabung des Wurzelstockes und Wiederplanierung der Straße auf ihre Kosten und Gefahr besorge, und für jede Pappel einen Kaufpreis von 4 fl. vor der Fällung an die Gemeinde Wien bezahle. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Rechnungen der Pädagogiumsdirection über die Ausgaben bezüglich der Kanzlei-Erfordernisse, Consumtibilien, der Bibliotheks- und Lehrmitteldotation pro erstes Halbjahr 1891. Derselbe beantragt, diese Rechnungslegung genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Juliana Jarma um käufliche Überlassung der Parcelle 757 in Hütteldorf und beantragt, die Offerentin sei zu verständigen, dass die Gemeinde die fragliche Parcelle nicht zu veräußern gedenke. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Project für die Verlängerung des Canales in der Schöffelgasse in Gersthof und beantragt, das vorgelegte Project für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Schöffelgasse in Gersthof im veranschlagten Kostenerfordernisse von 853 fl. 56 kr. zu genehmigen und zur Bedeckung dieser Auslage einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zur Rubrik XVII 1 b zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für den Canalbau in der Schwarzspanierstraße im IX. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in obiger Gasse mit dem Kostenerfordernisse von 3089 fl. 16 kr. (bedeckt). (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Schulvereines für Beamtentöchter um Baubewilligung, VIII., Langegasse 47, und beantragt die Genehmigung des mit 30 cm Vorsprung über die Baulinie projectierten Thorportales gegen Abzug des diesfälligen Grundes von der Straßengrundabtretung.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Ablehnung des Vorsprunges.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, das Begehren sei abzuweisen, es wird jedoch erklärt, dass ein Risalit von 15 cm Aussicht auf Bewilligung hat.

Der Referent accommodiert sich dem letzteren Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Detailproject für die Herstellung einer Nothbrücke über den Donaucanal für die umzubauende Franzens-

kettenbrücke und beantragt, das vorliegende Detailproject für die Herstellung der Nothbrücke über den Donaucanal als Ersatz für die umzubauende Franzenskettenbrücke sammt der allgemeinen und besonderen Vorschrift zu genehmigen und dasselbe der wegen Vergebung der erforderlichen Materiallieferungen und Arbeiten auszuschreibenden Offertverhandlung zugrunde zu legen; in der Offertverhandlung wäre zu verlautbaren, dass es den Unternehmern freihstehe, entweder auf die Ausführung des vorliegenden Projectes des Stadtbauamtes oder aber auf die Ausführung eines von den Unternehmern selbst beigebrachten Projectes, welches jedoch den allgemeinen und strompolizeilichen Anforderungen Rechnung tragen müsste, zu offerieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, der Bürgermeister werde ersucht, wegen baldigster Beschaffung der Profile des Donaucanales behufs unverweilter Ausschreibung einer Concurrenz zur Erlangung des Projectes für die neue Brücke die nöthigen Schritte zu verfügen.

Der Referent accommodiert sich diesem Zusatze.

Der Referenten-Antrag und der Zusatz des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter werden angenommen.

St.-R. Wurm referiert über das Ansuchen der Frances Bayfield Bedford um theilweise Parcellierung der Realität Einl.-Z. 1318 im III. Bezirke, Ecke des Rennweges und der Rechten Bahngasse. Derselbe beantragt, die Parcellierung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen zu genehmigen.

St.-R. Dr. Grübl beantragt: Es sei dem Parcellierungswerber mitzutheilen, dass, falls er von der Parcellierung Gebrauch macht, im Sinne des § 10 der Bauordnung der Grund, welcher über die Baulinie hinausfällt, der Gemeinde kosten- und lastenfrei zu übergeben sei.

Bei der Abstimmung ergibt sich Stimmengleichheit. Der Vorsitzende dirimiert zu Gunsten des Antrages des Dr. Grübl; derselbe erscheint somit angenommen.

Auf Grund dieses Beschlusses werden die für die Bewilligung der Parcellierung gestellten Bedingungen in folgender Weise formuliert und angenommen:

1. Dass der von der Realität Einl.-Z. 1318 des III. Bezirkes zur Eröffnung der Richardgasse in der ganzen Breite erforderliche Grund, weiters der von dieser Realität zur Eröffnung der Rechten Bahngasse, ferner der zur Verbreiterung des Rennweges erforderliche Grund dieser Realität unentgeltlich und im festgesetzten Niveau gemäß der §§ 10 und 13 der Bauordnung an die Gemeinde Wien abgetreten und die kosten- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes erwirkt werde.

2. Dass bei dem Umstande, als durch die Abtretung des Grundes von der Realität Einl.-Z. 1318, III. Bezirk, zur Eröffnung der Rechten Bahngasse die halbe Breite dieser Gasse nicht erreicht wird, vielmehr zur Erzielung der halben Breite dieser Gasse noch ein Streifen des der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen Grundes Cat.-Parc. 3026 erworben und auf das richtige Niveau gebracht werden muss, die Parcellierungswerberin der Gemeinde für alle Kosten, welche der Gemeinde aus der Erwerbung, lastenfreien Abschreibung und Niveauherstellung hinsichtlich des obbezeichneten Grundstreifens der Cat.-Parc. 3026 erwachsen, haftet und zur Sicherstellung der Gemeinde für die Erfüllung dieser Verbindlichkeit bei der städtischen Hauptcassa eine Caution in einem zu bestimmenden Betrage erlegt, welche die Gemeinde zur Vergütung der ihr aus diesem Anlasse erwachsenden obbezeichneten Kosten nach Maßgabe des gemachten Aufwandes ohne weiteres und ohne gerichtliche Intervention einzuziehen und zu verwenden berechtigt ist, zu welchem Behufe die Parcellierungswerberin eine dieser Verpflichtung entsprechende Cautionserlags-Erklärung auszustellen hat.

Die hinsichtlich der projectierten Parcellierung seitens der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft erhobenen Einwendungen werden, nachdem durch die Bedingungen der Parcellierung der Besitzstand der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft in keiner Weise berührt und durch die benachbarte Straßenherstellung auch eine Gefahr für den Wr.-Neustädter Canal nicht hervorgerufen wird, überdies auch bei der Strohgasse bereits eine Parcellierung nächst des Wr.-Neustädter Canales in ähnlicher Weise ohne Nachtheil durchgeführt worden ist, nicht berücksichtigt, beziehungsweise, insoferne die Gesellschaft durch Vornahme der Parcellierung sich in ihren Privatrechten berührt erachtet, auf den Rechtsweg verwiesen.

St.-R. Rückauf referiert über den Recurs von Neswals Erben in Betreff Behebung sanitärer Übelstände im Hause XIV. Bezirk, Sechshauser Hauptstraße 81 und beantragt, dem Recurse werde hinsichtlich des Punktes 3 Folge gegeben und der Magistrat, beziehungsweise das magistratische Bezirksamt beauftragt, die wegen Deponierung von Heu- und Strohvorräthen zu beobachtenden Vorsichten der Partei vorzuschreiben. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Steuzl referiert über die Note der Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung, betreffend Zustimmung der Gemeinde Wien zur Erbauung eines Nothspitales für Infectionskranke in Mauer und beantragt, es sei der Magistrat zu ermächtigen, unter den von demselben vorgesehenen, auf den Schutz der Hochquellenleitung bezugnehmenden Modalitäten die Zustimmung zur Ausführung des fraglichen Projectes, respective zur Erneuerung des im Jahre 1887 ertheilten Consenses zu geben. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Lehrfächer-Vertheilung an der Wiedener Communal-Ober-Realschule pro 1892/93 und beantragt, der vorgelegten Lehrfächer-Vertheilung die Zustimmung zu ertheilen und das Ansuchen des Professors Ferd. Klamminger um Zuweisung eines geringeren Lehrpensums zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Franz Bauer v. Bargehr puncto Rückersatz einer Kaufsgebür für eine Gruft auf dem Grinzinger Friedhofe, und beantragt: Der Stadtrath findet dem Recurse des k. k. Sectionsrathes Franz Bauer v. Bargehr gegen die Magistrats-Entscheidung vom 12. Juli 1892, Z. 99234, keine Folge zu geben, weil für die Frage, welche Gebür für die Erwerbung einer doppelten Terrassengruft auf dem Grinzinger Friedhofe zu entrichten ist, lediglich die Friedhofsordnung der Gemeinde Grinzing vom 24. April 1874 maßgebend ist, nach dieser Friedhofsordnung aber die Begünstigung der geringeren Gebür nur den in Grinzing heimatberechtigten Personen, ferner den Hausbesitzern und Jahres-Wohnparteien, sowie deren Gehilfen und Dienstboten zugewendet wird, dass Gesuchsteller aber weder Hausbesitzer noch Wohnpartei in der früheren Gemeinde Grinzing ist, und derselbe auch, wenngleich er das Heimatsrecht der Stadt Wien besitzt, doch nicht im Sinne jener Friedhofsordnung als in der ehemaligen Gemeinde Grinzing heimatsberechtigt angesehen werden kann, vielmehr im Sinne jener Friedhofsordnung zu jenen Personen gehört, welche die Friedhofsordnung unter dem Namen „Fremde" begreift.

Insoferne der Recurs auch dagegen gerichtet ist, dass die Magistrats-Entscheidung die Bezeichnung „Selbständiger Wirkungskreis" trägt, ist zu bemerken, dass, abgesehen davon, dass dem Recurrenten durch diese Bezeichnung ein Nachtheil nicht erwachsen kann, der vor-

liegende Gegenstand nach § 39 Gemeinde-Statut zweifellos zum selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde gehört. (Angenommen.)

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Badhausbesitzers Moriz Steinböck um Fortbezug des Überfallwassers des Auslaufbrunnens vor den Häusern VII., Kandlgasse 34 und Halbgasse 16. Derselbe beantragt, dem Moriz Steinböck den Bezug des Überfallwassers bei beiden obigen Brunnen zu dem bisherigen Preise von 15 fl. 75 kr. per Brunnen und Jahr weiterhin zu gestatten, dass aber die im Plenar-Beschlusse des Gemeinderathes vom 7. Mai 1878 enthaltene Bestimmung, dass bei Wegfall dieses Bezuges dem Moriz Steinböck für jeden Brunnen ein Quantum von 50 Eimern täglich aus der Hochquellenleitung zum normalen Wasserbezugspreise direct zuzumessen sei, als blos für zehn Jahre normiert, nicht mehr zur Anwendung zu kommen habe, und dass der Bezug des jeweiligen Überfallwassers der beiden genannten Brunnen nur auf Widerruf und ohne einer rechtlichen Verbindlichkeit seitens der Gemeinde Wien unter den übrigen bisherigen Bestimmungen und ohne einer 14tägigen Kündigungsfrist bewilligt werden könne, eventuell der Magistrat wird aufgefordert, rückständige Gebüren aus vergangener Zeit einzufordern. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Dicasterialgebäude-Direction um Bewilligung zur Entnahme von Wasser aus dem Hochquellenreservoir am Rosenhügel für die in dem Finanzwachgebäude nächst diesem Reservoir untergebrachte Mannschaft, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, das Ansuchen des Julius Zeinlhofer und Eduard Pröm zu gewähren. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 11. September 1892, Z. 56231, in Betreff der Bewilligung zur Umgestaltung eines Geschäftslocales im II. Stockwerke des Hoftractes des Margaretha Schmidt'schen Stiftungshauses, IV., Hauptstraße 11, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Vaugoin referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, an Leopold Melchus, Fleischselcher, und Ferdinand Helleport, Kammacher, das Bürgerrecht zu verleihen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Sanitätsangelegenheiten.

(Actenstücke über die nunmehr beigelegte Controverse zwischen der k. k. Statthalterei und der Gemeinde Wien bezüglich der Errichtung von Nothspitälern.)

I.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. Juli 1892, Z. 46674, an den Magistrat in Wien.

Mit Beziehung auf die hierorts am 21. d. M. stattgefundene Besprechung über den Transport von im Falle des Auftretens der Cholera in Wien an dieser Seuche erkrankten Personen nach den Spitälern und von einem k. k. Spitale in das andere wird dem Magistrate eröffnet, dass zur Aufnahme von im Gebiete der Gemeinde Wien etwa vorkommenden Cholerafällen vorläufig das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital im X. Wiener Gemeindebezirke bestimmt wird. In diesem Spitale ist für den Fall des Vorkommens von Cholera-Erkrankungen eine eigene Abtheilung errichtet und wird zur Unterbringung solcher Kranker zunächst der Pavillon A der Infections-Abtheilung des genannten Spitales in Aussicht genommen. Da dieser Pavillon aber augenblicklich nicht zur Verfügung steht, weil in demselben gerade jetzt neue Heizungsanlagen in Ausführung begriffen sind, so werden inzwischen bis zu der übrigens in der kürzesten Frist zu gewärtigenden Bereitstellung dieses Pavillons in dem von der Gemeinde in Benützung übernommenen und gegenwärtig noch nicht zurückübergebenen Communal-Epidemiespitale an der Triester Reichsstraße als Filiale des in unmittelbarer Nähe gelegenen k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales Localitäten zur Aufnahme allfälliger Cholerakranker bereit gehalten.

Der Magistrat wird beauftragt, sofort dafür Vorsorge zu treffen, dass alle Amts- und praktischen Ärzte in Wien in die Kenntnis gelangen, dass Cholerakranke, beziehungsweise solche Kranke, bei welchen der Verdacht der Cholera besteht, bis auf weiteres unbedingt in kein anderes als das k. k. Kaiser Franz Josef-Spital abzugeben sind. Durch die Bereitstellung einer eigenen Cholera-Abtheilung im k. k. Kaiser Franz Josef-Spitale ist jedoch dem Bedürfnisse beim wirklichen Auftreten der Cholera in Wien noch keineswegs genügend Rechnung getragen und muss unbedingt schon jetzt die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden, noch an anderen Punkten der territorial so ausgebreiteten Stadt geeignete Localitäten ausfindig zu machen, welche gegebenenfalls zur Unterbringung und Pflege von Cholerakranken sofort in Verwendung kommen können. Die Eigenart dieser Krankheit lässt es nicht zu, dass in den regulären Spitälern, welche keine entsprechenden größeren Isolierräume besitzen und deren Belagraum zur Unterbringung gewöhnlicher spitalsbedürftiger Kranker kaum für den normalen Bedarf ausreicht, einzelne Räume speciell für Cholera bestimmt und mit solchen Kranken belegt werden. Auch befinden sich gerade in den vom X. Wiener Gemeindebezirke entlegenen Stadttheilen, im II., XVII., XVIII. und XIX. Bezirke, also im nördlichen und östlichen Gebietstheile der Gemeinde, überhaupt keine regulären k. k. Krankenanstalten. Unverkennbar ist es aber nicht nur mit großen Schwierigkeiten verbunden, sondern auch sanitär bedenklich, Cholerakranke aus so entfernten Lagen, wie früher erwähnt, in das Cholera- (Filial-) Spital im k. k. Kaiser Franz Josef-Spitale zu bringen, und liegen daher die Verhältnisse hier ganz anders als bei den Epidemien der heimischen Infections-Krankheiten.

Im Hinblicke auf diese außerordentlichen Verhältnisse und mit Rücksicht auf die unbestreitbar große Gefahr, welche die Stadt bedrohen würde, wenn nicht alles daran gesetzt wird, die Krankheit gleich in ihren Anfängen wirksam mit aller Macht und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, erscheint es aber auch geboten, dass mit der Bereitstellung von Choleraspitälern und somit auch mit der Beistellung der zur Unterbringung derselben dienlichen Localitäten nicht bis zu jenem Zeitpunkte zugewartet werde, in welchem im Sinne des Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870 (R.-G.-Bl. Nr. 68) von Seite der Behörde ausgesprochen worden ist, dass eine Epidemie herrsche und dass die regulären Spitäler sich als unzureichend erweisen, in welchem Falle nach dem Wortlaute des zwischen der k. k. Statthalterei im Namen des Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds und als Verwalterin desselben und der betreffenden k. k. Spitäler einerseits und der Gemeinde Wien andererseits abgeschlossenen Übereinkommens vom 1. December 1891 in Betreff der Einverleibung der ehemaligen Vorortespitäler zum Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds erst die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur unentgeltlichen Beistellung der vorhandenen Reservespitäler und anderer geeigneter Localitäten eintreten würde, sondern dass die in dieser Beziehung erforderlichen Einleitungen und vorbereitenden Maßnahmen schon jetzt getroffen werden. Dieser Nothwendigkeit dürfte sich auch die Gemeinde, zumal im Hinblicke auf die in diesem Falle auch sie treffende schwere Verantwortung nicht verschließen, vielmehr werden, gleichwie die k. k. Statthalterei, beziehungsweise der Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds, welcher nach dem bezogenen Übereinkommen den Betrieb auch der Epidemiespitäler übernommen hat, schon derzeit nichts unterlässt, um seiner Verpflichtung im Falle des Auftretens der Cholera sofort in vollstem Maße nachkommen zu können und schon gegenwärtig durch Bestimmung von Ärzten und Wartepersonen und durch Instandsetzung von Spitalsräumen die Action zur Bekämpfung der Cholera in den ersten Fällen, welche etwa auftreten sollten, einleitet, gewiss auch die Gemeinde und deren Verwaltungsorgane es für ihre ganz besondere Pflicht halten, nichts zu unterlassen, was zur wirksamen Bekämpfung der vielgenannten gefährlichen Krankheit beitragen könnte.

In dieser Beziehung muss die k. k. Statthalterei mit Rücksicht auf die berührten außergewöhnlichen Verhältnisse schon jetzt die unentgeltliche Überlassung, beziehungsweise Beistellung nicht nur der Räume des als Filiale des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales geltenden Communal-Epidemiespitales an der Triesterstraße, sondern auch insbesondere die unentgeltliche Beistellung des der Gemeinde Wien gehörigen Epidemiespitales in Hernals (XVII. Bezirk, sowie einer für Spitalszwecke geeigneten Localität in der Brigittenau für den Moment des Auftretens der Cholera in Wien in Anspruch nehmen. Bezüglich der Überlassung des ersterwähnten Reservespitales sind keine besonderen Vorkehrungen nothwendig, nachdem dasselbe seit der letzten Benützung zur Unterbringung von Blatternkranken noch nicht an die Gemeinde zurückgestellt wurde. Hinsichtlich der Bereitstellung des Epidemiespitales in Hernals zur sofortigen Verwendung im Falle des Bedarfes beim Auftreten der Cholera wird der hierortige Referent für die Angelegenheiten des Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds mit den betreffenden diesämtlichen Organen mündlich das Einvernehmen pflegen. Rücksichtlich der Bestimmung einer zur Verwendung als Choleraspital geeigneten Localität im II. Wiener Gemeindebezirke aber wird der Magistrat aufgefordert, die diesbezüglichen Erhebungen mit möglichster Beschleunigung zu pflegen und über das Ergebnis derselben ungesäumt zu berichten.

Hiebei wird der Magistrat aufmerksam gemacht, dass es sich, wenn kein bestehendes Local für den gedachten Zweck ausgemittelt werden könnte, empfehlen dürfte, auf geeigneten Plätzen Baracken, eventuell Döcker'sche für Heizung eingerichtete Doppelbaracken neuester vervollkommneter Construction aufzustellen, und zwar umsomehr, als in diesem Falle auch die k. k. Statthalterei, in der

Absicht, den Bedürfnissen bis zur äußersten Grenze Rechnung zu tragen, die Lieferung derartiger Baracken auf Kosten des k. k. Krankenanstaltenfonds für den Fall des Bedarfes sicherstellen, diese Baracken bei der Infections-Abtheilung des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales aufstellen lassen und auf diese Art zur Erleichterung der Lasten der Gemeinde einen größeren Belagraum für Cholerakranke im genannten k. k. Spitale schaffen würde.

Sollte eine hier allenfalls auftretende Cholera-Epidemie an Ausdehnung gewinnen, müsste selbstverständlich außer der weiteren Beistellung des Reservespitales in Meidling auch die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von weiteren, zu Choleraspitälern geeigneten Localitäten gefordert werden. Um auch einer solchen Eventualität nicht unvorbereitet gegenüberzustehen, wird der Magistrat weiterhin aufgefordert, dieselbe schon gegenwärtig ins Auge zu fassen und jene Localitäten, welche zum gedachten Zwecke etwa verwendet werden könnten, in Evidenz zu nehmen und unter genauer Angabe der ausgemittelten Localitäten deren Lage, Größe und Fassungsraum und der etwa vorhandenen Einrichtung anher auszuweisen, damit die k. k. Statthalterei als Verwalterin des Wiener Krankenanstaltenfonds in die Lage kommt, auch ihrerseits alle Vorbereitungen zur, wenn nöthig, sofortigen Inbetriebsetzung der Cholera-Nothspitäler ins Werk zu setzen.

Was den Transport von Cholerakranken in das Spital betrifft, wird der Magistrat aufgefordert, dafür sofort Sorge zu tragen, dass alle Amts- und praktischen Ärzte über die Modalitäten der Inanspruchnahme der in den verschiedenen Depots der Gemeinde vorhandenen Krankentransportwagen angemessen, deutlich und auf eine jedes Missverständnis ausschließende Weise belehrt werden, und dass der Wortlaut der dortamts erlassenen Belehrung, von welcher ein Exemplar hieher vorzulegen ist, auch der k. k. Polizei-Direction in Wien zur Instruierung der einzelnen Bezirks-Commissariate und der Polizei-Organe überhaupt, deren Mitwirkung beim Krankentransporte meistens in Anspruch genommen wird, bekanntgegeben werde. Jedenfalls aber muss darauf gedrungen werden, dass die städtischen Organe bei den Depots für die Krankentransportwagen jederzeit zur Stelle sind und die Bespannung der bereitgehaltenen Wagen sofort erfolgen kann, damit die Inanspruchnahme sowie die Beistellung der Transportmittel auch schon bei ersten Cholerafällen ohne Anstand und in der raschesten Weise erfolgen kann. Die in dieser Richtung getroffenen Verfügungen sind zur hierortigen Kenntnis zu bringen.

Im Falle einer Epidemie müssten selbstverständlich bezüglich der Erreichbarkeit von Krankentransportmitteln die umfassendsten Maßnahmen getroffen werden, und wird der Magistrat diesbezüglich aufgefordert, die Frage des Transportes von Cholerakranken während einer Epidemie, sowie die Maßregeln in Rücksicht auf die Nichtverwendung von dem öffentlichen Verkehre dienenden Fuhrwerken und die Desinfection derselben vor Zulassung einer weiteren Benützung im Einvernehmen mit der k. k. Polizeibehörde in Berathung zu ziehen und hierüber besonders zu berichten. Die Besorgung des Transportes von Kranken von einem k. k. Spitale in das andere wird von der betreffenden Anstalt besorgt und werden zu solchen Transporten in der Regel die in den einzelnen Anstalten vorhandenen Wagen verwendet werden; nur ausnahmsweise wird die Beistellung eines Transportmittels in Anspruch genommen werden. Die bezügliche, den Wiener k. k. Krankenanstalten zukommende Instruction wird dem Magistrate seinerzeit bekanntgegeben werden.

Wien, am 27. Juli 1892.

In Vertretung:
Bourguignon.

II.

Ad Statth.-Z. 53442 ex 1892.

Protokoll

aufgenommen bei der k. k. n.-ö. Statthalterei am 22. August 1892.

Gegenstand

bildet die commissionelle Besprechung, welche mit dem Erlasse der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 20. August 1892, ad Z. 46674, zur Klarstellung der Verpflichtungen angeordnet wurde, welche der Gemeinde Wien mit dem Statthalterei-Erlasse vom 27. Juli 1892, Z. 46674, in Rücksicht auf die Ausmittlung und Bereitstellung eines zur Unterbringung von Cholerakranken geeigneten Locales im II. Wiener Gemeindebezirke und in Ansehung der Ausmittlung und Evidenznahme solcher Localitäten für den Fall des Bedarfes bei einer etwa eintretenden größeren Ausbreitung einer allfälligen Cholera-Epidemie auferlegt würden.

Gegenwärtig:

Herr k. k. Statthaltereirath Ritter v. Bernd als Vorsitzender,
„ „ „ „ Dr. Ritter v. Karajan, Landes-Sanitäts-Referent,
Herr Stadtrath Dr. Anton Stenzl,
„ Magistratsrath Lekisch,
„ „ Kraus,
„ Stadtphysicus-Stellvertreter Dr. Löffler,
„ Statthalterei-Concipist Dr. Negedly als Schriftführer.

Die Veranlassung zur Besprechung bot der k. k. n.-ö. Statthalterei die Notiz in einem Wiener Tagesjournale, dass der Stadtrath Wien beschlossen habe, gegen den Auftrag der Statthalterei zur Beistellung von Epidemie-Spitallocalitäten in allen Wiener Bezirken eine Vorstellung zu überreichen, weil bisher auch beim Auftreten einer Cholera-Epidemie mit den bestehenden Epidemiespitälern noch immer das Auslangen gefunden worden sei.

Der Vorsitzende gibt an der Hand des mehrfach genannten Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. Juli 1892, Z. 46674, den anwesenden Vertretern der Gemeinde und des Magistrates Wien die Aufklärung, dass mit diesem Erlasse von der Gemeinde Wien keineswegs schon jetzt die Beistellung von zu Choleraspitälern geeigneten Localitäten in den einzelnen Bezirken Wiens gefordert wurde, dass vielmehr mit Rücksicht auf die Bestimmungen des am 1. December 1891 zwischen der k. k. n.-ö. Statthalterei und der Gemeinde Wien abgeschlossenen Übereinkommens und mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer ziemlich raschen Ausdehnung einer in Wien etwa ausbrechenden Cholera-Epidemie nur gefordert wurde, dass die Gemeinde Wien schon jetzt jene Localitäten ausmittle und in Evidenz nehme, welche seinerzeit nach § 3 des erwähnten Übereinkommens nach Bedarf zur zeitweisen Vermehrung des Spitalbelegraumes der k. k. n.-ö. Statthalterei namens des Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

Ausmittlung und Evidenznahme dieser Localitäten aber müsse schon jetzt gefordert werden, weil dies Vorbereitungen sind, die einen längeren Zeitaufwand in Anspruch nehmen und daher nicht erst im Momente durchgeführt werden können, wenn sich das augenblickliche Bedürfnis, solche Localitäten zur Verfügung zu haben, einstellt.

Auch müsse schon derzeit darauf Bedacht genommen werden, wie im gegebenen Falle diese Localitäten betriebsfähig eingerichtet werden können, und in dieser Beziehung verlange der erwähnte Statthalterei-Erlass die Bekanntgabe der ausgemittelten Localitäten, deren Lage, Größe, Fassungsraum und etwa vorhandene Einrichtung.

In Anspruch genommen werden diese Localitäten selbstverständlich erst dann, wenn die Gemeinde Wien nach den Bestimmungen des bezüglichen Übereinkommens zu deren Beistellung verpflichtet ist; derzeit werden nur jene Vorbereitungen verlangt, welche zur Sicherstellung der Möglichkeit der Erfüllung der von der Gemeinde Wien übernommenen Verpflichtung zur Beistellung von in jeder Beziehung ausreichenden Epidemie-Spitalslocalitäten nothwendig erscheinen. Nur bezüglich der Beistellung einer zur Unterbringung von Cholerakranken geeigneten Localität wurde eine Ausnahme gemacht, nämlich der Beistellung einer solchen im II. Wiener Gemeindebezirke. Die Gründe hiefür sind in dem Statthalterei-Erlasse klar und deutlich aufgezählt.

Es wurde hier von der Gemeinde Wien wohl etwas über den Rahmen des Übereinkommens hinausgefordert, aber nur deshalb, weil es in Berücksichtigung aller im Statthalterei-Erlasse besprochenen Verhältnisse als ganz unerlässlich erscheint für die zahlreiche Bevölkerung des II. Wiener Gemeindebezirkes schon gleich bei Beginn einer etwaigen Cholera-Epidemie Localitäten zur Verfügung zu haben, welche nahegelegen sind und es ermöglichen, den Schwerkranken den stundenweiten Weg ins nächstgelegene Epidemiespital zu ersparen, dessen Zurücklegung für dieselben mit namhaften Qualen und oft auch mit dem Tode schon während des Transportes verbunden wäre.

Es könne wohl vorausgesetzt werden, dass die Gemeinde Wien in Berücksichtigung der hier vorliegenden ganz besonderen Verhältnisse der Bevölkerung die schon so oft und in reichem Maße zugewendete Fürsorge und Opferwilligkeit auch gegenwärtig nicht vorenthalten werde, und sich an den Wortlaut des mehrerwähnten Übereinkommens festklammernd nicht Zustände wird schaffen wollen, welche im Ernstfalle höchst bedauerlicher Natur wären.

Übrigens könnten auch die der Gemeinde durch die Bereitstellung eines solchen Locales im II. Bezirke erwachsenden Kosten keine so bedeutenden sein, wenn erwogen wird, dass es sich doch nur um provisorische Spitalsräume handelt, wofür die einfachsten Baracken genügen würden und die Gemeinde veranlassen, die Vortheile so ganz zu ignorieren, welche sich aus dem Bestande solcher Localitäten für die Bevölkerung eines großen Theiles von Wien ergeben würden; die k. k. Statthalterei kann daher nur ein ganz besonderes Gewicht darauf legen, dass bezüglich der Beistellung solcher Localitäten im II. Wiener Gemeindebezirke der Aufforderung des Statthalterei-Erlasses vom 27. Juli 1892, Z. 46674, unbedingt entsprochen werde. Ebenso müsse Wert darauf gelegt werden, dass die ersterwähnten, in den übrigen Bezirken auszumittelnden Localitäten so rasch als möglich in Evidenz genommen und in der im mehrerwähnten Erlasse vorgeschriebenen Art und Weise der Statthalterei bekanntgegeben werden.

Die anwesenden Vertreter der Gemeinde und des Magistrates Wien erklären, nachdem seitens des k. k. n.-ö. Landes-Sanitäts-Referenten die Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Bereitstellung von Localitäten für Cholerakranke im II. Bezirke und auch das Unerlässliche der Evidenznahme solcher Localitäten in anderen Bezirken für einen allfälligen späteren Bedarf betont und ausführlich dargethan wurde, die betreffenden Aufklärungen voll zur Kenntnis zu nehmen, hierüber aber ohne eine schriftliche Verständigung oder Weisung in ihren Referaten nichts verfügen zu können.

Sie bitten, die Ihnen ertheilten Erläuterungen dem Magistrate Wien schriftlich zukommen zu lassen.

Geschlossen und gefertigt mit dem Bemerken, dass sich die oberwähnten Vertreter der Gemeinde und des Magistrates Wien vor Abschluss des Protokolles entfernt hatten.

Bernd,
k. k. Statthaltereirath.

Dr. Karajan,
k. k. n.-ö. Landes-Sanitätsreferent.

Dr. Negedly,
k. k. Statthalterei-Concipist.

III.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 24. August 1892, Z. 53442:

Wird dem Magistrate in Wien im Nachhange zum h. o. Erlasse vom 20. August 1892, Z. 46674, und mit Beziehung auf den h. o. Erlass vom 27. Juli 1892, Z. 46674 zur Kenntnisnahme mit der bestimmten Aufforderung zugemittelt, den Anordnungen des letztbezogenen h. o. Erlasses mit größter Beschleunigung zu entsprechen und den noch ausständigen Bericht über die diesamtlich im Sinne dieses Erlasses getroffenen Vorkehrungen umgehend zu erstatten.

Wien, am 24. August 1892.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

In Vertretung:

Pflügl.

IV.

G. Z. 158166

VIII.

Bericht des Wiener Magistrates ad Z. 46674 und 53442 in Betreff der Ausmittlung und Bereitstellung von zur Unterbringung von Cholerakranken geeigneten Localitäten.

Hochlöbliche k. k. n.-ö. Statthalterei!

In dem Erlasse vom 27. Juli 1892, Z. 46674, hat die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei unter anderem ausgesprochen, dass sie schon jetzt von der Gemeinde Wien die unentgeltliche Überlassung, beziehungsweise Beistellung einer zur Unterbringung von Cholerakranken geeigneten Localität im II. Gemeindebezirke, eventuell in der Brigittenau in Anspruch nehme und dass sie schon dermalen auf der Bereithaltung einer ausreichenden Anzahl von weiteren, zu Choleraspitälern geeigneten Localitäten bestehe.

Da hinsichtlich dieser Forderungen vor allem die Verpflichtung der Gemeinde hiezu in Betracht zu ziehen war und durch diese Aufträge, welche jedenfalls namhafte, außerordentliche Ausgaben erfordern würden, auch das ökonomische Interesse der Gemeinde berührt wird, so hat der Magistrat im Sinne der Bestimmungen des Gemeindestatutes über diesen Sachverhalt an den Stadtrath berichtet.

Der Stadtrath hat nun in seiner Sitzung vom 19. d. M. den Beschluss gefasst, gegen die vorerwähnten Aufträge der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei eine Vorstellung zu erheben.

Bei diesem Beschlusse ließ sich der Stadtrath von folgenden Erwägungen leiten:

Eine solche Verpflichtung der Gemeinde Wien zur unentgeltlichen Überlassung, beziehungsweise Beistellung von zu Choleraspitälern geeigneten Localitäten muss negiert werden, insolange nicht die Unzulänglichkeit der bestehenden regulären Spitäler des k. k. Krankenhausfondes zweifellos festgestellt sein wird und auch die Reservespitäler vollständig belegt sind, in den Motiven, aus welchen die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei diese Verpflichtung der Gemeinde ableitet, wird aber von der Unzulänglichkeit des Belegraumes der vorhandenen Spitäler gänzlich abgesehen.

Wenn geltend gemacht wird, dass namentlich der Bezirkstheil Brigittenau von dem Kaiser Franz Josef-Spitale und den übrigen Reservespitälern zu weit abgelegen sei und daher mit Rücksicht auf den schnellen Verlauf des Krankheitsprocesses für die Unterbringung von Cholerakranken in diesem Bezirke vorgesorgt werden müsse, so ist doch zu erwägen, dass dieser Gebietstheil von mehreren der regulären Spitäler, deren Belegraum nicht erschöpft ist, nicht allzuweit abliegt, so beispielsweise von der Krankenanstalt Rudolf-Stiftung und wird diesfalls erwähnt, dass in dem neuen, dem k. k. Krankenhausfonde übergebenen, im XVI. Bezirke gelegenen Wilhelminen-Spitale ein ganz isolierter Infectionstract mit einem nicht unbedeutenden Belegraume vorhanden ist, welcher gegenwärtig leer steht, jedoch in kürzester Zeit eingerichtet werden könnte.

Indem der Magistrat in Ausführung des Stadtraths-Beschlusses vom 19. d. M., Z. 4912, diese Erwägungen zur Kenntnisnahme und hochgeneigten Würdigung unterbreitet, erlaubt er sich beizufügen, dass in der Zwischenzeit die Erhebungen wegen Ausmittlung einer als Cholera-Nothspital geeigneten Localität im II. Gemeindebezirke für den Fall der Noth durch das Stadtbauamt gepflogen werden.

Es wird diesfalls in Aussicht genommen, auf den der k. k. Donauregulierungs-Commission gehörigen Gründen nächst der Kaiser Franz Josef-Brücke in der Brigittenau, und zwar auf dem Baublocke VII D G H ein Barackenspital mit 200 Betten zu errichten.

Ein zweiter Bauplatz für die eventuelle Errichtung eines Cholera-Barackenspitales wäre der dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörige große Grundcomplex unter den Kaisermühlen mit der Catasterbezeichnung „Spital-Häufel" am linken Donauufer, am Kopfe der Kronprinz Rudolf-Brücke, unmittelbar an der Kagranerstraße, links und rechts der Schüttaustraße; der Grund ist jedoch dermalen verpachtet.

Dieser Platz ist aber zu obigem Zwecke aus dem Grunde nicht geeignet, weil daselbst das Hochquellenwasser nicht zugeleitet werden kann.

Sonstige der Gemeinde gehörige und für den fraglichen Zweck geeignete Gründe sind im II. Bezirke nicht vorhanden.

Was die in dem eingangs citierten Erlasse erwähnten Döcker'schen Lazarethbaracken anbelangt, so erscheinen dieselben nach dem Gutachten des Stadtbauamtes, sowie nach einer Mittheilung der Direction des k. k. Krankenhauses Rudolf-Stiftung für der abgesehenen Zweck wenig brauchbar.

Wien, am 4. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Prix.

V.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. September 1892, Z. 56705, an den Herrn Bürgermeister von Wien:

„Über den Bericht vom 6. September d. J., Z. 5499, wurde eine commissionelle Verhandlung mit den Leitern der k. k. Wiener Krankenanstalten zu dem Zwecke abgehalten, um festzustellen, ob und eventuell mit welchen Modificationen die Durchführung des von Euer Hochwohlgeboren vorgeschlagenen Planes für die Etablierung der öffentlichen Choleraspitäler in Wien im Hinblicke auf die hiebei zu beachtenden sanitären, hygienischen und sonstigen Rücksichten zulässig erschiene. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlung und der weiter im Gegenstande von der Statthalterei gepflogenen Erhebungen wird Euer Hochwohlgeboren Folgendes eröffnet: Nach den am 9. September d. J. eingeholten Ausweisen der k. k. Krankenhausdirectionen waren an diesem Tage in sämmtlichen acht Wiener k. k. Krankenanstalten 487 Betten zur allgemeinen Aufnahme von nicht infectiösen Kranken verfügbar, welche Anzahl mit Rücksicht auf die Bevölkerung von über 1,300.000 Einwohnern als minial bezeichnet werden muss. Wenn angesichts dieser an sich schon geringen Ziffer weiter erwogen wird, dass dieselbe nur auf den momentan besonders günstigen Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung zurückzuführen ist, auf dessen Dauer mit Rücksicht auf die herannahende schlechtere Jahreszeit erfahrungsgemäß nicht gerechnet werden darf; dass ferner diese Ziffer zufolge der inzwischen bereits an die Direction des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales einerseits und an die anderen Spitalsdirectionen andererseits ergangenen Weisung das Kaiser Franz Josef-Spital zur Reservierung des Belagraumes für Cholerakranke von der Aufnahme anderer Kranken möglichst zu entlasten ist, und beziehungsweise der Belagraum in den anderen k. k. Krankenanstalten durch Aufnahme von Kranken der letzteren Art möglichst stark auszunützen, heute bereits erheblich gesunken sein und noch ferner sinken muss, dass endlich eine absolut volle Benützung aller disponiblen Betten in den k. k. Krankenanstalten naturgemäß aus dem Grunde niemals eintreten kann, weil es selbst in der Zeit der Bedrängnis nicht immer angeht, die Special-Abtheilungen ohneweiters mit Kranken anderer Kategorien bis auf das letzte Bett auszufüllen, so erhellt aus allen diesen Erwägungen, dass die k. k. Krankenanstalten mit alleiniger Ausnahme des für infectiöse Kranke besonders eingerichteten k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales schon heute als voll belegt oder doch nur als zur gewöhnlichen Krankenaufnahme eben noch ausreichend angesehen werden müssen.

Wenn schon hieraus folgt, dass die k. k. Krankenanstalten in Wien (immer mit Ausnahme des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales) im Falle eines epidemischen Auftretens der Cholera nicht im Stande sind, auch die von dieser Seuche Befallenen aufzunehmen, so erscheint diese Aufnahme auch noch außerdem aus spitalshygienischen und bei einzelnen dieser Spitäler auch aus bautechnischen Rücksichten gänzlich unzulässig. Offenbar waren es auch die eben erwähnten Rücksichten, welche Euer Hochwohlgeboren veranlasst haben, das allgemeine Krankenhaus, das Krankenhaus-Wieden, das Stephanie-Spital und das St. Rochus-Spital in Penzing in Ihrem Vorschlage für die Bestimmung von Choleraspitälern als solche nicht in das Auge zu fassen.

Ganz dieselben Rücksichten gelten aber auch bezüglich der k. k. Krankenanstalt „Rudolf-Stiftung", welche einen einheitlichen Gebäudecomplex bildet, ein einheitliches Canalisierungssystem hat, die Schaffung einer entsprechend isolierten Cholera-Abtheilung nicht zulässt und auch nicht in seiner Gänze als Choleraspital gewidmet werden kann. Letzteres ist nämlich aus dem Grunde nicht möglich, weil dieses Spital inmitten eines besonders dicht bevölkerten Stadttheiles liegt, weil die Canäle des Spitales mit den umliegenden Canälen eng communicieren, und weil die Evacuierung dieses Spitales von allen anderen Kranken, welche der Widmung als Choleraspital vorausgehen müsste, aus den mannigfachsten Rücksichten undurchführbar erscheint. In letzterer Richtung sei nur darauf hingewiesen, dass in diesem Spitale stets untransportable Kranke behandelt werden, und dass alle anderen Krankenanstalten zusammengenommen nicht den Raum bieten können, um die Kranken der „Rudolf-Stiftung" auf dieselben vertheilt unterzubringen.

Mit der nachgewiesenen Unmöglichkeit, die k. k. Krankenanstalt „Rudolf-Stiftung" ganz oder theilweise als Choleraspital zu widmen, fällt aber der von Euer Hochwohlgeboren in dem eingangs bezogenen Berichte gemachte Vorschlag bezüglich der Heranziehung der in Wien bestehenden k. k. Krankenanstalten zur Aufnahme von Cholerakranken, und sieht sich die k. k. Statthalterei daher zu ihrem Leidwesen auch außer Stande, dem in dieser Beziehung vorgeschlagenen Plane, nach welchem das Gemeindegebiet von Wien in vier Rayons eingetheilt und jedem derselben ein reguläres Spital zur Aufnahme von Cholerakranken bestimmt werden sollte, beizutreten. Übrigens kann hiebei nicht unbemerkt bleiben, dass durch die Ausführung des in Rede stehenden Planes den in dem mehrerwähnten Berichte hervorgehobenen Übelständen, welche sich aus dem Transporte von Cholerakranken auf größere Entfernungen ergeben, keineswegs abgeholfen würde, nachdem auch bei Einführung der vorgeschlagenen vier Rayons lange und weite Transporte, wie z. B. von Nussdorf oder Grinzing

in das Wilhelminen-Spital, und das Durchfahren mehrerer Bezirke nicht vermieden werden können.

Um aber dem berechtigten Wunsche Euer Hochwohlgeboren auf Decentralisation der Aufnahme der Cholerakranken nach Möglichkeit entgegenzukommen, ist die Statthalterei bereit, außer den Pavillons A, B und C des Kaiser Franz Josef-Spitales (220 Betten) auch den Isolier-Pavillon des Kaiserin Elisabeth-Spitales (44 Betten) und den Infectiösen-Pavillon des Wilhelminen-Spitales (36 Betten) mit Cholerakranken belegen zu lassen, und zwar letzteren, sobald die Zufuhr guten Trinkwassers in genügender Menge gesichert ist, wonach sich in den k. k. Krankenanstalten für Cholerakranke ein Belagraum von 300 Betten ergibt, welche im Nothfalle durch Inanspruchnahme sämmtlicher Räume des Kaiser Franz Josef-Spitales und intensivere Ausnützung des Belagraumes mehr als verdoppelt werden könnte. Die k. k. Statthalterei behält sich vor, den Zeitpunkt der factischen Benützung der Cholera-Abtheilungen im Elisabeth- und Wilhelminen-Spitale dem Wiener Magistrate seinerzeit noch besonders bekanntzugeben.

Außerdem hat die k. k. Statthalterei bereits die Errichtung von Cholera-Expectanzen in allen Wiener k. k. Krankenanstalten angeordnet, infolge dessen stehen im k. k. allgemeinen Krankenhause zwei Expectanzzimmer mit 31 Betten, im Krankenhause Wieden zwei mit 20, in der „Rudolf-Stiftung" zwei mit 48, im Kaiser Franz Josef-Spitale zwei weitere Pavillons mit je 60 Betten und auch im Kaiserin Elisabeth-Spitale, dem Kronprinzessin Stephanie-Spitale, dann dem Wilhelminen-Spitale kleinere solche Expectanzen zu je zwei Zimmern vollständig eingerichtet und mit dem erforderlichen ärztlichen und Wartepersonal zur Verfügung. Hiebei wird ausdrücklich bemerkt, dass diese Expectanzen nicht zur Aufnahme von Cholerakranken, sondern zur Feststellung der Diagnose und ersten ärztlichen Hilfe bei solchen Personen bestimmt sind, welche unter verdächtigen Erscheinungen erkranken und welche daher, wenn sich sofort bei der Aufnahme unzweifelhaft Cholera herausstellt, sogleich mittelst desselben Wagens in das nächstgelegene Choleraspital zu bringen sind, der diese Kranken zuführte. Sollte es die Gemeinde für wünschenswert erachten, dass solche Expectanzen auch in den größeren Wiener Privatspitälern eingerichtet werden, z. B. im Spitale der barmherzigen Brüder, der Elisabethinerinnen u. s. w., so bleibt es der Gemeinde überlassen, sich diesbezüglich mit den betreffenden Spitalsverwaltungen ins Einvernehmen zu setzen.

Nachdem weiter 300 vollständig eingerichtete neue Reservebetten bereitstehen, sowie auch die Beistellung einer entsprechenden Anzahl von Wagen für den Transport von einem Spitale zum anderen und ferner zur Ausmittlung und Herrichtung von Desinfectionsplätzen bei den Spitälern angeordnet wurde, endlich der Krankenanstaltenfonds die ihm von der Commune Wien eventuell zur Verfügung gestellten Epidemiespitäler sofort in vollständigen Betrieb übernimmt, hat die Statthalterei als Verwaltung dieser Fonds damit das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen und darf nun wohl erwarten, dass auch die Commune ihrerseits die ihr nach dem Übereinkommen vom 1. December 1891 und nach den klaren gesetzlichen Bestimmungen obliegenden Verpflichtungen ohne Aufschub im vollsten Maße umsomehr erfüllen werde, als es sich nicht um fernliegende Interessen, sondern um eine imminente Gefahr, um eine herannahende, das Leben der Bewohner der Hauptstadt in so hohen Grade bedrohende Seuche handelt und, wie die Erfahrung lehrt, Versäumnisse in dieser Richtung sich im letzten Momente nicht wieder gut machen lassen.

Indem die Statthalterei die bereitwillige Beistellung des Epidemiespitales an der Triesterstraße mit 240 Betten für Cholerazwecke, sowie die Zusage der Beistellung von communalen Reservespitälern in Meidling und Hernals mit 72, beziehungsweise 50 Betten, dann des Schulgebäudes in Zwischenbrücken zur Unterbringung von Cholerakranken, schließlich die Aufstellung von Baracken zu gleichen Zwecken an geeigneten Orten, insbesondere im II. Bezirke, bei dem Kaiserin Elisabeth-Spitale im XIV. Bezirke und auf Gründen, welche an das Wilhelminen-Spital im XVI. Bezirke grenzen, mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, kann die Statthalterei nicht umhin, Euer Hochwohlgeboren aufmerksam zu machen, dass, wie aus den vorstehenden Darlegungen über die Verhältnisse in den Wiener k. k. Krankenanstalten hervorgeht, nunmehr der Zeitpunkt eingetreten ist, in welchem nach dem Übereinkommen bei der Übergabe der k. k. Krankenanstalten die Unzulänglichkeit dieser Anstalten für die Aufnahme der an der epidemischen Cholera Erkrankten als zweifellos festgestellt anzusehen und sohin die Commune zur Bereitstellung von weiteren Räumlichkeiten für Nothspitäler verpflichtet ist, um bei etwaiger Ausbreitung der Epidemie allen Anforderungen gerecht werden zu können.

Dass diese Verpflichtung der Gemeinde besteht und in den bestehenden Gesetzen begründet ist, hat auch das hohe Ministerium des Innern wiederholt mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Der k. k. Ministerial-Erlass vom 6. Mai 1876, Z. 3170, sagt wörtlich:

„Erheischt die Spitalshygiene zur Zeit des häufigeren Auftretens irgend einer ansteckenden Krankheit, wie z. B. Flecktyphus, Blattern u. s. w. die zeitweise Sistierung der Aufnahme solcher Kranken in die drei Wiener Krankenanstalten bei selbst noch vorhandenem Belegraume und stellt sich deren Isolierung nothwendig dar, so hat nach § 4, lit. a, des Gesetzes vom 30. April 1870 (R.-G.-Bl. Nr. 68) die Gemeinde Wien die örtlichen Vorkehrungen zur Verhütung der Weiterverbreitung solcher Krankheiten durch Eröffnung von Nothspitälern zu treffen."

Ferner bringt der hohe Ministerial-Erlass vom 9. August 1884, Z. 7150, zum Abdrucke: „dass der Gemeinde die Verpflichtung obliege, im Falle des Auftretens einer Cholera-Epidemie im Stadtgebiete von Wien behufs isolierter Verpflegung jener Cholerakranken, welche in den vorhandenen Krankenanstalten wegen Mangels an Belegraum, sowie aus spitalshygienischen Rücksichten nicht aufgenommen werden können, nach Maßgabe des Bedarfes geeignete Spitalslocalitäten (Nothspitäler) einzurichten und zu erhalten". Endlich aber enthält der die Errichtung des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales betreffende hohe Ministerial-Erlass vom 10. Juni 1887, Z. 7962, welche in Folge des hohen Auftrages von Ihren Herren Amtsvorgängern mit hierortigem Erlass vom 12. Juni 1887, Z. 31588, zur vollinhaltlichen Mittheilung an den Magistrat und den Gemeinderath intimiert und demselben laut des Berichtes vom 14. Juni 1887, G.-R.-Z. 3955, mitgetheilt worden ist, die Norm, dass das zu errichtende vierte Spital allerdings die Bestimmung hat, auch Infectionskranke verschiedener Art in epidemiefreien Zeiten aufzunehmen, dass jedoch der Belagraum dieses vierten Krankenhauses keineswegs ausschließlich oder auch nur vorzugsweise zur Unterbringung von Infectionskranken, sondern auch zur Unterbringung anderer Kranken bestimmt sei, und dass die Staatsverwaltung eine Verpflichtung zur Aufnahme von Infectionskranken in irgend eines der in Wien unter ihrer Verwaltung stehenden Krankenhäuser nur insoweit anzuerkennen vermag, als der Belagraum in denselben und die spitalshygienischen Rücksichten die Aufnahme von Infectionskranken gestatten. Durch die Errichtung dieser vierten Krankenanstalt wird daher die Gemeinde Wien von ihrer im Sanitätsgesetze begründeten Verpflichtung, zur Zeit des Herrschens einer Epidemie für die Unterbringung von Infectionskranken in auf Kosten der Gemeinde errichteten Spitälern insoweit Sorge zu tragen, als diese Infectionskranken in den von der Regierung verwalteten vier öffentlichen Krankenanstalten wegen des Mangels an Belagraum oder aus spitalshygienischen Rücksichten nicht untergebracht werden können, nicht befreit. An der in den vorstehenden Erlässen des hohen Ministeriums des Innern ausgesprochenen Verpflichtung der Gemeinde Wien hat auch das anlässlich der Übernahme der ehemaligen Wiener Vororte-spitäler zum Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds zwischen der k. k. Statthalterei und der Gemeinde Wien am 1. December 1891 abgeschlossene Übereinkommen nichts geändert, so dass das hohe Ministerium des Innern auch gegenwärtig noch auf dem in den oben angeführten Erlässen eingenommenen Standpunkte steht. Es muss daher umsomehr erwartet werden, dass die Gemeinde den ihr nach dem Gesetze und diesem Übereinkommen obliegenden Verpflichtungen mit voller Bereitwilligkeit nachkomme, als der Gemeinde aus diesem Übereinkommen eine Reihe wesentlicher Vortheile erwachsen ist, insbesondere die Gemeinde, welche früher im Falle des Ausbruches einer Epidemie die gesammten Kosten für die Epidemiespitäler zu tragen hatte, nunmehr nur für die Beistellung und theilweise Einrichtung der für die Epidemiezwecke erforderlichen Räume, welche letztere überdies gegenwärtig bereits in größerer Anzahl zur Verfügung stehen (Communal-Epidemiespital an der Triester Reichsstraße, Reservespitäler in Meidling und Hernals), aufzukommen hat, während alle übrigen aus diesem Anlasse erwachsenden Kosten, so namentlich jene für das ärztliche und Wartepersonal, für die Verpflegung der Kranken &c. sowie sämmtliche Administrations-Auslagen der Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds übernimmt und auf diesen daher der weitaus größte Theil der aus der Spitalsbehandlung von Kranken im Falle des Ausbruches einer Epidemie erwachsenen Auslagen entfällt. Der k. k. Statthalter sieht sich daher veranlasst, den mit dem hierortigen Erlasse vom 27. Juli d. J., Z. 46674, an den Magistrat gerichteten Auftrag zur Bereitstellung der erforderlichen Nothspitalräume mit allem Nachdrucke zu erneuern, und ladet Euer Hochwohlgeboren ein, diesen Erlass dem Stadtrathe in Erledigung seiner mit Bericht des Magistrates vom 4. September d. J., Z. 158166 anher gelangten Vorstellung gegen den obencitierten Auftrag, Z. 46674, zur Kenntnis zu bringen, gleichzeitig aber auch die entsprechenden Vorkehrungen nicht nur zur Bereitstellung der oben bereits erwähnten Reservespitäler, sondern auch der etwa weiter erforderlichen geeigneten Räume für Cholera-Epidemiespitäler, insbesondere zunächst im II. Bezirke, dann in den übrigen, von den bereits bestimmten Choleraspitälern weit abgelegenen Stadttheilen ohne Verzug zu treffen und über das Verfügte binnen acht Tagen anher zu berichten. Schließlich wird bemerkt, dass von der in dem eingangs bezogenen Berichte ausgesprochenen Absicht, eventuell auf der Donauregulierungs-Commission gehörigen Gründen Cholerabaracken zu errichten, unter einem die Donauregulierungs-Commission mit dem Ersuchen in die Kenntnis gesetzt wird, der Commune Wien hinsichtlich der Ausführung dieses Vorhabens nach Thunlichkeit entgegenzukommen.

Kielmansegg.

VI.

Beschluss des Gemeinderathes vom 16. September 1892:

„Es sei gegen den Statthalterei-Erlass vom 12. September 1892, Z. 56705, der Recurs zu ergreifen."

VII.

Recurs des Bürgermeisters gegen den Erlass der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. Juli 1892, Z. 46674, und vom 12. September 1892, Z. 56705.

Hohe k. k. n.-ö. Statthalterei!

Mit dem hierortigen Erlasse vom 27. Juli l. J., Z. 46674, wurde dem Magistrate mitgetheilt, „dass die hohe k. k. Statthalterei mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse (die drohende Gefahr einer Cholera-Epidemie in Wien) schon jetzt die unentgeltliche Überlassung, beziehungsweise Beistellung nicht nur der Räume des als Filiale des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales geltenden Communal-Epidemiespitales an der Triesterstraße, sondern auch insbesonders die unentgeltliche Beistellung des der Gemeinde Wien gehörigen Epidemiespitales in Hernals XVII. Bezirk, sowie einer für Spitalszwecke geeigneten Localität in der Brigittenau II. Bezirk, für den Moment des Auftretens der Cholera in Wien in Anspruch nehmen müsse."

Gegen diesen Auftrag hat der Magistrat im Sinne des vom Stadtrathe diesfalls gefassten Beschlusses mit Bericht vom 4. September l. J. an die hohe Statthalterei eine Vorstellung überreicht, welche durch den Erlass der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. September l. J., Z. 56705, ihre Erledigung dahin gefunden hat, „dass der mit dem erstgenannten hohen Erlasse an den Magistrat gerichtete Auftrag zur Bereitstellung der Nothspitalsräume mit allem Nachdrucke erneuert würde."

Dieser Erlass stimmt nicht mit dem ersterwähnten überein. Es ist nämlich nicht richtig, dass der erste Erlass den Auftrag zur Bereitstellung der Nothspitäler enthält, vielmehr enthält er den Auftrag zu deren sofortigen unentgeltlichen Überlassung und motiviert denselben auch ausführlich.

Da nun in dem zweiten Erlasse der Auftrag erneuert und derselbe also trotz der Vorstellung bestätigt wird, so muss angenommen werden, dass die hohe k. k. Statthalterei auch jetzt noch die Überlassung der Spitäler schon derzeit verlangt.

Es muss dies umsomehr angenommen werden, als die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei von der bestimmten Absicht der Gemeinde, in Zwischenbrücken eine Schule als Nothspital zu adaptieren und dort, sowie an anderen geeigneten Punkten der Stadt Spitalsbaracken zu erbauen, bereits durch meine mündlichen und schriftlichen Mittheilungen in Kenntnis war und daher nicht anzunehmen ist, dass die hohe Statthalterei einen Auftrag geben wollte, von dessen Vollzug sie bereits unterrichtet ist.

Der Wiener Gemeinderath hat daher in der Sitzung vom 16. d. M. einstimmig den Beschluss gefasst, gegen diesen mit dem hohen Statthalterei-Erlass vom 27. Juli 1892, Z. 46674, gegebenen und mit dem hohen Erlasse vom 12. September l. J., Z. 56705, bestätigten Auftrag hinsichtlich sofortiger Übergabe der communalen Nothspitäler an den k. k. Krankenanstaltenfond den Recurs an das hohe k. k. Ministerium des Innern einzubringen, den ich mit Folgendem begründe:

Die Basis für die rechtliche Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Beistellung von Nothspitälern für den Fall des Ausbruches einer Epidemie in Wien ist das mit Landesgesetz vom 31. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 73 genehmigte Übereinkommen zu der hohen Staatsverwaltung und der Gemeinde Wien hinsichtlich der Übernahme der ehemaligen Vorortespitäler durch die hohe k. k. Statthalterei namens des Wiener Krankenanstaltenfondes.

Nach § 3 dieses Übereinkommens ist die Gemeinde Wien verpflichtet, das Epidemiespital an der Triesterstraße, beziehungsweise die beiden Epidemiespitäler in Unter-Meidling und Hernals der hohen k. k. Statthalterei auf die Dauer des Bedarfes unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wenn im Sinne des Sanitätsgesetzes von Seite der competenten Behörde ausgesprochen worden ist, dass eine Epidemie herrsche, und dass die regulären Spitäler sich als unzureichend erweisen.

Es ist nun zweifellos, dass die erste Bedingung, von deren Erfüllung das Inslebentreten der gedachten Verpflichtung der Gemeinde zur Spitalsübergabe abhängt, derzeit nicht erfüllt ist, nachdem die sanitären Verhältnisse in Österreich und Wien derartige sind, dass seitens der competenten Behörde die amtliche Constatierung des Herrschens einer Cholera-Epidemie nicht zu verfügen war.

Es ist also die der Gemeinde zugemuthete Verpflichtung zur Zeit der seitens der hohen k. k. Statthalterei getroffenen Anordnung und auch heute nicht existent, selbst dann nicht, wenn angenommen würde, dass die im Besitze der hohen k. k. Statthalterei befindlichen regulären Spitäler sich als unzureichend erwiesen haben, was die Gemeinde Wien jedoch nicht anzuerkennen in der Lage ist, weil aus der von der hohen k. k. Statthalterei in dem Erlasse vom 12. September l. J., Z. 56705, constatierten Thatsache, dass am 9. September l. J. in sämmtlichen Wiener k. k. Krankenanstalten 487 Betten zur allgemeinen Aufnahme von nicht infectiösen Kranken verfügbar waren, noch nicht der Schluss gezogen werden kann, dass beim Ausbruche einer Cholera-Epidemie in Wien, in welchem Momente nach dem Ausspruche der Ärzte ein Rückgang der meisten anderen Krankheiten zu erwarten steht, bei Verwendung sämmtlicher Räume in den Wiener k. k. Krankenanstalten sich dieselben schon für den ersten Moment auch wirklich als unzureichend erweisen.

Übrigens kann auch nicht anerkannt werden, dass in den Spitälern nur 487 Betten zur Verfügung stehen. Der Erlass der hohen k. k. Statthalterei berechnet selbst nur die freien Betten für nicht infectiöse „Kranke". — Welche Betten sind aber für infectiöse Kranke frei? Und welche Räume werden verfügbar, wenn die Reinigung und Weißigung durchgeführt ist? Diese Fragen wären wohl zu beantworten, um den freien Belagraum in den Spitälern zu constatieren.

Die Gemeinde Wien hält sich für verpflichtet, ihren Rechtsstandpunkt zu wahren und gegen eine ihr seitens der hohen k. k. Statthalterei zugemuthete, jedoch nach dem Gesetze und dem geschlossenen Übereinkommen nicht bestehende Verpflichtung im Recurswege Stellung zu nehmen; sie **verfolgt aber hiemit keineswegs die Absicht, sich der ihr zukommenden Pflicht, alles vorzukehren, was geeignet und nothwendig ist, um im Momente der Gefahr vollkommen gerüstet zu sein, zu entziehen oder die Anwendung der nothwendigen Vorbereitungsmaßnahmen hinauszuschieben. Die Gemeinde Wien hat alles vorgekehrt, wozu sie sich durch die schuldige Rücksicht auf das sanitäre Wohl der Bewohner der Stadt, durch die Humanität und durch die gesetzliche Bestimmung verpflichtet erachtet.**

Es wurden die nöthigen Einleitungen wegen Einrichtung eines ärztlichen Permanenzdienstes zur Revision der aus verseuchten Gegenden kommenden Reisenden getroffen, es sind die erforderlichen desinficierbaren Krankentransportwägen und die Krankenträger in den Sanitätsstationen in Bereitschaft, es sind alle zur Abstellung sanitärer Übelstände erforderlichen Maßnahmen getroffen, es ist sogar das Epidemiespital an der Triesterstraße dem k. k. Krankenanstaltenfond bereits zur Verfügung gestellt, wozu derzeit eine Verpflichtung nicht vorlag; es sind die übrigen communalen Nothspitäler in Bereitschaft, die Arbeiten zur Adaptierung der Schule in Zwischenbrücken als Nothspital, sowie die Erbauung von Spitalsbaracken in Zwischenbrücken sind in vollem Gange und es sind bereits alle vorbereitenden Schritte im Zuge, um auch an anderen geeigneten Punkten der Stadt, im Falle der Noth, Baracken zu errichten.

Nachdem die Gemeinde Wien sonach mit allem Eifer alles eingeleitet hat, um für den Fall des epidemischen Auftretens der Cholera nach Möglichkeit gerüstet zu sein, und ihrer Verpflichtung in vollstem Maße entsprochen hat, muss sie sich gegen eine über ihre Verpflichtung hinausgehende Anordnung der hohen Regierung wehren, welche im Falle ihrer Durchführung für die Gemeinde auch materiell folgenschwer sein könnte, insoferne bei sofortiger Übergabe der communalen Spitäler der Fall eintreten könnte, dass dieselbe behufs möglichster Vermeidung der Aufnahme der Cholerakranken in den regulären Spitälern in erster Linie zur Unterbringung dieser Kranken herangezogen würde, woraus bei einem stärkeren Auftreten der Epidemie für die Gemeinde die Consequenz erwachsen würde, dass sie zur Beistellung noch weiterer Spitalsräume herangezogen werden könnte, ohne dass die im gedachten Übereinkommen vorgesehene vollständige Ausnützung der regulären Spitäler platzgegriffen hätte.

Ich kann übrigens nicht unerwähnt lassen, dass der Erlass der hohen k. k. Statthalterei vom 27. Juli l. J. dieses Recht der Gemeinde selbst anerkannt, indem es daselbst wörtlich heißt: „Es scheint geboten, dass mit der Bereitstellung von Choleraspitälern und somit auch mit der Beistellung der zur Unterbringung derselben dienlichen Localitäten nicht bis zu jenem Zeitpunkte zugewartet werde, in welchem von der Behörde ausgesprochen worden ist, dass eine Epidemie herrsche, in welchem Falle nach dem Wortlaute des Übereinkommens vom 1. December 1891 erst die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur unentgeltlichen Beistellung der vorhandenen Reservespitäler und anderer geeigneter Localitäten eintreten würde."

Trotzdem aber fordert die hohe k. k. Statthalterei **„schon jetzt die unentgeltliche Überlassung"** der Spitäler — wozu sie also noch nach ihrer eigenen Motivierung nicht berechtigt erscheint.

Ich erlaube mir demnach die ergebene Bitte: Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei wolle diesen Recurs dem hohen k. k. Ministerium des Innern vorlegen, welches gebeten wird, die recurrierten Aufträge der hohen k. k. Statthalterei aufzuheben.

Wien, am 17. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Prix.

VIII.

Z. 59524.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 18. September 1892, Z. 59523, an den Herrn Bürgermeister von Wien.

Laut Eröffnung des hohen k. k. Ministeriums des Innern sind in Podgorce bei Krakau mehrere Todesfälle vorgekommen, welche nach den bisher übrigens noch nicht abgeschlossenen Erhebungen auf Cholera zurückzuführen sind.

Die Gefahr des Auftretens der Cholera in Wien ist also schon sehr nahegerückt.

Da Euer Hochwohlgeboren, wie die Wiener Journale melden, beabsichtigen, gegen den h. ä. Erlass vom 12. d. M., Z. 56705, betreffend die Dispositionen bezüglich der Choleraspitäler an das hohe k. k. Ministerium des Innern zu recurrieren und sich hiezu die Zustimmung des Gemeinderathes erwirkt haben, halte ich es, wenn auch bisher ein solcher Recurs hieramts nicht eingebracht erscheint, bei den gegenwärtigen Verhältnissen für meine Pflicht, Euer Hochwohlgeboren ausdrücklich aufmerksam zu machen, dass einem etwa eingebrachten Recurse gegen die Maßnahmen und Forderungen des bezogenen h. ä. Erlasses mit Rücksicht auf die in Frage kommenden öffentlichen Interessen unter keinen Umständen eine aufschiebende Wirkung zuerkannt werden kann und lade ich Euer Hochwohlgeboren sohin nochmals eindringlichst ein, im Sinne der h. ä. Erlässe vom 27. Juli 1892, Z. 46674 und vom 12. September 1892, Z. 56705, die zur Unterbringung von Cholerakranken im Falle einer solchen Epidemie noch weiter erforderlichen Räume, das heißt geeignete Cholera-Nothspitäler sofort auszumitteln und bereitzustellen, damit die Gemeinde Wien im Momente der Gefahr und des Bedarfes auch in der Lage ist, ihrer Verpflichtung zur Beistellung solcher Nothspitäler thatsächlich und auch rechtzeitig nachkommen zu können.

Dass es sich derzeit nur um die Evidenthaltung und Bereitstellung solcher Spitäler und nicht wie fortwährend vollständig unrichtig angenommen wird, schon um die Beistellung derselben handelt, erscheint nicht nur in den erwähnten h. ä. Erlässen zum Ausdrucke gebracht, sondern wurde insbesondere ganz bestimmt

bei der am 22. August d. J. bei der k. k. Statthalterei stattgefundenen Besprechung über die der Gemeinde Wien aus dem ersten h. ä. Auftrage obliegenden Verpflichtungen in Ansehung der Choleraspitäler aufgeklärt, worüber der h. ä. Erlass vom 23. August 1892, Z. 53442, an den Magistrat in Wien ergieng.

Und auf eine solche Evidenthaltung, Bereitstellung muss gegenwärtig unbedingt gedrungen werden.

Schon bei Abschluss des Übereinkommens vom 1. December 1891 in Betreff der Übernahme der in den ehemaligen nunmehr mit Wien vereinigten Vorortegemeinden bestehenden öffentlichen Krankenanstalten zum Wiener k. k. Krankenanstaltenfond, war die Statthalterei bedacht, bezüglich der Heranziehung der einzelnen Spitäler bei auftretenden Epidemien systematisch nach einem im voraus bestimmten Plane vorzugehen. Dies setzt voraus, dass der Krankenanstaltenfond schon zur Zeit der Gefahr einer Epidemie seine Vorkehrungen und Einrichtungen derart treffe, dass nach Maßgabe des Auftretens, beziehungsweise Fortschreitens der Epidemie sofort die erforderlichen Räume herangezogen und auch — und dies ist die Hauptsache — augenblicklich in Betrieb gesetzt werden können.

Letzteres setzt voraus, dass die Einrichtung vorhanden, dass die Ärzte bestellt, das Wartpersonale aufgenommen, das Verwaltungs- und Dienerpersonale bestimmt ist, u. s. w.

Alles dies kann aber nicht im letzten Momente gethan, muss vielmehr eine geraume Zeit früher ausgeführt werden.

Und in dieser Thätigkeit ist die Statthalterei durch die Verzögerung der Gemeinde Wien in der Evidenznahme und Bekanntgabe der im Falle einer Cholera-Epidemie zur Verfügung stehenden Nothspitäler gehemmt.

Wie sollen Ärzte und Wärter, Beamte und Diener, Einrichtungsgegenstände, Apparate oder Instrumente in entsprechender Anzahl bestellt, in genügender Menge, beziehungsweise in entsprechender Art und Form vorbereitet werden, wenn nicht die Lage, Größe, Menge ꝛc. der seinerzeit, und zwar voraussichtlich schleunigst zum Betriebe zu übernehmenden Nothspitäler bekannt ist.

Wie sehr es nothwendig erscheint, in der oben besprochenen Weise vorzugehen, lehrt uns Hamburg, wo die Seuche momentan und mit solcher Macht auftrat, dass täglich hunderte von Kranken zur Abgabe in die Spitäler gelangten.

Die Intentionen der Statthalterei in Ansehung eines plangemäßen und zielbewussten Vorgehens bei Ausführung der Vorbereitungen für die drohende Epidemie sind richtig und muss ich daher auch der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, dass Euer Hochwohlgeboren die Statthalterei in der Erfüllung ihrer Aufgabe mit vollem Ernste und unter Bedachtnahme auf die eigene Verantwortlichkeit thatkräftigst unterstützen.

Wien, am 18. September 1892.

Kielmansegg.

IX.

Bericht des Bürgermeisters vom 19. September 1892, Z. 5521, an den Herrn Statthalter:

An Se. Excellenz den Statthalter von Niederösterreich Herrn Grafen Erich Kielmansegg.

Die an mich gerichtete Zuschrift vom 18. September 1892, Z. 59524, erlaube ich mir mit Folgendem zu beantworten:

In dem Statthalterei-Erlasse vom 27. Juli 1892, Z. 46674, heißt es wörtlich:

„In dieser Beziehung muss die k. k. Statthalterei schon jetzt die unentgeltliche Überlassung, beziehungsweise Beistellung nicht nur der Räume des Communal-Epidemiespitales an der Triesterstraße, sondern auch insbesondere die unentgeltliche Beistellung des der Gemeinde Wien gehörigen Epidemiespitales in Hernals (XVII. Bezirk), sowie einer für Spitalszwecke geeigneten Localität in der Brigittenau für den Moment des Auftretens der Cholera in Wien in Anspruch nehmen."

Gegen dieses Verlangen, welches nach Ansicht der Gemeinde im Rechte nicht begründet ist, hat der Stadtrath eine Vorstellung an die hohe k. k. Statthalterei überreicht, welcher nicht stattgegeben wurde. Vielmehr wurde der „mit dem h. o. Erlasse vom 27. Juli d. J., Z. 46674, an den Magistrat gerichtete Auftrag zur Bereitstellung der erforderlichen Nothspitalsräume mit allem Nachdrucke erneuert".

Nachdem aber der ersterwähnte Erlass nicht von einer „Bereitstellung", sondern von einer „unentgeltlichen Überlassung" der Spitäler spricht und dessen Ausführung verlangt wurde, so konnte wohl der Gemeinderath diesen Widerspruch der beiden Erlässe nicht anders beseitigen, als durch den Beschluss, den Recurs an das hohe k. k. Ministerium des Innern zu ergreifen.

Es war dies umso nothwendiger, als auch der Statthalterei-Erlass vom 23. August d. J., Z. 53442, keineswegs Aufklärungen enthält, sondern vielmehr die bestimmte Aufforderung enthält, den Anordnungen des letztbezogenen Erlasses (27. Juli 1892) zu entsprechen.

Erst die Zuschrift Euer Excellenz vom 18. September d. J., Z. 59524, bringt die die Gemeinde Wien beruhigende Klarheit, indem Euer Excellenz nunmehr ausdrücklich erklären: „dass es sich derzeit nur um die Evidenthaltung und Bereitstellung solcher Spitäler und nicht, wie fortwährend vollständig unrichtig angenommen wird, „schon um die Beistellung derselben handelt".

Da hiedurch der von der Gemeinde vertretene Rechtsstandpunkt anerkannt ist, wird eine Beschwerdeführung selbstverständlich gegenstandslos, und werde ich daher beim Gemeinderathe die Zurückziehung des Recurses beantragen.

Was die Evidenthaltung und Bereitstellung der Nothspitäler anbelangt, so haben weder ich noch die Gemeinde jemals irgend eine Einwendung dagegen erhoben.

Vielmehr habe ich schon in der unter dem Vorsitze Euer Excellenz bei der k. k. Statthalterei abgehaltenen Conferenz ausdrücklich erklärt, dass seitens der Gemeinde alle Vorbereitungen hiezu getroffen werden. Ich habe, gestützt auf die vom Gemeinderathe mir ertheilte Vollmacht, ungesäumt die Adaptierung der Schule in Zwischenbrücken zu einem Choleraspitale für 120 Betten, dann die Erbauung von drei Baracken, anschließend an diese Schule, für je 40 Betten, zusammen 120 Betten angeordnet.

Auch habe ich verfügt, dass die Plätze für die Aufstellung von Baracken beim Kaiser Franz Josef-Spitale, beim Elisabeth-Spitale und beim Wilhelminen-Spitale gesichert werden, und endlich dafür gesorgt, dass die Reservespitäler (Unter-Meidling mit 72 Betten und Hernals mit 50 Betten) zur Übergabe im Falle der Noth bereit stehen.

Wie entgegenkommend sich die Gemeinde Wien erwiesen hat, beweist wohl der Umstand, dass seitens derselben das Epidemiespital an der Triesterstraße mit 240 Betten schon derzeit (wozu eine Verpflichtung nicht vorlag) dem Krankenanstalten-Fonde übergeben worden ist. Von allen diesen Maßregeln ist die hohe k. k. Statthalterei mündlich und schriftlich in Kenntnis gesetzt worden.

Die Gemeinde Wien und ihre Organe haben unter meiner beständigen Aufsicht mit Aufwendung aller ihrer Kräfte gearbeitet und es muss daher schmerzlich berühren, wenn in thatsächlich unrichtiger Weise von einer Verzögerung seitens der Gemeinde Wien gesprochen wird.

Es wird sich nicht feststellen lassen, dass die Thätigkeit der Statthalterei in Betreff der Einrichtung der Nothspitäler, des Wartepersonales und der Ärzte ꝛc. irgendwie gehemmt worden ist.

Die Reservespitäler und ihre Einrichtung ist der hohen k. k. Statthalterei aus den mit der Gemeinde Wien geschlossenen Übereinkommen vom 1. December 1891 bekannt, und dass in Zwischenbrücken ein Nothspital für 120 Betten und drei Baracken für ebensoviele Betten errichtet werden, wurde der hohen k. k. Statthalterei bereits mit meinem Berichte vom 6. September 1892, Z. 5499, also vor 14 Tagen, mitgetheilt. Ebenso ist mit dem gleichen Berichte mitgetheilt worden, dass für den Fall der Noth die Errichtung von Baracken vor dem Elisabeth-Spitale und auf den Gründen, welche das Wilhelminen-Spital umgeben, in Aussicht genommen wird.

Ich kann daher nicht zugeben, dass der hohen k. k. Statthalterei die Vorkehrungen der Gemeinde nicht bekannt gewesen sind.

Schließlich mögen Euer Excellenz gestatten, dass ich meine allerdings ganz unmaßgebliche Meinung dahin vorbringe, dass es mir im Interesse einer möglichst schleunigen und genauen geschäftlichen Behandlung der sogenannten Cholera-Agenden gelegen erschiene, wenn an die Stelle des schriftlichen Verkehres, soweit als möglich, der mündliche Verkehr zwischen Statthalterei und Gemeinde treten würde.

Die betheiligten Referenten des Magistrates sind angewiesen, wenn dies dortamts gebilligt wird, mit den betreffenden Referenten der k. k. Statthalterei sich ins Einvernehmen zu setzen; ich selbst bin jederzeit zur gewünschten Besprechung und Berathung bereit, nach meiner Meinung ohne Schaden für die Sache auch Aufträge zu den Berichterstattungen, mit denen ich und der Magistrat in letzter Zeit überhäuft werden, könnten mündlich, ja selbst im Wege des Telephons erfolgen.

Der Bürgermeister:

Dr. Prix.

X.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. September 1892. — Bürgermeister Dr. J. Prix macht folgende Mittheilung:

„Ich habe die Ehre, Folgendes mitzutheilen: Der Gemeinderath hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen die Erlässe der Statthalterei vom 27. Juli und 12. September, in welchem die unentgeltliche Beistellung der Nothspitäler verlangt worden ist, den Recurs zu ergreifen. Se. Excellenz der Statthalter hat nun in einer Zuschrift an mich die bestimmte Erklärung abgegeben, dass es sich derzeit nur um die Evidenthaltung und Bereithaltung solcher Spitäler und nicht, wie vollständig unrichtig fortwährend angenommen wird, schon um die Beistellung derselben handelt, und dass dies nicht nur in den erwähnten Erlässen ausgedrückt erscheint, sondern auch in einem Protokolle vom 22. August, das bei der Statthalterei aufgenommen worden ist. Nachdem nun von Seite der hohen Statthalterei der Rechtsstandpunkt der Gemeinde Wien klar anerkannt ist, mithin eine Differenz zwischen Statthalterei und Gemeinde nicht mehr besteht, erscheint der Recurs gegenstandslos. Die Herren werden einverstanden sein, dass derselbe zurückgezogen wird." (Lebhafte Zustimmung.) „Einverstanden."

XI.

Bericht des Bürgermeisters vom 21. September 1892, Z. 5521, an den Herrn Statthalter:

Hohe k. k. n.-ö. Statthalterei!

Unter Bezugnahme auf die von Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter an den Bürgermeister gerichtete Zuschrift vom 18. September 1892, Z. 59524

worin erklärt wurde, dass es sich derzeit nur um die Evidenthaltung und Bereitstellung und nicht um die Beistellung von Nothspitälern handelt, und dass in diesem Sinne auch die h. ä. Erlässe vom 27. Juli 1892, Z. 46674, und vom 12. September 1892, Z. 56705, aufzufassen sind, hat der Gemeinderath in der Erwägung, dass hiedurch der Rechtsstandpunkt der Gemeinde Wien anerkannt ist, somit eine Differenz in der Rechtsauffassung zwischen der hohen k. k. Statthalterei und der Gemeinde Wien nicht mehr besteht, in seiner Sitzung vom 20. September 1892 den Beschluss gefasst, den Recurs gegen die oberwähnten Erlässe zurückzuziehen.

Demgemäß bitte ich:

Die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei wolle dies zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 21. September 1892.

Der Bürgermeister:

Dr. Prix.

XII.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 22. September 1892, Z. 59672, an den Herrn Bürgermeister von Wien:

Die Berichte vom 19. und 20. d. M., Z. 5521, mit welchen verweigert wurde, dass der namens der Gemeinde Wien eingebrachte Recurs gegen den mit dem hierortigen Erlasse vom 27. Juli 1892, Z. 46674, ertheilten und über die dagegen erhobene Vorstellung des Stadtrathes mit dem hierämtlichen Erlasse vom 12. September 1892, Z. 56705, aufrecht erhaltenen und erneuerten Auftrag in Bezug auf die Beistellung, beziehungsweise Bereitstellung der Epidemiespitäler und anderer Nothspitäler zur seinerzeitigen Unterbringung von Cholerakranken mit Rücksicht auf die im hierämtlichen Erlasse vom 18. September 1892, Z. 59524, erflossene Aufklärung zurückgezogen werde, wird unter Verweisung auf die hierämtlichen Erlässe vom 27. Juli d. J., Z. 46674, vom 24. August d. J., Z. 53442, und vom 12. September d. J., Z. 46705, zur Kenntnis genommen.

Hiebei wird mit Bezug auf das von Euer Hochwohlgeboren gestellte Ersuchen, im Interesse einer möglichst schleunigen und genauen geschäftlichen Behandlung der auf die Cholera Bezug nehmenden Agenden soweit als möglich den mündlichen Verkehr eintreten zu lassen, bemerkt, dass die k. k. n.-ö. Statthalterei schon von allem Anfange auf einen solchen mündlichen Verkehr ein besonderes Gewicht gelegt hat, dass namentlich schon dem ersten recurrierten Erlasse eine mündliche Besprechung mit allen betheiligten Factoren vorausging, und eine solche mündliche Verhandlung auch am 22. August l. J. zum Zwecke der Richtigstellung der nicht zutreffenden Auffassung der Gemeinde, bezüglich der in diesem Erlasse verlangten Choleramaßnahmen stattfand, allerdings ohne dass das Protokoll über diese Verhandlung von der Gemeinde entsprechend berücksichtigt worden wäre.

Ich werde sohin auch fernerhin an dem Grundsatze mündlicher Verständigung und Besprechung in der Behandlung der Cholera-Agenden festhalten.

Wien, den 22. September 1892.

Kielmansegg.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 27. September 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	4463 Stück
Fettschweine	6754 „
Summa .	11217 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8476 Stück
für das Land	1141 „
unverkauft blieben	1600 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . .	von 31 bis 45 kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 34 „ 40 „	

Infolge des starken Auftriebes war die Kauflust ziemlich flau, daher Jungschweine um 2 kr. und Fettschweine um 1 kr. per Kilo im Preise gefallen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 27. September 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 707 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—360 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 27— 52 fl. „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 29. September 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 923, Kälber lebend 2205, Lämmer Waidner 34, Lämmer lebend 35, Schafe Waidner 507, Schafe lebend 11.335.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von 34	bis 62	kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „	30 „	52	„
Lämmer Waidner „ Paar	von 4	bis 5	fl.
Lämmer lebend „ „ „	5 „	10	„
Schafe Waidner „ Kg.	von 28	bis 40	kr.
Schafe lebend . „ Paar .	von 7	bis 20	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden gegen die Vorwoche um 17 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei ziemlich flauer Kauflust haben die lebenden Kälber einen Preisrückgang von 2 kr. und die Waidner Kälber um 4 kr. per Kilo erfahren.

Auf dem Schafmarkte wurden um 7379 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Infolge des starken Auftriebes sind die Preise um 1 fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 29. September l. J. 121 Stück Mast-, 92 Stück Weide- und 253 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Bierpreise im Monate September 1892.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11½°	fl. 9.30 bis fl. 9.80
„ böhmisches, oberösterr. II. . .	9 „ 10°	„ 8.90 „ „ 9.20
Lager, Wiener	12 „ 13°	„ 13.— „ „ 14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 „ 14½°	„ 14.— „ „ 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11 „ 12°	„ 15.— „ „ 16.—
Pilsner	11 „ 12°	„ 16.75 „ „ 17.50

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 kr.	per Liter über die Gasse,
„	12 „ 16 „	„ „ im Locale,
Lager und Märzen	18 „ 24 „	„ „ über die Gasse,
„ „ „	20 „ 30 „	„ „ im Locale,
Böhmisches, Pilsner	26 „ 32 „	„ „

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter 11 bis 14 kr.
Lager „ „ „ „ „ . . . . . „ „	18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „ . . . . . „ „	24 „ 30 „

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 22. September 1892.

Berger Alexander — Agent — I., Renngasse 15.

Schinkovc Michael — Kleinhandel mit Brennholz — V., Wildemanng. 1.

Eggenhofer Karl — Cantine — I., Seilerstätte, Ecke der Fichtegasse.

Tauszky Max und Tauszky Bertha — Cognac-Verschleiß — I., Schottenring 26.

Strack Eduard Julius — Delicatessen-Verschleiß — I., Rathhausstr. 9.
Zampis Victor — Commissions-Verschleiß von Farbwaren — VI., Dürergasse 13.
Rosenthal Hugo — Fabriksmäßiger Betrieb des Feilhauergewerbes — X., Canongasse 16.
Wollner Therese — Fiakergewerbe — VIII., Breitenfeldergasse 13.
Binder Siegfried — Friseur und Raseur — IV., Taubstummengasse 1.
Hlaváček Josef — Friseur — I., Salzgries 23.
Sidy Franz — Gärtnergewerbe — XIX., Heiligenstadt, Gärtnerg. 59.
Lehner Benedict — Gastwirtsgewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Hauptstraße 48.
Löhner Anna — Wirtsgewerbe (Fortbetrieb) — VI., Liniengasse 44.
Rohm Johann — Gastwirt — V., Wimmergasse 9.
Fleißig Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 20.
Grafinger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstr. 87.
Humer Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 70.
Kerschensteiner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 37.
Pell Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Blindengasse 21.
Reichmann Itte Lea — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstr. 4.
Sobin Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Magdalenenstr. 15.
Brunner Hermann — Glaser — III., Beatrixgasse 18.
Hirnschall Anton — Graveurgewerbe — VII., Hermanngasse 25.
Zampis Victor — Handelsagentie — VI., Dürergasse 13.
Egther Franz — Kaffeesiedergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 23.
Metz Michael — Kaffeesiedergewerbe — III., Schlachthausgasse 25.
Einfiedl Rudolf — Herrenkleidermacher — V., Krongasse 16.
Hauser Josefine — Damenkleidermachergewerbe — VI., Luftbadgasse 3.
Perina Franz — Herrenkleidermachergewerbe — VII., Halbgasse 16.
Schaur Marie — Damenkleidermachergewerbe — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 11.
Wimpfen Dionys, Freiherr von — Lebensversicherungs- und Ersparnisbank-Repräsentant — I., Volksgartenstraße 3.
Nowak Margaretha — Milch-Verschleiß — V., Schlossgasse 4.
Rößler Rosina — Modistin — VII., Westbahnstraße 34.
Szillay, geb. Kaldarar Friederike — Pfaidlerin — VIII., Lerchenfelderstraße 58.
Blahaut Wolfgang — Posamentierer — VII., Westbahnstraße 46.
Adam Franz — Schuhmachergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Theresiengasse 16.
Brasse Anton — Schuhmacher — V., Matzleinsdorferstraße 5.
Hulli Georg — Schuhmachergewerbe — II., Marchfeldstraße 15.
Lukas Karl — Schuhmacher — VII., Kirchengasse 13.
Vejvara Johann — Schuhmachergewerbe — II., Greiseneggergasse 5.
Launer Franz — Selchwaren-Verschleiß — VIII., Laudongasse 18.
Sidler Franz Xaver — Selchwaren-Verschleiß — V., Herthergasse 9.
Stern Adolf — Spenglergewerbe — II., Jägerstraße 25.
Hrbeck Vincenz — Uhrmacher — VIII., Dreilaufergasse 12.
Fibich Johann — Victualien-Verschleiß — V., Diehlgasse 23.
Rößl Bernhard — Victualien-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 65.
Weichhardt Marie — Victualienhandel — IV., Kärntherthormarkt.
Werner Jetti — Victualien-Verschleiß — VII., Markthalle.
Doht, geb. Kisoudil Johanna — Wohnungsvermietung — IX., Universitätsstraße 4.
Horak Pauline — Weißnäherin — IV., Hauptstraße 23.
Späth Barbara — Wäscheputzerin — II., Erzherzog Karl-Platz 13.
Wasserdrüdinger Mina — Ein- und Verkauf von Waren — III., Erdbergstraße 39.
Knür Johann — Zimmermannsgewerbe — XI., Kaiser-Ebersdorf 119.
Sironi Luigi — Zuckerbäcker — XI., Simmering, Hirschengasse 19.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. September 1892.

Petz Paul — Bierdepot — XI., Kaiser-Ebersdorf 27.
Talamini Francisca — Canditen- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt in der Brunnengasse.
Bauernfeind Elisabeth — Cantine — I., Börsegasse, Ecke Tiefer Graben.
Köchel Marie — Fächergestelltischlerei (Fortbetrieb) — XIII., Speising, Hauptstraße 35.
Weinberger Karl Franz — Feinzeugschmied — XVI., Ottakring, Marktplatz 7.
Waißnix Ludmilla — Fiakergewerbepacht — II., Asperngasse.
Czirkursz Adolf — Friseur und Raseur — XVIII., Währing, Hauptstr. 1.
Jeremias Apollonia — Fächermachergewerbe — VI., Mariahilferstr. 79.
Rosenmeier Josef — Friseur und Raseur — VI., Stumpergasse 13.
Buchmayer Anna — Gastwirtin — XVIII., Währing, Herrengasse 37.
Glatz Rudolf — Gastwirt — XVIII., Währing, Schulgasse 9.
Huber Therese — Gastwirtin — XVIIII., Währing, Gürtelstraße 65.
Immervoll Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Feldgasse 32.
Kramer Georg — Gastwirt — XVIII., Gersthof, Neuwaldeggerstr. 33.
Neff Franz — Gastwirtsgewerbe — V., Wimmergasse 17.
Reisenleitner Marie — Gastwirtin — XVIII., Währing, Johannesg. 17.
Sauer Marie — Gasthausgewerbe — XVI., Ottakring, Degengasse 12.
Weißhappel Jakob — Gastwirt — XVIII., Währing, Klostergasse 9.
Zwicker Jakob — Gastwirt — XVIII., Währing, Weinberggasse 13.
Dwořak Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Rampersdorferg. 4.
Honigmann Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Felbergasse 4.
Pohler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 17.
Pribil Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Högelmüllergasse 7.
Pritz Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 13.
Mayssen Johann — Geschäfts-Vermittlung — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 6.
Karl Katharina — Greißlergewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 6.
Schäffer Gottlieb — Handschuhmachergewerbe — VII., Kaiserstraße 77.
Prohaska Marie — Hutmachergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Siebensterngasse 16.
Knabl Franz — Erzeugung von giftfreier Insectenvertilgungs-Tinctur — VIII., Langegasse 58.
Schestorad Albert — Kaffeeschank — VIII., Josefstädterstraße 37.
Rimovcky Johann — Kamm- und Fächermacher — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 3.
Hönigmann Magdalena — Verschleiß von gebratenen Kastanien und Äpfeln — XVI., Neulerchenfeld, vor dem Hause 40 Kirchstetterngasse.
Siedar Josef — Kastanienbrater — VII., Kaiserstraße, Ecke der Seidengasse 34.
Beranek Franz — Herrenkleidermacher — VII., Neubaugasse 77.
Maresch Wilhelmine — Damenkleidermacherin — IV., Pressgasse 4.
Pötscher, geb. Holzinger Josefa — Kleinfuhrwerkerin — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 30.
Prokop Auguste — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Hauptstr. 42.
Wenzl Anton — Herrenkleidermacher — VII., Schottenfeldgasse 1.
Schlandt Friedrich — Kleinholz- und Kohlenhändler — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 13.
Klier Emilie — Kunstblumen-Erzeugerin — V., Wimmergasse 14.
Fischer Emanuel — Manufacturwaren-Commissionshandel — XVI., Ottakring, Rittergasse 18.
Woller Marie — Marktvictualienhändlerin — Neulerchenfeld, Thaliastraße, Marktstand.
Kaissinger Marie — Mieder-Verschleiß — X., Himbergerstraße 7.
Rastner Moriz — Milchmeier — XVIII., Gersthof, Hauptstraße 95.
Zimbrich Anton — Musikinstrumenten-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 42.
Chytra Johann — Musikschule — XI., Simmering, Hauptstraße 147.
Leo Heinrich — Aufstellung von automatischen Personenwaagen — IX., Währingerstraße 37.
Morgeneier Albine — Pfaidlerei — VII., Stuckgasse 7.
Huber Johann — Handel mit Reibsand und Waschein im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 39.
Kaden Franz — Schmalzraffinerie — XII., Gaudenzdorf, Jakobstr. 18.
Wagner Philipp — Schuhmachergewerbe — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 54.
Brunner Karoline — Selchwaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldg. 16.
Bergmann Amalie — Tischlergewerbe — VII., Halbgasse 7.
Blaziczek Albine — Handel mit Victualien im Umherziehen — XVIII., Währing, Antonigasse 54.
Tschinkl Anna — Victualienhandel im Umherziehen — V., Wienstraße 26.
Wimmasal Josef — Wäscheputzer — IV., Hauptstraße 66.
Richter Johann — Ausschank von Wein und Bier — XVIII., Währing, Gürtelstraße 94.
Rosenthal Franz Karl — Weinschank — XVIII., Salmannsdorf, Mariengasse 56.
Korda Johann — Wildbret- und Geflügelhandel — XVIII., Währing, Marktplatz.
Bernardin Oswaldo de — Zuckerbäckergewerbe — XVIII., Währing, Annagasse 48.
Zeidler Theresia — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. September 1892.

Lange Franz — Commissionsweiser Verschleiß von Blumenkörben — I., Singerstraße 12.
Kruis Johann und Gallée Rudolf — Eisengießerei-Fabrik — X., Sonnleithnergasse.
Lieberth Francisca — Einspännergewerbe — XVII., Hernals, Bergsteigg.
Roller Anton — Fleischselcher — XVII., Hernals, Lessinggasse 2.
Wanaus Josef und Wendler Albert — Handel mit fotografischen Bedarfsartikeln — VI., Kanalgasse 5.
Herlinger Josef — Geflügelhandel — XVI., Ottakring, Elisabethgasse, Markt.
Futschik Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 2.
Zauner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Bandgasse 36.
Blaß Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Hauptstraße 14.
Kuhn Marie — Damenkleidermacherin — VI., Sandwirtgasse 18.

Zaruba Josef — Herrenkleidermacher — VII., Zieglergasse 45.
Kutschera Josef — Korbflechterei — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 50.
Lehr Helene — Marktfierantie — XVII., Hernals, Hauptstraße 114.
Bacz Georg — Marktvictualienhandel — XVII., Hernals, Dornerplatz (Stand).
Glaser Anna — Musikergewerbe — III., Löwenherzgasse 13.
Borovicka Theresia — Möbelhandel — XVI., Ottakring, Rittergasse 18.
Lanyator Elisabeth — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Hernals, Blumengasse 3.
Schwabe Paul — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — IX., Liechtensteinstraße 104.
Supparitsch Michael — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Antongasse 43.
Wacha Johann — Schuhmacher — VI., Liniengasse 38.
Weikmann Franz — Selchergewerbe — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 44.
Hanesl Franz — Webergewerbe — XVI., Ottakring, Lienfeldergasse 29.
Koblenzer Martin — Mechanische Wirkerei — V., Wienstraße 79.
Hoffmann Odön — Wirtsgewerbe — V., Brandmayergasse 15.
Bortolot Victor — Zuckerbäcker — VII., Bernardgasse 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. September 1892.

Kus Josef — Branntwein- und Theeschank — V., Hundsthurmerstr. 55.
Binder Clement — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Getreidemarkt 16.
Hamann Friedrich — Commissionswaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 111.
Springer Marie — Decken- und Matratzenmachergewerbe — I., Wollzeile 24.
Raff Max — Einspännergewerbe — VII., Kaiserstraße bei Nr. 1.
Weininger Leopold — Ein- und Verkauf von altem Eisen — XII., Unt.-Meidling, Rudolfsgasse 22.
Bauer Veronika — Fragnergewerbe — VI., Thurmburggasse 6.
Schmidt Johann — Gastwirt — XVII., Hernals, Gürtel 31.
Engel Adolf — Gemischtwarenhandel — XVI., Ottakring, Langegasse 3.
Gabriel Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstr. 8.
Koch Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Brückengasse 11.
Stadlmayer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schlösselg. 17.
Devidé Marie — Goldstickergewerbe — VII., Mondscheingasse 6.
Höcker August — Handelsagentie — VI., Barnabitengasse 10.

(Das Weitere folgt.)

Ad Prot.-Nr. 168864

Ref.-Nr. 2531 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Neugasse im XIV. Bezirke vom Marktplatze bis zur Prinz Karl-Gasse, dann für die Umpflasterung der Prinz Karl-Gasse von der Neugasse bis zur Dreihausgasse** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 3046 fl. 73 kr. und 215 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die den Projecten beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der den Projecten beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 141014

Ref.-Nr. 2060 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Schwarzspanierstraße im IX. Bezirke** im Kostenbetrage von 2527 fl. 76 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 155226

Ref.-Nr. 2302 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau eines Haupt-Unrathscanales in der Eßterházygasse im VI. Bezirke längs der Häuser Or.-Nr. 1, 3, 5 und für die Ver-**

längerung dieses Canales in der Ufergasse im veranschlagten Kostenbetrage von 2400 fl. 70 kr. nebst 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1892. 2–2

Ad Prot.-Nr. 170211
Ref.-Nr. 2556 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales in der Schöffelgasse im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 503 fl. 28 kr. und 150 fl Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 2–3

Ad Prot.-Nr. 170213 ex 1892.
Ref.-Nr. 2558. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten, resp. Lieferungen für die Umpflasterung der Thalgasse im XV. Bezirke von der Schönbrunnerstraße bis zur Schule; für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters längs der Schule in der Blüthen- und Clementinengasse; endlich für die Pflasterung der Clementinengasse vor Or.-Nr. 28, und zwar:**

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 2113 fl. 33 kr. nebst 200 fl. Pauschale,

2. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 3870 fl. 90 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. October** d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1892. 2–2

Ad Prot.-Nr. 153925
Ref.-Nr. 2270 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Neugasse im XIV. Bezirke zwischen der Hauptstraße und der Prinz Karlgasse** im veranschlagten Kostenbetrage von 1336 fl. 72 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **6. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit mit einer 50 kr. Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 2—3

Z. 131819 ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von geraden und Façonröhren** im veranschlagten Kostenbetrage von 258165 fl. 88 kr. und der **Lieferung der hiezu erforderlichen Schieber, Hydranten und Maschinenbestandtheile** im veranschlagten Kostenbetrage von 107.500 fl. zur Ausführung von Rohrleitungen der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in den ehemaligen Vorortegemeinden wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 11. October l. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im neuen Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches sich entweder auf die ganze Lieferung oder auf eine Gruppe derselben zu erstrecken hat, ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Diese Arbeiten sind nur durch Gewerbsberechtigte in Ausführung zu bringen und werden vom Stadtbauamte strenge überwacht werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1892. 3—3

Prot.-Nr. 164853
Ref.-Nr. 1694. V. ex 1892.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Lieferung von circa 36.000 kg Wieser Förderkohle, eventuell Leobener geworfene Stück- oder Förderkohle, beziehungsweise Ostrauer oder oberschlesische Stückkohle Iª Qualität nach Auswahl, franco** Bahnhof Pottschach, in Waggon beigestellt, für das Schöpfwerk der Gemeinde Wien zu Putzmannsdorf in der Gemeinde Pottschach für das Jahr 1893 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Freitag den 21. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im obbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 250 fl. in barem oder in pupillarsicheren Wertpapieren anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Dieses Vadium hat für den Ersteher als Caution zu gelten.

Die Lieferung wird nur Gewerbeberechtigten übertragen und vom Stadtbauamte strenge überwacht werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. September 1892. 1—3

Ad Prot.-Nr. 69070
Ref.-Nr. 918 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Einwölbung des Sulzbaches in Salmannsdorf im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 4189 fl. 82 kr. und 600 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenz-

stadt Wien am **4. October d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 167916
Ref.-Nr. 2009 ex 1892. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung des für die städtischen Gartenanlagen im Jahre 1892 zur Erhaltung der Gehwege und zum Bestreuen derselben im Winter erforderlichen Sandquantums von 225 m³ (Kaltenleutgebener) Gebirgs-Rieselsand und 225 m³ feinem Donau-riesel (sogenannten Asphaltriesel)** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am **Samstag den 8. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 321108
Ref.-Nr. 2457 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Hüttel-dorferstraße im XIII. Bezirke (Breitensee) zwischen der Kendler-straße und Reinlgasse** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 10.720 fl. 34 kr. und 1150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. September 1892. 2—3

Ad Prot.-Nr. 134093
Ref.-Nr. 1998 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass, ferner in der Straße entlang der Bahnanlage der Nordbahn und durch den dritten Nordbahn-Durchlass mit der Einmündung in den Haupt-Unrathscanal der Dresdnerstraße** im veranschlagten Kostenbetrage von 11.784 fl. 97 kr., einschließlich der Kosten für die **Lieferung der hydraulischen Bindemittel** per 362 fl. 60 kr. für den **in der Straße durch den fünften Nordbahn-Durchlass herzustellenden Canal aus Ziegel-mauerwerk** und einem Pauschale von 1650 fl. für unvorhergesehene Mehrarbeiten wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **3. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im**

Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. September 1892. 2—2

Ad Prot.-Nr. 153928
Ref.-Nr. 2273 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters in der Fahrbahn am Stephansplatz längs des fürsterzbischöflichen Palais und des Zwettlhofes** im veranschlagten Kostenbetrage von 8305 fl. 53 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **1. October d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. September 1892. 3—3

Z. 109256
XI.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der Lieferung der im Jahre 1893, eventuell in den Jahren 1893 bis inclusive 1895, erforderlichen **Tuch-, Leinen- und Wollwaren** für die Wiener städtischen Versorgungsanstalten und Armenhäuser, für die städtischen Waisenhäuser und für das städtische Asyl- und Werkhaus findet am **Montag den 17. October 1892, um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle im Wiener neuen Rathhause** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt.

Das muthmaßliche Erfordernis der bei dieser Offertverhandlung sicherzustellenden Artikel wurde mit nachstehenden Quantitäten ermittelt:

I. Tuchwaren.

		Erfordernis pro 1893	eventuell 1893—1895
1.	Mohrengraues Tuch	2.400 m	7.200 m
2.	Kothgraues „	2.600 „	8.000 „
3.	Moldon (Frauenkleiderstoff)	3.650 „	11.000 „
4.	Rothes Tuch	10 „	30 „

II. Leinenwaren.

		Erfordernis pro 1893	eventuell 1893—1895
5.	Weiße Hemdenleinwand	21.700 m	64.000 m
6.	Gatienleinwand	7.300 „	22.000 „
7.	Handtücher- und Leintücherleinwand (doppelt breit)	7.400 „	22.000 „
8.	Blaue Leinwand	4.200 „	13.000 „
9.	Handtücherzeug	600 „	1.600 „
10.	Ungebleichte Leinwand	1.100 „	3.200 „
11.	Halbgebleichte Leinwand	1.200 „	3.500 „
12.	Rupfenleinwand	5.600 „	16.500 „
13.	Nanking	100 „	500 „
14.	Quadrilliertes Bettzeug	1.250 „	3.500 „
15.	Eingelassener ungebleichter Zwilch	3.800 „	11.000 „
16.	Weißer Plachenzwilch	150 „	650 „
17.	Blaugedruckte Sacktücher	5.500 Stück	17.000 Stück
18.	Quadrillierte Halstücher:		
	a) für Männer	2.300 „	6.700 „
	b) für Weiber	2.600 „	8.500 „
19.	Grün gefärbter Zwilch	450 m	1.300 m
20.	Sommerdrill	530 „	1.550 „
21.	Braungestreifte Matratzengradl	300 „	1.300 „
22.	Convertdeckenstoff	2.250 „	6.800 „
23.	Schlafrockstoff	150 „	450 „

III. Wollwaren.

	Erfordernis pro 1893	eventuell 1893—1895
24. Blau geraubter Barchent . .	6.000 m	18.000 m
25. Grauer Futtercattun	7.300 „	22.000 „
26. Kalmuk	140 „	450 „
27. Schwarzer Futtercattun . . .	600 „	1.800 „

Die Anschaffung der Stoffe geschieht nicht nach bereits approbierten Mustern, sondern es haben die Herren Offerenten ihre eigenen Muster, und zwar von jeder Sorte mindestens ein halbes Meter, vorzulegen, aus welchen eine Commission die dem Stadtrathe zu empfehlenden Muster auswählen wird.

Bemerkt wird weiters, dass die in den Erfordernis-Ausweisen angegebenen Stoffbreiten nur als Minimalbreiten zu gelten haben, und dass von den Offerenten daher auch Muster mit größerer, etwa handelsüblicher Breite vorgelegt werden können.

Die Vorschrift für die Übertragung und Ausführung der Lieferung kann sowohl im Armendepartement des Wiener Magistrates als auch in der Verwaltungskanzlei der Versorgungsanstalt am Alserbache, IX., Spitalgasse Nr. 23, eingesehen werden, in welch letzterem Amtslocale allfällige weitere Auskünfte ertheilt und auch die Muster, nach welchen in den Jahren 1890 bis 1892 geliefert wurde, bis zum Offertverhandlungstage zur Besichtigung bereitgehalten werden.

Die Offerte müssen unter Benützung eines Exemplares der, bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt am Alserbache, IX., Spitalgasse Nr. 23, um den Preis von 10 kr. erhältlichen Vorschrift ausgefertigt und mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen sein; die Offerte sind unter Convert, auf dessen Außenseite die offerierten Artikel anzuführen sind, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen und ist denselben das im § 6 der Vorschrift festgesetzte Vadium in der Höhe von fünf Percent der für die offerierten Artikel nach dem wahrscheinlichen Bedarfsquantum und den angeforderten Einheitspreisen sich ergebenden Summe beizuschließen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die offerierten Artikel für das Jahr 1893 allein und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für die ganze dreijährige Periode 1893 bis 1895 erhält.

Die Einheitspreise eines Artikels sind **in Ziffern und Buchstaben** anzusetzen und in der Regel nur auf Gulden und ganze Kreuzer zu berechnen; von den Bruchtheilen eines Kreuzers wird nur der Ansatz „½ kr. oder ⁵/₁₀ kr." berücksichtigt.

Das Vadium ist in Barem oder in zum Cautionserlage geeigneten Wertpapieren zu erlegen und sind Berufungen auf Forderungen an die Gemeinde Wien, sowie auf bei der städtischen Hauptcassa erliegende Cautionen, welche noch nicht frei sind, unzulässig.

Die vorzulegenden Muster müssen mit der Bezeichnung des Stoffes, mit dem Namen des Offerenten und mit der Angabe des Preises (per Meter oder Stück) versehen sein.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete oder nicht gehörig belegte Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten ist dem Wiener Stadtrathe vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1892. 1–3

G. Z. 109256

XI.

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Wegen Sicherstellung der Lieferung der im Jahre 1893, eventuell in den Jahren 1893 bis inclusive 1895, erforderlichen **Material-Artikel** für die Wiener städtischen Versorgungs-Anstalten und Armenhäuser, für die städtischen Waisenhäuser, für das städtische Asyl- und Werkhaus und für das städtische Materialdepot findet **am Mittwoch den 19. October 1892,** um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle im Wiener neuen Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt.

Das muthmaßliche Erfordernis der bei dieser Offertverhandlung sicherzustellenden Artikel wurde mit nachstehenden Quantitäten ermittelt:

Erfordernis pro 1893, eventuell 1893 bis 1895:

I. Garne.		
Hanfgarn	180 kg	500 kg
II. Schafwollgespinst.		
Schafwollgespinst	650 kg	1.900 kg
Kotzen à 1·20 m breit und 1·70 m lang	100 Stück	300 Stück
Hallinadecken à 1·10 m breit und 1·90 m lang	50 „	150 „
III. Leder.		
Terzenleder	2.300 kg	6.800 kg
Kalbfelle	1.100 Stück	3.250 Stück
IV. Roßhaar und Bettfedern.		
Roßhaar	900 kg	2.200 kg
Bettfedern	250 „	250 „
V. Kappen.		
Männerkappen	900 Stück	2.600 Stück
Wächterkappen	50 „	160 „
Portierkappen	2 „	6 „
Knabenkappen	20 „	60 „
VI. Kerzen und Seife.		
Unschlittkerzen	1.600 kg	4.800 kg
Stearinkerzen	1.280 „	3.800 „
Seife	5.800 „	17.300 „
VII. Wachswaren.		
Wachskerzen	132 kg	450 kg
Wachskränze	52 „	160 „
Windlichter	300 „	900 „
Pechfackeln mit Wachsüberzug . .	300 Stück	900 Stück
„ (ordinäre)	400 „	1.200 „
VIII. Zwirne.		
Weißer Strickzwirn	450 kg	1.350 kg
Weißer Nähzwirn	70 „	210 „
Feinster schwarzer Nähzwirn . . .	10 „	40 „
Gefärbter Nähzwirn	50 „	140 „
Ungebleichter Nähzwirn	60 „	200 „
IX. Bandeln.		
Weiße Bandeln	8.000 m	25.500 m
Blaue Bandeln	6.500 „	19.500 „
Ungebleichte Bandeln	6.200 „	15.000 „

3

X. Knöpfe und Hafteln.				
Große metallene Uniformknöpfe .	60	Dutz.	200	Dutz.
Kleine „ „ .	10	„	30	„
Große Hornknöpfe	800	„	2.500	„
Kleine „	2.500	„	7.500	„
Hemdknöpfe	800	„	2.500	„
Gatienknöpfe	330	„	1.000	„
Hafteln	2.000	Paar	6.000	Paar
XI. Kämme.				
Ausrittkämme	350	Stück	1.100	Stück
Staubkämme	550	„	1.300	„
XII. Kautschuk-Einlagen.				
Schwarze doppeltgummierte Einlagen	350	m	1.100	m
XIII. Sonstige Waren.				
Reibsand	400	hl	1.200	hl
Sägespäne	600	„	1.800	„
Stärke (Weizenstärke ordinäre, zu Papparbeiten)	8.000	kg	24.000	kg
Soda	4.200	„	12.600	„

Die Vorschrift für die Übertragung und Ausführung der Lieferung dieser Artikel kann sowohl im Armendepartement des Wiener Magistrates, als auch in der Verwaltungskanzlei der Versorgungsanstalt am Alserbache, IX., Spitalgasse 23, eingesehen werden, in welch letzterem Amtslocale allfällige weitere Auskünfte ertheilt und auch die Muster, nach welcher in den Jahren 1890 bis 1892 geliefert wurde, bis zum Offertverhandlungstage zur Besichtigung bereitgehalten werden.

Die Offerte müssen unter Benützung eines Exemplares der bei der Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt, IX., Spitalgasse 23, um den Preis von 10 kr. erhältlichen Vorschrift ausgefertigt und mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen sein.

Die Offerte sind unter Convert, auf dessen Außenseite die offerierten Artikel anzuführen sind, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen und ist denselben das im § 6 der Vorschrift festgesetzte Vadium in der Höhe von fünf Percent der für die offerierten Artikel nach dem wahrscheinlichen Bedarfsquantum und den angeforderten Einheitspreisen sich ergebenden Summe beizuschließen.

Die Offerte müssen genau die Angabe enthalten, welcher Preis für die offerierten Artikel für das Jahr 1893 allein und welcher Preis für den Fall verlangt wird, wenn der Offerent die Lieferung für die ganze dreijährige Periode 1893 bis 1895 erhält.

Die Einheitspreise eines Artikels sind **in Ziffern und Buchstaben** anzusetzen und in der Regel nur auf Gulden und ganze Kreuzer zu berechnen; von Bruchtheilen eines Kreuzers wird nur der Ansatz „$^1/_2$ Kreuzer oder $^5/_{10}$ Kreuzer" berücksichtigt.

Das Vadium ist in Barem oder in zum Cautionserlage geeigneten Wertpapieren zu erlegen und sind Berufungen auf Forderungen an die Gemeinde Wien, sowie auf bei der städtischen Hauptcassa erliegende Cautionen, welche noch nicht frei sind, unzulässig.

Von den Artikeln: Hanfgarne, Schafwollgespinst, Zwirn und Bandeln ist ein Muster mit 50 dg, von Roßhaar ein solches mit 1 kg vorzulegen.

Der Offerent für Kappen hat von jeder der ausgeschriebenen Sorten ein Muster beizubringen.

Die vorzulegenden Muster müssen mit dem Namen des Offerenten, der Bezeichnung des bemusterten Artikels und mit der Angabe des Preises versehen sein.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete oder nicht gehörig belegte Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten ist dem Wiener Stadtrathe vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, den 19. September 1892. 2—3

Z. 208.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 18. d. M., Z. $\frac{21980}{\text{XIV.}}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate Jänner 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 3082 und **Effecten** von Pfand-Nr. 1 bis incl. Pfand-Nr. 6635 am **5. October 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 19. September 1892. 3—3

Z. 152106
IX.

Kundmachung.

(Zeitliche Befreiung von der Hauszins- und Hausclassensteuer.)

Um die rechtzeitige Anbringung der Gesuche um Erlangung der zeitlichen Befreiung von der Hauszins- und Hausclassensteuer für Neu-, Um-, Zu- oder Aufbauten, dann für theilweise Umbauten zu fördern, hat zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. August 1892, Pr.-Z. 5160, das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Erlasse vom 2. Juli 1892, Z. 18603, Nachstehendes verordnet:

1. Das Ansuchen um Steuerbefreiung kann nicht bloß schriftlich eingebracht, sondern auch mündlich zu Protokoll gestellt werden.

2. Die Protokollsaufnahme kann nicht bloß bei der Steuerbehörde I. Instanz, sondern auch **bei den Steuerämtern** erfolgen.

3. Die Gemeindevorstände sind als Bevollmächtigte der Bittsteller zu betrachten.

4. Bei Abgang der ad 4 Art. 1 der Verordnung vom 1. August 1880, R.-G.-Bl. Nr. 140 bezeichneten Behelfe ist eine angemessene Frist zur nachträglichen Beibringung derselben zu gewähren.

Diese Erleichterungen werden hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien im übertragenen Wirkungskreise,
am 14. September 1892. 2—3

Statth.-Z. 55026 ex 1892.

Kundmachung

der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 6. September 1892, Z. 55026, betreffend die Frist für die Nachsicht der Straffolgen für bisher versäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche der Rinder.

Die im § 31 des Gesetzes vom 17. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 142), betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, zugesicherte Frist für die Nachsicht der Straffolgen für bisher verabsäumte Anzeigen über den Bestand der Lungenseuche, welche binnen sechs Wochen nach dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes durch das Reichsgesetzblatt nachgetragen werden, läuft, nachdem die Nummer des Reichsgesetzblattes, in welcher das bezeichnete Gesetz aufgenommen ist, am 28. August 1892 zur Ausgabe gelangt ist, am 9. October l. J. ab, was hiemit im Interesse jener Viehbesitzer, welche der Wohlthat des Gesetzes für bisher verheimlichte Lungenseuchenbestände theilhaftig werden wollen, zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei.

Wien, am 5. September 1892. 3—3

Ad G.-Z. 175840
VI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerspitalfondes pro 1891.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne des §. 51 des Gemeindestatutes **der Rechnungs-Abschluss pro 1891 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerspitalfondes vom 28. September 1892 an** durch vierzehn Tage im Departement VI des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 2—3

G.-Z. 134387
XV.

Kundmachung.

(Viehtransport.)

Die k. k. Eisenbahn-Betriebs-Direction Wien hat mit Zuschrift vom 7. August 1892, Nr. 13709 g, mitgetheilt, dass den Vieh- und Fleischhändlern gegen Erlag einer Caution von 20 fl. die Begünstigung eingeräumt wurde, die für die Approvisionierung von Wien bestimmten Sendungen vor Beginn der Amtsstunden gegen, am selben Tage stattfindende Begleichung der erwachsenen Nebengebüren beziehen zu können.

Darunter sind aber nur jene Sendungen verstanden, deren Transportgebüren in der Aufgabsstation frankiert wurden.

Unfrankiert einlangende Sendungen könnten nur innerhalb der festgesetzten Amtsstunden oder außerhalb derselben gegen Erlag einer Caution von 300 fl. in Barem oder in Werteffecten im Sinne der von der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen herausgegebenen Normativ-Bestimmungen gegen Credit ausgefolgt werden.

Es wäre daher Sache der betreffenden Fleisch-Commissionäre, dafür zu sorgen, dass die unter ihrer Adresse anlangenden Sendungen in der Aufgabsstation stets frankiert werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. September 1892. 3—3

Z. 174863
X.

Kundmachung.

(Drei Gustav Figdor'sche Stipendien.)

Im Studienjahre 1892/93 gelangen drei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je fünfhundertsiebenundfünfzig Gulden (557 fl.) ö. W. zur Verleihung.

Laut Stiftbriefes wurden diese Stipendien gegründet „für durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragende arme Studierende, so zwar, dass alljährlich ein Stipendium für Mediciner, eines für Juristen und eines für Hörer der Naturwissenschaften (an der philosophischen Facultät) zur Vertheilung gelangt und zwar dergestalt, dass alljährlich ein Studierender der israelitischen, protestantischen oder evangelischen und einer von katholischer Confession mit einem solchen Stipendium betheilt werde."

Diese Stipendien werden je auf die Dauer eines Studienjahres verliehen, nach dessen Ablaufe sie den bisherigen Percipienten über neuerliches Einschreiten eventuell abermals verliehen werden können.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre Gesuche bis **längstens 30. October l. J.** bei dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu überreichen und denselben den Tauf- oder Geburtsschein und den Impfschein, sowie Ausweise über ihre Immatriculierung als ordentliche Hörer der betreffenden Facultät, über wahre Dürftigkeit, tadelloses sittliches Betragen und ausgezeichnete wissenschaftliche Verwendung beizulegen.

Auf nicht gehörig instruierte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. September 1892. 1—3

G.-Z. 173529
X.

Kundmachung.

(Zehn Jonas Freiherr von Königswarter'sche Stipendien.)

Am 23. December 1892 gelangen zehn Jonas Freiherr von Königswarter'sche Stipendien von je vierhundertundneunzehn (419 fl.) Gulden öst. Währ. auf ein Jahr zur Verleihung.

Von diesen zehn Stipendien sind drei für Hörer der Rechte an der Wiener k. k. Universität, zwei für Hörer der Medicin an

der Wiener k. k. Universität, drei für Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien und zwei für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste oder einer behördlich autorisierten Meisterschule bestimmt.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben nur jene Candidaten, welche in Wien geboren sind und dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, ohne Unterschied der Confession.

Candidaten, welche im vorigen Jahre im Genusse eines Jonas Freiherrn von Königswarter'schen Stipendiums gewesen sind, können dasselbe auch im heurigen Jahre wieder erlangen.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre **Gesuche bis längstens 24. October l. J. bei dem Wiener Magistrate zu überreichen** und den Gesuchen außer dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Impfungszeugnisse und dem Heimatscheine die Nachweise über ihre zurückgelegten Studien, ihre Inscription an einer der erwähnten Lehranstalten, ihr Wohlverhalten und ihre Mittellosigkeit beizuschließen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1892. 1—3

Zur Statth.-Z. 48611.

Kundmachung.

(Invalidenstiftung.)

Aus der **n.-ö. Patriotenstiftung für Invaliden aus dem Jahre 1859** und dürftige Witwen und Waisen vor dem Feinde gebliebener Krieger ist ein Stiftungsplatz jährlicher 100 fl. zu vergeben.

Zur Betheiligung mit dieser Stiftung sind berufen:

a) **K. und k. österreichische Militär-Real-Invaliden** vom Feldwebel, Wachtmeister und von den damit äquiparierenden Chargen abwärts, welche in dem Feldzuge des Jahres 1859 invalid geworden und welche nach Niederösterreich zuständig sind, wobei es keinen Unterschied macht, ob dieselben in einem Freiwilligen-Bataillon oder im regulären Militär gedient haben;

b) **dürftige Witwen** und Waisen solcher nach Niederösterreich zuständigen Soldaten oder Freiwilliger, welche im Jahre 1859 vor dem Feinde geblieben sind.

Für den Fall als kein stiftbriefmäßig geeigneter Bewerber der vorgenannten Kategorien einschreiten würde, kann der Stiftungsgenuss auch an solche Individuen verliehen werden, welche in einem Feldzuge nach dem Jahre 1859 entweder in die zu jener Zeit mit Allerhöchster Genehmigung seiner Majestät des Kaisers errichteten Freiwilligen-Corps oder in die k. und k. Armee als Freiwillige eingetreten sind, endlich auch an andere österreichische Militär-Real-Invaliden, soferne dieselben nach Niederösterreich zuständig sind, bezüglich welcher der Umstand, dass ein solcher Invalide im Jahre 1859 dem streitbaren Stande der Armee angehörte, besonders berücksichtigungswürdig macht.

Gesuche um diesen Stiftungsplatz sind mit den Nachweisen über die vorerwähnten Umstände, ferner mit dem die Zuständigkeit nach Niederösterreich nachweisenden Heimatscheine und einem Zeugnis des Gemeindevorstehers der Aufenthaltsgemeinde, dass der Gesuchsteller kein sicheres jährliches Einkommen von mehr als 200 fl. ö. W. bezieht, zu belegen und **bis 30. October 1892 bei der k. k. n.-ö. Statthalterei zu überreichen.**

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei

Wien, am 14. September 1892. 1—3

G.-Z. 174868

XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiermit bekanntgemacht, dass am 8. December 1892 die Interessen der David Schwarzmann'schen Stiftung für das Jahr 1892 per 42 fl. für eine arme Familie (ohne Unterschied der Confession), welcher im Laufe des Jahres ein Unglücksfall widerfahren ist, zur Verwendung gelangen.

Dem Ansuchen um diesen Stiftungsbetrag ist der Tauf-, respective Geburtsschein, der Trauungsschein und der Heimatschein des Bittstellers, die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen und der besondere Nachweis des der Familie des Bewerbers im laufenden Jahre zugestoßenen Unglücksfalles zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. October 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. September 1892. 1—3

Inhalt.

Gemeinderath: Seite

Sitzungen des Gemeinderathes 2347

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 27. September 1892.

Inhalt:

Mittheilung des Vorsitzenden:

Nachruf für den verstorbenen Vice-Bürgermeister Dr. Borschke . 2347

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 2347

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. September 1892 . . 2348

Allgemeine Nachrichten:

Sanitätsangelegenheiten:

Actenstücke über die nunmehr beigelegte Controverse zwischen der k. k. Statthalterei und der Gemeinde Wien bezüglich der Errichtung von Nothspitälern 2350

Approvisionierung:

Borstenviehmarkt vom 27. September 1892 2356

Pferdemarkt vom 27. September 1892 2356

Stechviehmarkt vom 29. September 1892 2356

Bierpreise im Monate September 1892 2356

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . . . 2356—2358

Kundmachungen . . . . . 2358—2366

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.